A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 139 FRÜHJAHR 2000 DM1,-

Im Aufwind durch den CDU-Skandal:
SPD verschärft Angriffe auf Arbeiterklasse



F. Ossenbrink



Reuters

27. September 1998: BDI-Chef Henkel und Schröder auf SPD-Wahlparty; März 2000: Warnstreik in Zwickau: Arbeiter wurden von IG-Metall-Bürokratie ausverkauft

Seit Monaten beherrscht die CDU-Spendenaffäre die Titelseiten. Was ist ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten in Deutschland und in Europa? Für Marxisten ist es nichts Neues, dass die Kapitalistenklasse eine Bande schmutziger Schurken ist, die den Reichtum stiehlt, der von der Arbeiterklasse produziert wird, dass sie die Parteien finanziert, die ihre Staatsgeschäfte führen. Uns schockiert auch nicht die „Unmoral" einer Regierung, die den direkten Nachfolgestaat von Hitlers Drittem Reich verwaltet. Aber das Bekanntwerden der schieren Größenordnung der Korruptheit der CDU - der Partei, die über die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands und die Konterrevolution in der DDR präsidierte - hat eine tief gehende Auswirkung in diesem Land.

Der SPD, deren Arbeiterbasis letztes Jahr im Aufruhr war gegen Kriegspolitik und einschneidende Lohnraub- und Austeritätsmaßnahmen der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung, ist es als Folge der Affäre gelungen, ihre fragile Regierungskoalition etwas zu stabilisieren. Dies freut die Pseudolinken, die 1998 zur Wahl der SPD oder der PDS aufriefen. Sie fordern „Beschlagnahmung aller nichtgesetzkonformen Spenden und aller Spenden der Wirtschaft und des Kapitals" (Gruppe Arbeitermacht), „die Enteignung aller Schmierer und Geschmierten" (Revolutionär Sozialistischer Bund). Kurz, alle fordern die SPD auf, den Kapitalismus zu „säubern" und dadurch deren angekratztes Ansehen aufzupolieren. Dagegen warnen wir Trotzkisten, dass jetzt SPD/Grüne mit neuer Kraft ihrer Aufgabe nachgehen, die Interessen des deutschen Imperialismus bei seinem Vormarsch in Europa und gegen die imperialistischen Konkurrenten USA und Japan voranzutreiben, das heißt die

Fortgesetzt auf Seite 2

PDS schürt Antikommunismus, lobpreist bürgerliche Demokratie

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

SPD verschärft Angriffe...

Fortsetzung von Seite 1

Angriffe auf die Arbeiterklasse zu verschärfen. Wir sagen: Brecht mit der Sozialdemokratie! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte die Arbeiterklasse glauben, dass sie selbst kollektiv schuldig war für die Verbrechen des Faschismus und dass sie nun dank der Alliierten eine neue „demokratische" Regierung mit einer besonderen neuen „Moral" hatten, die an der Frontlinie gegen „Diktatur" und vor allem gegen den gottlosen Kommunismus stand. Besonders natürlich gegen den deformierten Arbeiterstaat DDR, der entstanden war in Folge des Siegs der Roten Armee gegen Nazideutschland. In der Folge benutzte dann die SPD/Grünen-Regierung zynische Propaganda über die „besondere Verantwortung der Deutschen" zur Bekämpfung des „Diktators Milosevic" und mobilisierte so für den ersten Kriegseinsatz deutscher Truppen seit der Zerschlagung des Naziregimes und hagelte Bomben auf serbische Arbeiter. Der „Moral"mythos, aufrechterhalten seit den Zeiten Adenauers, ist jetzt durch den CDU-Spendenskandal seinen Erfindern ins Gesicht explodiert. Es ist heutzutage nicht ungewöhnlich, sogar von politisch rückständigen Arbeitern zu hören, dass Kohl im Gefängnis sein sollte, aber nicht der frühere DDR-Bürokrat Egon Krenz.

Ein Vertreter der Staatskirchen, der evangelische Bischof Huber, bringt die Besorgnisse der Bourgeoisie auf den Punkt: „Es ist mit Händen zu greifen - vor allem im Osten Deutschlands -, dass die Ereignisse der letzten Monate einen wirklich schweren Rückschlag bedeuten, weil sich viele von der Demokratie abwenden" *(Tagesspiegel,* 27. Februar). Hier eilt nun die exstalinistische, jetzt sozialdemokratische PDS herbei, um die Propaganda der Kapitalisten, dass die bürgerliche „Demokratie" die historisch überlegene Gesellschaftsform sei, zu bekräftigen. *Neues Deutschland* (20. Januar) zitiert Lothar Bisky, die CDU-Affäre sei „Beweis für die Stärke des parlamentarischen Systems... Dass jetzt alles so konsequent rauskommt und aufgedeckt wird, wäre in der DDR nicht möglich gewesen"! Die PDS führte die Konterrevolution in der DDR und kippte diesen deformierten Arbeiterstaat der Bourgeoisie von Auschwitz direkt in den Schoß; jetzt wollen sie beweisen, dass sie verlässlich genug sind, um auch national den Kapitalismus mitzuregieren!

Originalton Schröder: „Dieses Land braucht seiner inneren Stabilität wegen eine starke Partei auf der demokratischen Rechten. Ich bin der Letzte, der Gefallen an einem Zerfall der Union hätte" *(Der Spiegel,* 21. Februar). Originalton Roland Claus, PDS, der betont „dass wir in diesem Land eine demokratische konservative Partei brauchen" *(Tagesspiegel,* 27. Januar). SPD und PDS befürchten, dass durch den Zerfallsprozess der größten bürgerlichen Partei CDU das gesamte Nachkriegsgefüge erschüttert wird und eine allgemeine Polarisierung der Gesellschaft stattfindet. Mit Hinweis auf die dann drohende „Gefahr von rechts" und die Notwendigkeit der „Verteidigung der Demokratie" motivieren sie ihre Kampagne zum Ausbau der Repressionsmaschinerie des Staats.

Die Gruppe Arbeitermacht (GAM) arbeitet der SPD/Grünen-Regierung dabei direkt in die Hände. Sie beklagen die „offensichtlich mangelhafte ausschließliche Prüfung durch parlamentarische Gremien" bei der „Untersuchung der Parteikassen" und fordern eine Prüfung durch „Arbeiterkontrollorgane", vor allem für „die Parteien und Organisationen, die sich sozial v.a. auf die Lohnabhängigen stützen, also SPD, PDS und Gewerkschaften" *(Arbeitermacht,* März/April 2000). Damit hängen sie dem, was die Kapitalisten mit dem Parteiengesetz bezwecken, nämlich die Geldmittel der Arbeiterbewegung direkt vom bürgerlichen Staat kontrollieren zu lassen, nur ein zusätzliches Arbeitermäntelchen um. So beschlagnahmten die Bullen Spendengelder, die wir im Mai 1999 vor dem Daimler-Chrysler-Werk in Berlin für die Arbeiter der von den Imperialisten ausgebombten, Zastava-Autofabrik in Kragujevac, Jugoslawien, gesammelt hatten.

Unser Ziel als Kommunisten ist die proletarische sozialistische Revolution. Um das zu erreichen, ist die politische Unabhängigkeit des Proletariats als Klasse notwendig. Das organisatorische Gegenstück dazu ist, dass wir strikt gegen jede staatliche Einmischung in die finanziellen oder anderen Angelegenheiten von Parteien der Linken und Arbeiterbewegung kämpfen und dass wir keinen Pfennig vom Staat des Klassenfeinds annehmen. Die österreichische Schwesterorganisation der GAM dagegen ließ sich ihre Zeitung vom jahrzehntelang SPÖ-regierten bürgerlichen Staat fördern und rief pünktlich wie ein Uhrwerk immer wieder zur Wahl der SPÖ auf („Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'", *Spartakist* Nr. 130, Dezember 1997/Januar 1998).

Dieser Staat mit seinen bewaffneten Formationen, mit seiner Justiz und anderen Institutionen, dient einzig und allein dem Schutz des Eigentums der Kapitalistenklasse. Lenin beschrieb treffend „den schreienden Widerspruch

Fortgesetzt auf Seite 23

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 443 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 139 **FRÜHJAHR 2000**

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Vorsicht vor EU-Sozialdemokraten - imperialistische Schlächter und Streikbrecher

Nieder mit dem rassistischen Demagogen Haider!

Nachfolgend veröffentlichen wir in redaktionell leicht überarbeiteter Fassung ein SpAD-Flugblatt vom 18. Februar, das wir bei der Demonstration von fast 300000 Menschen in Wien gegen Jörg Haiders offen rassistische Freiheitliche Partei (FPÖ) am folgenden Tag verteilt haben.

Nach der Bildung der Koalitionsregierung von Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und FPÖ Anfang Februar gab es Massenproteste nicht nur in Österreich, sondern auch in

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

ganz Westeuropa. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ stellt eine finstere Bedrohung der Arbeiterklasse, der Immigranten und anderer Minderheiten in Österreich dar. Gleichzeitig besteht die politische Stoßrichtung dieser Proteste darin, die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) zurück an die Macht zu bringen, die lange Zeit den rassistischen, kapitalistischen österreichischen Staat verwaltet hat. Und was die Pose der SPÖ betrifft, sich als Bollwerk gegen Haider darzustellen, so hat erst vor kurzem der sozialdemokratische Ex-Kanzler Viktor Klima erklärt, dass er in Bezug auf die FPÖ „für die Zukunft nicht kategorisch ausschließen würde, eine Koalition zu bilden", wenn sich das als notwendig erweisen sollte, um zurück an die Macht zu kommen (*L'Humanité*, *26.* Januar).

Haider ist ein gefährlicher rassistischer Demagoge, der berüchtigt ist für seine Begeisterung für das Dritte Reich. Aber Haiders FPÖ ist im Grunde eine Wahlmaschine, sie verfügt nicht über die außerparlamentarischen Schlägertrupps, die das Wesen der Faschisten ausmachen und deren Zweck darin besteht, im Dienst der herrschenden Kapitalistenklasse die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Wir haben daher die von der SpAD vertretene falsche Einschätzung, dass die FPÖ faschistisch sei, korrigiert.

Wie das Flugblatt ausführt, haben verschiedene reformistische und zentristische Gruppen in ganz Westeuropa die Opposition gegen die FPÖ aufgegriffen, um sich hinter den sozialdemokratischen Herrschern ihrer eigenen imperialistischen Länder einzureihen, genau wie sie letztes Jahr beim imperialistischen US/NATO-Krieg gegen Serbien, wo es um die Vorherrschaft auf dem Balkan ging, ihre eigenen Herrscher unterstützt haben. Während Tony Cliffs britische Socialist Workers Party zur Unterstützung der Europäischen Union (EU) aufruft, um hinter Blairs Labour-Regierung herzulaufen, unterstützt deren deutsche Schwesterorganisation Linksruck explizit den deutschen Imperialismus und die SPD-Regierung von Kanzler Schröder. In einem Flugblatt, das bei einem Protest am 19. Februar in Berlin verteilt wurde, erklärt Linksruck: „Weil Haider ein Faschist ist, muß man ihn isolieren - Schröder hat deswegen vollkommen recht, wenn er Österreich mit Sanktionen droht... Die Blockade der Europäischen Union stärkt die Widerstandsbewegung gegen diese rassistische und unsoziale Regierung."

Das ist eine unverfrorene Unterstützung für das Ziel der europäischen imperialistischen Mächte, mit Deutschland an der Spitze, die EU zu einer militärischen und politischen Macht auszubauen, nachdem eine gemeinsame Währung bereits 1992 auf Grundlage des Maastricht-Vertrags eingeführt wurde. Nach dem Balkan-Krieg haben Deutschland und die anderen EU-Staaten mit Riesenschritten am Aufbau einer gemeinsamen europäischen Militärmacht als Gegengewicht zur US-dominierten NATO-Allianz gearbeitet. Die jetzigen Anti-Haider-Erklärungen von deutschen und französischen Führern „spiegeln eine wachsende Entschlossenheit wider, eine Union, die lange Zeit hauptsächlich ein Handelsblock war, in eine immer engere politische

Fortgesetzt auf Seite 4



AP

Wien, 19. Februar: Fast 300000 protestieren gegen Haiders rassistische FPÖ, Sozialdemokraten Westeuropas benutzen FPÖ-Regierungsantritt zur Stärkung des imperialistischen EU-Blocks

Haider...

Fortsetzung von Seite 3

Gemeinschaft zu verwandeln, mit einigen Aspekten eines Bundesstaates", wie die *New York Times* (20. Februar) bemerkt. Mit den Sanktionen gegen die FPÖ-Teilnahme an der österreichischen Regierung schaffen der deutsche Imperialismus und seine Partner einen Präzedenzfall, um anderen EU-Mitgliedsstaaten die Politik diktieren zu können.

Am 12. März wurde in Berlin die Heuchelei der SPD/Grünen-Regierung, die sich ein „antifaschistisches" Mäntelchen umhängen will, bestätigt. Sie organisierte eine Volksfrontdemo während 500 NPD-Nazis durch Berlin marschierten. Als Jugendliche versuchten, gegen die Nazis vorzugehen, ließ die SPD-Regierung ihre Bullen gegen sie los. Wir intervenierten mit nachfolgendem Flugblatt und unserem Programm für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu stoppen. Unsere Perspektive der unabhängigen Mobilisierung der Arbeiterklasse einschließlich ihres strategischen Anteils von Immigranten bedeutet einen scharfen politischen Kampf, um die Arbeiter von ihren sozialdemokratischen Irreführern, von SPD und PDS, zu brechen.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (11. Februar), die im Flugblatt zitiert wird, gibt einen Hinweis darauf, wie die Sozialdemokraten „antifaschistische" Rhetorik benutzen, um die Ambitionen des deutschen Imperialismus voranzutreiben:

> „Der Holocaust und das ‚Nie wieder' werden dabei zur Chiffre des Gründungsmythos einer europäischen Nation ... Deutschland hat unter einer linken Regierung zum ersten Mal seit 1945 Krieg geführt. Es tat dies mit der Begründung, einen neuen Faschismus auf dem Balkan zu ersticken... Im Verbund der europäischen Linken arbeitet er [Schröder] an der Europäisierung des Holocaust. Das entlastet die Deutschen, vor allem wenn sie zusammen mit ihren europäischen Partnern den Österreichern, die sich 1945 klammheimlich aus der deutschen Geschichte davonmachten, ans Schienbein treten können."

Die gleiche Schröder-Regierung, die zum ersten Mal seit Hitlers Wehrmacht einen deutschen Feldzug auf den Balkan anordnete und zynisch „Nie wieder" kreischt, führt rassistischen Terror und Abschiebungen von Türken, Kurden und anderen „Nicht-Deutschen" durch. Tatsächlich schlössen sich vor nicht einmal drei Jahren dieselben EU-Regierungen zusammen, die jetzt so scheinheilig die FPÖ für ihren ausgesprochenen Rassismus gegen Immigranten verurteilen, um das Schengener Abkommen durchzusetzen, das dazu dient, slawische und dunkelhäutige Immigranten aus der rassistischen „Festung Europa" rauszuhalten.

Während sich die Rivalitäten unter den größten imperialistischen Mächten - den USA, Deutschland und Japan - verschärfen, stehen wir Marxisten als proletarische Internationalisten in unerschütterlicher Opposition gegen unsere „eigenen" imperialistischen Herrscher und erklären: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

Viele Linke und Arbeiter gehen auf die Straße, um gegen Haider und die FPÖ zu demonstrieren, eine extrem fremdenfeindliche und reaktionäre Partei. Haider und seine Spießgesellen zeigen ihre faschistoide Einstellung und feiern zum Beispiel die „ordentliche Beschäftigungspolitik" der Nazis. Jetzt, wo die FPÖ in der Regierung ist, versucht die SPÖ sich als Bewahrerin der „Demokratie" darzustellen, während sie selbst den rassistischen Staatsterror gegen Immigranten und Flüchtlinge seit Jahrzehnten führt und aktiv den Weg für die FPÖ bereitete. Man denke nur an den brutalen Mord an dem Flüchtling Marcus Omofuma im April 1999 durch die SPÖ-Bullen und die massiven Abschiebungen, häufig in den sicheren Tod. Ermutigt durch diesen SPÖ-geführten rassistischen Staatsterror starteten die österreichischen Nazis Mitte der 90er-Jahre eine Terrorwelle gegen Immigranten, Flüchtlinge, Roma und Linke.

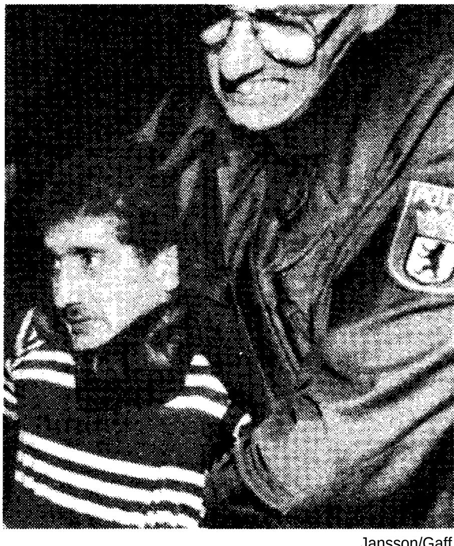
Die kapitalistischen Regierungen Europas, größtenteils von Sozialdemokraten geführt, verhängten einen heuchlerischen bilateralen Boykott auf Ministerebene gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung Österreichs. Zur gleichen Zeit marschierten Nazis in Berlin, geschützt durch die Bullen der SPD/Grünen-Regierung, durch das Brandenburger Tor. Diese Regierungen betreiben die gleiche rassistische Politik gegen Immigranten, Flüchtlinge und Roma und Sinti, wie sie die FPÖ betreiben will. Die *Frankfurter Rundschau (FR)* brachte dies in einem Artikel am 2. Februar auf den Punkt: „Ginge es nur um diesen Punkt, müsste die EU auch den deutschen Innenminister Otto Schily unter Kuratel nehmen." Die jetzigen Abschiebungen von 180 000 Flüchtlingen aus dem Balkan werden seitens der SPD/Grünen-Regierung, und auch der PDS-gestützten Länderregierungen, mit österreichischer Hilfe - in Zusammenarbeit mit den „boykottierten" FPÖ-Ministern - fortgesetzt und intensiviert.

Die rassistische SPÖ verwaltete nahezu 50 Jahre fast ununterbrochen den österreichischen Imperialismus, den anderen Nachfolgestaat des Dritten Reichs, mit dem sie unauflöslich verbunden ist. So führte der SPÖ-Präsident Adolf Schärf seine Wahlkampagne 1957 unter der Losung: „Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr". Heute führt diese SPÖ hinter den Kulissen die Demonstrationen gegen die ÖVP/FPÖ-Regierung, für ihr kapitalistisches Österreich. Vorhut der SPÖ sind hierbei „linke" und pseudotrotzkistische Gruppen wie die KPÖ, Arbeiterinnenstandpunkt (ASt), Linkswende und die neuformierte Sozialistische Linkspartei, früher SOV, die alle den SPÖ-geführten ÖGB zum Kämpfen bringen wollen für eine Fortsetzung der Klassenkollaboration in einem SPÖ-verwalteten Kapitalismus, d. h. die Interessen der Arbeiter denen der kapitalistischen Ausbeuter unterzuordnen.

Wir hingegen kämpfen für den Sturz des rassistischen Kapitalismus. Notwendig dafür ist eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften und der Aufbau einer neuen revolutionären Arbeiterpartei, die das Proletariat unabhängig und in seinen eigenen Klasseninteressen mobilisiert. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die von der gesamten Pseudolinken unterstützt wird, ist ein Hindernis dazu. Während die Pseudolinken Jugendliche und Arbeiter wieder an die Sozialdemokratie binden will, kämp-


AP


AP


Jansson/Gaff

SPD-Kanzler Schröder mit französischem Premierminister Jospin von der SP. EU-Sozialdemokraten führten imperialistischen Krieg gegen Serbien und verschärfen rassistischen Staatsterror

fen wir für die Spaltung der Arbeiterbasis von diesen bürgerlichen Arbeiterparteien.

In Wahrheit werden Rechte wie Haider von den Sozialdemokraten als Bedrohung der europäischen ökonomischen Einheit gesehen, deren Notwendigkeit den europäischen kapitalistischen Herrschern bewusst ist, damit die EU als imperialistischer Handelsblock gegen Japan und besonders die Vereinigten Staaten konkurrieren kann. Deshalb die scharfen Reaktionen, gefährliche diplomatische Sanktionen, die zu Kriegen führen können, insbesondere Belgiens und Frankreichs, die sich in ihren eigenen Ländern starken faschistischen, rechtsradikalen, antieuropäischen Bewegungen gegenübersehen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, der SPD-„Linke" Gernot Erler brachte es auf den Punkt: „Außenpolitisch ‚ernst' werde es, falls Haider versuche, die Osterweiterung der EU zu blockieren." *(FR, 27.* Januar) Ein Österreich, dominiert von Haider, könnte die Expansion der EU nach Ost- und Südeuropa blockieren, was eines der Hauptmotive für den Balkankrieg war, der von den regierenden Sozialdemokraten geführt wurde. So kommentiert die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 11. Februar: ..Auf der Stockholmer Holocaustkonferenz ist die Anti-Haider-Aktion geboren worden. Im Balkankrieg wurde sie gezeugt. Von da an trug die Linke -vor allem die deutsche-ihr Europa unter dem Herzen, wo immer es schlägt." Und Tony Cliffs pseudolinke Socialist Workers Party, britische Mutterorganisation von Linkswende, appellierte an ihren Imperialismus: „Es sollte keine Zusammenarbeit mit der Freiheitlichen Partei geben. Wir unterstützen die Position der Europäischen Union." *(Times,* 3. Februar)

Unterdessen benutzen die Sozialdemokraten in ganz Europa ihre Kampagne gegen Haider, um sich in die Fahne des „antifaschistischen" Patriotismus zu hüllen und chauvinistische Mobilisierungen aufzubauen, um die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Angriffen auf den Lebensstandard der Massen abzulenken. So skandierten sozialdemokratische Linke wie Linksruck und die Autonomen bei einer Demonstration am 5. Februar in Berlin ..Österreich halts Maul!" vor der österreichischen Botschaft, ..USA Völkermordzentrale!" vor der US-Botschaft, während sie durch das Regierungsviertel des Vierten Reichs flanierten, ohne ein Wort gegen den deutschen Imperialismus über die Lippen zu bringen. Und in ganz Europa marschierten die Pseudotrotzkisten, die alle die Wahl der Sozialdemokratie unterstützten, im Gleichschritt mit und rühren die Trommeln, genau wie beim Krieg gegen Jugoslawien letzten Sommer. So rief die britische Schwestergruppe von ASt, Workers Power, die bei den Wahlen „wählt Labour" gefordert hatte, für „Unabhängigkeit für den Kosovo" auf und unterstützte die UCK, eine fadenscheinige Abdeckung für ihre Unterstützung der Ziele ihrer eigenen, britischen Imperialisten im Krieg gegen Jugoslawien. Jetzt schreiben diese Sozialchauvinisten über die FPÖ/ÖVP-Koalition: „Die neue Koalition wird schwere Angriffe auf die Arbeiterrechte und erhebliche Kürzungen der öffentlichen Ausgaben durchsetzen. Die Ersten in der Reihe werden natürlich die Wanderarbeiter Österreichs und die Flüchtlinge sein", während sie gerade jetzt Tony Blairs Labour-Regierung verschwinden lassen, zu einer Zeit, wo das Vorgehen gegen Flüchtlinge tödliche Angriffe anfacht.

Die von Deutschland beherrschte EU ist ein instabiles Konglomerat der europäischen Kapitalisten, das sich gegen die Arbeiter Europas, gegen nichteuropäische Immigranten

Fortgesetzt auf Seite 27

Schulungsreihe der Spartakist-Jugend

BERLIN

19. April: Kommunismus kontra Anarchismus

3. Mai: 1989/90: Unser Kampf für ein Rotes Rätedeutschland und gegen kapitalistische Wiedervereinigung

17. Mai: Stürzt Imperialismus durch Arbeiterrevolution!

31. Mai: Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!

14. Juni: Die Volksfront: Keine Taktik, sondern das größte Verbrechen!

28. Juni: Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

12. Juli: Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

Alle Veranstaltungen finden Mittwoch, 18.30 Uhr,
statt: Treffpunkt Foyer im Seminargebäude
am Hegelplatz, Humboldt-Universität.

Literatur und Kontakt:
(030)4439400

Freiheit für alle verhafteten Studenten!

UNAM-Streik Mexiko

Von den etwa 700 streikenden Studenten, die im Februar bei einem brutalen Überfall der Bundespolizei auf dem Campus der UNAM-Universität in Mexiko City verhaftet worden waren, sind noch immer an die 200 im Knast. Gegen sie wie auch gegen Studenten des Lehrer-Colleges von El Mexe wurde eine Vielzahl sehr schwerer Anklagen erhoben für das „Verbrechen", für die Verteidigung der öffentlichen Ausbildung gekämpft zu haben - einigen drohen hohe Gefängnisstrafen. Auch 86 Schüler der mit der UNAM verbundenen Hochschule Prepa 3, die am 1. Februar verhaftet worden waren, sitzen noch im Knast. Viele Studenten können nicht die extrem hohe Kaution aufbringen, die die Regierung verlangt. Berichten zufolge sind viele der Gefangenen krank und es wird ihnen medizinische Versorgung verweigert; auch soll es Fälle von Folter gegeben haben.

Bundespolizeieinheiten werden stets in Bereitschaft gehalten, um Proteste von Studenten und deren Eltern zu zerschlagen und den Campus erneut unter Polizeibesatzung zu stellen. Gemeinsam mit unseren Genossen der Grupo Espartaquista de Mexico (GEM) fordern wir: *Hände weg von den Studentenprotesten! Freiheit für alle Streikenden der UNAM - sofort!*

Nach dem Bullen-Überfall auf die UNAM am 6. Februar führte die Internationale Kommunistische Liga in vielen Ländern sofortige Proteste durch und eine internationale Spendensammlung für die verhafteten Studenten, deren Ergebnis bei Redaktionsschluss noch nicht vorlag. Schon zuvor hatten unsere Sektionen Solidaritätserklärungen für die UNAM-Streikenden von Gewerkschaften und Studentengruppen aus der ganzen Welt eingeholt (siehe *Spartakist* Nr. 137, Herbst 1999).

Die Spartakist-Jugend hielt am 7. Februar vor der mexikanischen Botschaft in Berlin einen Protest ab. In ihrem Flugblatt heißt es:

> „Die gegenwärtige Situation in Mexiko macht klar, dass man, selbst um ein grundlegendes demokratisches Recht wie Zugang zur Bildung zu erlangen, einen revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus führen muss. Die deutsche Sozialdemokratie ist seit Jahrzehnten schon ein Agent der Konterrevolution in Lateinamerika. In El Salvador z. B. intervenierte sie massiv für eine politische Lösung', um den Kampf der linken Aufständischen zu beenden, was ein blutiges Massaker Ende der 70er-Jahre herbeiführte. Heute betreibt sie die imperialistische wirtschaftliche Unterminierug des deformierten Arbeiterstaats Kuba mit dem Ziel einer inneren Konterrevolution, so wie sie dieselbe Politik gegenüber der DDR betrieb. Wir Trotzkisten kämpfen für die bedingungslose militärische Verteidigung von Kuba gegen äußere und innere Konterrevolution!
>
> Vor zehn Jahren führte die exstalinistische PDS die kapitalistische Konterrevolution in der DDR, die die Ursache für das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus ist, für den jetzt die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung herrscht. Die SPD führte einen imperialistischen Krieg gegen Serbien, verschärft drastisch den rassistischen Staatsterror gegen Immigranten und führt eine brutale soziale Kahlschlagspolitik gegen die arbeitenden Massen durch, wovon die Angriffe auf kostenlose Bildung ein wichtiger Bestandteil sind...
>
> Wir sind für gemeinsamen Klassenkampf der Arbeiter in den imperialistischen Ländern mit den Arbeitern in Mexiko - gegen die imperialistischen Räuber und ihre Lakaien - in Mexiko PRI, PRD und PAN. In Deutschland ist das Haupthindernis für eine revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse zum Sturz der Bourgeoisie von Auschwitz die Sozialdemokratie (SPD und PDS), von der die Arbeiter gebrochen werden müssen."



AFP



Reuters

Bullen führen UNAM-Streikführer Alejandro Echevarria und 700 weitere Studenten am 6. Februar im Morgengrauen ab (links). Tausende Arbeiter, Studenten und Eltern protestieren auf den Straßen Mexikos

IKL-Proteste: Verteidigt UNAM-Streik!



Spartakist

Anfang Februar: Weltweite IKL-Proteste gegen Bullenangriffe auf UNAM
Von links im Uhrzeigersinn: London, Chicago, New York, Berlin, San Francisco und New York

Workers Hammer

Fotos: Workers Vanguard

Der zehn Monate dauernde Streik an der UNAM, wo 270 000 studieren, wurde ausgelöst durch einen Plan der Regierung, die Studiengebühren so zu erhöhen, dass Studenten aus armen und Arbeiterfamilien der Zugang zu öffentlicher höherer Bildung versperrt würde. Dieser Streik weitete sich zu einem sozialen Kampf aus, der sich im ganzen Land verbreitete. Die arbeitenden Massen waren insgesamt mit einem ähnlichen Angriff auf ihren Lebensstandard konfrontiert durch den IWF-Plan zur Privatisierung staatlicher Industriezweige als auch durch die verschärfte Ausbeutung in der Folge des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA, das 1994 in Kraft trat. Von Anfang an spielten Arbeiter der Gewerkschaften der Unibeschäftigten (STUNAM) und der Elektrizitätsarbeiter (SME) eine Schlüsselrolle, als sie sich den Studenten auf den Streikbarrikaden anschlössen.

Am 19. Februar explodierte die gerechte Wut der Dorfbewohner von Francisco Madero im Bundesland Hidalgo nördlich von Mexiko City. Eine für ihre Brutalität und Korruption berüchtigte Bullen-Spezialeinheit zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit hatte im Morgengrauen das ländliche Lehrer-College von El Mexe überfallen. Dort streikten Studenten seit dem 5. Januar gegen „Reformen", die zwei Drittel der Studierenden von der Hochschule vertreiben würden. Bei der brutalen Aktion von 1000 Bullen wurden viele Studenten verhaftet und Hunderte Menschen, darunter alte Frauen und Kinder, verprügelt. In der „Schlacht von El Mexe" umstellten Tausende Dorfbewohner die von Bullen besetzte Schule und forderten die Freilassung aller Verhafteten. Die zumeist nur mit Stöcken und Steinen bewaffneten Dorfbewohner ergriffen 68 Bullen, entwaffneten sie, zogen sie bis auf die Unterwäsche aus und ließen sie fünf Kilometer auf den Stadtplatz marschieren. Als Eltern und Studenten die Schule wieder in Besitz nahmen, fanden sie ein Polizeiwaffenarsenal einschließlich Granatwerfern vor.

Die mexikanische Regierung der PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution), in Panik über die völlig unerwartete Demütigung ihrer staatlichen Schläger, appellierte an Cuauhtémoc Cârdenas' PRD (Partei der Demokratischen Revolution), der der Bürgermeister des Ortes angehört. Dieser war dann Teil eines Komitees, das aushandelte, die knapp 400 studentischen Gefangenen gegen die Bullen auszutauschen. Als die Gefangenen frei waren, sangen die Dorfbewohner die *Internationale* - aber dann gaben sie das beschlagnahmte Waffenarsenal an die Regierung zurück, die sicherlich versuchen wird, für ihre demütigende Niederlage Rache zu nehmen.

In Mexiko City hat die überwältigende Repression der Regierung den Kampf auf kleine Bereiche, in denen der Widerstand weiterschwelt, eingeschränkt. Aber der Aufstand in Hidalgo zeigt, dass diese Funken die Macht haben, wiederaufzuflammen und Aufstände in anderen Teilen des Landes hervorzurufen. Als die Studenten in El Mexe mit der Polizei konfrontiert waren, schickten sie einen Hilferuf an den Allgemeinen Streikrat der UNAM, der eine Delegation sandte. Hunderten Streikenden von El Mexe droht noch eine Anklage wegen „Rebellion" und schwerem Diebstahl. Dringend nötig ist jetzt eine zentral auf die Arbeiterbewegung gestützte nichtsektiererische klassenkämpferische Verteidigung der verhafteten Kämpfer.

Die PRI-Regierung will die Zerschlagung des UNAM-Kampfes für eine starke Repression gegen die Linke benutzen, um zukünftige breite politische Kämpfe einzudämmen. Gleichzeitig versucht jetzt die PRD, den unpopulären Angriff der PRI gegen den UNAM-Streik in einen Wahlsieg bei den anstehenden .Wahlen umzumünzen. Aber die PRD, die Mexiko City verwaltet, ist genauso eine bürgerliche Partei wie die PRI - sie hat genauso ihre Bürgerkriegsbullen losgeschickt, um den Streik anzugreifen. Viele der radikaleren Studenten haben die verräterische Rolle der PRD gesehen, wenden sich aber statt dessen der kleinbürgerlich-guerillaistischen EZLN (Zapatistas) zu. Dies ist keine Alternative, sondern einfach eine radikalere Form des Nationalismus. Die Zapatistas, „Liberale mit Gewehren",

Fortgesetzt auf Seite 8

UNAM-Streik...

Fortsetzung von Seite 7

versuchen, die PRD dazu zu benutzen, den bürgerlichen Staat unter Druck zu setzen, damit er Konzessionen macht. Wir Spartakisten hingegen kämpfen dafür, dass das Proletariat die unterdrückten und besitzlosen Massen Mexikos an die Macht führt.

Die dringenden Forderungen und Bedürfnisse der verarmten Arbeiter und Bauern Mexikos - nach Agrarrevolution, Ausbildung, medizinischer Versorgung etc. - können nicht von der korrupten mexikanischen bürgerlichen Klasse erfüllt werden, die mit Tausenden Fäden mit ihrem imperialistischen Herrn, dem US-Imperialismus, verbunden ist. Selbst die minimalsten Reformen wie die der Studenten von El Mexe erfordern das trotzkistische Programm der permanenten Revolution: Die Trotzkisten der GEM kämpfen dafür, eine leninistische Avantgardepartei aufzubauen, die die Arbeiter und Bauern Mexikos an die Macht führt, das kapitalistische System der Unterdrückung zerschlägt und den Weg zur proletarischen Revolution auf dem gesamten amerikanischen Kontinent eröffnet.

Nachfolgend drucken wir die Protesterklärung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) nach dem brutalen Überfall auf die UNAM ab.

---

6. Februar - Heute im Morgengrauen stürmte die mexikanische Bundespolizei, die für ihre Brutalität berüchtigt ist, mit einer Armee von Tausenden den Campus der UNAM-Universität in Mexiko City und verhaftete an die 700 Studenten und Streikunterstützer aus einer Versammlung des Allgemeinen Streikrats (CGH) heraus. Die verlogenen Behauptungen der Bourgeoisie über die „Autonomie" der größten Universität Amerikas wurden jetzt unter dem eisernen Stiefel einer militärischen Besetzung des Campus zertreten. Eltern und Streikunterstützer stellten sich mutig vor die Busse, die die Studenten in gefährlichen Polizeigewahrsam bringen sollten, aber sie wurden überwältigt durch die Militärgewalt. Viele Hunderte sind jetzt in Gewahrsam im Hauptquartier der Bundespolizei am Platz der Revolution in Mexiko City.

Unsere Genossen in Mexiko City, die Grupo Espartaquista de Mexico (GEM) und ihre Jugendgruppe Juventud Espartaquista (JE) kämpfen jetzt dringend für eine massenhafte Demonstration, die zentral auf der Arbeiterklasse basiert. Sie fordern: *Weg mit allen Anklagen! Freiheit fiir die UNAM-Streikenden! Verteidigt öffentliche Ausbildung!* Die Arbeiterbewegung und Linke muss international Aktionen ergreifen und zeigen, dass die angegriffenen UNAM-Streikenden nicht alleine stehen. Überall hat die Arbeiterbewegung ein lebenswichtiges Interesse an diesem Kampf gegen Klassenprivilegien und Staatsterror in Mexiko. International muss die Lage bekannt gemacht werden und Proteste sind dringend notwendig, um die staatlichen Repressionen gegen die Linke, die Arbeiterbewegung und die Studenten in Mexiko zu bekämpfen!

Der Polizeirazzia heute am frühen Morgen ging letzte Woche ein Angriff der Bullen und bezahlter Schläger auf die ebenfalls streikende Oberschule, die mit UNAM verbunden ist, voraus. Gymnasiasten und UNAM-Streikende wurden brutal zusammengeschlagen, Hunderte wurden verhaftet und werden mit schweren Anklagen wie „Aufruhr" und „Terrorismus" bedroht, die sie für mehrere Jahrzehnte hinter Gitter bringen können. Seit Beginn des UNAM-Streiks haben die GEM und die JE hartnäckig betont, dass die Polizisten, einschließlich der Campus-Polizei („Auxilio UNAM"), die bezahlten Schläger der Kapitalistenklasse sind und nicht zur Arbeiterbewegung gehören. Diese blutigen Polizeiangriffe verleihen unserer Forderung Dringlichkeit: *„Bullen raus aus den Gewerkschaften! Militär/Polizei raus aus dem Campus!"*

Die Versuche, Tausenden Jugendlichen den Zugang zu höherer Bildung zu beschränken - und die Entfesselung der brutalen staatlichen Repression, die vom Campus bis zu den Zapatistas und Bauern in Chiapas reicht - ist Teil der Verschärfung der Ausbeutung der mexikanischen Arbeiterklasse und Unterdrückten durch die mexikanische Bourgeoisie in Einklang mit den Diktaten ihrer US-imperialistischen Herren durch den IWF und NAFTA. Wie die GEM/JE in einem Flugblatt vom 4. Februar schrieb, das auf dem Protestmarsch von 20000 zum Zocalo, dem größten öffentlichen Platz in Mexiko City, verteilt wurde:

> „Das bürgerliche Regime, gegenwärtig konfrontiert mit einer Welle von Streikaufrufen, will den UNAM-Streik zerschlagen, damit er nicht in die Kämpfe der Arbeiterklasse eingreift, besonders während dieses Wahljahres, wo die verschiedenen bürgerlichen Parteien PRD (Partei der Demokratischen Revolution), PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution), PAN (Partei der Nationalen Aktion) ihren imperialistischen Herren beweisen wollen, dass sie fähig sind, für das Kapital ,Gesetz und Ordnung' aufrechtzuerhalten, selbst auf Kosten des Blutes von Arbeitern und Studenten... Während diese Partei (die PRD) unter Teilen von Arbeitern und Studenten als ein Ergebnis der ständigen Angriffe der Überfallkommandos der Polizei gegen die Streikenden an Beliebtheit verloren hat, ist es jedoch notwendig, dieser Desillusionierung gegenüber der PRD einen *Klassencharakter* zu geben: Die PRD ist eine *bürgerliche* Partei, und ihr Nationalismus und ihre demokratischen Ansprüche widerspiegeln nichts anderes als ihre bürgerlichen Interessen. Das zerbrechliche mexikanische bürgerliche Regime kann den Arbeitern und Unterdrückten nichts anderes als Hunger und Repression bieten."

Die Regierung hat die Studenten blutig unterdrückt, weil sie denkt, sie könne damit davonkommen. Der Studentenstreik hält seit mehreren Monaten und die Studenten haben heroisch gekämpft. Aber studentischer Protest allein genügt nicht. Um über verbalen Protest hinauszugehen und die Gesellschaft zu verändern, müssen Studenten und all diejenigen, die soziale Gerechtigkeit suchen, in den gesellschaftlichen und ökonomischen Realitäten des Landes verankert sein und müssen die enorme soziale Macht des Proletariats gegen die mexikanischen Herrscher und ihre imperialistischen Herren mobilisieren. Wir sagen: Kein neues Massaker wie 1968! Mobilisiert die Macht der Arbeiterklasse! Schmiedet eine revolutionäre trotzkistische Partei!«

Es gibt keinen „fairen Prozess" in den rassistischen bürgerlichen Gerichten!

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Am 5. Februar fand in Berlin eine bundesweite Demonstration für Mumia Abu-Jamal statt, den schwarzen Journalisten und wortgewaltigen Sprecher für die Unterdrückten, der seit 18 Jahren unschuldig in den USA in der Todeszelle sitzt. Wir Spartakisten intervenierten und hatten Plakate wie: „Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe! Es kann keine Fairness in kapitalistischen, rassistischen Gerichten geben! Für die Mobilisierung der multirassischen amerikanischen Arbeiterklasse, um Mumia zu befreien!"

Eine zentrale Losung der Organisatoren der Demo war „Für einen neuen fairen Prozess". Aber dieser Staat der Kapitalistenklasse - einschließlich Armee, Polizei, Justiz - existiert ausschließlich, um die Herrschaft einer Minderheit, der die Produktionsmittel gehören, aufrechtzuerhalten. Das Programm von uns Spartakisten ist es, die Macht der Arbeiter/Schwarzen unabhängig vom bürgerlichen Staat zu mobilisieren, um das gesamte kapitalistische System hinwegzufegen, das die Basis für rassistischen Mord, Unterdrückung und Ausbeutung ist. Die Illusion zu schüren, dass diese bürgerliche Justiz und Polizei, die wieder und wieder klar machte, dass sie Mumia tot sehen will, „fair" sein könnte, ist ein *Hindernis* für den Kampf um Mumias Freiheit!

Rassismus und die Kriminalisierung von mutigen Gegnern des kapitalistischen Systems wie Mumia Abu-Jamal sind kein schlimmer „Auswuchs" dieses Systems, sondern fester Bestandteil davon: Das soll die Arbeiterklasse spalten und dadurch schwächen. Genau die gleiche Funktion hat das Gift des Nationalismus, das sich in Form von Antiamerikanismus durch die Demonstration zog. Besonders ekelhaft tat sich die Gruppe Linksruck hervor, die wie wild skandierte: „USA - internationale Völkermordzentrale!" Das ohne ein Wort über den deutschen Imperialismus, in dessen Hauptstadt sie marschierten! Aber dies hängt nahtlos zusammen mit Linksrucks Unterstützung der SPD, die den Nachfolgestaat des Dritten Reichs verwaltet. Wie unser Genosse Jan in seiner Rede sagte: „In Deutschlandmus s der Kampf gegen Rassismus gegen die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung geführt werden, die den rassistischen Staatsterror drastisch verschärft hat und weiter betreibt und Gruppen wie die PKK und DHKP-C brutal unterdrückt... Gestern war Gregor Gysi sehr glücklich, über den Rassismus in den Vereinigten Staaten herzuziehen. Aber vergessen wir nicht, es ist die PDS-Führung, die mitverantwortlich ist für rassistische Abschiebungen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Vergessen wir nicht, dass die PDS-Führung das Bullenverbot gegen die Demonstration, die Luxemburg und Liebknecht ehren sollte [am 9. Januar in Berlin], akzeptierte."

Auch die Berliner Jugendgruppe des Revolutionär Sozialistischen Bunds (RSB) fordert ein „neues faires Verfahren" (Flugblatt Roter Stachel Berlin, „Freedom for Mumia", ohne Datum). Aber nicht alle Jugendmitglieder schluckten diese Schönfärberei des bürgerlichen Staates. Ein Flugblatt des Roten Stachels aus Hamburg argumentierte zwar nicht offen gegen diese Losung, benutzte sie aber nicht und forderte „Kampf der Klassenjustiz". Ein darauf folgender Artikel in der RSB-Zeitung (*Avanti*, März 2000) versuchte besorgt die Risse zu kitten, dort heißt es: „Auf ein ‚faires Verfahren' zu setzen wäre eine Kapitulation vor der bürgerlichen Klassenjustiz." Aber der Schluss des Artikels straft diese Worte Lügen, dort liest man nämlich die alte - und wirkliche - Position des RSB: Man müsse durch *„politischen* Druck" für ein *„politisches* Nachgeben" der Justiz kämpfen.

Mitgliedern des Roten Stachels, die sich von ihrer Organisation für dumm verkauft fühlen, sagen wir: Dies ist kein Ausrutscher des RSB. Er verschweigt nämlich, dass wir in einer Klassengesellschaft leben - außer in manchen Worten auf dem Papier. Er sucht nach Kräften, die Druck ausüben sollen, um den Kapitalismus zu reformieren; in *Avanti* bemühen sie die namenlose „internationale Solidarität", ohne die Arbeiterklasse auch nur zu erwähnen. Auch die Unterstützung des RSB für die sozialdemokratische PDS beweist, dass ihre Perspektive nicht über den Rahmen des Kapitalismus hinausgeht. So riefen sie z.B. im September 1998: „Für eine kritische Wahl der PDS!" *(Avanti),* der Partei, die 1989/90 die Konterrevolution in dem deformierten Arbeiterstaat DDR geführt hat und heute den deutschen Imperialismus mitverwaltet.

Das Hamburger Flugblatt des Roten Stachels erwähnt ebenfalls nicht die Arbeiterklasse, sondern will „die Betroffenen organisieren". Wir dagegen wollen die soziale Macht der Arbeiterklasse mobilisieren, um Mumia zu befreien. Die internationalen Proteste 1995, die Mumias Hinrichtung stoppten, hatten vor allem deshalb Erfolg, weil internationale Arbeiterorganisationen von Südafrika bis Australien ihr soziales Gewicht in die Waagschale warfen.

Eine „Gesellschaft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung" (Roter Stachel Hamburg) zu schaffen ist unmöglich mit dem Programm des RSB, der den Kapitalismus „fair" machen will. Es ist nötig, eine internationale revolutionäre Partei nach dem Modell der Bolschewiki Lenins und Trotzkis aufzubauen, die die Arbeiterklasse organisiert, um den Kapitalismus zu stürzen und eine internationale Räteherrschaft zu errichten. Für diese Perspektive kämpft die Spartakist-Jugend. Schließt euch uns an!«

Spendet großzügig und noch heute für die Rechtsverteidigung Jamals!

Konto des Komitees für soziale Verteidigung:

Werner Brand
Commerzbank Berlin
Konto-Nr. 590109500
BLZ10040000
Stichwort „Jamal"



PDS akzeptiert staatliches Verbot gegen Zwei-L-Demo

Viertes Reich - Hände weg von linken Demonstranten!

Nachstehend drucken wir die leicht redigierte Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga vom 14. Januar gegen das von der sozialdemokratischen Regierung erlassene staatliche Verbot der jährlichen Demonstration zur Ehrung der Kommunisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ab. Am 15. Januar wurden Tausende Exemplare dieser Erklärung von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), deutsche Sektion der IKL, bei einer zweiten Zwei-L-Demonstration verteilt. Dieses Verbot kam zwei Monate nach den triumphalistischen Feiern der deutschen Bourgeoisie zum zehnten Jahrestag des Falls der Berliner Mauer und einige Tage vor der Einkerkerung von Egon Krenz.

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

Die PDS-Führung um Gysi akzeptierte das Verbot der Zwei-L-Demonstration und ging seitdem in eine neue Offensive, die linke Jugendliche wütend machte. Nachdem sie letztes Jahr als „Antikriegspartei" posierte, möchte die PDS-Führung in ihrem Drang, den deutschen Imperialismus mehr mitzuregieren, eine „Einzelfallprüfung" für ihre Zustimmung zu UN-Kriegseinsätzen. Der Ruf der PDS nach OSZE- oder UN-Interventionen während des imperialistischen Kriegs gegen Serbien im letzten Jahr war ein Vorstoß für ein Militärbündnis, in dem der deutsche Imperialismus mehr zu sagen hat, als in der US-dominierten NATO. Wir brandmarkten die PDS als Kriegshetzer und Strategen für den deutschen Imperialismus und riefen zum Sturz des Imperialismus durch Arbeiterrevolution auf. Gysis neuer Vorstoß läuft letztlich auf eine Zustimmung für Kriegseinsätze der Bundeswehr, der Armee des deutschen Imperialismus hinaus.

Die Opposition gegen Gysis Linie in der PDS von der Kommunistischen Plattform und dem marxistischen Forum und außerhalb seitens des RSB behauptet, die PDS sei immer noch eine sozialistische Partei. So erklärten sich am 12. März Michael Benjamin, Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf „Gegen einen Richtungswechsel - für eine starke PDS" (*junge Welt,* 30. März). Das soll Jugendliche und Arbeiter, die von der prokapitalistischen PDS-Führung angewidert sind, davon abhalten, von der PDS zu spalten. Wir sagen: Die PDS führte 1990 die kapitalistische Konterrevolution in der DDR! Sie kann nicht zum Sozialismus reformiert werden! Brecht von der Sozialdemokratie und ihren pseudolinken Anhängseln! Für die Schmiedung einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei!



Lange/Neues Deutschland

9. Januar: Bullen prügeln auf Demonstranten ein

Am 9. Januar wurde die alljährliche Demonstration zu Ehren der heldenhaften deutschen Kommunisten Rosa Luxemburg, jüdisch-polnischer Herkunft, und Karl Liebknecht in Berlin verboten - zum ersten Mal seit der Zeit von Hitlers Naziregime. Trotz des Verbots, das von den kriecherischen PDS-Führern akzeptiert wurde, gingen Tausende Linke aus Protest auf die Straße. Sie wurden brutal von den Bullen verprügelt, Hunderte wurden verhaftet. Wir sagen: Sofortige Freilassung aller verhafteten Demonstranten! Einstellung aller Verfahren! Nieder mit dem Staatsterror gegen die Linke!

Als die SPD im August 1914 das deutsche Proletariat auslieferte als Kanonenfutter für den imperialistischen Krieg, erklärte Liebknecht zu Recht: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" Als Feind der Russischen Revolution und jeder anderen Arbeiterrevolution versuchte die SPD jahrzehntelang, die Sowjetmacht zu stürzen. In Deutschland hieß das, dass sie für die Bourgeoisie als konterrevolutionärer Bluthund gegen die proletarische Revolution vorging. Vergessen wir nicht: Es waren die Vorfahren der heutigen SPD, die während des Spartakus-Arbeiteraufstands 1918/19 Luxemburg und Liebknecht durch die Freikorps ermorden ließen. Die heutige kapitalistische SPD-geführte Regierung setzt Lohn- und Sozialraub sowie Rassismus gegen Immigranten durch, während sie gleichzeitig einen imperialistischen Krieg auf dem Balkan führt.

Die Kapitulation der PDS hat den Griff des Staates gestärkt, um direkt blutig auf die Demonstranten einzuschlagen. Das hat in den Reihen der PDS und unter linken Jugendlichen Proteste entfacht. Während vorgebliche Linke Gysi milde für seine Unterstützung des staatlichen Verbots tadeln, predigen sie, wie der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), dass im Gegensatz zur SPD die PDS „'noch' eine sozialistische Perspektive" (*Avanti,* Dezember 1999) vertrete. Das ist ein Betrug! Die exstalinistische PDS hat die kapitalistische Konterrevolution in der DDR geführt und jetzt ist sie einfach die Sozialdemokratie des Ostens, die als Verteidiger der Menschen auftritt, deren Leben sie zu zerstören half. Die *taz* (10. Januar) zitiert einen Roland T, der den Nagel auf den Kopf traf: „Wer regierungsfähig sein will wie die PDS, muss wohl mit der Polizei zusammenarbeiten." Die PDS ist ein Komplize des staatlichen Verbots gegen Linke - darunter ihre eigenen Mitglieder -, denn sie giert danach, genau diesen kapitalistischen Staat als parlamentarischer Partner der SPD zu regieren.

Wir Trotzkisten der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) standen als Einzige gegen die kapitalistische

Fortgesetzt auf Seite 28

SPARTAKIST
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

4. APRIL 2000 EXTRABLATT DM 0,50

Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90

Wir veröffentlichen im Folgenden das Referat von Steffen Singer, Redakteur des Spartakist, *das er Ende Januar und Anfang Februar auf Veranstaltungen unserer Genossen der Spartacist League/U.S. in New York, Chicago und San Francisco gehalten hat.*

Der Kampf der IKL für ein Rotes Rätedeutschland

Am 8. November 1999, dem zehnten Jahrestag des Falls der Mauer, wurde im deutschen Fernsehen eine Talkshow mit Michail Gorbatschow, ehemaliger Präsident der Sowjetunion, Helmut Kohl. Ex-Bundeskanzler des deutschen Imperialismus, und dem Ex-US-Präsidenten Bush gesendet. Sie plauderten darüber, wie sie 1990 die Konterrevolution in der DDR organisiert hatten, und Gorbatschow sagte:

> „Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert, die sich in der DDR entwickelten. Und eine besonders kritische Situation ergab sich im Januar. Von der Natur der Dinge her lief ein Zerfall der Strukturen. Es gab eine Gefahr - eine Gefahr der Desorganisation, der großen DeStabilisierung. Wenn Sie so wollen, fing das am 3. Januar an, und weiter fast jeden Tag..."

Am 3. Januar 1990 kamen 250000 Menschen zu einer antifaschistischen, prosowjetischen, prosozialistischen Mobilisierung zum sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow, das zu Ehren der Soldaten der Roten Armee errichtet worden war, die ihr Leben im Kampf zur Befreiung Berlins von den Faschisten gegeben hatten. Sie kamen, um gegen die Schändung des Ehrenmals durch Faschisten Ende Dezember 1989 zu protestieren. Und es waren wir, die Trotzkisten, die diese Einheitsfront initiierten. Wir verteilten 130000 Flugblätter vor Ostberliner Fabriken, in Arbeiterbezirken, vor S-Bahnstationen und besonders an ausländische Vertragsarbeiter. Und wir sagten:

> „Die grauenhafte Schändung des Ehrenmals für die gefallenen sowjetischen Helden am 28. Dezember in Treptow ruft Abscheu und Empörung bei Millionen Arbeitern und weiten Schichten der Bevölkerung der DDR hervor. Diese Provokation richtet sich genauso gegen unseren Arbeiterstaat, der auf den Ruinen des Hitler-Faschismus errichtet worden ist."



Spartakist

Berlin-Treptow, 3. Januar 1990: Von Spartakisten initiierter Protest gegen faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals; 250000 hörten Trotzkismus kontra Stalinismus

Wir warnten: „Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut

Fortgesetzt auf Seite 12

PDS führte Konterrevolution in der DDR
SPD: Trojanisches Pferd der Konterrevolution

1989/90...

Fortsetzung von Seite 11

die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist aber die SPD/SDP das Hauptinstrument, ein solches Großdeutschland herbeizuführen. Das vielköpfige faschistische Ungeheuer abzuwürgen heißt, diesem sozialdemokratischen Vordringen Einhalt zu gebieten." Und wir betonten: „Die Sozialdemokratie ist das Trojanische Pferd der Konterrevolution!"

Wir forderten: „Für gemeinsame Arbeitermilizen unter der Kontrolle von Arbeiter- und Soldatenräten! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht! Für eine leninistisch-egalitäre Partei! ... Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter! Für das Wiederaufleben der Wirtschaft durch zentrale Planung unter Arbeiterräten! Kein Ausverkauf der DDR ... Für ein rotes Rätedeutschland!"

Es waren die Fabrikarbeiter, die das Rückgrat dieser Mobilisierung bildeten. Zuerst weigerte sich die SED-PDS, sich dem Aufruf zu einer Demonstration anzuschließen. Aber als sie feststellten, dass die Ostberliner Betriebe hinter unserem Aufruf standen, sagte uns Lothar Bisky, einer der Führer der SED-PDS: „Ihr habt die Arbeiter", und sie waren gezwungen, den Aufruf zu der Demonstration zu unterstützen.

Und 250000 hörten Trotzkismus gegen Stalinismus, die IKL gegen die SED-PDS. Es war das erste Mal seit Trotzkis Verbannung aus der UdSSR und der Zerschlagung der Linken Opposition dort in den späten 20er-Jahrcn, dass Trotzkisten vor einem Massenpublikum in einem deformierten Arbeiterstaat sprechen konnten. Ich zitiere aus der Rede unserer Genossin:

> „Eine politische Revolution, wie sie jetzt ausgebrochen ist und unter uns Raum greift, die sollten wir verteidigen. Die wirtschaftliche Abschöpfung und politische Eingliederung in Etappen, wie sie durch den BRD-Imperialismus versucht wird und wo sie Hilfe bekommt von der SPD, kann diese politische Revolution in eine soziale Konterrevolution verändern. Das darf nicht geschehen! Dagegen ist es notwendig zu kämpfen!
>
> Richtig, stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfront! Wir müssen weiterdenken. Unsere Wirtschaft leidet unter Verschwendung und Veralterung. Die Diktatur der SED-Partei hat gezeigt, daß sie untauglich ist, dagegen anzugehen.
>
> Lenin sagt, Politik ist die Konzentration der Ökonomie. Der Kampf um die Macht, um diese Entscheidungen zu treffen und dieses Land zu regieren, muß liegen in den Händen von Arbeiterräten, damit rationelle vernünftige Entscheidungen gefunden werden können, zur Zufriedenheit der Mehrheit.
>
> Die Sowjetunion wird sicher den gleichen Weg gehen, und das würde uns helfen, gemeinsam ökonomische und politische Probleme zu lösen, und unsere Staaten, unsere Arbeiterstaaten zu verteidigen, die im Moment im Übergang sind, die gebrochen sind vom Kapitalismus, aber noch nicht sozialistisch sind.
>
> ... wir kämpfen für die Schmiedung einer neuen Arbeiterpartei, gleiche Rechte, gleiche Pflichten, im Geiste von Lenin, Liebknecht und Luxemburg. Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht! Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!"

Die Konterrevolution verwüstet die ehemalige DDR

Die SED-PDS und Gorbatschow waren erschreckt durch das Gespenst einer proletarischen politischen Revolution, das durch Treptow verkörpert wurde. Das Letzte, was sie sehen wollten, war die Arbeiterklasse an der politischen Macht in der DDR. Sie änderten rapide ihr Tempo und traten offen für einen kapitalistischen Anschluss ein. Wie Gorbatschow während der Talkshow im Fernsehen sagte, als er eine Diskussion mit Hans Modrow beschrieb:

> „Und genau in diesem Moment, genau dann, sagte Modrow mir, dass ich heute sagen soll, dass, wenn wir bisher über eine vertragsgebundene Union zweier Staaten gesprochen haben, die Deutschen - ihre Mehrheit - heute für die Vereinigung Deutschlands sind...
>
> Da sagte ich ihm [Helmut Kohl], dass wir in der sowjetischen Führung davon ausgehen, dass es das Recht der Deutschen selbst ist, zu entscheiden, in welcher Form und in welchem Zeitraum, auch immer die Einheit Deutschlandsstattfindensoll."

Wovor wir gewarnt und wogegen wir gekämpft hatten, ist eingetreten: Die Konterrevolution verwüstete die frühere DDR; die gesamte Industrie wurde dem Erdboden gleichgemacht und die Massenarbeitslosigkeit beträgt 20 Prozent oder mehr, bei Jugendlichen ist es sogar noch schlimmer. Es gibt ständige, unablässige Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse im Westen, einen Feldzug, um die Macht der Gewerkschaften zu brechen und das System der Flächentarifverträge zu zerstören. Frauen wurden ganz besonders hart getroffen - 60 Prozent von ihnen verloren ihre Arbeit und es gibt Angriffe auf das Abtreibungsrecht. Die Bourgeoisie will das Rentensystem, das Bildungssystem, das Gesundheitssystem zerstören.

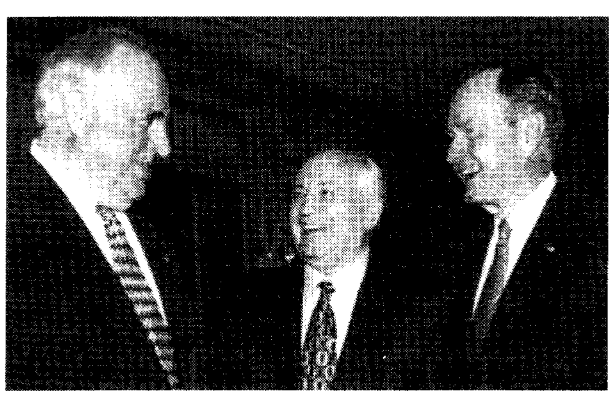
Gleichzeitig wird zunehmender rassistischer Terror benutzt, um die Arbeiterklasse zu spalten. Es gibt unzählige Abschiebungen von Immigranten und Flüchtlingen, selbst von in Deutschland geborenen Jugendlichen. Es gibt ein gefährliches Anwachsen der Faschisten und tagtäglichen faschistischen Mord und Terror. Und solch ein gewaltiges Anwachsen des Antisemitismus, dass Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, der vor einigen Monaten verstarb, sicherstellte, dass er nach seinem Tode nicht in Deutschland begraben wurde, weil er nicht wollte, dass sein Grab in die Luft gesprengt wird, so wie es schon mehrfach mit dem Grab seines Vorgängers passierte.

In Osteuropa ist die Situation für die arbeitenden Massen sogar noch schlimmer. Gleichzeitig hat es in ganz Westeuropa riesige militante Kämpfe der Arbeiterklasse gegen diese Angriffe der Bourgeoisie gegeben. So heuerte die von der SPD geführte kapitalistische Regierung für die Feiern der Bourgeoisie am Brandenburger Tor anlässlich des zehnten Jahrestages des Falls der Berliner Mauer die beliebtesten regierungsfreundlichen Schriftsteller und Künstler an. Nur

15 000 kamen, verglichen mit zwei Millionen hei der Millenium-Feier, denn die Mehrheit der Arbeiter in Deutschland und Europa sehen nichts, was zu feiern wäre.

Bei dieser Talkshow war Kohl nicht sehr erfreut darüber, was Gorbatschow sagte. Die Bourgeoisie betreibt diese große „Todes-Kommunismus"-Kampagne, dass angeblich 1989/90 jeder nach Kapitalismus lechzte, und die Treptow-Mobilisierung am 3. Januar 1990 passt überhaupt nicht in diese Kampagne. Nur ein Beispiel: Es wurde ein großes Buch mit den Protokollen von Kohls Verhandlungen 1989/90 veröffentlicht, ein- oder zweitausend Seiten lang. Die Protokolle von Ende Dezember 1989, dem Zeitpunkt unseres Aufrufs zum Einheitsfrontprotest in Treptow. bis Ende Januar 1990 wurden als ..geheim" vermerkt und nicht abgedruckt.

Zur gleichen Zeit gibt es eine finstere Kampagne der Bourgeoisie von Auschwitz. die DDR mit Hitlers Drittem Reich gleichzusetzen. So gibt es jetzt in den ehemaligen Nazi-Konzentrationslagern Ausstellungen über „Verbrechen der Roten Armee" und „für die Opfer des Stalinismus", d.h. hauptsächlich Nazis. Und am Jahrestag des Falls der Berliner Mauer verurteilten die Gerichte der Bourgeoisie drei ehemalige führende DDR-Bürokraten. Egon Krenz, Günter Kleiber und Günther Schabowski, zu mehrjährigen Gefängnisstrafen - weil sie Repräsentanten des Arbeiterstaates DDR waren - und setzten dies mit den Nürnberger Prozessen gleich.



AFP

Kohl, Gorbatschow und Bush: Architekten der kapitalistischen Wiedervereinigung feiern 10 Jahre Konterrevolution, die Ostdeutschland verwüstete. Arbeits- und Obdachlose warten vor Berliner Volksküche

R Glaser



Was die Bourgeoisie mit dieser ganzen Kampagne verschwinden lassen möchte, ist, dass 1989/90 die Frage gestellt war: Revolution oder Konterrevolution. 1989 gab es eine revolutionäre Situation. Lenin definierte eine revolutionäre Situation als eine Situation, in der die Herrscher nicht mehr auf die alte Weise regieren können und die Unterdrückten nicht mehr in der alten Weise regiert werden wollen. Im Oktober 1989 brach die herrschende bürokratische Kaste der DDR zusammen; es gab wachsende Demonstrationen und Ende Oktober wurde der SED-Vorsitzende Honecker mit Hilfe von Gorbatschow gestürzt. Und was sich im ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat entwickelte, war eine keimende proletarisch-politische Revolution. Die Frage war gestellt: Welche Klasse soll herrschen? Entweder proletarisch-politische Revolution, d.h. die Arbeiterklasse stürzt die Bürokratie und nimmt die politische Macht in die eigenen Hände, oder kapitalistische Konterrevolution, d.h. die westdeutsche Bourgeoisie annektiert die DDR.

Die Oktoberrevolution und der stalinistische Thermidor

Proletarisch-politische Revolution war das, wofür wir kämpften. Dieser Kampf muss auf der prinzipiellen Verteidigung der proletarischen Eigentumsformen basieren. Um zu verstehen, was 1989 passierte und wie wir um die Macht kämpften, müssen wir zur Russischen Revolution von 1917 zurückgehen.

1914 brach der Erste Weltkrieg aus. Dies war ein imperialistischer Krieg um die Neuaufteilung der Welt. Mit dem Ausbruch des Krieges gingen viele der Parteien der Zweiten Internationale auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie über. Sie waren der Schlüssel dafür, die Arbeiterklasse eines jeden Landes gegen ihre Klassenbrüder in den anderen Ländern zu schicken, um sie abzuschlachten. Sie wurden zu dem, was Lenin bürgerliche Arbeiterparteien nannte, Parteien mit einer proletarischen Basis, aber mit einem bürgerlichen Programm - d.h. sie verteidigten die Interessen und die Herrschaft der Bourgeoisie.

Das Grauen des Ersten Weltkriegs brachte die Arbeiter des Russischen Reiches dazu, den *Zaren* in der Februarrevolution 1917 zu stürzen. Sie errichteten Sowjets - Arbeiterräte. Die Mehrheit der Arbeiter und Soldaten vertraute zu diesem Zeitpunkt den Menschewiki, die die russischen Sozialdemokraten waren. Und die Menschewiki gaben die Macht zurück an die Bourgeoisie. Sie bildeten die Provisorische Regierung in Koalition mit offen bürgerlichen Parteien - eine Volksfront. Die Menschewiki, die die Mehrheit in den Sowjets hatten, ordneten die Sowjets der bürgerlichen Regierung unter mit dem Ziel, letztendlich die Sowjets aufzulösen und eine bürgerlich-parlamentarische Republik zu schaffen.

Das bedeutete die Fortsetzung des Krieges, es bedeutete das Eigentum der Bourgeoisie zu verteidigen, die Fabriken gegen die Arbeiter und die Großgrundbesitzer gegen die Bauernschaft. Den Bolschewiki, die von den Menschewiki schon viel früher gespalten hatten, war klar, dass die Sozialdemokraten nicht durch Druck dazu gebracht werden können, den Interessen der Arbeiter zu dienen, und kämpften stattdessen dafür, die proletarische Basis von ihrer sozialdemokratischen Führung zu brechen. Die Bolschewiki riefen dazu auf, dass die Sowjets mit der Bourgeoisie brechen, und forderten „Alle-Macht den Sowjets!". Aber genau das wollten die Menschewiki und die von den Menschewiki geführten Sowjets nicht tun.

Im Laufe des Kampfes zwischen Februar und Oktober 1917 überzeugten sich die Arbeiter und Soldaten davon, dass die Menschewiki nicht für ihre Interessen kämpfen würden, dass sie nicht mit der Bourgeoisie brechen würden, wie viel Druck man auch auf sie ausüben würde. Die Arbeiter und Soldaten brachen mit den Menschewiki und wurden

Fortgesetzt auf Seite 14

1989/90...

Fortsetzung von Seite 13

für die Bolschewik! gewonnen. Im Oktober 1917 führten die Bolschewiki die Arbeiterrevolution; basierend auf der bewaffneten Arbeiterklasse und den Soldaten ergriffen die Sowjets in einem Aufstand die Macht, wobei sie den bürgerlichen Staat zerschlugen.

Die Weltbourgeoisie tat alles, um die Revolution zu zerschlagen. Ein Bürgerkrieg von noch nie da gewesenem Ausmaß brach aus, als 14 kapitalistische Länder auf Seiten der Weißen Garden, den russischen konterrevolutionären Armeen, einmarschierten. Die Rote Armee, geführt von Trotzki, besiegte sie mit Hilfe der Arbeiterklasse in den Heimatländern der kapitalistischen Invasionsarmeen.

Den Bolschewiki war sehr wohl klar, dass das rückständige Sowjetrussland nicht überleben würde, wenn es isoliert blieb. Sie sahen den Oktober 1917 als den Beginn der Weltrevolution. Es war notwendig, die Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder auszuweiten. Deshalb gründeten Lenin und Trotzki die Dritte Internationale als die Partei, die notwendig war, die Weltrevolution zu führen.

Die Russische Revolution war ein Leuchtfeuer für alle Unterdrückten auf der ganzen Welt. Am Ende des Weltkrieges brach eine Welle revolutionärer Aufstände in ganz Europa aus. Wie ihr russisches Gegenstück taten die sozialdemokratischen Parteien in Europa alles, um die Herrschaft der Bourgeoisie vor der Arbeiterklasse zu retten. Die neu gegründeten kommunistischen Parteien waren zu jung und unerfahren, um diese Revolutionen zum Sieg zu führen. In Deutschland, einem der fortgeschrittensten kapitalistischen Länder, war die revolutionäre Krise am schärfsten. Die SPD setzte die Freikorps, eine faschistoide konterrevolutionäre Armee, ein, um die Revolution von 1918/19 im Blut zu ertränken. Sie enthaupteten die junge Kommunistische Partei (KPD), indem sie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die zwei herausragendsten revolutionären Führer des deutschen Proletariats, töteten.

1923 wurde Deutschland durch eine außerordentliche revolutionäre Krise erschüttert. Die deutschen Arbeiter erwarteten von der KPD, dass diese sie führen würde, aber die Führung der KPD sah auf den linken Flügel der SPD, um die Revolution zu machen, und schloss sich mit ihm sogar in einer parlamentarischen, d. h. bürgerlichen, Koalitionsregierung zusammen. Als die KPD diese revolutionäre Situation verstreichen ließ, wurden die Arbeiter in der verwüsteten Sowjetunion demoralisiert, weil dies die Fortsetzung der Isolation der Russischen Revolution bedeutete.



Den Trotzkismus hassen, die Spartakisten hassen

– Bulletinreihe: Was Opponenten über die Spartakisten schreiben

Nummer 3

Die Internationalist Group (IG): Produkt der „Tod-des-Kommunismus"-Kampagne der Bourgeoisie

* * *

„Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert, die sich in der DDR entwickelten. Und eine besonders kritische Situation ergab sich im Januar. Von der Natur der Dinge her lief ein Zerfall der Strukturen. Es gab eine Gefahr – eine Gefahr der Desorganisation, der großen Destabilisierung. Wenn Sie so wollen, fing das am 3. Januar [Treptow-Demonstration 1990] an, und weiter fast jeden Tag – mächtiger Aufruhr, irgendwo fingen sie schon an, auch Gebäude zu zerstören; es gab Forderungen zu bestrafen, zu richten, hinauszuwerfen und so weiter. Das heißt, abgesehen von der Einheit, sprach viel von einer Unzufriedenheit mit dem Regime und damit, wie es sich gebärdete.

Und genau in diesem Moment, genau dann, sagte Modrow mir, ... dass, wenn wir bisher über eine vertragsgebundene Union zweier Staaten gesprochen haben, die Deutschen – ihre Mehrheit – heute für die Vereinigung Deutschlands sind. Natürlich war ihm das schon früher klar. ...

Da sagte ich [Helmut Kohl], dass wir in der sowjetischen Führung davon ausgehen, dass es das Recht der Deutschen selbst ist, zu entscheiden, in welcher Form und in welchem Zeitraum auch immer die Einheit Deutschlands stattfinden soll."

(Michail Gorbatschow beschreibt in einer Fernsehdiskussion am 8. November 1999, wie die stalinistische Bürokratie aktiv die Konterrevolution geführt hat.)

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin

Dezember 1999
Nr. 3
DM 3,–

Anfang 1924 nutzte eine konservative bürokratische Kaste, geführt von Stalin, die Situation aus und usurpierte die politische Macht, indem sie sie den Händen des Proletariats entriss. An diesem Punkt änderten sich die Menschen, die die UdSSR regierten, die Art und Weise, in der die UdSSR regiert wurde, und die Ziele, für die die UdSSR regiert wurde, völlig.

Es war eine politische Konterrevolution, aber keine soziale Konterrevolution. Die Bürokratie basierte auf der geplanten kollektivierten Wirtschaft; das ist, woher sie ihre Privilegien bezog. Jedoch besaß sie nicht die Produktionsmittel, die vergesellschaftetes Eigentum blieben. Bürokraten verwalteten eine Fabrik, aber sie konnten sie nicht besitzen; beispielsweise konnten sie diese Fabrik nicht ihren Kindern vererben. Sie waren keine herrschende Klasse, sondern eine instabile bürokratische Kaste. Diese Bürokratie hatte einen Doppelcharakter: Sie stand der Arbeiterklasse feindlich gegenüber, insoweit sie ihre Privilegien und ihre Herrschaft gegen die Arbeiter verteidigen musste. Gleichzeitig stammten ihre bürokratischen Privilegien von der Planwirtschaft, die als Ergebnis der siegreichen Oktoberrevolution entstand. Und die Weltbourgeoisie stand der sowjetischen Bürokratie feindlich gegenüber und kämpfte kompromisslos für die Zerstörung der Sowjetunion.

1924 proklamierte Stalin das Dogma vom „Sozialismus in einem Land", das dem proletarischen Internationalismus, der die Oktoberrevolution inspiriert hatte, 180 Grad entgegengesetzt war. Damit wurde die Dritte Internationale aus einem Werkzeug für die Weltrevolution in ein Hindernis für sie verwandelt. Ihre Aufgabe war es nicht länger, die Arbeiter an die Macht zu führen, sondern die Imperialisten zu beschwichtigen, damit diese nicht die Sowjetunion angreifen, so dass der „Sozialismus" dort aufgebaut werden könnte, aber nirgendwo sonst. Trotzki führte die Linke Opposition in einem kompromisslosen Kampf gegen die Degenerierung der Sowjetunion und der Dritten Internationale und verteidigte das bolschewistische Programm gegen die Stalinisten.

Die Sowjetunion zerschlug Nazi-Deutschland

In Deutschland gab der Fehlschlag der Revolution 1923 den Faschisten Auftrieb. Sie wuchsen enorm Ende der 20er- und Anfang der 30er-Jahre, als Deutschland von der großen Weltwirtschaftskrise erschüttert wurde. Konfrontiert mit einer riesigen Klassenpolarisierung entfesselte die deutsche Bourgeoisie die Faschisten. Die Arbeiterklasse wollte kämpfen. Die SPD-Führung wollte ihre Arbeiterbasis nicht mobilisieren, denn einmal gegen die Faschisten in Bewegung gesetzt hätten die Arbeiter dabei nicht Halt gemacht, sondern wären weitergegangen und hätten das ganze kapitalistische System weggefegt, das den faschistischen Abschaum ausbrütet. Gleichzeitig weigerte sich die Kommunistische Partei, gegen die Faschisten in einer Einheitsfront mit der SPD zu mobilisieren, um einerseits die Faschisten zu zerschlagen und andererseits die Überlegenheit des kommunistischen Programms über das bürgerliche Programm der SPD zu beweisen. Solche Einheitsfrontaktionen hätten es den Kommunisten ermöglicht, im Verlaufe des Kampfes die SPD-Arbeiterbasis von ihrer verräterischen Führung wegzureißen, und somit den Weg für die proletarische Revolution eröffnet. Das ist es, wofür die trotzkistische Linke Opposition kämpfte.

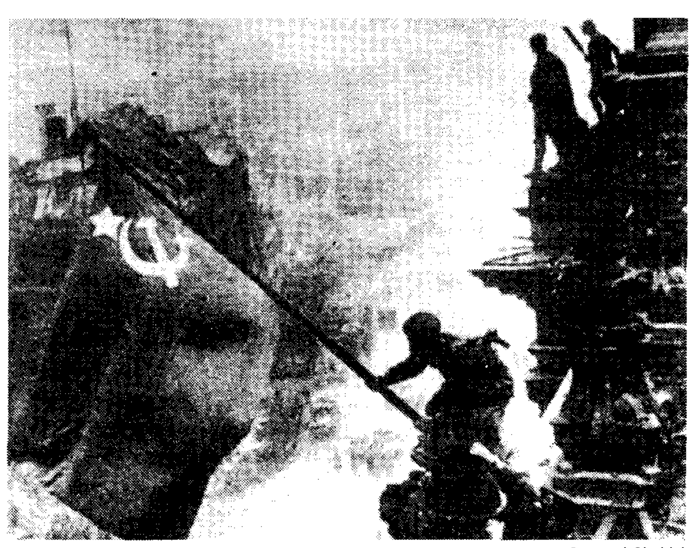
Anfang 1933 kam Hitler an die Macht, ohne dass auch nur ein Schuss abgegeben wurde. Die Faschisten zerschlugen alle Arbeiterorganisationen - die Kommunistische Partei, die SPD und die Gewerkschaften. Dann begannen sie den Holocaust, die Ermordung von 6 Millionen Juden und von Millionen Homosexuellen, Roma und Kommunisten. 1941 marschierte das Nazi-Regime in die Sowjetunion ein, um ein Sechstel der Welt zurück unter das Joch der kapitalistischen

Ausbeutung zu bekommen. Wir Trotzkisten verteidigten die Sowjetunion bedingungslos militärisch. Aber wir hatten keine Seite im Krieg *zwischen* den imperialistischen Mächten. Stattdessen kämpften wir für deren Sturz durch internationale proletarische Revolution. Und es war die Rote Armee, trotz Stalin, die das Nazi-Regime zerschlug. Fast 30 Millionen sowjetische Bürger gaben ihr Leben.

Nach dem Sieg der Roten Armee haben die Stalinisten die Enteignung der Kapitalisten - aus ihren eigenen Gründen und mit ihren eigenen Methoden - in der DDR und in Osteuropa durchgeführt. Konfrontiert mit den Feindseligkeiten des imperialistischen Kalten Krieges schaffte die Sowjetbürokratie das Privateigentum in jenen Ländern ab, die von der Roten Armee besetzt waren, um die neuen Regime in Einklang mit dem der UdSSR zu bringen. So wurde die Reihe der sozialen Nachkriegsumwandlungen nicht als bewusster Akt des Proletariats, wie in der Russischen Revolution von 1917, vollzogen, sondern von oben nach unten mit militärisch-bürokratischen Mitteln, nachdem die früheren kapitalistischen Staaten im Verlauf des Krieges zerschlagen worden waren. So waren die politischen Regime aller deformierten Arbeiterstaaten in der Nachkriegszeit qualitativ gleich mit dem in der UdSSR nach Jahrzehnten stalinistischer Degenerierung. Dies schließt Jugoslawien, China, Nordkorea, Vietnam und Kuba ein, wo die Unterschiede, wenn überhaupt, nur quantitativ waren. Zwar ist die Enteignung der Produktionsmittel eine fortschrittliche Maßnahme, die wir verteidigen. Aber, wie Trotzki argumentierte, als die Rote Armee Ende 1939 in Ostpolen einmarschierte: Nicht solche Enteignungen sind das vorrangige politische Kriterium, sondern ob diese Umwandlungen in den Eigentumsverhältnissen zur Hebung des Bewusstseins und der Organisierung des Proletariats führen. Von diesem entscheidenden Standpunkt aus, schrieb Trotzki in *Verteidigung des Marxismus*, „bleibt die Politik Moskaus, als Ganzes genommen, völlig reaktionär und ist weiterhin das Haupthindernis auf dem Wege zur Weltrevolution".

Gorbatschows „Marktreformen": Vorspiel zur Konterrevolution

Wir verteidigten bedingungslos militärisch den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat und die osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und innere Konterrevolution. Im Gegensatz zum Kapitalismus versuchten die errichteten Planwirtschaften nicht die Profi-



Jewgeni Chaldei

Rotarmisten auf dem Reichstag 1945 - die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime

te, sondern die allgemeine Warenproduktion zu maximieren. Daher gab es ein Sozialsystem, von dem Arbeiter in kapitalistischen Ländern nur träumen konnten. In der DDR gab es keine Arbeitslosigkeit oder Obdachlosigkeit. Und zum Beispiel meine Mutter, die als Kind Herden hütete, konnte studieren und wurde Elektroingenieurin.

Neunzig Prozent der Frauen in der DDR hatten Arbeit. Und um das zu ermöglichen, gab es ein breites System von Kindergärten; es gab das so genannte „Babyjahr", d. h. man bekam nach der Geburt eines Babys ein volles Jahr von der Arbeit frei bei voller Bezahlung; es gab Essen für alle Kinder an den Schulen und so weiter. Gleichzeitig predigten die Stalinisten reaktionäre Familienwerte und nach der Arbeit mussten Frauen die so genannte zweite Schicht, die Hausarbeit, schieben. Die Bevölkerung der DDR war zu über 95 Prozent atheistisch - es gab einfach keine materielle Grundlage für Religion. Selbst heute, wie sich eine führende bürgerliche Zeitung beschwerte, kann die Kirche in der ehemaligen DDR keinen Fuß auf den Boden bekommen und wird mit Feindschaft betrachtet.

Gleichzeitig versuchte die stalinistische Bürokratie, jegliches unabhängiges Denken und jeglichen unabhängigen politischen Ausdruck der Arbeiterklasse zu unterdrücken,

Fortgesetzt auf Seite 16



Die Tageszeitung *Arprekorr* - das Instrument, eine leninistisch-egalitäre Partei aufzubauen. SpAD-Wahlplakat vom März 1990: Wir waren die Einzigen, die Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung sagten


Internationalistische Grüße an unsere Genossen, die sowjetischen Soldaten und Offiziere!

Интернационалистический привет нашим товарищам советским солдатам и офицерам!

¡Saludos internacionalistas a nuestros compañeros cubanos!

Internationalistische Grüße an unsere kubanischen Genossen!

Internationalist greetings to our Cuban comrades

Internationalistische Grüße an unsere vietnamesischen Genossen!

Cách mệnh quốc-tế chào đón cộng sản bạn Việt-Nam!

Internationalistische Grüße an unsere polnischen Genossen!

Pozdrowienia od Internacjonalistów; Witajcie Polscy Towarzysze!


Hirndorf/ZB

Spartakisten verteilten internationalistische Grüße in Russisch an sowjetische Soldaten und in Vietnamesisch, Polnisch, Spanisch an Arbeiter ausländischer Herkunft. Oben: Vietnamesischer Arbeiter und kubanische Arbeiterin in ostdeutscher Schuhfabrik

1989/90...

Fortsetzung von Seite 15

so dass die Arbeiterklasse atomisiert war und politisch entwaffnet. Es gab einen übermäßig großen Geheimdienst, der Stasi genannt wurde, der die Arbeiterklasse bespitzelte und jene, die er für Regimegegner hielt.

Trotz der stalinistischen Bürokratie machte die Sowjetunion aufgrund der Planwirtschaft riesige Schritte vorwärts, die jedoch unter schrecklichen Kosten und Opfern seitens der sowjetischen Massen erreicht wurden. Dennoch lag die Wirtschaft in Bezug auf Arbeitsproduktivität immer noch deutlich hinter den entwickelten kapitalistischen Ländern zurück. In den 70er- und 80er-Jahren wurde es klar, dass die alten bürokratischen Methoden, extensive Investitionen in neue Anlagen zu stecken und Technik nachzuahmen, die in der Vergangenheit große Resultate erzielten - allerdings mit hohen sozialen und wirtschaftlichen Unkosten -, an ihre Grenze gestoßen waren. Die UdSSR wurde von einer relativen ökonomischen Stagnation erfasst. Wie Trotzki 1936 in *Verratene Revolution* so weitsichtig bemerkte:

> „In einer nationalisierten Wirtschaft sind die Demokratie des Produzenten und Konsumenten, Kritik- und Initiativfreiheit, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime der Angst, der Lüge und der Kriecherei unvereinbar sind, die Voraussetzung für *Qualität."*

Also führte Gorbatschow, damals Führer der Bürokratie der Sowjetunion, so genannte „Marktsozialismus-Reformen" ein. „Marktsozialismus" bedeutete, zentralisierte Planung aufzugeben und kapitalistische Marktmechanismen in die Planwirtschaft einzuführen. Das bedeutete, Betrieb gegen Betrieb, Industrie gegen Industrie im Kampf um Ressourcen und Kunden zu stellen. Das stellte die Industrie gegen die Verbraucher, weil die Industrie nicht mehr das produzieren wollte, was gebraucht wurde, sondern was profitabel war. Das gab dem Nationalismus und dem Zusammenbruch der UdSSR Auftrieb, indem die reicheren, industrialisierteren Regionen gegen die rückständigeren und weniger industrialisierten gestellt wurden. Diese „Reformen" entlarvten auf dramatische Weise die Appetite eines Flügels der Bürokratie, seine unsicheren wirtschaftlichen Privilegien dadurch zu sichern, dass er den Arbeiterstaat Stück für Stück auffraß und versuchte, selbst eine Klasse, die Privateigentum besitzt, zu werden.

Gleichzeitig zog Gorbatschow die Rote Armee 1989 aus Afghanistan ab und lieferte die afghanischen Frauen den Mördern der CIA-unterstützten Mudschaheddin aus, um die US-Imperialisten zu beschwichtigen. Wir nannten das einen Verrat und boten der afghanischen Regierung an, eine internationale Brigade zu organisieren, um gegen die Mudschaheddin zu kämpfen. Sie lehnten dieses Angebot ab, also sammelten wir Geld für die Stadt Jalalabad, die gegen die Belagerung der Mudschaheddin kämpfte. Wir sagten damals, dass es besser ist, den Imperialismus in Afghanistan zu bekämpfen als die Konterrevolution in Moskau.

Der Fall der Berliner Mauer

Im Sommer 1989 gab es eine große Ausreisewelle von DDR-Bürgern in den Westen, die große Löcher in die Planwirtschaft riss. Gleichzeitig gab Gorbatschow als Teil seiner „Marktspzialismus"-Reformen bekannt, dass die Sowjetunion Öl und Rohstoffe nur zu Weltmarktpreisen und -Währungen an die anderen deformierten Arbeiterstaaten verkaufen würde.

Es wurde klar, dass die DDR nicht auf die alte Weise weitermachen konnte. Anfang Oktober 1989 fingen Demonstrationen an und wuchsen von Woche zu Woche. Honecker wollte die Armee gegen die Demonstranten einsetzen, aber Gorbatschow und das Kommando der Roten Armee in der DDR sagten Nein. Ende Oktober wurde Honecker gestürzt. Am 4. November 1989 gab es eine millionenstarke Demonstration in Ostberlin. Dort konnte man viele prosozialistische Banner sehen und Losungen wie „Für kommunistische Ideale", „Gegen Privilegien", „Bildet Arbeiterräte" und so weiter. Fünf Tage später fiel die Berliner Mauer.

Sofort traf sich das Internationale Exekutivkomitee der IKL und 24 Stunden später flogen die ersten führenden Genossen nach Deutschland, um die Trotzkistische Liga Deutschlands, damals die deutsche Sektion der IKL, zu unterstützen bei ihrer Intervention in diese keimende proletarisch-politische Revolution, um der ostdeutschen Arbeiterklasse revolutionäre Führung zu geben. Im Verlauf dieser Intervention - die größte, welche die IKL jemals unternahm - hatten wir ein Drittel unserer Mitgliedschaft dort vor Ort. Wir warfen alles hinein, was wir hatten.

Am 7. Dezember brachten wir die erste Ausgabe von *Arprekorr*, Arbeiterpressekorrespondenz, heraus, eine Tageszeitung, als kollektiver Organisator der Avantgarde der Arbeiterklasse und als das Werkzeug, die Partei aufzubauen, die notwendig war, um die proletarisch-politische Révolu-

tion zu führen. Sie wurde uns förmlich aus den Händen gerissen. In allen Städten schössen Gruppen von Jugendlichen oder Arbeitern aus dem Boden, die *Arprekorr* verteilten und die wir in den Spartakist-Gruppen organisierten.

Für ein Rotes Arbeiterrätedeutschland!

Wir intervenierten mit unserem Programm für ein Rotes Arbeiterrätedeutschland, für die revolutionäre Wiedervereinigung durch proletarisch-politische Revolution im Osten, um die stalinistische Bürokratie rauszuwerfen, und für sozialistische Revolution im Westen, um die Bourgeoisie zu stürzen. Wir verstanden, dass Deutschland entlang einer Klassenlinie geteilt war und dass die Frage stand: revolutionäre oder konterrevolutionäre Wiedervereinigung. Also machten wir unsere Opposition zu Letzterer klar mit unserer Losung „Nein zum Ausverkauf der DDR!". Von diesem Standpunkt aus kämpften wir für eine Partei in Ost und West und waren gegen eine Zwei-Parteien-Konzeption, eine für den Osten und eine für den Westen. Wir schickten Mitglieder der ostdeutschen Spartakist-Gruppen auf Tour durch das Ruhrgebiet, das industrielle Kernland des deutschen Kapitalismus.



kein Bildnachweis

Beginnende proletarisch-politische Revolution in Ostdeutschland im Juni 1953 wurde durch sowjetische Panzer unterdrückt. Hennigsdorfer Stahlarbeiter appellierten an Arbeiter im Westen: Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!

In der DDR trafen wir auf eine widersprüchliche Form von falschem Bewusstsein, das auf den Lügen und Entstellungen des Stalinismus basierte. Diese volksfrontlerische Weltanschauung setzte falsche Kategorien wie „friedliebende Länder", „progressive Völker" oder „Flügel" des Imperialismus an die Stelle einer revolutionären Weltanschauung, die auf einer Perspektive des Klassenkampfes basiert. Viele in der DDR dachten: „Wir leben in diesem beschützten ‚Sozialismus in einem halben Land' und da draußen gibt es eine im Grunde genommen unveränderliche, feindliche Welt ohne Klassenwidersprüche." Unser Programm für eine revolutionäre Wiedervereinigung ging dagegen an, aber es gab weit verbreiteten Skeptizismus gegenüber der Möglichkeit einer sozialistischen Revolution in Westdeutschland.

Im selben Zeitraum verhinderte die Bourgeoisie in Westdeutschland mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie einen Streik der machtvollen Metallarbeitergewerkschaft, indem sie den Arbeitern eine große Lohnerhöhung gab. Solch ein Streik hätte machtvoll dieses falsche Bewusstsein, dass eine Revolution in Westdeutschland unmöglich sei und dass es keine Klassenwidersprüche gäbe, sprengen können.

Die Möglichkeit einer politischen Revolution in der DDR stellte sich schon vor Jahrzehnten. 1953, mit dem Tod Stalins, sahen die ostdeutschen Arbeiter revolutionäre Möglichkeiten und begannen eine proletarisch-politische Revolution. Ostberliner Metallarbeiter demonstrierten durch Westberlin, forderten eine Metallarbeiterregierung und sagten ihren Klassenbrüdern im Westen: „Räumt ihr den Mist in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!" Der damalige sowjetische Führer Chruschtschow mobilisierte Panzer der Sowjetarmee, was die ostdeutschen Stalinisten zu der Zeit rettete.

In der keimenden politischen Revolution, die im Herbst 1989 anfing, riefen wir zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten auf, wie jene in Russland im Oktober 1917. Arbeiter aus Fabriken kamen zu uns und fragten uns, wie man das macht. Na ja, in einer Fabrik würdet ihr Delegierte wählen, die abrufbar sind, die nicht mehr bezahlt bekommen als ein normaler Arbeiter und die verantwortlich dafür sind, die Politik in den Arbeiterräten zu entscheiden, d.h. wie man den Ausverkauf der Fabrik verhindert, wie man die Faschisten stoppt und Wohnviertel von ausländischen Arbeitern schützt, und letztendlich, wie man die gesamte Gesellschaft regiert. Diese Räte würden die Organe der proletarischen Diktatur sein, entscheiden, was und wie viel zu produzieren ist usw.

In der DDR gab es Fabrikmilizen - die Kampfgruppen. Sie wurden gegründet, um ein weiteres 1953 zu verhindern, aber sie sahen sich selbst als Verteidiger des Arbeiterstaats auf der Fabrikebene. Es gab Abteilungen in jeder Fabrik, mit Zugang sogar zu schweren Waffen wie Artillerie und Panzern. Im November 1989, als die SED-Parteiorganisationen auf Fabrikebene verschwanden, hatten die Kampfgruppen das sehr reale Potenzial, zum Kristallisationspunkt für eine proletarisch-politische Revolution zu werden.

Mein Vater war in den Kampfgruppen. Um 1988 herum trainierten sie nicht nur, wie sie ihre Fabrik gegen Saboteure verteidigen können oder wie sie eine NATO-Invasion bekämpfen können, sondern auch, wie sie Demonstrationen auflösen können. Es gab großes Unbehagen darüber. Mein Vater sagte mir, dass seine Abteilung das gar nicht mochte. Anfang Oktober 1989, als ich zu meiner ersten Demonstration ging, brachte man, bevor man zu einer Demo ging, in Erfahrung, was die Einheiten der Kampfgruppen untereinander diskutierten, um rauszukriegen, ob sie bereit waren,

Fortgesetzt auf Seite 18



Spartakist

8. Mai 1991, IKL-Büchertisch bei Gedenkveranstaltung sowjetischer Offiziere und Soldaten für Jahrestag des Sieges der Roten Armee über Hitlers Drittes Reich

1989/90...

Fortsetzung von Seite 17

gegen die Demonstration vorzugehen. Sie waren es nicht. Es war also eine ziemlich bewusste Entscheidung der Stalinisten, diese Einheiten Anfang Dezember aufzulösen und damit die Arbeiterklasse zu entwaffnen.

Wegen unserer Propaganda gründeten Einheiten der ostdeutschen Armee - der Nationalen Volksarmee - Soldatenräte. Einige dieser Räte zirkulierten *Arprekorr* innerhalb der Armee. Es waren diese Einheiten, die von den Stalinisten in Panik aufgelöst wurden. Ein Delegierter eines Soldatenrates hörte unsere Rede auf der Treptower Demonstration. Er ging zur Bühne rauf und sagte: „Ihr ruft zu Soldatenräten auf - so, hier bin ich, ich möchte reden." Aber die Stalinisten ließen ihn nicht reden. Wir rekrutierten eine Reihe von Genossen in Ostdeutschland aus diesen Soldatenräten.

Bei unserer Intervention in der DDR 1989/90 riefen wir zu einer leninistisch-egalitären Partei auf. Anfang Dezember 1989 gab es einen außerordentlichen Parteitag der SED, der stalinistischen herrschenden Partei, der mehrere Tage dauerte. Sie warfen die alte Führung raus und fügten zu ihrem alten Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) hinzu. Das verstärkte die Illusionen vieler prokommunistischer Arbeiter und Basismitglieder der SED, dass die SED-PDS, wie sie jetzt hieß, reformierbar sei. Aber das war sie nicht. Die neuen Helden der neuen Führung - Gregor Gysi, Lothar Bisky und Hans Modrow - waren die Sozialdemokraten Karl Kautsky und Eduard Bernstein, die gegen die Russische Revolution waren und kämpften und die die Deutsche Revolution 1918/19 zum Entgleisen brachten. Wir riefen zu einer leninistischen Partei auf, um dagegen anzugehen.

Mit dem Begriff „egalitär" machten wir klar, dass wir gegen bürokratische Privilegien waren, dass wir nicht die alte SED reformieren wollten, sondern dass wir eine wirklich kommunistische Partei der Arbeiterklasse meinten. Ihr mögt euch fragen, warum wir nicht einfach zu einer 'trotzkistischen Partei aufriefen. Die Stalinisten hatten jahrzehntelang die Lüge verbreitet, dass Trotzki ein sozialdemokratischer - oder gar faschistischer und ich weiß nicht was sonst noch alles - Konterrevolutionär war. Wir bekamen Briefe von Studenten und Arbeitern, die sagten: „Wir stimmen vollkommen mit dem überein, was ihr schreibt, und wollen auch dafür kämpfen, aber wie könnt ihr euch Trotzkisten nennen?" Um die Lügen, die von den Stalinisten verbreitet wurden, zu bekämpfen und zu entlarven, brachten wir eine Ausgabe von *Spartacist* heraus (deutsche Ausgabe Nr. 14, Winter 1989/90) mit dem Titel „Trotzkismus: Was er nicht ist - und was er ist".

Schlüssel für den Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands, um Arbeiter- und Soldatenräte und eine neue leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, war der Kampf für proletarischen Internationalismus gegen alle Formen von Nationalismus und Rassismus. Es gab eine recht große Anzahl Arbeiter aus Vietnam, Kuba, Mosambik, Angola und Polen in der DDR. Aber sie hatten keine Staatsbürgerrechte. Sie mussten getrennt vom Rest der Bevölkerung leben, und obwohl sie formell dieselben Löhne erhielten, wurden diese nicht immer ausgezahlt. Wenn eine vietnamesische Arbeiterin in der DDR schwanger wurde, wurde sie nach Vietnam zurückgeschickt. Das war das völlige Gegenteil des Arbeiterstaates, den die Bolschewiki aufgebaut hatten und für den wir kämpfen. Eines der ersten Gesetze, die in Sowjetrussland nach der Revolution in Kraft traten, war, dass jeder, der dort lebt und nicht Arbeiter oder Bauern ausbeutet, volle Staatsbürgerrechte hat.

Wir stellten die Forderung auf: „Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!" Das war ein Schlüssel, um gegen rassistische Spaltungen in der Arbeiterklasse zu kämpfen. In unserer Tageszeitung *Arprekorr* veröffentlichten wir internationalistische Grüße in verschiedenen Sprachen: Vietnamesisch, Portugiesisch, Polnisch, Spanisch und auch auf Russisch. Auch konnten diese Arbeiter eine lebendige Brücke bilden, um die Partei aufzubauen und die Revolution in ihre Heimatländer zu tragen. Aus genau diesem Grund befahlen die kubanischen Stalinisten allen kubanischen Arbeitern und Studenten in der DDR, dass sie nach Kuba zurückkehren sollen, damit sie nicht mit proletarisch-politischer Revolution und der Idee der Herrschaft der Arbeiterräte infiziert werden. Ebenso von kritischer Bedeutung war unsere bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion. Es gab tiefe prosowjetische Gefühle. Die Rote Armee hatte das Naziregime zerschlagen und sie war lebensnotwendig für die Verteidigung gegen die NATO.

Aber die Resonanz unseres Programms war nicht auf Ostdeutschland beschränkt. Immigrierte Arbeiter aus der Türkei sind ein strategischer Bestandteil der westdeutschen Arbeiterklasse, konzentriert in strategischen Industrien. Und sie sind viel entfremdeter von der westdeutschen Sozialdemokratie, die die rassistischen Spaltungen in der Arbeiterklasse verstärkt, welche von der bürgerlichen Gesellschaft, die die SPD verteidigt, hervorgebracht werden. Um ein Beispiel zu nennen: Unser Westberliner Büro war in einem Zentrum türkischer Immigrantengruppen, das sich Halkevi nannte. Sie überließen uns einen großen Teil ihres Büros, weil sie verstanden, dass ein wiedervereinigter deutscher Imperialismus verstärkten deutschen Nationalismus und rassistischen Terror bedeuten würde. Eine erfolgreiche proletarisch-politische Revolution im Osten dagegen würde ein großer Schlag gegen Rassismus sein und ein großer Schritt und eine Inspiration für eine soziale Revolution in Westdeutschland.

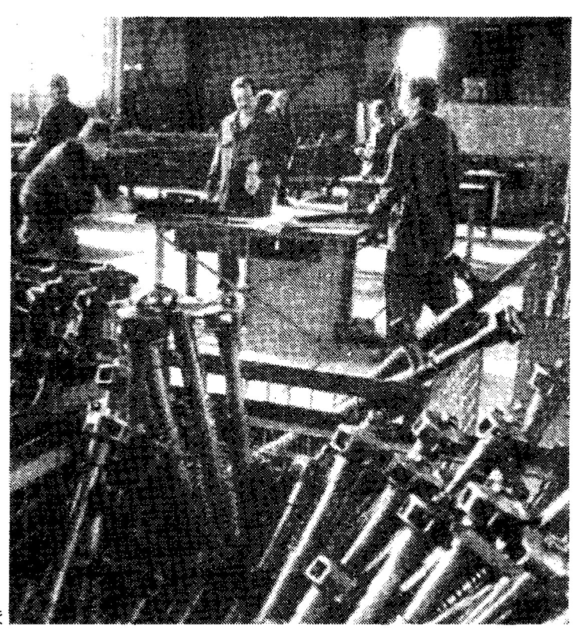
Ein weiterer Aspekt unseres proletarischen internationalistischen Kampfes war unser Aufruf für die revolutionäre Einheit des deutschen, polnischen und sowjetischen Proletariats. Unsere Arbeit gegenüber der Roten Armee war ein Teil dieser Perspektive, das Programm von Lenin und Trotzki zurück in die Sowjetunion zu tragen. Man muss verstehen, dass die DDR dem westdeutschen Imperialismus direkt gegenüberstand, einer der stärksten imperialistischen Mächte der Welt, und seiner Armee, der zweitstärksten in der NATO. Die Rote Armee und die DDR waren an der Frontlinie zur NATO.

Wir wurden wirklich herzlich empfangen in den Kasernen der Roten Armee, wo uns mit großem Interesse und mit Offenheit begegnet wurde. Aber ich muss euch auch sagen, die Verkäufe waren nicht leicht. Eines unserer Verkaufsteams ging in eine der Kasernen - entweder haben sie sich reingeschlichen oder einen Deal mit den Offizieren gemacht - und sie gingen von Raum zu Raum. Die Soldaten waren sehr interessiert und froh, so haben wir schnell unsere Zeitungen ausverkauft. Gleichzeitig wurde aber in jedem Raum eine Flasche Wodka hervorgekramt und dann trank man einen auf den Internationalismus und noch einen auf die Verteidigung der Sowjetunion und so weiter. Letztendlich war unser Team nicht nur ausverkauft, sondern auch vollkommen betrunken und keiner der Genossen konnte sich mehr erinnern, wie sie wieder nach Hause gekommen sind. Später wurden wir in die Kasernen der Roten Armee eingeladen, um Veranstaltungen für die Offiziere und Soldaten durchzuführen. Unsere Perspektive, den Trotzkismus zu den sowjetischen Arbeitern und Soldaten zu bringen, nahm lebendige Gestalt an.

Sehr wichtig war der Kampf gegen antipolnischen Chauvinismus, wovon es eine Menge gab. Man muss wissen, dass die DDR ökonomisch einer der stärksten osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten war. Es gab dieses wirklich



Jürgens/Ost und Europa



AP

Aus Furcht vor proletarisch-politischer Revolution löste das ostdeutsche stalinistische Regime die Betriebskampfgruppen (oben) auf und zerstörte ihre Waffen (rechts)

rückständige Bewusstsein wie: „Wir sind die Besten, die anderen können nicht richtig arbeiten, die können Sachen nicht organisieren, die sind faul", und diesen ganzen Müll. Unsere internationalistischen Grüße an die polnischen Arbeiter waren sehr wichtig. Im Mai 1990 veröffentlichten wir auch einen „Brief an die polnischen Arbeiter", der sowohl in der DDR als auch in Polen verteilt wurde. Eine Gruppe, die aus der Jugendorganisation der polnischen stalinistischen Partei kam, kriegte diesen in ihre Hände. Sie schrieben uns zurück, wir kontaktierten sie und daraus kam unsere polnische Sektion, die Spartakusowska Grupa Polski.

Der Schlüssel dafür, uns an die polnischen Arbeiter zu wenden, war unser kompromissloser Kampf gegen die konterrevolutionäre, von Vatikan und CIA unterstützte Solidarnoœæ, die sich als Gewerkschaft ausgab - nebenbei, die einzige „Gewerkschaft", die die Imperialisten jemals mochten. Sie war gerade 1989 an die Macht gekommen und führte die Konterrevolution. Stellt euch einfach mal die Wirkung auf ostdeutsche Arbeiter vor, wenn Streiks in Polen gegen die Angriffe auf die Arbeiterklasse wegen der Konterrevolution zu dieser Zeit ausgebrochen wären. Oder umgekehrt, wie eine erfolgreiche proletarisch-politische Revolution die polnischen Arbeiter inspiriert hätte, Solidarnoœæ zu stürzen. Es gibt eine Tradition, die auf Rosa Luxemburg zurückgeht, eine der hervorragendsten Führerinnen der deutschen Arbeiterklasse, die polnisch-jüdischer Herkunft war und auch eine Führerin der revolutionären polnischen Arbeiterpartei.

Die revolutionäre Zeitung

In seiner Polemik von 1902, *Was Tun?*, erklärt Lenin, dass die Zeitung der kollektive Organisator der revolutionären Partei ist. Genau das konnte man im realen Leben mit unserer Tageszeitung *Arprekorr* und unserem zweiwöchentlichen *Spartakist* sehen. Die erste *Arprekorr* kam Anfang Dezember heraus, gegen Ende Dezember bestand ein großer Teil unserer Arbeit darin, Pakete über Pakete jeder Ausgabe in alle Teile der DDR zu verschicken. Wir verkauften 10-12000 *Arprekorr* pro Tag. Das waren *durchschnittliche* Verkäufe.

Zur Zeit unserer Mobilisierung für Treptow kam ein Genosse in Rostock an, ging in ein Hotel und hielt eine Rede über die Notwendigkeit von Einheitsfrontaktionen gegen die Faschisten und für die Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten. Der Genosse sagte, dass es deswegen notwendig sei, dass die Hotelarbeiter uns Schreibmaschine und Papier zur Verfügung stellen, und wir brauchten einen Drucker. Es gab eine große Diskussion: Für und Wider. Ein Haustechniker kam dazu und sagte uns: „Raum dreihundertsoundso. Dort gibt es eine Schreibmaschine. Und ich weiß, wo ich Papier herbekomme für das Flugblatt." So wurde unser Flugblatt für Treptow in Rostock gedruckt. Als er zu seinem Auto zurückging, fand unser Genosse eine *Arprekorr* auf der Windschutzscheibe. Damit war klar: Wir haben eine Spartakist-Gruppe in Rostock. Was wir tun mussten, war sie zu finden und die Organisatoren derjenigen, die *Arprekorr* verteilten, zu organisieren, als Kern der neuen leninistisch-egalitären Partei, d. h. revolutionär-trotzkistischen Partei. Wir mussten sie darin trainieren, die Spartakist-Gruppe aufzubauen und auszuweiten.

Gleichzeitig, wie ich vorher schon erwähnte, brachten wir auch eine neue Ausgabe von *Spartacist* mit dem Titel „Trotzkismus: Was er nicht ist - und was er ist" heraus. Diese Broschüre war eine Polemik gegen die Stalinisten und auch gegen die vorgeblichen Trotzkisten, von denen manche in der DDR intervenierten und die alle die Konterrevolution unterstützten. Wir nennen diese Gruppen zentristisch, das heißt „revolutionär in Worten, opportunistisch in Taten". In einer vorrevolutionären Situation ist der Kampf gegen Zentrismus noch wichtiger als sonst. Wenn neue Schichten von Arbeitern und Jugendlichen sich politisieren, ist es besonders dringend, die Zentristen zu entlarven, so dass niemand von ihrer pseudorevolutionären Rhetorik, mit der sie ihr reformistisches Programm verkaufen, zum Narren gehalten wird.

Eine dieser zentristischen Gruppen ist die Gruppe Arbeitermacht, die sich von Tony Cliffs britischer Socialist Workers Party in den frühen 80er-Jahren abspaltete. Während Arbeitermacht im Februar 1990 in der DDR intervenierte, hatte ihre irische Gruppe damals eine Überschrift: „Nieder mit dem Stalinismus - Nieder mit dem Imperialismus". Das offenbarte eine klassische Position des „Dritten Lagers" - d.h. ein Gleichheitszeichen zwischen den kapitalistischen Staaten und den deformierten Arbeiterstaaten zu machen -, was Unterstützung für die Konterrevolution bedeutete. Sie waren damit beschäftigt, die Angriffe der rechtesten Elemente, einschließlich Faschisten, auf die Stasizentrale zu bejubeln. Das war Mitte Januar, nach Treptow, als es eine riesige antikommunistische Offensive der westdeutschen Sozialdemokratie und der gesamten Bourgeoisie gab. Workers Power forderte auch den sofortigen Abzug der Roten Armee. Alle Pseudotrotzkisten unterstützten letzten Endes die Konterrevolution.

Dann gibt es eine Gruppe, die sich Bolschewistische Tendenz (BT, in Deutschland Gruppe Spartakus) nennt, ein Haufen verbitterter Ex-Mitglieder, die aus unserer Organisation

Fortgesetzt auf Seite 20

1989/90...

Fortsetzung von Seite 19

in der Hitze des zweiten Kalten Krieges in den frühen 80er-Jahren desertierten. Sie sagten, dass es keine keimende politische Revolution gäbe, und erklärten die Stalinisten zum Hauptfeind. Aber wer soll sie stürzen, wenn nicht das Proletariat? Nun, sie haben uns erbittert dafür angegriffen, dass wir nicht die SPD, das Trojanische Pferd der Konterrevolution, auf die Tribüne in Treptow eingeladen haben! Natürlich haben wir das nicht gemacht! Um euch eine Idee zu geben: Die Sozialdemokratie war zu diesem Zeitpunkt damit beschäftigt, zusammen mit Nazis im Süden der DDR zu demonstrieren, die deutsche Fahne zu schwingen und gemeinsam „Deutschland, einig Vaterland!" zu grölen. Genau dort lagen die Appetite der BT.

Die Spartakist-Gruppen

Ein bis zwei Wochen nachdem die erste Ausgabe von *Arprekorr* erschienen war, wurde sie in allen größeren Städten Ostdeutschlands verteilt. Diejenigen, die sie verteilten, taten das, weil sie damit übereinstimmten, wofür wir kämpften. Die Rolle der Zeitung als kollektiver Organisator der Partei war 1989/90 auf explosive Weise sichtbar. Das Wichtigste war. diese Verteiler wirklich zu organisieren, Kommunikation herzustellen und sie politisch zu trainieren, weil die Spartakist-Gruppen das Mittel waren, die revolutionäre Partei aufzubauen, die notwendig war, um die politische Revolution zu führen. Sie waren ein Mittel, die Macht unseres Programms über die Macht der Organisation in Staatsmacht umzuwandeln, in die Herrschaft der Arbeiterklasse in der Gesellschaft. Die erste Spartakist-Gruppe wurde in Berlin am 21. Dezember 1989 gegründet.

Es bedarf immer interner Kämpfe, um die Partei in einer neuen politischen Situation neu zu orientieren. Eine unserer Losungen in diesem Kampf war: „Alles ist möglich in der DDR!" Das war die reine Wahrheit. In Ostberlin bekamen wir unser Büro, indem wir in ein Kulturhaus gingen und mit den Arbeitern dort sprachen. Sie diskutierten das und gaben uns eine ganze Etage, für die sie nur eine symbolische Miete nahmen. Sie entschieden, dass eine Konterrevolution das sichere Ende für dieses Kulturhaus bedeuten würde. Um das zu verhindern, gaben sie uns Räume und Telefone.

Ein weiteres Beispiel: Wir hätten beinahe keine Zeitungen auf der Treptower Demonstration gehabt. Es gab einen riesigen Verkehrsstau an der Grenze zwischen West- und Ostberlin und unser Wagen steckte mittendrin zusammen mit der frisch gedruckten *Arprekorr.* Unser Genosse stieg aus dem Wagen aus, ging zu den ostdeutschen Grenzsoldaten und sagte: „Wir sind die Spartakisten. Wir müssen zu dieser Demonstration in Treptow und unser LKW mit unseren Zeitungen steckt dort im Stau. Wir müssen die Zeitungen rechtzeitig zur Demo kriegen!" Die Spartakisten und *Arprekorr* waren schon gut bekannt unter den Soldaten. Sie sagten uns: „Fahrt aus der Spur heraus. Dort drüben ist die Straße für die Diplomaten; nehmt diese Durchfahrt und wir führen euch weiter." Und so erreichte die Zeitung die Demo rechtzeitig. Das illustriert, wie eine revolutionäre Situation aussieht: Alles ist auf den Kopf gestellt. Alles ist machbar, was gestern noch unmöglich schien. Und das Bewusstsein ändert sich rapide.

Am 21. Januar gründeten wir die Spartakist-Arbeiterpartei, eine Fusion der Spartakist-Gruppen und der Trotzkistischen Liga Deutschlands. Die SpAD nahm den Kampf gegen die konterrevolutionäre Kampagne auf, die nach Treptow entfesselt wurde, um die DDR in den Anschluss zu treiben.

Treptow war wirklich der Wendepunkt. Danach organisierten die Stalinisten die wilde Flucht hinein in die Konterrevolution. Die deutsche Bourgeoisie geriet in Raserei und eröffnete einen Blitzkrieg, der auch gegen die Stalinisten gerichtet war. Es gab eine Sitzung des so genannten Runden Tisches - eine konterrevolutionäre Versammlung, die alle oppositionellen Gruppen in der DDR einschloss, zusammen mit der SED-PDS und der ostdeutschen SPD/SDP. Die SPD trat auf und schrie gegen die stalinistische SED-PDS: Wie könnt ihr auf derselben Tribüne mit den Trotzkisten sein, die uns das Trojanische Pferd der Konterrevolution nennen'.' Und Gysi stand für die SED-PDS auf und sagte im Grunde genommen: Wir sind genauso erschrocken über Treptow wie ihr, wir mochten auch nicht, was die Trotzkisten sagten und was passiert ist, es war ein Fehler, zu der Treptower Demonstration aufzurufen. Modrow von der SED-PDS, damals Chef der DDR-Regierung, hatte Pläne angekündigt, einen neuen Geheimdienst zu gründen. Ich überlasse es euch zu raten, gegen wen der wohl gerichtet worden wäre. Dann. Ende Januar, verkündete Modrow offen: „Deutschland, einig Vaterland!"

Die Wirkung auf die fortgeschrittensten Arbeiter war verheerend, weil sie immer noch auf die SED-PDS schauten und hofften, dass sie eine Art Hindernis zur Konterrevolution wäre. Trotzki hatte schon in Bezug auf die Spanische Revolution erklärt, dass Arbeiter nicht einfach mit der Partei brechen, die sie ins politische Leben brachte. Die Stalinisten wussten das und spielten auf Zeit. Gleichzeitig öffnete die SED-PDS alle Tore, um die deutsche Bourgeoisie reinzulassen. Ganze Fabriken wurden ausverkauft und die fortgeschrittensten Arbeiter wurden auf vollbezahlte „Kurzarbeit Null" gesetzt, sprich gefeuert. Die Bourgeoisie pumpte Milliarden von D-Mark in die DDR.

In unserer Propaganda verschoben wir ebenfalls die Betonung, um die Notwendigkeit von Widerstand gegen die konzertierte Kampagne, die ostdeutsche Arbeiterklasse in die Konterrevolution zu drängen, hervorzuheben. Immer und immer wieder hatten wir die Überschrift „Nein zum kapitalistischen Anschluss!". Wir sagten: Nein zur Konterrevolution! Organisiert euch gegen den Ausverkauf der Fabriken! Wer gibt den Direktoren und anderen stalinistischen Bürokraten das Recht, die Fabriken zu verkaufen, die ihnen nicht gehören, sondern uns, der Arbeiterklasse?

Gegen die konterrevolutionäre Perspektive der kapitalistischen Vereinigung Deutschlands stellten wir die revolutionäre Perspektive der Einheit des deutschen und sowjetischen Proletariats, was auch gegen den falschen Glauben unter vielen ostdeutschen Arbeitern gerichtet war, dass es der westdeutschen Arbeiterklasse an jeglichen revolutionären Fähigkeiten fehle. Sie sagten uns, dass eine Revolution in Westdeutschland vielleicht möglich wäre, aber nicht heute oder morgen, und wir müssen heute etwas machen; wenn wir uns erheben, dann werden wir sofort mit dem machtvollen westdeutschen Imperialismus konfrontiert sein, mit der NATO, den Faschisten usw.

Die Sowjetunion war alles andere als stabil. Einerseits gab es zunehmende nationalistische Spannungen und konterrevolutionäre Bewegungen, besonders in den baltischen Staaten. Andererseits hat es auch machtvolle Streiks der sibirischen Bergarbeiter gegeben, die zu schweren Erschütterungen bei der Bürokratie geführt hatten, wo spontan Sowjets gegründet worden waren und so weiter. Wir stellten die Losung auf: „Für eine Föderation von UdSSR und DDR, basierend auf Arbeiterdemokratie!"

Die Wahlen im März 1990 waren ein Referendum über Ja oder Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung, also Ja oder Nein zur kapitalistischen Konterrevolution. Wir machten klar, dass jede Organisation eine klare Position vor der Arbeiterklasse zu dieser lebenswichtigen Frage einnehmen muss. Unser zentraler Punkt war immer und immer wieder ein klares, unzweideutiges und lautes „Nein!".

Als eine Taktik, um die Stimmenzahl gegen die Konterrevolution zu maximieren und prosozialistische Arbeiter von pseudolinken Organisationen zu brechen, die die Konterrevolution unterstützten, und um diejenigen linken Organisationen zu spalten und umzugruppieren, die sich unter den Schlägen des kommenden Referendums polarisierten, schlugen wir für die Volkskammerwahl am 18. März die folgende Übereinkunft vor: Wenn eine Organisation bereit ist, klar, öffentlich, unzweideutig und schriftlich zu sagen, dass sie gegen kapitalistische Wiedervereinigung ist, würden wir unsere Unterstützer aufrufen, für deren Kandidaten zu stimmen, wo wir nicht antreten, und die andere Partei würde gleichzeitig ihre Unterstützer auffordern, für unsere Kandidaten zu stimmen, wo sie nicht antreten. Wie sich herausstellte: *Wir waren die Einzigen, die gegen kapitalistische Konterrevolution kämpften!*

Stalinismus: Totengräber von Revolutionen

Unter dein Ansturm der bürgerlichen Offensive verzweifelten die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse zunehmend. Um ein Beispiel zu geben: Als wir die Stadtreinigungsarbeiter in Halle besuchten, sahen wir unser Wahlplakat direkt neben dem der konservativen Christdemokraten hängen, die zu der Zeit die Regierung in Westdeutschland führten. Wir fragten, was soll das? Das ist nicht die Partei, neben der wir uns sehen wollen. Die Arbeiter erklärten uns: Entweder entscheiden wir uns für Revolution, dann stimmen wir für euch, oder wir entscheiden uns für Kapitalismus und stimmen für die Partei, die die besten Verbindungen und den besten Zugang zu Kapital hat. Diese Art von Polarisierung gibt euch wirklich eine Vorstellung von der Verzweiflung der Arbeiter.

Am 18. März stimmten 85 Prozent entweder für die christdemokratisch- oder für die sozialdemokratisch-basierten Koalitionen, d. h. für kapitalistische Wiedervereinigung. Wir sagten der internationalen Arbeiterklasse die bittere Wahrheit: „Viertes Reich gewinnt in DDR-Wahl". Die Konterrevolution hatte gewonnen, was eine bittere Niederlage nicht nur für die deutsche, sondern auch die internationale Arbeiterklasse war. Was darauf folgte - die Einführung der westdeutschen D-Mark, die Auflösung der DDR-Armee, -Polizei und so weiter - wurde im Grunde genommen zu diesem Zeitpunkt entschieden. Es war die SED-PDS, die die Konterrevolution führte, es war die Sozialdemokratie, die das Trojanische Pferd der Konterrevolution war, und die gesamte Pseudolinke unterstützte die Konterrevolution. Es war nur die IKL, die gegen die Konterrevolution gekämpft und der Arbeiterklasse revolutionäre Führung gegeben hat.

Unsere Partei ist nicht immun gegen den Druck der Gesellschaft. Jan Norden, ein ehemaliges führendes Mitglied der IKL, konnte der grausamen Realität der Konterrevolution in Deutschland nicht widerstehen. Er brachte die ignorante und antitrotzkistische Perspektive vor, dass es Massenwiderstand der Arbeiterklasse geben würde, dass die sozialdemokratische, exstalinistische PDS sich spalten würde usw. Dies führte zu einer Reihe von Anpassungen und Kapitulationen vor der PDS, was im Wesentlichen unsere Rolle als die revolutionäre Führung 1989/90 und die Rolle der PDS als die konterrevolutionäre Führung in dem Kampf leugnete.

Diese Anpassung erreichte ihren Höhepunkt 1995 in einer öffentlichen Veranstaltung in Berlin, wo Norden seine Hand den Stalinisten in der PDS entgegenstreckte, ihnen „Bindungen" an die DDR andichtete - dieselbe DDR, die fünf Jahre zuvor zerstört wurde. Er behauptete, dass die Stalinisten sich zu der Zeit „nicht einmal eine proletarisch-politische Revolution vorstellen" konnten. Nicht nur konnten sie das, nach Treptow hatten sie genau davor Angst. Immer und immer wieder behauptete Norden, dass es keine revolutionäre Führung 1989/90 gab. Und was war dann der Sinn und Zweck unserer Intervention? Ganz sicher nicht, uns an die stalinistische Bürokratie anzuschmiegen.



Rogner/Netzhaut

Demonstration im Februar 1997 gegen angedrohte Entlassungen im Ruhrgebiet, kurz vor Ausverkauf des machtvollen Bergarbeiterstreiks durch sozialdemokratische Irreführer. Die Macht des Proletariats in Deutschland zu entfesseln erfordert einen Kampf, die Arbeiter von der SPD zu spalten

Im Grunde genommen kapitulierte Norden vor der bürgerlichen Kampagne des „Tod des Kommunismus" und suchte nach anderen Kräften als dem Proletariat und anderen Programmen als unserem revolutionären trotzkistischen Programm. Der interne Kampf, der daraufhin gegen diesen Revisionismus stattfand, war ein Schlüssel, um unsere Internationale im Kampf für neue Oktoberrevolutionen wiederzubewaffnen (siehe unser SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25, „Nordens ,Gruppe': Verschämter Abschied vom Trotzkismus"). Politisch zu feige, eine Fraktion aufzubauen und einen offenen politischen Kampf innerhalb unserer Partei für ihre Positionen durchzuführen, organisierten die paar Norden-Anhänger ihre eigenen Ausschlüsse, indem sie 1996 die Parteidisziplin brachen. Sie gründeten dann die Internationalist Group (IG). Bald danach bestätigte die IG ihren krass opportunistischen Charakter. Sie machten gemeinsame Sache mit einer Gruppe von Gewerkschaftsopportunisten in Brasilien namens Luta Metalurgica, die wiederholt *Klassenverrat* beging, indem sie die Stadtarbeitergewerkschaft von Volta Redonda vor die Gerichte zog,

Fortgesetzt auf Seite 22



Spartakist

Ostberlin, Juni 1992: SpAD-Kontingent bei Demonstration gegen das reaktionäre westdeutsche Abtreibungsgesetz. Kapitalistische Konterrevolution in der DDR trampelt auf Frauen herum

1989/90...

Fortsetzung von Seite 21

um ihren Unterstützer, einen Ex-Bullen, als Gewerkschaftspräsidenten zu behalten.

Vorwärts zu neuen Oktoberrevolutionen!

Im Sommer 1990 initiierte die IKL eine interne Diskussion, um unsere Intervention in der DDR einzuschätzen und ihre Lehren zu vertiefen, sowie um die Ereignisse zu verstehen, die sich weiter in Osteuropa und der Sowjetunion entwickelten. Die Ereignisse in der DDR haben sich nicht genau so entwickelt, wie Trotzki es vorhersagte. 1933 schrieb Trotzki in „Der Klassencharakter des Sowjetstaats":

> „Die marxistische These vom katastrophischen Charakter des Übergangs der Macht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen gilt nicht nur für revolutionäre Perioden, wenn die Geschichte mit Riesenschritten vorwärts eilt, sondern auch für konterrevolutionäre Perioden, wenn die Gesellschaft in ihrer Entwicklung zurückgeworfen wird. Wer also behauptet, der Sowjetstaat habe sich *allmählich* von einem proletarischen zu einem bürgerlichen Staat gewandelt, spult nur den reformistischen Film in umgekehrter Richtung ab."

Der Übergang der Macht vom Proletariat zur Bourgeoisie 1990 war sicher katastrophal, und die deutsche Bourgeoisie zerstörte den deformierten Arbeiterstaat. Trotzki hat jedoch auch die *Prognose* formuliert, dass ein Bürgerkrieg notwendig wäre, um den Kapitalismus in der Sowjetunion zu restaurieren und die tief gehende proletarische Revolution rückgängig zu machen. In der Diskussion stellten wir fest, dass Trotzki die Analogie zwischen einer sozialen Revolution in einer kapitalistischen Gesellschaft und einer sozialen Konterrevolution in einem deformierten Arbeiterstaat überzogen hatte. Die Kapitalisten verfügen über das direkte Eigentum an den Produktionsmitteln und sind so gezwungen, sich dem Umsturz des Systems mit Gewalt zu widersetzen, um ihr Eigentum zu verteidigen, wogegen die Erhaltung der proletarischen Macht im Wesentlichen auf dem *Bewusstsein* und der *Organisation* der Arbeiterklasse beruht. Zwei Dokumente von dieser Diskussion, von Joseph Seymour und Albert St. John, sind veröffentlicht im *Spartacist* (deutsche Ausgabe Nr. 16, Herbst 1994),

Diese Diskussion bereitete uns darauf vor, in der Sowjetunion zu intervenieren und dort zu kämpfen, um die Arbeiterklasse gegen die Konterrevolution zu mobilisieren, die weiter gestärkt worden war durch die von Gorbatschow unterstützte Konterrevolution in der DDR. Als Jelzin seinen Putsch im August 1991 machte, riefen wir die Arbeiter in der UdSSR dazu auf, die Jelzinsche Konterrevolution zu zerschlagen. Dieser Putsch eröffnete die Periode der offenen Konterrevolution; es war ein Ereignis von zentraler Wichtigkeit, aber die Frage war noch nicht endgültig entschieden. Wir haben die UdSSR nicht sofort abgeschrieben, sondern kämpften bis aufs Letzte gegen die Konsolidierung der Konterrevolution. Die multinationale sowjetische Arbeiterklasse wurde in einer konterrevolutionären Flut ertränkt, weil sie politisch atomisiert war als Ergebnis der Usurpation der politischen Macht durch die Stalinisten 1923/24, sie war paralysiert durch die CIA-unterstützten Jelzin-freundlichen „freien Gewerkschaften" sowie durch das ätzende chauvinistische Gift der vielen stalinistischen Überbleibsel. So war Jelzin in der Lage, in den kommenden Monaten einen bürgerlichen Staat zu konsolidieren und letztendlich den Arbeiterstaat zu zerstören, der aus der Oktoberrevolution hervorgegangen war.

Trotz der Kampagne der Bourgeoisie ist der Kommunismus überhaupt nicht tot. Er lebt in den Klassenkämpfen. die der Kapitalismus selbst unausweichlich kreiert, und im revolutionären Programm des Trotzkismus. Es ist das Bewusstsein des Proletariats, das der Schlüssel ist im Kampf für Revolution wie auch im Kampf gegen Konterrevolution. Dieses Bewusstsein kommt nicht spontan, sondern muss in die Arbeiterklasse von der revolutionären Partei getragen werden. Wie Trotzki in *Lehren des Oktober* erklärte, wo er die Lehren der erfolgreichen Russischen Revolution im Gegensatz zur gescheiterten Deutschen Revolution 1923 zog: „Ohne die Partei, außerhalb der Partei, unter Umgehung der Partei, durch ein Parteisurrogat kann die proletarische Revolution nicht siegen." Und unsere erfolgreiche Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung, die am 23. Oktober den KKK aus New York City verjagte, demonstriert die Macht des Proletariats, wenn es geführt wird von einer revolutionären Avantgardepartei, und als Führer an der Spitze aller Unterdrückten marschiert. Vorwärts zu neuen Oktoberrevolutionen! Genau dafür kämpft die IKL!«

Kontakt zur SpAD
Berlin Telefon (0 30) 4 43 94 00
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Hamburg Telefon (0 40) 32 36 44
Internationale Kommunistische Liga
International Communist League, PO Box 7429
New York, NY 10116, USA; www.icl-fi.org



PAP/Jacek Bednarcyk

Februar 1999: Bundeswehr in Auschwitz. Mit zynischer Propaganda, „neues Auschwitz" zu verhindern, führte SPD Krieg gegen Serbien

SPD verschärft Angriffe...

Fortsetzung von Seite 2

zwischen der von der ‚Demokratie' der Kapitalisten verkündeten *formalen* Gleichheit und den Tausenden *tatsächlicher* Begrenzungen und Manipulationen, durch die die Proletarier zu *Lohnsklaven* gemacht werden" *(Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky,* 1918). Die Pseudolinken, die die „Tod-des-Kommunismus"-Propaganda der Bourgeoisie geschluckt haben, behaupten dagegen, dass es einen Unterschied mache, wenn die SPD den Kapitalismus verwalte. Bilderbuch-Reformisten wie die Gruppe Linksruck mobilisieren für die Unterstützung der SPD, die nur etwas „sozialer" handeln soll: „Rot-Grün hätte jetzt die Möglichkeit, Millionäre zu besteuern und Arbeit und Bildung zu finanzieren" *(Linksruck,* 23. Februar). Die SPD an der Regierung ist trotz der augenblicklich weit verbreiteten Kritik an der Politik Schröders auch die ultimative Perspektive von Gruppen wie der zentristischen GAM. Die behauptet, dass die SPD, selbst wenn sie wollte, gar nicht in der Lage sei, die Interessen der Kapitalisten wirklich zu vertreten: „Eine Erosion der CDU würde aber insbesondere der Bourgeoisie ein Problem bereiten: ihre einzige Partei mit Massenverankerung wäre kein brauchbares Instrument mehr... Auch ein Schröder, der ihnen jetzt Milliarden-Geschenke mit der neuen Steuerreform verpasst, reicht nicht, denn er ist noch immer zu stark von seiner sozialen Hauptstütze, der Gewerkschaftsbewegung abhängig" *(Arbeitermacht,* Januar/Februar 2000).

Die GAM behauptet, dass die SPD als bürgerliche Arbeiterpartei - proletarische Basis und prokapitalistische Führung - unter dem Druck ihrer Basis nicht so weit gehen könnte, die Interessen der Kapitalisten durchzusetzen, wie die CDU. Aber es war die SPD, die 1914 die Arbeiter auf die Schlachtbank des Ersten Weltkriegs führte und die Revolution 1918/19 in Blut ertränkte! Die SPD ist gerade wegen der Illusionen vieler Arbeiter in „ihre Partei" viel besser als die CDU in der Lage, die Arbeiterklasse einigermaßen ruhig zu halten, während sie den Lohnraub durchdrücken und Bomben auf serbische Arbeiter warfen. Für Revolutionäre ist das Ziel, die proletarische Basis von SPD und PDS von ihrer Führung zu *spalten* und eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen. Während des Balkankriegs intervenierten wir: „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution - verteidigt Serbien!"

Die GAM dagegen unterstützte die Sozialdemokratie an der Regierung, d. h. die Interessen der deutschen Bourgeoisie, unter dem Vorwand der „Verteidigung des armen kleinen Kosovo". Am Ende des Artikels „Kohl, Konten & Bimbes" *(Arbeitermacht,* März/April 2000) klatschen sie - wie bei zentristischen Sonntags„revolutionären" üblich - am Ende den „Aufbau einer demokratisch-zentralistischen revolutionären Arbeiterpartei, die bereit und in der Lage ist, das Proletariat zu führen" an. Aber der ganze vorhergehende Artikel strotzt davon, in welche *Richtung* sie das Proletariat führen wollen: zu einer „Untersuchung der Finanzaffäre durch Arbeiterkontrolle! Für eine SPD-Alleinregierung gestützt und kontrolliert durch diese Mobilisierung!"

SPD an der Regierung: derzeit erste Wahl der deutschen Bourgeoisie

Ob die SPD mit den Grünen oder allein regiert: Dies ist eine *kapitalistische* Regierung, und bestimmende Teile der deutschen Bourgeoisie halten zurzeit gerade die SPD für diejenige Partei, die effektiver ihre Geschäfte verwalten kann. In den Worten des Deutsche-Bank-Chefs Hilmar Kopper: „Die Union hatte 16 Jahre und hat es nicht gebracht... Nur die, die heilige Kühe gemästet haben, können sie schlachten" *(Tagesspiegel,* 29. März). Die „heilige Kuh" ist der „Sozialstaat", der im Kalten Krieg dazu diente, die Arbeiterklasse ruhig zu halten und die „kommunistische Gefahr" abzuwenden. Die SPD füngierte als Transmissionsriemen des Antikommunismus in die westdeutsche Arbeiterklasse und durfte dafür die politischen Lorbeeren für die „sozialen Leistungen" einheimsen. Nach der Konterrevolution in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten sind die interimperialistischen Rivalitäten stark angestiegen. Das ist es, was jede kapitalistische Regierung heute antreibt, egal ob SPD- oder CDU-geführt: der unnachgiebige Drang der Bourgeoisie, die Ausbeutungsrate scharf zu erhöhen, um in diesem Konkurrenzkampf vom zu liegen. Das bedeutet scharfe Angriffe gegen die Arbeiterklasse und der Versuch, sie entlang chauvinistischer und rassistischer Linien zu spalten.

Die SPD ist im Auftrag ihrer kapitalistischen Herren

Fortgesetzt auf Seite 24



SPD verschärft Angriffe...

Fortsetzung von Seite 23

dabei, die „Deutschland AG" abzubauen, zentral dabei ist die Abschaffung der Veräußerungssteuer für Kapitalgesellschaften. Die *Financial Times* (29. Dezember 1999) kommentierte: „Die unerwartete Entscheidung letzte Woche, die Steuer auf Kapitalgewinne abzuschaffen für notierte Firmen, die Anteile verkaufen, die sie an anderen Gruppen halten -, was von Finanzwesen und Industrie seit langem gewollt wurde als ein Weg, komplexe gegenseitige Beteiligungen zu entflechten - wurde von der Regierung bewusst heruntergespielt." Die „Entflechtung" heißt nämlich nichts anderes, als dass „unprofitable" Firmenteile abgestoßen werden, Geld flüssig gemacht wird für neue und globale Investitionen und - Fabrikschließungen und Massenentlassungen stattfinden. Außerdem bedeutet der Wegfall dieser Steuer ebenso wie die massive Verringerung der Körperschaftssteuer weitere drastische Kürzungen der Sozialleistungen.

In ihrem Drang, ihre Profitrate zu erhöhen, gehen die Kapitalisten buchstäblich über Leichen. Nach jeder Menge Entlassungen bei der Deutschen Bahn AG, starker Einschränkung der Ausbildung und vor allem Nichtdurchführung notwendiger Reparaturen aus Kostengründen wurden bei den grausigen Unfällen bei Eschede und Brühl mehr als 100 Menschen getötet. Dies war Mord durch die Profitgier der Kapitalisten! Und jetzt wollen sie noch weitere 70000 Entlassungen durchsetzen. Der direkte Zusammenhang zwischen steigender interimperialistischer Rivalität und dem Abbau des „Sozialstaates" wird auch plastisch bei Deutscher und Dresdner Bank, die zur größten Bank der Welt fusionieren wollen, um „in einigen Bereichen sogar die US-Banken [zu] distanzieren" *(Tagesspiegel*, 8. März), und wo jetzt schon von 16000 bis 50000 Entlassungen die Rede ist.

Die relative Stabilisierung der SPD kann nicht lange anhalten. Denn ihr Ziel, für die Bosse die Lohnkosten zu senken und dafür den allgemeinen Lebensstandard massiv hinabzudrücken, ruft Widerstand der immer noch stark organisierten Arbeiterklasse hervor; Proteste und Streiks bei VW, bei den Lehrern, im Gesundheitswesen, im öffentlichen Nahverkehr, bei der Bahn und bei Metall - um nur einige der jüngsten Vergangenheit zu nennen. Hier kommt die Arbeitsteilung zwischen der SPD und der DGB-BÜrOkratie ins Spiel. Beispiel: Schröders Intervention zur Verhinderung der unmittelbaren Pleite des Holzmann-Baukonzerns wurde von seiner Partei„linken" und ursprünglich auch von der Gewerkschaftsbürokratie allgemein gelobt. Aber inzwischen ist jedem Arbeiter klar: Der „Holzmann-Deal" ist nichts anderes als ein gigantischer Vorstoß, die Löhne der gesamten Branche in den Keller zu drücken. Zusätzlich zu Lohnkürzungen arbeiten die auf Abruf Weiterbeschäftigten pro Woche fünf Stunden *umsonst*, um den „Gläubiger" des Konzerns, die Deutsche Bank, bei der Stange zu halten. Nun versucht ein Teil der Gewerkschaftsbürokratie, als „Kritiker" der Regierungspolitik zu posieren, um unzufriedene Arbeiter im *Zaum* zu halten und Klassenkämpfe einzudämmen.



Ernst-Ludwig Bach

Zertrümmertes DDR-Chemiekombinat in Leuna. Kapitalistische Konterrevolution vernichtete die Lebensgrundlage Zehntausender

Und die Pseudolinke hilft dabei. Der RSB, einer der Ableger des Vereinigten Sekretariats, fordert von den Gewerkschaften, „dass sie jegliche Unterstützung der SPD und der Regierung einstellen" *(Avanti*, Februar 2000) und beschwört eine „Gewerkschaftslinke in der Verantwortung", die „eine gesellschaftliche Kurskorrektur erreichen" soll *(Avanti*, März 2000). Der RSB, der 1998 zur Wahl der PDS aufrief, baute „alternative", von PDS-Politik dominierte Gewerkschaftskongresse mit auf wie den in Stuttgart im letzten Dezember oder in Frankfurt/Main im letzten September (siehe „Lafontaine/PDS: Strategen für deutschen Imperialismus - Für Klassenkampf gegen kapitalistische SPD/Grünen-Regierung!", *Spartakist* Nr. 137, Herbst 1999). Unter dem billigen Deckmantel der Kritik an Schröders SPD unterstützt der RSB zurzeit diejenigen Teile der Gewerkschaftsbürokratie, die eher mit der PDS verbunden sind, der zweiten sozialdemokratischen Partei im Land, deren Perspektive darin besteht, mit der SPD zusammen den deutschen Imperialismus zu verwalten.

Kommunisten dagegen kämpfen für eine klassenkämpterische Führung in den Gewerkschaften und einen Bruch mit der verräterischen Politik der Klassenzusammenarbeit. Eines der Mittel der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten sind die Betriebsräte, klassenkollaborationistische Gremien, die die Arbeiter per Gesetz auf die Interessen „ihres" Betriebs verpflichten und so an ihre Ausbeuter ketten sollen. Der Bruch mit dieser Politik ist Voraussetzung dafür, dass sich eine kämpferische Arbeiterbewegung dem verschärften Angriff der Kapitalisten entgegenstellen kann. Aber die Arbeiterkämpfe können nicht zum Sieg geführt werden, wenn sie an der ökonomischen Gewerkschaftsfront stehen bleiben. Es ist notwendig, einen politischen Kampf gegen den kapitalistischen Staat zu organisieren, gegen jede Form der Unterdrückung und Ausbeutung. Darum kämpfen wir Leninisten dafür, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei zu schmieden, die in einer sozialistischen Revolution die Arbeiterklasse zur Staatsmacht führt und zu einer grundlegenden Umwandlung der Gesellschaft, wo diejenigen, die heute arbeiten, morgen auch regieren.

Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

Was der CDU besonders um die Ohren flog, war das Bekanntwerden hoher Schmiergeldzahlungen an Kohl im Zusammenhang mit dem Verkauf von Leuna an den französischen Konzern Elf Aquitaine. Die Treuhand - anfangs noch unter Führung des frühzeitig abgelebten SPD-Rohwedder - hatte den Auftrag, die industriellen Grundlagen der Ex-DDR „abzuwickeln". Kohl hatte zynisch „blühende Landschaften" im Osten versprochen und wollte sich



Portugal 1975: Von Sozialistischer Partei aufgepeitschte Mobs brennen KP-Büros nieder mit dem Schlachtruf „Nieder mit dem Kommunismus!". Willy Brandt überbrachte BND-Gelder an portugiesische SP für deren konterrevolutionäre Offensive



keine Bildnachweise

vor den Wahlen 1994 irgendwelche Aktivitäten in dieser Richtung erkaufen. So floss also auch Geld in die andere Richtung, nämlich jede Menge Subventionen der Treuhand an den Elf-Konzern. Das Ergebnis ist heute die Zerstörung dieses Industriegebiets der früheren DDR und die Vernichtung der Lebensgrundlage Zehntausender.

Die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung, besonders in Arbeiter- und Immigrantenvierteln wie etwa Berlin-Kreuzberg, wird als „unrentabel" erklärt, und Krankenhäuser werden geschlossen. Gleichzeitig werden sämtliche Mittel für Ausbildung gekürzt mit dem Ziel, die Qualität der Ausbildung auf ein Maß zu drücken, das die Bourgeoisie gerade noch für notwendig hält, um die nächste Generation zum Ausbeuten heranzuziehen, während die Bourgeoisie ihren Nachwuchs auf Privatschulen und -unis schickt. Ganz zu schweigen von der rassistischen Arroganz des Imperialismus und seinen zynischen „Almosen" für die Länder der „Dritten Welt", wo er die Arbeiter für seine Superprofite bis aufs Blut aussaugt.

Der ganze CDU-Skandal wirft ein Schlaglicht darauf, dass der Imperialismus - laut Lenin der Kapitalismus in seinem höchsten, parasitären, verfaulenden Stadium - nicht „demokratisch" reformiert werden kann und ganz sicher nicht von selbst verschwindet. Wenn der Imperialismus nicht durch Arbeiterrevolution gestürzt wird, wird das System des Privateigentums an Produktionsmitteln, angetrieben von der Gier der Kapitalisten nach Profiten durch den Kampf um die Neuaufteilung der Welt, die gesamte Menschheit in den Abgrund eines Atomkriegs führen. Zunehmend scharfer Antiamerikanismus und kriegerisches Vokabular künden von den verschärften interimperialistischen Rivalitäten. *Der Spiegel* (6. März) zitiert einen deutschen Diplomaten über die Kampagne der US-Regierung gegen Schröders ursprünglichen Kandidaten für den IWF-Vorsitz, Koch-Weser: „Fast so wie die Invasion in der Normandie". Während des Balkankriegs waren die unterschiedlichen Interessen zwischen formell Verbündeten offensichtlich. Der deutsche Imperialismus will perspektivisch Zugang zum Atomarsenal Russlands und zum Erdöl des Kaukasus und dadurch Unabhängigkeit vom US-Imperialismus erreichen. Innerhalb der Arbeiterbewegung spiegelte sich dieser nationale Chauvinismus besonders wider durch die PDS und den Lafontaine-Flügel der SPD, die die Intervention auf dem Balkan unter der Führung der UNO oder der OSZE sehen wollten, wo der deutsche Imperialismus mehr Gewicht hat, und nicht unter der US-dominierten NATO. Am Schwanz der SPD hängend machte die Gruppe Linksruck der PDS Konkurrenz in Sachen Antiamerikanismus - ein nationalistisches Gift, das von der Sozialdemokratie in die Arbeiterbewegung getragen wird: „In den vergangenen 100 Jahren war der US-Imperialismus zweifelsohne die aggressivste Macht der Welt" (Broschüre „Perspektiven für Frieden auf dem Balkan", 1999).

Unsere Perspektive, die einzige für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten in der ganzen Welt, ist der Sturz des Imperialismus, die Errichtung einer internationalen Planwirtschaft, die die ungeheuren Ressourcen dieses Planeten allen Menschen zugängig macht. Allein schon auf der erreichten Produktionsstufe - die sich, von den Zwängen des Kapitalismus befreit und durch internationale Arbeitsteilung, rapide weiterentwickeln wird - ist es ohne weiteres möglich, allen Menschen auf diesem Planeten anständige Lebensbedingungen zu schaffen. Aber dazu muss der Imperialismus durch Arbeiterrevolution gestürzt werden und gegen die stinkende Diktatur der Bourgeoisie eine Diktatur des Proletariats, basierend auf Räten, errichtet werden, wie es die Bolschewiki in der Oktoberrevolution 1917 taten.

Arbeiterrevolution wird Opfer des Holocaust rächen!

Die Deutsche Bank ist über viele Jahre der Hauptspender für Kohl und die CDU gewesen. Gleichzeitig war sie der größte Finanzier Hitlers und hat massiv aus dem Holocaust profitiert, ebenso wie die Dresdner Bank. Im heutigen

Fortgesetzt auf Seite 26

SPD verschärft Angriffe...

Fortsetzung von Seite 25

Nachfolgestaat des Dritten Reichs griff der hessische Schatzmeister der CDU, Sayn-Wittgenstein, ganz offen zum Antisemitismus und nannte als Quelle von nicht als Spenden verbuchten Geldern anonyme Vermächtnisse „aus Kreisen deutschstämmiger jüdischer Emigranten" *(Der Spiegel,* 13. Dezember 1999). Heuchlerischer Aufschrei sowohl in CDU als auch in SPD. Aber direkt nach seiner Wahl verpflichtete sich Schröder zum „Schutz der deutschen Unternehmen" gegen Überlebende des Holocaust, und von der mit großem Pomp vereinbarten lächerlichen Summe an „Entschädigungs"zahlungen hat keiner der Überlebenden bisher irgendetwas gesehen. Die Familien der Zwangsarbeiter und Opfer des Holocaust sollten alles bekommen, was sie irgendwie den Unternehmen entreißen können, die durch Sklavenarbeit reich wurden. Diese Kapitalisten weinen heute Krokodilstränen über ihre „Verfehlungen" in der Vergangenheit - so was Ähnliches versucht auch der Papst, um sein Image aufzubessern -, während sie Pfennig um Pfennig darum streiten, wie viel ein jüdisches Leben oder das Leben eines Rom wert sei. Ziel der Bourgeoisie von Auschwitz ist es, endlich die Vergangenheit hinter sich zu lassen, „Rechtssicherheit" zu erlangen, jetzt eine Zahlung von den Steuern abzusetzen und ihre zukünftigen Profite davon nicht mehr irritieren zu lassen. Außerdem wollen sie etwas besser dastehen in den Augen der Bevölkerung in Osteuropa, wo Hitler seine Völkermordmaschinerie wüten ließ und wo die deutsche Bourgeoisie heute auf der Jagd nach ihren Profiten wieder auf dem Vormarsch ist. Erst unser Kampf, das gesamte verrottete kapitalistische System hinwegzufegen, das den Faschismus hervorbringt, wird die Opfer des Holocaust rächen!

Die SPD als Finanzier der Konterrevolution

Auch die SPD hat über die Jahre hinweg, ob in Regierung oder in Opposition, jede Menge Spenden aus der Wirtschaft erhalten. Jahrelang verteilte der Daimler-Benz-Konzern seine Zuwendungen liebevoll gleichmäßig auf SPD und CDU. Eine besondere Rolle spielte die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD, passend benannt nach dem SPD-Präsidenten, unter dem 1919 der Befehl zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht erteilt wurde. Die FES erhielt jede Menge Spenden und staatliche Zuschüsse, die direkt in die SPD-Taschen flössen. Umgekehrt „investierte" die FES Gelder im Interesse der deutschen Bourgeoisie.

Unter Helmut Schmidts SPD/FDP-Regierung wurde Mitte der 70er-Jahre ein millionenschwerer Fonds aus Mitteln des Bundesnachrichtendienstes eingerichtet, aus dem alle Parteien Bares erhielten, „wenn irgendwo im Ausland Gefahr zu drohen schien. In Spanien zum Beispiel. Nach dem Tod des Diktators Franco 1975 drohte ein Erstarken der Kommunisten. Wie schon zuvor nach dem Ende der ‚Nelkenrevolution' im Nachbarland Portugal. Die Sozialdemokraten waren gefragt - und sie unterstützten denn auch ihre sozialistischen Genossen um Schlimmeres zu verhindern" *(Die Welt* online, 10. März). Die SPD finanzierte in den vorrevolutionären Situationen auf der iberischen Halbinsel die Konterrevolution, einschließlich der Mobs, die in ganz Portugal KP-Büros niederbrannten, um Terror zu verbreiten. Später bei der Unterminierung der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas - Brandts „Ostpolitik" - pumpten sie Geld in die konterrevolutionäre polnische Solidarnosc und über das SPD-„Ostbüro" in konterrevolutionäre Bestrebungen innerhalb der DDR, z. B. in die evangelische Kirche.

Die beginnende politische Revolution in der DDR 1989/90 gegen die stalinistische bürokratische Kaste zeigte die potentielle Macht der Arbeiterklasse. Unsere internationale Partei intervenierte als revolutionäre Führung für ein Rotes Rätedeutschland: für sozialistische Revolution im Westen und proletarisch-politische Revolution im Osten. Dieser Kampf basierte auf unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der DDR, eines bürokratisch deformierten Arbeiterstaats, in dem die Kapitalistenklasse enteignet war. Wir schrieben in einem Artikel unserer damals täglich erscheinenden *Arbeiterpressekorrespondenz* („SPD gegen portugiesische Revolution, 1974-1976", Nr. 27, 13. März 1990):

> „Die SPD wurde im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Schirmherrschaft der amerikanischen Besatzungstruppen neu organisiert, um als Instrument zur Neutralisierung des Klassenkampfs nach der Zerschlagung des Dritten Reichs zu wirken und den kommunistischen Einfluß aus der Arbeiterbewegung hinauszusäubern. In den folgenden Jahren spielte die SPD eine besondere Rolle als Verbündeter der CIA in West- und Osteuropa. Heute dient die SPD ihren kapitalistischen Herren in der BRD, indem sie als Speerspitze für eine Annexion der DDR auftritt... Die Sozialdemokratie ist wirklich ein Trojanisches Pferd für die Konterrevolution."

Gruppen wie Linksruck, RSB und Co. wollen Jugendliche und Arbeiter zurück zu Sozialdemokratie, SPD oder PDS, und Gewerkschaftsbürokratie kanalisieren. Lenin nannte diese „wirkliche *Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung,* Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labor lieutenants of thé capitalist class), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus" *(Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus,* 1916), bestochen aus den Profiten, die die Kapitalisten aus den Arbeitern im eigenen Land rauspressen und aus der Superausbeutung der Arbeiter in Ländern der „Dritten Welt". Im Kampf gegen diese Arbeiterverräter, die 1914 die Arbeiter als Kanonenfutter für die Kapitalisten in den Weltkrieg hetzten, baute Lenin die bolschewistische Partei auf als Teil einer neuen, kommunistischen Internationale. In der Russischen Revolution fegte die Arbeiterklasse unter Führung der Bolschewiki von Lenin und Trotzki die gesamte Herrschaft der Kapitalistenklasse hinweg und befreite ein Sechstel des Erdballs. Dafür kämpfen wir, dafür bauen wir unsere internationale Partei auf: Für neue Oktoberrevolutionen weltweit!



Spartakist

Berlin, März 1999: SpAD bei Antikriegsprotest. Im Krieg gegen Serbien sagten wir „Stürzt Imperialismus durch Arbeiterrevolution - verteidigt Serbien!"

Haider...

Fortsetzung von Seite 5

und die internationalen Hauptkonkurrenten des deutschen Imperialismus, USA und Japan, richtet. Weil der Kapitalismus auf Basis eigenständiger Nationalstaaten organisiert ist -was die eigentliche Ursache der wiederholten imperialistischen Kriege um die Neuaufteilung der Welt ist und auch der wirkliche Grund für den Krieg auf dem Balkan letztes Jahr -, ist die Perspektive eines fortschrittlichen europäischen Staats, die von Jospin und Schröder gepredigt wird, eben nichts als eine lügnerische, reaktionäre Utopie. Der Imperialismus, der gekennzeichnet ist durch die Dominanz des Finanzkapitals, ist die Epoche der Kriege und Revolutionen. Nachdem die Welt bereits zwischen den hauptsächlichen kapitalistischen Mächten aufgeteilt ist, ist Krieg letztlich ihr einziges Mittel, die Märkte und Einflussspähren neu aufzuteilen. Als proletarische Internationalisten fordern wir: *Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Nieder mit den Verträgen von Maastricht und Schengen! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!*

Sozialdemokratische Regime und Volksfrontregierungen (eine kapitalistische Regierung in der Form einer Koalition zwischen bürgerlichen Parteien und Arbeiterparteien, worin die Interessen der Arbeiter den Interessen der kapitalistischen herrschenden Klasse untergeordnet wird) wurden seit der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion mit der ausdrücklichen Absicht an die Macht gebracht, den „Sozialstaat" zu zerstören. Die kapitalistischen Herrscher fühlen sich nicht mehr dazu verpflichtet, für die Arbeiter im Westen einen höheren Lebensstandard zu garantieren in Konkurrenz zu den sozialen Leistungen der Planwirtschaften der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten, die aus dem Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg hervorgingen. Nach den letzten Wahlen entschied die ÖVP, dass die österreichische Sozialdemokratie ihnen nicht genügend Konzessionen machte, und entschied sich für die FPÖ.

In allen Ländern Europas führt der bürgerliche Nationalismus nach innen zu einem scharfen Anstieg des Rassismus gegen die dunkelhäutige und osteuropäische Immigrantenbevölkerung Europas, die mit Massenabschiebungen und staatlicher sowie faschistischer Gewalt konfrontiert ist. Immigranten, die als „Gastarbeiter" für die Verrichtung niedrigbezahlter, schmutziger Arbeiten nicht mehr gebraucht werden, werden rausgeworfen, während Jugendliche der zweiten Generation von den Herrschenden mit Verachtung behandelt werden. Ohne Job und ohne Zukunft werden sie von der herrschenden Klasse als sozialer Zündstoff gefürchtet. In ganz Europa lassen kapitalistische Regime, die von angeblichen „Sozialisten" regiert werden, ihre Bullen los, um diese Jugendlichen zu terrorisieren.

Rassistische Unterdrückung ist untrennbar mit kapitalistischer Ausbeutung verbunden. Während die Bourgeoisie die Ausbeutungsrate in die Höhe zu treiben versucht, sind die Immigranten nicht nur Opfer von Abschiebungen, sondern werden auch als willkommener Sündenbock für Arbeitslosigkeit und Verelendung benutzt. Rassismus gegen Immigranten ist der Rammbock für Angriffe auf die gesamte Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse und die Minderheiten müssen ihre Interessen gemeinsam voranbringen, oder sie werden getrennt zurückgeschlagen. Die Arbeiterbewegung muss *für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und Flüchtlinge kämpfen.*

Die immigrierten Teile der Arbeiterklassen Westeuropas sind aber nicht nur Opfer, sondern ein wichtiger Bestandteil der Kräfte, die fähig sind, dieses rassistische, kapitalistische System zu zerschlagen. Die Mobilisierung der Macht der integrierten Arbeiterklasse erfordert aber einen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Führungen in der Arbeiterbewegung, die als Transmissionsriemen dienen, um das rassistische Gift in die Arbeiterklasse zu schleusen. *Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!*

Haider und seine Gefolgschaft werden von Faschisten und offenen Rassisten in ganz Europa als verwandte Geister angesehen, wie von Le Pen in Frankreich, von der NPD in Deutschland und von der Lega Nord und der Alleanza Nazionale in Italien. Haiders FPÖ ist eine reine Wahlmaschine und entspricht nicht dem, was Marxisten unter Faschismus verstehen. Reaktionäre Ansichten allein definieren nicht Faschismus. Eine Anzahl von Margaret Thatchers Beratern waren der Meinung, Britannien hätte sich während des Zweiten Weltkrieges mit Deutschland gegen die Sowjetunion verbünden sollen, und hatten auch sonst faschistische Ansichten. Wie Trotzki in „Wohin geht Frankreich" erklärte:

> „Das Großkapital ist darum genötigt, bewaffnete Banden zu schaffen, speziell gegen die Arbeiter gerichtet ... Der geschichtliche Sinn des Faschismus ist, die Arbeiterklasse niederzuwerfen, ihre Organisationen zu zerschlagen, die politische Freiheit zu erwürgen in jener Stunde, wo die Kapitalisten nicht mehr imstande sind, mit Hilfe der demokratischen Maschine zu regieren und zu herrschen."

In einer Situation, in der es keine faschistischen Mobilisierungen in den Straßen gibt und die Hauptfrage die Beteiligung der FPÖ an der Regierung ist, können die Losungen „Stoppt Haider", „Streik jetzt" nur einen Aufruf für außerparlamentarische Aktionen für eine neue parlamentarische Koalition bedeuten, d.h. ein „militanter" Ruf, die FPÖ durch die SPÖ zu ersetzen.

So wurde 1994 in Italien die konservative Berlusconi-Regierung durch einen Generalstreik gestürzt und durch eine kapitalistische Volksfrontregierung ersetzt, die den rassistischen Staatsterror und die Angriffe auf die Arbeiterklasse verschärft fortsetzte. Jetzt in Österreich treibt die Pseudolinke zynischerweise die Arbeiterklasse an, den Karren der parlamentarischen Ambitionen der Sozialdemokratie aus dem Dreck zu ziehen: „Streik jetzt!" sagt die Sozialistische Linkspartei, Arbeiterinnenstandpunkt ruft auf zum Generalstreik und Linkswende ruft auf: „Das ist unsere Perspektive - die Berlusconi-Lösung".

Imperialismus ist nicht eine schlechte Politik, wie die pseudotrotzkistischen Gruppen es uns weismachen wollen, sondern das höchste Stadium des Kapitalismus, der auf Privateigentum an Produktionsmitteln einiger weniger beruht, die das Proletariat ausbeuten und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung unterdrücken. So erzeugt er unvermeidlich Kriege, Rassismus und Elend. Die Faschisten sind der zugespitzte Ausdruck der Interessen der Bourgeoisie und ihre Reservearmee gegen das Proletariat. Daher muss der Kampf gegen Faschismus mit dem Kampf zum Sturz des kapitalistischen Ausbeutungssystems verbunden werden.

Von New York über London und Paris bis Berlin und Wien stehen wir für Arbeiterrevolution, und die Sozialdemokraten und ihre linken Anhängsel stehen dem im Weg. Wenn die Faschisten die letzte Reserve des Kapitalismus in extremis sind, sind die Sozialdemokraten (inklusive Exstalinisten und zugehörige Überreste) mit ihrer Politik der Klassenkollaboration die vorletzte Reserve, ein Sicherheitsventil für den Imperialismus. Nur der Sturz des Kapitalismus durch Arbeiterrevolution und die Errichtung der *Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa* als Teil einer weltweiten sozialistischen Gesellschaft kann die Grundlage für eine Entwicklung der Produktivkräfte sein, die wirklich der Menschheit zugute kommt. *Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale! Für neue Oktoberrevolutionen weltweit! Schließt euch uns an!*

VW Südafrika...

Fortsetzung von Seite 32

soll. Besonderes Ziel der Angriffe hier in Deutschland sind die aus der Türkei und Kurdistan eingewanderten Arbeiter, die ein strategischer Bestandteil der Arbeiterklasse sind. Mit rassistischem Staatsterror, der jetzt verschärft von der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung betrieben wird, soll die Arbeiterklasse gespalten werden, um ihr so die Angriffe reinzuwürgen. Eingewanderte Arbeiter und deutsche Arbeiter werden gemeinsam vorwärts gehen oder getrennt zurückgeschlagen werden. Dringend notwendig ist der Kampf für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Brecht mit der Sozialdemokratie! Für Klassenkampf gegen die SPD/Grünen-Regierung! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!*

Von größter Bedeutung für die südafrikanische Arbeiterbewegung und in der Tat für das internationale Proletariat ist der Kampf für die Wiedereinstellung der gefeuerten Streikenden bei VW Südafrika. Am anfälligsten für den dringend notwendigen *internationalen Klassenkampf* ist der Autogigant natürlich hier in Deutschland, wo er seine Hauptproduktionsstätten hat und mit einer der am besten organisierten Gewerkschaftsbewegungen der Welt konfrontiert ist. *Gleicher Feind - Gleicher Kampf! Proletarier aller Länder vereinigt euch! Für Solidaritätsstreiks mit unseren südafrikanischen Klassenbrüdern!*

Nachfolgend drucken wir den Artikel „ANC Government Escalates War on South African Workers" aus *Workers Vanguard* Nr. 731, 10. März 2000, Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S., ab.

JOHANNESBURG - Bei der Parlamentseröffnung im Februar erklärte der südafrikanische Präsident Thabo Mbeki den offenen Krieg gegen die Arbeiterbewegung. Seine Rede kennzeichnete eine Eskalation der fortgesetzten Sozialraub-Angriffe auf das überwiegend schwarze Proletariat; das hatte sich letztes Jahr mit dem Streikbruch gegen die Arbeiter des öffentlichen Dienstes angekündigt. Mbeki schäumte vor Wut, als er sich einen kürzlichen wilden Streik bei der Volkswagen-Autofabrik in Uitenhage herausgriff: „Arbeitsplätze, ein besseres Leben für unser Volk im Rahmen einer wachsenden Wirtschaft und unser Ansehen in den Augen der Investoren dürfen nicht durch Elemente erpresserisch aufs Spiel gesetzt werden, die eigennützige und antisoziale Absichten verfolgen."

Trotz Mbekis Phrasendrescherei über „wirtschaftliche Machtverleihung an die Schwarzen" bleibt die *wirtschaftliche Grundlage* der Apartheid - die Superausbeutung der schwarzen Arbeitskraft durch die weiße Kapitalistenklasse und deren Seniorpartner an der Wall Street und in der City von London - bestehen, nach sechs Regierungsjahren des African National Congress (ANC), zuerst unter Nelson Mandela und jetzt unter seinem Nachfolger Mbeki. Es ist keine Überraschung, dass die Rede von Mbeki, in der er den VW-Streik als „gesetzwidrig und ungerechtfertigt" verurteilte, bei internationalen Finanzkapitalisten Anerkennung fand. Zur gleichen Zeit wurde sie vom Führer der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) Blade Nzimande als eine „sehr vereinigende Rede" bezeichnet. Auch das kommt nicht überraschend, da die reformistische SACP mit dem bürgerlich-nationalistischen ANC darin vereinigt ist, die kapitalistische Regierung der Neo-Apartheid zu verwalten.

Mbeki unterstrich die Verpflichtung der Regierung, „schwarzen Kapitalismus" auf Kosten des schwarzen Proletariats zu fördern. Die vom ANC geführte Regierung hat überhaupt nicht den Reichtum von der weißen rassistischen Bourgeoisie auf die schwarzen Massen umverteilt, sondern hat eine schwarze bürgerliche Schicht hervorgebracht, die in der Regierung, in den Firmenbüros von Anglo American und anderen Randlords arbeitet oder Projekte „schwarzer Machtverleihung" betreiben. Während das schwarze Kleinbürgertum immer zufriedener mit dem „neuen" Südafrika ist, sind mindestens 40 Prozent der schwarzen Arbeiterschaft arbeitslos; in Townships wie Soweto und Lamontville ist diese Zahl noch viel höher.

Mbeki verkörpert eine aufstrebende schwarze Bourgeoisie, die bei den schwarzen Massen den verächtlichen Spitznamen „thé gravy train" (ungefähr: die Absahner) hat. Diese schwarzen Ausbeuter saugen nun gemeinsam mit ihren mächtigeren weißen Partnern den Reichtum des Landes ab, den die schwarzen Arbeiter produzieren. Und der bürgerlich-nationalistische ANC wird dabei von der SACP und dem Congress of South African Trade Unions (COSATU - Kongress Südafrikanischer Gewerkschaften) unterstützt, die über die „Dreierallianz", eine nationalistische Volksfront, die kapitalistische Regierung mit verwalten. Von Anfang an bemühte sich die „Dreierallianz", ein „für Investoren freundliches" Umfeld aufrechtzuerhalten. Wir warnten während des Streiks im öffentlichen Dienst letzten Herbst, dass „der ANC, als eine kapitalistische Partei

---

Hände weg...

Fortsetzung von Seite 10

Wiedervereinigung. Der ostdeutsche deformierte Arbeiterstaat entstand, weil die sowjetische Armee Hitlers Naziregime zerschlagen hat. Wir verteidigten bedingungslos die Planwirtschaft und die proletarischen Eigentumsformen - die Grundlage der früheren DDR -, trotz der bürokratischen stalinistischen Kaste, die die politische Macht zu Unrecht in ihren Händen hielt. 1989/90 kämpfte die IKL für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch die sozialistische Revolution im Westen und die proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen SED-Bürokratie im Osten. Was die SED/PDS betrifft: Sie verkaufte die DDR aus - nachdem Gorbatschow grünes Licht gab -, unterstützte die kapitalistische Konterrevolution, die die ehemalige DDR verwüstet hat und auch für das Proletariat im Westen Verelendung bedeutet. Nach der Konterrevolution entfesselte der deutsche Staat eine Hexenjagd gegen ehemalige DDR-Funktionäre. Wir sagen: Freiheit für Egon Krenz! Die stalinistischen Irreführer müssen für ihren Klassenverrat dem Proletariat gegenüber ganz sicher viel Rechenschaft ablegen, doch sie werden von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt.

Historisch ehrte die kommunistische Bewegung jeden Januar die Drei L - Lenin, Luxemburg und Liebknecht. Es ist typisch für die chauvinistischen deutschen Sozialdemokraten, Lenin zu meiden, der gemeinsam mit Trotzki die bolschewistische Partei führte, welche die Arbeitermassen Russlands von den Menschewisten - dem russischen Pendant zur deutschen Sozialdemokratie - brach und 1917 das Proletariat zur Macht führte. Die Menschewisten klammerten sich an den Kapitalismus und verteidigten nach dem Februar 1917 explizit den imperialistischen Weltkrieg. Wir streben danach, eine revolutionäre internationalistische Partei wie die Bolschewiki zu schmieden. Eine solche Partei, die durch den politischen Kampf gegen die Reformisten der SPD und PDS und ihre pseudolinken Apologeten aufgebaut wird, wird Luxemburgs und Liebknechts Spartakisten wirklich ehren, indem sie dafür kämpft, das Proletariat durch neue Oktoberrevolutionen an die Macht zu führen. Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution!«



AP

Während die kapitalistische Regierung von Präsident Thabo Mbeki Krieg gegen schwarzes Proletariat führt, werden Bullen gegen Taxifahrer losgelassen, die gegen die Regierungsangriffe auf ihren Lebensstandard protestieren


Nadine Hutton

außerhalb der Arbeiterbewegung, nicht vor dem Versuch zurückschrecken würde, die Gewerkschaften zu zerschlagen, wenn das für die Verteidigung seiner Klasseninteressen notwendig wird" (*Workers Vanguard* Nr. 718, 3. September 1999). Seit der ANC 1994 an die Macht kam, hat er seine grundsätzliche Feindschaft gegenüber den Bedürfnissen und Bestrebungen der schwarzen Massen kristallklar gemacht.

Mbekis Rede sollte ausländische Investoren beruhigen, die geschockt waren durch den wilden Streik bei VWSA - eines der größten Unternehmen ausländischer Investoren im ganzen Land und eine Konzentration von Arbeitsplätzen mit strategischer Bedeutung für das verarmte östliche Kap. Der Kampf bei VW wurde ausgelöst durch eine Spaltung in der Ortsgruppe der National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA - Nationale Gewerkschaft der Metallarbeiter Südafrikas), nachdem 13 Vertrauensleute im Werk Uitenhage von der NUMSA-Führung suspendiert worden waren. Am 20. Januar legten über 4000 Arbeiter die Arbeit nieder, um die suspendierten Vertrauensleute zu unterstützen; gleichzeitig brodelten bereits Konflikte über neu ausgehandelte Urlaubstage, erzwungene Überstunden und ungelöste Fragen, die bis zum Jahr 1996 zurückreichen. Das Firmenmanagement erklärte daraufhin, dass „die volle Produktion nicht beginnen konnte wegen des häufigen Nichterscheinens am Arbeitsplatz und wegen der Weigerung einiger Beschäftigter, die Arbeit aufzunehmen", es machte das Werk zu und sperrte damit die Arbeiter praktisch aus.

Die NUMSA-Führung unterstützte offen das VW-Management; so verkündete der Gewerkschaftsvorsitzende Mtutuzeli Tom: „Die Firma hat das Recht, jedes Mittel anzuwenden, von dem sie meint, dass es gerechtfertigt ist, um Leute an den Arbeitsplatz zurückzukriegen" (*Dispatch Online, 2.* Februar). Am 4. Februar feuerte VW 1300 Arbeiter und suspendierte 150 weitere. Dem folgte das „Unternehmen Käfer": 200 bewaffnete Polizisten besetzten Townships in der Nähe des Werks, um Widerstand zu unterdrücken. Ein Polizeibeamter erklärte: „Die südafrikanische Polizei wird in einer derartigen Situation keinerlei Einschüchterung dulden."

Um die Unterdrückung des Streiks und die Massenentlassung zu rechtfertigen, spielten die bürgerlichen Medien die angebliche Rolle der Workers International Vanguard League (WIVL) - eine kleine linke Gruppe, deren Basis in Kapstadt ist - bei den Ereignissen in Uitenhage hoch und implizierten damit, dass die Arbeiteraktion von „Roten" angezettelt worden sei. Auf der gleichen Linie lag eine Erklärung des Politischen Büros der SACP, in der die Streikenden gebrandmarkt werden als „opportunistische Elemente, die die organisierten Arbeiter mit pseudoradikaler Demagogie spalten wollen". Die Arbeiterbewegung muss die WIVL, andere linke Gruppen und militante Gewerkschafter gegen antikommunistische Angriffe seitens der vom ANC geführten Regierung und deren politischer Handlanger verteidigen.

Der Kampf für die Wiedereinstellung der 1300 gefeuerten Streikenden bei VW ist von größter Bedeutung für die südafrikanische Arbeiterbewegung und in der Tat für das internationale Proletariat. Der deutsche Autoriese ist mit seinen weit verzweigten Operationen in Produktion, Distribution und Vermarktung anfällig für *internationale Arbeiteraktionen.* Und natürlich ist er am anfälligsten in Deutschland selbst, einem Land mit einer der größten, stärksten und am besten organisierten Gewerkschaftsbewegungen der Welt.

Brecht mit der „Dreierallianz"!

Arbeiter stimmen jetzt schon mit ihren Füßen gegen die „Dreierallianz" ANC/SACP/COSATU ab und verlassen ihre verschiedenen Strukturen. Während schwarze Arbeiter nicht nur vom ANC, sondern auch von der SACP zunehmend desillusioniert sind, sehen sie in den Gewerkschaften das einzig mögliche Verteidigungsmittel gegen den kapitalistischen Staat und die Bosse. Inzwischen treten Vertrauensleute lieber von ihrer Funktion zurück, als die Pro-ANC-Linie der COSATU-Bürokratie zu befolgen. Streiks brechen aus, ohne dass sie „offiziell" ausgerufen werden. Gewerkschafter verlassen COSATU und gehen zu rivalisierenden Verbänden, die keine Verbindungen zur „Allianz" haben. Parallel und überlappend dazu gibt es eine Bewegung gegen die ANC/SACP-Führung, die in den Massenorganisationen der Townships eine Abspaltung nach der anderen hervorbringt, so genannte „Civics" (städtische Selbstorganisierungsgruppen).

Fortgeschrittene Arbeiter, die der prokapitalistischen Führung der Gewerkschaften feindlich gegenüberstehen, debattieren offen auf Ortsgruppensitzungen, in Kneipen und Pubs, ob man innerhalb von COSATU kämpfen soll, um sie von der „Allianz" zu brechen, oder ob man einfach aus COSATU rausgehen soll, um zu „unabhängigen" Gewerkschaften zu kommen: *COSATU soll die Allianz verlassen und aus der Regierung rausgehen.* Die Gewerkschaften können und müssen ihre soziale Macht durch Streiks gegen die kapitalistische Regierung mobilisieren. Allerdings kann die Arbeiterklasse - besonders in einer Gesellschaft, wo die organisierte Arbeiterbewegung nur einen Bruchteil der unterdrückten schwarzen Massen darstellt - ihren Lebensstandard nicht einfach durch gewerkschaftliche Kämpfe verbessern oder auch nur verteidigen.

Fortgesetzt auf Seite 30



Britta Koropp

20000 VW-Arbeiter streiken am 3. Februar für 1800 Zeitarbeiter in Wolfsburg, einen Tag vor Massenentlassungen in Südafrika. Dies zeigt Potenzial für internationalen, gemeinsamen Klassenkampf

VW Südafrika...

Fortsetzung von Seite 29

Dringend notwendig ist der Kampf für eine Partei wie die bolschewistische Partei von Lenin und Trotzki, die in der Oktoberrevolution 1917 die Arbeiter Russlands an die Macht führte: eine leninistische Avantgardepartei, die die unmittelbaren und die historischen Interessen des Proletariats in seinem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung vertritt. Nur eine Partei mit dem Programm, *den Kapitalismus zu stürzen und den bürgerlichen Staat zu zerschlagen*, kann konsequent für die Arbeiterinteressen gegen die mächtigen Kräfte des Weltkapitalismus kämpfen.

So wie ein Großteil von COSATU wird auch die Führung von NUMSA von der SACP dominiert, die seit Jahrzehnten eng mit dem ANC verbündet ist und in der kapitalistischen Mbeki-Regierung zentrale Ministerposten besetzt. Während die SACP an Mitgliedern ausblutet und ihre Kontrolle über die Basis schwindet, wird ihr Verrat an der Spitze umso krasser. Der VW-Streik ging nicht nur gegen die erhöhte Ausbeutung der VW-Belegschaft an, sondern auch gegen die prokapitalistische Gewerkschaftsführung, die von der SACP dominiert wird. Die SACP - nach Lenin eine bürgerliche Arbeiterpartei - hat eine Arbeiterbasis, aber eine durch und durch prokapitalistische Führung und ein ebensolches Programm: Sie umfasst ausgesprochene Nationalisten, Regierungsminister und Arbeiterreformisten, gleichzeitig aber auch Arbeiter, die nach einer revolutionären Perspektive suchen. Als revolutionäre Marxisten intervenieren unsere Genossen von Spartacist/South Africa mit dem Ziel, die Arbeiterklasse von ihren reformistischen SACP-Irreführern zu brechen und eine multirassische leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei aufzubauen.

Um einen ernsthaften Kampf zu führen, der das ANC-geführte bürgerlich-nationalistische Regime konfrontiert und ihm eine Niederlage beibringt, ist die Klassenunabhängigkeit des Proletariats unerlässlich, was vor allem die Unabhängigkeit vom kapitalistischen Staat bedeutet. Der Staat - seine Bullen, Gerichte und Armee - ist nicht neutral, sondern wird von der Bourgeoisie eingesetzt, um die Arbeiterklasse zu unterdrücken und den Profit und das Eigentum der Kapitalisten zu schützen. Nachdem die VW-Streikenden gefeuert wurden, gab das Krisenkomitee von Uitenhage, das die betroffenen Arbeiter vertritt, eine Erklärung mit seinen Forderungen und über seine Entstehungsgeschichte heraus: darin forderte es auch eine „Schlichtung durch eine unabhängige Quelle, in die sie [die gefeuerten Streikenden] Vertrauen haben". Schlichtung ist inzwischen zu einem Standard-Codewort für Appelle an die bürgerlichen Gerichte und an Streikbrecher-„Schlichter" geworden. Berichten zufolge zieht das Krisenkomitee von Uitenhage tatsächlich einen Prozess gegen NUMSA in Betracht. Wir sind dagegen. NUMSA vor den Gerichten der Bosse anzuklagen, um eine Wiedereinstellung der Streikenden zu erwirken. Wenn man Arbeiterorganisationen vor ein Gericht zerrt, ist das eine Verletzung der elementarsten Prinzipien der Arbeiterklasse. Es ist gefährlich anzunehmen, dass man die Unterordnung der Gewerkschaften unter den Staat, die von der COSATU-Bürokratie betrieben wird, dadurch bekämpfen kann, dass man an die Gerichte des Klassenfeindes appelliert.

Die WIVL, die dem Komitee Hilfe leistet, hat eine Geschichte, dass sie auf den Kampf für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat spuckt. Der Fall des ehemaligen Vorsitzenden der Chemical Workers Industrial Union (CWIU - Industriegewerkschaft der Chemiearbeiter), Abraham Agulhas, ein Unterstützer der WIVL, ist nur ein Beispiel. Laut einer Erklärung von WIVL-Anhängern, die uns zugänglich gemacht wurde, wurde Agulhas für fünf Jahre als Vertrauensmann suspendiert als Ergebnis einer Hexenjagd „gegen Mitglieder und Funktionäre, die den ANC und die SACP ablehnen, weil sie Parteien sind, die die Arbeiterklasse ausverkauft haben". Agulhas und seine Unterstützer beantragten dann „eine Feststellungsanordnung durch die Gerichte, uns zu Mitgliedern zu erklären", nachdem die Gewerkschaft sie rausgeschmissen hatte.

Agulhas hat seitdem die Bildung einer Splittergewerkschaft angeführt, der Oil, Chemical, General and Allied Workers Union (OCGAWU). Arbeiter, die irgendeine Abspaltung von COSATU zugunsten so genannter „unabhängiger" Gruppierungen erwägen, seien gewarnt: Solche Splittergewerkschaften aufzubauen schwächt nicht nur die Arbeiterbewegung in ihrem tagtäglichen Kampf mit den Unternehmern, sondern trennt die politisch fortgeschritteneren Arbeiter von denjenigen, die immer noch Illusionen in das ANC/SACP-Regime haben. Wir treten für das Prinzip der Industriegewerkschaften ein - wo alle Arbeiter einer bestimmten Industrie in einer Gewerkschaft organisiert sind, die intern demokratisch aufgebaut ist - im Gegensatz zur Bildung von politisch rivalisierenden Gewerkschaften.

Darüber hinaus haben Pseudolinke wie die WIVL keinerlei Bedenken, wenn es darum geht, den bürgerlichen Staat einzusetzen, damit er in die Arbeiterbewegung interveniert - Hauptsache, sie können ihre eigenen Pfründe behalten. Zwar verteidigen wir Agulhas gegen seinen Ausschluss, wir lehnen aber den Einsatz der Gerichte durch ihn auf das Schärfste ab, weil das Klassenverrat ist. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga haben international dafür gekämpft, die Gerichte der Bourgeoisie aus den internen Angelegenheiten der Arbeiterbewegung rauszuhalten, und wir sind aus Prinzip gegen Prozesse gegen Gewerkschaften. Die Arbeiter müssen ihr eigenes Haus säubern!

Die Workers International Vanguard League beschwört die Arbeiter, sie sollten sich allein auf „Gewerkschafts"-fragen konzentrieren. Ihr Flugblatt zur Verteidigung der VW-Streikenden erwähnt die kapitalistische ANC-Regierung nur nebenbei und richtet ihr gesamtes Feuer auf die Führung der NUMSA. Es ruft dazu auf: „NUMSA-Arbeiter. übernehmt die Kontrolle eurer Gewerkschaft! Nieder mit der undemokratischen Führung! Kein Händchenhalten mit den Bossen!" Eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften ist keine Frage von „Demokratie" an sich oder einfach von „Arbeiterkontrolle". Was im Grunde erforderlich ist, ist ein vielseitiger Kampf gegen den südafrikani-

sehen kapitalistischen Staat, der jetzt vom bürgerlich-nationalistischen ANC regiert wird. Die Arbeiterklasse, geführt von ihrer Avantgardepartei, muss sich an die Spitze aller unterdrückten Teile der Gesellschaft stellen.

Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!

Es ist kein Zufall, dass NUMSA, die auf ihren Kongressen routinemäßig über einen Antrag diskutiert, die „Allianz" zu verlassen, im Zentrum einer erneut aufkommenden halbsyndikalistischen Stimmung steht. Diese Haltung geht zurück auf eine frühere „arbeitertümelnde" Strömung - ein Amalgam aus quasisyndikalistischer und linkssozialdemokratischer Politik -, die aus der Federation of South African Trade Unions (FOSATU - Föderation Südafrikanischer Gewerkschaften) hervorging und aus der Ende der 70er- und Anfang der 80er-Jahre NUMSA unter Führern wie John Gomomo und Moses Mayekiso entstand.

Zwar erklärten die „Arbeitertümler" ihre Unabhängigkeit vom ANC und ihr Misstrauen gegen ihn, doch sie hatten weder Programm noch Perspektive, den Kampf gegen die nationale Unterdrückung zu führen, die tief im Apartheidsystem verwurzelt ist. Und so knickten sie schließlich auf dem COSATU-Nationalkongress 1987 ein und akzeptierten die Freiheitscharta des ANC, die die Gewerkschaften genau der bürgerlich-nationalistischen Partei unterordnet, die sie zuvor kritisiert hatten.

Die Unzulänglichkeit der „Arbeitertümler"-Strömung - mit ihrer ausschließlichen Konzentration auf den Aufbau einer Gewerkschaftsbewegung - wird bereits durch die einfache Tatsache unterstrichen, dass zwar in den letzten 20 Jahren gewerkschaftliche Kämpfe die Industrielöhne nach oben gedrückt haben, es aber keine grundlegende Veränderung in der Struktur der südafrikanischen Wirtschaft gegeben hat, die klaffende Lohnlücke der Apartheid nicht geschlossen wurde und es kein Ende der schrecklichen Verarmung der Massen auf dem Land gibt.

COSATU hat nie die Millionen von Landarbeitern breit organisiert, die (zusammen mit den Bergarbeitern) der am meisten ausgebeutete und unterdrückte Teil des südafrikanischen Proletariats sind. Überhaupt hat die Gewerkschaftsbewegung der verarmten Landbevölkerung wenig Aufmerksamkeit geschenkt, sei es in den ehemaligen Bantustans oder auf den Farmen der Weißen, wo sich die Bedingungen kaum von denen unter dem alten Apartheidsystem unterscheiden. Die Arbeitslosigkeit, weit verbreitet in allen Schichten der Gesellschaft, kann nicht durch Gewerkschaftsaktion allein bekämpft werden, sondern erfordert letztlich die Ausweitung der Industrieproduktion auf dem höchsten Niveau, was nur durch einen sozialistischen Wiederaufbau der Gesellschaft passieren wird.

Nur eine sozialistische Planwirtschaft, als Teil einer internationalen sozialistischen Gesellschaft, wo der Kapitalismus weggefegt worden ist, kann Südafrika von seiner tief verwurzelten Ungleichheit befreien: Sie wird die Lage der Armen in den Townships wirklich verbessern, die Lage der Frauen, die in polygamen Ehen unterdrückt werden und wie Vieh gegen „Lobola" (Geld, das als „Brautpreis" gezahlt wird) verkauft werden, und die Lage der Millionen, die heute ihre Existenz in den Bantustans fristen, und sie wird das Leid der Millionen lindern, die an AIDS sterben. Das Proletariat muss sich an die Spitze des Kampfes stellen für die nationale Befreiung der schwarzen Afrikaner, ein Kampf, der in einer zentral von Schwarzen getragenen Arbeiterregierung gipfelt, wo es einen Platz geben wird für Farbige, Inder und jene antirassistischen Weißen, die die demokratische Herrschaft der schwarzen Mehrheit unterstützen.

Einfacher Gewerkschaftskampf ist nicht nur unzureichend für die Aufgabe, die Lebensverhältnisse der schwarzen Massen zu verbessern, sondern hinter dieser Strategie steckt die Annahme, dass Mbekis Regime zu einer stabilen bürgerlichen Demokratie geführt habe. Man konnte klar die Illusionen in den bürgerlichen Staat sehen, als Delegierte auf dem COSATU-Nationalkongress im letzten August die Bullen„gewerkschaft" POPCRU begrüßten. Von der exstalinistischen SACP bis zu den linken Nationalisten und Arbeiterbürokraten verbreitet der größte Teil der Linken die Lüge, dass die Polizei Teil „unseres" Kampfes wäre, wenn es nur mehr schwarze Bullen gäbe.

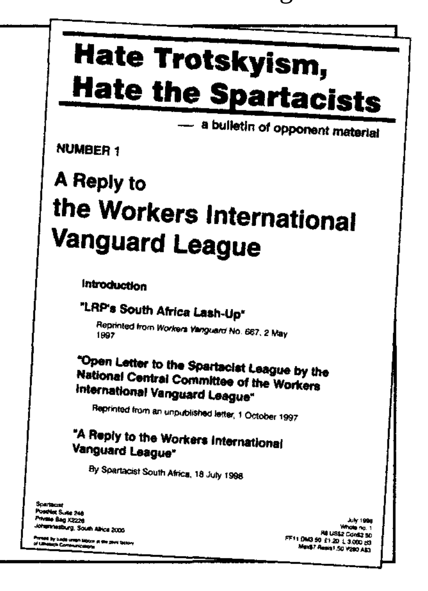
Das war sicher *nicht* das Verständnis Ende der 80er-Jahre, als empörte junge schwarze „Genossen" gerade an Bullen in den Townships und Bantustans Vergeltung übten. Sicherlich haben zu dieser Zeit die Bullen, darunter auch schwarze Bullen, die Befehle einer auf weißer Vorherrschaft beruhenden Regierung ausgeführt. Heute nehmen die Bullen ihre Befehle von ANC-Führern entgegen, die behaupten, dass sie die unterdrückte schwarze Mehrheit vertreten würden. Aber in Wirklichkeit sind die ANC-Minister nur die politischen Handlanger der weißen Kapitalisten, ob in Johannesburg oder Frankfurt, und die Bullen - ob schwarz oder weiß - sind weiterhin die bewaffneten Schläger des kapitalistischen Staates. Wie der VW-Streik zeigt, hat diese Regierung keine Skrupel über Massenentlassungen und die Entfesselung der Polizei, um schwarze Arbeiter anzugreifen. Mbeki könnte genauso schnell Tausende Arbeiterführer einsperren, wie es Botha 1985 tat, indem er sich dessen Taktiken borgt und denselben Staatsapparat benutzt. Bullen und Wachschutz raus aus der Arbeiterbewegung!

Südafrika - sowohl unter der ehemaligen Regierung der weißen Vorherrschaft als auch unter dem bürgerlich-nationalistischen ANC heute - bestätigt, was Trotzkis Theorie der permanenten Revolution vorhersagte: dass in rückständigen Ländern die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und eine wirkliche nationale Befreiung nur erreicht werden kann durch eine sozialistische Revolution und deren Ausweitung, besonders auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Nordamerikas, Westeuropas sowie Japan. Eine Arbeiterrevolution in Südafrika würde die kapitalistische Welt erschüttern und nicht nur bei den unterdrückten schwarzen Massen Brasiliens und der USA ein Echo finden, sondern auch bei Millionen Gewerkschaftsmitgliedern, Angehörigen von Minderheiten und Intellektuellen, die sich aktiv mit dem Kampf gegen das Regime der weißen Vorherrschaft im Apartheidstaat solidarisiert haben. Damit die Perspektive der permanenten Revolution in Südafrika Wirklichkeit wird, ist die Schmiedung einer proletarischen, revolutionären, internationalistischen, leninistisch-trotzkistischen Partei erforderlich. Genau dafür kämpfen heute die Genossen von Spartacist/South Africa, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.«

Die IKL macht die Polemiken ihrer Opponenten in der Linken zugänglich:

Eine Antwort auf die Workers International Vanguard League (in englischer Sprache)

DM 3,50 (zuzüglich Porto) zu beziehen über die Redaktionsadresse


Hate Trotskyism, Hate the Spartacists

— a bulletin of opponent material

NUMBER 1

A Reply to the Workers International Vanguard League

Introduction

"LRP's South Africa Lash-Up"

Reprinted from *Workers Vanguard* No. 667, 2 May 1997

"Open Letter to the Spartacist League by the National Central Committee of the Workers International Vanguard League"

Reprinted from an unpublished letter, 1 October 1997

"A Reply to the Workers International Vanguard League"

By Spartacist South Africa, 18 July 1998

SPARTAKIST

Für eine zentral von Schwarzen getragene Arbeiterregierung!

ANC-Regierung eskaliert Krieg gegen südafrikanische Arbeiter

16. März - Am 4. Februar feuerte VW Südafrika in Uitenhage 1300 Arbeiter und suspendierte 150 weitere, um einen Streik gegen Angriffe des VW-Managements und in Verteidigung von Gewerkschaftsvertretern zu zerschlagen. Polizisten der kapitalistischen ANC-Regierung besetzten Townships in der Nähe des Werks, um Widerstand gegen die Entlassungen zu unterdrücken.

Nur einen Tag bevor die 1300 Arbeiter gefeuert wurden, traten 20 000 Arbeiter im Stammwerk von VW in Wolfsburg in den Streik gegen die angedrohte Entlassung von 1800 Arbeitern mit befristeten Verträgen. Dies zeigt das Potenzial für internationalen, gemeinsamen Klassenkampf, der

Gleicher Feind, gleicher Kampf: Verteidigt die Arbeiter von VW Südafrika!

von größter Wichtigkeit für die Arbeiter hier genauso wie für die Klassenbrüder in Südafrika ist. Doch die sozialdemokratische IG-Metall-Führung von VW rührte bis heute keinen Finger, um für Arbeiteraktionen in Solidarität mit den südafrikanischen Arbeitern zu mobilisieren! Denn die Perspektive von internationalem Klassenkampf ist dem Programm von friedlicher Zusammenarbeit mit den VW-Bossen diametral entgegengesetzt.

Um die Angriffe zurückzuschlagen, müssen die Arbeiter *klassenunabhängig* von den Bossen und dem kapitalistischen Staat mobilisiert werden. Doch es sind SPD und PDS, die mit Hilfe ihrer chauvinistischen „Standort-Deutschland"-Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter spalten und durch Klassenzusammenarbeit an die Bosse und ihren Staat ketten - auf höchster Ebene durch das „Bündnis für Arbeit" und direkt in den Betrieben durch die Betriebsräte. Die Betriebsräte sind Organe der Klassenkollaboration, die über Gesetze und „Friedenspflicht" die Arbeiterklasse an die kapitalistischen Bosse und den Staat fesseln und mehr und mehr die Gewerkschaften ersetzen. VW gründete kürzlich einen Welt-Konzernbetriebsrat, der die hiesige Klassenkollaboration exportieren und so die Interessen der Arbeiter auch in Südafrika denen der Bosse unterordnen soll.



Peter Botha

Über 4000 Arbeiter von VW Uitenhage im Januar beim Streik zur Verteidigung suspendierter NUMSA-Vertrauensleute. Arbeiter wurden Aussperrung, Bullenangriffen und Massenentlassung ausgesetzt

Die Politik von SPD und Gewerkschaftsspitzen unterminiert die Gewerkschaften als Werkzeuge zur Verteidigung von Arbeiterinteressen. Wir kämpfen für Industriegewerkschaften, die alle Arbeiter einer Industrie umfassen - keine Bosse und keine Bullen! Das erfordert einen scharfen politischen Kampf gegen die Sozialdemokratie und für die Schmiedung einer klassenkämpferischen Führung in den Gewerkschaften, deren bewussteste Elemente mit der trotzkistischen Avantgardepartei verbunden sind.

Es ist der deutsche Imperialismus, der einer der Hauptwaffenlieferanten und eine Stütze für das ANC-geführte kapitalistische Neo-Apartheid-Regime in Südafrika ist, das als lokaler Polizist die Region für die Ausbeutung durch die deutsche und andere imperialistische Bourgeoisien sichern

Fortgesetzt auf Seite 28

Nieder mit Neo-Apartheid-Kapitalismus!

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 140 SOMMER 2000 DM1,-

China: Bergarbeiter-Aufstand gegen „Marktreformen"



Workers Vanguard



Wo-Lap Lam/Asiaweek

Links: Migranten vor Bahnstation in Shanghai. Rechts: Staatliche Autofabrik in China. Arbeiter in Staatsbetrieben sind an vorderster Front im Kampf gegen Verwüstungen durch „Marktreformen". Kampf für gleiche Rechte für Wanderarbeiter ist zentral für die Einheit der Arbeiterklasse und ein wichtiges Bindeglied zu den Bauernmassen

Als im April Berichte über einen Aufstand entlassener chinesischer Bergarbeiter Ende Februar in der Stadt Yangjiazhangzi bekannt wurden, zeigten sich die internationalen kapitalistischen Medien alarmiert über wachsende Arbeitskämpfe in China. In einem Leitartikel der *New York Times* (7. April), dem Sprachrohr der US-Bourgeoisie, wurde zynisch eingestanden, dass „die gegenwärtige Phase des Verkaufs der staatlichen Fabriken und Bergwerke für viele langjährige Beschäftigte Elend bedeutet", und Beijing wurde mit erhobenem Zeigefinger darauf hingewiesen, dass es „die Lehren aus Yangjiazhangzi beachten solle". Die imperialistischen Herrscher sehen zu Recht im Widerstand des chinesischen Proletariats gegen das verheerende Wüten der „Marktreformen" das Haupthindernis für ihre Pläne für die kapitalistische Rückeroberung des deformierten Arbeiterstaats China.

Das Ausmaß des Arbeiterwiderstands wurde deutlich durch die Revolte von 20 000 Arbeitern und ihren Familien in Yangjiazhangzi, 300 Kilometer nordöstlich von Beijing. Der Aufstand begann, als sich Arbeiter einer riesigen Molybdän-Mine, die im November geschlossen worden war, in Massen vor der Bergwerkszentrale versammelten und forderten, wegen der armseligen Abfindung - umgerechnet etwa 68 US-Dollar für jedes Dienstjahr im Bergwerk - die Bergwerksdirektoren zu sprechen. Die Manager kamen jedoch nicht, und eine Rede des Bürgermeisters der Stadt erboste die Arbeiter nur noch mehr. Die Bergarbeiter und ihre Familien gingen auf die Straße, bauten Barrikaden und steckten Autos in Brand, schlugen die Fenster von Regierungsgebäuden ein und entzündeten Ölfässer.

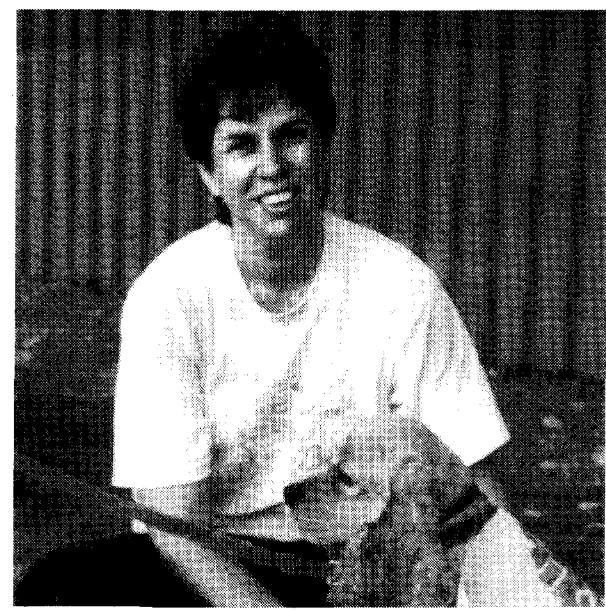
Die Behörden gingen vorsichtig vor, aus Furcht, die Arbeiter könnten sich entscheiden, die Dynamitvorräte des Bergwerks zu ihrer Verteidigung zu nutzen. Zwei Tage lang

Fortgesetzt auf Seite 11

Für bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution!

Für proletarische politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie zu Sturzen!

Mary Van De Water-Quirk



Quirk-Familie

1954-2000

Am 9. Mai, einen Tag vor ihrem 46. Geburtstag, starb Mary Van De Water-Quirk, die 13 Jahre lang Organisatorin der Chicagoer Ortsgruppe unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S. war, nach einem vierjährigen Kampf gegen Gallengangkrebs. Die Dauer ihrer Tätigkeit als Parteiorganisatorin in einer Stadt, in der die grausamen Widersprüche rassistischer amerikanischer kapitalistischer Herrschaft am konzentriertesten zum Ausdruck kommen, und ihr Kampf gegen diese Art der Krankheit, die normalerweise rasch zum Tod führt, sprechen Bände über ihre Hartnäckigkeit und ihren Willen.

Nur drei Monate, nachdem sie sich der Spartacus Youth League angeschlossen hatte, wurde Mary SYL-Organisatorin in der kalifornischen Bay Area. 1981 kam sie nach Chicago, und nach einem kurzen Einsatz als Jugendorganisatorin wurde sie 1983 Organisatorin der Ortsgruppe der Spartacist League und blieb auf diesem Posten, bis die kräftezehrende medizinische Behandlung ihr dies unmöglich machte.

Ihre führende Funktion erfüllte sie während der politisch schwierigen Jahre unter Ronald Reagan und später unter dem „Tod-des-Kommunismus"-Triumphalismus der Bourgeoisie. Doch rekrutierte die Chicagoer Ortsgruppe regelmäßig Jugendliche, formte sie zu Kadern und versetzte sie an andere Orte, wo sie nicht selten in der Lage waren, wichtige und oft führende Rollen zu spielen. Sie war einer der besten Organisatoren, die die Internationale Kommunistische Liga je hatte. Sie steht in der stolzen Tradition des Inbegriffs eines bolschewistischen Organisators, Jakob Swerdlow.

Marys Talente standen zur Verfügung der Partei. Sie war einer der zentralen Organisatoren der Demonstrationen gegen den Ku Klux Klan im November 1988 in Philadelphia und in Springfield, Illinois am Martin-Luther-King-Day 1994. Ihr politischer Schwerpunkt lag auf der Frage der Schwarzen und deren Bedeutung für die amerikanische sozialistische Revolution. Die Leidenschaft und Menschlichkeit, mit der sie dies anging, waren beträchtlich. Die Wohnung, die sie mit ihrem Ehemann Kevin Quirk teilte, einem Mitglied der Ortsgruppe 241 der Amalgamated Transit Union (ATU - Gewerkschaft der Beschäftigten im Nahverkehr), war ein Zentrum politischer und sozialer Interaktion mit zahlreichen schwarzen Nahverkehrsarbeitern und anderen Gewerkschaftern, eine einzigartige Erfahrung in der Stadt mit der stärksten Rassentrennung in Amerika.

Mary wird so sehr vermisst, vor allem von ihrer Schwester Karen (auch ein Mitglied der SL/U.S.), ihrem Ehemann und ihrem Vater, aber auch von allen anderen, die sie in der Partei und außerhalb kannten. Sie bleibt in unserer Erinnerung als eine verdammt gute Kommunistin, eine Kämpferin und eine Freundin. Bis zum Ende kämpfte sie für ihr Leben und für unsere Partei und wir verneigen uns vor ihr. Am besten ehren wir sie dadurch, dass wir den Kampf für eine sozialistische Zukunft fortsetzen.



herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10247 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 140 **SOMMER 2000**

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Linksruck in Trouble über „Staatskapitalismus"

Die Spartakist-Jugend intervenierte am 2. und 3. Juni bei den Rosa-Luxemburg-Tagen von Linksruck und führte dort spannende (auch hitzige) Diskussionen darüber, was der richtige Weg ist, Sozialismus weltweit zu erkämpfen. Jeder auf dem Kongress merkte, dass Linksruck eine Krise plagt. Häufig sagten uns Linksruckler, dass sie es satt haben, von einer Kampagne zur nächsten zu rennen, weil das keine Resultate bringt, und Jugendliche, die sie heute gewinnen, werden bei der nächsten Kampagne verheizt und treten aus. Was steckt hinter dem wilden Aktionismus von Linksruck? Weshalb kann Linksruck die Erwartungen vieler Mitglieder, die glauben, sie seien in einer revolutionären Organisation, nicht erfüllen?

Im September 1998 rief Linksruck dazu auf: „Wählt SPD - ohne Illusionen" (*Linksruck*, September 1998). Zwei Jahre schon regiert die SPD. Viele Arbeiter und Jugendliche verloren Illusionen in die SPD, denn kaum an der Macht, führte sie den ersten Krieg des deutschen Imperialismus, seit die heldenhafte Rote Armee 1945 das Nazi-Regime zerschlug. Und kaum hatte der Bombenkrieg gegen Serbien mit der Besetzung des Kosovo durch imperialistische Truppen geendet, führte die SPD Angriffe auf die Arbeiterklasse, indem sie Löhne, Renten, Krankenpflege und öffentliche Bildung drastisch beschnitt und den rassistischen Abschiebeterror verstärkte. In dieser Situation sagt Linksruck: „Die Regierung muß sich entscheiden, auf welcher Seite sie steht" (*Linksruck*, 24. Mai). Als ob sie das nicht schon längst getan hätte! Die SPD herrscht *für* den deutschen Imperialismus!

Wir warnten 1998, dass SPD und PDS rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer sind. Wir riefen dazu auf, diesen Parteien keine Stimme zu geben. Die SPD/Grünen-Regierung ist eine *kapitalistische* Regierung. Sie kann nicht durch „Druck von unten", wie Linksruck das immer wieder fordert, im Interesse der Arbeiterklasse, der Jugend, der Unterdrückten handeln. Die SPD verwaltet den kapitalistischen Staat, mit seiner Polizei, seiner Armee, seinen Gerichten und Knasten. Er ist dazu da, die Macht der ausbeutenden Bourgeoisie gegen die ausgebeutete Arbeiterklasse zu verteidigen. Wie der russische Marxist und Führer der Oktoberrevolution 1917, W. I. Lenin, uns lehrte, kann das Proletariat sich den bürgerlichen Staat nicht zunutze machen; er muss in einer sozialistischen Revolution zerschlagen und durch Arbeiterräte ersetzt werden, kurz - durch die Diktatur des Proletariats.

Der gewichtigere Grund für die Krise von Linksruck, die sich weltweit durch seine Schwesterorganisationen zieht, ist die Konterrevolution, die 1990 in der DDR und 1992 in der Sowjetunion den Kapitalismus wieder einführte. Sie ist der Grund für neue imperialistische Kriege, hohe Arbeitslosigkeit, Armut, rassistischen Terror, Angriffe auf Frauenrechte und das Anwachsen der Nazi-Mörderbanden. In Frankfurt hatten wir Displays, die mit Fotos und Zeitungsausschnitten zeigten, wie unsere Internationale gegen die Konterrevolution gekämpft hat. 1989, als das stalinistische Honecker-Regime zusammenbrach, intervenierten wir in der DDR, um die Arbeiterklasse im Kampf für ein Rotes Rätedeutschland zu führen. Das heißt, dass wir für proletarisch-politische Revolution im Osten waren, um die stalinistische Bürokratie hinwegzufegen und die Planwirtschaft der DDR durch Kontrolle von Arbeiterräten wieder zu beleben. Im Westen waren wir für die Enteignung der Bourgeoisie durch sozialistische Revolution. Die Volkskammerwahlen vom März 1990 waren ein Referendum über kapitalistische Wiedervereinigung. Wir führten mit all unseren Kräften eine Wahlkampagne „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!" Die Intervention unserer Internationale in der DDR basierte auf unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten gegen innere und äußere Konterrevolution.

Viele Linksruckler schauten interessiert auf unsere Displays, die zeigten, wie am 3. Januar 1990 250000 Menschen auf der von uns initiierten Kundgebung gegen die faschistische Schändung des Berliner Treptower Ehrenmals

Fortgesetzt auf Seite 4


September 1991

Klassenkampf

UdSSR: Stalinismus endlich tot

Arbeiter erkämpfen demokratische Rechte

„Der Kommunismus ist gescheitert", deklarieren unsere Zeitungen und Fernsehen. Es ist ein Faktum, das jeden Sozialisten erfreuen sollte. Zeitungen und Politiker mö-

Бюллетень Спартаковцев

SPARTACIST

Обанкротившийся сталинизм открывает шлюзы для капиталистической реставрации

Советские рабочие! Долой ельцинско-бушевскую контрреволюцию!

27. August 1991

Vorgängerorganisation von Linksruck bejubelt die konterrevolutionären Jelzin-Barrikaden August 1991 in Moskau.

Wir von der IKL intervenierten in Moskau für die Verteidigung des degenerierten Arbeiterstaats: „Sowjetische Arbeiter! Nieder mit der Jelzin-Bush-Konterrevolution!"

Linksruck in Trouble...

Fortsetzung von Seite 3

kamen. Diese Kundgebung war prosowjetisch und prosozialistisch. Auf der Tribüne gab es einen politischen Kampf zwischen uns Trotzkisten, die für die Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten kämpften, und der stalinistischen SED-PDS. Erschreckt durch die Möglichkeit einer gegen sie gerichteten politischen Revolution entschied sich die stalinistische Bürokratie, einschließlich Gorbatschow, die DDR in die kapitalistische Wiedervereinigung zu treiben. Lest dazu unser *Spartakist-Extrablatt* „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90" vom 4. April, in dem unser Genosse Steffen lebhaft über diesen Kampf berichtet.

Viele Linksruckler sahen an unserem Büchertisch erstmals, dass nicht alle in der DDR für Wiedervereinigung waren, wie ihnen in der Schule erzählt wird. Mancher war erstaunt, zu lesen, dass der Vorläufer von Linksruck, die SAG, über die Konterrevolution in der DDR schrieb, „daß der Sturz des SED-Regimes auch dann ein Sieg der unterdrückten Massen bleibt, wenn die unmittelbaren Nutznießer des Umsturzes in den Reihen des westdeutschen Kapitals zu suchen sind" *(Klassenkampf,* Oktober 1990). Als 1991 in der Sowjetunion die Konterrevolution ihr schmutziges Haupt erhob und Boris Jelzin, unterstützt vom US-Präsidenten und von Helmut Kohl, Barrikaden vor dem Moskauer Weißen Haus errichtete, jubelte die SAG: „,Der Kommunismus ist gescheitert', deklarieren unsere Zeitungen und Fernsehen. Es ist ein Faktum, das jeden Sozialisten erfreuen sollte" *(Klassenkampf,* September 1991). Nicht gerade erfreut waren die Linksruckler, denen wir das zeigten. Einer aus Kiel meinte empört, dass er selbst Kommunist sei und so etwas nie unterschreiben würde. Wir berichteten darüber, dass unsere Genossen in der Sowjetunion die Arbeiter Moskaus aufriefen, die Jelzin-Barrikaden wegzuräumen und somit den Weg frei zu machen für eine proletarisch-politische Revolution, die die stalinistische Bürokratie hinwegfegt und durch die Herrschaft von Arbeiterräten ersetzt.

Einige verzweifelte Kader von Linksruck begründeten ihre Unterstützung für die Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion damit, dass diese Länder auch kapitalistisch gewesen seien und dass die stalinistische Bürokratie, genau wie die deutsche Bourgeoisie, eine ausbeutende Klasse sei. Aber wenn die DDR 1990 von einer Form des Kapitalismus in eine andere überging, warum dann so viel industrielle Verwüstung, solch eine Massenarbeitslosigkeit? Ein Jugendlicher der österreichischen Linkswende gestand uns, dass er gerade das Buch des kürzlich verstorbenen Tony Cliff, *Staatskapitalismus in Russland,* lese und es nicht verstehe. Diese „Theorie" hat auch nichts mit der Realität zu tun. Sie rechtfertigt die Unterstützung von Konterrevolutionen in deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten. Tony Cliff „entdeckte", dass die Sowjetunion kapitalistisch sei, als der Kalte Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion 1950 in Korea zu einem heißen Krieg wurde. Cliff bediente sich des „Staatskapitalismus", um vom revolutionären Marxismus zu desertieren und vor der antikommunistischen Führung der Labour Party zu kapitulieren. 1950 wurde Cliff aus der Vierten Internationale ausgeschlossen, weil er sich öffentlich gegen die Verteidigung des sowjetisch unterstützten Nordkorea gegen den amerikanischen und britischen Imperialismus stellte. Seine Organisation saß damals in der regierenden Labour Party, die sich hinter den USA einreihte und Truppen schickte, um die Errichtung eines deformierten Arbeiterstaats in Korea zu verhindern. Dieser Krieg war auch gegen die Chinesische Revolution von 1949 gerichtet. *Vier Millionen* Koreaner und Chinesen wurden von den Imperialisten in diesem Krieg ermordet und ganze Städte, darunter Pjöngjang, wurden dem Erdboden gleichgemacht.

Je klarer die katastrophalen Ergebnisse der Restauration des Kapitalismus in Osteuropa werden, desto schwieriger wird es für Linksruck, seine Unterstützung für die Konterrevolution als etwas Sozialistisches zu verkaufen. „Warum aber haben die Arbeiter den Arbeiterstaat nicht verteidigt?", fragten viele. Im Artikel „Der Bankrott der Theorien über eine ,Neue Klasse'" im aktuellen *Spartacist* (deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000) schreiben wir: „Eine geplante sozialistische Wirtschaft wird *bewusst* aufgebaut und ihr Fortbestehen ist untrennbar mit dem politischen Charakter der Staatsmacht verbunden, die diese schützt. Die Tatsache, dass das sowjetische Proletariat die Konterrevolution nicht bekämpfte, zeugt von der systematischen Zerstörung des proletarischen Bewusstseins durch die Bürokratie." Ihr solltet unbedingt diesen Artikel lesen.

Fortgesetzt auf Seite 25

Spartakist-Veranstaltung

China: Bergarbeiter-Aufstand gegen „Marktreformen"

- Für bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen Imperialismus und kapitalistische Konterrevolution!
- Für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie!

HAMBURG

Mittwoch, 12. Juli, 19 Uhr

Werkstatt 3, Seminarraum, Nernstweg 32-34
(S-Bahn Altona)

Kontakt: (040) 32 36 44

BERLIN

Sonnabend, 15. Juli, 16 Uhr

Café Campus, Technische Universität
(U-Bahn Ernst-Reuter-Platz)

Kontakt: (030) 4 43 94 00

SPARTACIST

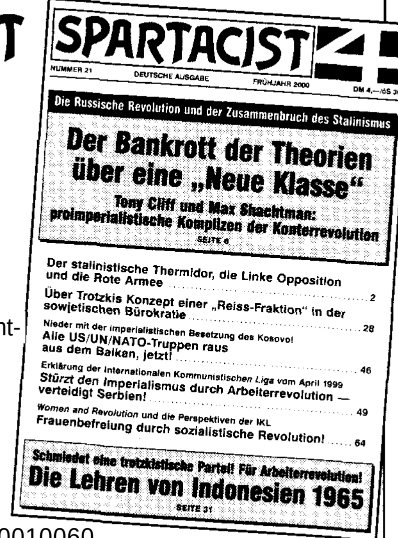
Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 21, Frühjahr 2000

DM 4,-
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 5 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 50010060



SPARTACIST
NUMMER 21 DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2000 DM 4,—/öS 30

Die Russische Revolution und der Zusammenbruch des Stalinismus

Der Bankrott der Theorien über eine „Neue Klasse"

Tony Cliff und Max Shachtman: proimperialistische Komplizen der Konterrevolution
SEITE 6

Der stalinistische Thermidor, die Linke Opposition und die Rote Armee 2

Über Trotzkis Konzept einer „Reiss-Fraktion" in der sowjetischen Bürokratie 28

Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Alle US/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan, jetzt! 46

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga vom April 1999: Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution — verteidigt Serbien! 49

Women and Revolution und die Perspektiven der IKL: Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! 64

Schmiedet eine trotzkistische Partei! Für Arbeiterrevolution!
Die Lehren von Indonesien 1965
SEITE 31

Frauen und Revolution



Polen: Kostenlose Abtreibung auf Wunsch!

Der folgende Artikel ist eine Übersetzung aus der aktuellen Ausgabe von Platforma Spartakusowców *(Nr. 11, Frühjahr/ Sommer 2000), herausgegeben von der Spartakusowska Grupa Polski, der polnischen Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.*

In der kleinen Stadt Lubliniec in der Nähe von Czêstochowa drangen Polizisten am 25. Januar um 18.30 Uhr gewaltsam in die Praxis eines Gynäkologen ein, gerade als Ärzte dabei waren, eine Abtreibung zu Ende zu führen. Die

Platforma SPARTAKUSOWCÓW

Patientin, eine ungefähr 40-jährige Mutter von vier Rindern, sowie ihr Arzt und ihr Anästhesist wurden von den Polizisten verhaftet und die zwei Ärzte müssen jetzt mit Strafanklagen rechnen, bei denen ihnen bis zu drei Jahren Gefängnis drohen!

Dieser brutale Polizeiangriff, der das Leben und die Gesundheit einer Frau während eines chirurgischen Eingriffs in der Privatsphäre der Praxis ihres Arztes bedrohte, unterstreicht die tiefgehende Verachtung für Frauen, von der der polnische bürgerliche Staat durchdrungen ist, zehn Jahre nach der Restauration der kapitalistischen Herrschaft, die von der klerikal-nationalistischen Solidarnosc angeführt worden ist. Auch ist es kein Zufall, dass dieser erste Polizeiangriff auf eine Praxis eines Gynäkologen nicht in einer größeren Stadt durchgeführt wurde, sondern in einer Kleinstadt im wirtschaftlich verwüsteten Kohlerevier von Slask, das von Armut und Massenarbeitslosigkeit geplagt wird aufgrund der Privatisierungswellen, der Grubenschließungen und der umfassenden Zerstörung des Systems der sozialen Absicherung. Die Spartakusowska Grupa Polski sagt: *Weg mit allen Anklagen gegen die Ärzte von Lubliniec! Kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!*

Wie unsere Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (damals internationale Spartacist Tendenz) während der ganzen 80er-Jahre warnten, war das Verbot der Abtreibung von Anfang an ein zentrales Ziel der klerikal-nationalistischen Solidarnosc, als sie im August 1980 das Recht der katholischen Kirche forderte, ihre giftige frauenfeindliche Propaganda über den staatlichen Rundfunk und das staatliche Fernsehen zu verbreiten. Solidarnoœæ, die gelbe Gewerkschaft für die CIA, den Vatikan und die Banker, mobilisierte die Kräfte des zügellosen Klerikalismus und Nationalismus in Polen und half damit, der kapitalistischen Konterrevolution den Weg zu bahnen, die 1990-92 im ehemaligen Sowjetblock triumphierte und den arbeitenden Menschen von Berlin bis Wladiwostok und darüber hinaus unermessliche Verwüstung brachte.

Wie wir im Artikel „Polnische Feministen und die Konterrevolution von Solidarnosc" *(Platforma Spartakusowców* Nr. 10, Herbst/Winter 1999) ausführen:

> „Diese welthistorische Niederlage der Arbeiterklasse hat zu einer enormen Zunahme von Angriffen auf arbeitende Frauen geführt, von den Blutsaugerbetrieben in Südostasien bis zum Antiabtreibungsterror in Nordamerika und anderen Ländern, und zu einem noch nie da gewesenen Anwachsen von frauenfeindlichem religiösem Fanatismus und einem Anwachsen der Feinde von elementarem menschlichem Fortschritt in der ganzen Welt."

Wir Kommunisten von der IKL/SGP haben eine Geschichte von konsequentem Kampf gegen die von Solidarnoœæ geführte kapitalistische Restauration. Wir kämpften für die bedingungslose militärische Verteidigung Polens und der anderen deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution. Als kommunistische Kämpfer für die Sache der Arbeiter, Frauen und aller Unterdrückten wollten wir das Proletariat dafür mobilisieren, diese Staaten zu verteidigen - zu deren

Fortgesetzt auf Seite 6



Chelstowski/Forum

Polnische Krankenschwestern protestieren 1999 vor dem Parlament in Warschau gegen geringe Löhne

Kapitalistische Konterrevolution zertrampelt Frauenrechte

Polen...

Fortsetzung von Seite 5

Errungenschaften das Recht auf Abtreibung, kostenlose Gesundheitsversorgung und Ausbildung sowie Vollbeschäftigung gehörten -, die eine riesige Eroberung des Proletariats darstellten, die von der Oktoberrevolution 1917 herstammte. Gleichzeitig kämpften wir für eine proletarische politische Revolution, um die korrupten und diskreditierten stalinistischen Bürokratien der UdSSR und Osteuropas zu stürzen, die diese Errungenschaften unterminierten und der kapitalistischen Restauration den Weg bahnten. Dieses Programm ist weiterhin dringend notwendig und die IKL kämpft dafür heute in den verbleibenden deformierten Arbeiterstaaten China, Vietnam, Kuba und Nordkorea.

Im kapitalistischen Polen gibt es eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem Elend, das durch massive Privatisierung, Vernichtung der staatlichen Gesundheitsversorgung und Ausbildung sowie Arbeitslosigkeit und Hungerlöhne hervorgerufen wird. Anstelle von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen, die im Namen der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit" abgeschafft werden, kriegen Arbeiter, Frauen und Jugendliche ständig Antikommunismus, religiösen Obskurantismus, Nationalismus und Antisemitismus aufgetischt.

Viele erwarten von den exstalinistischen Sozialdemokraten eine parlamentarische „Verteidigung" gegen die schlimmsten Missstände des kapitalistischen Elends und der klerikalen Reaktion. Doch als die Sozialdemokraten 1993-97 selber an der Spitze der kapitalistischen Regierung standen, führten sie loyal das gleiche kapitalistische Programm durch wie ihre Vorgänger von Solidarnosc, und dazu gehörten die Durchsetzung des Abtreibungsverbots, das die Konterrevolution von Solidarnosc krönte, und die eskalierenden rassistischen Abschiebungen von Roma-Flüchtlingen.

Wie Marx und Engels vor über 150 Jahren im *Kommunistischen Manifest* bemerkten: Die „moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet." Die Reglementierung der Arbeiterklasse, der Frauen und Jugendlichen im Dienste von Profiten durch die Förderung von reaktionären sozialen Normen ist das gemeinsame politische Programm von *allen* Flügeln der Bourgeoisie. Als Kommunisten wollen wir den Arbeitern und Unterdrückten zeigen, dass das, was notwendig ist, kein „Regierungswechsel" ist, sondern eine *sozialistische Revolution* - geführt durch die Arbeiterklasse an der Spitze aller Unterdrückten -, die das verfaulende kapitalistische System selbst wegfegen wird. Die, die arbeiten, müssen herrschen!

Kämpft für eine leninistische Partei!

Zu denen, die sich heutzutage in Polen selbst „revolutionäre Sozialisten" nennen, gehören die Gruppe Arbeitnehmerdemokratie (Linksruck in Deutschland), Anhänger des (verstorbenen) prominenten britischen Reformisten Tony Cliff, und die Revolutionäre Linke Strömung, NLR (Revolutionär Sozialistischer Bund in Deutschland), Gesinnungsgenossen des Vereinigten Sekretariats des verstorbenen Ernest Mandel. Diese selbst ernannten „Revolutionäre" wollen Jugendliche für ihre reformistischen Programme dadurch gewinnen, dass sie (gelegentlich) behaupten, gegen die Unterdrückung von Frauen zu sein und das Recht auf Abtreibung zu verteidigen.

Den bewussten Arbeitern und radikalen Jugendlichen, die vielleicht zum ersten Mal die Glaubwürdigkeit solcher Organisationen überprüfen, sagen wir von der SGP: „Seid auf der Hut!" Als sich die elementarste Verteidigung der Errungenschaften der arbeitenden Menschen, darunter das Recht auf Abtreibung, ganz scharf stellte, standen diese Betrüger *auf der anderen Seite der Barrikade,* zusammen mit den schlimmsten Feinden von Frauen: von Papst Karol Woytyla über afghanische islamische Fundamentalisten bis zu Jelzins orthodoxen Priestern. Seit 1980 jubelten diese „linken" Gruppen unter dem Banner von antikommunistischer „Demokratie" genau die klerikal-nationalistischen Kräfte hoch, die die Restauration des Kapitalismus führten und den Staatsterror gegen Abtreibungen und die kapitalistische Verelendung entfesselt haben. Bis zum heutigen Tag bejubeln dieselben Gruppen die reaktionären, Frauen hassenden Fanatiker von Krzaklewskis Solidarnosc als echte „Gewerkschafter in der Regierung" (siehe *Arbeitnehmerdemokratie* Nr. 18, Januar 2000)!

Für die Solidarnosc-Reaktionäre von der AWS/UW-Koalitionsregierung (Wahlaktion Solidarnosc/Freiheitsunion) ist die Kriminalisierung der Abtreibung nur ein Schritt im Kreuzzug für „Familienwerte" und den „Kampf gegen den Sittenverfall bei Jugendlichen". Wie wir nach dem imperialistischen Krieg gegen Serbien (an dem sich Polen aktiv beteiligte) schrieben: „Mit dem Herauspressen von immer größeren Profiten aus der Arbeiterklasse im Namen des kapitalistischen Wettbewerbs geht die Notwendigkeit zur ‚moralischen' Reglementierung der Arbeiterklasse einher" *(Platforma Spartakusowców* Nr. 9, Frühjahr/Sommer 1999). Während die Kapitalisten die Abtreibung verbieten und immigrantenfeindlichen Rassismus, Klerikalismus und Antisemitismus fördern, wollen sie jetzt eine ganze Generation von proletarischen Jugendlichen kriminalisieren, indem sie es auf alles abgesehen haben, von Pornographie über Homosexualität und Rock-Konzerte bis zum Internet.

Als ob sie auf den Ruf ihrer Herren reagieren würden, haben die Pseudolinken von der Mandelschen Splittergruppe NLR II einen losen Block mit der stalinistischen KMP und der morenoistischen GIPR gebildet, um sich *explizit gegen* die Organisierung der Arbeiter im Widerstand gegen diese Angriffe der Bourgeoisie zu stellen. So höhnen sie in ihrem *Bulletin der Opposition* Nr. 1 (Herbst 1999/Winter2000):

> „Das elementare Betätigungsfeld muss die Lebenssituation der Arbeiter sein, die Aktivität in Gewerkschaften. Es darf keine Konzentrierung auf zweitrangige Fragen geben - den nationalen, sexuellen und rassischen Minderheiten oder den Studenten irgendeine Fähigkeit zuzuschreiben, dass sie Änderungen in diesem System bewirken könnten, ist einfach falsch und unernsthaft."

Da diese falschen „Revolutionäre" voll und ganz die bürgerliche Lüge vom „Tod des Kommunismus" akzeptieren, wenden sie sich von Lenins Lehre in *Was tun?* ab, dass das Ideal für revolutionäre Marxisten „nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der *Volkstribun* sein muss, der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen, der es versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um *vor aller Welt* seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen."

Im Gegensatz zu den Pseudolinken, die das reaktionäre Gift der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse „marxistisch" aufpolieren, folgen wir von der IKL/SGP dem Beispiel von Lenins und Trotzkis Bolschewiki und schreiben stolz den Kampf für die Befreiung der Frauen und aller Unterdrückten auf unser Banner als Teil des Kampfes für neue Oktoberrevolutionen!«

Rover-Demonstration:

Chauvinistische Orgie für britische Bosse

Der folgende Artikel, übersetzt aus Workers Hammer *Nr. 172 (Frühjahr 2000), Zeitung der Spartacist League/Britain, befasst sich mit der Entscheidung von BMW, British Rover an das Alchemy-Unternehmen zu verkaufen. Inzwischen ist Alchemy von dem Geschäft zurückgetreten und die BMW-Bosse haben Rover an das Phoenix-Konsortium abgegeben. Wie es mit der Rover-Fabnk in Longbridge weitergeht, ist unklar.*

WORKERS HAMMER

Als Berichte über eine geplante Schließung der Ford-Fabrik in Dagenham bekannt wurden, kündigte die Transport and General Workers Union (TGWU) einen bevorstehenden Streikbeschluss an. Im letzten Oktober führten über 1000 Arbeiter dieser Fabrik, wo fast die Hälfte der Belegschaft Schwarze oder asiatischer Herkunft sind, wilde Streiks gegen rassistische Einschüchterung und gaben so einen Vorgeschmack der sozialen Macht der Arbeiterklasse. Aber die Gewerkschaftsbürokratie arbeitete Hand in Hand mit der Betriebsleitung, um die Streiks :u unterdrücken, im Austausch gegen das Versprechen, dass Komitees zur „Überwachung" der Gleichstellung der Rassen eingerichtet würden.

In Deutschland unterstützt die protektionistische DGB-Bürokratie die kapitalistische SPD l Grünen-Regierung, so wie die Gewerkschaftsspitzen in Britannien die Labour-Regierung. Sie verkaufte die Arbeiter bei den jüngsten Tarifabschlüssen aus and versucht, mit Laufzeiten von zwei Jahren bis nach den Wahlen 2002 „Klassenfrieden" für Schröder zu garantieren. Sie schüren mit „Greencard wäre Rote Karte für Arbeitslose" (Metall, *April) Rassismus gegen die SPD-Greencardkampagne, die selbst gegen Immigranten und Asylsuchende gerichtet ist. Und sie peitschen antibritischen Chauvinismus auf. So erklärte der IGM-Betriebsrat von BMW: „ Wenn mehr Engländer Rover kaufen würden, dann hätte auch Rover Cars eine Zukunft"* ('Die Welt, *20. März). Nieder mit Rassismus und Protektionismus! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!*



Workers Hammer

Birmingham, 1. April: Plakate „Rettet unsere Jobs" von Tony Cliffs SWP dominierten chauvinistische Demo für die „Rettung der britischen Industrie"

Die Entscheidung des deutschen Autoherstellers BMW, die 1994 gekauften Rover-Werke zu verkaufen, bedeutet den Verlust von zehntausenden Arbeitsplätzen in den West Midlands, dem Kernland der Fertigungsindustrie in Britannien. Longbridge, die größte Autofabrik in Britannien, die 9000 Arbeiter beschäftigt, soll von dem „Venture Capital"-Unternehmen Alchemy gekauft werden, das die Mehrheit der Arbeiter entlassen und alles verkaufen wird, was profitabel ist, und (vielleicht) eine kleine Fabrik zur Sportwagenherstellung am Leben erhalten will. Alchemy kauft auch die Fabrik in Cowley, während die Rover-Fabrik in Solihull von Ford gekauft wird. Ford wiederum droht, dafür seine Autofabrik in Dagenham in der Nähe von London zu schließen, für die erst letztes Jahr Pläne zur Erweiterung vorgestellt wurden.

In der Woche nach der Ankündigung von BMW, sich zurückzuziehen, reduzierte Honda die Produktion in seiner Fabrik in Swindon um 50 Prozent. Die massive Schließungswelle in der Autoindustrie ist ein erneuter schwerer Schlag für das Industrieproletariat. Dies folgt den jahrzehntelangen Arbeitsplatzverlusten, die das Ergebnis von Niederlagen und Verrat an der Arbeiterklasse sind. Die Schiffswerft Harland and Wolff in Belfast hat der ganzen Belegschaft Entlassungsschreiben geschickt. Vor kurzem stellte ein Bericht im Auftrag der General, Municipal and Boilermakers Union (GMB) fest, dass in der Fertigungsindustrie Arbeitsplätze mit dem enormen Tempo von 6000 pro Monat verlorengehen; der Durchschnitt unter den Tories war 4600.

Fortgesetzt auf Seite 18

Für Klassenkampf gegen die kapitalistische Labour-Regierung!

Gruppe Spartakus: Lakaien von imperialistischer Anti-Haider-Kampagne der SPD

Die winzige zentristische Gruppe Spartakus (GS) polemisierte in ihrer letzten Zeitung gegen uns darüber, dass wir unsere Einschätzung von Haiders FPÖ geändert haben. In *Spartakist* Nr. 139 (Frühjahr 2000) schrieben wir dazu: „Haider ist ein gefährlicher rassistischer Demagoge, der berüchtigt ist für seine Begeisterung für das Dritte Reich. Aber Haiders FPÖ ist im Grunde eine Wahlmaschine, sie verfügt nicht über die außerparlamentarischen Schlägertrupps, die das Wesen der Faschisten ausmachen und deren Zweck darin besteht, im Dienst der herrschenden Kapitalistenklasse die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Wir haben daher die von der SpAD vertretene falsche Einschätzung, dass die FPÖ faschistisch sei, korrigiert." Die GS empört sich jetzt darüber, dass wir sie früher in unserer Zeitung angegriffen hatten, weil sie die Republikaner-Nazis nicht als Faschisten charakterisierten: „Aber vielleicht könntet ihr ja auch den Gedanken erwägen, daß die FPÖ schon damals genauso wenig faschistisch war wie die Reps" *(Bolschewik,* Mai 2000).

Die GS kann Faschisten wie die Republikaner nicht erkennen, wo es sie tatsächlich gibt. Die Reps bauten sich Ende der 80er und Anfang der 90er-Jahre mit Hilfe bewaffneter Banden auf und organisierten diese. Sie verbreiteten Terror gegen die Linke, Immigranten, die Arbeiterbewegung und auch direkt gegen uns. Im Moment organisiert eher die NPD die Nazi-Terrorgruppen, aber wie jeder weiß, gibt es fließende Übergänge und Arbeitsteilung zwischen Republikanern, NPD und DVU und keinerlei Grund, unsere Charakterisierung der Reps als faschistisch zu ändern. Die GS änderte ihre Position 1994 und stellte den Reps einen Persilschein aus. Das geschah nicht zufällig zur gleichen Zeit, als die SPD ihre Mahnwachen-Lichterketten organisierte und damit versuchte, dem wiedervereinigten Vierten Reich des deutschen Imperialismus - durch das sich eine breite Spur von Pogromen, Nazi-Brandanschlägen und Nazi-Terror zog - ein netteres Gesicht zu geben. Die GS trug damit ihren Teil zu dieser sozialdemokratischen Kampagne bei, den deutschen Imperialismus besser aussehen zu lassen.

Die GS und ihre Pseudo-Internationale (Internationale Bolschewistische Tendenz, IBT) besteht aus verbitterten Ex-Mitgliedern unserer Organisation, die sich während des zweiten Kalten Krieges gegen die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten Anfang der 80er-Jahre individuell aus unserer Organisation davonschlichen. Konfrontiert mit wütenden antikommunistischen Kampagnen der SPD gegen die Rote Armee in Afghanistan und für die antisemitische konterrevolutionäre Solidarnosc in Polen, entschieden sie sich auszutreten. Die GS und andere Pseudotrotzkisten verbreiten das Zerrbild, dass Trotzkismus bedeute, der Sozialdemokratie einen antisowjetischen Treueschwur zu leisten.

Dies wurde besonders deutlich im Herbst 1989 mit der beginnenden proletarisch-politischen Revolution in der DDR. Wir Spartakisten intervenierten 1989/90 in der DDR mit dem Programm der bedingungslosen militärischen Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten, und zwar mit allen Ressourcen, die unsere Internationale hatte. Die Alternativen waren klar: Revolution oder Konterrevolution. Nachdem die Nazis das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow geschändet hatten, mobilisierten wir in den Betrieben für eine Einheitsfrontaktion am 3. Januar 1990. Zu dieser prosowjetischen, prosozialistischen Demonstration kamen 250 000. Hier stand unser Programm „Für ein Rotes Rätedeutschland! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!" frontal dem der SED/PDS-Führung gegenüber, die ihre Arbeiterbasis in die kapitalistische Wiedervereinigung führen wollte. Die GS wütete hysterisch darüber, dass wir vor der SPD als „Trojanischem Pferd der Konterrevolution" warnten. Zugleich forderten sie, wir hätten „den Aufruf zur Aktionseinheit *auch an die Sozialdemokratie zu richten*"[1] (ihre Hervorhebung, *Trotzkistisches Bulletin,* Mai 1991). Sie wollten sich an die SPD richten, die jahrzehntelang mit Ostbüro und Ostpolitik die DDR unterminierte, gerade zu dem Zeitpunkt die Konterrevolution organisierte und mit Republikanern und anderen Nazis durch die Straßen Leipzigs marschierend „Deutschland einig Vaterland" grölte!

In dem entscheidenden Moment, wo die Frage von Revolution und Konterrevolution auf der Tagesordnung stand, sprach die GS höhnisch von der „imaginären politischen Revolution' der IKL". Sie erklärten die Stalinisten zum Hauptfeind und lehnten explizit ab, dass das Proletariat eine politische Revolution

Fortgesetzt auf Seite 23

AP

Wien, 19. Februar: Massendemo gegen Haider, doch Stoßrichtung war für SPÖ-Regierung. Sozialdemokraten Westeuropas benutzen FPÖ-Regierungsantritt zur Stärkung der imperialistischen EU

Revolutionäres Kontingent von SL/SYC auf Kundgebung in der Bay Area

Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Mehr als 3000 Menschen versammelten sich am 13. Mai in San Francisco, um den zum Tode verurteilten politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal zu verteidigen, gleichzeitig fanden in Chicago, Philadelphia und anderen Städten kleinere Proteste statt. Eine Woche zuvor füllten ungefähr 6000 Menschen den Madison Square Garden in New York bei einer dortigen Versammlung. Mumias Fall wurde - durch Reden, die in seiner Todeszelle aufgenommen worden waren - auch bei Abschlussfeiern im Antioch College am 29. April präsentiert und fünf Tage später bei einer Gedenkfeier an der Kent State Universität zum 25. Jahrestag der Ermordung von vier Studenten durch die Nationalgarde, die gegen den Vietnamkrieg protestiert hatten.

Viele Jugendliche haben Mumias Fall aufgegriffen, weil sie in dem Kampf für seine Freiheit einen Teil des Kampfes gegen soziale Ungerechtigkeit und rassistische Unterdrückung sehen. Aber die liberalen und reformistischen Organisatoren der Proteste haben die Losungen der Kundgebungen bewusst so formuliert, dass sie Illusionen in das kapitalistische Unrechtssystem schüren. Während eine Hand voll Sprecher auf der Kundgebung in San Francisco die Worte benutzten: „Es gibt keine Gerechtigkeit in den Gerichten", erhob niemand Einwände gegen das riesige Banner hinter ihnen, auf dem die Forderung „Ein neuer Prozess jetzt!" prangte - Propaganda für die Vorstellung, dass Jamal in den kapitalistischen Gerichten, die ein Komplott gegen diesen unschuldigen Mann angezettelt und ihn in die Todes-/elle geschickt haben, Gerechtigkeit bekommen *wird.*

Viele junge Demonstranten in San Francisco fanden in dem Revolutionären Kontingent, das vom Spartacist Youth Club (SYC), der Spartacist League/U.S. (SL/U.S.) und der Labor Black League aufgebaut wurde, genau das. wonach sie suchten. Demonstranten warfen die Plakate, die man ihnen gegeben hatte und die von dem kapitalistischen Unrechtssystem einen „neuen Prozess" forderten, buchstäblich weg. stapelten sie auf dem Boden und kamen in unseren fast 100 Leute starken Block hinter dem Banner des Partisan Défense Committee (PDC - Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung), auf dem stand: „Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten! Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!"

Wie der nachstehend abgedruckte Aufruf des Kontingents des SYC in der Bay Area klar macht, organisierten die Liberalen und Reformisten - wie z.B. Socialist Action, Workers World Party, International Socialist Organization, Revolutionary Communist Party/Refuse & Resist! - diese Proteste nicht für die Forderung „Freiheit für Mumia", denn sie streben einen Block mit liberalen Demokraten an, die nicht die Freiheit für einen verurteilten „Polizisten-Mörder" fordern werden. Diese liberalen kapitalistischen Politiker wollen bloß die peinlicheren Aspekte des Komplott-Prozesses gegen Jamal von 1982 wegsäubern, der auf falschen Anklagen wegen Mordes an einem Polizisten aus Philadelphia basierte. Viele der Demonstranten in San Francisco machten mit, als wir im Sprechchor riefen: „Demokraten und Republikaner lassen die Armen hungern! Für eine Arbeiterpartei, um Klassenkrieg zu führen!" und „Kapitalismus heißt Rassismus und Krieg! Sozialistische Revolution wollen wir!"

Die Liberalen und Reformisten wollen Jamal zu einem Aushängeschild machen, das illustrieren soll, dass dieses kapitalistische System von Natur aus fair ist. Dies zeigte sich in einer ganzseitigen von prominenten Akademikern unterzeichneten Anzeige in der *New York Times* (7. Mai), die mit den Worten endet: „Während es einige gibt, die glauben, dass Mumia unschuldig ist und jetzt freigelassen werden

Fortgesetzt auf Seite 10



Workers Vanguard

San Francisco, 13. Mai: Revolutionäres Kontingent rief auf zur Mobilisierung der sozialen Macht der Arbeiterklasse, um Jamal zu befreien. Gegen liberale Appelle nach „neuem Verfahren" sagen wir: „Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten!"

Freiheit für Mumia...

Fortsetzung von Seite 9

sollte, und andere, die keine Meinung zu seiner Unschuld haben, sehen wir alle gemeinsam in Mumias Prozess von 1982 einen Hohn auf die Gerechtigkeit und bekräftigen, dass er einen neuen Prozess haben MUSS!" Genauso erzählte der liberale Präsident des Aufsichtsgremiums der Demokratischen Partei in San Francisco, Tom Ammiano, der Menge, Mumia sei „ein Mann, der *vielleicht* unschuldig ist", wofür er zu Recht ausgebuht wurde.

Auf der Kundgebung „Millionen für Mumia" am 24. April des letzten Jahres tarnten eine Hand voll von Schmalspur-Arbeiterverrätern wie Jack Heyman vom ILWU-Hafenarbeiter-Ortsverband 10 und Bob Mandel von der Lehrergewerkschaft von Oakland zusammen mit der schleimigen Bolshevik Tendency (Bolchewistische Tendenz) ihren Aufruf an die Liberalen zur Verteidigung der „Fairness" der kapitalistischen Gerichte damit, dass sie „Freiheit für Mumia" an die Forderung nach einem neuen Prozess anhängten. Dieses Jahr war sogar das „linke" Feigenblatt zum größten Teil verschwunden; wie ein Demonstrant zu einem Verkäufer von *Workers Vanguard* auf der Kundgebung sagte: „Es ist ein Wahljahr, was erwartet man da?"

Die Reformisten ordnen die Frage von Mumias Unschuld und Freiheit ihrem Versuch unter, die Demokratische Partei schmackhafter zu machen und dazu deren Image aufzupolieren, um die Arbeiter besser an ihre kapitalistischen Ausbeuter zu ketten. Das wurde auf einer „Arbeiterkonferenz für Mumia" am 12. Mai in Oakland klar, die vom Labor Action Committee (Arbeiter-Aktionskomitee) organisiert wurde und den folgenden, von Bob Mandel eingebrachten, Antrag annahm:

> „IN ANBETRACHT DER TATSACHE, DASS (Philadelphias Bürgermeister) Ed. Rendeli zum Vorsitzenden des Nationalen Komitees der Demokratischen Partei ernannt wurde und eine führende Rolle beim Parteitag der Demokraten in Los Angeles im August 2000 spielen wird und
>
> IN ANBETRACHT DER TATSACHE, DASS Ed Rendeli der Bezirksstaatsanwalt von Philadelphia war, als Mumia im Schnellverfahren abgeurteilt wurde, und weiterhin eine aktive Rolle gespielt hat, um seine Hinrichtung zu erreichen...
>
> DAHER WIRD BESCHLOSSEN, dass diese Konferenz Rendells Ernennung verurteilt."

Mandel, ehemaliger Unterstützer der SL/U.S., langjähriger Spartakisten-Hasser und aufstrebender unterer Gewerkschaftsbürokrat, unterstützt jetzt offen die Perspektive, der Demokratischen Partei ein besseres Gesicht zu geben. Um solche Arbeiterverräter, die für die Demokratische Partei sind, zu entlarven, sagte ein Unterstützer der SL/U.S. während der Diskussion auf der Konferenz vom 12. Mai:

„Damit die Arbeiterklasse ihre Macht ausüben kann, muss sie politisch unabhängig von ihren Klassenfeinden, der Demokratischen Partei, mobilisiert werden."

Macht mit beim Revolutionären Kontingent!

Das berüchtigte Komplott gegen Mumia Abu-Jamal symbolisiert, worum es bei der barbarischen, rassistischen Todesstrafe im kapitalistischen Amerika geht. Die kapitalistischen Kräfte von „Gesetz und Ordnung", vertreten *sowohl* durch die Demokratische als auch die Republikanische Partei, wollen Jamal tot sehen, weil sie in diesem wortgewandten Journalisten, MOVE-Unterstützer und früheren Sprecher der Black Panther Party die Gefahr einer schwarzen Revolution sehen, ein Symbol für die aufsässige Opposition gegen ihr System der rassistischen Unterdrückung. Sie wollen diesen unschuldigen Mann hinrichten als Warnung an all diejenigen, die gegen Rassismus und brutale Polizeirepression in den Ghettos kämpfen, die die Arbeiterklasse gegen kapitalistische Ausbeutung verteidigen, die gegen imperialistischen Massenmord vom Balkan bis zum Irak sind. Das Partisan Défense Committee ruft die arbeitenden Menschen, Minderheiten, Jugendliche und alle Gegner der kapitalistischen Unterdrückung in den USA und der ganzen Welt dazu auf, zu fordern: *Freiheit für Mumia Abu-Jamal jetzt! Weg mit der rassistischen Todesstrafe! Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten! Demonstriert am 13. Mai mit dem Spartacist Youth Club in einem revolutionären Kontingent, das auf diesen Forderungen aufgebaut ist!*

Anstatt Mumias Freiheit zu fordern, haben die liberalen und reformistischen Organisatoren der Demonstration vom 13. Mai ihre Forderungen verwässert, um heuchlerische Politiker von der Demokratischen Partei anzuziehen. Sie sagen nur: „Stoppt die Hinrichtung!" und „Ein neuer Prozess für Mumia!" oder „Lasst die Beweise sprechen!" *Lasst euch nicht von der verwässerten Politik der Organisatoren dieser Demonstration ablenken. Mumias Leben hängt von der breitesten Mobilisierung ab, besonders durch die multirassische Arbeiterklasse, die wirkliche soziale Macht hat. Kommt alle zur Demo am 13. Mai!*

Um einen effektiven Kampf für Jamals Freiheit zu führen, ist es unbedingt notwendig, zu verstehen,gegen *was* wir antreten: wer unsere Feinde sind, wer unsere wirklichen Verbündeten sind. Berge von Beweisen, die das Komplott widerlegen und Jamals Unschuld beweisen, wurden immer wieder vorgebracht. Obszönerweise erzählen uns die Reformisten, die für die Demokratische Partei sind, sogar, wir sollten Druck auf Janet Reno ausüben, die Massenmörderin von 86 Männern, Frauen und Kindern 1993 in Waco, Texas, damit sie das Komplott gegen Mumia „untersuchen" möge. Bürgerliche Liberale versuchen das Komplott gegen Jamal als eine Ausnahme darzustellen, als einen „Justizirrtum"; in gleicher Weise versuchen sie die Ermordung des afrikanischen Immigranten Amadou Diallo, der von rassistischen Bullen in einem Kugelhagel von 41 Schüssen umgebracht wurde, als eine „Abweichung" in einem ansonsten gerechten System der „Demokratie" auszugeben. Hinter der Forderung nach einem „neuen Prozess" steht ein reformistisches politisches Programm, das von der Überzeugung ausgeht, dass der brutale rassistische kapitalistische Staat - dessen einziger Zweck es ist, das „Recht" der herrschenden Kapitalistenklasse zu verteidigen, die Profite aus der Arbeit der Werktätigen zu ernten - dahin gedrängt und reformiert werden kann, „gerecht" zu sein.

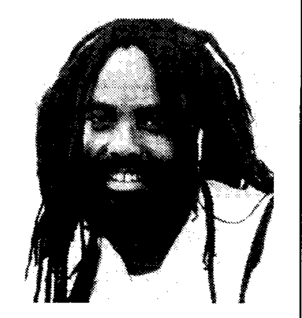
Das ist eine gefährliche Illusion! Schaut euch an, was mit Hurricane Carter passiert ist. Verurteilt nach einem Komplott aufgrund falscher Mordanklagen Mitte der 60er-Jahre, weil er ein Verfechter des Rechts auf bewaffnete Selbstverteidigung war, bekam Carter schließlich 1976 nach einer internationalen Protestkampagne einen neuen Prozess.

Fortgesetzt auf Seite 22

Spendet großzügig und noch heute für die Rechtsverteidigung Jamals!

Konto des Komitees für soziale Verteidigung:

Werner Brand
Commerzbank Berlin
Konto-Nr. 590109500
BLZ10040000
Stichwort „Jamal"



Chinesische Bergarbeiter...

Fortsetzung von Seite 1

kämpften die Arbeiter gegen die bewaffnete Volkspolizei, die Mitte der 80er-Jahre speziell zu dem Zweck geschaffen wurde, die wachsenden sozialen Unruhen zu unterdrücken. Schließlich wurden Armee-Einheiten herbeigeschafft, die mit scharfer Munition über die Köpfe der Demonstranten schössen und die Rebellion erstickten.

Von 68 US-Dollar kann eine dreiköpfige Familie kaum einen Monat lang leben, selbst in dieser wirtschaftlich daniederliegenden Region; die Arbeiter müssen von diesem Betrag jedoch auch noch ihre Renten und ihre Krankenversicherung bezahlen. Ein Mann, der gemeinsam mit seiner Frau 35 Jahre lang in der Mine gearbeitet hatte, schätzt, dass die Abfindung für etwa zehn Monate reicht. „Und danach, was mache ich dann? Was sollen wir essen?"

Im vergangenen Jahr nannte der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji das Bergwerk ein Musterbeispiel von Verlust einfahrenden Betrieben, die geschlossen werden müssten. „Unprofitabel" ist die Mine jedoch nur gemessen an den Maßstäben eines kapitalistischen Marktes. Molybdän ist ein wertvolles metallisches Element, das zur Stahlveredlung verwendet wird. Die Bergwerksmanager haben sich bereichert, indem sie selbst Teile der Mine übernahmen oder andere Betriebsteile für ihre Kumpane abtrennten. Ein Arbeiter erzählte erbittert: „Sie haben Teile des Bergwerks an ihre Freunde verkauft. Sie haben alle Lastwagen der Mine verkauft. Aber das Geld haben wir nicht gesehen... Sie essen und trinken es weg" (*Washington Post,* 5. April).

Die verstärkten Maßnahmen in Richtung „freie Marktwirtschaft" bereiten den Boden für einen gewaltigen Zusammenstoß zwischen der stalinistischen Bürokratie und den Arbeiter- und Bauernmassen. Das chinesische Arbeitsministerium berichtet von mehr als *120000 Arbeitskämpfen im letzten Jahr - 14-mal mehr als 1992* -, von Petitionen bis Streiks (*Japan Times*, 25. April). Ein hoher Polizeioffizier in der Zentralprovinz Anhui berichtet, dass es mittlerweile gar nicht mehr ungewöhnlich ist, zu sehen, wie „Arbeiter kollektiv ihre Fabrikleiter belagern, sie beschimpfen und sie sogar unter Zwang festsetzen". Im Dezember kämpften 1000 Arbeiter mit der Polizei und besetzten eine Eisenbahnlinie in Nordchina, weil sie seit Monaten keinen Lohn mehr erhalten hatten. Etwa zur gleichen Zeit blockierten 2000 pensionierte Stahlarbeiter die Hauptzufahrtsstraße zu einem Stahlwerk in der im Südwesten Chinas in der Provinz Sichuan gelegenen Stadt Chongquing (Chungking), um gegen Kürzungen ihrer Renten zu protestieren. Im riesigen Agrargebiet haben die Verelendung der armen Bauernschaft, die ein Ergebnis der Dekollektivierung der Landwirtschaft Ende der 70er-Jahre ist, sowie die wachsende Klassenspaltung durch die Herausbildung einer Klasse reicher Bauern zu wilden Angriffen auf die Steuereintreiber und andere Vertreter der Behörden geführt.

Der Artikel über die Revolte von Yangjiazhangzi in der *Washington Post* bemerkt, dass „die Unruhen für eine chinesische Stadt ungewöhnlich heftig waren, aber bezeichnend sind für die Art von Auseinandersetzungen, die die Kommunistische Partei heimsuchen", und stellt fest, dass „die Behörden auf dem Land allerdings bereitwilliger zu sein scheinen. Sicherheitskräften zu befehlen, Proteste zu zerschlagen und auf Demonstranten zu feuern". Das ist ein deutliches Zeichen für die Schwäche der bürokratischen Kaste angesichts eines wachgerüttelten Proletariats, das sein Potenzial bereits gezeigt hat, ganze Einheiten der Wehrpflichtigenarmee des deformierten Arbeiterstaats im Kampf gegen das stalinistische Regime gewinnen zu können. Als die arbeitenden Massen in die studentischen Demonstrationen eingriffen, die im Mai/Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz ihren Höhepunkt erreichten, und sich damit eine beginnende politische Revolution abzeichnete, weigerten sich sowohl Offiziere wie Soldaten zahlreicher Regimenter der Volksbefreiungsarmee, Befehlen zur Unterdrückung der Proteste zu gehorchen, und zwangen so das Regime, andere Einheiten zur Zerschlagung des Arbeiteraufstands heranzuführen.



Peter Turnley

Als sich Arbeiter den Studentenprotesten am Tiananmen-Platz 1989 anschlössen, war dies Signal einer beginnenden proletarisch-politischen Revolution

Die Bürokratie, die der kapitalistischen Konterrevolution den Weg ebnet, bereitet dadurch gleichzeitig den Boden für eine neue revolutionäre proletarische Explosion vor - nicht für eine *soziale* Revolution wie 1949, die die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft zerschlagen würde, sondern eine *politische* Revolution, um die parasitäre herrschende Oligarchie zu stürzen und die politische Macht in die Hände der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte (Sowjets) zu legen. Das chinesische Proletariat ist mit der dringenden Aufgabe konfrontiert, eine leninistisch-trotzkistische Partei als Teil einer wiedergeschmiedeten trotzkistischen Vierten Internationale aufzubauen, um diese politische Revolution vorzubereiten und zu leiten, um an der Spitze der Massen zu stehen und die spontanen und lokalen Arbeiterkämpfe zur Eroberung der politischen Macht zu führen.

Seit der Zerstörung der Sowjetunion ist das internationale Proletariat durch die Angriffe der Bourgeoisie und deren Triumphgeschrei über den angeblichen „Tod des Kommunismus" wirtschaftlich und politisch zurückgeworfen worden. Eine proletarische politische Revolution in China, die die Verteidigung der geplanten, kollektivierten Wirtschaft voraussetzt, welche die soziale Grundlage des Arbeiterstaates ist, hätte gewaltige Auswirkungen beim Zurückschlagen dieses Angriffs, und würde im Proletariat von Indonesien und Südkorea bis Japan - dem industriellen Machtzentrum

Fortgesetzt auf Seite 12

Chinesische Bergarbeiter...

Fortsetzung von Seite 11

Asiens - und der Vereinigten Staaten einen Widerhall finden. Sie würde die Werktätigen in Russland wieder aktivieren, die durch fast ein Jahrzehnt kapitalistischer Konterrevolution niedergedrückt worden sind. Gleichzeitig stände ein revolutionäres China der Arbeiter- und Bauernräte einer scharfen feindlichen imperialistischen Reaktion gegenüber. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, Weltpartei der sozialistischen Revolution, um den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft international anzuführen, das imperialistische System zu zerschlagen und die materiellen Grundlagen für die Entwicklung Chinas in einem sozialistischen Asien zu legen.

China am Scheideweg

Manche der Bergarbeiter in Yangjiazhangzi wissen, dass ihre Entlassungen und die sich ausbreitende Verarmung von den „Marktreformen" herrühren, die das Beijinger Regime ihnen aufzwingt und die die Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 unterminieren. Diese Revolution befreite das Land von kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterjochung und schuf eine geplante, vergesellschaftete Wirtschaft, die den Arbeitern lebenslange Beschäftigung und Sozialleistungen garantierte - die „eiserne Reisschüssel". Staatliche Unternehmen bieten den Arbeitern nicht nur den Lebensunterhalt, sondern auch Wohnungen, medizinische Versorgung und eine Schulausbildung für ihre Familien. Somit bedroht die Privatisierung, Schließung oder der Abbau von Fabriken, Bergwerken und anderen staatlichen Unternehmen die Arbeiter mit bitterem Elend. „Wir Bergarbeiter haben hier seit der Revolution für China gearbeitet, für die Kommunistische Partei", sagte ein Arbeiter. „Und jetzt ist plötzlich mein Teil des Bergwerks privatisiert." Diesen Arbeitern ist klar, dass solches Staatseigentum den Werktätigen gehört. Wer gab den Managern das Recht, es auszuverkaufen?

Es ist wichtig zu verstehen, dass die Revolution von 1949 unter der Herrschaft von Mao Zedongs (Tse-tung) Bürokratie von Anfang an deformiert war, gestaltet nach der stalinistischen Bürokratie in der UdSSR, die die politische Macht 1924 durch eine politische Konterrevolution an sich riss. Maos Regime schloss das Proletariat von der politischen Macht aus und gründete sich auf Stalins nationalistisches Dogma vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land". Das bedeutete Anpassung an den Weltimperialismus und Gegnerschaft zum Kampf für sozialistische Revolution in anderen Ländern. Diese nationalistische Perspektive drückt sich heute darin aus, dass das stalinistische Regime die chinesische Bourgeoisie vor der Küste in die Arme schließt, im Namen der Schaffung eines „Großchinas".

Die stalinistische Bürokratie ist keine besitzende Klasse, sondern eine parasitäre *Kaste:* Basierend auf den proletarischen Eigentumsformen agiert die Bürokratie gleichzeitig als Transmissionsriemen für den Druck des kapitalistischen Weltmarktes auf den deformierten Arbeiterstaat. Als Reaktion auf den imperialistischen Druck, der sich nach der Restauration des Kapitalismus in der früheren Sowjetunion massiv verschärft hat, weitete die Bürokratie die von Deng Xiaoping Ende der 70er-Jahre initiierten „Marktreformen" aus. Vor kurzem wurde das Tempo der Privatisierung und des Abbaus von staatlichen Unternehmen in Vorwegnahme des Beitritts zur Welthandelsorganisation (WTO) beschleunigt - ein Schritt, bei dessen Umsetzung China in einem größeren Ausmaß dem Wettbewerb durch Importe westlicher und japanischer multinationaler Konzerne und auch ausländischen Investitionen in bestimmten Industrien ausgesetzt würde. Wir kämpfen gegen die imperialistische Durchdringung des deformierten Arbeiterstaats China und verteidigen das staatliche Außenhandelsmonopol.

Trotzki bemerkte in *Verratene Revolution* (1936) über die sowjetische stalinistische Bürokratie: „Sie verteidigt das Staatseigentum nur in dem Maße, in dem sie das Proletariat fürchtet." Mit brodelnder Empörung an der Basis konfrontiert, geht die Beijinger Bürokratie vorsichtig zu Werke, verhaftet einige Beamte wegen offener Korruption oder richtet sie sogar hin und nimmt gelegentlich einige ihrer selbst vorgeschlagenen Maßnahmen des „freien Marktes" zurück. In einem Artikel über ein Joint Venture zwischen Volkswagen und der Shanghaier Stadtregierung jammert die *New York Times* (16. April):

„China schützt weiterhin viele seiner Industrien vor wirklichem Wettbewerb und erhält dadurch zu viele Fabriken und eine schlechte Verwaltung aufrecht. Die Regierung warnt zwar, dass Chinas Staatsunternehmen sich auf den globalen Wettbewerb vorbereiten müssen, doch die meisten Sektoren der Wirtschaft verharren in ihrer sozialistischen Vergangenheit."

Die USA und die anderen kapitalistischen Großmächte sind darauf erpicht, eine kapitalistische Konterrevolution durchzuführen, die die blutige Unterdrückung des chinesischen Proletariats und des von der Kommunistischen Partei beherrschten Staatsapparats mit sich bringen würde. Zu diesem Zweck demonstriert Washington, während es „konstruktive Verhandlungen" mit dem Beijinger Regime führt, um die weitere wirtschaftliche Durchdringung zu fördern, seine militärische Macht gegenüber China und stützt eine ganze Reihe von Kräften, von der „Freiheit für Tibef'-Meute der CIA bis zu proimperialistischen ..Dissidenten",





Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms Internationale Kommunistische Liga

DM 2,- (20 Seiten)



China am Scheideweg: Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?

DM 2- (24 Seiten)

Zu beziehen über die Redaktionsadresse

um die Konterrevolution im Innern zu schüren. Die USA erwägen ein Raketenabwehrsystem („Theater Missile Défense") in Asien, das an erster Stelle den chinesischen und den nordkoreanischen Arbeiterstaat im Visier hat, und haben in den vergangenen 50 Jahren das kapitalistische Taiwan als Bollwerk gegen China aufrechterhalten.

Die trotzkistische IKL kämpft für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas und der anderen deformierten Arbeiterstaaten - Nordkorea, Vietnam und Kuba - gegen imperialistischen Angriff und innere Konterrevolution. Wie es in der „Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms" *(Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) heißt:

> „Unsere Position ergibt sich aus dem proletarischen Klassencharakter dieser Staaten, der in den kollektivierten Eigentumsverhältnissen verkörpert ist - verstaatlichtes Eigentum, Planwirtschaft, Außenhandels- und Bankmonopol usw. -, die durch soziale Revolutionen errichtet wurden, die den Kapitalismus zerstörten. Trotz der bürokratischen Deformationen dieser Staaten ist unsere Verteidigung gegen den Klassenfeind bedingungslos, d. h. sie ist nicht davon abhängig, daß erst die stalinistischen Bürokratien gestürzt werden, und auch nicht von den Umständen und den direkten Ursachen des Konflikts."

Hütet euch vor den imperialistischen Lakaien in der Arbeiterbewegung!

Eine Schlüsselrolle beim konterrevolutionären Feldzug des US-Imperialismus spielt die AFL-CIO-Gewerkschaftsbürokratie, die sich mit ihren antikommunistischen Operationen gegen militante Gewerkschaften in Lateinamerika, Südkorea und anderswo in der gesamten Dritten Welt den Spitznamen „AFL-CIA" erworben hat. Diese Praxis geht Hand in Hand mit der Klassenkollaboration der Gewerkschaftsbürokratie in den Vereinigten Staaten, wo sie als die politische Polizei der Kapitalisten in den Gewerkschaften handelt.

In Osteuropa und in der früheren UdSSR förderten diese ..Arbeiterleutnants" des amerikanischen Imperialismus ..freie Gewerkschaften" als Rammböcke für die Restauration des Kapitalismus und unterstützten deren Aufbau. Anfang der 80er-Jahre trat die AFL-CIO-Bürokratie als Mittelsmann für die Finanzierung der polnischen Solidarnos'c auf, einer Schwindel„gewerkschaft", die an der Spitze der Konterrevolution in Osteuropa stand. Später, in der Sowjetunion, versuchten Kräfte der AFL-CIO die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse über Michail Gorbatschows marktorientierte Perestroika-„Reformen" in eine Unterstützung für den antikommunistischen Demagogen Boris Jelzin zu kanalisieren. Jelzins proimperialistischer Putsch im August 1991 gipfelte in den folgenden Monaten, als es zu keinem Massenwiderstand der Arbeiterklasse kam, in einer kapitalistischen Konterrevolution.

Die kapitalistische Konterrevolution im degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion und in den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas, die durch Jahrzehnte stalinistischer Misswirtschaft vorbereitet wurde, hat zur Massenarbeitslosigkeit, einer sinkenden Lebenserwartung, einer zunehmenden Verelendung und sozialer Entwürdigung geführt. Sie hat auch die imperialistischen Ausbeuter bei ihren Angriffen auf die Werktätigen und Minderheiten in den USA und den anderen kapitalistischen Ländern ermutigt. Es ist im direkten Klasseninteresse des Proletariats in den USA und international, sich dem Drang der Imperialisten nach einer Rückeroberung Chinas für die kapitalistische Ausbeutung entgegenzustellen.

Die amerikanischen Gewerkschaftsspitzen versuchen, das Szenario aus Osteuropa und der ehemaligen UdSSR in China zu wiederholen. Ein Schlüsselinstrument hierzu ist das American Center for International Labor Solidarity, (Amerikanische Zentrale für internationale Arbeitersolidarität, ACILS). Laut einem ihrer Washingtoner Zahlmeister, der National Endowment for Democracy (Nationale Stiftung für Demokratie), hat die ACILS in China „Arbeitergruppen und Untergrundaktivisten geholfen, Arbeiter über ihre Rechte aufzuklären" - d. h. konterrevolutionäre „freie Gewerkschaften" zu organisieren. Gleichzeitig befinden sich die AFL-CIO-Spitzen in ihrem eigenen Land in der Vorhut der protektionistischen und antikommunistischen Opposition zu einem Beitritt Chinas zur WTO und sind damit in Gesellschaft der liberalen Demokratischen Partei, von rechten Republikanern und dem Klerikal-Faschisten im Anfangsstadium, Pat Buchanan.

Es wird nicht leicht werden für die „AFL-CIA", den chinesischen Arbeitern die amerikanische „freie Marktwirtschaft" zu verkaufen. Viele Arbeiter in Osteuropa und der früheren Sowjetunion kauften die von Jelzin, Solidarnosc-Führer Lech Walesa und ihresgleichen vertriebene Lüge ab, dass die kapitalistische „freie Marktwirtschaft" beispiellosen

Fortgesetzt auf Seite 14



Reuters



Argus

Politik der „OffenenTür" des Beijing-Regimes heißt immer massiveres imperialistisches Eindringen. Rechts: Volkswagen-Werk Shanghai

Chinesische Bergarbeiter...

Fortsetzung von Seite 13

Wohlstand und einen Westeuropa und Nordamerika vergleichbaren Lebensstandard bringen würde. Aber viele chinesische Arbeiter *haben bereits das Elend der Ausbeutung durch die „freie Marktwirtschaft" erfahren,* bei der Sklavenarbeit in den großen Fabriken, die von westlichen und japanischen Firmen und außerhalb des Festlandes ansässigen chinesischen Geschäftsieuten betrieben werden, oder in den oftmals von auf dem Festland geborenen Ausbeutern geführten Klitschen, wo die Bedingungen im allgemeinen weit schlechter sind als in den staatlichen Fabriken.

Eine größere Konzentration von Fabriken in Privatbesitz, die Textilien, Kleidung und andere Konsumgüter herstellen, befindet sich im Delta des Perlflusses in der gegenüber Hongkong gelegenen Provinz Guangdong. Arbeiter in den „Sonderwirtschaftszonen" (SWZ), hauptsächlich junge Frauen vom Land, leisten in diesen Fabriken Sklavenarbeit, zwölf Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Während der ersten sechs Monate wird ihnen der Lohn oft vorenthalten und sogar völlig gepfändet, wenn sie vor Ablauf eines Jahres wieder gehen! Laut chinesischer Gesetzgebung sind Überstunden auf 36 Stunden pro Woche begrenzt, für die 50 Prozent Zuschlag gezahlt werden muss. Aber die Bosse in diesen Fabriken pfeifen offen auf die Arbeitsgesetze des Landes und schmieren Beamte für dieses Privileg. Solche Bedingungen sind nur ein kleiner Vorgeschmack dessen, womit die chinesischen Massen unter kapitalistischer Herrschaft konfrontiert wären, durch die die jetzt von den Arbeitern in den SWZ erfahrene Ausbeutung und Verelendung qualitativ ausgeweitet und verschärft würde.

Es spricht Bände, dass selbst antikommunistische Dissidenten sich gezwungen sehen, den Kapitalismus des „freien Marktes" zu kritisieren, um unter chinesischen Arbeitern überhaupt Gehör zu finden. Ein gutes Beispiel ist Han Dongfang, ein in Hongkong ansässiger „Arbeiterorganisator" mit regulären Programmen im CIA-finanzierten Sender Radio Freies Asien. Han greift die Clinton-Regierung *von rechts* an, weil sie „Handelsfragen von Menschenrechtsfragen loslöst". Und dennoch legt dieser kriegstreiberische Antikommunist Lippenbekenntnisse ab gegenüber der heftigen Feindschaft gegen eine Privatisierung der Wirtschaft unter chinesischen Arbeitern und schreibt, dass er nicht glaubt, dass „eine schnelle Privatisierung im großen Ausmaß der einzige Weg nach vorn für den Reformprozess ist" *(China Labour Bulletin,* September/Oktober 1997).

Han und seinesgleichen posieren aJs Verteidiger der wirtschaftlichen Interessen der chinesischen Arbeiter und greifen den offiziellen All-Chinesischen Gewerkschaftsbund an, dass er die Arbeiter nicht verteidige. In der Tat verteidigt dieser Wurmfortsatz der stalinistischen Bürokratie nicht die Interessen der chinesischen Arbeiter. Aber Han tritt für die Zerschlagung des deformierten Arbeiterstaats China und für die Einführung brutaler kapitalistischer Ausbeutung im ganzen Land ein.

Schmiedet eine leninistisch-trotzkistische Parteil

Eine proletarische politische Revolution wird unter dem Banner des Kampfes gegen soziale Ungleichheit und politische Unterdrückung beginnen, so wie 1989. Der Kampf für Gewerkschaftsfreiheit - basierend auf der Verteidigung des vergesellschafteten Eigentums - ebenso wie für Versammlungs- und Pressefreiheit wird sich als Teil des Kampfes für Sowjetdemokratie entfalten, für die Bildung von Arbeiterräten, die sich den bürokratischen Schmarotzern entgegenstellen und konterrevolutionäre Elemente unterdrücken. Die zentrale Frage ist die der revolutionären Führung, die nur durch die Schmiedung einer leninistisch-trotzkistischen Partei gelöst werden kann, um revolutionäres sozialistisches Bewusstsein in die Arbeiterklasse zu tragen. Solch eine Partei würde den Han-Chauvinismus bekämpfen und das Proletariat mit dem Verständnis durchdringen, dass es für die Interessen aller Unterdrückten kämpfen muss - von den Frauen und den Homosexuellen zu den armen Bauern und Wanderarbeitern.

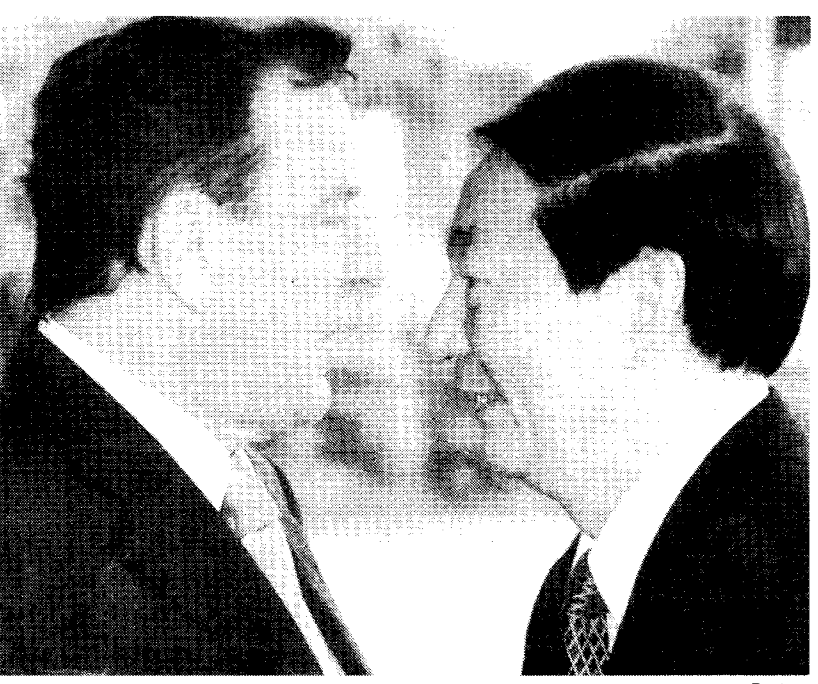
Die Arbeiter im staatlichen Sektor, die gegenwärtig an der vordersten Front der Arbeitskämpfe stehen, bilden die Mehrheit des chinesischen Proletariats. Aber zwei Drittel der Bevölkerung leben noch als Kleinbauern oder sonst in der Landwirtschaft Beschäftigte auf dem Land. Die Arbeiterklasse kann der Bürokratie nicht die politische Macht entreißen, ohne die Sympathie und Unterstützung der Bauernmassen zu gewinnen, insbesondere der Landjugend, die die Mehrheit von Chinas Wehrpflichtigenarmee ausmacht.

Der Feldzug in Richtung einer Restauration des Kapitalismus hat zu einer wachsenden Verelendung sowohl der Werktätigen auf dem Land als auch des städtischen Industrieproletariats geführt. In den Ruin getriebene Bauern und Jugendliche, die auf dem Land ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können, strömen in Massen auf der Suche nach Arbeit in die Städte - eine gewaltige Armee von Wanderarbeitern, die auf bis zu 130 Millionen geschätzt wird! Ohne offizielle Wohnsitzmeldung (hukou) haben die Arbeitsmigranten kein Rechtauf Wohnung, Gesundheitsversorgung und Schulbildung für ihre Kinder, wie sie den angemeldeten städtischen Einwohnern zusteht. Die meisten Migranten sind Männer, die ihre Frauen und Kinder in den Dörfern zurücklassen und ihr Leben in den Städten fristen, indem sie die niedrigsten Arbeiten annehmen.

Diese Entwicklungen haben zu einer großen Spaltung in der Arbeiterklasse geführt, da viele städtische Arbeiter auf die Wanderarbeiter vom Land herabsehen und auch fürchten, dass diese ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen, da die Migranten verzweifelt genug sind, um fast umsonst zu arbeiten. Währenddessen werden jedes Jahr Millionen von Migranten zusammengetrieben und unter Zwang in ihre Dörfer zurückgeschickt. Die Einheit der Arbeiterklasse verlangt die Verteidigung dieser Wanderarbeiter. Der Kampf, für diese Arbeiter die gleichen Rechte und Sozialleistungen zu erkämpfen, wie sie die langjährig in den Städten ansässigen Bewohner haben, könnte als erster Schritt bei der dringend notwendigen Aufgabe dienen, das in den Städten konzentrierte Proletariat und die bäuerlichen Massen im Kampf gegen die wachsenden Verwüstungen zu verbinden.

Auf dem Land ist eine Klasse reicher Bauern entstanden -

d. h. Kleinkapitalisten, die Arbeiter einstellen, zusätzliches Land von ihren Nachbarn pachten und ihr Geschäft auf nicht-landwirtschaftliche Bereiche ausgedehnt haben -, die eine Brücke zum kapitalistischen Weltmarkt darstellt und eine gefährliche Kraft ist, die für eine Konterrevolution in der chinesischen Gesellschaft arbeitet. Die Beijinger Regierung selbst kalkuliert, dass bis zu zehn Millionen Bauern aufgrund zunehmender Getreideimporte und Importen anderer Produkte vor allem aus Nordamerika ihren Lebensunterhalt verlieren werden, wenn China der WTO beitritt. Die Kapitalisten müssen aus den SWZ und vom Land vertrieben werden. Dies wirft die Frage nach der Bildung von Arbeiter- und Bauernräten auf, um die parasitäre Bürokratie zu stürzen. Solche Räte würden die Landwirtschaft rekollektivieren, billige Kredite und landwirtschaftliche Geräte an Bauern geben, die Kooperativen bilden, und das staatliche Außenhandelsmonopol wieder verstärken, das ein lebenswichtiges Instrument zur Verteidigung der Industriearbeiter und Werktätigen auf dem Land gegen die Verwüstungen des Weltimperialismus ist. Verteidigt und dehnt die geplante kollektivierte Landwirtschaft aus! Enteignet die blutsaugerischen imperialistischen Bourgeoisien und die chinesische, außerhalb des Festlandes ansässige Bourgeoisie!



Reuters

Berlin, 30. Juni: Chinesischer Premier Zhu Rongji auf Staatsbesuch bei SPD-Kanzler Schröder. Deutscher Imperialismus giert nach Zerstörung des chinesischen Arbeiterstaats

Einige chinesische Gegner von „Marktreformen" halten Maos „Sozialismus" als Alternative dagegen. Aber die maoistische Perversion von Sozialismus bestand aus nationaler wirtschaftlicher Autarkie und primitiver Gleichmacherei, in deren Rahmen die Massen gleichgestellt waren, weil sie alle gleich arm waren. Mitte des 19. Jahrhunderts erklärte Karl Marx, dass ohne eine internationale sozialistische Gesellschaft, die auf dem höchsten Niveau technologischer und industrieller Entwicklung funktioniert, „nur der *Mangel* verallgemeinert [wird], also mit *der Notdurft* auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte". In einer völligen Verneinung von Marx predigten die Stalinisten die Idiotie, dass der Sozialismus in einem Land aufgebaut werden könne, wenn nur imperialistische militärische Interventionen vereitelt werden. Trotzki wies dies 1928 in seiner Schrift *Die III. Internationale nach Lenin* zurück und schrieb:

> ..Die kapitalistische Welt hat uns durch die Export- und Importzahlen bewiesen, daß es auch noch andere Mittel der Einwirkung gibt, als eine militärische Intervention. Soweit die Arbeitsproduktivität und die Produktivität der bestimmten Gesellschaftsform überhaupt durch die Preisverhältnisse des Marktes gemessen werden können, bildet die nächstliegende Bedrohung der Sowjetwirtschaft nicht so sehr eine militärische Intervention als eine Intervention der billigeren kapitalistischen Ware. Also schon deshalb allein handelt es sich hier auf keinen Fall um den isolierten Wirtschaftssieg über die ‚eigene' Bourgeoisie."

In der Praxis bedeutete der „Sozialismus in einem Land" die Gegnerschaft zur Perspektive der Arbeiterrevolution im internationalen Maßstab. So trachtete Mao, wie Stalin, nach Bündnissen mit diversen „antiimperialistischen" bürgerlich-nationalistischen Regimen der Dritten Welt und dann mit den Imperialisten selbst. Dies zeigte sich anschaulich in dem kriminellen Bündnis von Maos China mit dem US-Imperialismus gegen den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion, das geschmiedet wurde, als die Vereinigten Staaten Anfang der 70er-Jahre Bombenteppiche auf die heldenhaften vietnamesischen Arbeiter und Bauern abwarfen. In ..China am Scheideweg: Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?" (*Spartacist*, deutsche Ausgabe, Nr. 19, Winter 1997/98) schrieben wir: „Chinas Bündnis mit den USA, initiiert von Mao und Zhou Enlai, trug zur Vorbereitung von Dengs ‚offener Tür' für die imperialistische Ausbeutung in der anschließenden Periode bei. Maos Erben geben heute nicht einmal mehr Lippenbekenntnisse für die Ziele des Sozialismus ab, statt dessen bieten sie sich offen als Kompradoren (Agenten) des Imperialismus an."

Als Gegner der Arbeiterdemokratie und der internationalen Ausweitung der Revolution optierten die sowjetischen und chinesischen Stalinisten zunehmend für kapitalistische Marktmaßnahmen, um die Produktivität zu steigern. Der Weg der stalinistischen Bürokratie würde die chinesischen Massen zu den vorrevolutionären Tagen der Verarmung und imperialistischen Unterdrückung führen. Die Modernisierung Chinas - die die Grundlage für ein anständiges Leben für alle seine Einwohner schafft auf Basis des Zugangs zu den gegenwärtig in Nordamerika, Westeuropa und Japan konzentrierten entwickelten Technologien und produktiven Ressourcen - erfordert proletarische sozialistische Revolutionen in den imperialistischen Zentren, um die Grundlagen zu schaffen *für eine international geplante, sozialistische Wirtschaft.* Dies ist die Aufgabe der IKL in ihrem Kampf für die Wiederschmiedung von Trotzkis Vierter Internationale.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 735, 2. Mai 2000*



SPARTACIST
NUMMER 19 DEUTSCHE AUSGABE WINTER 1997/98

Für eine leninistisch-trotzkistische Partei!

China am Scheideweg: Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?

Permanente Revolution kontra „antiimperialistische Einheitsfront"
Die Ursprünge des chinesischen Trotzkismus

Originaldokumente aus sowjetischen Archiven veröffentlicht
Trotzkis Kampf gegen den stalinistischen Verrat an der bolschewistischen Revolution

Revolutionäre Umgruppierung oder zentristische Alchemie?

Cliffs Kalte Krieger äußerst verlegen über Anti-China-Kampagne

Die unlängst erschienene Reihe von Artikeln der Internationalist Socialist Organization (ISO, Schwesterorganisation von Linksruck) zu China, darunter „Why China-Bashing Hurts U.S. Labor" (Warum die Anti-China-Kampagne schlecht für die US-amerikanische Arbeiterbewegung ist - *Sodalist Worker,* 14. April) und „China and thé WTO - Target the Enemy at Home" (China und die WTO: Nehmt den Feind im eigenen Land ins Visier - *International Socialist Review,* Frühjahr 2000), könnte den Leser in Erstaunen darüber setzen, was die ISO eigentlich will, da sie China nie verteidigt hat. Diese Organisation entstand dadurch, dass sie die Seite des Imperialismus bezog, als dieser

Spartakist-Jugend

den Versuch unternahm, die Errungenschaften der *sozialen Revolutionen* zu zerstören, die von Russland 1917 bis China 1949 die kapitalistische Herrschaft gestürzt hatten. Sie spaltete sich beim Ausbruch des Koreakriegs 1950 vom Trotzkismus ab, als sie mitten im rücksichtslosen Bombenkrieg der USA und Britanniens die Verteidigung Chinas und Nordkoreas aufgab. Diese PseudoSozialisten versuchen mit ihren jüngsten Artikeln ein linkes Gesicht aufzusetzen, indem sie die Anti-China-Kampagnen der AFL-CIO (US-Gewerkschaftsdachverband) kritisieren - über diese Frage waren sie nach den Protesten gegen WTO (Welthandelsorganisation) und IWF (Internationaler Währungsfond) peinlicherweise in einem Bett mit rechten Politikern wie Pat Buchanan gelandet, die ebenfalls dazu aufrufen, den „Geist von Seattle zu verbreiten". Sie argumentieren, dass die Gewerkschaftsbürokratie eine Kampagne gegen China führt, weil sie daran interessiert sei, chinesische Arbeiter zu schützen, und sie sagen, dass der Aufruf des AFL-CIO-Präsidenten Sweeney, „China nicht in die WTO zu lassen, verbunden ist mit der Bemühung, Arbeiterrechte auf der ganzen Welt zu fördern" *(Socialist Worker.* 3. März).

Als die Irreführer der AFL-CIO am 12. April Tausende Gewerkschafter nach Washington, D.C. brachten, um gegen die Normalisierung der Handelsbeziehungen der USA zu China zu protestieren, brachten sie in Wirklichkeit sowohl ihren feindseligen ideologischen Antikommunismus zum Ausdruck als auch ihren chauvinistischen Protektionismus, indem sie China als einen „Schurkenstaat" hinstellten, dessen Arbeiter amerikanische Arbeitsplätze bedrohen. Die Bezeichnung „Schurkenstaat" kommt direkt aus dem Munde der Sprecher der US-Regierung und ist ein Codewort für jedes Land, das die USA zerstören wollen, und zwar normalerweise mit den blutigsten Mitteln. Revolutionäre Marxisten sind gegen die wirtschaftliche Durchdringung des deformierten Arbeiterstaates China durch den Imperialismus und kämpfen aktiv dagegen. Chinas Beitritt wäre ein Angriff auf das verbliebene staatliche Außenhandelsmonopol und würde so die ökonomischen Grundlagen der kollektivierten Wirtschaft unterminieren und die inneren konterrevolutionären Kräfte weiter ermutigen.

Sweeneys protektionistischer Aufruf postuliert, dass die USA ein mustergültiger Verteidiger von „Menschenrechten" seien, die ihre „Demokratie" über die ganze Welt ausbreiten sollten. Das Einzige, was die herrschende Klasse der USA verbreitet, ist imperialistische Ausbeutung und Plünderung, gestützt auf ihre militärische Macht. Diese Ideologie des „Menschenrechts"imperialismus wird benutzt, um die Arbeiter an die Interessen ihrer Bourgeoisie zu fesseln, als Vorbereitung für neue imperialistische Kriege. Und die Partei des amerikanischen Imperialismus gegen China zu ergreifen ist ein Programm, das den chinesischen Arbeitern und Bauern Elend und Hunger bringt. Während die ISO den US-Imperialismus anfleht, die Blutsaugerbetriebe wegzuregulieren - an sich schon ein Ding der Unmöglichkeit -, würde eine Konterrevolution in China die ganze Nation in *einen einzigen großen Blutsaugerbetrieb* verwandeln. Wenn also die ISO sagt: ..Die beste Art und Weise, den chinesischen Arbeitern bei der Eroberung ihrer Rechte zu helfen, ist es Solidarität zu organisieren - und nicht gemeinsam mit US-Politikern a;n China einzuschlagen" *(Socialist Worker,* 14. April), dann versucht sie die Tatsache zu vertuschen, dass ihre Weigerung, China siegen den Imperialismus zu verteidigen, die Ablieferung der chinesischen Arbeiter an diejenigen bedeutet, die die kapitalistische Ausbeutung zurückbringen wollen.

Die Frage stellt sich für China unmittelbar; nach 50 Jahren imperialistischer Umzingelung und nach zwei Jahrzehnten von „Marktreformen" steht China am Scheideweg. Die stalinistische Bürokratie bietet heule den Imperialisten und der chinesischen Bourgeoisie im Ausland ihre Dienste als Makler an, aber sie wird zurückge-

Glase/Seattle Post-Intelügencer

Gewerkschaftsspitzen führten antikommunistische Hetze bei WTO-Protesten in Seattle mit chauvinistischen Plakaten an: „Zuerst das Volk und nicht zuerst China". ISO jubelte: „Verbreitet den Geist von Seattle"

halten durch ihre Angst vor der Arbeiterklasse, die weiterhin militant Widerstand leistet gegen die Angriffe auf ihre Arbeitsplätze und ihren Lebensstandard. Wir Trotzkisten kämpfen für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen imperialistische Angriffe und innere kapitalistische Konterrevolution. Was dringend gebraucht wird, ist eine leninistisch-trotzkistische Partei in China, die die Arbeiterklasse in dem Kampf führen kann, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und die stalinistische Bürokratie durch eine politische Revolution zu stürzen.

Die ISO verbreitet die Lüge, dass die Demonstration vom 12. April ein Versuch gewesen sei, sich für Arbeiterrechte einzusetzen, und äußert nur einen einzigen Kritikpunkt: „Sich allein auf China zu konzentrieren, stellt berechtigte Sorgen über Arbeiter- und Menschenrechte in den Dienst von rechten Chinahassern wie Senator Jesse Helms" *(Socialist Worker.* 31. März). Sie machen sich Sorgen darüber, dass es schlechte Reklame für die AFL-CIO-Bürokratie (und die ISO) ist, wenn sie mit Buchanan und Helms unter einer Decke stecken. Nachdem sie die protektionistischen, giftigen antikommunistischen Proteste gegen WTO und IWF bejubelt hat, will sich die ISO von dem *republikanischen* Flügel der Führung dieser Mobilisierungen distanzieren. Sie ermahnen die Gewerkschaftsführer, die Kundgebung vom 12. April sei „voller antikommunistischer Phrasendrescherei" gewesen, „bei der es den republikanischen Rechten, die einen neuen Kalten Krieg mit China wollen, nur ganz warm ums Herz werden konnte" *(Socialist Worker,* 28. April).



Almeida/NY Times

John Sweeney, Vorsitzender des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbands AFL-CIO mit Vizepräsident Al Göre bei Konferenz der Demokratischen Partei 1996

Das ist geradezu köstlich, kommt es doch von einer Organisation, deren Hauptjob jahrzehntelang darin bestanden hat. dem antikommunistischen Kreuzzug des Kalten Krieges der US-Bourgeoisie, besonders wie er von der prokapitalistischen US-Gewerkschaftsbürokratie betrieben wurde, ein ..sozialistisches" Gesicht aufzusetzen. Während des gesamten Kalten Krieges waren die ..Arbeiterrechtc". die die AFL-CIO international förderte, die ..Rechte" des US-Imperialismus, militante Versuche zur Organisierung der Arbeiter zu zerstören und Arbeiterführer durch repressive Marionetlenregime der USA einsperren zu lassen; diese Tätigkeit hat der AFL-CIO in der gesamten Dritten Welt den Spitznamen „AFL-CIA" eingebracht. Die amerikanische Gewerkschaftsbürokratie handelte auf Geheiß der US-Regierung, als sie für die Zerstörung der Sowjetunion kämpfte, indem sie die polnische Solidarnoœæ als eine ..freie Gewerkschaft" unterstützte und finanzierte, um die kapitalistische Konterrevolution voranzutreiben, und alle möglichen prowestlichen ..sowjetischen Dissidenten" und reaktionären nationalistischen Agitatoren in Osteuropa fördert';.

Gruppen wie die ISO und andere sozialdemokratische Vereine reihten sich vor lauter glühendem Antikommunismus hinter dem ,.Arbeiter"gesiciii ihre- ..eigenen" Bourgeoisie ein, indem sie die Konterrevolution von Solidarnosc bejubelten und der ..Demokratie" der raubgierigen Herrscher des US-Imperialismus um den Hals fielen. Die ISO war begeistert über die endgültige Zerstörung der UdSSR, die die Gefahr der imperialistischen wirtschaftlichen Durchdringung und der kapitalistischen Konterrevolution in den verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten, darunter China. enorm erhöht hat. So schrieben sie: „Der Kommunismus ist zusammengebrochen... Diese Tatsache sollte für jeden Sozialisten Grund zum Jubel sein" *(Socialist Worker* [Britannien], 31. August 1991). Nach den verheerenden Folgen der Konterrevolution in Russland, bei der Massenverelendung und der Zerstörung der grundlegenden Infrastruktur des Landes - was alle sehen können -, fühlt sich die ISO offensichtlich gezwungen, ihre Jahre im Dienste des Kalten Krieges der Imperialisten zu verstecken.

Es ist kein Zufall, dass die Kalten Krieger der ISO versuchen einen Unterschied zu machen zwischen Sweeneys

Fortgesetzt auf Seite 22



Workers Vanguard

Im Gegensatz zur Pseudolinken: SL/U.S. prangerte proimperialistische Mobilisierung in Seattle an



Workers Hammer

1984: Multiethnisches Kontingent der Ford-Dagenham-Arbeiter auf Demo zur Unterstützung des heldenhaften Bergarbeiterstreiks

Rover...

Fortsetzung von Seite 7

Als Antwort auf die Arbeitsplatzvernichtung bei Rover organisierten die Gewerkschaftsbürokraten Bill Morris, *Sir* Ken Jackson & Co. am 1. April in Birmingham eine große Demonstration auf ausgesprochen protektionistischer, britisch-nationalistischer Grundlage. Die offiziellen Losungen waren: „Rettet die britische Fertigungsindustrie!" und „Rettet britische Arbeitsplätze!" Das Flugblatt, das diese Losungen enthielt, wurde gemeinsam von den vier Hauptgewerkschaften in der Autoindustrie - Transport and General Workers Union (TGWU), Amalgamated Engineering and Electrical Union (AEEU), GMB und Manufacturing, Science and Finance (MSF) - herausgebracht. Die Demonstration brachte zwar Wut und Bitterkeit gegenüber BMW und der Regierung zum Ausdruck, aber ihre politische Orientierung war so entgegengesetzt zu den wirklichen Interessen der Arbeiterklasse, dass sie die volle Unterstützung der Birmingham *Evening Mail* hatte, eines gewerkschaftsfeindlichen Blattes, sowie von Tony Blair, der nichts als Verachtung für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten übrig hat.

Wie zu erwarten, war daher auch die Demonstration eine widerwärtige Orgie des rot-weiß-blauen Chauvinismus, bei der sich Gewerkschaftsbanner (und Plakate der Socialist Workers Party [SWP - in Deutschland Linksruck]) ganz ungeniert mit dem Union Jack vermischten, dem rassistischen Abzeichen des Empires zu Kolonialzeiten und der Unterdrückung von Katholiken in Nordirland heute. Ebenso war das englische St.-Georgs-Kreuz präsent, das wie der Union Jack von faschistischen Gruppierungen benutzt wird. Verschiedene Plakate ließen einem krassen antideutschen Chauvinismus freien Lauf, wie z.B.: „Wir haben zwei Weltkriege gewonnen - gewinnen wir auch den Dritten." Der Kundgebungsvorsitzende, TGWU-Bürokrat Tony Woodley, der den Rover-Arbeitern 1998 einen faulen Deal zur Steigerung der Produktivität verkauft hatte, benutzte das Rednerpult für eine Verurteilung der „Obszönität von Leuten in Deutschland, darunter Gewerkschaftsarbeiter, über die Zukunft von 40 000 Arbeitern zu entscheiden, während wir hier in Britannien im Unklaren gelassen wurden." Der Feind der Arbeiter in Britannien ist die britische Bourgeoisie!

Das *Einzige*, was die Gewerkschaftsbürokraten dem Proletariat anbieten, das in der Region von Birmingham rassisch integriert ist, sind Chauvinismus und Sprüche über die „Rettung" der *britischen* Industrie. Bis zu jenem Zeitpunkt, wo eine Arbeiterrevolution die britische Industrie ihren Händen entreißt, gehört sie den blutsaugenden Kapitalisten. Die Arbeiterklasse hat kein Vaterland!

Sozialchauvinismus und Nationalismus sind feste Bestandteile des politischen Programms von Labour und der Gewerkschaftsbürokratie, die dem britischen Imperialismus verpflichtet sind. Protektionismus führt zu Handelskriegen und schafft so die Grundlage für Kriege zwischen imperialistischen Mächten, die sich untereinander in einem gnadenlosen Wettstreit um die Herrschaft über Märkte und Einflusssphären befinden. Protektionismus spielt auch die Arbeiter in Britannien und anderen Ländern gegeneinander aus, indem er sie hinter ihrer „eigenen" Bourgeoisie in Stellung bringt und sie für ihre Rolle als Kanonenfutter in imperialistischen Kriegen vorbereitet. Nur internationale proletarische Revolution kann die Bedrohung durch einen dritten, nuklearen Weltkrieg beseitigen.

Die heutige Labour-treue Gewerkschaftsbürokratie hält die verrottete Tradition der Sozialdemokraten aufrecht, die im ersten imperialistischen Weltkrieg ihre „eigene" herrschende Klasse unterstützt haben. W. I. Lenin, Führer der russischen Oktoberrevolution von 1917, wies daraufhin, dass sie mit den Krümeln vom Tisch des imperialistischen Profits bestochen waren und dass ihr Sozialchauvinismus die Verteidigung der „nationalen Interessen" und Verzicht auf Klassenkampf bedeutete. „Worin besteht das ökonomische Wesen der ,Vaterlandsverteidigung' im Kriege des Jahres 1914/15?", fragte Lenin in „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale" (1916):

> „Die Bourgeoisie *aller* Großmächte führt den Krieg wegen der Aufteilung und Ausbeutung der Welt, wegen der Unterjochung der Völker. Einem kleinen Kreis der Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie und kleinbürgerlicher Mitläufer können Brocken von den großen Profiten der Bourgeoisie zufallen. Die Klassengrundlage des Sozialchauvinismus und des Opportunismus ist dieselbe: das Bündnis einer kleinen bevorrechteten Arbeiterschicht mit,ihrer' nationalen Bourgeoisie *gegen* die Masse der Arbeiterklasse, das Bündnis der Lakaien der Bourgeoisie mit *ihr gegen* die von ihr ausgebeutete Klasse."

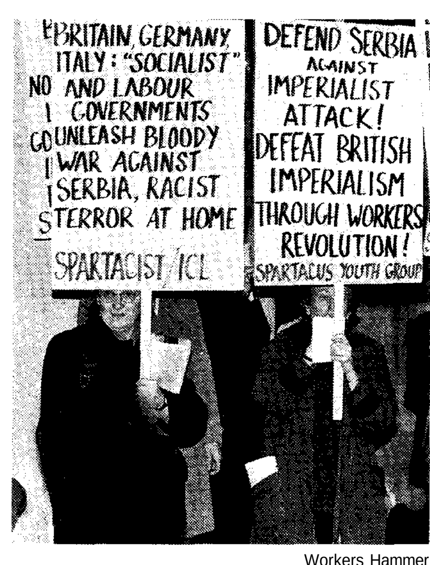
Letztes Jahr gab die Gewerkschaftsbürokratie Blair und der NATO volle Unterstützung bei der massiven Bombardierung Serbiens, eines kleinen abhängigen Landes, in der größten militärischen Feuersbrunst in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, deren Ziel die imperialistische Beherrschung und militärische Besetzung des Balkans war. Die Internationale Kommunistische Liga kämpfte für die Niederlage des Imperialismus durch Arbeiterrevolution und die Verteidigung Serbiens, und heute fordern wir: Alle imperialistischen Truppen raus aus dem Balkan. Wir nahmen auch an einer von italienischen Autoarbeitern initiierten internationalen Hilfskampagne für Autoarbeiter in der Zastava-Autofabrik von Kragujevac, Jugoslawien, teil, deren Fabrik von der NATO bombardiert wurde - absichtlich und in vollem Bewußtsein, dass sie von einem „lebenden Schutzschild" jugoslawischer Arbeiter geschützt wurde.

Protektionismus, der den „Schutz der britischen Industrie" fordert, ist Gift für die Arbeiterklasse und schürt rassistischen Terror gegen Minderheiten. Vor 20 Jahren, nach der Niederlage des Stahlstreiks, marschierte die faschistische National Front durch Corby, eine Stahlarbeiterstadt in Eng-

land, mit der Losung „Britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter". Und Protektionismus rettet bestimmt keine Arbeitsplätze; tatsächlich ist die Rettung von Arbeitsplätze;! nicht gerade das Geschäft, das von [dem TGWU-Bürokraten] Bill Morris und Konsorten betrieben wird. Ehemalige Liverpooler Dockarbeiter, die von Morris im Stich gelassen wurden, wissen das nur allzu gut. Diese durch und durch Blair-treuen Bürokraten haben bei den massiven Angriffen auf Arbeiter mitgewirkt, auch in der Autoindustrie.



AP



Workers Hammer

IKL beteiligte sich an Geldsammlung, initiiert von COBAS, für jugoslawische Autoarbeiter von Zastava. Rechts: SL/B kämpfte während des Balkankriegs für den Sturz des britischen Imperialismus und die Verteidigung von Serbien

Die Arbeiterklasse hat die Kampfkraft, sich gegen den jetzt laufenden Angriff auf ihre Arbeitsplätze zu verteidigen; er sollte mit Streiks beantwortet werden, die die gesamte Autoindustrie dichtmachen. Der einzige Weg vorwärts ist wirklicher Klassenkampf, gegen die Labour-Regierung, in dessen Verlauf die reaktionären gewerkschaftsfeindlichen Gesetze hinweggefegt werden. Aber dies erfordert einen entschiedenen Bruch mit der Gewerkschaftsbürokratie, die eng mit der Labour Party und dem Kapitalismus verbunden ist. Die Arbeiterklasse in Birmingham und den West Midlands, die in der Autoindustrie konzentriert ist, ist häufig integriert, doch rassistische Angriffe nehmen dramatisch zu. Um das Proletariat zur Verteidigung seiner eigenen Klasseninteressen und der Interessen aller Unterdrückten - Schwarzer, Asiaten, Iren und Immigranten - zu mobilisieren, ist ein Bruch mit Labour und eine neue revolutionäre Führung nötig.

Die Spartacist League kämpft für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei, die im politischen Kampf gegen Labour geschmiedet wird. Eine leninistische Avantgardepartei wird auf Grundlage des Verständnisses aufgebaut werden, dass die Arbeiter ihre eigenen Interessen und die aller Unterdrückten nur durch ihre massenhafte Mobilisierung im Kampf verteidigen können, was *nicht* in einer anderen Variante von Parlament gipfeln wird, sondern in einer wirklichen, revolutionären Arbeiterregierung, die die Bourgeoisie enteignet und eine geplante Wirtschaft errichtet, die dieses Land wieder industrialisieren und den Weg für eine sozialistische Zukunft freimachen wird.

Labour-loyale „Sozialisten" suhlen sich in britischem Chauvinismus

Die gesamte Bandbreite der Labour-treuen „Sozialisten" weidet sich an der hurrapatriotischen chauvinistischen Demonstration der Gewerkschaftsbürokratie in Birmingham. Das ist der Sozialchauvinismus im Innern - Sozialismus in Worten, Chauvinismus in Taten -, den sie während des Balkankriegs an den Tag gelegt haben, als sie für den britischen Imperialismus trommelten. Die Socialist Workers Party [Mutterorganisation von Linksruck in Deutschland] mobilisierte massiv für die Demonstration, stellte tausende Plakate zur Verfügung, die die Demonstration dominierten, und verlieh ihr so einen „sozialistischen" Anstrich.

Die SWP trug wesentlich dazu bei, dem widerlichen antideutschen Chauvinismus Öffentlichkeit zu verschaffen. Ihre Losungen waren: „Rettet unsere Arbeitsplätze - Besetzt, organisiert, kämpft für das Recht auf Arbeit - Für die sofortige erneute Verstaatlichung von Rover!" Die Demonstration zeigte anschaulich, dass eine Rückbesinnung auf die ewige Wahrheit von Old Labour, die „Nationalisierung der Verlierer" - wo die britische Regierung aufgefordert wird, die britische Industrie zu retten - wuchernden Protektionismus und Fremdenfeindlichkeit bedeutet. Die SWP-Plakate passten so vorzüglich zu dem patriotischen Charakter der Demonstration, dass sie auch von einigen Leuten getragen wurden, die buchstäblich in den Union Jack eingehüllt waren. *Socialist Worker* (8. April) pries die Demonstration als „die große Arbeitsplatz-Revolte", erwähnte nicht ihren patriotischen Charakter, sondern bemerkte lässig: „An der Demonstration vom Samstag war vieles großartig - z.B. die Tatsache, dass die Nazis der National Front von Autoarbeitern des Ordnerdienstes davon abgehalten wurden, an der Demonstration teilzunehmen." Selbstverständlich übernahmen sie keine Verantwortung dafür, eine Demonstration mit aufgebaut und unterstützt zu haben, an der die NF teilnehmen wollte.

Heute tragen die „Sozialisten", die die Birminghamer Demonstration unterstützt haben, ihren Teil der Verantwortung für das Anwachsen rassistischer Terrorbanden, wie des Mobs, der Harold and Jason McGowan in Telford ermordete. Sie werden durch den Chauvinismus von Labour und der Gewerkschaftsbürokratie ermutigt. Die Socialist Party [SP - geführt von Peter Taaffe, in Deutschland Sozialistische Alternative Voran] schwärmte, dass die Demonstration von Birmingham eine „gewaltige Darbietung menschlicher Solidarität" gewesen sei, welche „die potenzielle Stärke aufzeigt, die die Werktätigen haben, wenn sie sich zusammentun" (*Socialist*, 7. April). Das Schwenken von Union Jacks kann die SP nicht aus der Ruhe bringen, die selber wiederholt Billy Hutchinson von der loyalistischen Ulster Volunteer Force als Gastredner bei ihren Veranstaltungen hatte.

Workers Power (30. April) schwärmt von der „großartigen Demonstration von 80000 in Birmingham", meint aber, dass „es Carl Chinn überlassen wurde, in einer mit religiöser Erweckungsideologie und Patriotismus' durchsetzten Rede zur Unterstützung der britischen Fertigungsindustrie zur Aktion aufzurufen." Die „Aktion", die Workers Power im Sinn hat, „um Labour dazu zu zwingen, Rover zu verstaatlichen", ist eine Wiederaufführung dieses britisch-nationalistischen Spektakels in London! Dies passt zu einer Gruppe, die letztes Jahr bei einem obszönen NATO-freundlichen Treffen in London als Unterstützer auftrat und damit ihrer geliebten Labour-Regierung während der nächtlichen

Fortgesetzt auf Seite 20

Rover...

Fortsetzung von Seite 19

Bombenangriffe auf Serbien Beistand lieferte. Ihre britische Presse veröffentlichte einen Brief von Arbeitern in Deutschland in „Solidarität" mit den Rover-Arbeitern, der erklärt: „Wenn es jetzt bei euch einen Ausbruch des Hasses auf alles Deutsche gibt, so ist dies verständlich." Workers Power kapituliert vor dem sozialdemokratischen Nationalismus, der das Gegenteil von proletarischem Internationalismus ist.

Die britische Linke blickt zurück auf die „guten alten Zeiten" der verstaatlichten Industrie, die in der Autoindustrie bedeuteten, dass die Arbeiter von British Leyland ausgebeutet und auch entlassen wurden, manchmal mit der Geschwindigkeit von 1000 pro Monat. Diese Zeiten sind vorbei, und von Blairs Regierung - die darauf versessen ist, die Londoner U-Bahn, Sozialwohnungen und das Fluglotsen-System zu privatisieren - Verstaatlichungen zu fordern, ist nicht nur lächerlich, sondern soll auch die erbärmliche Kapitulation vor britischem Chauvinismus und Nationalismus verschleiern. Es ist notwendig, die Arbeiter *unabhängig* vom Klassenfeind und seinen Agenten in der Arbeiterbewegung zu mobilisieren.

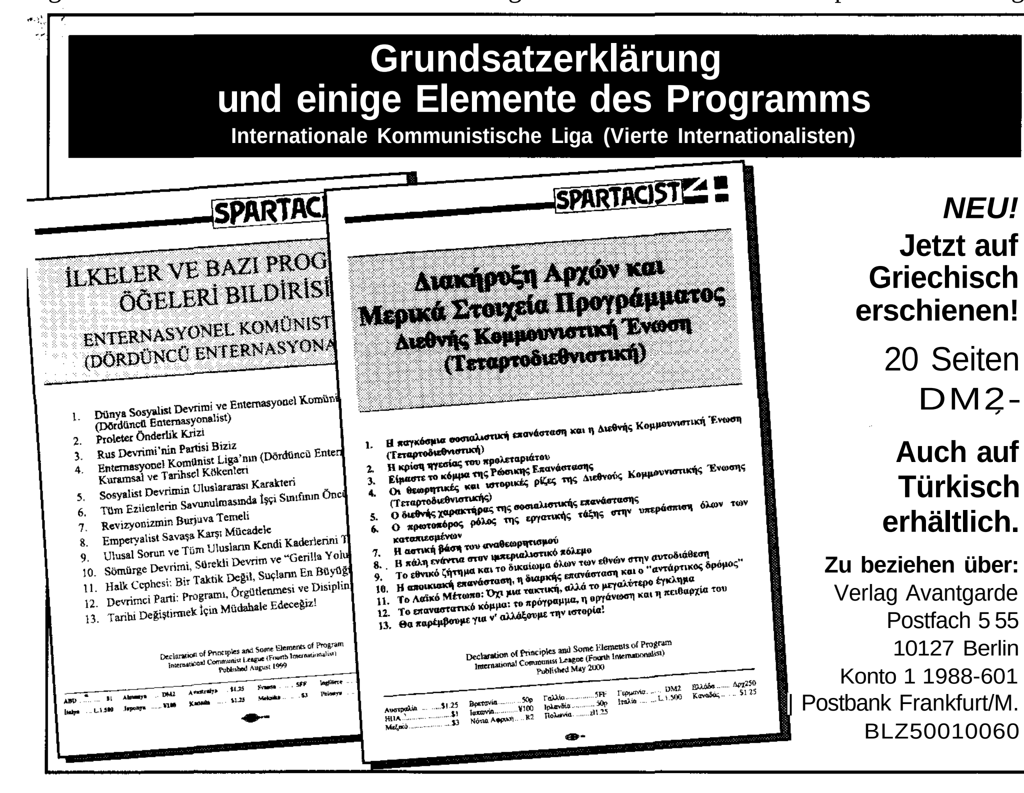
Arthur Scargills Socialist Labour Party (SLP) erklärte in für sie recht ungewöhnlichen Worten: „Nein zu antideutschen Kampagnen", „Nein zu britischem Nationalismus" und „Kämpft für eine sozialistische Lösung der Wirtschaftskrise". Aber das Programm der SLP ist Old-Labour-Reformismus, dessen Grundlage Protektionismus und Nationalismus sind. Scargill hat den Protektionismus immer unterstützt. Während der massenhaften Demonstrationen gegen die Zechenstilllegungen im Jahre 1992 unterstützte er zusammen mit Sir Winston Churchill Jr. eine Kampagne zur „Rettung britischer Kohle". Diese Demonstrationen waren ein Vorbote dessen, was heute als Reaktion auf die Betriebsschließungen in der Autoindustrie propagiert wird. Das waren klassenübergreifende Bündnisse, deren politische Hauptachse britischer Nationalismus war. Der Gegensatz zwischen den Bergarbeiterstreiks von 1984/85, die von Südafrika bis zur UdSSR *internationale proletarische* Unterstützung erhielten, und den Protesten von 1992 war krass. Die Spartaçist League rief zum Streik der Bergarbeiter auf, gemeinsam mit den Arbeitern in strategischen Industrien wie Bahn, Transport und Energie. Wir riefen auf zur Bildung von Arbeiteraktionskomitees, die mit den Zechenstilllegungen Schluss machen und das Land übernehmen.

Imperialistische Rivalität führt zum Krieg

International hat sich seit der Zerstörung der Sowjetunion durch die Konterrevolution die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten verschärft. Trotzkisten kämpften für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion, eines degenerierten Arbeiterstaats, der trotz der Herrschaft einer korrupten nationalistischen Bürokratie auf einer geplanten kollektivierten Wirtschaft aufgebaut war, hervorgegangen aus dem Triumph der bolschewistischen Oktoberrevolution von 1917. Heute ist die Rivalität zwischen den großen imperialistischen Mächten - den USA, Japan und Deutschland - enorm, und es gibt Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Mächten innerhalb der Europäischen Union (EU), dem von Deutschland dominierten Handelsblock. Die Autoindustrie in Britannien, die ungefähr 800000 Arbeiter beschäftigt, ist vollkommen im Besitz ausländischer Unternehmen, insbesondere amerikanischer und japanischer Firmen, die Britannien als Standbein in der EU benutzen. Dies zeigt anschaulich die Arbeitsweise des imperialistischen Systems, das von Lenin als Kapitalismus in seinem höchsten Stadium gekennzeichnet wurde, charakterisiert durch die Herrschaft des Finanzkapitals und die Konzentration der Produktion in den Händen einer kleinen Anzahl sehr großer Unternehmen. Die Konkurrenz zwischen diesen Unternehmen um die Beherrschung der internationalen Märkte ist unerbittlich, und es gibt andauernde Bestrebungen nach Rationalisierung.

Die größten Namen in der Autoindustrie - General Motors, Ford, Volkswagen, Toyota und DaimlerChrysler - waren alle an einer jüngsten Fusionsrunde und an Übernahmeversuchen von Unternehmen wie Fiat, Honda, Peugeot-Citroën und BMW beteiligt. Der *Economist* (26. Februar) berichtet, dass jetzt 70 Prozent des Marktes unter sechs Firmen aufgeteilt sind und dass BMW, obwohl profitabel, von Rover zur Ader gelassen wurde - seinem „englischen Patienten", dessen Autos so schwer zu verkaufen waren, dass eine ganze „Flotte der ausgezeichneten Rover 75-Limousine die Parkplätze in den englischen Midlands verstopft". Und auch wenn diese Konzerne häufig Betriebe in weit entfernten Ländern errichten, so behalten sie doch ihre Basis in ihren jeweiligen Nationalstaaten, welche in der nachsowjetischen Periode in wachsendem Maße in den interimperialistischen Rivalitäten verwickelt sind.

Die EU, ehemals ein diplomatisches Anhängsel des antisowjetischen NATO-Bündnisses, ist heute ein instabiles Anhängsel der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Prioritäten der europäischen Kapitalisten. Als proletarische Internationalisten kämpft die IKL gegen die EU, die ein imperialistischer Wirtschaftsblock ist und eine Einrichtung der kapitalistischen Kooperation gegen die Arbeiter Europas, gegen Immigranten sowie gegen rivalisierende imperialistische Mächte. Wie Lenin sind wir der Meinung, dass es unmöglich ist, einen stabilen europäischen „Superstaat" herauszubil-





Independent



Britta Koropp

Links: Autoarbeiter protestieren in Frankreich und Belgien 1997 gegen Schließung von Renault-Fabrik in Vilvoorde, Belgien. Rechts: VW Wolfsburg, Streik gegen Entlassungen im Februar 2000. Zeitgleich wurden Arbeiter von VW in Südafrika gefeuert, doch nationalistische IGM-Bürokratie verhinderte gemeinsamen Klassenkampf

den, denn der Kapitalismus ist auf Grundlage von Nationalstaaten organisiert.

Die britische Bourgeoisie ist in ihrer Einstellung gegenüber der EU gespalten, was ihren Loyalitätskonflikt in Bezug auf den US-Imperialismus und dessen deutschen Rivalen widerspiegelt. Die City of London tritt als Juniorpartner von Wall Street auf in Konkurrenz zu Frankfurt, aber die Fertigungsindustrie sucht eher engere Verbindungen zur EU und würde lieber dem Euro beitreten. Den Kapitalisten der Fertigungsindustrie bereitet es Sorge, dass in Britannien hergestellte Waren teurer sind als Waren aus der Euro-Zone und sie dadurch außerhalb Britanniens schwerer zu verkaufen sind. Auf der Demonstration in Birmingham griffen die Gewerkschaftsbürokraten dieses Argument auf und beschwörten die Regierung, dass das starke Pfund die britischen Exporte benachteilige.

Um den Beitritt Britanniens zum Euro zu beschleunigen, ist Blair davon besessen, den Union Jack gegenüber den „Euroskeptikern" für sich zu beanspruchen. Er hat einen patriotischen Kreuzzug angefangen und sagt: „Was Europa angeht, so bedeutet es nicht, antieuropäisch zu sein, wenn man sich für Britannien einsetzt. Es ist nicht pro-britisch, antieuropäisch zu sein", und schließt in seine Liste der Interessen Britanniens ein, „Europa näher an die USA heranzurücken" *(Independent, 29.* März). Dies beschreibt die Rolle, die er für Britannien als Juniorpartner des US-Imperialismus innerhalb der EU sucht.

Unsere Opposition gegenüber der EU hat als Grundlage proletarischen Internationalismus, der dem nationalistischen Protektionismus, der von den „Euroskeptikern" propagiert wird, genau entgegengesetzt ist, seien es nun Old-Labour-Reformisten wie Scargill oder EU-freundliche Gewerkschaftsbürokraten wie Ken Jackson oder Bill Morris. Der widerliche fahnenschwenkende Chauvinismus ihrer „Rettet Rover"-Kampagne ist das passende Beiwerk zu ihrer den Klassenkampf zurückweisenden Politik, der Ausdruck ihres Eifers, dem britischen Imperialismus zu Hause und im Ausland zu dienen.

Die Gewerkschaftsbewegung muss einen Klassenkampf um Arbeitsplätze und bessere Arbeitsbedingungen führen, der über die nationalen Grenzen hinausgeht und unvermeidlich das gesamte kapitalistische System herausfordern wird. Der Kapitalismus hat einen Weltmarkt geschaffen und damit, wie Karl Marx und Friedrich Engels vor über 150 Jahren dargelegt haben, gleichzeitig die Grundlage für proletarischen Internationalismus gelegt. Die Arbeiter in Deutschland sind ähnlichen Angriffen von Gerhard Schröders regierenden Sozialdemokraten ausgesetzt wie die Arbeiter in Britannien von Blair und New Labour. In ganz Europa ist es die strategische Aufgabe für Revolutionäre, die Arbeiter zu der Erkenntnis zu bringen, dass ein vollständiger Bruch mit der Sozialdemokratie unerlässlich ist.

Die IKL hat sich der Aufgabe verschrieben, Trotzkis Vierte Internationale wiederzuschmieden, das notwendige Instrument zum Kampf für neue Oktoberrevolutionen, durch unerbittlichen politischen Kampf gegen sozialdemokratische Parteien und die vorgeblichen „Sozialisten" in ihrem Dunstkreis. Für eine Föderation der Arbeiterrepubliken der Britischen Inseln, als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!»



Cliffs Kalte Krieger...

Fortsetzung von Seite 17

Anti-China-Kampagne und der der Republikaner, zu einer Zeit, wo die protektionistischen Kampagnen der Gewerkschaften die „Demokraten in tiefe Besorgnis stürzen", wie die *New York Times* (12. April) bemerkt; denn die Gewerkschaften sind die aktivste Wählerschaft der Demokraten, und ihre Aktionen gegen China haben die Partei in einem Wahljahr gespalten. Die ISO ist besorgt, dass die Gewerkschaftsbürokratie sich zu weit von der Herde der Demokraten entfernt: „AFL-CIO-Funktionäre haben angekündigt, dass sie bereit wären, mit republikanischen Kongressmitgliedern, die die Gewerkschaft hassen, zusammenzuarbeiten, um Chinas Beitritt zu verhindern" *(Socidist Worker,* 3. März). Und die ISO beschwert sich sogar, dass Clinton zu *weich* gegenüber China sei: „1991 griff Möchtegern-Präsident Bill Clinton den damaligen Präsidenten Bush dafür an, ‚Diktatoren zu hätscheln' und Handelsbeziehungen zu China aufrechtzuerhalten. Aber nachdem er als Gewerkschaftsfreund posiert hatte und ins Weiße Haus gewählt worden war, ließ Clinton schnell jede Idee von Sanktionen gegen China fallen und übernahm Bushs Politik" *(International Sodalist Review,* Frühjahr 2000).

Im Grunde genommen bittet die ISO die Gewerkschaftsbürokraten einfach nur darum, zu den Demokraten netter zu sein. Sie schreibt: „Wenn es der AFL-CIO ernst ist mit dem Kampf für Arbeiterrechte, dann muss sie der Tatsache ins Auge sehen, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht" *(Sodalist Worker,* 3. März). Dieser berühmte Ausruf von Karl Liebknecht ist eine Ermahnung, sich gegen die „eigene" herrschende Klasse zu stellen. Es ist völlig lächerlich, mit solchen Worten an die AFL-CIO-Spitzen zu appellieren, die international als *Agenten* des „Hauptfeindes im eigenen Land" füngieren. Wie Lenin uns lehrte, sind die prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokraten eine „Arbeiteraristokratie", die mit Geld aus den Profiten der imperialistischen Plünderungen bestochen wird.

Wenn revolutionäre Marxisten sagen: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land", dann bringen wir unsere Perspektive zum Ausdruck, das Proletariat im revolutionären Kampf zu mobilisieren, um die Macht unserer „eigenen" Bourgeoisie zu zerschlagen, der reichsten und gefährlichsten imperialistischen Kraft auf dem Erdball. Das beinhaltet, von den Demokraten zu brechen und eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften zu schmieden. Es bedeutet auch die bedingungslose militärische Verteidigung der revolutionären Errungenschaften, die bereits erobert wurden und in China weiterhin existieren; das ist Teil des Kampfes für die sozialistische Machteroberung durch das Proletariat weltweit, die die materielle Grundlage dafür legen wird, Armut, Krankheiten und soziale Unterdrückung zu beenden, die der Imperialismus Millionen auf der ganzen Welt aufzwingt. Während die ISO versucht, Jugendliche als Wasserträger für die reaktionäre AFL-CIO anzuwerben, die sich ihrerseits hinter die konterrevolutionären Ziele des US-Imperialismus stellt, kämpfen die Spartacus Youth Clubs (Jugendclubs der SL/U.S.) dafür, Jugendliche für ein Programm der Arbeiterrevolution gegen den US-Imperialismus zu gewinnen.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 735, 5. Mai 2000*

Freiheit für Mumia...

Fortsetzung von Seite 10

Aber als er *wiederum* verurteilt wurde, zogen sich die Liberalen von seinem Fall fluchtartig zurück und Carter verbrachte weitere zehn Jahre im Gefängnis. Lasst euch nicht durch diejenigen, die Vertrauen in die „Neutralität" des rassistischen, imperialistischen US-Staates predigen, davon abhalten, eure Entschlossenheit zur Befreiung Mumias zu demonstrieren!

Wir gehen zuerst von dem marxistischen Verständnis aus, dass der kapitalistische Staat, basierend auf den Bullen, Gerichten und Gefängnissen, ein Mittel der organisierten Gewalt gegen die ausgebeutete und unterdrückte Arbeiterklasse ist. Während wir jedes Mittel der Rechtshilfe nutzen müssen, muss der Kampf für Mumias Freiheit *unabhängig vom rassistischen kapitalistischen Staat,* der seit Jahren an dem Komplott gegen ihn arbeitet, mobilisiert werden.

Wir setzen unser ganzes Vertrauen in die soziale Macht der multirassischen Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften der Arbeiter sind im rassistischen Amerika die einzige bedeutende Kraft für die Integration am Arbeitsplatz und in der Fabrik. Im Gegensatz zu Studenten hat die Arbeiterklasse in den Gewerkschaften die soziale Macht und das Potenzial, zum Bataillon im Kampf gegen Rassenunterdrückung und Ausbeutung zu werden und die Grundlagen des verfallenden Weltimperialismus zu erschüttern. Wenn der Kampf für die Freiheit Mumias und für die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe durch eine Mobilisierung der Gewerkschaftsbewegung in Angriff genommen wird, wäre das ein erster, gewaltiger Schritt in diese Richtung. Aber um diesen Kampf zu führen, muss die Arbeiterbewegung den Einfluss der derzeitigen prokapitalistischen AFL-CIO-Irreführung brechen, die die Arbeiterklasse an Händen und Füßen fesselt, indem sie Vertrauen in die kapitalistische Demokratische Partei predigt. Im Kampf für Mumias Freiheit muss nicht nur gegen den kapitalistischen Staat mobilisiert werden, sondern auch gegen die kapitalistischen Parteien, die ihn verwalten.

Am 23. Oktober 1999 hat eine machtvolle multirassische, auf der Arbeiterklasse basierende Mobilisierung von 10000 Menschen, die vom PDC initiiert wurde, die rassistischen Terroristen des KKK aus den Straßen von New York City verjagt - gegen den Widerstand der Demokratischen Partei, die *die „Rechte" der KKK-Mörder verteidigte.* Das war im kleinen Maßstab ein machtvolles Beispiel von einer revolutionären Arbeiterpartei in Aktion - die alle Unterdrückten hinter der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten, deren Parteien und deren Staat mobilisierte -, im Gegensatz zu den Irreführern der Gewerkschaften, die Arbeiter und Schwarze an die Demokraten ketten.

Als Mumia im August 1995 ein Aufschub der Hinrichtung bewilligt wurde, schrieb er: „Lasst uns diese wertvolle Zeit nutzen, eine stärkere und breitere Bewegung aufzubauen, um nicht eine Hinrichtung aufzuschieben', sondern alle zu stoppen! *Nieder mit der rassistischen US-Todesstrafe!"* Die Unterdrückung der Schwarzen ist ein integraler Bestandteil des rassistischen amerikanischen Kapitalismus. Um den ganzen kapitalistischen Unterdrückungsapparat wegzufegen und um mit seinem ganzen System von Rassenunterdrückung, Ausbeutung und Krieg Schluss zu machen, braucht man eine multirassische revolutionäre Arbeiterpartei, die den Kampf führt für eine Arbeiterregierung, die die Industrie den kapitalistischen Eigentümern entreißen und Amerika auf einer sozialistischen Planwirtschaft wieder aufbauen wird. *Führt den Bürgerkrieg zu Ende! Vorwärts zu einem Arbeiterstaat!*

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 736, 19. Mai 2000*

Gruppe Spartakus...

Fortsetzung von Seite 8

durchführen konnte. Sie sahen und sehen die Konterrevolution als sozialdemokratisch gegeben an und als unabwendbar. Die Konterrevolution in der DDR, in Osteuropa und der Sowjetunion und das kapitalistische Elend von Massenarbeitslosigkeit und Armut sind aber genau die Basis für das alarmierende Anwachsen von Faschismus und fremdenfeindlichem chauvinistischem Terror.

Der Eintritt von Haiders FPÖ in die Koalitionsregierung mit der ÖVP führte zu großen Demonstrationen in Wien und ganz Westeuropa gegen diese Regierung. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ stellt eine finstere Bedrohung der Arbeiterklasse, der Immigranten und anderen Minderheiten dar. Doch die Stoßrichtung der Proteste ist es, die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) wieder an die Macht zu bringen, die jahrzehntelang den rassistischen kapitalistischen österreichischen Staat verwaltet hat. Diese Politik des „kleineren Übels" ist die Essenz des Reformismus und dient dazu, die Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse aufzufangen, sie vom Klassenkampf in den Fabriken abzuhalten und in parlamentarische Manöver und Bündnisse mit der Bourgeoisie (Volksfronten) zu lenken. So binden die Sozialdemokraten, ihre zentristischen Anhängsel und die Gewerkschaftsbürokraten die Arbeiter als Klasse an den kapitalistischen Staat.

Faschismus ist kein Betriebsunfall, sondern ein logisches Resultat der kapitalistischen Gesellschaft, welche die ihr innewohnenden Widersprüche nicht mehr mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie zähmen kann. Es gibt also keinen grundlegenden sozialen Konflikt zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus. Der Versuch der SPD und ihrer linken Anhängsel, die bürgerliche Demokratie zu bewahren, ist daher völlig nutzlos. Schlimmer noch, er würde den Faschismus, als logischen Auswuchs des Kapitalismus, letztendlich unvermeidlich machen, wie die deutsche Geschichte nur zu deutlich bewiesen hat. Der Kampf für *proletarische Demokratie* - d. h. die *Diktatur des Proletariats,* einen *Arbeiterstaat* - wird die bürgerliche „Demokratie", die Herrschaft der Kapitalisten, zerschlagen und damit auch die Basis des Faschismus.

Der GS ist es in Wirklichkeit völlig egal, ob die Republikaner oder die FPÖ Nazis sind oder nicht - für ihre tatsächliche Politik macht dies keinerlei Unterschied. So schreiben sie: „Die FPÖ beherbergt in ihren Reihen Nazis, verharmlost den Nationalsozialismus und verbreitet extreme rassistische Demagogie. Es ist deshalb wichtig, ihr öffentliches Auftreten zu verhindern" *(Bolschewik,* Mai 2000). Hauptsache „Einheit gegen rechts" - aber diese Logik dient immer nur dazu, Einheit mit der SPD oder SPÖ herzustellen. Dies wurde von ihnen klar am Vorabend der Bundestagswahlen 1998 ausgedrückt - als die SPD auf dem Sprung in die Regierung rassistischen Staatsterror schürte und anführte und sich bereit machte, den Balkankrieg zu führen. Da propagierte die GS, die SPD-Führung zum „Kampf gegen den Faschismus" aufzufordern: „Die Aufgabe von Revolutionärinnen ist es, im anti-faschistischen Kampf auch die Einheitsfront mit den reformistischen Führungen von Gewerkschaften, SPD und PDS zu suchen, um sie in der Aktion mit ‚ihrer' Basis zu testen" *(Bolschewik,* April 1998). SPD und PDS tischen uns tatsächlich jede Menge „Aktion" auf: Sie dirigieren rassistischen Staatsterror, schützen die Nazis durch ihre Bullen und lassen Anti-Nazi-Demonstrationen niederknüppeln.

Eine Einheitsfront, um die Nazis zu stoppen, muss auf der unabhängigen Mobilisierung der Arbeiterklasse basieren. Was SPD, PDS und Gewerkschaftsbürokratie organisieren, und wo sich die GS ihnen immer unterordnet, sind



Der Spiegel

Dezember 1989, Berliner SPD-Parteitag. Antikommunistische SPD kämpfte von Anfang an für Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats DDR. GS schrie im Januar 1990 nach „Einheitsfront" mit SPD

nicht Einheitsfrontaktionen, um die Nazis zu stoppen, sondern Propagandablöcke („Gemeinsam gegen rechts") und Volksfrontbündnisse. Sie sind eine Abdeckung der rassistischen und imperialistischen Politik der Sozialdemokratie an der Regierung. Diese „Einheit" soll Arbeiter und linke Jugendliche mit ihrer eigenen herrschenden Klasse versöhnen und ermöglicht es so den Nazis, ungehindert durch Großstädte mit einer starken, gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse zu marschieren.

Wir intervenierten in Wien und bei anderen Protesten gegen Haider in Europa mit unserem Flugblatt „Vorsicht vor EU-Sozialdemokraten - imperialistische Schlächter und Streikbrecher. Nieder mit dem rassistischen Demagogen Haider!", um Arbeiter und linke Jugendliche von der Notwendigkeit des Bruchs mit der Sozialdemokratie zu überzeugen, um das kapitalistische System zu stürzen, das unweigerlich Rassismus und imperialistische Kriege hervorbringt. Genauso intervenierten z.B. unsere französischen Genossen gegen die KP/SP-Volksfrontregierung, d. h. gegen den eigenen Imperialismus.

Der SPD-geführte deutsche Imperialismus will, mit Hilfe seiner Partner in der EU, mit den Sanktionen gegen Österreich einen Präzedenzfall schaffen, um anderen EU-Staaten seine Politik zu diktieren. Innenpolitisch hat die

Fortgesetzt auf Seite 24



AP/DPA



Spartakist

Westberlin, 30. Januar 1989: 20000 Arbeiter/Immigranten protestierten gegen Wahlerfolg der Republikaner-Nazis (links). Nazi-Wahlspot war Auslöser für Mord an Ufuk ªahin. Spartakisten auf Protestdemonstration am 20. Mai

Gruppe Spartakus...

Fortsetzung von Seite 23

Anti-Haider-Kampagne den Zweck, insbesondere in Deutschland, dass sich die Regierungen ein antifaschistisches Mäntelchen umhängen können, während sie rassistischen Staatsterror organisieren und mit ihrer Sozialraubpolitik die Arbeiterklasse angreifen. Als proletarische Internationalisten stehen wir Spartakisten in unerschütterlicher Opposition gegen unseren „eigenen" Imperialismus. In der Tradition Karl Liebknechts erklären wir: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!"

Ganz im Gegensatz dazu die GS. Von den Demonstrationen gegen Haider schreibt die GS: „... nicht alle Protestteilnehmerinnen sind (unabänderliche) Laufburschen der Sozialdemokratie" („Dr. Jekyll und Mr. Haider", *Bolschewik,* Mai 2000). Mit Sicherheit sehen sich nicht alle, die gegen Haider demonstrieren, als Laufburschen der Sozialdemokratie. Doch gerade diese sollten sich insbesondere vor der GS in Acht nehmen. Die GS ist nicht nur ein Laufbursche für die rassistische SPÖ. Es war die SPD, die im Interesse des deutschen Imperialismus bei der Holocaust-Konferenz in Schweden Ende Januar darauf drängte, die Sanktionen gegen Österreich zu verhängen. Aber die GS dreht die Geschichte um und stellt den deutschen Imperialismus als *Opfer* dar: „Viertens können es die europäischen Konkurrenten des deutschen Imperialismus nicht hinnehmen, daß dieser durch Haiders Relativierung des Nationalsozialismus indirekt entlastet wird" *(Bolschewik,* Mai 2000). Ansonsten taucht die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz in diesem Artikel gar nicht auf. Das ist eine unverfrorene Unterstützung des eigenen Imperialismus und seiner SPD-geführten Regierung, die die Anti-Haider-Kampagne initiiert haben und dazu benutzen wollen, um jede Unbotmäßigkeit eines EU-Landes, speziell jede Gegnerschaft zu einer EU-Osterweiterung, zu unterdrücken. Die EU-Osterweiterung ist ein Instrument des deutschen Imperialismus für ihren erneuten Drang nach Osten. Lenin brandmarkte „Sozialisten" wie die GS, die ihre eigene Bourgeoisie unterstützen, als Sozialchauvinisten.

Die GS verneint die Führung der SPÖ bei den Protesten gegen Haider und schreibt: „Solange die Proteste nicht direkt zur Unterstützung der SPÖ aufrufen, können Marxistinnen an ihnen mit ihren eigenen Losungen teilnehmen". Ihre Losungen sind: „Für einen Generalstreik gegen die Regierung und alle Angriffe auf Arbeiterinnen und Immigrantinnen! Keine bürgerliche Regierung, eine Arbeiterregierung! Brecht mit der SPÖ!" Bereits in unserem Flugblatt vom 18. Februar polemisierten wir gegen Gruppen wie Arbeiterinnenstandpunkt (ASt) und Sozialistische Linkspartei (SLP), über deren Aufrufe zum Generalstreik bzw. deren Losungen: „In einer Situation, in der es keine faschistischen Mobilisierungen in den Straßen gibt und die Hauptfrage die Beteiligung der FPÖ an der Regierung ist, können die Losungen ‚Stoppt Haider', ‚Streik jetzt!' nur einen Aufruf für außerparlamentarische Aktionen für eine neue parlamentarische Koalition bedeuten, d. h. ein .militanter' Ruf, die FPÖ durch die SPÖ zu ersetzen." Genau dies trifft auch auf die GS zu. Nachdem sie uns zitiert hat, fragt die GS in ihrer Polemik: „Nur, was bedeutet dann eigentlich die korrekte Hauptlosung des Spartakist-Flugblattes ‚Nieder mit dem rassistischen Demagogen Haider'?" Die GS kann sich nichts anderes vorstellen, als dass dies eine Aufforderung an die SPÖ ist! Aber unsere Perspektive ist diametral entgegengesetzt: die von der Bourgeoisie und ihren Agenten in der Arbeiterbewegung unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse. Um Haider zu bekämpfen, ist der Bruch mit dem Kapitalismus unabdingbar, der notwendigerweise Rassismus, Kriege und Elend hervorbringt.

Die Appetite der GS/IBT liegen exakt bei der Sozialdemokratie. Wie Trotzki in „Zentrismus und die Vierte Internationale" betonte: „Der Zentrist schwört auf die Einheitsfrontpolitik, wobei er sie des revolutionären Inhalts beraubt und aus einer taktischen Methode zum obersten Grundsatz macht." Dieses herausragende Zeichen des Zentrismus trifft auf die GS/IBT voll zu. Wenn sie von Einheitsfront sprechen, dann um die Einheit mit diesen imperialistischen Schlächtern und Feinden der Arbeiterklasse herzustellen. Im Gegensatz hierzu führen wir einen Kampf für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die nur im Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre linken Stiefellecker geschmiedet werden kann.

Die GS/IBT sind in Deutschland und international immer wieder auf das Engste verbunden mit ihrer Bourgeoisie und sind nichts anderes als eine Druckgruppe auf die sozialdemokratischen Parteien ihrer jeweiligen Länder. Hierzulande wollen sie der SPD ein „antifaschistisches" Mäntelchen umhängen. Ihre kanadische Gruppe geht Arm in Arm mit der englischsprachigen Bourgeoisie, um die Unabhängigkeit Quebecs zu bekämpfen. Während des Balkankriegs 1999 stimmten sie bis in den Mai hinein mit Schröder, Scharping, Blair und Clinton in das Kriegsgeschrei über das „arme, kleine Kosovo" ein, während die Bomben auf Belgrad fielen. Ihre Position änderten sie erst, als die bürgerliche Presse offen von der UCK als den Bodentruppen der NATO zu sprechen begann. Wir Trotzkisten hingegen riefen auf, den „eigenen", in Deutschland SPD-geführten Imperialismus durch Arbeiterrevolution zu stürzen und Serbien zu verteidigen.«

Linksruck in Trouble...

Fortsetzung von Seite 4

Unsere Genossin Carla, die wir während der Rosa-Luxemburg-Tage zur Spartakist-Jugend gewannen, sprach auf einer Veranstaltung zu Seattle. Sie beschrieb die Politik der Anti-IWF-Demo als antikommunistisch, weil ein wesentlicher Teil der Anti-IWF-Aktionen die so genannte „Seattle Tea Party" war, bei der auf Geheiß der prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie chinesischer Stahl im Hafen versenkt wurde. Und buddhistische Mönche demonstrierten für ein „Freies Tibet". Solche Aktionen zielen auf die Zerstörung des chinesischen deformierten Arbeiterstaats, der auf vergesellschaftetem Eigentum basiert. Unsere Genossin rief dazu auf, China bedingungslos militärisch gegen Konterrevolution zu verteidigen, und betonte die Notwendigkeit des Aufbaus einer trotzkistischen Partei in China. Einige Linksruckler applaudierten, was zeigt, dass sie in einem Widerspruch sind zwischen ihrem Willen, gegen die Einführung des Kapitalismus in China zu kämpfen, und dem Programm ihrer Organisation, die jede Konterrevolution gegen die deformierten Arbeiterstaaten unterstützt hat.

Auf einem Seminar über Frauenbefreiung betonte Carla, dass der Weg zur Frauenbefreiung die sozialistische Revolution ist, da die Unterdrückung der Frau im Kapitalismus wurzelt. Deswegen bilden wir junge Frauen dazu aus, Führerinnen der Arbeiterklasse zu werden. Carla sprach über Afghanistan, wo 1979 ein Bürgerkrieg ausbrach zwischen einem kleinbürgerlich-nationalistischen Regime, das Frauen die Möglichkeit gab, den Schleier abzulegen und in den Genuss von Bildung zu kommen, und den reaktionären, Frauen mordenden und CIA-unterstützten islamischen Mudschaheddin. Als die Rote Armee in diesem Krieg gegen die Mullahs intervenierte, riefen wir „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!" und kämpften für die Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker. Die SAG rief damals „Russen raus aus Afghanistan!" *(SozialistischeArbeiterzeitung,* 9. Januar 1980), und 1989, als die Moskauer Stalinisten die Rote Armee aus Afghanistan verräterischerweise abzogen, jubelte die SAG: „Der Weg nach vorn führt über den Sieg der Mullahs!" *(Klassenkampf, März* 1989). Carla schloss ihren Beitrag damit, dass China heute von kapitalistischer Konterrevolution bedroht wird. Unsere Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats in China basiert nicht zuletzt darauf, dass Frauen unter den ersten und am härtesten getroffenen Opfern einer Konterrevolution sein würden, wenn diese nicht durch eine proletarisch-politische Revolution gestoppt wird.

Der amerikanische Trotzkist und Führer der Socialist Workers Party, James P. Cannon, führte 1939 einen Kampf gegen eine Opposition in der SWP, die am Vorabend des Zweiten Weltkriegs die Verteidigung der Sowjetunion aufgab, zehn Jahre vor Tony Cliff. In der Rede „Wir sind die Partei der Russischen Revolution!" machte er folgende Feststellung: „Verteidigung und Defätismus sind zwei grundsätzliche, das heißt unversöhnliche, Positionen... Die Verteidiger des eigenen Landes waren Defätisten gegenüber Russland. Die Verteidiger Russlands waren Defätisten gegenüber ihrem eigenen Land." Um zu beweisen, dass die Unterstützung von Linksruck für die Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion damit einhergeht, den eigenen Imperialismus zu unterstützen, redeten unsere Genossen mit Linksrucklern über den imperialistischen Krieg gegen Serbien letztes Jahr. Wir riefen damals dazu auf, den Imperialismus durch Arbeiterrevolution zu stürzen und Serbien gegen die NATO-Angriffe zu verteidigen. Linksruck sprach sich zwar gegen die NATO-Bombardierungen aus, aber das hatte nichts damit zu tun, dass Linksruck an einem Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie interessiert war. In der Broschüre „Perspektiven für Frieden auf dem Balkan", die Linksruck mitten im Krieg herausgab, heißt es: „In den vergangenen 100 Jahren war der US-Imperialismus zweifelsohne die aggressivste Macht der Welt." Das ist giftiger nationalistischer Antiamerikanismus und lenkt von den Verbrechen des deutschen Imperialismus ab, nicht zuletzt vom Holocaust, bei dem 6 Millionen Juden von der deutschen Bourgeoisie ermordet wurden.

Ein Führer der britischen Schwesterpartei von Linksruck, Alex Callinicos, unterschrieb während des Kriegs einen Brief, der ein Ende des NATO-Kriegs, stattdessen aber eine Stationierung von OSZE-Truppen im Kosovo forderte. Die OSZE-Truppen sind aber auch imperialistische Truppen, nämlich unter dem Befehl von europäischen Imperialisten im Bündnis mit dem heute kapitalistischen Russland. Ein britischer Kader von Linksruck, der zu unserem Büchertisch kam, verteidigte den Brief von Callinicos und meinte, es sei in erster Linie ein Brief für Frieden gewesen. Als wir ihn aufforderten, den umstehenden Leuten zu erklären, wie die Besetzung des Kosovo durch Truppen europäischer Imperialisten Frieden auf dem Balkan bringen würde, erblasste er und verließ die Diskussion. Kurz darauf verkauften wir ein *Spartakist-Abo* an einen der Jugendlichen, die der Diskussion aufmerksam folgten.

An den Rosa-Luxemburg-Tagen nahmen auch die Gruppe Arbeitermacht und die Sozialistische Alternative Voran teil. Manchen mögen diese Gruppen als eine linke Alternative zum Hinterherlaufen von Linksruck hinter der Sozialdemokratie erscheinen. Sowohl die GAM als auch die SAV kritisieren Linksruck für ihren „Staatskapitalismus". Aber keine der beiden Gruppen zieht programmatische Schlussfolgerungen daraus. Im Februar 1990 rief die SAV „Für die Vereinigung BRD/DDR!" und forderte die SPD auf, „in die Offensive!" *(Voran,* Februar 1990) zu gehen, die wiederum von Anfang an für kapitalistische Wiedervereinigung eintrat. Während der politischen Revolution in der DDR gab die irische Gruppe der GAM die Losung aus: „Nieder mit dem Stalinismus - Nieder mit dem Imperialismus". Das setzt ein Gleichheitszeichen zwischen einem deformierten Arbeiterstaat und einem kapitalistischen Staat, genau wie es Tony Cliff tat. Die Schwestergruppen der GAM und der SAV standen in der Sowjetunion zusammen mit den Cliff-Anhängern auf den Jelzin-Barrikaden der Konterrevolution. Wie wir an GAM und SAV sehen können, bedeutet eine *Papierkritik* am „Staatskapitalismus" noch lange nicht, die deformierten Arbeiterstaaten gegen Konterrevolution zu verteidigen.

Wir von der Spartakist-Jugend gewinnen Jugendliche zum Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, die auf dem Programm basiert, die Arbeiterklasse weltweit an die Macht zu bringen. Deswegen versuchen wir linke Jugendliche, die für Revolution kämpfen wollen, von unserem Programm zu überzeugen und von anderen Gruppen zu brechen, die vorgeben revolutionär zu sein, aber in der Praxis eine konterrevolutionäre Politik betreiben, so wie Linksruck, GAM und SAV. Wie Genossin Carla am Ende der Rosa-Luxemburg-Tage in ihrer Eintrittserkläru.ng schrieb: „Viele andere scheinbar linke Gruppen haben mir gezeigt, wie sehr sie von dieser Linie nicht nur abweichen, sondern auch ein Hindernis sind, auch wenn sie oft vorgeben, dieselben Ziele zu haben. Die Diskussionen in den letzten beiden Tagen haben mich noch einmal verfestigt in meinen Meinungen. Und nun fühle ich mich endlich bereit dazu, der Spartakist-Jugend beizutreten, um meinen Überzeugungen Konsequenz zu verleihen." Mitglieder von Linksruck, die für Revolution kämpfen wollen: Lest unsere Propaganda und sucht die Diskussion mit uns.

PDS: Keine Alternative...

Fortsetzung von Seite 32

geschlossener Friede würde nur eine Atempause vor einem neuerlichen Krieg sein. Nur ein revolutionärer Massenkampf gegen Krieg und Imperialismus, den der Krieg hervorbringt, kann einen wirklichen Frieden sichern. [Lenin:] ,Ohne eine Anzahl von Revolutionen ist der sogenannte demokratische Frieden eine Mittelklasse-Utopie.'" Wir Trotzkisten kämpfen für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, deren Zweck es ist, in einer proletarischen Revolution die Arbeiterklasse an die Macht zu führen und dieses kapitalistische System, die Ursache von Rassismus, Krieg, Armut, hinwegzufegen.

Die Kommunistische Plattform der PDS jubelt jetzt nach Münster: „Die Entscheidung des Münsteraner Parteitages ... ist von prinzipieller Bedeutung für den Erhalt der Partei, sowie ihr Ansehen unter Sympathisantinnen und Wählerinnen" *(Mitteilung* Nr. 6/2000). Winfried Wolf sagt: „Faktisch wurde mit Zweidrittel-Mehrheit Nein zu jedem Einfallstor für militaristische Lösungen gesagt" (Erklärung vom 11. April). Und der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) erklärt, dass „eine Aufweichung der friedenspolitischen Positionen der PDS vorerst verhindert" worden sei *(Avanti,* Mai 2000). Ihnen geht es darum, das Ansehen und vor allem die Einheit der PDS zu bewahren, um besser Druck auf sie ausüben zu können.

PDS - Alternative Strategen für deutschen Imperialismus

Als Ergebnis der konterrevolutionären Zerstörung des degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas haben sich die interimperialistischen Rivalitäten immens verschärft. Während des Balkankrieges war ein Teil der deutschen Bourgeoisie nicht begeistert davon, dass die Vereinigten Staaten, d. h. ihr imperialistischer Rivale, ihren Einfluss auf dem Balkan verstärken, den die deutsche Bourgeoisie als ihren Brückenkopf zum Öl des Nahen Ostens und des Kaukasus betrachtet. So beklagte sich der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, unter dessen Regierung NATO-Atomraketen gegen die Sowjetunion in Deutschland stationiert worden waren, Deutschland werde „gegängelt von der USA". Und das war auch der wahre Grund der Opposition der PDS gegen den Krieg. So zitierte Wolfgang Gehrcke, außenpolitischer Sprecher der PDS, zustimmend Schmidts Erklärung vor dem Bundestag und schrieb am 28. Mai vorigen Jahres, während der deutsche Imperialismus Bomben auf Jugoslawien hageln ließ, einen Brief an Fischer, in dem es hieß: „Es geht um Europa und um Deutschland... Ihre Ankündigungen, ,Rußland ins Boot zu holen', Ihre Bereitschaft, auch mit Milosevic zu verhandeln, und die Absicht, die UNO wieder zum Akteur zu machen, werden zur Farce, wenn zugleich einseitig die NATO Fakten schafft, an denen schon der Vertrag von Rambouillet scheiterte."

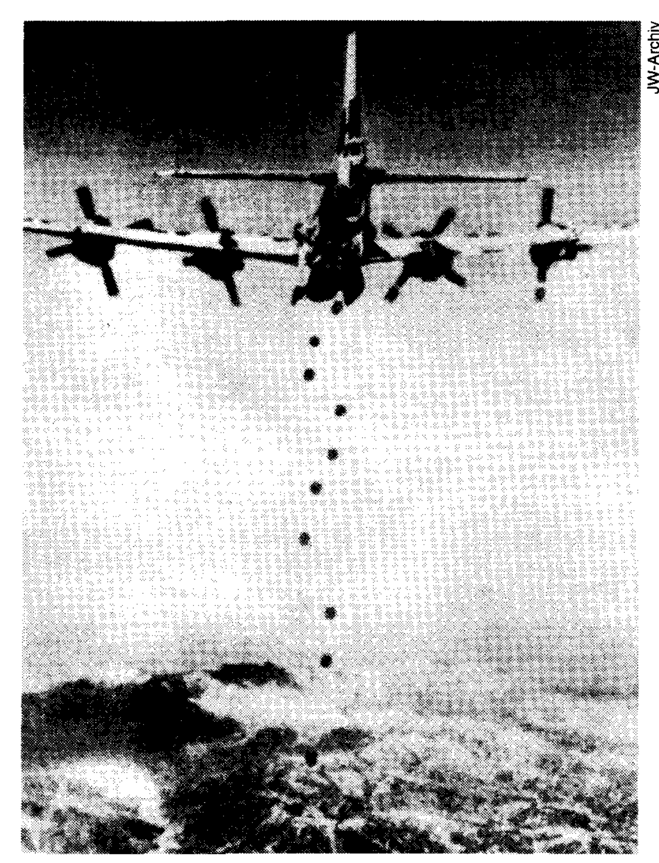
„Rußland ins Boot zu holen" bringt das strategische Interesse der deutschen Bourgeoisie an den Ölvorkommen Russlands zum Ausdruck, ohne das sie keine eigenständige Rolle spielen kann. Deutschland bezieht heute schon 30 Prozent seiner Öl- und Gasimporte aus Russland. Klaus Mangold, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft, erklärte im Juli letzten Jahres: „Die EU-Regierungen müssen eine realistische Vision für eine langfristige Zusammenarbeit mit Russland entwickeln. Europa braucht dringend eine Strategie für eine gemeinsame Politik gegenüber Russland. Wir müssen in diese Partnerschaft nicht nur die Wirtschaft, sondern auch soziale Angelegenheiten, Verteidigungs- und Sicherheitsfragen einbeziehen" *(Financial Times, 2.* Juli 1999).

Das entspricht der Forderung der PDS: „Die PDS fordert die Bundesregierung erneut auf, ein Konzept deutscher und europäischer Russlandpolitik vorzulegen, das die Integration von und die Kooperation mit Russland in Europa fördert, Russland wirtschaftlich und sozial zu stabilisieren hilft und damit einen Baustein für dauerhaften Frieden, Abrüstung und kooperative Sicherheit in Europa und in der Welt legt" (Bisky, Aktuelle Presseerklärung, 27. März). Wofür die PDS also eintritt, ist ein Bündnis mit dem kapitalistischen Russland, damit der deutsche Imperialismus so eine unabhängigere Rolle vom US-Imperialismus spielen kann. Dabei will die PDS ihre Verbindungen mit der Sowjetunion aus den Zeiten vor der Konterrevolution einbringen. So findet man auch die Forderung der PDS nach einer Rückkehr der OSZE-Beobachter in den Kosovo während des Balkankrieges: Die OSZE ist eine Agentur der europäischen Imperialisten, die Russland einbezieht und deren Aktivitäten direkt vom deutschen Imperialismus dominiert werden! *Unter der Tarnung „Stoppt den NATO-Krieg" spielte die PDS eine Schlüsselrolle, um die massive Unruhe und Opposition, die der erste Kriegseinsatz deutscher Truppen seit Ende des Zweiten Weltkriegs hervorrief, in eine alternative Strategie für den deutschen Imperialismus zu kanalisieren.*

Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga dagegen intervenierten mit der Losung „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution - verteidigt Serbien!" und entlarvten die imperialistische Kriegspropaganda mit dem Ziel, die Arbeiter gegen ihre jeweils „eigene" Bourgeoisie zu mobilisieren. Wie wir in unserer Internationalen Erklärung schrieben:

> „Die IKL steht in der Tradition von W. I. Lenin, dessen *Sozialismus und Krieg,* ein machtvolles Handbuch des revolutionären Internationalismus, 1915 geschrieben und während des Krieges in ganz Europa klandestin unter Arbeitern und Soldaten verbreitet wurde. Es lehrt uns:
> ,Die Verfechter des Sieges der eigenen Regierung im gegenwärtigen Krieg und die Anhänger der Losung „Weder Sieg noch Niederlage" stehen gleicherweise auf dem Standpunkt des Sozialchauvinismus. Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Krieg nicht anders als die Niederlage der eigenen Regierung wünschen, sie kann den Zusammenhang zwischen militärischen Mißerfolgen der Regierung und der Erleichterung ihrer Niederringung nicht übersehen.'
> Lenin betonte, dass es im Falle eines imperialistischen





JW-Archiv



Le Nouvel Afrique Asie

Verbrechen der UNO. Links: Imperialisten ermordeten vier Millionen Koreaner und Chinesen im Koreakrieg 1950-53. PDS unterstützte UN-Blockade gegen Irak, an deren Folgen über eine Million Menschen starben. Oben: Protest gegen UN-Blockade im Irak 1995 fordert: „Wir brauchen Medikamente, stoppt die Sanktionen!"

Krieges gegen eine kleine Nation oder ein halbkoloniales Volk die Pflicht der Arbeiterklasse ist, nicht nur für die Niederlage ihrer ‚eigenen' Regierung zu kämpfen, sondern auch die Opfer der imperialistischen Aggression zu verteidigen. Im gegenwärtigen Krieg sind wir für die militärische Verteidigung Serbiens, ohne dem Milosevic-Regime auch nur die geringste politische Unterstützung zu geben." (abgedruckt in *Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000)

PDS - Mitverwalter des deutschen Imperialismus

Der Vorstoß der Parteiführung kam unmittelbar nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im Herbst vorigen Jahres. Große Teile der Arbeiterklasse blieben zu Hause und gaben nicht ihre Stimme der SPD, die den Balkankrieg führte. Die PDS dagegen gewann in den Bundesländern, in denen sie in der Opposition ist, zum großen Teil wegen ihrer Antikriegsrhetorik. Dies ließ die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung der PDS auch auf Bundesebene in greifbare Nähe rücken und heizte die Debatte an. So sagte Gysi im Oktober: „Die SPD ist gezwungen, sich darüber Gedanken zu machen, wie sie links Stimmen gewinnen kann", und führte aus, es gehe mittelfristig um „Mitte-Links-Optionen", sprich eine SPD-PDS-Bundesregierung *(Tagesspiegel,* 23. Oktober 1999). Eine solche PDS-SPD-Bundesregierung, wie sie Gysi anstrebt, wäre genauso wie die jetzige SPD-Grünen-Regierung eine *kapitalistische* Regierung. Denn wie Lenin erklärte, besteht der Staat aus „besonderen Formationen bewaffneter Menschen", die bestimmte Eigentumsformen an Produktionsmitteln verteidigen.

Und das kann man jetzt schon sehen, wo die PDS den deutschen Imperialismus mitverwaltet: in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt. Die Regierung in Mecklenburg-Vorpommern führt einen genauso brutalen rassistischen Staatsterror durch wie die vorherige CDU-SPD-Regierung. Allein im letzten Jahr wurden 452 Flüchtlinge abgeschoben, 391 reisten „freiwillig" aus. Und als im PDS-„tolerierten" Sachsen-Anhalt ein Jugendlicher indischer Herkunft durch Abschiebeknast in den Selbstmord getrieben wurde, forderte die PDS einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss und setzte ihre Regierungsunterstützung fort. Im April erklärte die PDS in Sachsen-Anhalt, sie werde wegen der geplanten Verschärfung des Bullengesetzes nicht der SPD-Minderheitsregierung ihre Unterstützung entziehen, somit ist sie für diese Verschärfung verantwortlich. Als Belohnung versprach SPD-Höppner der PDS die Regierungsbeteiligung nach den Landtagswahlen 2002. Dann werde es „eine richtige Koalition geben" *(junge Welt,* 27. April). Und als Anfang Juni die ÖTV eine Urabstimmung über einen Streik durchführte, bei dem es zentral um „Gleicher Lohn in Ost und West" ging, erklärte die PDS, „eine hundertprozentige Angleichung der Ost-Tarife im öffentlichen Dienst an das Westniveau [sei] nicht möglich", und versuchte anschließend die Wut über die im Tarifvertrag zementierte Ungleichheit der Löhne in Ost und West in ostdeutschen Nationalismus zu kanalisieren.

Wir haben bei der Bundestagswahl 1998 dazu aufgerufen: „Keine Stimme für SPD, PDS!", denn diese Parteien sind imperialistische Kriegshetzer und rassistische Abschieber. Dagegen besteht die Politik der Pseudotrotzkisten, die jetzt die PDS-Linke hochjubeln, darin, die Sozialdemokratie als angeblich kleineres Übel zu unterstützen. So rief der RSB zur Wahl der PDS auf, die ihre Unterstützung für eine SPD-Regierung erklärt hatte, sprich er unterstützte die SPD durch die Hintertür. Und die Gruppe Arbeitermacht (GAM) rief direkt zur Wahl der SPD auf, im Osten zur Wahl von SPD oder PDS.

Das Ziel der PDS, den deutschen Imperialismus auch bundesweit zu verwalten, war *nicht* eine grundsätzliche Streitfrage auf dem PDS-Parteitag. So erklärte Wolf: „Das Ziel, auch auf Bundesebene als Koalitionspartner bereit zu stehen, ist natürlich nicht als solches abzulehnen. Es muss jedoch klar sein: Entweder der PDS und anderen Kräften gelingt es, bis 2002 eine so mächtige außerparlamentarische und parlamentarische Bewegung zu entwickeln, daß eine neue Bundesregierung ab 2002 allen großen unsozialen und militaristischen Schweinereien entsagen müsste" *(junge Welt,* 18. März). Lenin erklärte gegen Kautsky, der im Prinzip das Gleiche nur mit linkeren Argumenten predigte: „Wir

Fortgesetzt auf Seite 28



Andreas Schoelzel

PDS-Parteitag in Münster lehnte Führungsantrag ab, der den Weg für Unterstützung deutscher Kriegseinsätze freimachen sollte. PDS-„Linke" schürt Illusionen in „friedlichen Imperialismus"

PDS: Keine Alternative...

Fortsetzung von Seite 27

aber werden mit den Opportunisten endgültig brechen; und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine .Verschiebung der Machtverhältnisse', sondern um den *Sturz der Bourgeoisie,* um die *Zerstörung* des bürgerlichen Parlamentarismus, um die demokratische Republik vom Typ der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats" (Lenin, *Staat und Revolution).*

UNO - Imperialistische Räuberhöhle

Die PDS rief in einem Entschließungsantrag im Bundestag (6. Mai) während des Krieges nach einer „UNO-Friedenstruppe ohne Beteiligung jetzt angreifender NATO-Staaten". Doch die UNO ist im Wesentlichen ein Abkommen kapitalistischer Staaten. Und die Hand voll imperialistischer Staaten, d, h. vor allem USA, Deutschland, Japan, beuten die gesamte Welt aus, würgen ihre Austeritätsmaßnahmen mit Hilfe des IWF den neokolonial unterdrückten Ländern der so genannten „Dritten Welt" rein und halten diese in vollständiger ökonomischer Abhängigkeit. Basierend auf ihrer überlegenen Industrie verfügen sie über eine überwältigende Militärmacht. Daher dominieren sie zwangsläufig die UNO. Es ist also völlig lächerlich zu glauben, der deutsche oder der US-Imperialismus könnten mittels der UNO aus dem Kosovo rausgehalten werden! Die Imperialisten führten doch den ganzen Krieg zu keinem anderen Zweck, als dort ihre Truppen zu stationieren. Wir Trotzkisten fordern: Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Alle Bundeswehr/NATO/UNO/OSZE-Truppen raus aus dem Balkan!

Die vom PDS-Parteitag angenommene Resolution propagiert die UNO „als unverzichtbare internationale Organisation..., die gestützt auf ihre Spezialorganisationen, eine wichtige Rolle zur Lösung der globalen Probleme dieser Welt spielen kann". Hier ist, was Lenin über den Völkerbund sagte, den Vorläufer der UNO: „Privateigentum ist Diebstahl, und ein Staat, der sich auf Privateigentum gründet, ist ein Staat von Räubern ... Es zeigte sich, daß es keinen Völkerbund gibt, daß der Bund der kapitalistischen Mächte nichts als Betrug ist und daß es sich in Wirklichkeit um einen Bund von Räubern^handelt, von denen jeder darauf ausgeht, dem anderen etwas wegzuschnappen." Der 1920 gegründete Völkerbund war ein Abkommen imperialistischer Staaten und integraler Bestandteil des Versailler Vertrages, der die Beute des imperialistischen Siegerbündnisses des Ersten Weltkrieges, der Entente, auf die Partner aufteilte. Als der deutsche Imperialismus mit Hitlers Machtergreifung den Versailler Vertrag aufkündigte, verschwand auch der Völkerbund von der Bildfläche. Die UNO ist genauso ein Abkommen kapitalistischer Regierungen und im Wesentlichen ein Feigenblatt für imperialistischen Krieg. So war ihr erster wesentlicher Akt, 1950 einen imperialistischen Krieg in Korea, der von den USA geführt wurde, im Namen des „Völkerrechts" zu heiligen und als Einsatz einer multinationalen „Polizeitruppe" zu tarnen. Dieser konterrevolutionäre Krieg richtete sich gegen die gerade entstandenen deformierten Arbeiterstaaten Nordkorea und China und war begleitet vom Ausbruch der antikommunistischen Kalten-Kriegs-Hysterie. Vier Millionen Koreaner und Chinesen wurden von den UN-Imperialisten ermordet und das Land dem Erdboden gleichgemacht.

Und was die so genannten „friedlichen" UN-Einsätze angeht: 1991 unterstützte die PDS die UNO-Hungerblockade gegen den Irak. Diese Blockade hat seither 1,5 Millionen Iraker ermordet, vor allem Kinder, Kranke, ältere Menschen und Frauen. Das sind die Konsequenzen der PDS-„Friedenspolitik", die vom Münsteraner Parteitag verteidigt wurde.

Mit dem Hochjubeln der UNO durch die PDS geht giftiger nationalistischer Antiamerikanismus einher, der als „antiimperialistische" Rhetorik gegen die US-geführte NATO verkauft wird - von der „Opposition" ebenso wie von Vorstandsseite, als ob die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz moralisch höher stände als ihr amerikanisches Gegenstück. Dies ist nichts- weiter als Sozialchauvinismus, d. h. Unterstützung der eigenen Bourgeoisie im Kontext der immens verschärften interimperialistischen Rivalitäten. Am direktesten, und völlig unwidersprochen von irgendeiner „Opposition", drückt es Wolfgang Gehrke aus, stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion: „Augenscheinlich sei doch, dass die USA versuchen, die UNO nicht nur zu schwächen, sondern Stück für Stück zu demontieren. Deshalb sollte die PDS die UNO unterstützen, eine andersartige Politik zu entwickeln. Als Alternative dazu bliebe nur



Spartakist

Berlin-Treptow, 3. Januar 1990: Von Spartakisten initiierte prosowjetische, prosozialistische Kundgebung gegen faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals. 250 000 hörten Trotzkismus kontra Stalinismus. Spartakist-Extrablatt (4. April 2000) berichtet über unseren Kampf für ein Rotes Rätedeutschland 1989/90. Bestellt bei der Verlagsadresse!

übrig, sich mit der Vorherrschaft der USA, mit der Einpoligkeit der Welt abzufinden" (*Disput* 4/2000). Ein regelrechter Schlachtruf- deutlicher als ihn die regierende SPD bisher je abzugeben wagte -, um den Weltherrschaftsanspruch der eigenen Bourgeoisie gegen die „Vorherrschaft der USA" zu unterstützen.

Es half dem Image der PDS, dass viele Pseudolinke während des Krieges rechts von der PDS-Rhetorik standen. So forderte der RSB während des Krieges das „Recht auf Selbstbestimmung für Kosovo", als dies genau der Vorwand für den imperialistischen Krieg gegen Jugoslawien war. Damit wollten sie notdürftig ihre Unterstützung für die Kriegsziele der Imperialisten verschleiern. Und die Mehrheitsposition des Vereinigten Sekretariats, der verrotteten „Internationale" des RSB, ist die, dass „wir nicht alle UN- und NATO-Interventionen verurteilen können. Wir müssen jeden Fall einzeln betrachten" (*Socialist Action* [USA], April 1999). Das ist genau die Art „Einzelfallprüfung", die Gysi durchbringen wollte, nur inklusive der NATO! Ebenso schrie die winzige zentristische Internationale Bolschewistische Tendenz (IBT) nach „Unabhängigkeit für das Kosovo", ansonsten ist sie berüchtigt für ihre chauvinistische Verachtung gegenüber unterdrückten Völkern, wie z. B. der Katholiken in Nordirland oder der Québécois in Kanada: Offenbar sind sie nur dort für Unabhängigkeit, wo imperialistische Gönner dahinter stehen. Dies zogen sie dann zurück, als selbst die bürgerliche Presse offen die UCK als Bodentruppen der NATO bezeichnete.

Diese BT vermerkt nun positiv, dass die PDS „auf dem Münsteraner Parteitag in der Frage deutscher Auslandseinsätze sogar zu sozialpazifistischer Opposition gegen den sozialpatriotischen Antrag von Gysi, Bisky, Bartsch, Pau und Co. fähig" war. Doch Sozialpazifismus - das Predigen eines friedlichen Kapitalismus, bemäntelt mit „sozialistischen" Phrasen - ist der Zwillingsbruder des Sozialchauvinismus. Lenin richtete im Ersten Weltkrieg besonders das Feuer gegen den damaligen Hauptvertreter des „linken" und damit gefährlicheren, weil schwerer zu durchschauenden, Sozialchauvinismus: „Kautsky ‚versöhnt' prinzipienlos den Grundgedanken des Sozialchauvinismus, die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung in diesem Krieg, mit einer diplomatischen, scheinbaren Konzession an die Linken in Form der Stimmenthaltung bei der Votierung der Kredite, der Unterstreichung seiner oppositionellen Einstellung in Worten usw." Die PDS-„Linken", von denen hier die Rede ist, treten *für* die Bundeswehr ein. So erklärte W. Wolf am 21. Januar im Bundestag für die PDS: „Wir mögen mit unserer Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht, nach massiver Reduktion der Armee und letztlich nach Abschaffung der Bundeswehr vielleicht allein stehen, obwohl dies ein Zurück zum ursprünglichen Grundgesetz ist." Mit „Reduktion" wird das Eintreten der PDS *für* eine 100000-Mann-Armee umschrieben! Die Forderung „letztlich nach Abschaffung" der Bundeswehr schafft ein linkes Mäntelchen für die jetzige SPD-geführte Reform und verbreitet die tödliche Illusion: je kleiner die imperialistische Armee, desto friedlicher der Imperialismus. Doch die Imperialisten führen nicht Kriege, weil es Waffen gibt, sie schmieden Waffen, um Kriege zu führen, die im Kapitalismus unvermeidlich sind. Die jetzige personelle Verkleinerung der Bundeswehr hat den erklärten Zweck, diese von einer Panzerarmee gegen die Sowjetunion und die DDR zu einer weltweit schnell einsetzbaren Armee komplett umzubauen. Wir erklären: Keinen Mann, keinen Pfennig für die imperialistische Armee!

Im Konzept der PDS-Bundestagsfraktion werden die erwähnten Forderungen der PDS wie folgt begründet: „Eine militärische Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland besteht nicht." Und das ist das Kernargument der PDS-"Friedenspolitik" überhaupt! Und wenn doch? Dann wird die PDS, Gewehr bei Fuß, die Arbeiter in das imperialistische Gemetzel führen, d. h. die Sozialpazifisten von heute sind die Sozialchauvinisten von morgen. Die SPD führte die Arbeiterklasse auf die Schlachtbank des Ersten Weltkriegs, eines imperialistischen Krieges um die Neuaufteilung der Welt, als sie am 4. August 1914 bei der Abstimmung der Kriegskredite im Reichstag erklärte: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich". Entgegen der PDS von Gysi bis Wolf und ihren pseudolinken Anhängseln von RSB bis BT erklären wir Spartakisten mit Karl Liebknecht: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Die Auseinandersetzung in Münster fand ein Jahr nach dem Balkankrieg statt, in dem die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung deutsche Truppen zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkriegs in einen Krieg führt, während sie gleichzeitig verschärfte Angriffe auf die Arbeiterklasse führt und den rassistischen Staatsterror verschärft. Dies ist ein unmittelbares Ergebnis der kapitalistischen Konter-

Fortgesetzt auf Seite 30

Sachsen **PDS hat keine Angst vor NPD-Abtrünnigen**

Kontakte zu früherem NPD-Mitglied in Zittau wurden gründlich missverstanden

Neues Deutschland
18. Mai 2000

Von Michael Bartsch, Dresden

Sächsische PDS-Vertreter haben die Darstellung der Wochenzeitung »jungle world« über den angeblich bevorstehenden Eintritt eines ehemaligen NPD-Funktionärs in den Zittauer PDS-Kreisverband zurückgewiesen. Von Eintrittsabsichten des ausgeschiedenen NPD-Mitgliedes Gregor Janik könne überhaupt keine Rede sein, sagte Landesgeschäftsführer Rico Gebhardt. Dagegen spreche schon der mehrfach bekundete allgemeine Parteienfrust Janiks.

Gebhardt bestätigte, dass es vor etwa fünf Wochen ein Gespräch mit dem stadtbekannten Rechtsanwalt gegeben hat. Janik war Mitte der neunziger Jahre in die NPD eingetreten und bis in den Bundesvorstand aufgestiegen, hatte die Partei aber in diesem Frühjahr verärgert wieder verlassen. Daraufhin suchte er den Kontakt mit der PDS. Voraussetzung für ein Gespräch sei die Bestätigung seines NPD-Austritts gewesen, sagte die Zittauer Kreisvorsitzende Heiderose Gläß. Sie hatte das Gespräch gemeinsam mit der für Rechtsextremismus und Antifa zuständigen Juliane Wünsche im Auftrag des Kreisverbandes geführt. Für solche Kon- [illegible]

Sogar das »Antifaschistische [illegible]cheteam Ostsachsen« wird sich auf eigenen Wunsch am kommenden Montag mit Janik treffen. Heiderose Gläß bescheinigt dem aus Westdeutschland stammenden Anwalt immerhin eine ernsthafte Abkehr von der »rein rückwärtsgewandten« NPD und als Mitinitiator der Zittauer Tafel auch ein gewisses soziales Engagement. Eine Parteiaufnahme stehe nicht zur Debatte, aber die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen wie am 1. Mai könne man Janik nicht untersagen. Das gelte auch für eine solche mit Hans Modrow in der kommenden Woche.

Janik will allerdings auch ein »gesundes Nationalempfinden« bei der PDS ausgemacht haben, gestand Landesgeschäftsführer Gebhardt zu. Für taktisch ausgesprochen unklug hält er die Mitteilung der »jungle world« über die tatsächlich erfolgte Übergabe brisanten NPD-Archivmaterials an die Antifa. Das schade der Arbeit eher. PDS-Landesvorsitzender Peter Porsch will sich zu den fortgesetzten Anwürfen wegen angeblicher Rechtslas- [illegible]

Sächsische PDS hofiert Nazi und läßt sich „gesundes Nationalempfinden" bestätigen. Rechts: 17. Juni, Trauermarsch in Dessau für den schwarzen Arbeiter Alberto Adriano, der von Nazis ermordet wurde



Peter Endig/ddp

PDS: Keine Alternative...

Fortsetzung von Seite 29

révolution im deformierten Arbeiterstaat DDR 1990 und im degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion 1991/92. Und es war die PDS, damals noch SED-PDS, die für die Konterrevolution der Haupttransmissionsriemen in die Arbeiterklasse der DDR war. So lösten sie die Betriebskampfgruppen, Milizen auf Betriebsebene, im Dezember 1989 auf, Modrow verkündete Ende Januar 1990 „Deutschland einig Vaterland" und bei der Volkskammerwahl im März 1990, die ein Referendum über Ja oder Nein zur Konterrevolution war, führten sie ihre Kampagne „Wir sind ein Volk 1:1", *also für* die kapitalistische Wiedervereinigung. Und die SPD war das Trojanische Pferd der Konterrevolution, die die konterrevolutionäre Kampagne der Bourgeoisie unter der Verkleidung von „Demokratie" und „sozialer Marktwirtschaft" anführte und z.B. gemeinsam mit Nazis in Leipzig Demonstrationen mit Deutschland-Fahnen abhielt. Wir Trotzkisten haben die DDR und die Sowjetunion bedingungslos militärisch gegen innere Konterrevolution und imperialistische Angriffe verteidigt. Wir verteidigten die proletarischen Eigentumsformen, d. h. die Planwirtschaft und das kollektivierte Eigentum.

Darauf basierend intervenierten wir in die sich entwickelnde proletarisch-politische Revolution 1989/90 in der DDR mit unserem Programm für ein Rotes Rätedeutschland, für die revolutionäre Wiedervereinigung, denn wir verstanden, dass Deutschland durch eine Klassenlinie getrennt war. In der DDR kämpften wir für eine proletarisch-politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie hinauszuwerfen, und im Westen kämpften wir für eine sozialistische Revolution, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen und die Bourgeoisie zu enteignen. Wir waren die einzige Partei, die „Nein" zur kapitalistischen Wiedervereinigung sagte (siehe dazu unser Extrablatt vom 4. April 2000, „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90", auch in *Spartakist* Nr. 139, Frühjahr 2000).

Die gesamte Pseudolinke, die im Kalten Krieg ihre Bourgeoisie im Namen der „Demokratie" gegen die Sowjetunion unterstützte - z. B. waren sie alle von RSB bis GAM für die konterrevolutionäre klerikale und antisemitische Solidarnoœæ -, hat auch die Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion unterstützt. Diese gleichen Linken schieben jetzt Überstunden, um die Lüge zu verbreiten, dass die PDS eine „sozialistische Partei" wäre. So sagt der RSB: „An ihrem Ende [der Diskussion] wird sich zeigen, ob die PDS im Kapitalismus angekommen ist und endgültig den linken Flügel der bürgerlichen Parteienlandschaft einnimmt. Von der Stärke der PDS-Linken durch die Vereinheitlichung und Schärfung ihrer Positionen wird es abhängen, ob es so weit kommt, bzw. ob sich ein relevanter linker Flügel organisieren wird, der am Ende auch vor einem konsequenten Bruch nicht zurückschreckt" *(Avanti,* Mai 2000). Ihre Perspektive ist nichts anderes, als Druck auf den linken Flügel der PDS auszuüben, der seinerseits Druck auf Gysi und Bisky ausüben will, die wiederum Druck auf die SPD ausüben wollen, die den deutschen Imperialismus verwaltet. D. h. der RSB ist der linke Rattenschwanz der Sozialdemokratie, der linke Jugendliche und Arbeiter, die nach einer revolutionären Perspektive suchen, zurück zur Sozialdemokratie kanalisiert.

W. Wolf erklärte: „Für die PDS gilt, was zuvor für die SPD vor 1914 und vor 1959 und was für die Grünen bis vor kurzem galt: Der ,Rubico' zur Charakterisierung der PDS wird die Frage sein: Verweigert sie sich weiterhin dem imperialisti-

sehen Krieg?" *(junge Welt, 22.* Februar). Doch die SPD, und damit die Zweite Internationale, wurde zum „stinkenden Leichnam" (Rosa Luxemburg), als sie am 4. August 1914 offen *auf die Seite des Klassenfeindes* überging - sie stimmten für die Kriegskredite des Kaisers und der Kapitalisten, danach agierten sie als Bluthunde gegen die Deutsche Revolution 1918/19 und ermordeten die kommunistischen Führer Luxemburg und Liebknecht. Die Dritte Internationale hatte ihren 4. August, bzw. „Rubico", durch die kampflose Kapitulation der KPD vor Hitler 1933, was sich in der konterrevolutionären Rolle der KP in der Spanischen Revolution Mitte der 30er-Jahre bestätigte. Die PDS hat die Arbeiter der DDR in die Konterrevolution geführt und ist genauso wie die SPD seit 1914, was Lenin eine bürgerliche Arbeiterpartei nannte: eine Partei mit einer proletarischen Basis, aber einem durch und durch bürgerlichen Programm, d. h. *sie verteidigen die Herrschaft und die Interessen der Bourgeoisie.* Es ist notwendig, die proletarische Basis von SPD und PDS zu spalten. Im Gegensatz zu den Pseudotrotzkisten kämpfen wir darum, die fortgeschrittensten Arbeiter und Jugendlichen für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei zu gewinnen, wie es die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki waren.



Udo Klein

ÖTV-Warnstreiks im Mai. Zur Streik-Urabstimmung im Juni erklärte PDS „eine hundertprozentige Angleichung der Ost-Tarife im öffentlichen Dienst an das Westniveau [sei] nicht möglich". Anschließend kanalisierte sie die Wut über die Ungleichheit der Löhne in Ost-Nationalismus

Verteidigt China gegen kapitalistische Konterrevolution!

Heute tönt die PDS zum Thema „Menschenrechte in der Volksrepublik China": „Auf die Ratifizierung und praktische Umsetzung der von Peking bereits unterzeichneten UN-Menschenrechtspakte ist deshalb seitens der Bundesregierung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der EU mit Nachdruck hinzuwirken" (Garsten Hübner, 23. März). Auf was die deutschen Imperialisten in China „hinwirken", ist eine *kapitalistische Konterrevolution,* die Zerstörung der Errungenschaften der Chinesischen Revolution, um ihren ungehinderten Zugriff auf die riesigen Märkte zu erlangen und vor allem auf die Arbeitskraft der chinesischen Arbeiter, aus denen sie Superprofite saugen wollen. Die PDS bietet heute ihre Dienste und ihre Beziehungen an, um die kapitalistische Versklavung nach China zu bringen! Dabei sind „Menschenrechte" und „Demokratie" - wie schon zuvor in der DDR und der Sowjetunion - *die* Codewörter für eine *kapitalistische* Konterrevolution.

Der „Linke" Wolf kommentiert in China die Bildung „eines Manchesterkapitalismus übelster Sorte verknüpft mit diktatorischen Formen der Herrschaftsausübung" und fordert die Distanzierung der PDS von der KP Chinas *(junge Welt,* 22. Februar 1999). So gibt dieser Sozialdemokrat der Menschenrechts-Kampagne der Imperialisten eine „linke" Deckung. Czichon, ein Chefdenker der Kommunistischen Plattform, preist dagegen die chinesische stalinistische Bürokratie: „Doch ... ob es der Führung der KP Chinas gelingt, die Voraussetzungen für den sozialistischen Aufbau mit der gegenwärtigen NOP-Politik [d. h. Freihandelszonen, Privatisierung usw.] - trotz aller Widersprüche - zu schaffen, darüber entscheiden die 61 Millionen Kommunistinnen und Kommunisten und mit ihnen die Arbeiter und Bauern in China. Und ihnen sollte in Europa die Linke nicht in den Rücken fallen" *(Unsere Zeit,* 9. Juni). „Trotz aller Widersprüche" heißt nichts weiter, als dass das chinesische Proletariat sich nicht rühren soll, heißt Rechtfertigung der Unterdrückung von Streiks und Aufständen der chinesischen Arbeiter gegen die Folgen der „Marktreformen" und der Unterminierung der sozialen Errungenschaften der Chinesischen Revolution. Das ist das gleiche Programm, das Czichon und Co. 1989/90 den Arbeitern in der DDR gepredigt haben und deren Folgen wir heute in Ostdeutschland sehen können. Und über die „Einheit der PDS" sind sich sowohl Wolf als auch Czichon einig.

Wir Trot/kisten dagegen stehen für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas und der anderen verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten - Nordkorea, Kuba, Vietnam - gegen innere und äußere Konterrevolution! Diese Verteidigung basiert auf dem proletarischen Klassencharakter dieser Staaten, der vergesellschafteten Planwirtschaft, die das Ergebnis sozialer Revolutionen ist, die die Herrschaft der Kapitalisten zerstörten. Heute finden massenhaft Verteidigungskämpfe des chinesischen Proletariats gegen die Verelendung durch die „Marktreformen" der stalinistischen Führung statt. Das chinesische Proletariat muss eine revolutionäre trotzkistische Partei schmieden, die die Arbeiterklasse in einer politischen Revolution führt, um die stalinistische Kaste zu stürzen und eine Räteherrschaft zu errichten (siehe den Artikel zu China auf der Titelseite).

Die Russische Revolution 1917 unter Führung der Bolschewiki war es, die den Ersten Weltkrieg beendete. Die programmatischen Grundlagen, die Lenin für die neugegründete Dritte Internationale formulierte, sind für Kommunisten unverändert gültig: Jede Partei „ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei ‚demokratische' Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten" („Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale", II. Weltkongress). Unser Ziel ist es, die Weltpartei der sozialistischen Revolution aufzubauen, die wiedergeschmiedete Vierte Internationale, die für neue Oktoberrevolutionen weltweit kämpft!«

SPARTAKIST

Nur sozialistische Revolution kann imperialistische Kriege stoppen!

PDS: keine Alternative zu SPD-Kriegstreibern

Vom 7. bis 9. April fand der PDS-Parteitag in Münster statt, auf dem die Parteiführung um Gysi und Bisky eine „Einzelfallprüfung" für die Zustimmung der PDS zu UN-Kriegseinsätzen durchbringen wollte, was nichts weiter ist, als den Weg für die Unterstützung deutscher Truppen frei zu machen. Dies führte zu einer Debatte und Polarisierung in der PDS. Gysi drohte mit dem Auss"chluss der Oppositionellen. Eine „linke" Minderheit um Winfried Wolf und Jens Uwe Heuer im Parteivorstand stellte einen Gegenantrag. Der Antrag der Parteiführung wurde mit großer Mehrheit der Delegierten abgeschmettert und stattdessen der Antrag von Sylvia-Yvonne Kaufmann angenommen, der die bisherige Position der PDS bestätigt und im Kern besagt: „Die PDS lehnt aus all diesen Gründen UN-mandatierte Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab" (wonach der Sicherheitsrat der UNO beschließen kann, mit militärischen Mitteln in Konflikte einzugreifen). Daraufhin kündigte Gysi seinen Rücktritt an. Modrow warf sich ins Zeug, um die Einheit in der PDS wiederherzustellen, und stellte mit Erfolg einen Antrag, der dem von Kaufmann angehängt wurde: „Die von den Vereinten Nationen ergriffenen Maßnahmen wird die PDS entsprechend ihrer Grundpositionen in jedem Fall prüfen", sprich „Einzelfallprüfung" in Raten.

Der Vorstoß von Gysi und Co. rief helle Empörung innerhalb der PDS-Basis und bei linken Jugendlichen hervor, die gegen Krieg sind und die Antikriegsrhetorik der PDS während des Balkankrieges voriges Jahr für bare Münze nahmen. Gerade im Osten Deutschlands, wo die PDS ihre Basis hat, waren mehr als 60 Prozent der Bevölkerung gegen den Krieg gewesen. Das Ziel Kaufmanns, mit der unentbehrlichen Hilfe der PDS-Linken, war es, einen Bruch dieser Basis von der PDS *zu* verhindern. Ihr Kernargument ist, wie der PDS-„Linke" Winfried Wolf, MdB und Ex-Führer des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats (VS), lobend hervorhebt, „dass es noch nie einen UN-Kampfeinsatz gegeben hat, in dem zuvor alle Möglichkeiten zur zivilen Konfliktbereinigung ausgeschöpft wurden" (*Sozialistische Zeitung,* 13. April). Es wird also behauptet, UN-Kampfeinsätze, d.h. imperialistische Interventionen, seien irgendwie „zivil" vermeidbar; was also die „Linken" in der PDS verbreiten, ist die Lüge von der Möglichkeit eines „friedlichen Imperialismus". Doch Imperialismus ist nicht einfach eine schlechte Politik, sondern das höchste Stadium des Kapitalismus. Wie der bolschewistische Führer Trotzki 1938 kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erklärte: „Die Ursache für den Verfall [des Kapitalismus] liegt darin, daß die Produktivkräfte durch das System des Privateigentums ebenso wie durch die Grenzen des Nationalstaates gefesselt sind. Der Imperialismus sucht die Welt zu teilen und neu aufzuteilen... Ein von Imperialisten

Fortgesetzt auf Seite 26



SPARTAKIST 4
A 1664 E
26. APRIL 1999
EXTRABLATT
DM 0,20

Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution – verteidigt Serbien!

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga

Für ein Arbeitereuropa!

Alle US/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan!

Spartakist

Berlin, 24. März 1999: Spartakisten intervenieren am ersten Tag der Bombardierungen bei PDS-Protest gegen den Krieg. Rechts: Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga, die am 1. Mai in 15 Ländern verkauft wurde

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 141 HERBST 2000 DM1,-

SPD/PDS: keine Gegner des Faschismus

SPD/Grüne betreiben rassistischen Staatsterror, Sozialraub und Krieg



DPA



AFP/DPA

Rassistischer Staatsterror gegen Flüchtlinge in Hamburg. Rechts: Schröder .besucht Bundeswehr im Kosovo

Kurz nach dem grausamen antisemitischen Nazi-Bombenanschlag am 27. Juli in Düsseldorf, bei dem zehn Menschen verletzt wurden und eine hochschwangere junge Frau ihr Kind verlor, hat die SPD/Grünen-Regierung eine „Anti-

Keine Verbotsappelle an kapitalistischen Staat

Nazi"-Kampagne losgetreten. Die täglichen rassistischen Angriffe sind urplötzlich auf den Titelseiten der Zeitungen: ..Kampf den Nazis!" titelt die *Zeit,* „Stoppt die Nazis" tönt *Bild.* Kaum ein Tag vergeht ohne eine neue Erklärung von Schröder, Fischer, Schily und Konsorten. Die imperialistische Heuchelei kennt keine Grenzen. Der *Staatsterror* gegen Immigranten und Flüchtlinge wurde unter dieser Regierung *verschärft;* und SPD/Grüne haben zum ersten Mal seit 1945 die imperialistische deutsche Armee in einen Krieg geführt, bei dem Serbien materiell mehr zerstört und verwüstet wurde als durch Hitlers Wehrmacht im gesamten Zweiten Weltkrieg. Um die Arbeiterklasse hinter die Regierung zu mobilisieren, tarnten sich diese imperialistischen Schlächter auch hier als „Antifaschisten" und Verteidiger von „Menschenrechten", und erklärten den serbischen Präsidenten Milosevic zu einem angeblichen neuen Hitler. Wir Spartakisten intervenierten während des Balkankrieges, ohne Milosevic auch nur die geringste politische Unterstützung zu geben, für den Sturz des Imperialismus durch Arbeiterrevolution und für die Verteidigung Serbiens. Heute rufen wir zum Abzug aller imperialistischen Truppen - US/Bundeswehr/NATO/UN/OSZE - vom Balkan auf!

Tatsache ist: In der gegenwärtigen Periode bevorzugt die

Fortgesetzt auf Seite 9

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei

Verteidigt Roma und Sinti!

Mehrere Tausend Roma protestierten Ende August in Berlin drei Tage lang gegen die Abschiebungen von Roma Aschkali in den Kosovo. Sie trauerten um die am 4. August ermordeten Familien: Salihu Osman, Mulaim Salihu, Lim Salihu, Sema Idris, Sema Gazmend, Bislimi Ibrahim und andere. Genossen der SpAD schlössen sich den Protesten an.

Viele Roma mussten sich, als sie vor den NATO-Bomben flohen, notgedrungen als Albaner ausgeben; jetzt sind sie von der Abschiebung in den Kosovo bedroht, wo Pogrome an der Tagesordnung sind. Das bei den Protesten verteilte Infoblatt der Roma & Sinti Union Deutschland sagt: „Bis jetzt wurden seit 1999 weit über 280000 Roma aus dem Kosovo vertrieben! Die genaue Anzahl der ermordeten Roma im Kosovo ist nicht bekannt."



Spartakist

Berlin, 24. August: Protest gegen rassistische Abschiebungen durch SPD/Grünen-Regierung. Wir fordern: Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!

Wir Spartakisten kämpften während des Balkankriegs für den Sturz des Imperialismus durch Arbeiterrevolution und für die Verteidigung Serbiens, ohne Milosevic die geringste politische Unterstützung zu geben. Die heutige verzweifelte Situation der Roma lässt die Lüge der SPD/Grünen-Regierung, sie hätte gegen Serbien einen Krieg um Menschenrechte geführt, in der Luft zerplatzen, ebenso wie ihre heuchlerische Regierungs-„Antifa"-Kampagne (siehe Titelartikel in dieser Ausgabe). Folgerichtig sah man bei diesen Protesten auch keinen der Pseudolinken aus dem SPD-Umfeld wie etwa Linksruck oder die SAV. Für die PDS tauchte Petra Pau als Alibi auf. Diese Partei schreibt mit der einen Hand heuchlerische Protestbriefe an den Innenminister und mit der anderen Hand verantwortet sie selbst Abschiebungen in den Bundesländern, in denen sie direkt den Kapitalismus mitverwaltet!

Bei der nationalen Kundgebung der Roma & Sinti Union am 24. August in Berlin auf dem Alexanderplatz erklärte Fred Zierenberg für die Spartakisten unter wiederholtem Applaus:

„Wir kämpfen für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind, volle Gleichstellung mit den Deutschen für alle, die in Deutschland leben. Wir sind gegen die Abschiebungen von Roma - in die Tschechische Republik, wo sie rassistischem Terror ausgesetzt sind; in den Kosovo, wo Roma ermordet werden, wo sie wie die Serben heute vertrieben werden. Der Mordterror gegen Roma ist eine Folge der Konterrevolution in Osteuropa und in Jugoslawien, wo der deformierte Arbeiterstaat zerschlagen wurde. Hauptverantwortlich dafür ist der deutsche Imperialismus - heute geführt von der SPD und den Grünen, die im Balkankrieg Belgrad bombardiert haben. Der deutsche Imperialismus besetzt zusammen mit der NATO den Kosovo, und heute werden dort Roma und Serben vertrieben.

Wir fordern den Abzug der NATO und der Bundeswehr. Der ganze Terror ist das Ergebnis der Konterrevolution in Jugoslawien, Osteuropa und der Sowjetunion. Damit China nicht das gleiche Schicksal widerfährt, kämpfen wir gegen die Konterrevolution, verteidigen China gegen den Imperialismus. Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, deshalb kämpfen wir für eine Sozialistische Föderation des Balkans. Um den rassistischen Kapitalismus zu zerschlagen, brauchen wir eine Oktoberrevolution hier in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!"

Die integrierte Arbeiterbewegung muss Roma und andere Minderheiten gegen den rassistischen Staatsterror verteidigen!

SPARTAKIST



herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahinaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10247 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 141 HERBST 2000

Schröder, Blair, Jospin: Vollstrecker kapitalistischer Ausplünderung

Sprit-Proteste erschüttern Europa

In ganz Europa sind viele Arbeiter, die mit Betriebsschließungen, Privatisierungen und rassistischen Angriffen konfrontiert sind, begeistert über die Spritproteste gegen die sozialdemokratisch geführten Regierungen. Unter Losungen wie „Schröder, Klimmt & Trittin sollen den Karren selber ziehen" legten am 26. September Tausende von LKW- und Taxifahrern sowie Bauern die Berliner Innenstadt lahm bei ihrem Protest gegen die gewaltig gestiegenen Benzinpreise. Von dem Benzinpreis von über 2 DM pro Liter steckt der Staat einen Großteil ein. Mit der Einführung der „Öko"-Steuer durch SPD und Grüne werden die ohnehin horrenden Abgaben für die Mineralölsteuer noch verschärft. Das Ziel der Proteste, die Spritpreise zu senken, ist eindeutig im Interesse der Arbeiterklasse.

AP

13. September: Lkw-Blockade an der deutsch-belgischen Grenze. Proteste gegen hohe Spritpreise legten Britannien und andere europäische Länder lahm

Doch die Gewerkschaftsbürokratie stellt sich schützend vor die SPD/Grünen-Regierung *gegen* die Proteste. So erklärt Jan Kahmann vom ÖTV-Vorstand in einem Interview des *Neuen Deutschland* vom 20. September: „Dieser [Wettbewerbsdruck] resultiert aber nicht aus der Ökosteuer, sondern aus den illegalen Praktiken, die sich inzwischen in dem Fuhrgewerbe breitgemacht haben. Dazu gehört vor allem, dass es Arbeitskräfte aus Drittländern zu den dortigen Heimatlöhnen beschäftigt." Damit schürt die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie Chauvinismus und Protektionismus, um ihre Basis davon abzuhalten, diese Proteste als Ausgangspunkt für Kämpfe für die Interessen der Arbeiter im Transportgewerbe im Geiste internationaler Klassensolidarität zu nehmen. Wir Spartakisten kämpfen dafür, Arbeiter gegen jeden Ausdruck von nationalem Chauvinismus, Rassismus und für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu mobilisieren.

Fortgesetzt auf Seite 4

Sprit-Proteste...

Fortsetzung von Seite 3

Workers Power, britische Schwesterorganisation der Gruppe Arbeitermacht, stellt sich wie die Gewerkschaftsbürokratie hier gegen die Proteste: „Dieser Klassencharakter ist entscheidend für uns. Er bedeutet, dass wir keine Unterstützung für die ‚Blockadebewegung' als Ganzes geben... Die Tatsache, dass die Forderungen populär sind und in sich selbst unterstützbar, ist auch irrelevant." Zwar sagen sie, dass die Arbeiter die Tatsache voll ausnutzen müssen, dass die Bewegung „im Konflikt ist mit der Regierung, gegen die wir auch sind" (Workers Power Global, 18. September), und fordern von Labour alles Mögliche, unterstützen jedoch nicht das, was die Proteste fordern: Steuersenkungen bei Benzin und Öl. Wenn das Opposition gegen die Regierung ist, wie sieht dann Unterstützung der Regierung aus? Workers Power/Gruppe Arbeitermacht sind für ihre Wahlunterstützung von Labour und SPD bekannt. Im Gegensatz dazu mobilisierten unsere Genossen der Spartacist League/Britain gegen jegliche Unterstützung für Blair, und die SpAD sagte 1998: „Keine Stimme für SPD/PDS! Für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei!"

Der folgende Artikel ist übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 742, 22. September.

LONDON, 17. September - Eine Blockade der Ölraffinerien und Tanklager durch Protestkundgebungen hat Britannien innerhalb weniger Tage fast lahm gelegt und wurde zum Ventil für die brodelnde Wut, die Millionen Menschen gegen Tony Blairs Labour-Regierung empfinden. Die Proteste wurden abgebrochen, als Blair Tanklaster der Armee in Stellung brachte, um die Blockade zu brechen. Zentrale Hilfestellung erhielt Blair dabei von der Labour-treuen Bürokratie des Trades Union Congress (TUC, Gewerkschaftsdachverband), der bei seinem Jahreskongress auf dem Höhepunkt des Protestes eine Resolution verabschiedete, in der die Blockaden verurteilt werden als „ein grober Versuch, das Land als Geisel zu nehmen". Die Demonstranten haben der Regierung 60 Tage Zeit gegeben, ihrer Forderung nach niedrigeren Kraftstoffpreisen nachzukommen, und obwohl die Tanklaster wieder losgefahren sind, ist die Krise von Labour noch lange nicht vorbei. Die Auswirkungen der Blockade werden noch wochenlang spürbar sein, während der Hass auf die arrogante Blair-Regierung bestehen bleibt.

Zu den Protesten in Britannien kam es kurz nach ähnlichen Blockaden französischer Lkw-Fahrer und Bauern; seither sind in ganz Europa Proteste ausgebrochen und breiten sich weiter aus, von Irland über Deutschland bis Polen. Diese Aktionen sind ein überaus populärer Ausdruck von Opposition gegen die sozialdemokratischen Regierungen von Blair, Jospin in Frankreich und Schröder in Deutschland - kapitalistische Regierungen, die danach streben, die aufgeblähten Profite der Bosse in die Höhe zu treiben durch verheerende Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Menschen, durch Abbau von Sozialleistungen und die Zermürbung der Armen. Unverschämt hohe Steuern auf Produkte wie Benzin und Dieselkraftstoff sind regressive Steuern, die die Armen und Werktätigen am härtesten treffen. In „Wucher-Britannien" sind die Benzinpreise höher als irgendwo sonst in Europa. Steuern und Abgaben machen 76 Prozent des Preises für bleifreies Benzin aus, das um die 80 Pence (2,60 DM) pro Liter kostet. Allein in den letzten 18 Monaten ist der Preis für Benzin um 18 Pence pro Liter gestiegen. Die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr sind astronomisch hoch, genauso wie die laufenden Kosten für ein Auto. In einer Industriegesellschaft sind Autos kein Luxus, sondern für sehr viele Arbeiter eine elementare Notwendigkeit, um zur Arbeit zu kommen.

Die Blockaden wurden von Bauernverbänden und Spediteuren initiiert und geführt - letztere sind kleine und mittlere kapitalistische Firmen, oft Einzelunternehmer -, die unter dem Druck der Notwendigkeit stehen, mit ihren Rivalen in anderen Ländern zu konkurrieren, besonders innerhalb der Europäischen Union. Die Proteste kriegten zumindest am Anfang auch stillschweigende Unterstützung von den riesigen Ölkonzernen. Zwar waren die Kräfte, die diese Revolte anführten, größtenteils kleinbürgerlich, doch die Sache, um die es geht - billigere Spritpreise -, ist eindeutig im Interesse der Arbeiterklasse, was sich auch in der überwältigenden Unterstützung der Proteste durch die gesamte Bevölkerung ausdrückte.

Das Herangehen von Marxisten an solche kleinbürgerlichen Mobilisierungen basiert auf dem Ziel der Proteste und dem Charakter der Forderungen, die aufgestellt werden: Bringen sie die Interessen des Proletariats voran? In diesem Fall waren die Proteste eindeutig gegen die Blair-Regierung gerichtet und die Forderung ist in der Tat vom proletarischen Standpunkt aus unterstützbar. Die Orientierung von Gruppen wie den Bauern und Spediteuren wird aufgrund ihrer Stellung in der Gesellschaft zwischen den beiden Klassen, die die soziale Macht haben - den Kapitalisten und der Arbeiterklasse -, stark in die eine oder andere Richtung gehen; manchmal werden sie militant auf der Seite der Arbeiter protestieren und manchmal werden sie zum Rekrutierungsfeld der Faschisten.

Eine revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung muss versuchen, die Führung von solchen Protesten zu übernehmen, um sie klar gegen die wirklichen Übeltäter zu richten: den Kapitalismus und die Labour-Regierung, die ihn verwaltet. Die Sprit-Krise ist die schärfste gesellschaftliche Krise, die Britannien seit dem großen Bergarbeiterstreik 1984/85 erlebt hat. Sie hat den korrupten Charakter nicht nur der Labour Party, sondern besonders der Gewerkschaftsbürokratie grell illustriert, die als Blairs Komplize handelte und eine ausschlaggebende Rolle dabei spielte, die Haut der Regierung zu retten.

Ein Streik der Tanklasterfahrer würde die Proteste in einen gewaltigen Klassenkampf gegen die Labour-Regierung verwandeln. Er könnte an die Bahnarbeiter und alle Arbeiter bei den Verkehrsbetrieben appellieren, die Bahn und den privatisierten öffentlichen Nahverkehr, der genauso verhasst ist, zu bestreiken. Eine solche Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder erfordert eine unversöhnliche Opposition zur prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie. Während bei der Ölblockade militante Taktiken eingesetzt wurden und man Gutsbesitzer hören konnte, die den in Mode gekommenen Ausdruck aufgriffen: „Direkte Aktion funktioniert", ist die grundlegende Frage das politische Programm und die Führung. Die Schmiedung einer revolutionären proletarischen Partei als notwendiges Instrument, um die Arbeiterklasse im Kampf zu führen - einer Partei, die für nichts weniger kämpft als für die siegreiche Arbeiterrevolution gegen das ganze verrottete kapitalistische System -, stellt sich als die dringende Aufgabe. Eine solche Partei wollen wir von der Spartacist League/Britain aufbauen.

Tony Blair, der von wütenden Demonstranten durch ganz Yorkshire verfolgt wurde, berief die Ölbosse und Polizeichefs in die Downing Street ein und forderte sie Berichten zufolge auf, mit aller Härte gegen die Demonstranten vorzugehen; im nationalen Fernsehen erklärte er, dass die Tanklaster binnen 24 Stunden wieder auf den Straßen sein würden. Damit Blairs Prahlerei wahr wurde, mussten gewerkschaftlich organisierte Lkw-Fahrer die Tankwagen rausfahren und die Blockade brechen, die sie bis dahin unterstützt hatten. Es kam der Auftritt der Gewerkschaftsbürokraten,

Fortgesetzt auf Seite 14

Frauen und Revolution



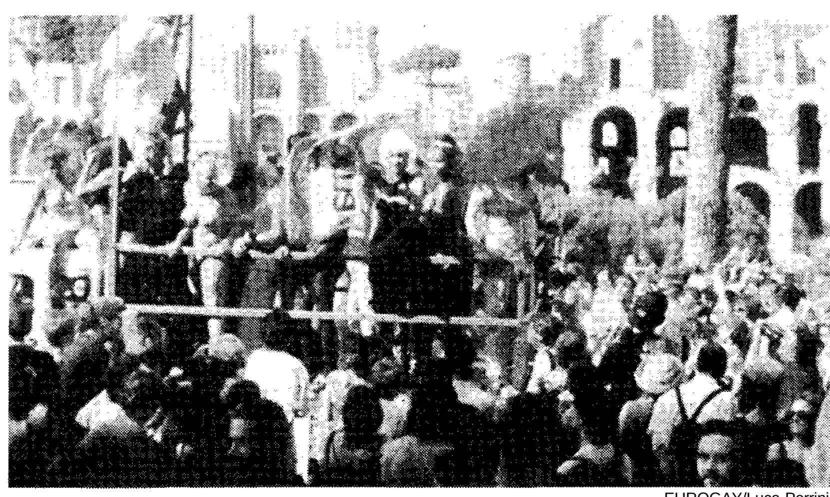
Volle demokratische Rechte für Homosexuelle!

Nachfolgend drucken wir die Übersetzung eines Flugblatts unserer Genossen der Lega trotskista d'Italia ab.

8. Juli 2000 - Gegen die internationale Schwulendemonstration World Gay Pride machte ein umfassender katholischer Kreuzzug unter Führung des Vatikans mobil - der die Sprache der

Kirche und Staat raus aus dem Schlafzimmer!

Inquisition wieder belebt, um die Ausübung dieses elementaren demokratischen Rechts zu verhindern. „Nicht in Rom; nicht im Jahr des Jubiläums", tönte Kardinal Ruini, und gleichzeitig riefen reaktionäre katholische Organisationen wie das „Komitee für ein christliches Rom" und „Familie von morgen" zu einer Re^ihe von Gegendemonstrationen in der Gay-Pride-Woche auf.



EUROGAY/Luca Perrini

Rom, erste Juliwoche: World-Gay-Pride-Demonstranten trotzten Volksfrontregierung und Vatikan

Der Versuch des Vatikans, den Gay-Pride-Marsch zu stoppen, ist der Höhepunkt einer Reihe von obskuren Angriffen, die das „Jubiläum 2000" begleiteten. Aktiv ausgeführt wurden diese Attacken von den Regierungen unter D'Alema und Amato (kapitalistische Volksfronten, Bündnisse zwischen reformistischen Arbeiterparteien wie der DS [Linksdemokraten, eine der Nachfolgeparteien der ehemaligen KPI] und bürgerlichen Parteien); vom römischen Stadtrat unter Beteiligung von Rifondazione Comunista [RC]; und von den verräterischen Bürokraten, die die Gewerkschaften führen. Francesco Rutelli, Bürgermeister der Hauptstadt, huldigte seit Beginn des Jahres dem Papst: Er vertrieb die „urtisti", die traditionellen jüdischen Straßenverkäufer, vom Petersplatz, und er schob Dutzende Roma-Frauen und -Kinder nach Bosnien ab und räumte ihre elenden Lagerplätze. Um bei den Priestern keinen „Anstoß zu erregen", schloss er sogar Sexshops, und um es auf die Spitze zu treiben, verweigerte er den Gay-Pride-Aktivitäten jede finanzielle Unterstützung des Stadtrats. Die Gewerkschaftsbürokraten von CGIL/CISL und UIL zollten auf ihre Weise dem Jubiläum Respekt, indem sie ein Stillhalteabkommen unterzeichneten, das Nahverkehrsstreiks verbot, und sie verzichteten sogar auf jede Art Arbeiterdemonstration am 1. Mai, um beim „Arbeiterjubiläum" Wojtylas als Ministranten dabei zu sein.

Giuliano Amato erklärte, es sei „unpassend", dass Homosexuelle in Rom während des Jubiläumsjahres demonstrierten, es sei aber „unglücklicherweise" nicht möglich, die Demonstration zu verbieten, denn „unsere Verfassung verhindert dies". Amatos homophobe Erklärungen haben extrem finsteren, faschistischen und reaktionären Organisationen grünes Licht gegeben, ihre Provokationen gegen Schwule durchzuführen. Die Faschisten der Forza Nuova haben eine Gegendemonstration angekündigt. Sie sind berüchtigt für ihre Angriffe auf Abtreibungskliniken und ihr Programm tönt „Verbietet Abtreibung", „Schmeißt Immigranten raus" und „Errichtet wieder das Konkordat" Mussolinis, das Katholizismus als Staatsreligion eingeführt hatte. Die Faschisten der „Alleanza Nazionale" haben ihre eigene „Familien-Woche" organisiert, und in der Zwischenzeit führten sie eine Provokation gegen die Klinik „Villa Gina" durch, die Zielscheibe einer abscheulichen Kampagne gegen Abtreibung.

Wir Trotzkisten kämpfen für: *Volle demokratische Rechte für Homosexuelle! Kirche und Staat raus aus dem Schlafzimmer! Völlige Trennung von Kirche und Staat! Nein zum Konkordat! Enteignet alle Reichtümer des Vatikan! Kostenlose und sichere Abtreibung auf Wunsch, auch für Immigrantinnen und Minderjährige! Kostenlose Empfängnisverhütung auf Wunsch! Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten/Minderheiten, um den faschistischen Abschaum zu zerschlagen! Massenmobilisierungen, um die Abtreibungskliniken zu verteidigen!*

Die Unterdrückung von Homosexuellen und das kommunistische Programm

Die katholische -Kirche greift die Möglichkeiten für Homosexuelle an, öffentlich zu demonstrieren, und heiligt die Unterdrückung der Frau in der Familie; so versucht sie, ihre düstere Moral in Gesetze umzuwandeln und „Sünde"

Fortgesetzt auf Seite 6

Italien: DS und RC unterstützen Vatikan-Reaktion und Hetzkampagne gegen Schwule

Volle Rechte...

Fortsetzung von Seite 5

zum Verbrechen zu erklären. Die Hauptzielscheibe des Vatikans sind Frauen und insbesondere das kleine bisschen an Recht auf Abtreibung, das existiert; aber im Visier sind alle unterdrückten Minderheiten und das Proletariat.

Die Unterdrückung von Homosexuellen ist verbunden mit der Unterdrückung, die Frauen in der Familie erleiden, dieser Bastion der bürgerlichen Ordnung. Wie Engels schreibt, repräsentiert die Familie die „wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft" und der ausschließliche Zweck der Heirat und der Kleinfamilie ist die „Herrschaft des Mannes in der Familie und Erzeugung von Kindern, die nur die seinigen sein konnten und die zu Erben seines Reichtums bestimmt waren" *(Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats).* Dadurch werden den Frauen ökonomische Abhängigkeit und häusliche Sklaverei aufgezwungen, und ihre Rolle ist es, Kinder zur Welt zu bringen und diese aufzuziehen. Darüber hinaus dient die Familie als Instrument dafür, neuen Generationen sozialen Konservatismus und Unterwürfigkeit vor Autoritäten zu vermitteln.

Homosexuelle leiden unter sozialer Ächtung, weil Homosexualität diesem Konzept krass entgegengesetzt ist. Ihre Unterdrückung kann nur weggefegt werden durch den Sturz des kapitalistischen Systems, was die materielle Basis legen wird für die Ablösung der Familie. Aber obwohl die proletarische Macht eine Menge tun kann, um der Unterdrückung von Homosexuellen ein Ende zu setzen, kann die Familie nicht abgeschafft werden, sie muss ersetzt werden. Die endgültige Beseitigung der diffusen *Haltung* sozialer Feindseligkeit, deren Opfer Homosexuelle sind und die tief verwurzelt ist in den genormten Geschlechterrollen der Kleinfamilie, kann erst erreicht werden, wenn die Familie in der sozialistischen Gesellschaft abgelöst ist.

Die Losung „Volle demokratische Rechte für Homosexuelle" bedeutet für uns eine Verpflichtung, nicht nur die Diskriminierung am Arbeitsplatz und die Ungleichheit vor dem Gesetz zu bekämpfen, sondern auch die Macht der Arbeiterklasse für die Verteidigung der demokratischen Rechte von Homosexuellen zu mobilisieren. Wir verteidigen die Gesetze, die Staatsbürgerrechte für Schwule kodifizieren, inklusive des Rechts auf homosexuelle Heirat; gleichzeitig denken wir, dass eine Heiratsurkunde irrelevant sein sollte: Alle Menschen müssen die gleichen Rechte in Bezug auf Gesundheitsversorgung, Wohnung und Kinder haben. Wir kämpfen gegen jede Art von Diskriminierung der Homosexuellen. Sie müssen Anspruch auf genau dieselben Rechte haben wie alle anderen auch, einschließlich der Vorteile, die heterosexuelle Paare genießen. Für uns sind sexuelle Vorlieben und Praktiken eine Privatsache und wir sind gegen jede Intervention des bürgerlichen Staates in irgendwelchen sexuellen Aktivitäten, die mit effektiver Zustimmung der Beteiligten stattfinden. Aus diesem Grunde sind wir gegen Zensur und gegen die reaktionären Mündigkeitsgesetze, die die Sexualität junger Leute kriminalisieren.

Als Marxisten erkennen wir auch, dass demokratische Rechte unteilbar sind, dass das Schicksal aller, die Opfer besonderer Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft sind, unlösbar miteinander verbunden ist. Weiter ist der Kampf zur Verteidigung bürgerlich-demokratischer Rechte eng verbunden mit der Verteidigung von eher spezifisch *proletarischen* Rechten, wie das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung, das Recht zu streiken, Streikpostenketten aufzustellen, Rechte, die gegenwärtig unter heftigem Beschuss der Bourgeoisie stehen und die durch Klassenkampf verteidigt werden können. Daher ist für die gesamte Arbeiterklasse der Kampf zur Verteidigung demokratischer Rechte von lebenswichtigem Interesse und diese Verteidigung muss ein integraler Bestandteil des revolutionären Programms der Avantgardepartei der Arbeiterklasse sein.

Keine demokratische Errungenschaft wurde jemals erreicht durch Appelle an die „Vernunft" des kapitalistischen Staats oder der Bourgeoisie; jede Errungenschaft wurde durch sozialen Kampf gewonnen. Das Wenige an Toleranz, das Homosexuelle im heutigen Italien haben durchsetzen können, ist das Nebenprodukt der sozialen Kämpfe, die im Heißen Herbst 1969 begannen. Ergebnis dieser Kämpfe war auch die Legalisierung der Scheidung und das Gesetz 194 über Abtreibung. In jedem Fall sind unter dem Kapitalismus demokratische Rechte, insbesondere für rassische und ethnische Minderheiten, für Frauen und Homosexuelle, zwangsläufig unvollständig, zerbrechlich und umkehrbar.

Wir beziehen uns auf die Russische Revolution vom Oktober 1917, die erste siegreiche proletarische Revolution, die den Weg zur Befreiung von allen Formen der Unterdrückung öffnete. Nach der Übernahme der Macht schafften die Bolschewik! das Privateigentum an Produktionsmitteln ab und vergesellschafteten innerhalb der Grenzen der ökonomischen Situation die Hausarbeit, sie begannen auch kollektive Strukturen zu entwickeln wie Kinderkrippen, Kantinen, kollektive Wäschereien etc. und legten so die materielle Basis für das Ende der Frauenunterdrückung. Befreit von den lästigen Pflichten der Hausarbeit konnten Frauen voll am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Weiterhin fegte Lenins Partei, sobald sie an der Macht war, die gesamte gesetzliche Grundlage für die Unterdrückung von Homosexuellen weg. Die sowjetische Gesetzgebung erklärte die „absolute Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft in geschlechtliche Beziehungen, soweit sie Niemandem Schaden bringen und Niemandes Interessen verletzen... Gegenüber dem Homosexualismus, der Sodomie und irgendwelcher anderer Formen der sexuellen Befriedigung, die von den europäischen Gesetzgebungen als öffentliches Vergehen gegen die Sittlichkeit hingestellt werden, verhält sich die Sowjet-Gesetzgebung genau so wie zu dem sogenannten natürlichen' Verkehr. Alle Formen des Verkehrs sind Privatangelegenheit" (Dr. G. Batkis, „Die Sexualrevolution in Russland", 1925).

Die junge Sowjetrepublik eröffnete der Entfaltung menschlichen Potentials enorme Möglichkeiten. Aber die stalinistische politische Konterrevolution, die 1923/24 stattfand als Resultat der rückständigen materiellen Bedingungen und der Isolierung des jungen Sowjetstaats, restaurierte zahlreiche bürgerliche Vorurteile und soziale Institutionen, die verantwortlich sind für die Unterdrückung von Frauen und Homosexuellen, besonders die Institution der Familie,

um die Macht [der Bürokratie] zu konsolidieren und soziale Passivität zu sichern. 1934 führte die stalinistische Bürokratie ein Gesetz ein, das homosexuelle Akte mit Gefängnis bis zu acht Jahren bestrafte, und begann Massenverhaftungen von Homosexuellen. Angesichts der stalinistischen politischen Konterrevolution kämpften die Trotzkisten für die bedingungslose militärische Verteidigung des degenerierten Arbeiterstaats, sie sahen die fundamentale Bedeutung der grundlegenden sozialen Errungenschaften für das Proletariat und die Unterdrückten, die in diesem Staat realisiert waren, wie die Enteignung der Bourgeoisie, die Planwirtschaft und das staatliche Außenhandelsmonopol. Gleichzeitig riefen sie zu einer proletarisch-politischen Revolution auf, die die stalinistische Bürokratie hinwegfegt. Diese Politik ist unverändert gültig für die heute noch existierenden deformierten Arbeiterstaaten: China, Kuba, Vietnam und Nordkorea.

Das Volksfront-Programm von DS und RC bedeutet Kapitulation vor Vatikan-Reaktion

Die kapitalistische Konterrevolution in der UdSSR hat die Konkurrenz zwischen den Bourgeoisien um die Verteidigung und Expansion ihres Marktanteils verschärft, und die europäischen Bourgeoisien haben eine weltweite Offensive gestartet, um die Ausbeutung des Proletariats zu erhöhen und den Sozialstaat abzubauen, den sie als teuer und nicht länger notwendig ansehen. Die ersten Opfer dieses Angriffs sind Frauen, die zurück ins Haus getrieben werden, um die Rollen zu übernehmen, die der Staat nicht länger ausüben will, wie die Betreuung der Kinder, der Alten und Kranken. Angesichts der immer weiteren Vertiefung der Gegensätze zwischen einer winzigen Minderheit immer reicher werdender Kapitalisten und der generellen Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung drängen die Bosse darauf, die staatliche Repression zu erhöhen, was die Verfolgung von jedem und die Einmischung in jeden Aspekt des sozialen Lebens beinhaltet. Das ist die Bedeutung der Angriffe gegen die Abtreibung, gegen Schwule und Jugendliche in diesem Land.

Konfrontiert mit einer aufsteigenden reaktionären Welle, geschürt durch von den „linken" Volksfront-Regierungen aufgezwungenes Elend, Rassismus und Obskurantismus, sind viele linke Militante und intellektuelle Verteidiger von Staatsbürgerrechten offen für die Unterstützung des Rechts der Schwulen eingetreten, in Rom zu demonstrieren. Unter diesem Druck waren die Führungen von DS und Rifondazione Comunista gezwungen, eine Position gegen die Erklärungen der Regierungsspitze einzunehmen und Seite mit der homosexuellen Demonstration zu beziehen. Aber die Führungen dieser reformistischen Parteien, die normalerweise vorsichtig vermeiden, die Frage der Homosexualität überhaupt anzusprechen, sind nicht plötzlich zu Verteidigern von Schwulen geworden: Sie versuchen einfach, ein wenig Autorität unter ihren Mitgliedern zurückzugewinnen, die ihnen davonlaufen aus Wut über vier Jahre Blut und Tränen durch die Volksfront-Regierungen. Aufgrund der Bestrebungen von DS und RC, den italienischen Kapitalismus zu regieren, müssen sie zwangsläufig die Anerkennung des Vatikans suchen, der seit der Allianz mit Mussolini immer eine fundamentale Bastion der Unterstützung des italienischen Kapitalismus war und ohne dessen „Plazet" es unmöglich ist, in diesem Land eine bürgerliche Regierung zu bilden.

Die fundamentale Unterstützung von DS und RC für die kapitalistische Ordnung drängt sie zwangsläufig auch dazu, vor der reaktionären Politik der Bourgeoisie gegen Minderheiten zu kapitulieren. Ihre Politik ist das Erbe der Kommunistischen Partei, die in der unmittelbaren Nachkriegsperiode die sozialistischen Bestrebungen der überwältigenden Mehrheit der Arbeiter verriet, indem sie das Land wieder der Bourgeoisie und dem Vatikan aushändigte. Die italienische Verfassung, die *Libemzione* [RC-Zeitung] heute mit gezücktem Schwert gegen Amatos Angriffe verteidigt, kodifiziert diesen Verrat, und die Kapitulation der KP Italiens [KPI] vor der katholischen Kirche wurde explizit besiegelt durch die Aufnahme des Konkordats zwischen Mussolini und dem Vatikan in die Verfassung.

Heute wollen RC und DS sich gerne als Verfechter der Rechte der Homosexuellen darstellen, aber jahrelang hatte die KP in Huldigung der katholischen Moral und entsprechend Stalins Diktat Homosexuelle für „krank" erklärt. 1948 schloss die KPI den homosexuellen Intellektuellen Paolo Pasolini wegen „moralischer Schmach" aus, als die Christdemokraten eine homophobe Kampagne gegen ihn

Fortgesetzt auf Seite 8

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA

Besucht die Webpage der IKL!

www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Volle Rechte...

Fortsetzung von Seite 7

führten, und erst vor einem Jahr schmiss die DS in Verona eine Schwulengruppe aus dem *L'Unita*-Fest raus, die für „schuldig" erklärt wurde, ein faules Ei auf einen Faschisten der Allianza Nazionale geworfen zu haben, der als Redner auf dem Festival eingeladen war. Während D'Alema, Cossutta und Bertinotti [RC] ihre Volksfrontpolitik durchführten, riefen sie in letzter Zeit die Arbeiterklasse dazu auf, frauenfeindliche und homophobe katholische Reaktionäre wie Romano Prodi, Rosy Bindi oder Giuliano Amato in die Regierung zu bringen. Die D'Alema-Regierung übernahm den Job, sicher zu stellen, dass das Gesetz 194, das die partielle Legalisierung des Rechts auf Abtreibung sichert, nochmals überprüft werden kann mit dem Ziel, es einzuschränken und die Werte der „natürlichen Familie" zu verteidigen. Von Prodi bis Amato haben die diversen Regierungen die Gelder für die katholischen Schulen beträchtlich erhöht und damit der Kirche erlaubt, ihr reaktionäres Gift unter den neuen Generationen zu versprühen.

Heute will Rifondazione die DS unbedingt dazu drängen, eine „linkere" Volksfront-Regierung zu bilden. Konsequenterweise suchen Bertinotti & Co. einen „progressiven" Flügel im Vatikan, vor dem sie kapitulieren können. Vor einem Jahr, mitten im NATO-Massaker gegen Serbien, erhob *Liberazione,* die die OSZE-Truppen aufgerufen hatte, die NATO zu ersetzen, den Papst zum „Mann des Friedens auf dem Balkan". Dabei versteckten sie die Tatsache, dass der polnische Papst, Freund von Solidarnoœæ, kürzlich Kardinal Steppinach heilig gesprochen hat, einen zentralen Vertreter des mörderischen klerikal-faschistischen Ustasha-Regimes, das während des Zweiten Weltkriegs in Kroatien an der Macht war. Heute unterstützt *Liberazione* in vielen Artikeln die Gay-Pride-Demonstration, gegen die sich Wojtyla stellt, gleichzeitig stellen sie sicher, dass die Tür offenbleibt für andere Flügel der katholischen Hierarchie, indem sie auf ihren Seiten reichlich Platz zur Verfügung stellen für alle möglichen Stimmen innerhalb des Vatikans, die in ihrer Haltung zu Schwulen von der offiziellen Position abweichen. Daher veröffentlichten sie zum Beispiel in der Ausgabe vom 6. Juni kommentarlos eine Deklaration von Monsignore Luigi Bettazzi, dem „hochgeschätzten Bischof von Ivrea", und drückten Freude aus über seine Unterstützung des „,Pax Christi'-Antrags bezüglich Gay Pride". Auf jeden Fall hütet sich Rifondazione, beim Vatikan Anstoß zu erregen, und mit besonderem Nachdruck garantieren sie: „Unser Respekt für die Kirche bleibt trotz allem groß" (Rina Gagliardi in *Liberazione,* 14. Mai).

Ähnlich der „linke" Teil von Rifondazione Comunista um die *Zeitung Proposta,* der die gleichen Volksfront-Gelüste hat und niemals den Kampf gegen die besondere Unterdrückung von Frauen, Schwulen, Roma etc. in seine „Oppositions"-Anträge einbringt. Nachdem die *Proposta*-Führung während der ganzen 80er-Jahre nach „Solidarität mit Solidarnoœæ" schrie, dieser bösartig gegen Frauen und gegen Schwule gerichteten polnischen Gewerkschaft der Bosse, finanziert vom Vatikan und der CIA, präsentierte *Proposta* Enrico Baroni als Kandidat für die Rifondazione-Wahlliste bei den kürzlichen Regionalwahlen, eine Liste, die den Abtreibungsgegner, Schwulenfeind und Ex-Christdemokraten Mino Martinazzoli unterstützte.

Tief gehender Rassismus und männlicher Chauvinismus kombiniert mit religiöser Rückständigkeit wurden historisch von der Bourgeoisie benutzt, um die Arbeiterklasse zu spalten. Die Anti-Schwulen-Bigotterie ist zwar nicht in gleicher Weise ein strategisches Hindernis für proletarische Revolution wie diese Fragen, aber die Arbeiterklasse kann nicht zu einem Verständnis ihrer historischen Rolle, dass sie den Kapitalismus begraben muss, gewonnen werden ohne einen unnachgiebigen Kampf ihrer kommunistischen Avantgarde gegen alle Manifestationen von sozialen Vorurteilen und rückständigem Bewusstsein. Grundlegend bedeutet dies, einen politischen Kampf zu führen gegen die verräterischen Führer der Arbeiterparteien und gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die die Arbeiterklasse an den kapitalistischen Klassenfeind kettet, und die eine fundamentale Rolle dabei spielen, soziale Rückständigkeit zu propagieren.

Ein kämpferisches und siegreiches Beispiel für die Rolle der Avantgardepartei, die das Proletariat an der Spitze aller Unterdrückten führt in Verteidigung der Rechte für Homosexuelle und alle Minderheiten, wurde 1982 in Chicago aufgezeigt. Dort wollten die Nazis marschieren, um den Gay-Pride-Tag zu verhindern. Sie dachten, dass niemand mobilisieren würde, um einen Angriff auf einen sehr verletzlichen Teil der Bevölkerung zu stoppen. Aber sie lagen falsch. Vereinigt in einer Einheitsfront der Spartacist League U.S. (amerikanische Sektion der IKL) demonstrierten dreitausend Leute, darunter Dutzende von Gewerkschaftsorganisationen, Schwarze, Juden, Hispanics, Homosexuelle und Studenten, und sie hielten den Nazidreck davon ab, zum Völkermord zu rekrutieren.

Als Kommunisten kämpfen wir gegen jede Form von bürgerlicher Ungerechtigkeit, aber wir sind gegen die sektoralistische Konzeption, die lautet „persönlich ist politisch", und dass es möglich sei, die Welt zu ändern, indem man sich selbst politisch auf der Basis der eigenen Unterdrückung oder sexuellen Orientierung organisiert, anstatt basierend auf der Zentralität der Arbeiterklasse. Die Gruppo di Liberazione Omosessuale [Homosexuelle Befreiungsgruppe] innerhalb Rifondazione Comunista, deren Artikel unkritisch in zwei Ausgaben von *Proposta* veröffentlicht wurden, drückt eine Politik aus, die sich diffus im Schwulenmilieu bewegt: „Stolz zu sein auf das, was man ist, kann auch etwas Höheres bedeuten: Es kann bedeuten, seine eigene Identität als Unterdrückte kreativ zu interpretieren als Kraft zur globalen Transformation" *(Proposta,* 28. Juni). Dieses falsche Bewusstsein verwischt die fundamentalen Klassenlinien in der Gesellschaft und führt zu extrem reaktionären Allianzen. Zum Beispiel pries kürzlich die Mario-Mieli-Gesellschaft, Hauptorganisator der Gay-Pride-Aktivitäten, offen den Schlächter AI Göre, Vizepräsident der Vereinigten Staaten und Kandidat fürs Weiße Haus, für dessen Unterstützung der Schwulendemonstration.

Als Marxisten konzentrieren wir unsere Angriffe gegen die *materielle* Basis der Unterdrückung. Wie Isaac Deutscher, Leo Trotzkis Biograf, schrieb: „Wir sagen nicht, daß der Sozialismus alle Probleme der menschlichen Gattung lösen wird. Wir kämpfen in erster Linie gegen Übel, die der Mensch angerichtet hat, und die er bewältigen kann. Trotzki sprach von den drei großen Tragödien, mit denen die Menschen nicht fertig werden, Hunger, Sexualität und Tod. Der Hunger ist der Feind, den sich der Marxismus und die moderne Arbeiterbewegung vorgenommen haben... Auch für den sozialistischen Menschen werden natürlich Sexualität und Tod Probleme darstellen, aber wir sind sicher, daß er ihnen besser ausgerüstet entgegentreten wird."

Wir kämpfen dafür, revolutionäres Bewusstsein in das Proletariat hineinzutragen und die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um durch ein Programm des Klassenkampfes gegen jede Form der Unterdrückung anzugehen. Wir kämpfen darum, die revolutionäre Partei der proletarischen Avantgarde zu schmieden, die als „Volkstribun" agiert, wie Lenin das in *Was tun?* festhielt, „der es versteht, auf alle Erscheinungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch auftreten mögen, welche Schicht oder Klasse sie auch betreffen mögen". Schließt euch uns an!«

SPD-Kampagne...

Fortsetzung von Seite 1

Bourgeoisie die Sozialdemokratie, nicht die Faschisten, um die Arbeiterklasse zu disziplinieren und die Weltmachtgelüste des deutschen Imperialismus in die Tat umzusetzen. SPD/Grüne haben die Aufgabe, das Sozialsystem zu zerschlagen - sie wollen die Löhne, die Renten, die Gesundheitsversorgung in den Keller drücken, und die „Antifa"-Kampagne ist für sie dabei ein Mittel, um den Unmut der Arbeiterklasse abzulenken. Hilfe bekommen sie dabei von den diversen Pseudolinken. Die haben sowieso überwiegend SPD und/oder PDS gewählt, kritisieren jetzt aber die Regierung von „links", da die Heuchelei von Schröder/Fischer so offensichtlich ist. So sagt etwa *Linksruck:* „Rot/Grün akzeptiert die Prioritäten der Bosse und fällt vor den Reichen dieser Welt auf die Knie". Zuvor hatten sie aber gelobt: „Deswegen ist die Forderung von Joschka Fischer richtig, [gegen Nazis] massenhaft zu demonstrieren und den öffentlichen Raum zu besetzen. Diesen Worten Fischers sollte die Regierung Taten folgen lassen" (Flugblatt „Macht die NPD-Zentrale dicht!", ohne Datum). Mit dieser Politik wird linken Jugendlichen die Lüge erzählt, man müsse die Regierung nur genügend drängen, dann würden SPD/Grüne wirklich etwas gegen die Nazis tun.



Avant!

Gruppe Linksruck hinter Bullenkontingent auf Volksfrontdemo „gegen rechts". Solche Mobilisierungen zielen auf Verbot der Nazis und ketten Arbeiterklasse an Bourgeoisie

Aber der kapitalistische Staat, den zurzeit SPD und Grüne verwalten, existiert mit seinen „besondere[n] Formationen bewaffneter Menschen" (Lenin) nur, um das Privateigentum der Kapitalistenklasse zu schützen. Alle Aktivitäten der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung haben dieses Ziel. Gegenwärtig ist es ihnen wichtig, das Ansehen des deutschen Imperialismus weißzuwaschen. So rief Schröder auf, Deutschland nicht „mit diesen wirklich schlimmen Entgleisungen", den letzten Beispielen des Naziterrors, gleichzusetzen *(Tagesspiegel, 9.* August). Der Geschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) sorgt sich: „Wir haben gerade gut daran getan, per Green Card Experten anderer Länder einzuladen, bei uns tätig zu werden. Wenn die zu dem Schluss kommen, Deutschland sei fremdenfeindlich, dann ist das nicht einladend. Das wirkt sich aus: Investitionen gehen dorthin, wo das Know-how ist" *(Tagesspiegel,* 23. September). Die *Frankfurter Rundschau (25.* September) drückt das so aus: „So viel Unterstützung die Nazis seinerzeit aus den Reihen der Unternehmer bekamen, so wenig können jetzt die Neo-Nazis mit einer Renaissance der alten Sympathien rechnen. Heute gilt: Die Braunen sind geschäftsschädigend."

Anschläge wie in Düsseldorf oder Naziaufmärsche vorm Brandenburger Tor in Berlin werden gegenwärtig vom deutschen Imperialismus als Hindernis gesehen, seine Ambitionen nach einer Weltmachtrolle international gegen seine Hauptkonkurrenten USA und Japan durchsetzen zu können. Nicht mehr durch den Kalten-Kriegs-Block gegen die Sowjetunion gebunden, haben sich die interimperialistischen Rivalitäten außerordentlich verschärft. Die Osterweiterung der EU, ein von Deutschland geführter und gegen seine Hauptrivalen gerichteter imperialistischer Handelsblock, wird dabei vom deutschen Imperialismus als zentrales Projekt vorangetrieben, sowohl um die EU zu stärken als auch um seine eigene Vormachtstellung innerhalb der EU durch den Ausbau seiner Vorherrschaft in Osteuropa zu untermauern. Auch dafür dient die Kampagne, denn die dortige Bevölkerung hat das völkermörderische Wüten der deutschen Wehrmacht noch gut in Erinnerung. Als proletarische Internationalisten sagen wir: *Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Nieder mit Maastricht und Schengen!*

Die jetzige Kampagne reiht sich nahtlos ein in die Anti-Haider-Kampagne im Frühjahr gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich, die besonders vom deutschen Imperialismus als Bedrohung für die ökonomische Einheit der EU und die geplante Osterweiterung gesehen wurde. Wir sagten: „Haider ist ein gefährlicher rassistischer Demagoge, der berüchtigt ist für seine Begeisterung für das Dritte Reich. Aber Haiders FPÖ ist im Grunde eine Wahlmaschine, sie verfügt nicht über die außerparlamentarischen Schlägertrupps, die das Wesen der Faschisten ausmachen und deren Zweck darin besteht, im Dienst der herrschenden Kapitalistenklasse die Arbeiterbewegung zu zerschlagen" („Vorsicht vor EU-Sozialdemokraten - imperialistische Schlächter und Streikbrecher: Nieder mit dem rassistischen Demagogen Haider!", *Spartakist* Nr. 139, Frühjahr 2000). Mit den Sanktionen gegen Österreich wollte der deutsche Imperialismus einen Präzedenzfall schaffen, um anderen EU-Staaten die Politik diktieren zu können. Angesichts

Fortgesetzt auf Seite 10

SPD-Kampagne...

Fortsetzung von Seite 9

wachsender interimperialistischer Rivalitäten hat dies eine gefährliche Dynamik. Wir erklären als proletarische Internationalisten: *Der Hauptfeind steht im eigenen Land!* Obendrein ging der Schuss mit den Sanktionen für die EU nach hinten los. Gerade lehnte Dänemark die Einführung des Büro ab, und der *Tagesspiegel* (29. September) kommentierte, dass die EU-Sanktionen „in Dänemark als massiver Übergriff der Mächtigen gegen ein kleines Land gewertet wurden und wenig Freunde fanden".

Beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen in New York erklärte Schröder: „Deutschland hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine zweite Chance erhalten. Wir wollen uns dieser Chance würdig erweisen durch beherztes Eintreten für Demokratie und Menschenrechte, für die Vertiefung der europäischen Integration, aber auch für die Stärkung der Vereinten Nationen... Bei einer Erweiterung des Kreises der Ständigen Mitglieder [sog. Sicherheitsrat] ist Deutschland zur Übernahme entsprechender Verantwortung bereit" (Bundespresseamt-Mitschrift, 6. September). Diese „Stärkung" der UNO verbunden mit dem Streben Deutschlands nach einem Sitz im Sicherheitsrat, dem entscheidenden UN-Gremium, soll diese imperialistische Institution in ein Mittel verwandeln, den Einfluss der US-geführten NATO zurückzudrängen. Dahinter steht natürlich das Streben der deutschen Bourgeoisie, einen größeren Anteil am Weltmarkt zu erobern. Gleichzeitig traf sich Schröder in New York mit Arafat und Barak, um nach dem Scheitern der US-geführten Camp-David-Gespräche über die „Friedens"verhandlungen in Israel zu sprechen. Der Nahe Osten, ein zentraler Bestandteil der ölreichsten Region der Welt, ist ein Brennpunkt imperialistischer Rivalitäten.

Die „Antifa"-Kampagne hat die gleiche Stoßrichtung wie die „Entschädigungszahlungen", für die Schröder jetzt als „Weltstaatsmann" ausgezeichnet wurde, während kein Einziger der Überlebenden bisher auch nur einen Pfennig gesehen hat. Die Familien der Zwangsarbeiter und Überlebenden des Holocaust müssen natürlich alles bekommen, was sie irgendwie den Unternehmen entreißen können, die durch Sklavenarbeit reich wurden. Aber die Bourgeoisie von Auschwitz will mit einer steuerlich absetzbaren Einmalzahlung ihre Vergangenheit ad acta legen. Nach zähen Verhandlungen darüber, wie viel ein jüdisches Leben oder das eines Rom wert sei, wird einer der Sprecher der deutschen Industrie zitiert: „Erst wenn der Bundestag der Auffassung sei, die Firmen seien vor Klagen ausreichend geschützt, könne das Geld aus dem mit zehn Milliarden Mark ausgestatteten Fonds an die Zwangsarbeiter verteilt werden" *(Tagesspiegel,* 29. September).

Gleichzeitig hat Günter Grass, unterstützt von dem IG-Metall-Gewerkschaftsbürokraten Zwickel, vorgeschlagen, jeder Deutsche sollte 20 DM als Entschädigung zahlen. Diese Kampagne soll der Arbeiterklasse die alte Kollektivschuldlüge in die Schuhe schieben, dass sie selbst für den Holocaust Verantwortung habe, und sie davon abhalten, gegen die Bourgeoisie von Auschwitz, die Hitler an die Macht brachte, zu kämpfen.

Außenminister Fischer brachte den Zweck der „Antifa"-Kampagne auf einem Botschaftertreffen am 4. September auf den Punkt: „Das Vertrauen und die Berechenbarkeit, die wir in den vergangenen 50 Jahren aufgebaut haben, können wir nur bewahren ... indem wir zu der Verantwortung für unsere Geschichte stehen. Darin liegt die Bedeutung der Entscheidungen zum Holocaust-Mahnmal und dem Zwangsarbeiterabkommen... Nur wenn wir diesen Kurs zweifelsfrei und ohne Misstrauen zu erzeugen fortführen, werden sich uns die Spielräume eröffnen, die wir brauchen und die deutsche Außenpolitik gestaltend nutzen kann" (BPA-Mitschrift).

SPD und DGB-Bürokratie: Arbeitsteilung zur Knebelung der Arbeiterklasse

Die SPD, ebenso wie ihre sozialdemokratischen Pendants in Europa, wurde mit dem ausdrücklichen Ziel an die Macht gebracht, den „Sozialstaat" zu zerstören. Die Bourgeoisie fühlt sich nicht mehr gedrängt, in Konkurrenz zu den sozialen Leistungen der Planwirtschaft der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten, die aus dem Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg hervorgingen, den Arbeitern einen hohen Lebensstandard zu gewähren. Und Schröder machte seine Sache gut, wie Henkel, Chef des BDI, lobte: „In den letzten zwei Jahren hat sich mehr bewegt als in vielen Jahren zuvor" *(Tagesspiegel,* 27. Juni). SPD und PDS - in Lenins Worten bürgerliche Arbeiterparteien, mit einer Arbeiterbasis und einer Führung, die durch und durch dem Kapitalismus verpflichtet ist - sind besonders geeignet, diese Angriffe der Kapitalisten durchzusetzen, solange ihre Basis ihnen mehr oder weniger vertraut. *Wir kämpfen dafür, diese proletarische Basis von ihrer Führung zu brechen und eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen.*

Der Unmut in der Arbeiterklasse wächst angesichts der Angriffe auf das Gesundheitssystem, die Renten, die Bildung bis hin zu den 630-Mark-Jobs, den Schlägen gegen die Flächentarifverträge wie beim Holzmann-Deal und gegen die Gewerkschaften insgesamt. Zynisch benutzt nun die SPD den mörderischen tagtäglichen Naziterror, mit offiziell - d. h. von der SPD nach unten gefälschten - durchschnittlich fünf rassistischen Angriffen pro Tag in den letzten vier Jahren und 93 Toten in den letzten zehn Jahren *(Frankfurter Rundschau,* 14. September), um die Wut der Arbeiter und Jugendlichen zu kanalisieren und der multiethnischen Arbeiterklasse so den Sozialraub reinzuwürgen.

Und dann kommt die der Klassenkollaboration verpflichtete sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie ins Spiel, die den angekündigten „heißen Herbst" gegen die geplante Rentenreform jetzt flugs in Pro-Regierungs-Demonstrationen „gegen rechts" umwandelt. Der Kern der Raubpläne der Regierung - Abschaffung der paritätischen Beteiligung von Ausbeutern und Arbeitern bei der Rentenkasse, sprich den Arbeitern die Last für die Renten aufzuhalsen -wird von der Bürokratie akzeptiert und es werden nur kosmetische Zugeständnisse gefordert. Die ÖTV-Bürokratie verhinderte in diesem Frühjahr einen Streik und würgte den Arbeitern, die

streiken wollten, einen Abschluss rein, der noch schlechter war als Schilys ursprüngliches Angebot. IG-Metall- und ÖTV-Führung haben eine Laufzeit der Tarifverträge von zwei Jahren vereinbart, d. h. bis *nach* den nächsten Bundestagswahlen. Ein Geschenk, das der Schröder-Regierung freie Hand geben soll.

Die Gewerkschaftsbürokratie schürt Protektionismus und Rassismus. Gegen die rassistische Green-Card-Kampagne der Regierung, die „wirtschaftlich benötigte" Experten zeitbegrenzt ins Land holen soll und andere Immigranten zur Abschiebung markiert, mobilisierte der DGB mit einer rassistischen Kampagne für „deutsche Arbeitsplätze". Gleichzeitig fordert der DGB den Staat der Bosse auf, „mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen gewalttätige Neonazigruppen und ihre Ersatzorganisationen vorzugehen und sie zu verbieten" (*jetzt handeln!*, 1. Auflage, April 2000). Von der Organisierung der Bullen im DGB - den professionellen Streikbrechern der Bosse - bis hin zum „Bündnis für Arbeit" kettet die Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter an die Bosse und ihren Staat. Sie sind - wie Lenin erklärte - „Opportunisten, die dem Proletariat als Klasse *fremd* sind, die Diener, Agenten der Bourgeoisie, Schrittmacher ihres Einflusses sind, von denen sich die Arbeiterklasse *befreien muß*, wenn sie nicht eine *bürgerliche Arbeiterbewegung* bleiben soll" („Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus", 1916). In den Gewerkschaften sind Millionen türkische, kurdische und jugoslawische Arbeiter zusammen mit ihren deutschen Klassenbrüdern organisiert, die den gesamten Reichtum dieser Gesellschaft produzieren, der ihnen aber von den Kapitalisten, denen die Betriebe gehören, gestohlen wird. Für *die völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaften - keine Bosse und keine Bullen! Das erfordert im scharfen Kampf gegen die Sozialdemokratie die Schmiedung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsführung, deren beste Elemente in politischer Übereinstimmung mit der trotzkistischen Avantgardepartei sind.*

Rassistischer Staatsterror von SPD/Grünen stärkt die Nazis

Die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung ist es, die den Naziterror schürt; sie führen den rassistischen Staatsterror gegen Immigranten an. So wurden 1998 allein auf dem Luftweg 42 000 Immigranten deportiert, 4000 davon gewaltsam (*Berliner Zeitung*, 26. Juni 1999). 1992 wurde von Regierung und SPD eine rassistische Hetze gegen Flüchtlinge und Asylbewerber entfesselt, die ein Pogromklima schuf. Wenige Tage, nachdem der SPD-Parteitag seine Unterstützung für die Abschaffung des Asylrechtes beschloss, kam das staatlich organisierte Pogrom der Faschisten in Rostock. Die Faschisten bildeten die Schocktruppen für die rassistische Kampagne gegen das Asylrecht. Eins der letzten Beispiele dafür, wie die Bullen linke Jugendliche blutig prügelten, die einen NPD-Aufmarsch stoppen wollten, gab es in Neumünster am 2. September. Die Heuchelei der SPD-Kampagne und der Charakter dieses Staates wird deutlich, wenn man sich ansieht, was gerade jetzt in Rathenow, einer kleinen Stadt im SPD-regierten Brandenburg, passiert. Als der britische Journalist chinesischer Herkunft Justin



Spartakist

Berlin, 27. September 1999: ÖTV-Proteste gegen Privatisierungsangriffe der SPD/Grünen-Regierung

Jin, der eine Fotoreportage über Rassismus in Rathenow machte, mit drei Flüchtlingen afrikanischer Herkunft von Skinheads angegriffen wurde, griffen die beiden herbeikommenden Bullen Jin an, versuchten ihm die Kamera zu entreißen, drehten ihm die Arme auf den Rücken, verschleppten ihn auf die Wache und verweigerten ihm einen Anwalt. Als Jin später erklärte, „dass er in Brandenburg zwar rassistische Skinheads erwartet habe, aber nicht eine Polizei, die sich mit rechtsextremen Tätern verbrüdert und die Opfer misshandelt" (*junge Welt*, 29. August), wurde nun von den Bullen Anzeige wegen „Verleumdung" gegen zwei der Angegriffenen erstattet! Bei einer Sondersitzung des Innenministeriums stellte sich die SPD schützend vor die Bullen. Und Michael Schumann erklärte für die PDS, dass es „keine Veranlassung gibt, von einer Solidarisierung zwischen rechten Straftätern und Polizisten auszugehen" (*Neues Deutschland*, 1. September). Wer wie die PDS diesen Kapitalismus verwalten will, „regierungsfähig" sein möchte, muss die Bullen, die ihn aufrechterhalten, gegen solche einfachen

Fortgesetzt auf Seite 12

PDS biedert sich den Nazis an

Sachsen PDS hat keine Angst vor NPD-Abtrünnigen

Kontakte zu früherem NPD-Mitglied in Zittau wurden gründlich missverstanden

Von Michael Bartsch, Dresden

Sächsische PDS-Vertreter haben die Darstellung der Wochenzeitung »jungle world« über den angeblich bevorstehenden Eintritt eines ehemaligen NPD-Funktionärs in den Zittauer PDS-Kreisverband zurückgewiesen. Von Eintrittsabsichten des ausgeschiedenen NPD-Mitgliedes Gregor Janik könne überhaupt keine Rede sein, sagte Landesgeschäf[...]führer Rico Gebhardt. Dagegen spre[...] schon der mehr[...]ch bekundete allgem[...]

[...]schist, immer Faschist‹, kann ich meine Antifa-Arbeit eigentlich aufgeben«, erklärte Juliane Wünsche. Sie habe mit Attacken wie denen der »jungle world« gerechnet.

Sogar das »Antifaschistische Rechercheteam Ostsachsen« wird sich auf eigenen Wunsch am kommenden Montag mit Janik treffen. Heiderose Gläß bescheinigt dem aus Westdeutschland stammenden Anwalt immerhin eine ernsthafte Abkehr [...]n« NPD [...]fel auch [...] Eine

Neues Deutschland
18. Mai 2000



PDS-Sachsen lässt sich von Nazis „gesundes Nationalempfinden" bescheinigen. PDS-„Debatten" mit Nazis verschaffen diesem Mörderpack Plattform. 1990 führte die PDS ostdeutsche Arbeiter in die Konterrevolution, die scharfen Anstieg von Naziterror brachte. Heute betreibt PDS antikommunistische Hetze, gibt DDR Schuld am Wachstum der Faschisten

SPD-Kampagne...

Fortsetzung von Seite 11

Wahrheiten „schützen".

Innenminister Schilys Hetze, man müsse unterscheiden „zwischen Zuwanderung, die die Sozialkassen erheblich belastet, und Zuwanderung, die unseren wirtschaftlichen Interessen entspricht" *(Berliner Zeitung, 26.* Juni), gibt grünes Licht für die faschistische Demagogie, die Immigranten als Sündenböcke für die Arbeitslosigkeit benutzt und Mordterror auf die Straße trägt. Der von der Regierung geschürte Rassismus ist der Stoßkeil für die Angriffe auf die gesamte Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse und die Minderheiten müssen ihre Interessen gemeinsam voranbringen oder sie werden getrennt zurückgeschlagen. Die Arbeiterklasse muss *für volle Staatsbürgerrechtefür alle Immigranten und alle, die es hierher geschafft haben, kämpfen!*

Rassismus ist integraler Bestandteil dieses kapitalistischen Systems und hat das Ziel, die Arbeiterklasse zu spalten. Die Faschisten sind einfach der extremste Ausdruck der kapitalistischen Reaktion und nähren sich aus der Krise des Kapitalismus. Wie Trotzki 1932 in seinem Werk *Was nun?* erklärte:

> „Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die ‚normalen' militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat."

Die Faschisten sind der zugespitzteste Ausdruck der Interessen der Bourgeoisie und - wie die Morddrohungen gegen den IG-Metall-Vorsitzenden in Elmshorn glasklar zeigen - ihre Reservearmee gegen das Proletariat, wenn im Falle einer extremen Krise, wie etwa Anfang der 30er-Jahre, die Sozialdemokratie als vorletzte Reserve der Bourgeoisie nicht mehr in der Lage sein sollte, die Arbeiterklasse im Zaum zu halten.

Was die Nazis wirklich *stoppen* und zurück in ihre Rattenlöcher jagen wird, ist eine unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse, das heißt Massenmobilisierungen der Gewerkschaften, mit ihren zahlreichen aus der Türkei, Kurdistan und anderen Ländern eingewanderten Arbeitern, und die Unterstützung von Homosexuellen, Juden, Flüchtlingen, Linken und allen anderen potentiellen Opfern der Faschisten. *Für Arbeiter/Immigranten-Mobilisierungen, um die Nazis zu stoppen!* Wie Trotzki erklärte:

> „Der Kampf gegen den Faschismus beginnt nicht in der Redaktionsstube eines liberalen Blattes, sondern in der Fabrik und endet auf der Straße. Die Streikbrecher und der private Wachdienst in den Fabriken sind die Urzellen der faschistischen Armee. Die *Streikposten* sind die Urzellen der proletarischen Armee." (Übergangsprogramm 1938, Gründungsdokument der Vierten Internationale)

Diese Perspektive erfordert einen scharfen politischen Kampf gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie, die PDS und die SPD sowie ihre linken Wasserträger. *Der Kampfgegen den Faschismus ist untrennbarer Bestandteil des Kampfes zum Sturz des Kapitalismus durch proletarische Revolution. Indem die „Antifa"-Kampagne der SPD / Grünen-Regierung großdeutschen Nationalismus schürt und der Stärkung des deutschen Imperialismus dient, stärkt diese Kampagne die Nazis.*

„Tod-des-Kommunismus"-Kampagne, unterstützt von Pseudolinken

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit hetzt die SPD gegen die DDR, die sie mit dem Dritten Reich gleichsetzt und der sie die Schuld gibt am starken Naziterror im Osten. Diese antikommunistische Hetze soll alle prosozialistischen Bestrebungen der Arbeiterklasse kriminalisieren. Als treuer Lakai der Bourgeoisie verteufelt die SPD den deformierten Arbeiterstaat DDR, wo durch die Enteignung der Bourgeoisie und Errichtung einer Planwirtschaft dem Faschismus die materielle Grundlage entzogen worden war.

Aber der massiv angestiegene Naziterror ist direktes Resultat der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion! In der früheren DDR hat die Bourgeoisie die Industrie niedergewalzt und national liegt die Arbeitslosigkeit bei vier Millionen - in Ostdeutschland in vielen Gebieten bei 25 Prozent und mehr. Die Nazis wachsen und nähren sich aus der Krise des Kapitalismus, der ansteigenden Massenarbeitslosigkeit und aus der damit verbundenen Hetze gegen Immigranten, die von der Regierung verbreitet wird. Durch blutige Gräueltaten rekrutieren sie unter der großen Anzahl frustrierter Jugendlicher und wachsen daher in den zerstörtesten Gebieten am stärksten.

Wir Trotzkisten von der Internationalen Kommunistischen Liga haben den bürokratisch deformierten Arbeiterstaat DDR bedingungslos militärisch gegen innere Konterrevolution und imperialistische Angriffe verteidigt. In die beginnende proletarische politische Revolution 1989 in der DDR intervenierten wir mit all unseren Kräften, um die Arbeiter durch den Sturz der stalinistischen Bürokratie im Osten an die Macht zu führen und im Westen durch eine soziale Arbeiterrevolution die Bourgeoisie von Auschwitz zu stürzen. Wir waren die einzige Partei, die gegen die Konterrevolution kämpfte (siehe dazu „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90", *Spartakist* Nr. 139, Frühjahr 2000).

Bei der von uns initiierten

Einheitsfrontdemonstration am 3. Januar 1990 in Berlin-Treptow gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals für die Rote Armee erklärte ein Genösse der Spartakist-Gruppen vor 250 000 ostdeutschen Arbeitern und Jugendlichen: „Wir müssen eine wirkliche Arbeiterrätedemokratie bilden. Nur sie kann die Wurzeln des Faschismus ausrotten. Wir brauchen eine Partei im Geiste von Lenin, Liebknecht und Luxemburg! Wir müssen die sozialen Errungenschaften unserer Revolution ausweiten, damit wir überleben können in unserem Land. Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!"

Die PDS, die heute von Pseudolinken wie der Sozialistischen Alternative Voran (SAV) und dem Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB) als irgendwie „prosozialistisch" verkauft wird, war in Wirklichkeit der Schlüssel, die breite Schicht prokommunistischer Arbeiter ifl der DDR zu demoralisieren und in die Konterrevolution zu führen. Sie löste die Kampfgruppen, Arbeitermilizen auf Fabrikebene, auf. Bei den Volkskammerwahlen im März 1990, die ein Referendum über Ja oder Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung, d.h. Konterrevolution, waren, erklärte sie: „Wir sind ein Volk 1:1", d. h. sie stimmte *mit Ja.* Heute nun sieht man das Schauspiel, wie sich die sozialdemokratische, exstalinistische PDS - in ihrem Drange, der deutschen Bourgeoisie ihre „Regierungsfähigkeit" zu beweisen - im Lobpreisen der bürgerlichen „Demokratie" und Schüren von Antikommunismus gegen die DDR überschlägt. So erklärte der PDS-Chefideologe Brie: „Die DDR hat einen Antifaschismus postuliert, der nicht demokratisch erstritten wurde. In diesen konnte 1945 jeder problemlos reinschlüpfen. Die DDR war ein Law-and-order-Staat, das ist für Neonazis bis heute ein Anknüpfungspunkt" *(Berliner Zeitung, 1.* August).

Die SAV ist ein Paradebeispiel der pseudolinken Organisationen, die schon zuvor im Kalten Krieg Seite an Seite mit der SPD Antikommunismus propagierten. Im Februar 1990 forderten sie die SPD auf, aggressiver für die Konterrevolution einzutreten: „SPD in die Offensive!" und „Das deutsche Volk hat das gleiche Recht auf Selbstbestimmung wie jedes andere" (Extrablatt vom 25. Januar 1990). Später dann in der Sowjetunion unterstützten sie Jelzins konterrevolutionären Putsch. Heute ist die SAV der Schwanz der sozialdemokratischen PDS und verkündet als Echo von Brie, sie sei dafür, „das Ziel einer grundlegenden Gesellschaftsalternative aufrechtzuerhalten. Kein ‚law-and-order'-Regime wie in der DDR, sondern eine wirklich sozialistische Demokratie" *(Voran,* September 2000).

Keine Verbotsappelle an den bürgerlichen Staat!

Die PDS unterstützt die Regierung bei deren Verbotskampagne gegen die NPD. So erklärte Ulla Jelpke im „10-Punkte Sofortprogramm gegen Rechts": „Die PDS-Fraktion wird, sollte ein solcher [Verbots-JAntrag gestellt werden, diesen unterstützen" (PDS-Online). Schröder erklärte beim Botschaftertreffen in Berlin am 4. September, worum es dabei geht: Denen, „die Gewalt anwenden, die sich anmaßen, als Gruppe oder als Einzelne entscheiden zu wollen, wer in diesem Land unbehelligt leben und arbeiten darf - ob sie nun Vereine oder Parteien sind -, deutlich zu machen, dass das ein Angriff auf das Gewaltmonopol des Staates ist, den der Staat nicht dulden wird" (BPA-Mitschrift). Sprich der kapitalistische Staat entscheidet, wer hier leben darf und wer deportiert wird. Gesetze und Verbote gegen die Nazis, die immer im Gewand von Verboten gegen „Verfassungsfeinde" oder „Extremisten" daherkommen, werden sich gegen die Arbeiterklasse und die Linke richten! Als 1993 die FAP verboten wurde, geschah dies nur, um den Anschein einer „Neutralität" des Staates zu erhalten, der gleichzeitig die PKK und 36 kurdische Vereine verbot. Genauso war es schon in den 50er-Jahren: Das Verbot der faschistischen SRP bereitete das KPD-Verbot vor. Die Illusion, der Staat sei neutral, ist gefährlicher reformistischer Unsinn. Und die Pseudolinke schürt Illusionen in den bürgerlichen Staat. So erklären die Bilderbuchreformisten der Gruppe Linksruck in ihrer neuen Broschüre „Aktiv gegen Rechts": „Staat und Polizei sind keine verlässlichen Verbündeten im Kampf gegen die Nazis und ihre Aufmärsche." Der kapitalistische Staat kann also ein „Verbündeter", wenn auch „unzuverlässig" sein? Dieser Staat ist das



REUTERS/Reinhard Krause

Neumünster, 2. September: Bullen schützen Naziaufmarsch, verprügeln Linke

Organ der Diktatur der Bourgeoisie, er dient der Verteidigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, er ist der *Feind* der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten. Lenin betonte in *Staat und Revolution:* „Der Marxsche Gedanke besteht darin, daß die Arbeiterklasse ‚die fertige Staatsmaschine' *zerschlagen, zerbrechen* muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf." Aber genau diese Vorstellung, dass der Staat „neutral" sei und mit einer entsprechend „linken" Regierung nach links gedrängt und irgendwie nutzbar gemacht werden könne, ist der Rahmen, in dem sich alle Pseudolinken bewegen, die keinerlei Per-

Fortgesetzt auf Seite 24



Sprit-Proteste...

Fortsetzung von Seite 4

deren sklavische Loyalität zu „ihrer" arbeiterfeindlichen Labour-Regierung und der bürgerlichen Ordnung, die sie hütet, keine Grenzen kennt. Ursprünglich weigerten sich viele Kraftfahrer Öl zu transportieren, außer in Notfällen. Aber die Bürokratie der Transportarbeitergewerkschaft (TGWU, Transport and General Workers Union) wies skandalöserweise ihre Mitglieder an, das Öl auszufahren. In einer TGWU-Presseerklärung vom 12. September, dem Tag des Blair-Ultimatums, hieß es: „Die Gewerkschaft, die die Tanklasterfahrer vertritt, forderte ihre Mitglieder dringend auf, weiterzuarbeiten, soweit ihre Sicherheit nicht gefährdet ist", und weiter: „Wir fordern die Protestteilnehmer dringend auf, die Blockaden aufzulösen und es unseren Mitgliedern zu ermöglichen, die Lieferungen wieder aufzunehmen." Der TGWU-General-. sekretär Bill Morris stachelte die Bullen an mit der Erklärung: „Wenn die Demonstranten das Gesetz brechen, sollten sie verhaftet werden" *(Guardian,* 13. September).

Der *Sunday Telegraph* (17. September) berichtet: „Während Mr. Blair erwog, die Truppen einzusetzen, probierte Mr. Brown [Finanzminister] einen anderen Plan aus, um die Auseinandersetzung abzubrechen - durch Benutzung der Gewerkschaften." Weiter heißt es: „Beim TUC in Glasgow hatte er am Vortag Bill Morris getroffen, den Führer der Transportarbeitergewerkschaft, wo viele Tanklasterfahrer Mitglied sind. Er überzeugte ihn von der Notwendigkeit, die Krise zu beenden." John Prescott [stellvertretender Premierminister] warnte Blair, dass der Einsatz von Truppen ein Schuss nach hinten wäre und die „heiklen Verhandlungen, die in dieser Nacht zwischen Gewerkschaftsführern und Tanklasterfahrern stattfinden", kaputt machen würde. Die Gewerkschaftsbürokratie war also ausschlaggebend dafür, dass die Labour-Regierung die Krise entschärfen konnte.

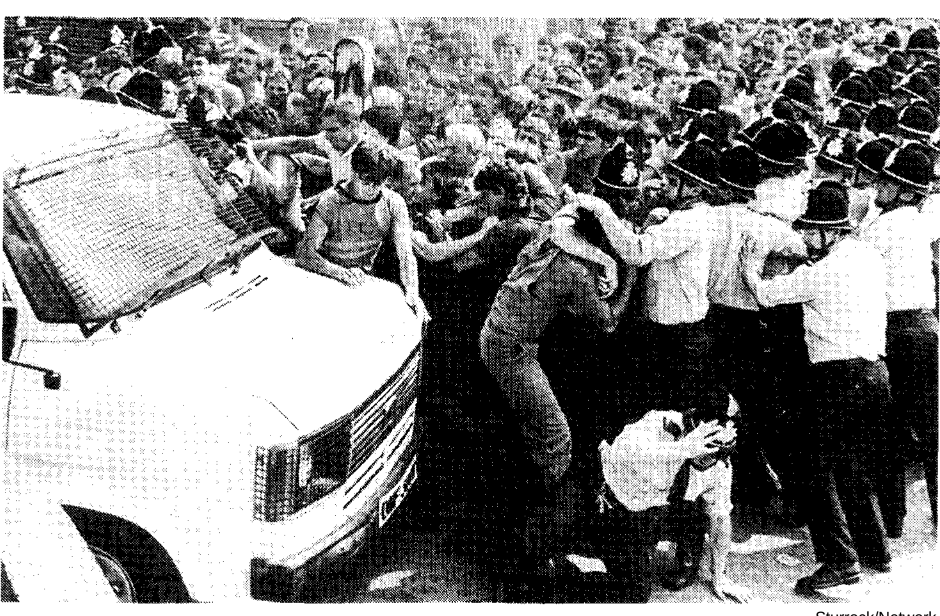
Brecht mit Labour!

Die Schärfe der durch die Ölproteste ausgelösten Krise veranlasste die Regierung zu einer Reaktion, die das Funktionieren des kapitalistischen Staates und der finsteren Kräfte beleuchtet, welche in Zeiten einer gesellschaftlichen Krise gegen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten aufgefahren werden. Die Polizeipräsenz bei den Raffinerien wurde verstärkt, der Truppeneinsatz wurde vorbereitet und in Essex verließ ein Tankwagen das Tanklager mit einem bewaffneten Bullen an Bord.

Unter dem Lack der parlamentarischen Demokratie lauert die Wirklichkeit des repressiven britischen Staates. Der kapitalistische Staat besteht, wie Lenin erklärte, aus besonderen Formationen bewaffneter Menschen - den Bullen und der Armee -, die zur Verteidigung des Privateigentums da sind. Der kapitalistische Staat kann nicht reformiert werden; die Macht der Kapitalistenklasse muss zerschlagen und durch einen Arbeiterstaat ersetzt werden. Der Geheime Rat, in dem die Queen den Vorsitz hat, wurde einberufen, um der Regierung „Sondervollmachten" zu übertragen, damit sie die Kontrolle über die Verteilung des Kraftstoffs übernimmt, auch unter Einsatz militärischer Mittel, zu dem Zweck, die Ölblockade zu brechen. Dieser „private" Rat der Queen setzt sich aus amtierenden und früheren Ministern zusammen, darunter dem Labour-„Linken" Tony Benn. Wir sagen: Weg mit der Monarchie!

Die Bauern und kleinen Speditionsfirmen, die diesen Protest anführten, traten unverhüllt für nationalen Chauvinismus ein, was ihre ökonomischen Interessen widerspiegelt. Das zeigte sich bis zum Erbrechen bei Brynle Williams, einem prominenten Sprecher der Bauern bei der Blockade in Cheshire, der sagte: „Wir mögen die Vorstellung nicht, dass irische Kraftfahrer hier rüber kommen mit ihrem billigen Diesel, dann zwei oder drei Tage arbeiten, ihr billiges Fleisch hier rüberbringen und uns so unserer Lebensgrundlage berauben" *(Guardian,* 12. September). Im Gegensatz dazu hat die Arbeiterklasse ein direktes gemeinsames Interesse mit den Arbeitern der anderen Länder. Als die Proteste Frankreich, Britannien und Belgien erfassten, war eine proletarische internationale Solidarität brennend notwendig, in scharfer Opposition zum antifranzösischen Chauvinismus, der auch von Blair & Co. vertreten wird. Der proletarische Internationalismus, der beim Bergarbeiterstreik 1984/85 zu sehen war, als Arbeiter aus Frankreich und anderen Ländern Geld für ihre britischen Genossen sammelten und französische Bergarbeiter gemeinsam mit britischen Bergarbeitern die Internationale sangen, ist ein Beispiel für eine internationale Klassensolidarität, wie sie nötig ist. Wir kämpfen für die Mobilisierung der Arbeiter gegen jeden Ausdruck des nationalen Chauvinismus und Rassismus und für volle Staatsbürgerrechte von Immigranten.

Die IKL-Sektionen in Britannien und Frankreich gaben Blairs Labour Party und Jospins sozialistisch geführter Volksfront keinerlei Unterstützung. Das steht im krassen Gegensatz zu den Pseudo-„Sozialisten" in beiden Ländern, die bei der Wahl der Blair- und Jospin-Regierung mithalfen und diesen Regierungen verpflichtet sind. Jospins bürgerliche Koalitionspartner der Grünen treten am schärfsten gegen eine Senkung der Mineralölsteuer auf und haben damit den arbeiterfeindlichen -Charakter der grünen Umweltpolitik deutlich gemacht. Klassenkämpferische Aktionen würden heute der Opposition gegen diese arbeiterfeindlichen rassistischen Regierungen einen riesigen Ansporn geben. Die Labour Party ist eine bürgerliche Arbeiterpartei - Revolutionäre streben an, die Arbeiterbasis von den prokapitalistischen Führern zu *spalten* und davon zu überzeugen, dass ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Partei notwendig sind. Von der streikbrecherischen Labour-Regierung der 70er-Jahre bis zum Todesstoß gegen den



Sturrock/Network

Streikposten im Kampf gegen Streikbrecher und Bullen beim britischen Bergarbeiterstreik 1984/85

heroischen Bergarbeiterstreik sind die Labour Party und die TUC-Spitze das strategische Hindernis beim Kampf für die Herrschaft der Arbeiterklasse.

TUC-Generalsekretär John Monks verglich ungeheuerlicherweise die Spritproteste mit den Mobilisierungen der Lastwagenfahrer, die 1973 in Chile von der CIA gegen die Allende-Volksfrontregierung unterstützt wurden. Die Mobilisierungen in Chile waren Teil einer imperialistischen „Destabilisierungs"kampagne gegen die Allende-Volksfrontregierung, die in dem blutigen Militärputsch von General Pinochet gipfelte und hauptsächlich darauf abzielte, die chilenische Arbeiterklasse inmitten einer vorrevolutionären Situation zu zerschlagen. Eine Parallele zu den breiten Mobilisierungen im heutigen Britannien zu ziehen, die sich gegen eine kapitalistische Labour-Regierung richten, zeigt das ganze Ausmaß der Lehnstreue der Labour-Bürokratie zu dieser Regierung. In Wirklichkeit erinnert Blair weniger an Allende als an die Pinochet-Anhängerin Margaret Thatcher zur Zeit des ein Jahr andauernden Bergarbeiterstreiks oder des späteren Aufruhrs über die Kopfsteuer.

Die reformistische Linke demonstrierte im Verlauf der Proteste ihre Loyalität zur Labourpolitik. Die Zeitung der Kommunistischen Partei, *Morning Star* (13. September), war gegen die Proteste und forderte Blair auf: „Die Regierung sollte alle gesetzlichen Schritte ergreifen, die notwendig sind - ohne Einsatz von Polizeigewalt -, um die freie Beförderung von Öl und Benzin sicherzustellen." Die Socialist Workers Party (in Deutschland Linksruck) unterstützte die Proteste mit der Schlagzeile: „Verbitterung schlägt Blair ins Gesicht"; sie vergaßen allerdings zu erwähnen, wie „himmelhoch jauchzend" sie den Wahlsieg von Labour 1997 begrüßt hatten. Auch wenn die SWP manchmal über die Übel jammert, die die Blair-Regierung mit sich gebracht hat, setzt sie sich im Voraus dafür ein, diese für eine weitere Wahlperiode im Amt zu halten. So machte der SWP-Guru Chris Harman klar: „Die meisten Sozialisten werden, wenn möglich, bei den nächsten Parlamentswahlen sozialistische Kandidaten unterstützen, aber immer noch Labour wählen, wenn kein sozialistischer Kandidat antritt" *(Socialist Review,* September 2000). Gleichzeitig verheimlichen sie die Rolle der Gewerkschaftsbürokratie mit ihrer Schlagzeile auf der Titelseite: „Warum treten Gewerkschaftsführer nicht in Aktion?" *(Socialist Worker,* 16. September). Aber die Gewerkschaftsbürokratie *trat in Aktion* - wie vorauszusehen -, um das Öl wieder strömen zu lassen. Außer dem Streikbrecher Morris gab es Bill Speirs, Generalsekretär des schottischen TUC, der die Proteste als „Blockade der Bosse" denunzierte. Das war auch die Linie der Gewerkschaftsbürokratie in Frankreich, um den Streikbruch zu rechtfertigen und die Jospin-Regierung in der Stunde ihrer Krise zu retten.

Labour regiert für britischen Imperialismus

Öl ist nicht einfach eine Ware wie jede andere; es ist der Rohstoff für über 40 Prozent der Weltenergie. Der Zugang zum Öl ist daher von lebenswichtiger strategischer Bedeutung für moderne kapitalistische Staaten. Seit den 20er-Jahren hatten der britische und der amerikanische Imperialismus durch ihre Kontrolle über die Ölfelder am Persischen Golf ständig einen enormen strategischen Vorteil gegenüber ihren Rivalen Deutschland und Japan. Während des Golfkriegs 1991 hat London im Bündnis mit Washington Zehntausende Irakis ermordet, um für die USA und Britannien die Kontrolle über die Ölvorkommen der Region zu sichern. Eineinhalb Millionen Menschen, darunter eine halbe Million Kinder, sind durch das Hungerembargo getötet worden. Die Imperialisten setzen mit ihren fast täglichen Bombenangriffen und den Sanktionen das Gemetzel fort, um zu verhindern, dass das Öl des Irak den Weltmarkt erreicht. Wenn man billigeres Öl will, muss man die Irak-Blockade brechen! Wir sagen: Nieder mit den Hungersanktionen!

Erschüttert durch die Wucht und das Ausmaß der Unterstützung für die Kraftstoffblockaden, trifft die Blair-Regierung Vorbereitungen für eine große Konfrontation. Die *Financial Times* (16. September), Sprachrohr der City, des Finanzzentrums, bemerkte in einem Kommentar: „Die Minister sollten die Akten von 1981 hervorkramen, als Margaret Thatcher gegenüber den Bergarbeitern nachgab. Sie war nicht vorbereitet; die Kohlevorräte waren gering. Aber nach dem Riesenwahlerfolg von 1983 war sie vorbereitet, und ein Jahr später wurden die Bergarbeiter bezwungen." Die Spartacist League kämpfte dafür, den Streik auf die Eisenbahn und die Häfen auszuweiten und das Land dicht zu machen. Doch obwohl die Bergarbeiter militant und heroisch gegen die Kräfte des kapitalistischen Staates kämpften, wurden sie durch den Verrat der Labour-Führer und der Gewerkschaftsbürokratie betrogen, während der Bergarbeiterführer Arthur Scargill mit der Labour Party verbunden blieb. Wir wollen die Lehren dieses Streiks in das Bewusstsein der Arbeiter einprägen, so dass die Arbeiterklasse vorwärts gehen kann zum Sieg.

Die Aktion der Tankwagenfahrer hat das Land fast zum Stillstand gebracht. Als aus den Zapfsäulen kaum noch ein Tropfen kam, wurden die Regale in den Supermärkten immer leerer, den Banken ging das Bargeld aus und Eisenbahner warnten, dass die Arbeiter nicht in der Lage wären, zur Arbeit zu kommen. Das lässt den ganzen Mythos von einer „neuen Ökonomie" zerplatzen, wonach der „globale" Kapitalismus in einer virtuellen Realität operiert und die Waren durch das Klicken einer Maus im ganzen Land befördert werden. Die kapitalistische Wirtschaft hängt von der Arbeit des Proletariats ab und von Kraftstoff, der von Tanklasterfahrern ausgeliefert wird.

Die Arbeiterklasse ist die einzige Kraft, die die Macht, die soziale Geschlossenheit und das direkte Interesse hat, die Angriffe der Regierung zurückzuschlagen. Das muss verbunden werden mit einem Kampf, das gesamte System von Klassenausbeutung, nationaler Unterdrückung, Rassismus und Krieg zu stürzen - ein System, das von Labour mit aller Macht aufrechterhalten wird. Sehr viele Arbeiter, die mit Fabrikschließungen, Privatisierungen und rassistischen Angriffen konfrontiert sind, sind erpicht darauf, sich selber an militantem Klassenkampf zu beteiligen. Wir wollen eine Partei aufbauen, die fest entschlossen ist, das Proletariat in einer sozialistischen Revolution zu führen, um die Kapitalistenklasse zu enteignen, einschließlich der Ölkonzerne, und eine sozialistische Planwirtschaft aufzubauen.«



WORKERS HAMMER

Chinese workers revolt against "market reforms"

For unconditional military defence of China against imperialism, capitalist counterrevolution! For proletarian political revolution to oust Stalinist bureaucracy!

Down with racist Labour government's imperialist invasion!

British and all UN troops out of Sierra Leone now!

Die Ursprünge des Anarchismus

Vom bürgerlichen Idealismus zum „grünen Radikalismus"

Nachfolgend veröffentlichen wir die redigierte Abschrift eines Schulungsvortrags, den Joseph Seymour, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., am 22. Juli vor dem New Yorker Spartacus Youth Club gehalten hat.

Was ich hier versuchen möchte, ist eine Erörterung jener Ideen und Haltungen des klassischen Anarchismus, die wir *heutzutage* bei radikalen amerikanischen Jugendlichen antreffen, nicht nur bei jenen, die sich Anarchisten nennen, sondern auch bei den grünen Radikalen und Linksliberalen; also bei den Leuten, die an den Protesten von Seattle und Washington teilnahmen und von denen viele jetzt im Dunstkreis der Wahlkampagne von Nader (Kandidat der Grünen) zu finden sind. Wie wir noch sehen werden, brachten jene Jugendlichen, die von den Weltbank-Direktoren die Schuldentilgung für arme Dritte-Welt-Länder forderten, eine Haltung und eine Position zum Ausdruck, die vollkommen in Einklang steht mit den Lehren von Peter Kropotkin, dem wichtigsten anarchistischen Wortführer und Theoretiker des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts.



Butow/SABA

Anti-WTO-Demonstranten letzten Winter in Seattle. Selbsternannte Anarchisten zusammen mit liberalen Aktivisten appellieren reformistisch an „Humanität" gegen „Globalisierung"

Im Grunde gehört der Anarchismus - sozusagen als der leicht wirre entfernte Verwandte - zur Familie des radikaldemokratischen Idealismus. Nun, alle Formen des radikaldemokratischen Idealismus stammen in intellektueller Hinsicht von der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts ab, genau genommen von ihrem linken Flügel, und sie fanden ihren organisatorischen Ausdruck durch die Französische Revolution von 1789, die versuchte, die Ideale des linken Flügels der Aufklärung umzusetzen. In den Anfängen des 19. Jahrhunderts waren die verschiedenen Lehren des Sozialismus, die Marx und Engels später den utopischen Sozialismus nannten, eine Form des radikaldemokratischen Idealismus. Heutzutage ist der grüne Radikalismus eine Form des radikaldemokratischen Idealismus, der, wie wir noch sehen werden, in mancherlei Hinsicht eine nahe Verwandtschaft zum klassischen Anarchismus aufweist. Auch der übliche Liberalismus nährt sich aus dieser geistk gen Tradition.

Die grundlegende Prämisse des radikaldemokratischen Idealismus ist, dass die Welt mehr oder weniger sofort so umstrukturiert werden könne, dass sie mit den Idealen der klassischen bürgerlich-demokratischen Revolution übereinstimmt - ausgedrückt z. B. als „Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück" in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung oder auf radikalere Art als „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" in der weit radikaleren Französischen Revolution. Diese Ideale werden auf unterschiedliche Weise interpretiert, gehen aber alle auf dieselbe zentrale Prämisse zurück. Alle Ausprägungen des radikaldemokratischen Idealismus sind von Natur aus klassenübergreifende Lehren. Das heißt, sie appellieren an alle Menschen aller sozialer Klassen, einschließlich der „fortschrittlichen" oder „aufgeklärten" Elemente der besitzenden und herrschenden Klasse, diese Prinzipien zu verwirklichen, die viele von ihnen angeblich achten: das zu praktizieren, was sie predigen.

Dass der Anarchismus wirklich eine Variante des radikaldemokratischen Idealismus ist, zeigt sich ganz deutlich im Werdegang der geschichtlich bedeutendsten Figur der anarchistischen Bewegung - des Mannes, der eigentlich die Bewegung gründete, Michail Bakunin. Zwar ist Bakunin meist nur als Anarchist bekannt, doch war er in Wirklichkeit ein Anarchist nur in den letzten zehn Jahren seiner Laufbahn als linker Radikaler, die sich von Mitte der 40er- Jahre bis zu seinem Tod Mitte der 70er-Jahre des 19. Jahrhunderts erstreckte. Er begann als radikaler Student an der Universität von Berlin als ein Linkshegelianer. Interessanterweise waren er und Friedrich Engels so etwas wie Kumpel, sie waren so etwas wie „*die* Roten auf dem Campus". Sie waren Mitglieder in einem linkshegelianischen Zirkel, der sich „die Freien" nannte.

Bakunin wurde bekannt während der europäischen bürgerlich-demokratischen Revolutionen von 1848 als ein Vertreter des so genannten „demokratischen Panslawismus", einer extrem linken Form der Idee der nationalen Befreiung. Damals waren alle slawischen Völker (mit Ausnahme der Russen) von anderen Völkern unterjocht und unterdrückt. Die Südslawen - die Serben und Bulgaren - waren

Teil des türkischen Osmanischen Reiches. Die Westslawen - Tschechen und Slowaken - gehörten zum deutsch-dominierten Habsburger Reich. Polen, das größte slawische Land außerhalb Russlands, war damals geteilt zwischen dem Habsburger Reich, Preußen und dem ebenfalls slawischen russischen Zarenreich.

Bakunin gab seinen „Aufruf an die Slawen" heraus, um alle slawischen Völker zu vereinigen und zu befreien und um eine radikaldemokratische Föderation der slawischen Völker zu errichten. Das war kein Aufruf an die slawische Bauernschaft oder die unterdrückten und ausgebeuteten Massen. Es war buchstäblich ein Appell an die Slawen, an alle Slawen. Engels unterzog Bakunins Manifest einer vernichtenden Kritik. Bedeutend dabei ist, dass er über die Besonderheiten der slawischen nationalen Frage hinausging und sich mit der zugrunde liegenden Weltanschauung auseinander setzte, die heute immer noch starken Einfluss hat. Engels schrieb:

> „Von den in der Wirklichkeit bestehenden Hindernissen einer solchen allgemeinen Befreiung, von den so durchaus verschiedenen Zivilisationsstufen und den dadurch bedingten ebenso verschiedenen politischen Bedürfnissen der einzelnen Völker ist keine Rede. Das Wort .Freiheit' ersetzt das alles. Von der Wirklichkeit ist überhaupt keine Rede, oder soweit sie etwa in Betracht kommt, wird sie als etwas absolut Verwerfliches, von .Despotenkongressen' und ‚Diplomaten' willkürlich Hergestelltes geschildert."

Wenn ihr „Despotenkongresse" und „Diplomaten" durch „multinationale Konzerne" ersetzt, sollte euch diese Passage sehr bekannt vorkommen. Dieser schlimmen Realität wird der angebliche Wille des Volkes mit seinem kategorischen Imperativ, dem absoluten Gebot der Freiheit, entgegengesetzt. Engels fährt fort: „,Gerechtigkeit', ‚Menschlichkeit', .Freiheit', ‚Gleichheit', Brüderlichkeit', ‚Unabhängigkeit' - bis jetzt haben wir weiter nichts in dem panslawistischen Manifest gefunden, als diese mehr oder weniger moralischen Kategorien, die zwar sehr schön klingen, aber in historischen und politischen Fragen *durchaus nichts beweisen.* Die ‚Gerechtigkeit', die ‚Menschlichkeit', die ‚Freiheit' usw. mögen tausendmal dies oder jenes verlangen; ist die Sache aber unmöglich, so geschieht sie nicht und bleibt trotz alledem ein ‚leeres Traumgebilde'" (Hervorhebung im Original).

Ich glaube, diese Passage enthält den Kern von 90 Prozent der Diskussionen und Auseinandersetzungen, die wir heutzutage mit amerikanischen radikalen Jugendlichen

Dresdner Aufstand im Mai 1849 (unten). Michail Bakunin wurde zuerst als linker panslawistischer Nationalist bei den europäischen demokratischen Revolutionen von 1848 bekannt



Fotos: Dietz Verlag



Houghton Mifflin Company

Peter Kropotkin, führender anarchistischer Sprecher und Theoretiker Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, Autor des Buches *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt*

haben. Im Namen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit rufen sie die Weltbank dazu auf, armen Ländern die Schulden zu erlassen, rufen sie die Clinton-Regierung dazu auf, einen internationalen Beschäftigungsstandard und Umweltschutzstandards voranzubringen, rufen sie die NATO dazu auf, die albanischen Kosovaren von der Unterjochung Serbiens zu befreien.

Rousseau und die „Natur des Menschen"

Der dominierende geistige Einfluss auf die Linke vor Marx kam von Jean-Jacques Rousseau, der seine politische Philosophie so zusammenfasste: „Der Mensch ist von Natur aus gut; erst durch Institutionen werden Menschen böse." Diese Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen war der bei weitem wichtigste geistige Einfluss auf Generationen von Revolutionären, von den Jakobinern der Französischen Revolution über die verschiedenen Radikalen im Europa des frühen 19. Jahrhunderts bis zu den meisten „Roten 48ern" der Revolution von 1848. Die grundlegende Prämisse Rousseaus ist, dass der menschlichen Art ein natürlicher - nicht sozial und historisch bedingter, sondern ein natürlicher - Instinkt für Mitgefühl und Mitleid anderen Mitgliedern der Art gegenüber zu Eigen ist.

Der ambitionierteste Versuch irgendeiner wissenschaftlichen Begründung dieser Ansicht - die man „Arten-Solidarität" nennen könnte - war der des Anarchisten Kropotkin in einem Buch mit dem Titel *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt,* welches als die autoritative Darstellung der anarchistischen Lehre im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert galt. Die ersten beiden Kapitel sind der gegenseitigen Hilfe bei Tieren gewidmet, d. h. unter nichtmenschlichen Tieren. Um euch einen Geschmack von der Beweisführung zu geben (ich habe das nicht erfunden; so kreativ bin ich nicht):

> „Was den großen Molukkenkrebs *(Limulus)* angeht, so war ich (1882, im Aquarium zu Brighton) erstaunt über die Ausdehnung der gegenseitigen Unterstützung, die diese plumpen Tiere einem Kameraden gegenüber im Falle der Not leisten können. Einer von ihnen war in einer Ecke des Beckens auf den Rücken gefallen, und sein schwerer topfartiger Rückenschild verhinderte ihn, in die natürliche Stellung zurückzukehren... Seine Kameraden kamen zu Hilfe, und eine Stunde lang

Fortgesetzt auf Seite 18



G. Lester



Friedrich Engels (oben) und Karl Marx stellten revolutionäre Mobilisierung der Arbeiter gegen Kapitalismus der auf Klassenkollaboration beruhenden Doktrin des Anarchismus entgegen



N. N. Zhukova

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 17

beobachtete ich, wie sie sich bemühten, ihrem Mitgefangenen zu helfen."

Nun, ich glaube, allein durch die Lektüre dieses Abschnitts sieht man leicht die Verwandtschaft mit dem grünen Radikalismus.

Die sehr engen verwandtschaftlichen Bande zwischen klassischem Anarchismus, besonders in seiner kropotkinschen Ausprägung, und grünem Radikalismus werden durch die Laufbahn von Murray Bookchin verkörpert. In den 60er- und 70er-Jahren war Bookchin der herausragende anarchistische Intellektuelle in den USA. D. h. seine Rolle in der amerikanischen linken Politik und bei den Intellektuellen war sehr ähnlich wie die von Noam Chomsky heute. Genau genommen war Bookchin ein noch aggressiverer Antimarxist als Chomsky, denn der „Marxismus-Leninismus" war damals in Mode. Aber irgendwann bewegte sich Bookchin in Richtung der populäreren Lehren des grünen Radikalismus, die er Sozialökologie nannte. Doch er veränderte nicht seine Weltanschauung. Es ist dieselbe Weltanschauung, nur ein wenig anders ausgedrückt.

Alle Formen des grünen Radikalismus gehen implizit davon aus, dass sich alle Menschen in ihrem sozialen und politischen Verhalten grundsätzlich von der Erkenntnis der zukünftigen Interessen der Menschheit leiten lassen sollten. Anders ausgedrückt, wenn man die Leute davon überzeugen kann, dass Autos der Umwelt schaden und für die Zukunft der Menschheit und anderer Arten schädlich sind, so werden sie wahrscheinlich Autos abschaffen. Es macht nichts aus, dass die moderne Industriegesellschaft ganz auf das Auto ausgerichtet ist, dass man ohne Auto kaum zur Arbeit kommt.

Wenn der Mensch von Natur aus gut, von Natur aus mitfühlend ist, wie Rousseau sagt, wie kommen wir dann in dieses Schlamassel, in dem wir uns befinden? Wie kommt es, dass wir Kriege haben, Sklaverei, Eroberung und Unterjochung eines Volkes durch ein anderes, Klassenausbeutung, Folter, Mord und den ganzen Kram? Nun, Rousseaus Antwort ist, dass dies von der Institution des Privateigentums kommt, das für Rousseau grundsätzlich „eine schlechte Idee" war. In seiner *Abhandlung über den Ursprung der Ungleichheit* schreibt er:

„Der Erste, welcher ein Stück Landes umzäunte, sich in den Sinn kommen ließ, zu sagen: *dies ist mein,* und einfältige Leute antraf, die es ihm glaubten, der war der wahre Stifter der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viel Laster, wie viel Krieg, wie viel Mord, Elend, Gräuel hätte einer nicht verhüten können, der die Pfähle ausgerissen, den Graben verschüttet und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: ‚Glaubt diesem Betrüger nicht; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, daß die Früchte euch allen, der Boden aber niemandem gehört.'"

Und Rousseau fährt fort, alle bösartigen und niederträchtigen Gefühle und Einstellungen dem Eigentum und der daraus resultierenden Ungleichheit zuzuschreiben:

„Der alles verschlingende Ehrgeiz und die Begierde, seine Glücksumstände im Vergleich mit ändern zu erwerben und sich über seinesgleichen hinwegzusetzen, flößte allen Menschen den schwarzen Trieb ein, einander schädlich und auf ihre vorzüglichen Güter insgeheim eifersüchtig zu sein, eine Leidenschaft, die desto gefährlicher ist, da sie oft die Maske der Gewogenheit annimmt, um ihre Streiche sicherer austeilen zu können... Diese Übel waren die ersten Früchte des Eigentums und das unzertrennliche Gefolge der entstehenden Ungleichheit."

Diejenigen von euch, die den Segen oder den Fluch einer katholischen Schulbildung erfahren haben oder sonst wie mit christlicher Lehre vertraut sind, werden sofort eine enge Beziehung zwischen Rousseaus Konzeption des Privateigentums und der Lehre des Augustinus von der Erbsünde erkennen. Zu diesem Zeitpunkt ging das Paradies verloren, der Mensch verlor seine natürliche Unschuld und die Sünde und das Böse treten in die Welt des Menschen. Die Parallele ist tatsächlich ziemlich zutreffend, denn Rousseau selbst war kein Revolutionär. Er war nicht einmal ein Reformer. Er war ein historischer Pessimist. Er war ein Moralkritiker der Zivilisation. Er glaubte, dass der Mensch in der Gesellschaft inzwischen so korrumpiert und verdorben sei, dass keine Hoffnung auf allgemeine moralische Erneuerung bestehe.

Aber manchmal geschieht es, dass die Ideen großer, origineller und unorthodoxer Denker, insbesondere wenn sie die aktuelle Lage der Gesellschaft kritisieren, von nachfolgenden Generationen im Lichte ihrer eigenen ganz anderen Erfahrungen radikal neu interpretiert werden. Und genau das ist mit Rousseau während der Französischen Revolution passiert. Hier war eine Revolution, die innerhalb weniger Jahre nicht nur alle politischen und sozialen Institutionen radikal veränderte, sondern auch eine Änderung in der Massenpsychologie herbeiführte, die nur ein oder zwei Jahre vor der Revolution noch unvorstellbar gewesen wäre. So schlössen die linken Intellektuellen jener Zeit, dass Rousseau zu pessimistisch gewesen war. Die Menschen waren nicht so schlecht und verdorben; die moralische Erneuerung der Gesellschaft war tatsächlich möglich durch revolutionäres Handeln. Rousseaus Geschichtspessimismus wurde gewissermaßen auf den Kopf gestellt zu einem naiven Geschichtsoptimismus, wonach das Paradies, das mit dem Privateigentum verloren gegangen sei, unverzüglich wiedererlangt werden könne. .

Die erste Arbeit, die eine ausgesprochen anarchistische Doktrin enthält, wurde 1793 geschrieben, dem Jahr des radikalen Höhepunktes der Französischen Revolution unter der Jakobinerherrschaft. Sie wurde von einem Engländer namens William Godwin geschrieben und sie hieß *Enquiry conceming Political Justice* [Untersuchung über politische Gerechtigkeit]. Godwin befürwortete in diesem Buch eine, wie er es nannte, „gut durchdachte Form der Gesellschaft ohne Regierung". Godwin gehörte zu einem Kreis engli-

scher Radikaler, die sowohl nachhaltig von der Französischen Revolution beeinflusst worden waren als auch ihrerseits zu Verteidigern der Französischen Revolution wurden, zu Propagandisten dieser Ideale in der englischsprachigen Welt. Die bekanntesten Vertreter dieses Kreises waren Tom Paine und Mary Wollstonecraft, die Vorkämpferin für Frauenrechte. Mary Wollstonecraft heiratete interessanterweise William Godwin. Sie hatten eine Tochter, die ebenfalls Mary hieß und später einen anderen berühmten englischen Radikalen heiratete: den Dichter Percy Bysshe Shelley. Mary Wollstonecraft-Shelley wurde als Autorin des Romans *Frankenstein* auch selber berühmt.

Godwin ließ keinen Zweifel daran, dass seine Konzeption von Anarchismus einfach eine Verschiebung von dem, was bei Rousseau nur auf die ferne Vergangenheit, das goldene Zeitalter, zutraf, in die unmittelbare Zukunft sei. So schrieb er:

> „Jedoch durch einen ganz kleinen Fehler entging ihm die entgegengesetzte Auffassung, die zu etablieren die Aufgabe dieser Untersuchung ist. Gegenstand seiner Lobpreisung war nur der Zeitraum, der Regierung und Gesetzen vorausging, aber nicht der Zeitraum, der möglicherweise auf deren Abschaffung folgen wird."

Marxismus kontra Anarchismus

An dieser Stelle möchte ich einen Aspekt des Anarchismus herausarbeiten, der im Allgemeinen nicht wahrgenommen wird, auch nicht von Leuten, die sich Anarchisten nennen, weil der Anarchismus hier gegen den Marxismus in einem grundlegenden Punkt mit dem Liberalismus übereinstimmt. Anarchismus ist wirklich eine Doktrin der Klassenkollaboration. Im ersten Teil der Anarchismus-Reihe („Marxismus kontra Anarchismus: Die Ursprünge des Anarchismus", *Spartakist* Nr. 124, September/Oktober 1996) zitierte ich den damaligen Trotzkisten Felix Morrow, der erklärte, dass der Eintritt der spanischen Anarchisten in die kapitalistische Volksfrontregierung während des Spanischen Bürgerkrieges in den späten 30er-Jahren einerseits eine grobe Verletzung ihrer Prinzipien zu sein schien, und viele Anarchisten kritisierten sie deswegen heftig. Doch allgemeiner betrachtet entsprach dieser Eintritt ihren Prinzipien, denn sie hatten immer geglaubt, dass nach der Revolution auch die Kapitalisten sich einer moralischen Erneuerung unterziehen und für die Verbesserung der Menschheit arbeiten würden.

Bakunin hat heute einen posthumen Ruf als eine Art revolutionärer wilder Mann. Einmal losgelassen, wird er versuchen den Staat zu stürzen und für immer abzuschaffen. Aber dieser Ruf ist unverdient. In Wirklichkeit verbrachte Bakunin den größten Teil seiner Laufbahn in liberalen und liberal-nationalistischen Zirkeln. In den späten 60er-Jahren des 19. Jahrhunderts gab es zwei konkurrierende linke internationale Organisationen. Es gab natürlich die Internationale Arbeiterassoziation, die Erste Internationale, dominiert von Marx. Aber es gab auch eine rivalisierende, liberale Organisation namens Liga für Frieden und Freiheit, die von liberalen Politikern und Intellektuellen wie John Stuart Mili in England und dem Romanautor Victor Hugo in Frankreich geführt wurde. Zunächst trat Bakunin nicht der Arbeiterinternationale bei, sondern der bürgerlich-liberalen Internationale und erst, als er die bürgerlichen Liberalen nicht überzeugen konnte, sich dem Anarchismus anzuschließen, ging er zur Arbeiterinternationale über.

Aber mehr noch als Bakunin war Kropotkin ganz offen mit seinen Appellen an die Kapitalisten. Und hier ist der Unterschied zwischen Anarchismus und Syndikalismus tatsächlich von einiger Bedeutung. In den 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts spaltete sich die anarchistische Bewegung in zwei rivalisierende Tendenzen. Im Allgemeinen brandmarkten die Syndikalisten die Anarchisten als verworrene Idealisten und weltfremde Intellektuelle. Die amerikanischen Syndikalisten sagten: „Die Anarchisten leugnen den Klassenkampf und wir fechten ihn aus." Umgekehrt verurteilten die Anarchisten die Syndikalisten wegen „Ökonomismus" - wie wir es später nennen würden -, dafür, dass sie die hehren Ziele der anarchistischen Revolution auf das Kleingeld des gewerkschaftlichen Kampfes um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen reduzierten. Sie kritisierten einige anarchosyndikalistische Führer, nicht zu Unrecht, als aufstrebende Gewerkschaftsbürokraten, wenn auch der Ausdruck damals noch nicht gebräuchlich war. Aber der wichtige Punkt ist, dass die Syndikalisten wie die Marxisten daran festhielten, dass das Bewusstsein gesellschaftlich bestimmt wird. Sie behaupteten, dass einzig und allein die Arbeiter durch ihre Rolle in der Gesellschaft und ihre Erfahrungen vom Programm des Anarchokommunismus angezogen würden und dazu tendierten, es zu akzeptieren; sie hätten ein Interesse an diesem Programm. Die Kapitalisten seien durch ihre Rolle in der Gesellschaft so selbstsüchtig und egoistisch geworden, dass sie dem Programm des Anarchokommunismus feindlich gegenüberstünden. Und natürlich mussten die klassischen Anarchisten, deren führende Persönlichkeit Kropotkin war, auf diese Herausforderung antworten. So schreibt dieser in *Gegenseitige Hilfe:*

> „Menschen, die Reichtümer gesammelt haben, finden in ihnen sehr oft nicht die erwartete Befriedigung...
> Das Bewusstsein der Solidarität der Menschen beginnt sich einzustellen; und obschon das Gesellschaftsleben so eingerichtet ist, daß dieses Gefühl durch tausend künstliche Mittel unterdrückt wird, bekommt es doch oft die Oberhand; und dann versuchen sie, diesem tiefgewurzelten menschlichen Verlangen Luft zu machen, und geben

Fortgesetzt auf Seite 20

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 19

ihr Vermögen oder ihre Kraft für eine Sache, die nach ihrer Meinung dem allgemeinen Wohle förderlich ist."

Wie ich also zu Beginn dieser Rede sagte, sind die Jugendlichen, die an die Direktoren der Weltbank appellieren, die Schulden armer Dritter-Welt-Länder zu erlassen, völlig in Einklang mit den Lehren Kropotkins, ausgedrückt durch menschliche Solidarität.

Nun zu einem anderen Aspekt der Frage. In der Spartacist-Broschüre „Enlightenment Rationalism and the Origins of Marxism" [Rationalismus der Aufklärung und die Ursprünge des Marxismus] bemerkte ich, dass Rousseau und Adam Smith gewissermaßen die beiden Pole des Denkens in der Aufklärung darstellen. Adam Smith vertrat die Ansicht, dass soziale und ökonomische Ungleichheit notwendige Unkosten des technologischen Fortschritts seien, der den allgemeinen Lebensstandard heben und den von ihm so bezeichneten *Wohlstand der Nationen* steigern würde. Rousseau teilte diese Ansicht, zog aber den entgegengesetzten Schluss daraus: Gleichheit und soziale Harmonie und Gemeinschaftswerte konnten nur bei einer statischen und relativ primitiven Wirtschaft existieren. In Einklang mit seiner gesamten Lehre behauptete er, dass der Mensch am glücklichsten sei, ja in Wirklichkeit nur glücklich sei auf der Urstufe seiner ökonomischen Existenz:

> „Solange die Menschen es sich genügen ließen, in bäurischen Hütten zu wohnen, ihre Kleidungen aus verschiedenen Häuten mit Fischgräten oder Dornen zusammenzuheften, sich mit Federn und Muschelwerk zu putzen, Bogen und Pfeile auszubessern oder mit Zierrat zu versehen und mit schneidenden Steinen ... solange waren sie so frei, so gesund, so gütig und so glücklich, als es ihre eigene Natur erlaubte, und genossen ohne Unterlass einen freien unabhängigen Umgang."

Nun, Marx behauptete, dass solche subjektiven Haltungen wie Ehrgeiz, Egoismus, Neid auf Menschen, die wohlhabender oder erfolgreicher sind, letztendlich das Produkt wirtschaftlichen Mangels seien. Rousseau stellte das auf den Kopf. Für Rousseau entstand ökonomischer Mangel aus der Tatsache, dass Menschen besser sein wollten als ihre Mitmenschen.

Ein herkömmliches Verständnis von Sozialismus und Kommunismus und von dem, was uns motiviert, besagt, dass wir dem Kapitalismus wegen seiner extremen wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit feindlich gegenüberstehen. Es gibt Leute, die hart arbeiten und mittellos sind, besonders, aber nicht nur, in Dritte-Welt-Ländern. Und dann gibt es Leute, die nichts tun, die absolut parasitär sind und im Schöße des Luxus leben. Nun, sicherlich ist es ein wichtiges Ziel des Kommunismus, das zu beseitigen. Doch das ist nicht das endgültige Ziel. Das letztendliche Ziel liegt in einem ganz anderen Bereich menschlicher Aktivität, außerhalb der Konsumsphäre, und es ist genau dieser Bereich, der ein viel höheres Niveau der Arbeitsproduktivität erfordert, als es selbst im höchstentwickelten Kapitalismus existiert. Mit anderen Worten: Wenn es unser Ziel wäre, einfach nur jedem in diesem Lande einen anständigen Lebensstandard zu sichern, sagen wir den Gegenwert von 80000 oder 100000 Dollar für eine vierköpfige Familie, könnten wir dies mit der existierenden amerikanischen Wirtschaft durch wenige Umstellungen schaffen. Das ist nicht, was wir letzten Endes vorhaben. Was wir letztendlich wollen, ist, alle Mitglieder der Gesellschaft, hier und überall auf der Welt, in die Lage zu versetzen, schöpferische Arbeit zu leisten, was Marx freie oder nicht entfremdete Arbeit nannte. Gleichheit in der Konsumtion ist nicht das, womit wir uns hauptsächlich beschäftigen.

Nun, gerade aus diesem Aspekt heraus unterscheidet sich der Marxismus, das Konzept des Kommunismus, grundlegend sowohl von den Frühsozialisten als auch von den Anarchisten. Für die Sozialisten vor Marx war Gleichheit das Endziel. Die erste revolutionäre kommunistische Organisation, die im letzten Stadium der Französischen Revolution entstand, nannte sich „Verschwörung der Gleichen". Wenn ihr einen Anarchisten fragt, was sein Endziel sei, so wird er sagen: „Freiheit". Als Kropotkin Ende des 19. Jahrhunderts in England eine Zeitschrift gründete, nannte er sie *Freiheit.* Auch wenn wir anerkennen, dass Gleichheit und Freiheit Werte an sich sind, so sind sie für uns doch letztendlich ein Mittel zum Zweck. Was bedeutet Gleichheit unter dem Kommunismus? Es bedeutet sicherlich nicht, dass die Menschen denselben Lebensstandard haben oder dieselben materiellen Ressourcen verbrauchen oder benutzen. Gleichheit bedeutet einfach gleichen Zugang. Es wird eine riesige Bandbreite von Lebensstilen geben, bei denen der Verbrauch ganz unterschiedlich ist.

Die Menschen werden die Freiheit haben, das zu tun, was sie wollen. Nicht nur wird es keinen Zwangsstaat geben, sondern die meiste Zeit wird, wie wir es heutzutage nennen. „Freizeit" sein. Für Marx war die Frage: Wie werden die Menschen diese freie Zeit nutzen? Genauso wie heutzutage hauptsächlich mit Unterhaltung, Sport, Spiel, Geselligkeit. Rumhängen, Nichtstun - ihr wisst schon, eben nicht arbeiten? Marx stellte sich vor, dass die meisten Menschen ihre freie Zeit mit „freier Arbeit" verbringen würden, d. h. mit schöpferischer, künstlerischer, wissenschaftlicher oder ähnlicher Arbeit, die er folgendermaßen beschrieb:

> „Wirklich freie Arbeiten, z. B. Komponieren ist grade zugleich verdammtester Ernst, intensivste Anstrengung. Die Arbeit der materiellen Produktion kann diesen Charakter nur erhalten, dadurch dass 1) ihr gesellschaftlicher Charakter gesetzt ist, 2) dass sie wissenschaftlichen Charakters, zugleich allgemeine Arbeit ist, nicht Anstrengung des Menschen als bestimmt dressierter Naturkraft, sondern als Subjekt, das in dem Produktionsprozess nicht in bloß natürlicher, naturwüchsiger Form, sondern als alle Naturkräfte regelnde Tätigkeit erscheint."

Nun, die Beherrschung aller Naturkräfte im Produktionsprozess ist mit dem Verbrauch ganz erheblicher materieller Ressourcen verbunden. Zuerst stellt sich die Frage, Kenntnisse über die Naturkräfte zu erwerben. Denkt an die riesigen Mittel, die man braucht, um den Doktor in Physik, Chemie oder Biologie zu machen - nicht nur für die wenigen Privilegierten, sondern für jeden, der es möchte. Auch viele Bereiche der wissenschaftlichen Forschung erfordern umfangreiche Aufwendungen an materiellen Mitteln - Weltraumforschung, Gentechnik, Robotertechnik, Paläontologie usw. usf. Der springende Punkt ist, dass in Marx' Konzeption von Kommunismus alle fortschrittlichen Errungenschaften der Zivilisation voll genutzt, allen Mitgliedern der Gesellschaft zugänglich gemacht und enorm erweitert werden. Das ist ein Konzept, das der rousseauschen Idee einer Art von primitiver wirtschaftlicher Harmonie oder von Gemeinschaftswerten völlig fremd ist.

Der Arbeiterstaat und die Anarcho-Kommune

Ich möchte einige Aspekte von Marx' Auseinandersetzung mit Bakunin oder der bakuninschen Doktrin erörtern, die unsere gegenwärtige Arbeit unter anarchoid-liberal-grün-radikalen Jugendlichen sehr stark betreffen. Wir sind an anarchistischen Jugendlichen nicht deshalb interessiert, weil sie Anarchisten sind. Wir interessieren uns für anarchistische Jugendliche nur deshalb, weil sie, wenn auch mit falschem Bewusstsein, an Kämpfen für die Unterdrückten

und Ausgebeuteten teilnehmen. Wir interessieren uns für die anarchistischen Jugendlichen, die bei der Mumia-Kampagne mitmachen, oder sogar für die, die sich an der „Anti-Globalisierungs"-Kampagne beteiligen. In einer Reihe westeuropäischer Länder sind die Anarchisten oder Anarchos so ziemlich die militantesten Verteidiger der Rechte von Immigranten gegen Angriffe der Faschisten und der Regierung. Nun, das sind wir auch.

So wollen vermutlich viele Anarchisten den gewaltigen Unterschied zwischen Dritter und Erster Welt wirklich überwinden. Das heißt, sie sind gegen die Verarmung eines Großteils der Menschheit und wollen sie überwinden, was mit dem Ziel der anarchistischen Doktrin völlig in Einklang steht. Das Problem ist, dass das dem anarchistischen Programm und seinen Mitteln widerspricht. Wenn ihr zum Beispiel Bakunins *Revolutionären Katechismus* lest, worin er sehr detailliert die Organisation der zukünftigen anarcho-kommunistischen Gesellschaft darlegt, so basiert diese auf extremer ökonomischer wie politischer Dezentralisierung. Ihr habt da diese kleinen lokalen Anarcho-Kommunen, die sich zusammenschließen, um regionale Anarcho-Kommunen zu bilden, die ökonomisch im Wesentlichen autark sind, auch wenn sie vielleicht miteinander Handel treiben. Aber das Problem ist: Eine Anarcho-Kommune in Upper Manhattan und eine in einem Bauerndorf in Indien werden völlig verschiedene Arten von Anarcho-Kommunen sein. Das ist nicht Gleichheit. Vielleicht Freiheit, aber nicht Gleichheit. Wie bekommt man Gleichheit? Nun, der eine Weg, der dorthin führt, ist das marxistische Programm, d.h. eine international geplante, vergesellschaftete Wirtschaft mit einer politischen Zentralregierung, zumindest während des Übergangs zu einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft.

Ich will euch ein konkretes Beispiel geben. Teile des Gebietes am Persischen Golf verfügen über zwei Drittel der weltweiten Ölreserven, und man kann das Öl in dieser Region zu einem bloßen Bruchteil der Kosten fördern, die man so ziemlich überall sonst hat. Aber nehmen wir an, wir hätten eine bakuninsche Welt mit diesen sich selbst verwaltenden Regionen in den ölreichen Gebieten des Persischen Golfes. Was kann die Einwohner dieser Regionen daran hindern, aus ihrem Ölmonopol einen Vorteil zu ziehen, genauso wie die saudische Monarchie und die Ölgesellschaften es heutzutage tun, und vom Rest der Welt Wucherpreise zu verlangen? Nun, natürlich beantworten die Bakunisten diese Frage nie, aber man kann sie aus deren Logik heraus beantworten. Sie würden sagen: „Nach der anarchistischen Revolution wird jeder eine moralische Erneuerung durchmachen. Sie werden ihre Interessen von selbst mit denen der übrigen Menschheit identifizieren und werden deshalb das Öl, das sie fördern, wegen der ungleich verteilten natürlichen Ressourcen dem Rest der Welt kostenlos zur Verfügung stellen."

Im Grunde ist Anarchismus die rousseausche Version einer von Grund auf gutartigen menschlichen Natur, und die „Revolution" kommt deshalb im Prinzip der Religion nahe. Und heutzutage gibt es in den linken Kreisen der USA eine Menge Religiosität. Die Revolution wird im Wesentlichen als eine Veränderung der persönlichen Auffassungen angesehen und als Veränderung der Institutionen nur insofern sie sich aus dieser Veränderung der persönlichen Auffassungen ergibt, bei der die Menschen ihren individuellen Egoismus aufgeben und sich mit den Interessen der Menschheit identifizieren.



Nowosti

Soldaten demonstrieren nach der Oktoberrevolution 1917 in Moskau unter dem Banner „Kommunismus". Durch bolschewistische Revolution wurden die besten Anarchisten zum Kommunismus gewonnen

Arbeiterstaat und Bürokratie

Der italienische Marxist Antonio Gramsci, einer der Gründer der Kommunistischen Partei Italiens, machte einen sehr wichtigen Punkt. Er sagte, dass militärische Strategie darauf basiert, die Schwachstellen des Feindes anzugreifen und seine Stärken zu meiden. Im politischen und polemischen Kampf macht man genau das Gegenteil. Man will die stärksten Argumente des Gegners, vorgebracht von seinen intelligentesten und klarsten Vertretern, angreifen und gegen sie polemisieren. Wenn man eine Polemik gegen jemanden schreibt, dann sucht man sich nicht irgendeine unhaltbare Formulierung heraus, von der jeder weiß, dass sie nicht wirklich so gemeint ist. Das wird niemanden überzeugen. Nun, die stärksten Argumente für den bakuninschen Anarchismus werden eigentlich im Nachhinein vom Phänomen des Stalinismus geliefert. Folgendes schrieb Bakunin gegen Marx über den Arbeiterstaat:

> „So kommt man also, von welchem Standpunkt auch immer man dieses Problem betrachten mag, stets zu demselben traurigen Resultat: zur Beherrschung der großen Mehrheit der Volksmasse durch eine privilegierte Minderheit. Diese Minderheit aber, so sagen die Marxisten, wird aus Arbeitern bestehen. Mit Verlaub, aus *ehemaligen* Arbeitern, die aber, kaum sind sie zu Volksvertretern geworden oder an die Regierung gelangt, aufhören Arbeiter zu sein und vielmehr auf die ganze Welt der einfachen Arbeiter von der Höhe des Staats herabzusehen beginnen; und so werden sie bereits nicht mehr das Volk, sondern sich selbst repräsentieren und ihren Anspruch darauf, das Volk zu regieren. Wer das bezweifelt, der kennt die menschliche Natur nicht."

Nun, würde nicht ein typischer amerikanischer Liberaler darin eine Vorhersage der stalinistischen Bürokratie durch Bakunin sehen, die in ihrem eigenen Interesse herrschte, während sie behauptete marxistisch zu sein und die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten? Und tatsächlich haben eine Reihe linksgerichteter Autoren, die im Allgemeinen den Anarchismus ablehnen und ihm feindlich gegenüberstehen,

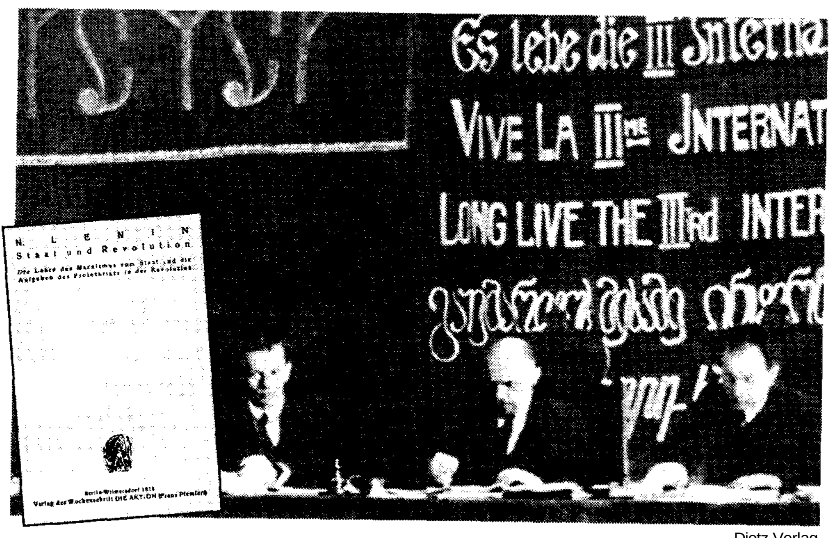
Fortgesetzt auf Seite 22

Anarchismus...

Fortsetzung von Seite 21

behauptet, dass Bakunin in dieser Frage weitsichtiger, realistischer, weniger utopisch als Marx gewesen sei, da er sich über die Bürokratie einer nachrevolutionären Gesellschaft Gedanken gemacht hatte. Wie antwortet man auf dieses Argument?

Als Bakunin fragte: „Soll etwa das ganze Proletariat an der Spitze der Regierung stehen?", antwortete Marx: „Bildet z.B. bei einer Trade-Union die ganze Union ihr



Dietz Verlag

März 1919: Lenin auf dem Gründungskongress der Kommunistischen Internationale. Im Gegensatz zu den nationalistischen Dogmen von Anarchismus und Stalinismus kämpfen Kommunisten für revolutionären Internationalismus. Lenins *Staat und Revolution* erklärt, dass Sozialismus nur im Rahmen einer internationalen Arbeiterrevolution aufgebaut werden kann

Exekutivkomitee?" Aber in Wirklichkeit vertraten in den Gewerkschaften zur Zeit von Marx - und er war sich dessen vollkommen bewusst - die Führer nicht die Interessen der Mitgliedschaft. Die einzigen Massengewerkschaften zu der Zeit, als Marx dies sagte, waren die britischen Gewerkschaften. Die Führer waren politische Liberale. Sie waren offen prokapitalistisch. Außerdem hatte Marx erst ein paar Jahre vorher in der Ersten Internationale einen Fraktionskampf gegen sie geführt. (Ironischerweise taten sich die liberalen Führer der Gewerkschaften mit den Anarchisten gegen Marx zusammen. So befand sich Bakunin nicht in einer Position, von der aus er Marx in diesem Punkte hätte kritisieren können. Aber das ist Realpolitik und nicht eine Frage von Ideen.)

Wir haben den gleichen offensichtlichen Widerspruch bei Lenin. Zu Lenins Zeiten gab es sowohl Arbeitermassenparteien als auch Gewerkschaften, aber diese waren durch und durch bürokratisiert. Und 1916 schrieb Lenin *Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus* und ein zentraler Aspekt dieses Buches ist eine Analyse der prokapitalistischen Bürokratie der Arbeiterbewegung und ein Angriff auf sie. Aber als er im nächsten Jahr *Staat und Revolution* schrieb, ging er implizit davon aus, dass es in einem Arbeiterstaat nach dem Sturz des Kapitalismus keine Bürokratie geben würde. So schreibt er:

> „Unter solchen *ökonomischen* Voraussetzungen ist es durchaus möglich, unverzüglich, von heute auf morgen, dazu überzugehen, die Kapitalisten und Beamten, nachdem sie gestürzt sind, bei der *Kontrolle* über Produktion und Verteilung, bei der *Registrierung* der Arbeit und der Produkte, durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen. (Man verwechsle nicht die Frage der Kontrolle und Rechnungsführung mit der Frage des wissenschaftlich ausgebildeten Personals, der Ingenieure, Agronomen u.a.: Diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten, sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen.)"

Wie kann man sich also diesen offensichtlichen Widerspruch erklären? Warum erkannten Marx und Lenin die Rolle der Bürokratie in den Arbeiterorganisationen unter dem Kapitalismus, nahmen aber implizit an, dass dies in einem Arbeiterstaat nach dem Sturz des Kapitalismus kein Problem sein würde?

Zunächst einmal erkannten Marx und Lenin, dass die Arbeiter, um überhaupt eine Arbeiterrevolution durchführen zu können, ein viel höheres Niveau des politischen Bewusstseins und eine andere Führung haben müssen. Das heißt, solange die britischen Arbeiter die offen prokapitalistischen Gewerkschaftsführer unterstützten und das britische Empire unterstützten, konnte es keine Arbeiterrevolution geben. Man kommt also nicht irgendwie von den existierenden Verhältnissen zu einem Arbeiterstaat ohne eine Änderung in der Führung und im Bewusstsein der Arbeiterklasse. Solange die amerikanische Arbeiterklasse mehr oder weniger die Politik des AFL-CIO-Führers John Sweeny unterstützt, wird es in diesem Lande keine proletarische Revolution geben. Das ist ein Teil der Antwort.

Der zweite, noch wesentlichere Teil ist, dass Marx und Lenin, als sie von einem Arbeiterstaat sprachen, nicht vom Sowjetrussland der frühen 20er-Jahre sprachen. Sie sprachen über einen Arbeiterstaat in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Land, einem fortgeschrittenen Industrieland. Außerdem sprachen sie von ihm in einem internationalen Zusammenhang, wo die proletarische Revolution in den bedeutenden kapitalistischen Ländern gesiegt hatte. Offensichtlich kann es kein „Absterben" des Staates selbst in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Land geben, wenn man sich in einem kalten oder möglicherweise heißen Krieg mit einem anderen ebenbürtigen oder mächtigeren kapitalistischen Staat wie den USA befindet. Wenn wir also in Japan die Macht erobern, glaubt mir, der Staat wird nicht absterben, solange die USA kapitalistisch sind.

Und so kommen wir wieder zurück auf die grundlegende Frage des ökonomischen Mangels. Warum gibt es eigentlich eine Arbeiterbürokratie? Ist es, wie Bakunin argumentieren würde, wegen eines natürlichen Verlangens der Menschen, andere Menschen herumzukommandieren und zu beherrschen? Nun, wenn das wahr ist, ist es sogar von seinem Standpunkt aus ein inkonsequentes Argument, denn wie kommt man dann zum Anarchismus? Nein. Letztendlich hat die Arbeiterbürokratie dieselbe Ursache wie Klassen im Allgemeinen. Sie entsteht unter Bedingungen des ökonomischen Mangels, wie Leo Trotzki in seinem klassischen Werk zum Stalinismus, *Die verratene Revolution,* erklärte:

> „Grundlage des bürokratischen Kommandos ist die Armut der Gesellschaft an Konsumgütern mit dem daraus entstehenden Kampf aller gegen alle. Wenn genug Waren im Laden sind, können die Käufer kommen, wann sie wollen. Wenn die Waren knapp sind, müssen die Käufer Schlange stehen. Wird die Schlange sehr lang, muss ein Polizist für Ordnung sorgen. Das ist der Ausgangspunkt für die Macht der Sowjetbürokratie. Sie ‚weiß', wem sie zu geben und wer zu warten hat."

In den heutigen USA besteht die Arbeiterbürokratie aus von Anfang an ziemlich kleinbürgerlichen Karrieristen.

Aber in den 30er- und 40er-Jahren in diesem Land, und heute in anderen Ländern, waren viele Arbeiterbürokraten Leute, die als militante junge Arbeiter angefangen hatten, als Mitglieder von linken Organisationen, die sich als Rote sahen. Aber sie stiegen in die Gewerkschaftsbürokratie auf und nach und nach verloren sie ihren Glauben an die Revolution und erwarben gewisse materielle und soziale Privilegien.

Ich würde vermuten, dass der Extremfall in dieser Hinsicht Südafrika ist, weil dort die Existenz einer Arbeiterbürokratie so neu und das Ergebnis einer so schnellen Veränderung der politischen Situation ist. Bedenkt, dass vor 15 Jahren alle Gewerkschaftsführer und Staatsbeamten der Kommunistischen Partei in Südafrika entweder im Gefängnis, im Untergrund oder im Exil waren. Und hätten diese Leute vor 15 Jahren in die Zukunft schauen und sehen können, was aus ihnen geworden ist, wären sie entsetzt gewesen. Doch der Unterschied zwischen dem Leben, das man als Gewerkschaftsbürokrat, und dem, das man als einfacher Arbeiter hat, ist insbesondere in Südafrika riesengroß.

Letztendlich hängt natürlich, wie Marx und Engels schrieben, das Absterben des Staates von einem schnellen Anstieg der Arbeitsproduktivität ab - auf ein Niveau über dem der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder.

Anarchismus und Stalinismus

In Wirklichkeit steht der Stalinismus als Doktrin dem Bakunismus eigentlich näher als dem Marxismus. Stalin behauptete, man könne den Sozialismus in einem Lande, nämlich Russland, aufbauen, aber wenigstens war er der Ansicht, dass man das Produktivitätsniveau heben kann. Bakunin dachte, es könne Anarcho-Kommunismus in einem Russland geben, das im Wesentlichen eine primitive Bauernbasis hatte. In beiden Fällen haben wir eine Trennung der sozialen Psychologie, wie man es nennen könnte, von der wirtschaftlichen Basis. Anders gesagt, hier wird der grundlegende Ausgangspunkt von Marx geleugnet: dass das Recht nicht höher sein kann als die ökonomische Struktur der Gesellschaft und das dadurch bedingte kulturelle Niveau. Und das ist die wirkliche Antwort. Letzten Endes ist die stalinistische Bürokratie ein Produkt der andauernden Vorherrschaft des Kapitalismus in der Welt, was die Hebung des allgemeinen Produktivitätsniveaus in deformierten Arbeiterstaaten wie China verhindert. In der Tat erkennen die intellektuell ehrlicheren Anarchisten die Ähnlichkeit zwischen gewissen Tendenzen im Stalinismus und im Bakunismus, so dass der anarchistische Intellektuelle Paul Avrich argumentiert, Maoismus und Guevarismus - die fest behaupten, dass Sozialismus im Wesentlichen eine Änderung in der Psychologie der Massen sei ohne Beziehung zum Produktionsniveau - würden dem Bakunismus eigentlich näher stehen als dem Marxismus, und er hatte Recht.

Wenn ihr etwas von der alten stalinistischen Propaganda über den „neuen Sowjetmenschen" lest, so werdet ihr sehen, dass sie sich weitgehend im Einklang befindet mit der bakuninschen Idee einer moralischen Erneuerung. Der marxistische Gelehrte Isaac Deutscher z.B. charakterisierte den „sozialistischen Menschen", den Stalin der Welt präsentierte, als jemanden, der zwölf Stunden täglich unter Bedingungen arbeitet, die sich kein amerikanischer Arbeiter bieten ließe.

In seinem *Revolutionären Katechismus* zeichnet Bakunin in vielerlei Hinsicht eine sehr attraktive Gesellschaft. Aber er behauptete, dass diese Gesellschaft in den rückständigsten, ländlichen Regionen Europas - Italien und Russland - existieren könne, ja dort sogar noch wahrscheinlicher als anderswo. Es ist kein Zufall, dass der Anarchismus als Doktrin und als Bewegung in rückständigen europäischen Ländern wie Spanien und Italien Fuß fasste; das zaristische Russland, das nie eine anarchistische Massenbewegung besaß, brachte einige der einflussreichsten anarchistischen Denker hervor.



Reuters

Seattle 1999: Anti-WTO-Protest. Die utopische Idee, dass sich „das Volk" dem Kapitalismus einfach „widersetzen" kann, ignoriert die grundlegende Spaltung der Gesellschaft in Klassen und die revolutionäre Rolle, die das Proletariat gegen den Imperialismus spielen muss

Bakunin war, vom ganzen Charakter seiner Doktrin her, ein Vertreter des Sozialismus in einem Land oder auch nur in einer Region eines Landes. Für Bakunin war, in Übereinstimmung mit der ganzen rousseauschen Tradition, die Hauptwirkung der Revolution nicht eine Reorganisierung der Produktion auf einer höheren Stufe, sondern eine Veränderung im politischen Bewusstsein, so dass die Menschen ihre eigenen persönlichen Interessen mit denen der ganzen Menschheit identifizieren.

Marxisten hingegen weisen die falschen Argumente sowohl der Stalinisten als auch der Anarchisten zurück, wonach der klassenlose Kommunismus einfach das Produkt einer psychologischen Erneuerung sei. Wir kämpfen für den Sturz des kapitalistischen Systems, um die Produktion neu zu organisieren und sie auf ein so hohes Niveau zu heben, dass es keinen Mangel mehr geben wird. Erst dann können wir die materielle Grundlage für die Befreiung der Menschheit von Ausbeutung, Krieg und Armut schaffen.«

SPD-Kampagne...

Fortsetzung von Seite 13

spektive haben, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um diesen Staat zu *stürzen.*

Die PDS-nahe *junge Welt* äußert Kritik an der Kampagne der Regierung. So schrieb Rainer Balcerowiak: „... Kriegsminister Rudolf Scharping will wieder einmal ‚Werte' verteidigen - eine nicht eben beruhigende Vorstellung" (10. August). Aber in einem früheren Kommentar sagt er: „Die Debatte über ein NPD-Verbot ist zutiefst heuchlerisch und lenkt zudem vom eigentlichen Thema, der Bekämpfung rechter Ideologien, ab" (3. August). Das heißt, sie stellen nicht die Frage nach der *materiellen* Wurzel des Faschismus, dem faulenden Kapitalismus, den sie als gegeben ansehen. Praktisch sieht das Bekämpfen „rechter Ideologien" der PDS dann so aus: „Sozialarbeit" unter Nazis, die diese Mörder organisiert und Debatten auf den Seiten des *Neuen Deutschland* mit Faschisten. Auch der RSB äußert sich: „Wer Basisinitiativen durchlaufen hat, ist für autoritäre Rezepte meist nicht mehr so schnell zugänglich" („Gemeinsam gegen Rassismus und Faschismus!", Flugblatt ohne Datum). All dies knüpft nahtlos an der Regierungskampagne an, die die „Erziehung" in der DDR für steigende faschistische Aktivitäten verantwortlich macht, anstatt die Folgen der Konterrevolution.

Die Volksfront - „das größte Verbrechen"

Der Aufruf „Gemeinsam gegen rechts - Weg mit der NPD-Zentrale - Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!" für eine bundesweite Demonstration am 7. Oktober gegen die NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick ist unter anderem unterzeichnet von der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB), vom Roten Stachel Berlin (Jugendgruppe des RSB), PDS-Ortsgruppen, Gewerkschaftsvertretern, SAV und Linksruck. Dieser Aufruf hat explizit *nicht* das Programm, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um diese Nazi-Mordzentrale zu zerschmettern.

Ganz im Gegenteil, er ist als Fortsetzung der Regierungskampagne „Gemeinsam gegen Rechts" einer Klassenkampfperspektive entgegengesetzt. Im ersten Absatz wird prominent Bundestagspräsident Thierse zitiert, und der Aufruf schließt: „gegen die Einfalt [!] rechter Kultur". Dies charakterisieren Marxisten als Volksfrontmobilisierung: Im Namen der Notwendigkeit von „Verbündeten" - der RSB nennt dies „gemäßigte Kreise" *(Avanti,* September 2000) - wird das Proletariat der Bourgeoisie untergeordnet. Aber Arbeiterklasse und Kapitalisten haben keine gemeinsamen Interessen, und zwar weder im Krieg noch bei der Frage des Rassismus und Faschismus. Trotzki erklärte, dass Volksfronten keine Taktik, sondern das größte Verbrechen an der Arbeiterklasse sind und schrieb: „Hingegen ein politisches Bündnis des Proletariats mit der Bourgeoisie, deren Interessen in der heutigen Epoche in den Grundfragen um 180° auseinander klaffen, ist in der Regel nur imstande, die revolutionäre Kraft des Proletariats zu paralysieren" *(Spanische Lehren).*

Natürlich würde ein offener Aufruf: Tut euch mit Schröder, Fischer, Thierse und dem BDI zusammen, um die Nazis zu bekämpfen, nur schallendes Gelächter hervorrufen bei linken Jugendlichen und vor allem bei Immigranten, die tagtäglich mit dem Staatsterror Marke Rot/Grün konfrontiert sind. Also äußern die Pseudolinken ein paar „kritische" Phrasen. Der RSB erklärt: „Für eine von Staat und Kapital unabhängige, kämpferische und antikapitalistische Bewegung gegen Rassismus und Faschismus!" („Gegen Nazis - gegen rassistische Heuchelei", Flugblatt des RSB SH + HH, ohne Datum). Und die SAV ruft auf: „Kein Vertrauen in Polizei und Justiz - Massenmobilisierung durch Gewerkschaften, Immigrantenverbände, antifaschistische Organisationen und linke Parteien" („Nazi-Gewalt stoppen", Flugblatt ohne Datum). Aber was sie mit dieser „Bewegung" bzw. „Massenmobilisierung" meinen, ist eben die Volksfrontmobilisierung vom 7. Oktober.

„Faschismus ist ein Verbrechen", sagt deren Aufruf. Richtig. Aber ohne jede Perspektive, den Kapitalismus, die Wurzel des Faschismus, zu zerschlagen, kann der Hinweis auf „Verbrechen" nur bedeuten, den *Staat* aufzufordern, etwas gegen Nazis zu unternehmen. Folgerichtig fordert der gemeinsame Aufruf: „Kein Geld für akzeptierende Jugendarbeit mit Rechten! Finanzielle Förderung antirassistischer Projekte, Jugendzentren, Initiativen und Vereine und Unterstützung ihrer alltäglichen ‚Anti-Nazi-Arbeit'!" Die SAV setzt noch eins drauf: „Keine Vermietung öffentlicher Straßen, Räume und Plätze für Nazis" *(Voran,* September 2000). Wer „vermietet" öffentliche Einrichtungen, d.h. wer genehmigt Versammlungen und Demonstrationen? Der ... Staat! Das ist ein Appell: „Bürgerlicher Staat, greif ein".

Die meisten pseudolinken Organisationen riefen bei den Bundestagswahlen 1998 zur Wahl des in Rosa Luxemburgs Worten „stinkenden Leichnams" SPD auf - und/oder zur Wahl der PDS, die die Arbeiterklasse der DDR in die Konterrevolution führte. Beispielsweise freute sich die SAV, die auch selber kandidierte: „Ein Wiedereinzug der PDS in den Bundestag [würde] deutlich machen, dass linke Ideen Unterstützung finden und wäre ein Schlag gegen die Hetzpropaganda der Herrschenden" *(Voran,* Juni/Juli 1998). Der RSB rief auf: „Für eine kritische Wahl der PDS!" *(Avanti,* September 1998). Wir dagegen erklärten klipp und klar: *Keine Stimme für SPD, PDS! Denn diese Parteien sind rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer.*

Es gibt einen roten Faden bei all diesen pseudolinken Organisationen: Sie sind im Schlepptau der Sozialdemokratie. *Sie sehen keine Möglichkeit, die Arbeiterklasse von SPD und PDS zu brechen.* Mittels ihrer „kritischen" Unterstützung der Sozialdemokratie ketten sie sich und ihre Anhänger an die eigene Bourgeoisie. Das hat sich klar bewahrheitet: Sie unterstützten die Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion. Während des Balkankriegs unterstützten sie ihren eigenen Imperialismus, indem sie ihr Feuer höchstens gegen die US-dominierte NATO richteten und in unterschiedlichem Maße die imperialistische Propaganda über das „arme kleine Kosovo" verbreiteten (siehe zum Beispiel „Ihre Tarnung: ‚NATO raus!', ihre Botschaft: Krieg unter EU-Kontrolle", *Spartakist* Nr. 136, Sommer 1999). Und heute spielen die Pseudotrotzkisten von RSB über Linksruck bis zur SAV die Rolle, linke Jugendliche, die wirklich die Nazis stoppen wollen, an die „Antifa"-Kampagne der Regierung zu ketten, deren Zweck es ist, den deutschen Imperialismus nach innen und außen zu stärken.

Unsere revolutionäre Perspektive ist dem diametral entgegengesetzt. Die dringend notwendige *unabhängige* Mobilisierung des Proletariats, um die Angriffe der Regierung zurückzuschlagen, alle Unterdrückten zu verteidigen und die Faschisten zu zerschlagen, erfordert die Schmiedung einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, die darum kämpft, die Arbeiter von der Sozialdemokratie zu brechen. Die aus der Türkei, Kurdistan und anderen Ländern eingewanderten Arbeiter, die dieser zutiefst rassistischen bürgerlichen Gesellschaft zwangsweise entfremdet werden, werden dabei von strategischer Bedeutung sein. Diese Partei wird das Bewusstsein in die Arbeiterklasse tragen, dass das Proletariat an der Spitze aller Unterdrückten die Bourgeoisie enteignen und ihre Herrschaft, die Arbeiterrätediktatur, errichten muss - der einzige Weg, aus dem kapitalistischen Elend hin zu einer klassenlosen Gesellschaft, in der Armut, Krieg und Rassismus der Vergangenheit angehören. Für *eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei! Für ein Rotes Rätedeutschland, Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!*

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 32

In unserem Kampf ist die Aufrechterhaltung der proletarischen Eroberungen, die der Kapitalistenklasse bereits abgerungen wurden, ein Schlüssel. Darum kämpften wir Trotzkisten für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion und der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistischen Angriff und kapitalistische Restauration. Mit allen uns verfügbaren Kräften kämpften wir in der DDR 1989/90, um eine proletarisch-politische Revolution zu führen, die kollektivierten Eigentumsformen aufrechtzuerhalten und die stalinistischen Irreführer zu ersetzen durch die Herrschaft von Arbeiterräten. Dies hätte zum Leuchtfeuer für den Widerstand gegen kapitalistische Restauration in ganz Osteuropa und für sozialistische Arbeiterrevolution im Westen werden können. Die IKL kämpfte wiederum dafür, die sowjetischen Arbeiter aufzurütteln, um die Errungenschaften der Russischen Revolution von 1917 zu bewahren und auszuweiten, die durch Jahrzehnte stalinistischer bürokratischer Herrschaft schrecklich verraten wurden, aber bis 1991/92 noch nicht umgestürzt worden waren. Heute steht das Schicksal des chinesischen deformierten Arbeiterstaats, das Leben von Milliarden arbeitender Menschen in China, in ganz Asien und der ganzen Welt auf des Messers Schneide. Wir kämpfen für die bedingungslose militärische Verteidigung des Arbeiterstaats China gegen die erneuten imperialistischen militärischen Machenschaften und den ökonomischen Zangengriff. Die Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 sind bedroht durch die ökonomischen Markt„reformen" der chinesischen Stalinisten, aber diese Angriffe haben auch bedeutende proletarische Revolten hervorgerufen. Eine trotzkistische Partei ist notwendig, um das Proletariat in einer proletarisch-politischen Revolution zum Sieg zu führen und die Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 zu bewahren und auszuweiten.

Die verheerenden und weltweiten Folgen der kapitalistischen Konterrevolution zerstören auch die antimarxistischen Theorien des „Staatskapitalismus", die von der Internationalen Sozialistischen Tendenz des kürzlich verstorbenen Tony Cliff sowie von den Spinnern und dauernd anders argumentierenden „Theoretikern" der Liga für eine Revolutionär Kommunistische Internationale (LRKI, auch bekannt als Workers Power, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) und anderen Renegaten des Marxismus vertreten werden (siehe „Der Bankrott der Theorien über eine ‚Neue Klasse'", *Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000). Laut den Cliff-Anhängern war der Triumph der Konterrevolution in der ehemaligen UdSSR lediglich „ein Schritt zur Seite" von einer Form des Kapitalismus zu einer anderen. Ihr tollwütiger Antisowjetismus drückte sich während des Kalten Krieges so aus: „Der Kommunismus ist zusammengebrochen... Diese Tatsache sollte für jeden Sozialisten Grund zum Jubel sein" *(Socialist Worker,* 31. August 1991).

Heute ist das Proletariat weltweit zurückgeworfen worden, und die US-Imperialisten, denen die sowjetische Militärmacht nicht mehr im Weg steht, fallen jetzt rücksichtslos über den Planeten her, wobei sie manchmal die Vereinten Nationen als Feigenblatt benutzen und globale militärische Interventionen in den Mantel der „Menschenrechte" hüllen. Rivalisierende Imperialismen, besonders Deutschland und Japan, die nicht länger durch die antisowjetische Kalte-Kriegs-Einheit eingeschränkt sind, verfolgen rasant ihre eigenen Gelüste nach der Kontrolle des Weltmarkts und bauen dementsprechend ihre eigene Militärmacht aus. Diese sich widersprechenden nationalen Interessen führten letztes Jahr in Seattle zum Abbruch der WTO-Gespräche (der Welthandelsorganisation). Diese interimperialistischen Rivalitäten zeigen die Umrisse kommender Kriege - mit Atomwaffen, die das Leben auf diesem Planeten auslöschen würden.

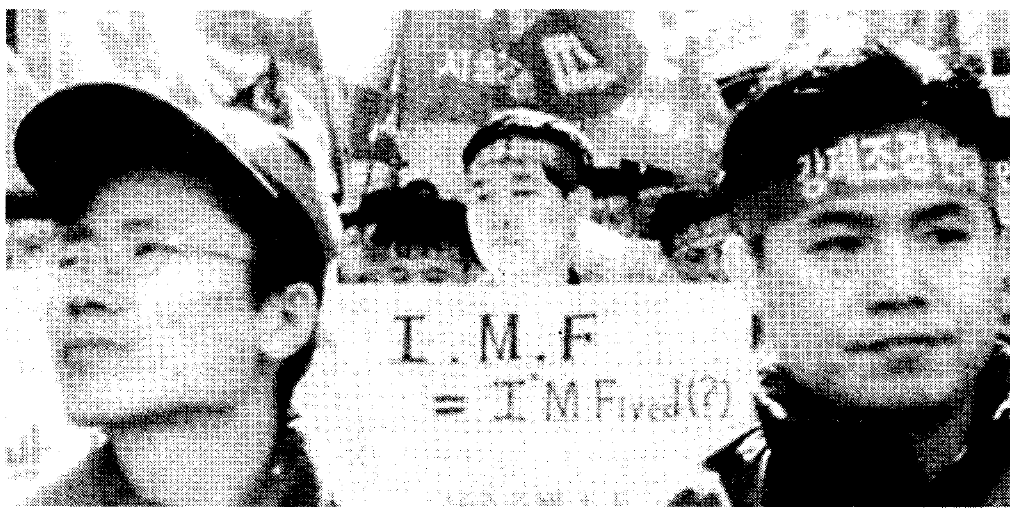
Deshalb ist es jetzt dringender denn je unsere Aufgabe, die Macht den kapitalistischen Ausbeutern zu entreißen. Ohne revolutionäre Theorie kann es keine revolutionäre Bewegung geben. Heute müssen die Grundsätze des

Fortgesetzt auf Seite 26



Der Spiegel

Roma-Kinder in der Slowakei. Kapitalistische Konterrevolution entfesselte pogromartigen Terror gegen unterdrückte Minderheiten und Immigranten



Reuters

Südkoreanische Arbeiter protestieren gegen Austeritätsmaßnahmen, die vom IWF diktiert werden. Nur internationale Arbeiterrevolution kann imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung beenden



Giase/Seattle Post-Intelligencer

Anti-WTO-Proteste in Seattle im letzten Herbst waren politisch dominiert von der chauvinistischen und antikommunistischen Hetze der AFL-CIO-Bürokratie gegen China. Plakat links: „Das Volk zuerst, nicht China zuerst!" Während Pseudolinke den „Geist von Seattle" bejubelte, prangerten Spartakisten den Zirkus des proimperialistischen Protektionismus an



Workers Vanguard

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 25

authentischen Marxismus begründet werden, um der irreführenden und vorherrschenden falschen Gleichsetzurig des Zusammenbruchs des Stalinismus mit einem Versagen des Kommunismus entgegenzutreten. Die stalinistische Herrschaft war nicht Kommunismus, sondern seine groteske Perversion. Die stalinistische Bürokratie - eine parasitäre Kaste, die sich über den Arbeiterstaat erhoben hat, ganz ähnlich einer Arbeiterbürokratie, die über einer Gewerkschaft thront - entwickelte sich im sowjetischen Arbeiterstaat unter den Bedingungen ökonomischer Rückständigkeit und Isolierung, die aus dem Versagen resultierte, die Revolution auf nur irgendein fortgeschrittenes kapitalistisches Land auszuweiten. Die Stalinisten behaupteten, sie würden „Sozialismus in einem Land" aufbauen, eine Unmöglichkeit, wie Leo Trotzki (und vor ihm Marx und Engels) erklärten, da Sozialismus notwendigerweise international aufgebaut werden muss. „Sozialismus in einem Land" war eine Rechtfertigung für den weltweiten Ausverkauf von Revolutionen, um dadurch den Weltimperialismus zu besänftigen. Wie Trotzki auf brillante Weise in *Verratene Revolution* (1936) erklärte: „Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen?" Dieser Widerspruch wurde auf bittere Weise negativ gelöst.

Marxismus versus Anarchismus und „Globalisierung"

Bei Leuten, die sich „Anarchisten" nennen, findet man die ganze Skala - von rechten kleinbürgerlichen Schlägern, die die Arbeiterklasse hassen und Kommunisten angreifen, bis zu subjektiven Revolutionären, die sich mit dem Proletariat solidarisieren und wirklich den Sturz der Bourgeoisie anstreben. Im letzteren Fall kommt die Attraktion zum Anarchismus von einer gesunden Zurückweisung des parlamentarischen Reformismus der Sozialdemokraten, der Exstalinisten und der Pseudolinken, die die kapitalistische Ordnung unterstützen und aufrechterhalten. Tatsächlich wurde Lenin selbst wegen seiner Gegnerschaft zu den reformistischen Fälschern des Marxismus als Anarchist denunziert. Als der bolschewistische Führer im April 1917 in Russland ankam und zu einer Arbeiterrevolution aufrief, um die kapitalistische Provisorische Regierung zu stürzen, denunzierten die Menschewiki Lenin als „Kandidat für ... den Thron von Bakunin!" (Suchanow, *The Russian Revolution, 1917: A Personal Record* [Die Russische Revolution, 1917: Eine persönliche Aufzeichnung], 1984). (Bakunin war der anarchistische Führer in der Ersten Internationale.) Wie Lenin es in *Staat und Revolution* ausdrückte: „Die Opportunisten der heutigen Sozialdemokratie betrachteten die bürgerlichen politischen Formen des parlamentarischen demokratischen Staates als die unüberschreitbare Grenze, sie schlugen sich beim Anbeten dieses ,Vorbilds' die Stirnen wund und erklärten jedes Bestreben, diese Formen zu *brechen,* als Anarchismus."

Es ist nicht überraschend, dass es ein gewisses Wiederaufleben von anarchistischen Ansichten gibt, was durch den allseitigen bürgerlichen Triumphalismus über den „Tod des Kommunismus" genährt wird. Die Russische Revolution führte international zu einer neuen Definition der Linken, und ihre letztendliche Zerstörung hat auf umgekehrte Weise einen ähnlichen Effekt. Als der neue Arbeiterstaat tatsächlich ein Leuchtfeuer der Befreiung war und die internationalen revolutionären Erhebungen ihren Höhepunkt erreichten, die durch die Russische Revolution angespornt wurden, entwickelten sich die besten der anarchistischen und syndikalistischen Aktivisten (z. B. James P. Cannon, Victor Serge, Alfred Rosmer) zu hingebungsvollen und disziplinierten Kämpfern für den Kommunismus von Lenin und Trotzki. Vor seinem späteren Bruch mit dem Marxismus verschmähte der Anarchist Serge die Sozialdemokraten, die die Arbeiter auf die Schlachtbank des imperialistischen Ersten Weltkriegs führten, und er reiste nach Sowjetrussland, um den neuen Arbeiterstaat zu unterstützen. Im Verlauf der Kämpfe gegen konterrevolutionäre Revanchisten (die von einigen Anarchisten kriminellerweise unterstützt wurden) trat Serge der Bolschewistischen Partei bei und schrieb an seine französischen anarchistischen Freunde *(La Vie ouvri re,* 21. März 1922), um für den Kommunismus gegen Anarchismus einzutreten:

> „Was ist die Kommunistische Partei in Zeiten der Revolution? Sie ist die revolutionäre Elite, machtvoll organisiert, diszipliniert, die einer beständigen Richtung folgt und einem einzigen, klar definierten Ziel entgegen marschiert, entlang des Wegs, der für sie durch eine wissenschaftliche Doktrin herausgearbeitet wurde. Als eine solche Kraft ist die Partei das Produkt der Notwendigkeit, d.h. der Gesetze der Geschichte selbst. Diejenige revolutionäre Elite, die in Zeiten der Gewalt unorganisiert, undiszipliniert, ohne beständige Richtung und offen für verschiedene oder gegensätzliche Impulse

bleibt, rennt in den Selbstmord. Eine andere Ansicht als diese Schlussfolgerung ist nicht möglich." (The Serge-Trotsky Papers [Die Serge-Trotzki-Dokumente], Hrsg. Cotterill, 1994)

Die diffuse Popularität des „Anarchismus" unter den Jugendlichen heute spiegelt den Rückschritt des politischen Bewusstseins in der neuen politischen Periode wider, die mit der gewaltigen Niederlage durch die kapitalistische Konterrevolution in der UdSSR und Osteuropa begonnen hat. Im Grunde ist der Anarchismus eine Form des radikal-demokratischen Idealismus, der an das angeblich angeborene Gute sogar der habgierigsten Imperialisten appelliert, sie sollten der Menschheit dienen. Der Bund der Gerechten (der sich in Bund der Kommunisten etwa zu der Zeit umbenannte, als Karl Marx ihm 1847 beitrat) hatte als seine Hauptlosung: „Alle Menschen sind Brüder". Marx bemerkte, dass es einige Menschen gab, dessen Bruder er nicht war und dass er auch kein Bedürfnis hatte, deren Bruder zu sein, und er überzeugte seine Genossen, die Losung zu ändern in: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Historisch hat der Anarchismus bewiesen, dass er durch Klassenzusammenarbeit ein Hindernis für die Befreiung der Unterdrückten ist. Einige Anarchisten verbanden sich mit den konterrevolutionären Weißen Armeen und bejubelten den Kronstädter Aufstand gegen die Russische Revolution. Bis heute ist Kronstadt ein antikommunistischer Eckstein für Anarchisten. Im Spanischen Bürgerkrieg wurden Anarchisten zu Ministern in der Volksfrontregierung, die den bewaffneten Arbeiterkampf gegen den Kapitalismus entwaffnete und unterdrückte und damit den Weg für Francos jahrzehntelange Diktatur eröffnete.

Heute kann man die grundsätzlichen Differenzen zwischen dem revolutionären Marxismus und dem anarchistischen liberalen Idealismus auch bei den Protesten gegen „Globalisierung" sehen. Die Behauptung, dass heute durch die großen kapitalistischen Konzerne das nationalstaatliche System überwunden wurde und jetzt die Welt durch Institutionen wie IWF und WTO regiert wird, ist von Grund auf falsch. „Globalisierung" ist die heutige Version von „Ultraimperialismus", den der deutsche Sozialdemokrat Karl Kautsky erfand, um zu argumentieren, dass Kapitalisten in verschiedenen Ländern ihre Interessenkonflikte durch friedliche (sogar demokratische) Mittel lösen könnten. Wie wir in unserer Broschüre *Imperialism, the „global economy", and Labor Reformism* hervorhoben: „Sogenannte multinationale oder transnationale Firmen operieren *nicht* über dem oder unabhängig vom nationalstaatlichen System. Vielmehr ist ihre Abhängigkeit von ihren eigenen bürgerlichen Nationalstaaten lebenswichtig, um ihre Auslandsinvestitionen gegen Opposition aus den lokalen Bevölkerungen und rivalisierende kapitalistische Staaten zu *schützen.* Folglich müssen die imperialistischen Staaten starke militärische Kräfte und entsprechende industrielle Basen zu Hause aufrechterhalten."

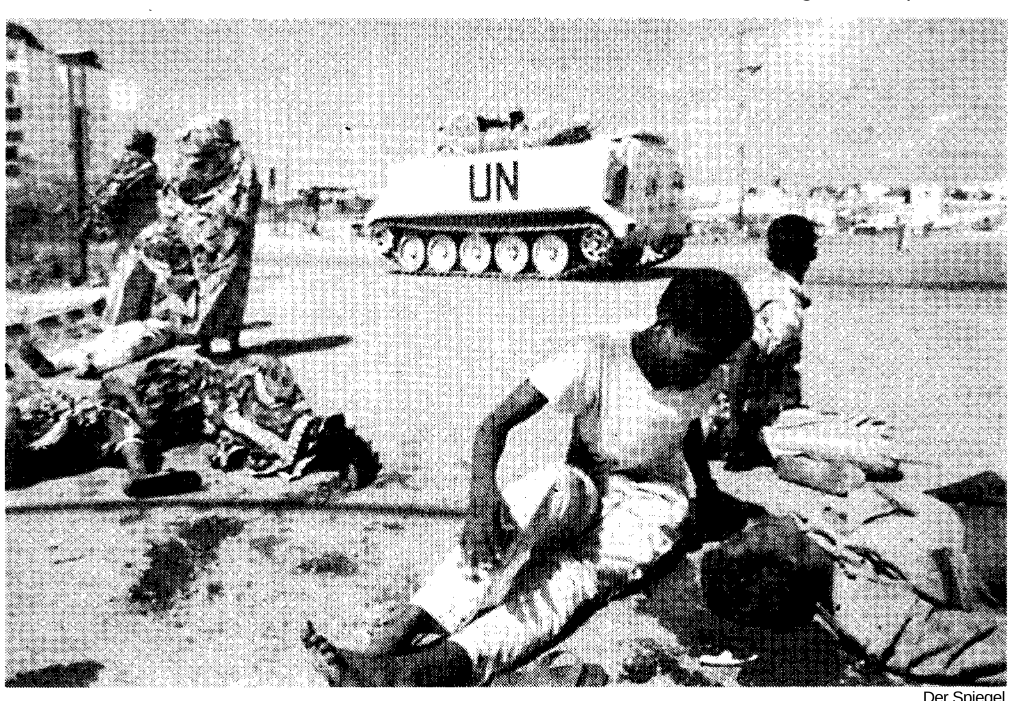
Viele Organisationen, die die Prag-Mobilisierung unterstützen, rufen nach „demokratischer Kontrolle" des IWF und der Weltbank, um die Bedingungen für die Völker im „globalen Süden" (Asien, Afrika und Lateinamerika) zu verbessern. Die PDS argumentiert, dass die Arbeit des IWF und der Weltbank transparenter werden muss und dass die Vereinten Nationen wirklich international werden sollen. Wir haben diese Aufrufe an die direkten imperialistischen Herrscher und Unterdrücker, dass sie Aktionen im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten durchführen sollten, „Menschenrechtsimperialismus" genannt. Nicht nur absurd, sondern reaktionär sind diese Appelle an den Imperialismus, dass er irgendwie verantwortlich und human werden solle, weil damit tödliche Illusionen geschürt werden, dass die Diktatur der Bourgeoisie in ihrer „demokratischen" Aufmachung irgendwie der Träger für sozialen Wandel im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten sein könne. Diese Lüge kettet die Ausgebeuteten an ihre Ausbeuter und

Fortgesetzt auf Seite 28



W. Déni und M.Tschremnych

Sowjetisches Poster nach der Russischen Revolution von 1917 zeigt Lenin, wie er Könige, Pfaffen und Kapitalisten wegfegt



Der Spiegel

„Menschenrechts"imperialismus in Somalia 1993: Demonstranten wurden von den UN-„Friedenstruppen" in den Straßen niedergeschossen



Spartakist

IKL rief während des Balkankriegs zur militärischen Verteidigung Serbiens gegen US/NATO-Imperialismus auf

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 27

stellt eine Sackgasse für soziale Kämpfe dar.

Die Behauptung, dass „globale" Vereinte Nationen im Interesse der Menschheit handeln könnten, ist eine Lüge, die die grundsätzlichen ökonomischen Mechanismen des kapitalistischen Imperialismus verschleiert. Imperialismus ist nicht eine Politik, die auf „schlechten Ideen" basiert, sondern ist der Schlüssel für die Funktionsweise eines Systems, das auf Privateigentum basiert, auf dem Auspressen von Profit und der Notwendigkeit für den Kapitalismus, neue Märkte zu erobern. Wie Lenin in Bezug auf den Vorgänger der UN, den Völkerbund, erklärte: „Es zeigte sich, daß es keinen Völkerbund gibt, daß der Bund der kapitalistischen Mächte nichts als Betrug ist und daß es sich in Wirklichkeit um einen Bund von Räubern handelt, von denen jeder darauf ausgeht, dem anderen etwas wegzuschnappen... Privateigentum ist Diebstahl, und ein Staat, der sich auf Privateigentum gründet, ist ein Staat von Räubern, die um die Teilung der Beute streiten" („Rede auf der Konferenz der Vorsitzenden der Exekutivkomitees", 15. Oktober 1920).

Die erste Intervention der UN (1950-53) war eine „Polizeiaktion" gegen die deformierten Arbeiterstaaten Nordkorea und China, bei der an die vier Millionen Koreaner abgeschlachtet wurden. Ein Jahrzehnt später wurde die mörderische Militärintervention im ehemals belgischen Kongo unter UN-Schirmherrschaft geführt, bei der auch der linke Nationalist Patrice Lumumba ermordet wurde.

Am linken Rand des anarchistischen Spektrums erschien auf der anarchistischen „A-Infos Web Site" ein Artikel, der unter den Unterstützern der Prag-Demonstration herausragt aufgrund seiner scharfen Opposition dagegen, den Klassenfeind anzubetteln, er solle moralisch handeln und „die Schulden der Dritten Welt streichen". Sie rufen auf, IWF und Weltbank zu zerschlagen, und schlagen vor: „Direkte Forderungen werden nicht an die Besänftiger und Co. gerichtet. sondern an Arbeiterorganisationen und ihre reformistischen Führungen, die IWF-Weltbank zu verschrotten und die Milliarden-Dollar-Schulden zu streichen - JETZT!" Aber die Welt wird nicht verwandelt durch Losungen auf einer großen Demo oder selbst bei einem großen Streik, und die reformistischen Führungen, an die sie sich richten, unterstützen den kapitalistischen Imperialismus. Wie kommen wir dann vom Kapitalismus zum Sozialismus? Das ist die Frage, auf die der Anarchismus keine Antwort hat.

AP/Jerome Delay

Prag, 24. September. Zehntausende demonstrieren gegen IWF und Weltbanktreffen. Internationales Team von Spartakisten verkaufte IKL-Erklärung in mehreren Sprachen. Wir diskutierten mit Jugendlichen über die Notwendigkeit von proletarischer Revolution gegen anarchistische und sozialdemokratische Konzeptionen

Die marxistische Theorie und das Beispiel von Lenins Bolschewiki, die die Arbeiterklasse in der Russischen Revolution im Oktober 1917 zur Staatsmacht führten, ist die einzige revolutionäre Lösung. Die Arbeiter können nicht die kapitalistische Staatsmaschine übernehmen und im Interesse der Unterdrückten „reformieren". Sie müssen um die Macht kämpfen, den kapitalistischen Staat zerschlagen und einen Arbeiterstaat errichten - eine Diktatur des Proletariats -, der den konterrevolutionären Widerstand der früheren kapitalistischen Herrscher niederwirft. Lenins Bolschewiki strichen die Schulden, die durch den Zaren und die russische Bourgeoisie angehäuft worden waren, indem sie die Macht ergriffen und sich weigerten, diese zu bezahlen. Dies war Teil der bolschewistischen revolutionär-internationalistischen Perspektive - im Gegensatz zu einer Beschwichtigung des Imperialismus kämpften sie dafür, den Russischen Oktober zur sozialistischen Weltrevolution auszuweiten. Sie verstanden, dass der Sozialismus nicht in einem Land aufgebaut werden konnte.

Entgegen den reaktionären Aspekten des Idealismus, die von traditionellen Anarchisten wie Proudhon gepredigt wurden und heute von kleinbürgerlichen „Grünen" wiedergekäut

werden - dass Arbeiter keinen Wohlstand anstreben, sondern in spartanischen Kommunen leben sollten -, kämpfen wir Marxisten für die Eliminierung des Mangels, für eine Gesellschaft, in der die Arbeiter die Früchte ihrer Arbeit genießen, die heute von den Kapitalisten enteignet werden. Den Arbeitern zu sagen, sie sollten „den Gürtel enger schnallen", ist tatsächlich das Programm des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die die Massen der „Dritten Welt" durch die von ihnen erzwungene „Austeritäts"politik aushungern. Im Namen des „Umweltschutzes" sind die grünen Parteien, die jetzt in Deutschland und Frankreich in Regierungskoalitionen sind, sogar noch aggressiver als die Sozialdemokraten dabei, die kapitalistische „Austerität" durchzusetzen. Angesichts der kürzlichen Massenproteste gegen Benzinpreiswucher stellten sich die französischen Grünen gegen die Zugeständnisse des sozialistischen Premierministers, der die Benzinsteuer um 15 Prozent senken wollte.

Im Gegensatz zu den anarchistischen/grünen Bestrebungen, die technologische Entwicklung zurückzuhalten und das Niveau der Konsumption zu drücken, sind wir Marxisten auf der Seite von Big Bill Haywood, einem Führer der IWW (Industrial Workers of the World, auch bekannt als „Wobblies"). Als er von einem Genossen für das Rauchen einer guten Zigarre gerügt wurde, antwortete er: „Nichts ist zu gut für das Proletariat!" Marxisten erkennen an, dass die Geschichte des menschlichen Fortschritts ein Kampf war, die Kräfte der Natur zu meistern. Die Entwicklung von Landwirtschaft und die Domestizierung von Tieren war ein erfolgreicher Einschnitt in die „natürliche Ökologie" des Planeten, die einen gesellschaftlichen Überschuss erzeugte und einen Weg vorwärts wies, weg vom kurzen und brutalen Kampf um das tägliche Überleben in den Anfängen der menschlichen Gesellschaft. Damit die verarmten Massen der „Dritten Welt" all die Dinge erreichen können, die westliche kleinbürgerliche Linke für selbstverständlich erachten - Elektrizität, Schulen, sauberes Leitungswasser, Medizin, öffentlicher Verkehr, Computer -, ist ein großer Sprung der industriellen und technischen Kapazität notwendig. Dieser Sprung erfordert eine siegreiche internationale Revolution, geführt von einer bewussten revolutionären Avantgarde, um der Arbeiterklasse ihre Mission bewusst zu machen und sie vom Griff der reformistischen und pseudorevolutionären Lakaien des Kapitalismus zu brechen.

Es ist genau der loyale Dienst der bürgerlich-nationalistischen „Grünen", den sie für die herrschende Klasse leisten, der sie dazu führt, die größten ökologischen Katastrophen auf dem Planeten zu ignorieren. So unterstützte Joschka Fischer, der „grüne" Außenminister des Vierten Reichs, lautstark die Bombardierung Serbiens. Der Balkan ist jetzt durchsetzt mit Geschossen aus abgereichertem Uran; das vergiftete Wasser und die Zerstörung der modernen industriellen und sozialen Infrastruktur bedeuten, dass die wahre Anzahl der Todesopfer aus dem Balkankrieg noch über Jahre hinweg gezählt werden wird. Mit „Grünen" wie diesen, wer braucht da noch Dr. Seltsam, IG Farben und Dow Chemical Company?

Genauso hat der Golfkrieg gegen den Irak 1991 eine der fortgeschrittensten Gesellschaften in der Region zerstört. Vor zehn Jahren war die Kindersterblichkeit im Irak unter den niedrigsten der Welt und heute ist sie die höchste; eine Bevölkerung, deren überwiegende Mehrheit lesen und schreiben konnte und medizinische Versorgung erhielt, wird jetzt durch die fortgesetzten UN-Sanktionen buchstäblich zu Tode gehungert. Sogenannte „Linke", die gegen den vernichtenden Luftkrieg gegen den Irak waren, setzten stattdessen auf UN-Sanktionen als „humanitäre" Alternative. Die IKL stellte sich gegen die Sanktionen, die *ein Kriegsakt* sind, der mehr Menschen getötet hat als die Bomben. Die Unterstützung der Pseudolinken für die blutigen Verbrechen des „Menschenrechtsimperialismus" ist die einzige Erklärung für die dröhnende Stille über diese Fragen in jeder offiziellen Propaganda für „Anti-Globalisierungsproteste" in Seattle, Washington und Prag. Die französische LCR rief offen auf zu imperialistischer Militärintervention im Kosovo unter OSZE- oder UN-Kontrolle (*Rouge*, 1. April 1999). Die LRKI machte eine offene Kampagne für die Niederlage der serbischen Kräfte durch die UCK-Werkzeuge der NATO-Imperialisten, teilte in London eine gemeinsame Plattform mit Enthusiasten für eine NATO-Bombardierung und bejubelte den Rückzug serbischer Truppen, wobei sie idiotischerweise nach dem Sieg der NATO im Kosovo verkündete: Es „reift in Serbien eine vor-revolutionäre Situation heran" („Der Kampf um den Sturz Milosevics", LRKI-Erklärung vom 11. August 1999).

Im Gegensatz dazu kämpfte die IKL überall für die militärische Verteidigung Serbiens gegen US/UN/NATO-Imperialisten, ohne ein Milligramm politische Unterstützung für den serbischen Chauvinisten Milosevic zu geben, genauso wie wir früher im Golfkrieg dafür kämpften, das Proletariat für die Niederlage des Imperialismus zu mobilisieren, und direkt für die Verteidigung des Irak eintraten (siehe die IKL-Erklärung über den Balkankrieg vom April 1999, abgedruckt in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000). Revolutionäre Internationalisten kämpfen für die Niederlage ihrer „eigenen" Bourgeoisie und für die Verteidigung der Opfer des imperialistischen Krieges. Die sozialchauvinistische Orgie der vorgeblichen Linken ist eine direkte Widerspiegelung ihrer Unterstützung für die europäischen Regierungen, die den Balkankrieg durchführten. Zwei Jahre vorher machte die britische SWP eine Kampagne für Tony Blair und „jauchzte himmelhoch" über den

Fortgesetzt auf Seite 30

IKL-Erklärung...

Fortsetzung von Seite 29

Wahlsieg von Tony Blair, dem größten NATO-Kriegstreiber in Europa. Während die britische SWP während des Balkankriegs gegenüber dem feigen Klüngel, der „armes kleines Kosovo" schrie, links aussah, verriet sie sich mit ihrer vollen Unterstützung für Tony Benn von „New" Labour, dessen Opposition gegen den Krieg getränkt war vom chauvinistischen Antiamerikanismus der Marke „Little England". Zu sagen, dass der Krieg lieber direkt von den europäischen imperialistischen Schweinen geführt werden sollte anstatt von den Amerikanern, ist wohl kaum eine Antikriegsbewegung!

Am rechten Rand des nationalistischen Spektrums sind die Faschisten. Letztes Jahr marschierten deutsche Nazis gegen den Balkankrieg mit Losungen wie: „Kein deutsches Blut für fremde Interessen!" Der nationalistische Antiamerikanismus, den die europäische „Anti-Globalisierungsbewegung" tief in sich aufsaugt, überlappt sich mit offenem Faschismus. Tschechische faschistische Organisationen wollen am 23. September in Prag eine Provokation für ihr völkermörderisches Programm inszenieren.

Im Schmelztiegel des ersten großen Krieges in Europa nach 50 Jahren erwiesen sich die Pseudotrotzkisten als faule Produkte des „Tod des Kommunismus". Heute drängeln sie sich darum, die Kontrolle über die „Anti-Globalisierungsbewegung" an sich zu reißen. Nur ein Narr könnte denselben Gruppen vertrauen, die den gegenwärtigen kapitalistischen Regierungen in Europa zur Macht verhalfen, dass sie jetzt im Interesse der Unterdrückten gegen diese Regierungen, deren Banken und Institutionen kämpfen könnten. Weit entfernt davon, eine marxistische Alternative zum Anarchismus zu sein, sind die Pseudotrotzkisten aktive Gegner des revolutionären Marxismus, der im Programm und in den Praktiken der IKL verkörpert ist.

Die materielle Basis für Opportunismus und nationalen Chauvinismus

Bürgerliche Ideologie - z.B. Nationalismus, Patriotismus, Rassismus und Religion - dringt in die Arbeiterklasse ein, zentral über die Agentur der „Arbeiterleutnants der Kapitalistenklasse" - die parasitären Gewerkschaftsbürokratien, die sich auf die privilegierten Oberschichten der Arbeiterklasse stützen. Wenn diese Reformisten nicht durch revolutionäre Führungen ersetzt werden, werden sie die Arbeiterklasse hindern, sich gegen die kapitalistischen Angriffe zu verteidigen, und zulassen, dass die Arbeiterorganisationen zerstört oder ohnmächtig gemacht werden, indem sie die Gewerkschaften zunehmend an den kapitalistischen Staat anbinden. In seiner Arbeit von 1916, *Der Imperialismus als höchstes Studium des Kapitalismus,* erklärt Lenin:

> „Dadurch, daß die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herausschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen hinüberzuziehen. Diese Tendenz wird durch den verschärften Antagonismus zwischen den imperialistischen Nationen wegen der Aufteilung der Welt noch verstärkt. So entsteht der Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus... Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute [wie der Menschewik Martow], die nicht verstehen wollen, daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus."

Der nationale Chauvinismus und die feige Kapitulation der Organisatoren der Bewegung gegen „Globalisierung" sind ganz offensichtlich. So vereinigten sich Gewerkschaftsorganisatoren des Seattle-Protests gegen die WTO mit extrem rechten antikommunistischen Kräften, die „Sklavenarbeit" in den deformierten Arbeiterstaaten China und Vietnam anprangerten. Chinesischer Stahl wurde in den Hafen gekippt und auf Plakaten stand: „Das Volk zuerst, nicht China zuerst". Amerikanische Gewerkschaftsspitzen führten eine Kampagne, um mexikanischen Lastwagenfahrern die Arbeit in den USA zu verbieten - das veranschaulicht, warum Trotzki die amerikanische Arbeiterbürokratie als das ideale Werkzeug von Wall Street für die imperialistische Dominierung Lateinamerikas beschrieben hat. Nicht umsonst ist die AFL-CIO in ganz Lateinamerika als „AFL-CIA" bekannt. Unglaublicherweise halten die italienische Rifondazione Comunista und die pseudotrotzkistische *Proposta-Gruppe* die „Führung" der AFL-CIA als Modell hoch, dem die europäischen Arbeiter nacheifern sollen (siehe *Proposta* Nr. 27, Januar 2000)!

Vor Prag strengte sich die britische SWP mächtig an, um für eine Labour-treue Gewerkschaftsdemonstration zu werben in Verteidigung von britischen Jobs im Rover-Autowerk. Diese Demonstration war ein Meer von Union Jacks (britische Staatsflagge) und bösartigem antideutschen Chauvinismus, der britische Arbeiter gegen deutsche ausspielte und der erstere an die britische herrschende Klasse bindet. Losungen wie: „Großbritannien hat zwei Weltkriege gewonnen, lasst uns auch den dritten gewinnen", geben einen Eindruck von diesem Gift. Nach Rover vergrub sich die SWP in einer Kampagne, Ken Livingstone zum Bürgermeister von London zu machen, einen Labour-Politiker, der ein lautstarker Befürworter des imperialistischen Terrors gegen Serbien und der ungehemmten Polizeigewalt zu Hause war. Als anarchistische Demonstranten am 1. Mai kühn die Symbole des britischen Imperialismus verunstalteten, blieb die SWP weg (außer ein paar Alibiverkäufern), um ihren Kandidaten für den Bürgermeisterposten in London, den „Roten" Ken Livingstone, nicht in Verlegenheit zu bringen. Livingstone unterstützte die Polizeirepression gegen die Demonstranten vom 1. Mai, von denen zahlreiche immer noch im Knast schmachten oder eine Anklage zu erwarten haben.

In Frankreich führt José Bové Massenproteste an gegen McDonalds und das Eindringen von amerikanischem Fast Food in den französischen Gaumen. Wir haben Interesse daran, die schrecklich unterbezahlten Arbeitskräfte in diesen Fast-Food-Ketten zu organisieren, unabhängig von nationalem Besitz oder „Cuisine". Außerdem, wenn wir die dummen Maßstäbe von Bové ansetzen und kulturelle oder kulinarische Vorlieben zu einem Synonym mit „Imperialismus" machen, dann sollten wir uns lieber um die Italiener sorgen, weil die Leute Pizza lieben und diese jetzt überall von den Aleuten bis zum Amazonas vermarktet wird. Oder war es „Imperialismus", als ein gewisses deutsches Gerät, genauer gesagt die Druckerpresse, die Welt eroberte und Massenliteratur möglich machte?!

Auf ernstere Weise werden das Klassenbewusstsein und die Solidarität unter den Arbeitern durch den nationalen Chauvinismus und Opportunismus der Gewerkschaftsspitzen und der vorgeblichen Linken vergiftet, die religiöse, nationale und ethnische Trennungen schüren. In den letzten Jahren hat dies mit der rasenden Kampagne gegen Immigranten einen Siedepunkt erreicht. Das bedroht die Einheit und den Zusammenhalt des Proletariats als Klasse, um sich gegen Attacken der Kapitalisten und ihrem Staat zur Wehr setzen zu können. Wie die IKL-Grundsatzerklärung *(Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) bemerkt:

> „Indem der moderne Kapitalismus, d. h. Imperialismus. in alle Gebiete des Planeten eindringt, bringt er im Laufe des Klassenkampfes und je nach ökonomischer Notwen-

digkeit in die unterste Schicht des Proletariats neue Reserven billiger Arbeitskräfte, in erster Linie Immigranten aus ärmeren und weniger entwickelten Regionen der Welt: Arbeiter mit wenigen Rechten, bei denen man darauf setzt, daß sie leichter abzustoßen sind in Zeiten ökonomischen Rückgangs. So schafft der Kapitalismus laufend unterschiedliche Schichten unter den Arbeitern und verschmelzt dabei gleichzeitig die Arbeiter aus vielen verschiedenen Ländern."

Im Schengener Abkommen haben die europäischen Mächte ihre Grenzen gegenüber den Immigranten geschlossen, von denen viele vor der konterrevolutionären Zerstörung in Osteuropa geflohen sind. Die rassistische Politik der heute herrschenden Sozialdemokraten gegen Immigranten ahmt die Nazidemagogie „Das Boot ist voll" nach und facht tatsächlich faschistischen Terror an. Währenddessen lullen die sozialdemokratischen Volksfrontregierungen in ganz Europa (Regierungskoalitionen, die aus reformistischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Parteien bestehen) die Arbeiter gefährlich in parlamentarische Illusionen, dass die Sozialdemokraten, deren eigene Politik den Faschisten den Weg ebnet, die Faschisten „verbieten" würden. Historisch dienen solche „Verbote" nur der Beschönigung des Ansehens derselben Bourgeoisie, die auf Faschismus zurückgreift, wenn ihre Herrschaft in Gefahr ist. Historisch sind solche Verbote gegen „Extremisten" gegen die Linke eingesetzt worden, nicht gegen Rechte. In Deutschland wurde 1952, in der unmittelbaren Nachkriegsperiode, eine kleine Neonazi-Partei verboten, um damit die „demokratische" Glaubwürdigkeit der Erben des Dritten Reichs kosmetisch aufzupolieren, die unter amerikanischer imperialistischer Schirmherrschaft das kapitalistische Deutschland wiederaufbauten. Dahinter stand in Wirklichkeit die Absicht, das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands 1956 verfassungsrechtlich zu „begründen". Wir fordern: Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat! Für Arbeiter/Minderheitenmobilisierungen, um die Faschisten zu stoppen!

Die Partei ist das Instrument für sozialistische Revolution

Die leninistische Partei ist das Instrument, um das revolutionäre Bewusstsein in das Proletariat hineinzutragen, um Arbeiterkämpfe zu organisieren und sie erfolgreich in einer sozialistischen Revolution zu vereinigen. Eine revolutionäre Partei muss jeden Fall von sozialer Ungerechtigkeit und jeden Ausdruck von Unterdrückung bekämpfen. Es ist ein zentraler Bestandteil unserer Aufgabe, jede Unterdrückung der Frau und „die ganze alte Scheiße" zu bekämpfen, die mit religiösem Obskurantismus, Angriffen auf Abtreibungsrechte und Bigotterie gegen Homosexuelle wieder aufgekommen ist. Um für eine neue sozialistische Gesellschaft zu kämpfen, ist es notwendig, die Kühnheit der Jugend mit der sozialen Kraft der Arbeiter zu verschweißen.

Unser Ziel ist eine revolutionäre Führung, deren Kader im Klassenkampf getestet und ausgebildet werden müssen. Für die gegenwärtig kleinen Kräfte, die zu dem Programm von Lenin und Trotzki stehen, besteht der Weg vorwärts in der Schmiedung von Parteien mit der Erfahrung, dem revolutionären Willen und der Autorität unter den Massen, die erfolgreiche proletarische Revolutionen führen können.



Reuters/Michael Dalder

Prag, 23. September: Faschisten demonstrieren gegen G-8-Finanzministertreffen. Nationalistischer Antiamerikanismus der europäischen Anti-„Globalisierungs"bewegung überlappt sich mit offenem Faschismus

Nichts Geringeres als die Wiederschmiedung der trotzkistischen Vierten Internationale wird der Aufgabe gerecht, die Arbeiter und Unterdrückten zum Sieg des Weltsozialismus zu führen. Wir haben keine Illusionen, dass dieser Weg leicht sein wird, und wir sind uns im Klaren darüber, dass die Technologie für einen atomaren Holocaust in den Händen einer irrationalen und völkermörderischen herrschenden Klasse die Möglichkeiten verkürzt: Es gibt nicht viel Zeit.

Unsere Anleitung ist das Programm und die Praxis des authentischen Kommunismus. Wie Trotzki in „Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale" (1938) schrieb:

> „Der Realität ehrlich die Stirn bieten; nicht den Weg des geringsten Widerstands suchen; alle Dinge beim richtigen Namen nennen; den Massen die Wahrheit sagen, wie bitter sie auch sein mag; Hindernisse nicht fürchten; in kleinen wie auch in großen Dingen sich an die Wahrheit halten; sein Programm auf der Logik des Klassenkampfes begründen; kühn sein, wenn die Stunde zum Handeln gekommen ist - das sind die Regeln der Vierten Internationale."

Schließt euch der Internationalen Kommunistischen Liga an!«

SPARTAKIST

IKL-Erklärung zum Prager Protest gegen IWF und Weltbank

Zerschlagt imperialistische Ausbeutung durch internationale Arbeiterrevolution!

Die folgende Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga wurde in Deutsch am 20. Septenber als Spartakist-Extrablatt veröffentlicht.

„Turn Prague into Seattle"? Hätte es die kapitalistische Konterrevolution nicht gegeben, durch die Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion vor einem Jahrzehnt zerstört wurden, könnten Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) sich nicht in Prag treffen! Die „samtene Revolution" zerriss die Tschechoslowakei, und jetzt leiden arbeitende Menschen, Frauen sowie nationale und ethnische Minderheiten unter der brutalen Ausbeutung, der Verarmung und den Verwüstungen durch den kapitalistischen Markt. Was die Illusionen über „Freiheit" angeht, so drohen heute speziell vom amerikanischen FBI ausgebildete und von der NATO unterstützte Polizeikräfte den Demonstrationen von Arbeitern und Linken damit, brutal „Gesetz und Ordnung" für die imperialistischen Bankiers durchzusetzen.



AP/Jerome Delay

Prag, 26. September: Eine Armee von 12800 Bullen prügelte auf Anti-IWF-Demonstranten ein, verhaftete 900, von denen viele im Knast gefoltert wurden. Die IKL fordert in ihrer Protesterklärung vom 30. September die sofortige Freilassung aller Anti-IWF-Demonstranten und die Einstellung aller Anklagen

Bei all dem Gerede über die Sorge um die arbeitenden Massen sagt der offizielle Aufruf für einen „globalen Aktionstag" in Prag nichts über die kapitalistische Schockbehandlung, die zu einem drastischen Sinken der Lebenserwartung geführt und den Hunger nach Russland zurück gebracht hat, die Rechte der Frauen auf Abtreibung in ganz Osteuropa zurückgewälzt und der mörderischen braunen Pest des faschistischen Terrors zum Aufstieg verhelfen hat, der sich besonders gegen Immigranten und Roma richtet. Der Balkankrieg im letzten Jahr verwüstete Serbien schlimmer als Hitlers Nazis. Genauso findet die daher rührende ökonomische, soziale und ökologische Katastrophe auf dem Balkan in dem offiziellen Manifest für Prag keine Erwähnung. Warum? Weil die vorgeblichen Linken, die dieses Jahr den „Anti-Globalisierungs"-Protest organisieren, im Wesentlichen genau dieselben Leute sind, die im Namen von „humanitärer" Sorge um die Kosovo-Albaner den imperialistischen Krieg gegen Serbien unterstützt haben. Es sind auch dieselben „Linken", die sich ihren eigenen kapitalistischen Herrschern anschlössen im Kampf für die Zerstörung der Sowjetunion und der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten und die alle die Wahl der blutigen Clique von Pseudo-„Sozialisten", Ex-„Kommunisten" und „Arbeiter"-Führern unterstützten, die gegenwärtig das kapitalistische Europa regieren.

Wir, die Genossen von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL), sind stolz, dass wir für den authentischen Kommunismus von Lenins und Trotzkis Bolschewiki kämpfen. Unsere Perspektive ist proletarisch, revolutionär und internationalistisch. Wir erkennen, dass der grundlegende Konflikt in der Gesellschaft der Kampf der Arbeiter gegen das Kapital ist. Aufgrund seiner zentralen Rolle in der Produktion hat das Proletariat die soziale Macht, die kapitalistischen Ausbeuter und ihr ganzes System von Klassenausbeutung, rassistischer, sexueller und nationaler Unterdrückung und imperialistischem Krieg zu Fall zu bringen. Das Proletariat hat die Macht und das Klasseninteresse, eine Gesellschaft - anfangs einen Arbeiterstaat - zu schaffen, die auf kollektiviertem Eigentum und einer rational geplanten internationalen Wirtschaft basiert und zu einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft und damit zum Absterben des Staates führt. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Aufbau einer internationalen leninistisch-trotzkistischen egalitären Partei notwendig. Wir kämpfen darum, zu der Partei zu werden, die imstande ist, internationale sozialistische Revolutionen zu führen.

Fortgesetzt auf Seite 25

A 1664 E

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

6. NOVEMBER 2000 EXTRABLATT DM 0,50

Wahlen in Serbien: Made in USA, Germany

16. Oktober - Durch massive Intervention in die jugoslawischen Präsidentschaftswahlen haben es die Imperialisten schließlich geschafft, den serbischen Führer Slobodan Milosevic von der Macht *zu* vertreiben. Der Sieg von Vojislav Kostunica als Präsident Jugoslawiens wurde in westlichen Hauptstädten als Triumph der Demokratie gefeiert. Wenn es überhaupt Unterschiede gibt, dann ist Kostunica ein sogar noch fanatischerer Chauvinist als Milosevic, aber er ist den Imperialisten verpflichtet. Seine Wahl war gekauft und bezahlt durch die USA und andere NATO-Mächte, insbesondere Deutschland, die die Oppositionsparteien offen finanzierten und berieten und die Bevölkerung mit der Drohung von fortgeführten Wirtschaftssanktionen erpressten, wenn sie nicht richtig wählen würde.



AP

Anti-Milosevic-Protest in Cacak, Zentrum der Oppositionsbewegung, gesegnet von orthodoxer Kirche und finanziert von Imperialisten

Kostunicas Koalition, die Demokratische Opposition (DOS), erklärte sich nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 24. September zum klaren Sieger, erklärte einen Boykott des zweiten Wahlgangs und startete eine Kampagne von Streiks und Demonstrationen, um Milosevic aus dem Amt zu treiben. Zentren der Opposition wie Cacak kamen zum Stillstand, und viele Ämter und Betriebe wurden durch Arbeiterstreiks dichtgemacht, auch die größte Zeche des Landes in Kolubara. Die serbischen Arbeiter hatten zweifellos jeden Grund, das kapitalistische Milosevic-Regime zu verachten, aber diese Streiks waren eindeutig der von den Imperialisten gesponserten bürgerlichen Opposition untergeordnet.

Die USA und europäische imperialistische Mächte gaben mehr als 60 Millionen Dollar aus, um die Anti-Milosevic-Opposition zu finanzieren, darunter über 20 Millionen unter dem Deckmantel eines „Städtepartnerschaft"-programms (viel davon über das Deutsche Rote Kreuz ausgezahlt) und fast 36 Millionen, die die USA während der letzten beiden Jahre als Subventionierung an serbische politische Parteien, Gewerkschaften, Medienverbände usw. austeilten. Weitere Zahlungen in unbekannter Millionenhöhe kamen von der amerikanischen Agency for International Development [Agentur für internationale Entwicklung], der National Endowment for Democracy [Nationale Stiftung für Demokratie], einer CIA-Frontorganisation, und auch von kapitalistischen Stiftungen wie der Soros Foundation.

Wenn man die Unterschiede in Bevölkerungszahl und Kaufkraft berücksichtigt, war die imperialistische Hilfe für die serbische Opposition äquivalent dazu, etwa 3 Milliarden Dollar in die USA zu pumpen. Im September hat das Repräsentantenhaus das „Gesetz zur Demokratisierung Serbiens" verabschiedet, das über das nächste Haushaltsjahr weitere 105 Millionen Dollar bereitstellt, um mit den USA verbündete Kräfte in Jugoslawien zu

Fortgesetzt auf Seite 2

US/Bundeswehr/UN/NATO-Truppen raus! Für eine Sozialistische Föderation des Balkans!

Serbische Wahlen...

Fortsetzung von Seite 1

unterstützen. Man stelle sich den Aufschrei vor, wenn eine fremde Regierung versuchen würde, amerikanische Wahlen in auch nur annähernd dieser Größenordnung zu beeinflussen. Die US-Bourgeoisie ist immer noch in heller Aufregung über vermeintliche chinesische Spenden für die Clinton/Göre-Wahlkampagne vor vier Jahren, die angeblich über einen buddhistischen Tempel geflossen sind!

Als Demonstranten am 5. Oktober das Parlamentsgebäude in Belgrad stürmten, während Polizei und Sicherheitskräfte nicht eingriffen, und so die Herrschaft von Milosevic ein Ende fand, jubelten Sprecher des Westens über den Sturz von „Europas letztem kommunistischen Diktator". Milosevic ist alles andere als ein Kommunist, vielmehr spielte er zusammen mit seinen nationalistischen Pendants in Kroatien und Bosnien eine zentrale Rolle bei der kapitalistischen Konterrevolution, initiiert von den Imperialisten, die den multinationalen jugoslawischen deformierten Arbeiterstaat Anfang der 90er-Jahre auseinander riss. Die Konterrevolution wurde geschürt von einem brudermörderischen Gemetzel zwischen Serben, Kroaten und bosnischen Muslimen und verschärfte dies wiederum - ein Gemetzel, das zynisch von den westlichen Mächten, vor allem den USA und Deutschland, angeheizt worden war. Als Marxisten stellen wir uns gegen das Gift des Nationalismus und kämpfen für die Klasseneinheit der Arbeiter in Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien und im Kosovo, um alle blutigen kapitalistischen Regime der Region zu stürzen. Für *eine sozialistische Föderation des Balkans!*

Die Vorstellung, dass der blutige US-Imperialismus in Serbien interveniert, um „Demokratie" einzuführen, ist ein grausamer Schwindel. Die imperialistischen Herrscher beanspruchten arrogant das Recht, zu entscheiden, wer in Serbien regieren soll, und jetzt haben sie dieses Recht ausgeübt. Dies ist die Fortsetzung des skrupellosen US-geführten Bombenfeldzugs im letzten Jahr, der Tausende Zivilisten tötete und die gesamte Infrastruktur des Landes zerstörte, von Fabriken und Bürogebäuden bis zu Wasserwerken und der Elektrizitätsversorgung.

Wie bei der anhaltenden Bombardierung von Saddam Husseins Irak durch die USA und der von den USA verhängten Hungerblockade, die weit über eine Million Menschen getötet hat, denken die imperialistischen Herrscher, dass sie ungestraft überall herumtrampeln können. Die „demokratischen" US/NATO-Imperialisten richteten in Serbien eine größere Verwüstung an als der deutsche Imperialismus unter Hitlers Nazis im Zweiten Weltkrieg. In Deutschland war es die SPD/Grünen-Regierung, die den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr seit der Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die sowjetische Rote Armee kommandierte. Zusammen mit einem Jahrzehnt Wirtschaftssanktionen gegen Serbien löschte die Bombardierung den wirtschaftlichen Fortschritt eines halben Jahrhunderts aus, der durch den Sturz des Kapitalismus in Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg ermöglicht worden war.

Zwar sind wir in den dreiseitigen nationalistischen Bürgerkriegen im früheren Jugoslawien Gegner aller Seiten, aber als die Serben durch die US/NATO-Imperialisten angegriffen wurden, rief die Internationale Kommunistische Liga zu ihrer militärischen Verteidigung auf, und wir stellten uns gegen das imperialistische Embargo. Sofort bei Ausbruch des Krieges letztes Jahr im März 1999 erhoben wir die Forderung: Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Verteidigt Serbien! Unserer proletarisch-internationalistischen Opposition gegen den imperialistischen Krieg gaben wir einen konkreten Ausdruck, als wir fast 11000 Dollar für eine Kampagne sammelten, die von den syndikalistisch beeinflussten COBAS-Gewerkschaften in Italien initiiert worden war, um jugoslawischen Arbeitern zu helfen, deren Fabriken von der NATO bombardiert worden waren. Vor allem betonten wir die Notwendigkeit, leninistische Avantgardeparteien zu schmieden, um das Proletariat in den imperialistischen Ländern zum Sturz der blutrünstigen kapitalistischen Herrscher zu führen durch sozialistische Revolution.

Wir stellten uns gegen das räuberische „Friedens"diktat, aufgezwungen von den USA, das das Kosovo in ein NATO-Protektorat verwandelte unter einer Besatzung von heute 40000 Soldaten. Während Washington zynisch „humanitäre" Besorgnis wegen der Kosovo-Albaner vorgibt, war es von Anfang an sein Ziel, die Machtstellung in der Region auszudehnen - mittels des US-dominierten NATO-Bündnisses -, auch gegen die westeuropäischen imperialistischen „Verbündeten". Die Imperialisten haben bereits 35000 Soldaten unter NATO-Führung in Bosnien und 2000 in Albanien, dazu tausend UN-Soldaten in Mazedonien. *Imperialisten - Hände weg von Serbien! Alle US/Bundeswehr/UNINATO-Truppen raus aus dem Balkan!*

Kapitalistische Konterrevolution und „ethnische Säuberungen"

Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien ging aus dem Zweiten Weltkrieg hervor, als Titos kommunistische Partisanen gegen die Besatzer der Nazi-Wehrmacht

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, .c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 0231, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

kämpften und auch gegen die kroatische faschistische Ustascha und serbisch-monarchistische Tschetniks. Titos multinationale Partisanen waren die einzige Kraft in Jugoslawien, die sich gegen den Kommunalismus stellte. Aber der Sieg der Partisanen führte zur Schaffung eines bürokratisch deformierten Arbeiterstaates nach dem Muster der Sowjetunion unter Stalin, in dem der Arbeiterklasse die politische Macht vorenthalten wurde. Die Verfassung von 1945 garantierte formal allen Völkern in Jugoslawien gleiche nationale Rechte. Aber die bürokratische Missherrschaft und die nationalistischen Deformationen, die mit dem „Sozialismus in einem Land" einhergingen, unterminierten die sozialistischen und egalitären Ideale, auf die sich das Tito-Regime öffentlich berief.

Einige Jahre später führte Tito den „Marktsozialismus" ein, der Jugoslawien der wirtschaftlichen Durchdringung durch die Imperialisten öffnete und Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Regionen verstärkte, was den wiederaufsteigenden Nationalismus anfachte. Nach Titos Tod 1980 begann die Bürokratie entlang nationaler Linien auseinander zu brechen. Als Vorsitzender der Nationalbank förderte Slobodan Milosevic prokapitalistische „Marktreformen", und er kam 1987 in Serbien an die Macht, indem er an den „großserbischen" Chauvinismus gegen die Kosovo-Albaner appellierte. So personifizierte er die Verbindung zwischen der Restauration des Kapitalismus und dem Nationalismus. Aber in dieser Beziehung stand Milosevic nicht allein. Sein kroatischer Gegenspieler Anfang der 90er-Jahre, Franjo Tudjman, verehrte die faschistische Ustascha des Zweiten Weltkriegs, die auf der Seite der Nazis stand, während der bosnische Muslim-Führer Alija Izetbegovic (der kürzlich zurückgetreten ist) ein rabiater Nationalist und islamischer Reaktionär war, dessen „Islamische Erklärung" von 1990 die „Islamisierung" der überwiegend nichtreligiösen Muslim-Bevölkerung Bosniens forderte.

Da die Nationen und Völker Jugoslawiens einander durchdringen, besonders in Bosnien, ist jedes Bestreben, diese Region unter die Herrschaft irgendeines der Einzelvölker - Serben, Kroaten oder slawische Muslime - zu bringen, notwendigerweise unterdrückerisch gegenüber den anderen Völkern. In einer solchen Situation gibt es unter dem Kapitalismus keine demokratische Lösung der nationalen Frage. Die Selbstbestimmung eines Volkes bedeutet „ethnische Säuberung", die Vertreibung anderer Völker. Beim Auseinanderbrechen Jugoslawiens erlitt Bosnien daher einen kommunalistischen Krieg, in dem *alle Seiten Gräueltaten und „ethnische Säuberungen" verübten,* in einer Größenordnung, die von den wechselnden militärischen Kräfteverhältnissen abhing. Wir schrieben damals (*Workers Vanguard* Nr. 578, 18. Juni 1993):

> „Das liberale und radikalliberale Milieu hat sich seit neuestem der Sache des ‚armen, kleinen Bosniens' angenommen, und verschiedene Pseudolinke überschlagen sich bei dem Versuch, Argumente für die direkte oder indirekte Intervention der Imperialisten gegen die Serben auszudenken. Als Marxisten und proletarische Internationalisten beziehen wir keine Seite in dem schmutzigen nationalistischen Blutbad, das das frühere Jugoslawien auseinander gerissen und auf den Leichen der Arbeiter und Bauern aller Nationalitäten die Herrschaft des Kapitalismus aufgerichtet hat. Aber wir stellen uns gegen jede Form der imperialistischen Intervention auf dem Balkan, vom Wirtschaftsboykott gegen Serbien bis zu ‚Friedens'-truppen."

Das nationalistische Auseinanderbrechen Jugoslawiens wurde von den Imperialisten unmittelbar initiiert, insbesondere durch Deutschlands Offensive für die Unabhängigkeit Kroatiens. Die Natur der bewaffneten Konflikte änderte sich 1995 entscheidend, als die USA und Deutschland die kroatische Armee mit großen Mengen moderner Waffen ausrüsteten und Ausbildung und Berater stellten. Im größten einzelnen Akt einer „ethnischen Säuberung" während dieser Auseinandersetzungen vertrieben die kroatischen Kräfte Hunderttausende Serben aus der Krajina im Osten Kroatiens. Als die NATO wochenlange Luftangriffe startete, um die kroatische Armee und ihre bosnisch-muslimischen Verbündeten dabei zu unterstützen, die bosnisch-serbischen Kräfte in die Flucht zu schlagen, riefen wir zur militärischen Verteidigung der bosnischen Serben auf. Diese Luftangriffe und die darauf folgende NATO-Besetzung von Bosnien waren die Vorbereitung für die massive Terrorbombardierung Serbiens und des Kosovo im letzten Jahr.

Die USA haben nun endgültig Milosevic vertrieben. Aber die neue Situation verspricht kaum eine stabile imperialistische „neue Weltordnung" auf dem Balkan. Nicht nur ist die Belgrader Koalitionsregierung innerlich instabil mit

Fortgesetzt auf Seite 4



AP

Der neue „demokratische" jugoslawische Präsident Vojislav Kostunica, 1998 auf Tour durch den Kosovo, posiert mit serbisch-chauvinistischen paramilitärischen Killern

Serbische Wahlen...

Fortsetzung von Seite 3

rivalisierenden Parteien, die einander an die Kehle gehen möchten; es ist auch gut möglich, dass sich die nationalistischen Konflikte der Region verschärfen. Wo Serbien jetzt in die europäische „Völkergemeinschaft" aufgenommen wird, was wird die NATO tun angesichts der nach Lostrennung strebenden Kosovo-Albaner, die nominell immer noch Teil von Rumpf-Jugoslawien sind? Und was wird aus der Forderung nach der Unabhängigkeit von Montenegro?

Während des Sturms auf das Belgrader Parlament drückte die PDS die Besorgnis ihrer deutschen imperialistischen Herren aus: „Ein Bürgerkrieg in Serbien ist die brennende Lunte, die die gesamte Balkanregion zur Explosion bringen kann. Dies gilt es zu verhindern" (Wolfgang Gehrke, außenpolitischer Sprecher der PDS-Fraktion im Bundestag, 5. Oktober). Vor allem will die deutsche Bourgeoisie - und die PDS, die zusammen mit der SPD regieren möchte - eine Destabilisierung Russlands verhindern. Wie wir sagten: „Wofür die PDS also eintritt, ist ein Bündnis mit dem kapitalistischen Russland, damit der deutsche Imperialismus so eine unabhängigere Rolle vom US-Imperialismus spielen kann" („PDS: keine Alternative zu SPD-Kriegstreibern", *Spartakist* Nr. 140, Sommer 2000). Die sozialdemokratische PDS spielte im letzten Jahr unter der Tarnung „Stoppt den NATO-Krieg" eine Schlüsselrolle dabei, die verbreitete Opposition gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in eine alternative Strategie für den deutschen Imperialismus zu kanalisieren.

Washingtons serbische Nationalisten

Kostunicas Demokratische Partei Serbiens, jetzt der Kern des neuen Belgrader Regimes, ist die Stimme der neuen kapitalistischen Klasse, die in Serbien entstanden ist. Die Oppositionsplattform - entworfen von der Gruppe G17-Plus, von den Imperialisten finanzierte serbische Ökonomen - ist ein Plan für die Bereicherung der serbischen Bourgeoisie, während der Arbeiterklasse die Austeritätsmaßnahmen reingewürgt werden. Die Platform ruft zur schnellen Privatisierung der nationalisierten Unternehmen auf, zur Aufhebung der Preiskontrollen, zur Unterordnung des Landes unter den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank und zur Einführung eines „dualen Währungssystems", mit dem die D-Mark eine offizielle Währung wird.

Kostunica behauptet Berichten zufolge, dass er sich in der Tradition westeuropäischer konservativer Parteien wie der französischen Gaullisten und der britischen Tories sieht. Aber in einem zerstörten Land wie Serbien, unter dem Stiefel der imperialistischen Vorherrschaft, gibt es selbst für die äußere Aufmachung einer parlamentarischen Demokratie kaum Spielraum. Die aus 18 Parteien bestehende Demokratische Opposition hat den offiziellen Segen der serbisch-orthodoxen Kirche und des in London geborenen Prinzen Alexander, Sprössling der Monarchie aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, der gestern nach Belgrad zurückkehrte. Die prominenteste Figur in der Koalition, Zoran Djindjiæ, betrieb Mitte der 90er-Jahre in Bosnien eine Kampagne für Radovan Karadziæ, den Führer der serbischen paramilitärischen Kräfte, die mörderische „ethnische Säuberungen" an bosnischen Muslimen durchführten. Eine weitere Schlüsselkomponente in der neuen herrschenden Koalition ist die Serbische Erneuerungsbewegung von Vuk Draskovic, der sich auf die ultranationalistischen Tschetnik-Monarchisten vor dem Zweiten Weltkrieg beruft.

Auch Kostunica war ein begeisterter Anhänger von Karadzic. In einem Interview mit dem Internet-Magazin REDS vom 6. Oktober berichtet der italienische Journalist Andrea Ferrario, dass Kostunica das Massaker an 7000 bosnischen Muslimen 1995 in Srebrenica als einen „Akt der Selbstverteidigung" rechtfertigte. Ferrario fügt hinzu: „Er steht der serbischen Kirche sehr nahe und hat über die Jahre gute Verbindungen mit dem monarchistischen Milieu aufrechterhalten." Kostunica ging 1974 in Opposition zum Tito-Regime, weil eine vorgeschlagene neue Verfassung dem überwiegend albanischen muslimischen Kosovo eine verstärkte Autonomie garantierte. Vor zwei Jahren ließ er sich mit einem Sturmgewehr in der Hand fotografieren, während er zur Unterstützung der pogromistischen serbischen paramilitärischen Banden durch den Kosovo tourte.

Das also sind die Führer der „demokratischen Revolution", bejubelt von westlichen imperialistischen Sprechern, als deren Echo ein ganzes Aufgebot opportunistischer Linker antritt. So bejubelte die reformistische britische Socialist Workers Party (SWP) des verstorbenen Tony Cliff „Serbiens Revolution" in einem Artikel, der die imperialistischen Truppen auf dem Balkan nicht einmal erwähnt, ganz zu schweigen davon, dass er ihren Abzug fordern würde *(Sodalist Worker*, 14. Oktober). Der SWP auf dem Fuße folgt ihre deutsche Schwesterorganisation Linksruck, in deren Artikel „Serbien - Revolution in Europa" *(Linksruck* Nr. 96,18. Oktober) die Imperialisten nur als „ausländische Investoren" beschönigende Erwähnung finden! Die französische Zeitung der Cliff-Anhänger, *Socialisme par en bas* (Oktober 2000), überschrieb einen Artikel mit „Otpor!" (Widerstand). Otpor ist die studentische Oppositionsgruppe, die eine Speerspitze der Proteste gegen Milosevic war und von der *die New York Times* (15. Oktober) schreibt, sie sei „überschwemmt mit Geldern von westlichen Hilfsgruppen und Regierungen".

Die rechtszentristische britische Gruppe Workers Power (WP - in Deutschland Gruppe Arbeitermacht, GAM) schwärmte ebenfalls begeistert über „eine gewaltige populäre Revolution" (WP Website, 10. Oktober). Nur wenige Tage bevor Kostunica von NATO-Führern bei einer Sitzung der Europäischen Union gefeiert wurde, beteuerte WP, Kostunica „hat sich nicht als offenes Werkzeug der Nato angeboten", während ein Artikel, der vor Milosevics Sturz geschrieben worden war, behauptete: „Kostunica erhielt nie die offene Unterstützung der imperialistischen Mächte"

(*Workers Power*, Oktober 2000). Das ist eine groteske Vertuschung.

Der Spiegel (9. Oktober) berichtete, dass die Entscheidung, Kostunica als den gemeinsamen Oppositionskandidaten zu präsentieren, den sich bekriegenden Oppositionsführern bei einer Versammlung aufgezwungen wurde, die US-Außenministerin Madeleine Albright und der grüne Außenminister Joschka Fischer während eines G8-Gipfeltreffens im Dezember in Berlin einberufen hatten. Einen Monat vor der Wahl errichteten die USA in ihrer Botschaft in Budapest ein Büro, um die Kampagne der Opposition zu koordinieren und an die 30 Millionen US-Dollar nach Serbien einzuschleusen.

Die „gewaltige populäre Revolution" wurde in Wirklichkeit angeführt von einer kleinen Gruppe um den Cacaker Bürgermeister Velimir Iliæ, der Teil einer serbischen Delegation war, die letztes Jahr von hohen US-Beamten in Washington empfangen wurde. Iliæ, der eng mit Milosevicfeindlichen Elementen in den staatlichen Sicherheitskräften zusammenarbeitet, organisierte eine Bande paramilitärischer Schläger und Skinheads als Speerspitze beim Angriff auf das Parlament. Am 4. Oktober, während Iliæ den Konvoi nach Belgrad organisierte, traf sich der Otpor-Führer Slobodan Hörnen in Budapest mit William Montgomery, dem US-Botschafter für Jugoslawien, der damals in der Budapester Botschaft residierte, um die Pläne für den entscheidenden Angriff durchzugehen.

Pseudolinke Trommler für den Imperialismus

Der politische Leitstern für Gruppen wie Workers .Power/GAM und SWP/Linksruck ist nicht das Klasseninteresse des internationalen Proletariats, sondern der Druck ihrer eigenen Bourgeoisie, wie er sich durch die Brille der proimperialistischen Arbeiterbürokratie und der kleinbürgerlichen „öffentlichen Meinung" widerspiegelt. Insbesondere sind die SWP und WP im Schlepptau von Blairs Labour-Regierung in Britannien - historisch eine Schlüsselmacht auf dem Balkan -, die eine der fanatischsten Kräfte in der imperialistischen Anti-Milosevic-Koalition ist. Die Anti-NATO-Rhetorik der SWP während des Krieges 1999 war Ausdruck ihrer Opposition zu den Interessen des *amerikanischen* Imperialismus; so unterschrieb der SWP-Sprecher Alex Callinicos eine Erklärung gegen die *US-dominierte* NATO-Allianz zugunsten einer Intervention unter Schirmherrschaft der von den *europäischen Imperialisten* geführten Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (*New Statesman*, 10. Mai 1999).

Die Gruppe Linksruck lief im Schlepptau der Interessen der deutschen Bourgeoisie via der kapitalistischen SPD/ Grünen-Regierung, die sie gewählt hatte. Auch sie waren gegen den „NATO-Krieg", aber keineswegs gegen die Kriegsziele ihrer eigenen Bourgeoisie, sie schlugen nur dem Kriegsminister andere Methoden vor: „Scharping gibt jetzt 600 Millionen Mark für Bomben aus, 18 für Hilfsmaßnahmen. Mit diesen 600 Millionen hätte er der Arbeiter- und Studentenopposition helfen sollen" (*Linksruck* Nr. 68, 13. April 1999). Genau das, was Linksruck damals forderte, haben die Imperialisten jetzt getan bei ihrem Bestreben, den Balkan für ihre Zwecke zu „befrieden".

Was Workers Power betrifft, so sind sie seit langem eine schrille Stimme im Chor über das „arme kleine Kosovo". Zusammen mit einer Reihe anderer pseudotrotzkistischer Gruppen in Britannien schloss sich WP 1993 der Kampagne „Workers Aid for Bosnia" [Arbeiterhilfe für Bosnien] an - die Hand in Hand mit den UN-„Friedenstruppen" arbeitete - und rief auf zur „Solidarität mit den bosnischen Muslimen!" Mit diesem Aufruf stellte sich WP direkt in den Dienst des Izetbegovic-Regimes - dessen Kräfte islamische Fundamentalisten aus dem ganzen Nahen Osten einschlössen - und seiner imperialistischen Paten. Als die imperialistische Kriegspropaganda gegen die Serben in NATO-Bomben überging, brachte Workers Power am 5. September 1995 eine Erklärung heraus, die unverblümt verkündete: „In dem Krieg zwischen der NATO und der Republica Srpska [der bosnischen ‚Serbischen Republik'] beziehen Revolutionäre weiterhin eine revolutionär-defätistische Position auf beiden Seiten" (siehe „Chickens Come Home to Roost over Balkans Betrayal" [Ihr Verrat zum Balkan geht als Schuss nach hinten los], *Workers Hammer* Nr. 148, November/Dezember 1995). Das war eine offene Zurückweisung des elementaren leninistischen Prinzips der militärischen Verteidigung einer kleinen Nation oder eines halbkolonialen Volkes gegen imperialistische Angriffe.

Die NATO-Terrorbombardierung im letzten Jahr wurde im Namen der Verteidigung des „armen kleinen Kosovo" durchgeführt. Auch hier sang Workers Power wieder nach der Melodie der imperialistischen Kriegspropaganda: Sie unterstützten die UCK-Hilfstruppen der NATO-Imperialisten, verschafften offenen Pro-NATO-Sprechern aus dem Kosovo eine Plattform bei einer Londoner öffentlichen Veranstaltung und beteiligten sich im April 1999 in London an einer Demonstration für „Arbeiterhilfe für Kosovo", bei der albanische Flaggen und NATO-Fahnen geschwenkt und Losungen getragen wurden wie „NATO: Viel Glück!".

Die amerikanische ISO (International Socialist Organization, verbunden mit der britischen SWP und Linksruck), die eher an pazifistische Liberale appellierte, bekniete die amerikanische herrschende Klasse mit Losungen wie „Stoppt die Bombardierungen" und jammerte idiotisch: „NATO-Bomben bringen keinen Frieden". In keinem einzigen ihrer Artikel vor und nach dem Luftkrieg riefen diese PseudoSozialisten auch nur ein einziges Mal zur militärischen Verteidigung Serbiens auf! Die ISO lamentierte, dass die „riesigen Summen, die mit der Bombardierung Serbiens vergeudet werden, dazu benutzt werden könnten, viele der eigentlichen Ursachen für die Konflikte auf der Welt zu beseitigen" (*Socialist Worker* [US], 9. April 1999). Die eigentliche Ursache von Kriegen ist das *System des Imperialismus.*

Die ISO-Reformisten verbreiten die Illusion, dass dieses System irgendwie geändert werden kann, indem man die Herrscher der habgierigsten imperialistischen Macht auf der Welt drängt, ihre Prioritäten zu ändern. Aber Imperialismus ist keine „Politik", die menschlicher gemacht werden kann. Wie Lenin erklärte, ist Imperialismus „das höchste Stadium des Kapitalismus": ein System, das auf der schonungslosen Ausplünderung der kolonialen und halbkolonialen Welt beruht, auf drückender Ausbeutung des Proletariats im eigenen Land, und auf einem ständigen Kampf zwischen den Hauptmächten um Märkte und Ausbeutungssphären, der unweigerlich neue Kriege hervorbringt, um die Welt neu aufzuteilen. Der einzige Weg, um die Kriegsgefahr zu beenden, ist internationale proletarische Revolution.

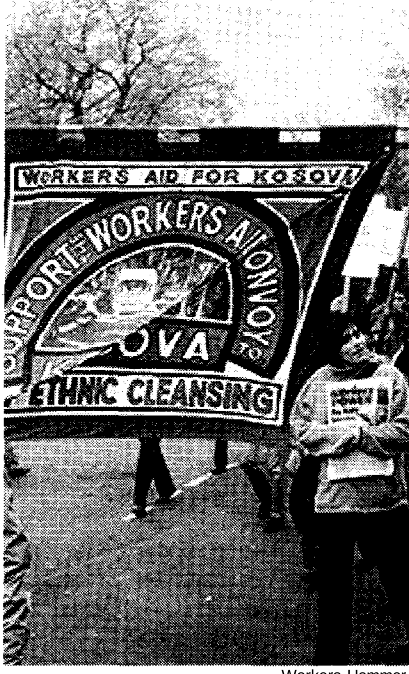
Imperialisten - Hände weg vom Balkan!

Die demütige Verneigung der Pseudolinken vor den imperialistischen Herrschern ist das Ergebnis davon, dass sie jahrelang im Namen von „Demokratie" und „Menschenrechten" im Schlepptau des antikommunistischen Kalten-Kriegs-Kreuzzugs gegen die Sowjetunion marschierten. Und besonders seit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 kamen die aggressivsten Forderungen nach imperialistischer Intervention aus Kreisen der Pseudolinken und Liberalen. Der liberale Kolumnist Anthony Lewis griff kürzlich George W. Bush, Präsidentschaftskandidat der Republikaner, dafür an, zu zögerlich über Interventionen im Ausland zu sein, und behauptete: „Wenn die Vereinigten Staaten nicht in Bosnien und später im Kosovo interveniert

Fortgesetzt auf Seite 6



Workers Vanguard





Workers Hammer

ISO (links) lehnte Verteidigung Serbiens gegen NATO ab, verbreitete dümmlichen Pazifismus. WP (Mitte) heulte mit den Imperialisten über „armes kleines Kosovo", marschierte in London 1999 Seite an Seite mit „NATO-Viel-Glück"-Plakaten. Rechts: SpAD bei Antikriegsprotest März 1999: „Verteidigt Serbien gegen imperialistische Angriffe!"



Spartakist

Serbische Wahlen...

Fortsetzung von Seite 5

hätten... Slobodan Milosevic" wäre immer noch in Belgrad an der Macht" *(New York Times, 1.* Oktober). Und Robert Kaplan von der New America Foundation, in der es Liberale und Clinton-Anhänger gibt, rechtfertigte Washingtons flagrante Einmischung im Balkan - „ein natürliches Gebiet für unsere Expansion" - in der *New York Times* (6. Oktober):

> „Präsident Clinton und Ministerin Madeleine Albright verdienen Anerkennung für die Anwendung des realistischen Prinzips, nach dem Macht zur Geltung gebracht werden muss als eine Vorbedingung für die Ausbreitung von Werten. In den 30er-Jahren waren es die Nazis, die auf dem Balkan militärischen Druck ausübten und lokale politische Parteien unterstützten mit Geld, Geheimdienststätigkeit, Druckerpressen und anderer Hilfe. Es verwundert nicht, dass damals faschistische Ideale im Aufstieg waren.
>
> Wir sollten uns nicht vormachen, dass die Ausbreitung offener Gesellschaften auf dem Balkan und anderswo notwendigerweise eine natürliche Entwicklung ist: Es ist direktes Resultat der Ausdehnung amerikanischer imperialer Autorität."

Wie diese Erklärung zeigt, spielt heute der Ruf nach „Menschenrechten" als Rechtfertigung für imperialistischen Krieg die gleiche Rolle wie die rassistische „Bürde des weißen Mannes" für chauvinistische Reaktionäre vor einem Jahrhundert.

Die massive Intervention der imperialistischen Mächte um die serbischen Wahlen herum war begleitet von dem, was die *Washington Post* (19. September) „eine globale Verschiebung von Kräften, um die US-Militär-Präsenz auf dem Balkan zu stützen", nannte. Im Zentrum dieser Schritte stand für den Fall, dass Milosevic sich weigern würde zurückzutreten, der Plan, in Montenegro zu intervenieren nach einer Abtrennungserklärung des montenegrinischen Regimes von Milo Djukanovic, einem früheren Schwarzmarkthändler und kleinen Ganoven. Als Vorbereitung für diesen Plan wurde in Montenegro eine spezielle 20000 Mann starke Militäreinheit aufgebaut, geführt von britischen und kroatischen Offizieren. Zwei Tage nach den serbischen Wahlen hielten US- und kroatische Truppen gemeinsame Manöver in der Adria ab und Washington verlegte eine Flugzeugträger-Gefechtsformation aus dem Persischen Golf.

Gleichzeitig manövrieren sowohl die USA als auch die verschiedenen europäischen Mächte fieberhaft, um ihren eigenen nationalen Einfluss auszuweiten und ihre jeweiligen Rivalen zu umgehen. Deutsche Diplomaten waren die Ersten, die Kostunica nach seiner Amtsübernahme begrüßten. Tage später war der französische Außenminister in Belgrad und machte Werbung für die historischen Bindungen seines Landes zu Serbien. Und am 12. Oktober war Premierminister Amato aus Italien - das Land, das letztes Jahr vor der US-geführten Bombenkampagne zurückschreckte und nie seine Botschaft in Belgrad schloss - der erste ausländische Regierungschef, der Kostunica besuchte.

Wir haben schon früher gesagt, dass mit der Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und der früheren Sowjetunion die Welt zunehmend so aussieht wie in den Jahren vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914. Erinnert euch, dass es gegensätzliche imperialistische Ziele auf dem Balkan waren, die das weltweite Schlachten entzündeten. Und es war die russische Oktoberrevolution von 1917, geführt von der bolschewistischen Partei Lenins und Trotzkis, die Russland aus diesem Krieg herausnahm und für das Proletariat international zum Leuchtfeuer wurde.

Wenn imperialistisches Gemetzel nicht das fortdauernde Schicksal der Menschheit sein soll, muss der Kapitalismus durch proletarische Revolution weggefegt werden. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft dafür, Trotzkis Vierte Internationale wiederzuschmieden, die Weltpartei der sozialistischen Revolution, um den Kampf für neue Oktoberrevolutionen auf der ganzen Welt zu führen.

Adaptiert nach Workers Vanguard *Nr. 744, 20. Oktober*

Verteidigt Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 12

an den Kurden. Die nationale Befreiung des kurdischen Volkes erfordert proletarische Revolution in all den kapitalistischen Staaten, die es unterdrücken - Türkei, Iran, Irak, Syrien -, und die Errichtung der Sozialistischen Republik Vereinigtes Kurdistan. In unserem Kampf für den Aufbau einer multiethnischen revolutionären Arbeiterpartei, die die Arbeiterklasse zum Sturz des deutschen Imperialismus führen wird, stehen wir unerbittlich gegen jede Form von nationaler Unterdrückung, Antisemitismus und Rassismus.

---

17. Oktober - Die israelischen Raketenangriffe der letzten Woche auf Städte des Westjordanlandes und auf den Amtssitz des Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) Jassir Arafat in Gaza unterstreichen das, was ohnehin offensichtlich ist: Die besetzten Gebiete sind das Schlachtfeld in einem Terrorkrieg gegen die Palästinenser. Innerhalb der „Grünen [Demarkationslinie", der Grenze vor dem Krieg von 1967, sind mehr als eine Million Palästinenser, die nominell israelische Staatsbürger sind, demselben Belagerungszustand unterworfen, der in den besetzten Gebieten schon lange die Norm ist - dabei werden arabische Städte und Dörfer vollständig abgeriegelt; gleichzeitig tobt ein pogromistischer Mob durch Nazareth, Tel Aviv und Jerusalem und grölt „Tod den Arabern!" Doch unerschrockene palästinensische Jugendliche, mit kaum mehr als Steinen und Schleudern bewaffnet, leisten gegen den zionistischen Staat weiterhin Widerstand.



Workers Vanguard

Kontingent der Spartacist League/U.S. bei Demonstration zur Verteidigung der Palästinenser, 14. Oktober in San Francisco

Unmittelbar nachdem US-Präsident Clinton bei seinem Treffen mit Arafat und dem israelischen Premierminister Ehud Barak in Ägypten ein vages Abkommen zur „Beendigung der Gewalt" angekündigt hatte, erschossen israelische Truppen einen weiteren Palästinenser. Selbst Arafats Wunsch nach einer „Untersuchungskommission" der UNO zu den Morden wurde zurückgewiesen - dabei ist es eine klare Tatsache, dass von den mehr als 100 Getöteten bis auf eine Hand voll alle Palästinenser sind, viele von ihnen Minderjährige und Kinder, denen durch Kopf oder Brust geschossen wurde. Stattdessen gibt es eine „Untersuchung" unter der Führung von Israels amerikanischem Geldgeber.

Während israelische Panzer durch arabische Städte des Westjordanlandes donnern, ist selbst die Fassade einer palästinensischen „Autonomie" zerfetzt. Barak hat jetzt eine Regierung des „nationalen Notstands" gefordert, die auch den Führer der Likud-Opposition Ariel Scharon einbeziehen soll, den ultrachauvinistischen Schlächter, der das Massaker und die jetzt so genannte „Al-Aksa-Intifada" ausgelöst hat mit seiner Provokation vom 28. September an der Al-Aksa-Moschee auf Ostjerusalems Haram al-Sharif (Tempelberg), der drittheiligsten Stätte des Islams. Israels Herrscher sind vollkommen in der Lage, ein Massaker an palästinensischen Arabern von wirklich völkermörderischem Ausmaß anzurichten. *Verteidigt das palästinensische Volk! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten, sofort!*

Als die moslemische Schiiten-Miliz Hisbollah im Südlibanon drei israelische Soldaten gefangen nahm und das Angebot machte, sie gegen Gefangene in Israels Gefängnissen auszutauschen, drohte Barak damit, nicht nur den Libanon zu bombardieren, sondern auch Syrien, das er zum „Hauptverantwortlichen" erklärte. Während die arabischen kapitalistischen Regime ohnmächtig für ein Ende der Gewalt appellieren, gab es in moslemischen Länder von Indonesien bis Nordafrika in Solidarität mit den bedrängten Palästinensern riesige Proteste - die allerdings oft von antijüdischem Fanatismus durchsetzt waren. So gab es letzte Woche eine Demonstration von einer halben Million Menschen in Marokko, das lange Zeit einer von Israels

Fortgesetzt auf Seite 8



AP

UN-„Friedenstruppen" im Libanon. Alle US/UN-Truppen raus aus dem Nahen Osten! Nieder mit der antipalästinensischen „Pax Americana"!

Verteidigt Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 7

Hauptverbündeten in der arabischen Welt war. In Jordanien und Syrien schlug die Polizei wiederholt Demonstranten zurück, die versuchten die israelische und amerikanische Botschaft zu stürmen. Derweil kam es in Frankreich zu einer Welle abscheulicher antisemitischer Anschläge auf Synagogen, die möglicherweise auf das Konto einheimischer Faschisten gehen.

Bei ihrem mörderischen Bemühen, die palästinensisch-arabische Bevölkerung in die Knie zu zwingen, sind die kapitalistischen Herrscher Israels bereit, den ganzen Nahen Osten in eine blutige Feuersbrunst hineinzuziehen. Sie sehen sich im Krieg mit der gesamten arabischen Welt und sie sind mit Hunderten von Atombomben bewaffnet. Und hinter ihnen steht ein weit mächtigerer und gefährlicherer Feind der Völker der Welt: der amerikanische Imperialismus. Während Amerikas Herrscher von Clinton und Göre bis Bush kaum Notiz nehmen von den Palästinensern, die aus den von den USA gelieferten Panzern und Apache-Hubschraubern erschossen werden, benutzen sie den Tod von 17 Matrosen an Bord der USS *Cole* - die zu der Flotte gehört, die das Embargo gegen den Irak durchsetzt und die Interessen der USA in der ölreichen Region verteidigt - zu einem chauvinistischen Kriegsgeschrei nach imperialistischer Vergeltung. Gegen wen? Washingtons bevorzugter „Paria-Staat", Saddam Husseins Irak, ist bereits das Opfer fast täglicher Terrorbombardierungen durch die USA und Britannien und auch des UN-Embargos, das etwa 1,5 Millionen Menschen getötet hat, zum größten Teil Ältere und Kinder unter fünf.

Das Massaker an palästinensischen Jugendlichen im Westjordanland, in Gaza und in Israel sowie das Verhungernlassen von Kindern im Irak, das ist die amerikanisch-dominierte „Neue Weltofdnung" im Nahen Osten. Die US-Imperialisten, die islamische Fundamentalisten wie die palästinensische Hamas und die libanesische Hisbollah als die Terroristen der nachsowjetischen Welt brandmarken, haben in den 80er-Jahren deren Anwachsen gefördert, indem sie die antisowjetischen, frauenfeindlichen „Heiligen Krieger" (Mudschaheddin) in Afghanistan unterstützten als Teil des Kalten Krieges gegen die UdSSR.

In ihrer Verzweiflung, der Schlächterei ein Ende zu setzen, bitten palästinensische Demonstranten in Australien um ein Eingreifen der imperialistischen Regierungen, während eine Erklärung von Aktivisten für die Rechte der Palästinenser in Jerusalem ebenfalls „internationalen Schutz" unter der Schirmherrschaft der UNO fordert. Die UNO ist ein Werkzeug der imperialistischen Räuberbarone und Schlächter, von der Oberaufsicht über die zionistische Teilung Palästinas 1948 bis zur Entwaffnung palästinensischer Kämpfer im Libanon 1982 - was den Weg bereitete für das Massaker an mindestens 2000 Palästinensern in den Flüchtlingslagern von Sabra und Schatila durch Scharons Killer - bis zu imperialistischem Abschlachten und Aushungern der Iraker. *Alle imperialistischen Streitkräfte der USA, Britanniens und der UNO raus aus dem Nahen Osten! Nieder mit der Bombardierung und der Hungerblockade des Irak!*

Palästinenser rebellieren gegen „Pax Americana"

Israelische (und amerikanische) Regierungsvertreter befahlen arroganterweise Arafat, „die Gewalt zu beenden", als ob er die Proteste gegen den israelischen Terror wie bei einem Wasserhahn auf- und zudrehen könnte. In Wirklichkeit handelt es sich hier um einen spontanen Volksaufstand nicht nur gegen die zionistische Besatzungsmacht, sondern auch gegen Arafats Zusammenarbeit mit dem zionistischen Staat und dessen Schutzgroßmacht, dem amerikanischen Imperialismus. Einer der palästinensischen Jugendlichen, der unerschrocken israelischen Panzern und Kampfhubschraubern in Bethlehem die Stirn bot, ein 17-jähriges Mitglied der Tansim-Gruppe, die nominell unter der Kontrolle von Arafats Fatah steht, der führenden Kraft in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), erklärte: „Die Israelis glauben, dass Arafat uns wie Marionetten steuert. Doch wir sind eine selbstständige Kraft."

Als Arafat nach der Unterzeichnung des „Friedensabkommens" zwischen Israel und der PLO vor sieben Jahren dem israelischen Premierminister Jitzak Rabin auf dem Rasen des Weißen Hauses die Hand gab, jubelten die Liberalen über die Aussicht auf einen dauerhaften Frieden. Wir verurteilten diese antipalästinensische „Pax Americana" als einen „grotesken Handel über den Kopf des unterjochten palästinensischen Volkes hinweg" und warnten, dass die PLO „den Job übernehmen wird, die palästinensischen Massen unter Kontrolle zu halten", und dass sie deren nationale Unterdrückung besiegeln würde. Wir fügten hinzu: „Durch ihr Handeln hat die PLO fundamentalistische Reaktionäre wie Hamas dazu eingeladen, sich als die einzigen Kämpfer gegen die zionistische Besatzung hinzustellen" („Israel-PLO Deal for Palestinian Ghetto" [Deal von Israel und PLO für Palästinenser-Ghetto], *WV* Nr. 583, 10. September 1993).

Als die zionistischen Herrscher und ihre imperialistischen Schutzherren Arafat einspannten, nahmen sie an, dass die palästinensischen Massen jegliche in Washington ausgehandelten Bedingungen widerstandslos akzeptieren würden und dass es den von der CIA ausgebildeten PA-Sicherheitskräften ohne weiteres gelingen würde, mit irgendwelchen islamisch-fundamentalistischen Fanatikern oder nationalistischen Hardlinern fertig zu werden. (Israel feuerte Raketen auf Arafats Amtssitz und nicht auf das PA-Hauptquartier, aus Furcht, CIA-Chef George Tenet könnte sich dort im Rahmen seiner „Friedens"mission aufhalten.)

Jetzt ist diese arrogante Selbsttäuschung zerborsten. Wie der junge Tansim-Kärnpfer in Bethlehem erbittert ausrief: „Der Frieden ist eine einzige große Lüge." Der palästinensisch-amerikanische Rechtsanwalt Michael Tarazi schrieb in einem Artikel der *Washington Post* (11. Oktober):

„Nach einem siebenjährigen ‚Friedensprozess' sind die Palästinenser jetzt tatsächlich schlechter dran als vor Oslo. Wir haben das Existenzrecht Israels anerkannt (und dafür keine solche gegenseitige Anerkennung von Israel erhalten), wir haben die Anstoß erregenden Klauseln aus unserer nationalen Verfassung gestrichen, wir blieben ruhig und folgsam, um Ehud Baraks Wahl zum Premierminister zu ermöglichen, wir sprangen durch jeden israelischen und amerikanischen Reifen, den man vor uns hinhält, als wären wir abgerichtete Zirkustiere, und was erhielten wir dafür? Fünfzigtausend weitere Siedler im Westjordanland und in Gaza, fortgesetzte Landenteignung, die Einschnürung des arabischen Ostjerusalems durch jüdische Siedlungen, jüdische Expansion in Jerusalems moslemisches Viertel (ohne ein entsprechendes Recht für Moslems, im jüdischen Viertel zu leben), zunehmende Reisebeschränkungen, unerbittliche ‚Sicherheits'-Verwahrung und Folter, völlige wirtschaftliche Abhängigkeit von Israel."

Die Bedingungen, unter denen die recht große arabische Bevölkerung innerhalb Israels lebt, sind kaum besser. Die europäisch-stämmige Aschkenasi-Elite herrscht über die israelische Gesellschaft, während die verarmten sephardischen Juden (die aus dem Nahen Osten und Nordafrika auswanderten) behandelt werden wie „poor white trash" [„armes weißes Gesindel"] im amerikanischen Süden; und die Araber sind bestenfalls Bürger dritter Klasse. Die zehn israelischen Gemeinden mit der höchsten Arbeitslosenrate sind alle arabisch, und 40 Prozent der arabischen Familien leben unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, Zehntausende davon in Hüttenlagern in der Wüste Negev. In den Wochen vor dem jüngsten Ausbruch der Gewalt, berichtet die Tel Aviver Universitätsgelehrte Tanja Reinhart, „waren die israelischen Palästinenser Opfer bösartiger Angriffe, und immer mehr beklagen sich Stimmen in den Medien (wie immer von oben inszeniert) darüber, dass sie doch zu viele Rechte hätten und Israel gegenüber nicht ‚loyal' seien" (*Mid-East Realities*, Oktober 2000).

Die Herrscher von Washington und Wall Street fürchten, die gegenwärtige Krise in Israel/Palästina könnte die ganze Region destabilisieren. Sie sahen in dem Israel-PLO-Abkommen das Kernstück der nachsowjetischen „Neuen Weltordnung" im ölreichen Nahen Osten, einer Gegend, die in ihrer Geschichte immer wieder von explosiven nationalen Konflikten und interimperialistischen Rivalitäten heimgesucht wurde. Dieses Abkommen ist nun völlig gescheitert, und ein besorgter Leitartikel in der *New York Times* (10. Oktober) kommentiert:

> „Antiisraelische Krawalle in Jordanien und Ägypten drohen den Frieden, den beide Länder mit Israel geschlossen haben, auf Eis zu legen oder sogar zu zerrütten. Jordanien mit seiner großen palästinensischen Bevölkerung könnte mit schweren inneren Unruhen konfrontiert sein. Ein solches Klima der Konfrontation und Instabilität wäre wie maßgeschneidert, um von Saddam Hussein ausgenutzt zu werden, und könnte sowohl Irak als auch Iran dazu verleiten, ihre Ölexporte auf einem angespannten internationalen Energiemarkt zu einem größtmöglichen politischen Vorteil zu manipulieren."

Wie auch immer die gegenwärtige Krise ausgehen wird, sie enthüllt doch einige wichtige Wahrheiten über die heutige Welt. Zunächst einmal ist der amerikanische Imperialismus trotz all seines scheinheiligen Eintretens für „Frieden" und „Menschenrechte" die Hauptagentur zur Durchsetzung mörderischer nationaler Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung im Nahen Osten und in der ganzen Welt. Der US-Imperialismus ist jedoch *nicht* allmächtig; er kann nicht die Bedingungen einer „Neuen Weltordnung" im Nahen Osten oder anderswo nach Belieben diktieren. Aber während der rebellische Mut palästinensischer Jugendlicher für den Augenblick Washingtons Pläne durchkreuzt hat, erfordert die Niederringung des US-Imperialismus ein *proletarisch-revolutionäres Programm*, das in der Lage ist, mächtige Kräfte über die Grenzen von Israel/Palästina hinaus zu mobilisieren.

Das bedeutet vor allem, für Arbeiterrevolutionen in den imperialistischen Kernländern zu kämpfen, hauptsächlich in den USA. Die Internationale Kommunistische Liga, deren US-Sektion die Spartacist League ist, kämpft für die Schmiedung der proletarischen Avantgardeparteien, die notwendig sind, um die Arbeiter zur Eroberung der Staatsmacht und zur Enteignung der imperialistischen Bourgeoisien zu führen. Wir Trotzkisten, die für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion, eines bürokratisch degenerierten Arbeiterstaates, kämpften, warnten davor, dass die konterrevolutionäre Zerstörung der UdSSR 1991/92 zu einer viel gefährlicheren Welt mit nur „einer Supermacht" führen werde. Diese welthistorische Niederlage für das internationale Proletariat war das unmittelbare Vorspiel für die antipalästinensische Pax Americana. Solange die Sowjetunion als ein Gegengewicht zum US-Imperialismus existierte, konnten kleinbürgerliche Nationalisten wie die PLO und halbkoloniale („Dritte-Welt"-)Bourgeoisien zwischen den beiden „Supermächten" manövrieren, um Vorteile herauszuschlagen. Dies ist nicht länger möglich.



AP

Palästinensische Frauen protestieren in Flüchtlingslager im Südlibanon, 2. Oktober. Islamische Fundamentalisten von Hamas, Hisbollah sind tödliche Feinde von Frauenrechten

Israel: Todesfalle für Juden

Baraks Vorwand für die Raketenangriffe auf palästinensische Städte war die Tötung zweier israelischer Soldaten durch einen aufgebrachten Mob in Ramallah, der sie aus dem örtlichen Gefängnis herausgeholt hatte, wohin sie zu ihrer Sicherheit von palästinensischen Bullen gebracht worden waren. Wenn kleine arabische Kinder kaltblütig von zionistischen Truppen mit automatischen Gewehren und panzerbrechenden Waffen getötet werden, wird von den „verantwortungsbewussten" Medien berichtet, sie seien „im Kreuzfeuer gestorben". Aber der Tod zweier israelischer Soldaten, die verdächtigt wurden, der Todesschwadron einer Untergrundarmee anzugehören, wurden von israelischen und westlichen Medien und Regierungssprechern einhellig als „barbarisch", „Ekel erregend" und „schreckliches und abscheuliches Lynchen" gebrandmarkt. Waren die jüdischen Kämpfer im Warschauer Ghetto „barbarisch" und „abscheulich", als sie jeden deutschen Soldaten und

Fortgesetzt auf Seite 10



AFP

Zivile Gebäude im Irak, dem Erdboden gleichgemacht durch US-Kampfflieger 1999. Imperialistische Terrorbombardierung und Hungerblockade werden seit Golfkrieg 1990/91 fortgesetzt

Verteidigt Palästinenser...

Fortsetzung von Seite 9

Kollaborateur „lynchten", dessen sie habhaft werden konnten?

Der massive Angriff auf palästinensische Städte und Dörfer, um den Tod zweier Soldaten zu rächen, erinnert an die „Operation Reinhard" der Nazis, die 1942 die gesamte tschechische Stadt Lidice dem Erdboden gleichmachten und tschechische Juden in die Todeslager deportierten, um den Anschlag zu rächen, der Gestapo-Chef Reinhard Heydrich erledigte. Und während die Tötung eines ultra-orthodoxen zionistischen Fanatikers aus Brooklyn massenweise händeringende Kommentare in der amerikanischen Presse hervorrief, wurde kaum ein Wort über das Pogrom geschrieben, das seine klerikalfaschistischen „Siedler"-Brüder nach der Beerdigung starteten, als sie wahllos arabische Anwohner nicht mit Steinen, sondern mit automatischen Gewehren angriffen. Der islamistische Bürgermeister der israelisch-arabischen Stadt Umm al-Fahm, der selber von einem Gummimantelgeschoss im Gesicht getroffen wurde, prangerte die israelischen Bullen und Armeeeinheiten an, sie würden sich aufführen, „wie die Gestapo seinerzeit die Juden in Deutschland behandelt hat"; gleichzeitig verbrannten Demonstranten anderswo ein Bild von Barak mit der Aufschrift „Hitler von Israel".

Das Geschrei „Tod den Arabern!", das pogromistische Banden in Tel Aviv und Jerusalem erheben, bringt das völkermörderische Programm zum Ausdruck, das im Zionismus wie in jedem Nationalismus angelegt ist. Die Forderung nach „Umsiedlung" - Vertreibung aller Palästinenser aus den besetzten Gebieten - wird schon lange von Kräften geäußert, die der Mitte näher stehen als dem ultra-orthodoxen „Siedler"-Pack und faschistischen Vereinen wie den „Tempelberggläubigen", die den Plan haben, Al Aksa in die Luft zu sprengen und einen „Heiligen Krieg" gegen alle Moslems anzuzetteln. Jetzt, wo Proteste der Palästinenser innerhalb Israels ein noch nie da gewesenes Ausmaß erreichen, richtet sich eine zunehmende chauvinistische Hysterie auch gegen sie. Die zionistischen Reaktionäre, die sich nach einem „Heiligen Krieg" sehnen, sollten sich besser daran erinnern, dass fünf Millionen israelische Juden etwa 200 Millionen arabischen Nachbarn gegenüberstehen und einer weltweiten moslemischen Bevölkerung von einer Milliarde. Was Leo Trotzki am Vorabend des Nazi-Holocaust schrieb, gilt heute genauso: *Israel ist eine Todesfalle für das jüdische Volk!*

Das Spiegelbild zur zionistischen Reaktion sind die islamischen Fundamentalisten, die „Tod den Juden!" schreien. Ein moslemischer Geistlicher in Gaza erklärte: „Es ist Zeit für alle Juden, die nicht hierher gehören, die aus Europa und anderen Ländern gekommen sind, nach Hause zu gehen." Der französische Kolonialismus zum Beispiel wurde schließlich 1962 aus Algerien vertrieben, durch einen Zermürbungskrieg, der einer Million Araber und Berber das Leben kostete - auch wenn der kapitalistische Staat, der ihn ersetzte, weiterhin einer neokolonialen Herrschaft unterworfen ist. Aber die osteuropäischen Juden, die ursprünglich im frühen 20. Jahrhundert als koloniale Siedler nach Palästina kamen, viele in der Absicht, kollektivistische Kibbuzim zu errichten, wurden in der Folgezeit mit dem Zustrom von Hunderttausenden, die vor dem Nazi-Holocaust geflohen waren, zu einer hebräischsprachigen Nation zusammengeschweißt, die später verstärkt wurde durch Millionen sephardisch-jüdischer Immigranten. Israel *ist* ihre Heimat. Gleichzeitig ist der zionistische Staat von Natur aus ein Unterdrücker der Palästinenser, seine Grundlage ist ihre massenhafte Vertreibung und gewaltsame Unterjochung.

Wir fordern das Recht auf nationale Selbstbestimmung sowohl für das palästinensisch-arabische *als auch* für das hebräischsprachige Volk. In einer solchen Situation von *vermischt lebenden Völkern* - von zwei Nationen, die dasselbe Gebiet beanspruchen - kann es für diese gegensätzlichen nationalen Rechte im Rahmen des Kapitalismus keine gerechte und demokratische Lösung geben. Wie wir erstmals in „Birth of the Zionist State Part 2: The 1948 War" [Die Geburt des zionistischen Staates Teil 2: der Krieg von 1948] *(WVNi.* 45, 24. Mai 1974) herausgearbeitet haben:

> „Es war klar, dass die Errichtung eines unabhängigen Nationalstaates in Palästina, entweder durch palästinensische Araber oder durch die Juden, nur auf Kosten der anderen Nation erfolgen würde. Wenn die Bevölkerung der Nationen geographisch vermischt lebt, wie das in Palästina der Fall war, kann ein unabhängiger Nationalstaat nur durch ihre gewaltsame Trennung geschaffen werden (Zwangsumsiedlungen usw.). Damit wird das demokratische Recht auf Selbstbestimmung abstrakt, da es nur von der stärkeren nationalen Gruppierung wahrgenommen werden kann, die die schwächere vertreibt oder vernichtet.
>
> In solchen Fällen besteht die einzige Möglichkeit einer demokratischen Lösung in einer sozialen Umwälzung."

Es kann kein demokratisches, säkulares, binationales *kapitalistisches* Palästina geben, wie es früher von der PLO gefordert wurde und heutzutage von verschiedenen reformistischen Linken vorgebracht wird. Der Kapitalismus basiert auf der Konkurrenz und schürt damit den Kampf der Völker und Nationalstaaten gegeneinander. Die knappen Ressourcen der Region - Land, Wasser usw. - *können* gerecht aufgeteilt werden, doch das erfordert internationale sozialistische Kooperation und Planung, d. h. die *Herrschaft der Arbeiterklasse.* Dies wurde nach der bolschewistischen Revolution von 1917 historisch bewiesen im Kaukasus, der ebenfalls ein Flickenteppich der Völker ist. Selbst unter dem Stalinismus bedeutete die geplante, kollektivierte Wirtschaft, dass rückständigere Gebiete bei der Wirtschaftshilfe

gegenüber den fortgeschritteneren Regionen bevorzugt behandelt wurden. Unter der Diktatur des Proletariats werden nationale Konflikte durch Verhandlung und Referendum gelöst werden, nicht durch Krieg und Völkermord.

Doch dazu sind Arbeiterrevolutionen notwendig, durch die alle zionistischen Schlächter, bonapartistischen Obristen und feudalistischen Scheichs weggefegt werden. Die arabischen Regime sind genauso Feinde des palästinensischen Volkes wie die israelischen Herrscher, wie das Massaker der jordanischen Monarchie an etwa 10000 PLO-Kämpfern im „Schwarzen September" 1970 zeigte. Der offensichtliche Bankrott des kleinbürgerlichen palästinensischen Nationalismus - von seinen Lakaiendiensten für die ölreichen arabischen Herrscher bis zu seiner Rolle als Vollstrecker der zionistischen Besetzung - hat viele palästinensische Militante, die einst zu den kosmopolitischsten Elementen der Region zählten, in die Arme islamischer Fundamentalisten wie Hamas getrieben. Ehemalige radikale säkulare Gegner von Arafat wie die Demokratische Front von Nayef Hawatmeh und die Volksfront von George Habash sind so gut wie verschwunden, da sie bei den imperialistischen „Friedens"abkommen klein beigaben.



AP

Israelischer Soldat zielt auf protestierende Palästinenser in Jerusalem

Inmitten dieser enormen Hysterie ist das liberale israelische „Friedenslager" zusammengebrochen. Es spricht für das Alternative Informationszentrum (AIC), organisiert von israelischen Unterstützern des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats des verstorbenen Ernest Mandel, dass es offenbar nicht von der chauvinistischen Flut mitgerissen wurde und weiterhin kleine Proteste gegen die Besetzung veröffentlicht. Aber die israelischen Mandel-Anhänger, die von ihrer Begeisterung über einen „radikalen" arabischen Nationalismus dazu übergingen, der linkszionistischen Merez (die Barak unterstützt) hinterherzulaufen und das Abkommen von 1993 zu unterstützen, sind im Grunde Liberale. In einem Aufruf zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung in Jerusalem am 4. Oktober, die von AIC und Merez mit unterstützt wurde, hieß es in wehleidigem Ton: „Viele von uns fühlen sich mächtlos, bestürzt, empört."

Für revolutionären Internationalismus!

Es fällt auf, dass die gegenwärtige Revolte eine Schicht von palästinensischen Jugendlichen in den Vordergrund gestellt hat, darunter junge Frauen in westlicher Kleidung, die dem islamischen Fundamentalismus mit seiner strengen, durch den Schleier symbolisierten Unterjochung der Frauen wahrscheinlich kaum Sympathien entgegenbringen. Diese Jugendlichen erklären, dass sie sich nicht an einem islamischen Dschihad beteiligen, sondern vielmehr an einem „Unabhängigkeitskrieg". Aber wie ist Unabhängigkeit zu erreichen? Offensichtlich können Palästinenser mit Steinen oder selbst kleinen Waffen nicht die Militärmacht des israelischen Staates bezwingen. Was ist also zu tun?

Es ist notwendig, das Proletariat des Nahen Ostens zu mobilisieren, die einzige Klasse mit der sozialen Macht und dem historischen Interesse, das gesamte Gebäude kapitalistischer Unterdrückung und imperialistischer Ausbeutung hinwegzufegen. Dies erfordert die Schmiedung leninistischer Avantgardeparteien - im Kampf gegen Zionismus, arabischen Nationalismus und alle Arten von religiösem Obskurantismus -, die zugleich proletarisch, revolutionär *und internationalistisch* sind. Wenn auch heutzutage die Möglichkeit eines revolutionären Arbeiterkampfes genauso als Wunschtraum erscheinen könnte wie das biblische Gebot „Verwandelt Schwerter in Pflugscharen", gibt es für künftige Revolutionäre doch eine reichhaltige Geschichte zu ergründen, darunter die beginnenden Arbeiterrevolutionen 1953 im Iran und 1958/59 im Irak (siehe „Near East 1950s: Permanent Revolution vs. Bourgeois Nationalism" [Die 50er-Jahre im Nahen Osten: permanente Revolution kontra bürgerlicher Nationalismus], *WVNr.* 740 und 741, 25. August und 8. September). Die Masse der Arbeiter in Irak, Iran und Ägypten erwarteten damals Führung von den Kommunistischen Parteien, zu deren Gründungskadern Juden und andere unterdrückte Minderheiten gehörten.

Der zionistische Garnisonsstaat muss von innen her zertrümmert werden durch eine arabisch/hebräische Arbeiterrevolution. Wir haben nicht die Illusion, dass es einfach sein wird, zu überwinden, was gegenwärtig die hebräischsprachigen Massen bewegt: tief sitzender Chauvinismus, Hass auf und Angst vor Arabern. Für einen scharfen Bruch im zionistischen Konsens wären heute wahrscheinlich umwälzende historische Ereignisse notwendig. Aber genau darauf müssen sich Revolutionäre vorbereiten, während sie standhaft die Palästinenser gegen den israelischen Unterdrückerstaat und die faschistoiden Siedler verteidigen. Damit ein erfolgreicher Ausgang möglich wird, muss sich in Israel/Palästina ein trotzkistischer Kern unter militanten Arbeitern, linksgerichteten Studenten und insbesondere der unterdrückten palästinensisch-arabischen Bevölkerung herauskristallisieren.

Notwendig ist eine binationale trotzkistische Partei, die danach strebt, die palästinensisch-arabischen und die hebräischsprachigen Werktätigen in *internationalistischem Klassenkampf* an der Seite aller Arbeiter der Region zu führen. Palästinenser stellen die Mehrheit der Bevölkerung von Jordanien und ein Achtel der Bevölkerung des Libanons sowie bedeutende Minderheiten im ganzen Nahen Osten und weltweit. Der Kampf für die demokratischen Rechte aller Völker des Nahen Ostens und für das Überleben und die Befreiung des palästinensischen Volkes muss notwendigerweise das haschemitische Königreich von Jordanien und das blutige Ba'ath-Regime in Syrien hinwegfegen, die verrotteten mittelalterlichen Strukturen im Libanon niederreißen und den zionistischen Garnisonsstaat zerschlagen. Dieser Kampf muss das revolutionäre Proletariat mit seiner Avantgardepartei an die Spitze der Ausgebeuteten und Unterdrückten stellen und kann seine Erfüllung nur in einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens finden. •

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

SPARTAKIST

Israel raus aus den besetzten Gebieten! US/UN raus aus dem Nahen Osten!

Verteidigt das palästinensische Volk!



AP

Israelische Truppen schössen palästinensisches Kind in den Kopf. Über 140 wurden getötet, als zionistische Herrscher Truppen, Panzer, Raketen gegen Proteste einsetzten

Der folgende Artikel ist übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 744, 22. Oktober, Zeitung unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S. In ganz Deutschland demonstrierten Tausende Palästinenser gegen den Terror der israelischen Armee, und wir verkauften unsere Zeitung und diesen Artikel bei den Protesten. Die Opposition unserer Genossen der SL/U.S. gegen den US-Imperialismus, der hinter den kapitalistischen Herrschern Israels steht, war für viele sehr beeindruckend. Wir waren im Nu ausverkauft. Viele Demonstranten hofften, dass der von SPD und Grünen geführte deutsche Imperialismus im Interesse der Palästinenser intervenieren würde. Wir warnen vor dieser gefährlichen Illusion. Der zutiefst chauvinistische deutsche Imperialismus ist nicht weniger Feind der unterdrückten Völker als sein amerikanischer Rivale. Die deutsche Bourgeoisie hat im Holocaust Millionen Juden, Roma und Kommunisten ermordet, hat zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkriegs die deutsche Armee im Balkan in einen Kriegseinsatz geführt und ist Pate des türkischen Regimes bei dessen Massenmord

Fortgesetzt auf Seite 7

Für eine arabisch/hebräische Arbeiterrevolution! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

A 1664 E

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 142 WINTER 2000/2001 DM1,-

SPD/Grüne rüsten Imperialismus auf

Kein Mann, kein Pfennig für die Bundeswehr!

Im Sommer beschloss die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung die so genannte „Erneuerung der Bundeswehr von Grund auf". Das Gesamtpersonal soll reduziert werden und im Zusammenhang damit die Dauer der Wehrpflicht auf neun Monate gekürzt werden. Die Zahl der Berufssoldaten wird aufgestockt und der Anteil von Soldaten für unmittelbare

PDS: sozialchauvinistische Vaterlandsverteidiger

Kriegseinsätze auf 150000 verdreifacht. Die Landstreitkräfte sollen verkleinert, Luftwaffe und Marine ausgebaut werden. Gleichzeitig soll eine „Modernisierung der Ausrüstung" durchgeführt werden - ein massives Aufrüstungsprogramm mit Schwerpunkt auf die Entwicklung von Raketen, Satelliten und Flugzeugen. Kurz: Die Bundeswehr soll in ein effektiveres Instrument des deutschen Imperialismus verwandelt werden, das mehr dem ökonomischen Gewicht Deutschlands, besonders in Europa entspricht. Wir Trotzkisten stehen mit Karl Liebknecht in unversöhnlicher Feindschaft zum deutschen Imperialismus und seiner Armee und sagen: *Kein Mann, kein Pfennig für die imperialistische Armee!*



Georgi Licovski/dpa

Nach NATO-Bombenkrieg: Bundeswehr im Kosovo. Alle imperialistischen Truppen raus aus dem Balkan!

Diese Reform komme „zehn Jahre zu spät", erklärte Schröder *(Tagesspiegel, 26.* Juli 2000). „Die Zeit großer Panzerarmeen zur Landesverteidigung ist vorbei. Was wir heute brauchen, sind moderne, flexible Streitkräfte, die glaubhaft für unsere Bündnisverpflichtungen, die Landesverteidigung und die Krisenprävention stehen", erklärte Angelika Beer, verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen *(Blickpunkt Bundestag,* Juni 2000). Die Grenze zwischen dem imperialistischen Westdeutschland und dem deformierten Arbeiterstaat DDR war ein Brennpunkt im Kalten Krieg der Imperialisten gegen die Sowjetunion. Hunderttausende NATO-Soldaten (hauptsächlich US-Truppen) standen für einen kombinierten Land- und Luftangriff durch die DDR und Polen auf die Sowjetunion bereit, natürlich ausgerüstet mit taktischen Atomwaffen.

Seit die Sowjetunion von innen heraus durch die kapitalistische Konterrevolution zerstört wurde, waren diese massiven Mittel für einen atomaren dritten Weltkrieg nicht

Fortgesetzt auf Seite 10

Nur Arbeiterrevolution kann imperialistische Kriege beenden!

Nizza: Bullen wüten gegen linke Demonstranten

Für ein Arbeitereuropa - Für sozialistische Revolution!

12. Dezember 2000 - Die französische Stadt Nizza wurde letzte Woche in einen Polizeistaat verwandelt, als die kapitalistischen Herrscher Europas sich versammelt hatten, um über die Zukunft der Europäischen Union (EU) zu feilschen. Zehntausende Bullen wurden von der Regierung des sozialistischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin aufgeboten, um die Straßen zu besetzen und die vielen lausenden Jugendlichen auseinander zu jagen, die aus verschiedenen Ländern des ganzen Kontinents gekommen waren, um draußen vor dem Gipfel zu protestieren. Während die versammelten Staatschefs zynisch die Bedingungen einer „Grundrechtecharta" debattierten, war das Tränengas, das abgefeuert wurde, um die Rechte der draußen Protestierenden brutal zu unterdrücken, so massiv, dass es in den Versammlungssaal eindrang.

Die Polizei attackierte Demonstranten wiederholt mit Schlagstöcken und Blendgranaten; dutzende wurden verhaftet. Zwei junge baskische Militante aus Spanien, José Ramirez und Anna-Liza Romero, sind immer noch hinter Gittern, durch ein Schnellgericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt, sogar in Abwesenheit der Rechtsanwälte. Gleichzeitig drohen einigen, die bei den Protesten gegen den Internationalen Währungsfonds (IWF) im September in Prag verhaftet - und bis zu zehn Wochen eingeknastet - wurden, weiterhin Anklagen. Die Arbeiterbewegung muss die sofortige Freilassung von Ramirez und Romero verlangen. Weg mit allen Anklagen gegen die Demonstranten von Prag und Nizza!

Wie sehr das Recht auf Freizügigkeit, das angeblich durch das Schengener Abkommen von 1995 gesichert wird, ein Betrug ist, wurde deutlich, als ein Zug, der etwa 1500 Unterstützer von Ya Basta! und andere italienische Linke nach Nizza bringen sollte, an der französischen Grenze zurückgewiesen wurde. Als eine Gruppe von 5000 in Nizza den Bahnhof zu besetzen versuchte, um gegen diesen Ausschluss zu protestieren, wurden sie von Bullen brutal angegriffen, gleichzeitig gingen auf der anderen Seite der Grenze italienische Bullen auf Demonstranten los. Von Anfang an war es die Absicht von Schengen, die Tore der rassistischen „Festung Europa" für verarmte Immigranten aus Afrika, dem Nahen Osten und Osteuropa zu schließen. Jetzt wird linken Demonstranten aus der EU der Grenzübertritt verboten im Namen der „nationalen Sicherheit". Nieder mit dem rassistischen Schengener Abkommen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Während die Bullen Demonstranten blutig schlugen, hetzten die bürgerlichen Medien gegen „casseurs" (Rowdys) - der rassistische Schlachtruf, der sich vorher gegen militante Jugendliche nordafrikanischer Abstammung richtete -, wobei sie ihr Feuer besonders gegen die baskischen und korsischen Nationalisten unter den Demonstranten richteten. Paris hat eine jahrzehntelange Kampagne der Repression gegen korsische Separatisten geführt. Seit dem sozialistischen Präsidenten François Mitterrand in den 80er-Jahren hat Frankreich auch mit Spanien zusammengearbeitet, um militante baskische Separatisten zu jagen und zu terrorisieren. Nieder mit der Repression gegen Basken! Für das Selbstbestimmungsrecht des baskischen Volkes in Frankreich und Spanien!

Viele Jugendliche kamen nach Nizza, um gegen kapitalistische Unterdrückung, Angriffe auf den Lebensstandard und Rassismus gegen Immigranten zu protestieren, was von den EU-Kapitalisten durchgedrückt wird. Diese Angriffe haben stürmische defensive Kämpfe der Arbeiterklasse provoziert, besonders in Frankreich. Die kürzlichen Blockaden der LKW-Fahrer gegen astronomische Spritpreise, die die westeuropäischen kapitalistischen Staaten erschütterten, wurden von Arbeitern und Jugendlichen überall unterstützt. Einen Tag vor der groß angelegten Polizeiaktion in Nizza marschierten zehntausende Arbeiter, mobilisiert von einer Koalition europäischer Gewerkschaften, durch die Straßen.

Fortgesetzt auf Seite 8



herausgegeben vom Zentralkomitee der SPARTAKIST-ARBEITERPARTEIDEUTSCHLANDS Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4439401

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 50010060
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 142 **WINTER 2000/2001**

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Gruppe Arbeitermacht:
Mit Vollgas für Schröder gegen die Spritproteste

Im letzten Herbst wurde Westeuropa von heftigen Massenprotesten erschüttert - durchgeführt hauptsächlich von LKW- und Taxifahrern sowie Bauern - gegen die horrend steigenden Benzin- und Dieselpreise. Diese Proteste waren gegen die kapitalistischen, sozialdemokratisch geführten Regierungen Britanniens, Frankreichs und Deutschlands gerichtet und hätten durchaus der Funke sein können für breitere Aktionen der Arbeiterklasse zur Verteidigung gegen die Angriffe der Regierungen. In Britannien schlössen sich die Tanklastfahrer den Protesten an und den Protesten in Frankreich folgte eine Streikwelle der Arbeiter; so kam die soziale Macht der Arbeiterklasse ins Spiel. Die Proteste und Blockaden brachten Europa an den Rand eines Stillstands. Überall stießen die Proteste und Aktionen auf breite Sympathie und Unterstützung bei den arbeitenden Massen und gaben deren Wut auf die kapitalistischen, sozialdemokratisch geführten Regierungen und deren Austeritätspolitik Ausdruck. In Frankreich wurde die Regierung der Proteste nur Herr, indem sie Steuersenkungen versprach. Das führte zu einem Aufschrei der anderen europäischen Imperialisten, die plötzlich das Gespenst von Aktionen *der Arbeiterklasse* gegen die Senkung des Lebensstandards, von erfolgreichem Klassenkampf vor Augen hatten. Und wer eilte den

Fortgesetzt auf Seite 4



Arnd Wiegmann/Reuters

Spritproteste legten Europa fast lahm

Spartakist grüßt die neuen Leser!



Spartakist

Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	170	193	114%
Hamburg	125	130	104%
Auf Entfernung	15	9	60%
Gesamt	**310**	**332**	**107%**

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 3

sozialdemokratischen Vollstreckern des Kapitals mit Vollgas zu Hilfe? Die Gewerkschaftsbürokratie und ihre „linken" Anhängsel wie die zentristische Gruppe Arbeitermacht (GAM), die jetzt uns dafür angreift, dass wir die Spritpreisproteste begrüßten und unterstützten!

Wir schrieben: „Das Herangehen von Marxisten an solche kleinbürgerlichen Mobilisierungen basiert auf dem Ziel der Proteste und dem Charakter der Forderungen, die aufgestellt werden: Bringen sie die Interessen des Proletariats voran? In diesem Fall waren die Proteste eindeutig gegen die Blair-Regierung gerichtet und die Forderung ist in der Tat vom proletarischen Standpunkt aus unterstützbar" *(Spartakist* Nr. 141, Herbst 2000). Gleichzeitig erklärten wir am Beispiel von Britannien, wie Revolutionäre in solche Bewegungen intervenieren: „Eine revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung muss versuchen, die Führung von solchen Protesten zu übernehmen, um sie klar gegen die wirklichen Übeltäter zu richten: den Kapitalismus und die Labour-Regierung, die ihn verwaltet." Im Gegensatz dazu stellte sich die britische Schwesterorganisation der GAM, Workers Power (WP), gegen die Proteste mit der Begründung: „Dieser [kleinbürgerliche] Klassencharakter ist entscheidend für uns. Er bedeutet, dass wir keine Unterstützung für die ‚Blockadebewegung' als Ganzes geben... Die Tatsache, dass die Forderungen populär sind und in sich selbst unterstützbar, ist auch irrelevant" (Workers Power Global, 18. September 2000). Wir erklärten, dass WP sich nur gegen die Proteste ausspricht, weil diese sich gegen die Labour-Regierung richteten, für deren Wahlunterstützung WP bekannt ist, ebenso wie die GAM dafür bekannt ist, die SPD-Regierung gewählt zu haben. Daraufhin fühlte sich die GAM bemüßigt, gegen uns zu polemisieren - ohne unsere Polemik gegen WP zu erwähnen und indem sie unsere Politik verfälscht: „Worauf die Politik der SpAD hinausläuft, ist, die Arbeiterklasse den Zielen einer kleinbürgerlichen Bewegung mit klar reaktionären Elementen unterzuordnen" *(Arbeitermacht,* November/Dezember 2000).

Im Gegensatz zur GAM beruht unsere Einschätzung, ob eine Aktion unterstützbar ist, nicht auf der Politik der jeweiligen Führung, sondern darauf, ob die Aktion objektiv im Klasseninteresse des Proletariats ist. Unsere Unterstützung eines IG-Metall-Streiks hängt nicht von der Politik der Gewerkschaftsführung ab, die unverhohlen chauvinistischen Protektionismus predigt. Genauso wenig hielten wir uns von Protesten gegen die NATO-Bombardierung Serbiens fern, obwohl die Führung dieser Proteste oft genug sozialpatriotisch war.



HERBST 1998 11

Gruppe Arbeitermacht wieder im „Dritten Lager"

Zentristen der Marke „Tod des Kommunismus"

Bestellt!
Polemik gegen Gruppe Arbeitermacht zur russischen Frage, abgedruckt in *Spartakist* Nr.133, Herbst 1998

DM1,-

Zu beziehen über die Redaktionsadresse

Um ihre Ablehnung der Proteste zu legitimieren, versucht die GAM die Protestbewegung fälschlicherweise als von Grund auf reaktionär darzustellen: „Doch das Kleinbürgertum in den imperialistischen Ländern ist eine Klasse, die (anders als das Kleinbürgertum in den Halbkolonien) im wesentlichen reaktionären Charakter hat." Es ist schon köstlich, mit welcher Vehemenz sie auf einmal das Kleinbürgertum verdammen, wo doch GAM/WP sich sonst in jede Bewegung hineinschmeißen, solange nur „Massen" in Bewegung sind, ob es um einen beliebigen Studentenstreik geht oder um die von den Imperialisten gesponserten Proteste in Serbien, die Kostunica an die Macht brachten.

Das Kleinbürgertum, dazu gehören auch die Studenten, verfügt über keine eigene soziale Macht und steht zwischen den Hauptklassen in der Gesellschaft, zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Es schwankt zwischen diesen beiden Klassen, ist instabil, leicht zu beeindrucken und zu extremen Reaktionen fähig. Hitlers Machtergreifung wurde von Studentenmassen unterstützt. Aber es waren auch Studentenmassen, die die Vietnamesische Revolution unterstützt haben. Es ist gerade die Sozialdemokratie, mit der GAM als treuem Steigbügelhalter, die das Kleinbürgertum in die Arme der Faschisten treibt, indem sie kapitalistische Austerität vollstreckt und Kleinbürger ruiniert, die aufgebracht nach einer „radikalen" Lösung suchen. Um das Kleinbürgertum in seiner Masse auf die Seite der Arbeiterklasse zu ziehen oder zumindest zu neutralisieren, ist es nötig, dass das Proletariat unter Führung einer revolutionären Partei politisch unabhängig auftritt und das Ziel weist, wie das Elend beendet werden kann: Sturz der Kapitalisten und Errichtung einer vergesellschafteten Planwirtschaft. In einer von Arbeiterräten organisierten Gesellschaft werden neue Technologien entwickelt und angewendet werden, um das Leben besser, leichter und vielfältiger zu machen. Unter anderem wird es billige oder kostenlose effiziente Massenverkehrsmittel zu Lande und in der Luft für die Arbeiterklasse und die gesamte Bevölkerung geben.

Die GAM behauptet: „Die SpAD macht es sich etwas einfacher. Das Ziel der Bewegung ist eine Spritpreissenkung. Doch der Preis ist nur ein Problem in der Konkurrenz. Zudem trifft es im wesentlichen alle Konkurrenten gleich." Die GAM behauptet hier also, die hohen Spritpreise seien nur ein Problem der Kleineigentümer, der kleinbürgerlichen Konkurrenten im Transportgewerbe. Dieses „Argument" könnten sie direkt von den bürgerlichen, arbeiterfeindlichen Grünen geholt haben, die auf die „Ökosteuer" drängen und die „Selbstsucht" von Autofahrern geißeln. Aber in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern ist das Auto zentral für das wirtschaftliche und soziale Leben großer Teile der Arbeiterklasse ebenso wie der Kleinbourgeoisie. Der hohe Spritpreis trifft vor allem Arbeiter und andere mit *niedrigem* Einkommen, die auf das Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu kommen. Würden sie auf den ebenfalls teuren öffentlichen Transport ausweichen, brauchten sie ein Vielfaches an Zeit oder würden überhaupt nicht ankommen. Sie *brauchen* ihr Auto für Einkäufe und andere notwendige Dinge. Jede Mark mehr für Sprit geht auf Kosten anderer Notwendigkeiten des Lebens.

Und die Spritsteuern treffen die ärmsten Teile der Bevölkerung am stärksten. Es sind regressive Steuern, jeder zahlt den gleichen Prozentsatz, ob die allein stehende Mutter mehrerer Kinder, die es nur mit einem Gebrauchtwagen schafft, Kinder und Job unter einen Hut zu bringen, oder DaimlerChrysler-Chef Schrempp, der seine S-Klasse auf Firmenkosten fährt. Ein anderes Beispiel für eine regressive Steuer war die Kopfsteuer (poll tax), gegen deren Einführung es 1990 in Britannien riesige Massenproteste gab.

Fortgesetzt auf Seite 29

Britannien: Sozialdemokratische Hexenjagd gegen „Sexualverbrecher" entfesselt Bürgerwehr-Terror

Der folgende Artikel wurde zuerst veröffentlicht in Workers Hammer Nr. *174, Herbst 2000, der Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/Britain.*

WORKERS HAMMER

Die reaktionäre Hysterie in Britannien, aufgepeitscht durch den Kreuzzug der Labour Party gegen so genannte ..Pädophile" und „Sexualverbrecher", wurde im letzten Sommer extrem angeheizt. Im ganzen Land - von Manchester bis Bristol, von London bis Süd-Wales - wurden Menschen durch Lynchmobterror verletzt, bedroht, aus ihren Häusern verjagt und in den Selbstmord getrieben. In einem Fall wurde eine Kinderärztin von einem brutalen und stumpfsinnigen Mob attackiert. Besonders widerwärtig und gewalttätig waren die Ausschreitungen in der Wohnsiedlung Paulsgrove bei Portsmouth, nachdem die *News ofthe World* eine Abschussliste von „mutmaßlichen Pädophilen" im Rahmen ihrer mittlerweile berüchtigten „Name-and-shame"-Kampagne [die Schandtäter beim Namen nennen] veröffentlicht hatte. Die Herausgeberin dieser Boulevardzeitung und Anstifterin der Kampagne, eine gewisse Rebekah Wade, gehört zum Inventar von Spendensammlungsbanketten für New Labour. Ein Bericht im *Independent on Sunday* (13. August) fasste zusammen:

> ..Randalierer schlugen Fenster ein, steckten ein Auto in Brand, brachten einen verurteilten Pädophilen dazu, zu flüchten und unterzutauchen, vertrieben vier weitere Familien, die mit Kindesmissbrauch nicht in Zusammenhang stehen, schwenkten Plakate, die zum Lynchen und zur Deportation (nach Südamerika, aus welchem Grund auch immer) aufriefen, und entfesselten unter ihren eigenen Kindern infantile Ausbrüche von Hass und Vandalismus. Eine Liste von 20 angeblichen Pädophilen wurde erstellt und verbreitet. Ein als Kinderschänder Verdächtigter aus dem nahen Southampton erschoss sich selbst. Ein zweiter Verdächtiger beging ebenfalls Selbstmord."

Szenen in Paulsgrove, bei denen Kinder und Kleinkinder Plakate trugen mit der Aufschrift „Lasst sie nicht hier wohnen/Hängt sie!" und Rufe laut wurden wie „Erstecht ihn, verbrennt ihn, tötet ihn!", machten klar, dass Kinder tatsächlich missbraucht wurden - und zwar von der reaktionären Bürgerwehr! Und es könnte kaum klarer sein, dass Gesetze, die die Veröffentlichung von Namen und Adressen von „Sexualverbrechern" verlangen, Anstiftung zum Terror sind. Eine ähnliche Kampagne in Italien, die besonders von Alessandra Mussolinis faschistischer „Nationaler Allianz" geschürt wurde, fand ebenfalls im Sommer statt; dabei wurden in mindestens vier Ferienorten am Meer Männer, die des „sexuellen Missbrauchs" von Minderjährigen beschuldigt wurden, vom wütenden Pöbel gejagt und verprügelt. Tatsächlich sind diese reaktionären Mobilisierungen ein Nährboden für faschistischen Abschaum.



Tom Pilston

Paulsgrove: Reaktionäre Bürgerwehr missbraucht Kinder für Aufrufe zu Lynchmord. Hysterie gegen „mutmaßliche Pädophile" wurde von Tony Blairs Labour-Regierung hochgepeitscht



Reuters

Dem hat die Labour-Regierung seit ihrem Amtsantritt den Weg geebnet. Wenige Wochen nach ihrem Wahlsieg brachte sie ein „Gesetz gegen Sexualtäter" ein, das die polizeiliche Überwachung früherer „Sexualtäter" ausweitete. Hierdurch müssen diese in ein Polizeiregister aufgenommen werden, das „Einzelpersonen" in „der Gemeinde" zugänglich ist. Das führte damals zu einem Ausbruch von reaktionärem Bürgerwehrterror (siehe „Labour's frenzy over ‚paedophilia': pretext for state repression" [Labours Raserei über „Pädophilie": Vorwand für staatliche Repression], *Workers Hammer* Nr. 163, Juli/August 1998). Dieses Mal tönte John Prescott, Stellvertreter von Premierminister Tony Blair, er wolle eine noch schärfere Gesetzgebung einbringen, wonach unter anderem lebenslängliche Haftstrafen

Fortgesetzt auf Seite 6

Britannien...

Fortsetzung von Seite 5

auch gegen „Sexualtäter" häufiger verhängt werden sollen. Der Labour-Abgeordnete Syd Rapson für den Wahlkreis Nord-Portsmouth, zu dem die verarmte, von hoher Arbeitslosigkeit betroffene Siedlung Paulsgrove gehört, begrüßte die Bürgerwehrmobilisierungen als „Demokratie, die sich durchsetzt" (*Independent,* 10. August). Wir sagen: *Weg mit Labours reaktionärer Kampagne gegen „Pädophile"!*

Aus dem Mund einer Labour-Regierung, die den „New Deal" und erbärmliche Löhne für Jugendliche brachte, Sozialleistungen radikal kürzte und Studiengebühren einführte, ist das Gerede von der Sorge um Jugendliche nichts als Heuchelei. Das gilt auch für das zynische Ausnutzen von verständlichem Entsetzen und Empörung über die Ermordung junger Menschen wie Sarah Payne. Wenn es darum geht, haben die Verbrechen der blutigen Blair-Regierung in Nordirland, die Hungerblockade gegen den Irak, die NATO-Bombardierung von Serbien das Leben von *hunderttausenden* Kindern und Jugendlichen gekostet.

Marxismus kontra bürgerliche Bigotterie

Sowohl in der bürgerlichen Presse als auch in den vorgeblich „sozialistischen" Zeitungen wurden Krokodilstränen darüber vergossen, dass bei der jüngsten Welle der von der Regierung gesponserten Hysterie „unschuldige" Menschen zu Opfern wurden. So wird allgemein die Tatsache beklagt, dass Teenagerpaare, Opfer von Verwechslungen, kleine Kinder, die „Doktor spielen", und andere zur Zielscheibe sowohl der staatlichen Registrierung als auch der Bürgerwehrmobilisierungen geworden sind. Das Klima war derart, dass sich am 6. August eine fanatische Menge vor dem Haus des Popsängers Gary Glitter versammelte, nachdem eine Sonntagszeitung seine Rückkehr nach London nach einem fünfmonatigen Aufenthalt im Ausland angekündigt hatte. Glitter hatte vor kurzem eine Gefängnisstrafe abgesessen wegen des „Verbrechens" ... Kinderpornographie aus dem Internet heruntergeladen zu haben! Die Hetzjagd gegen ihn war wirklich obszön. Aber wer sind dann die „Schuldigen"? Von den Revolverblättern über die Regierung bis zur pseudolinken Labour-freundlichen Presse lautet die Antwort: „Pädophile".

„Pädophilie" heißt einfach sexuelles Verlangen nach Kindern. Dies mit Mord an und Vergewaltigung von Kindern gleichzusetzen ist grotesk und Teil der gleichen reaktionären bürgerlichen Bigotterie, die jeden Sex, der nicht der heterosexuellen Monogamie entspricht, für „anormal" erklärt. Wir sind gegen die Verfolgung all derer, die in gegenseitigem Einverständnis Sex mit Angehörigen einer anderen Generation haben, wir lehnen die reaktionären Gesetze zur „Minderjährigkeit" ab und wir sind seit langem dafür bekannt, dass wir Organisationen wie die North American Man/Boy Love Association (NAMBLA) und die British Paedophile Information Exchange verteidigen, deren Führer 1984 verhaftet wurden wegen ihres Eintretens für das Recht „minderjähriger" Jugendlicher, Sex mit Erwachsenen zu haben. Bei ihrer Verteidigung von NAMBLA gegen den finsteren Versuch, sie zu kriminalisieren, zu ruinieren und zu zerschlagen, wiesen unsere Genossen der Spartacist League/U.S. daraufhin, dass diese Gruppe, die Auszüge aus den Werken des amerikanischen Schriftstellers Walt Whitman und von William Shakespeare ebenso abdruckt wie historische Essays über Persönlichkeiten aus der Geschichte der Schwulen, von Anfang an seit mehr als 20 Jahren verfolgt wird. In einem Schreiben vom 24. Mai erklärte ein NAMBLA-Sprecher: „NAMBLA ist gegen Gesetze, die Beziehungen in gegenseitigem Einverständnis bestrafen. Sie hat sich immer so vehement wie nur möglich gegen jede Gewalt gegen Kinder, sexuelle oder andere, ausgesprochen" (*Workers Vanguard* Nr. 741, 8. September 2000). Aber diese einfache Wahrheit - in den USA wie hier - steht im Gegensatz zur Hysterie über Sex, besonders Homosexualität, und vor allem Sex mit jungen Leuten.

Es war kein Zufall, dass auf dem Höhepunkt der reaktionären Mobilisierungen gegen „Pädophile" das House of Lords [das Oberhaus des britischen Parlaments] mit seiner Entscheidung zum „Artikel 28" dieses brutale Gesetz gegen Homosexuelle aufrechterhält. Nicht einmal eine minimale Liberalisierung der drakonischen Schwulenfeindlichen Gesetzgebung in Britannien, die zum Teil noch aus dem 19. Jahrhundert stammt - die „Cruising", Gruppensex und selbst Küssen in der Öffentlichkeit kriminalisiert - wird von der Labour Party und dem „Vikar des St. Albion" [Pfarrer des heiligen Britannien] Tony Blair kommen. Stattdessen ermutigt die schwulenfeindliche Bigotterie der kapitalistischen Herrscher faschistische Gräueltaten wie den Bombenanschlag auf „Admiral Duncan", eine Schwulenkneipe in Soho.

Gewalttätiger Missbrauch und Vergewaltigung von Kindern ist ein schreckliches Verbrechen. Sobald die Frage des „Kindesmissbrauchs" jedoch zum politischen Spielball geworden ist, wird der Staat bewusst keine Unterscheidung treffen zwischen Jack the Ripper und dem Autor von *Alice im Wunderland,* Lewis Carroll. Als Marxisten, nicht als Soziologen oder professionelle Wissenschaftler, sprechen wir soziale Fragen wie „Kindesmissbrauch" gerade deshalb an, weil sie politisiert wurden. Deshalb wollen wir vor dem Hintergrund der brutalen Anti-Sex-Hexenjagd der Labour-Regierung (und der schändlichen Unterstützung und Anteilnahme, die sie von so genannten „Sozialisten" erhält) einige allgemeine Überlegungen vorbringen.

Menschliche Sexualität ist eine relative Angelegenheit - relativ in ihrer Beziehung zum Charakter der Gesellschaft, zur Klasse und zum Individuum. Die westliche bürgerliche Gesellschaft sieht Kinder als asexuelle Geschöpfe an. Einer, der diesen Mythos in Frage stellte, war Sigmund Freud mit seiner Erkenntnis - was von seinen Zeitgenossen als schockierend lasterhaft angesehen wurde -, dass Kinder mit sexuellen Wünschen geboren werden und dass ihre ersten sexuellen Objekte ihre Eltern sind. Tatsächlich lautete Freuds gesamte theoretische Prämisse, dass die individuelle Reifung und die Entwicklung der Zivilisation im Allgemeinen sich auf *Verdrängung* (d.h. Unterdrückung und Sublimierung) von Bedürfnisbefriedigung gründet. (Natürlich war



Observer



Paul Mattsson

London 1994: Schwule demonstrieren für gleiche Rechte. Marxisten sind gegen reaktionäre Jugendschutzgesetze (links). Faschistische Nationale Front (rechts) geht gegen Gay-Pride-Demo in Leicester, Juli 2000 vor

Freuds Weltbild in einem bestimmten Maß von den zutiefst einengenden, sexuell repressiven viktorianischen Werten *seiner* Gesellschaft geprägt.) Wir leben in einer feindseligen Gesellschaft, die brutal, ignorant und sexualfeindlich ist. Befreit von den Krankheitsbildern der Klassengesellschaft und der patriarchalischen Familie, in einer Umgebung frei von einengenden Tabus, könnten Fragen hinsichtlich Kindern und Sexualität auf rationale Weise angegangen werden. Wie es gegenwärtig aussieht, gibt es vieles, was wir einfach nicht wissen können und nicht wissen.

In kultureller Hinsicht erweisen sich hier viele Fragen als äußerst relativ. Beispielsweise steht im Koran, dass ein Mädchen verheiratet werden kann, sobald sie neun wird. In seiner *Geschichte der Kindheit* beschreibt Philippe Ari s die fehlende sexuelle Zurückhaltung von und gegenüber Kindern in Europa während des Mittelalters und merkt an:

> „Die Einstellung zur Sexualität und zweifellos auch die Sexualität selbst ist von Milieu zu Milieu und infolgedessen auch von Epoche zu Epoche und von Mentalität zu Mentalität verschieden. Heute scheinen uns Berührungen, wie Heroard [Leibarzt des französischen Königs Heinrich IV] sie uns beschrieben hat, hart an sexuelle Anomalie zu grenzen, und niemand würde sie öffentlich

Fortgesetzt auf Seite 26

Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend

Berlin

Dienstag, 16. Januar, 18 Uhr
Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!

Dienstag, 6. Februar, 18 Uhr
Bundeswehr: Kein Mann, kein Pfennig für die imperialistische Armee!

Dienstag, 27. Februar, 18 Uhr
Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Dienstag, 20. März, 18 Uhr
Die ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus

Treffpunkt ist das Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 207 (Humboldt-Universität)

Kontakt: (030) 4 43 94 00

Hamburg

Montag, 8. Januar, 18 Uhr
Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg

Montag, 29. Januar, 18 Uhr
Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Teestube im Pferdestall, Uni Hamburg, Allende-Platz 1

Montag, 19. Februar, 18 Uhr
Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

Montag, 12. März, 18 Uhr
Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!

Clubraum der Werkstatt 3, Nernstweg 32-34 (Nähe S-Bahn Altona)

Kontakt: (040) 32 36 44

Nizza...

Fortsetzung von Seite 2

Ein Team von Unterstützern europäischer Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga verkaufte mehrere hundert Zeitungen und Broschüren in verschiedenen Sprachen an diese Gewerkschafter, die besonders unsere Artikel willkommen hießen, in denen wir die LKW-Fahrer gegen die sozialdemokratischen Regierungen unterstützen.

Aber die prokapitalistischen Irreführer in den Gewerkschaften, die die LKW-Blockaden als „Streiks der Bosse" verurteilten, helfen dabei, die Angriffe auf den Lebensstandard, auf die Gewerkschaften und Immigranten durchzusetzen, die von ihren sozialdemokratischen Kollegen in der Regierung durchgeführt werden. Mit dem Segen ihrer Herren in der Jospin-Regierung - die ihre Bullen an diesem Tag zurückhielt - hatten die Gewerkschaftsführer in Nizza einfach das Ziel, den Arbeitern zu erlauben, Dampf abzulassen und bei den kapitalistischen Regierungen „für ein wirklich soziales Europa" zu betteln.

Im Wesentlichen war das die gleiche Linie, die von den „linken" Organisatoren des Protests vom nächsten Tag vertreten wurde; dieser Protest war eine Fortsetzung der „Anti-Globalisierungs"-Demonstration gegen die Welthandelsorganisation (WHO) in Seattle 1999 und der anschließenden Proteste gegen den IWF und die Weltbank in Washington, D.C. und Prag. Die radikalisierten Jugendlichen, die von diesen Protesten angezogen werden, wollen gegen die fürchterlichen Bedingungen kämpfen, die vom Kapitalismus des „freien Marktes" in der ganzen Welt geschaffen werden. Aber die Organisatoren des Protests wollen diese Sorgen und das Bemühen um soziale Gerechtigkeit in national-chauvinistische Appelle an ihre jeweils eigene imperialistische Bourgeoisie kanalisieren. Sie feiern den„Geist von Seattle", der sich auf Appelle an die US-Regierung konzentrierte, „humane" Arbeitsstandards auf der ganzen Welt zu erzwingen, und der politisch dominiert war von chauvinistischem Protektionismus und antikommunistischer Anti-China-Hetze der AFL-CIO(US-Gewerkschaftsdachverband)-Führer. In Nizza richteten die europäischen Pseudolinken an die Labour- und „sozialistischen" Regierungen - die sie loyal unterstützen - Appelle nach einem „humaneren" und „sozialeren" *kapitalistischen* Europa.

Keine Illusionen in „humanitären" Imperialismus

Zu den Organisatoren des Nizza-Protests gehörte die „Anti-Globalisierungs"-Gruppe ATTAC, die ekelhafterweise die Hetzkampagne der französischen Bourgeoisie gegen Gewalt wiederkäute. Ein Sprecher von ATTAC wetterte: „Man kann nicht mit Aktionen aufhören aus Angst vor den *casseurs*... Aber solche paramilitärischen Praktiken müssen alle empören, die anders Politik machen wollen" *(Libération,* 8. Dezember). Die Ligue communiste révolutionnaire (LCR) von Alain Krivine hat sich mit ATTAC in einem „Kollektiv für eine andere Charta" zusammengetan, zu dem auch die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) und die Grünen gehören, die beide zurzeit Ministerposten in Jospins kapitalistischer Regierung haben. In ATTAC vergraben ist Socialisme par en bas (SPEB) - verbunden mit der britischen Socialist Workers Party (SWP) des verstorbenen Tony Cliff, die sich als „überglücklich" bezeichnete, als Labours Tony Blair zum Premierminister gewählt wurde.

Das Wüten von Jospins Bullen entlarvt allein schon die reformistischen Illusionen, die von der Pseudolinken verbreitet werden, und war ein Anschauungsunterricht im marxistischen Verständnis des Staates als eines Repressionsapparats, der die Profite und die Herrschaft der Kapitalistenklasse aufrechterhalten soll. Die Vorstellung, dass die imperialistischen Mächte unter Druck gesetzt werden können, damit sie „Menschenrechte" sichern, ist nichts anderes als abscheulicher Sozialpatriotismus. Was ist mit der dreckigen Geschichte des französischen Kolonialismus in Algerien und Indochina; des britischen Imperialismus in Irland, auf dem indischen Subkontinent, in Afrika und im Nahen Osten; des Holocaust des deutschen Imperialismus an Juden, Roma, sowjetischen Kriegsgefangenen und anderen im Zweiten Weltkrieg; der Holländer in Indonesien und der Belgier, Portugiesen und Italiener in Afrika?

Imperialismus ist keine *Politik*, die durch den Druck der Massen in eine gutmütigere Richtung gelenkt werden kann. Er ist, in den Worten von W. I. Lenin, Führer der bolschewistischen Partei und der Oktoberrevolution von 1917, das „höchste Stadium des Kapitalismus". Auf dem Höhepunkt des interimperialistischen Gemetzels des Ersten Weltkriegs verurteilte Lenin die Vorstellung von einem europäischen kapitalistischen „Superstaat": „Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die fortgeschrittenen' und zivilisierten' Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär" („Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa", August 1915).

Wir sind gegen die EU, weil sie ein Block zur kapitalistischen Kooperation *gegen die arbeitenden Massen und unterdrückten Minderheiten in Europa* und zum Konkurrenzkampf um Märkte und Ausbeutungssphären gegen ihre imperialistischen Rivalen USA und Japan ist. Das IKL-Team kam nach Nizza, um linke Arbeiter und Jugendliche für den Kampf um neue Oktoberrevolutionen zu gewinnen - für ein Arbeitereuropa als Teil einer internationalen sozialistischen Gesellschaft. Wir kämpfen dafür, Arbeiter und linke Jugendliche von den sozialdemokratischen Verrätern zu *brechen* und revolutionäre Arbeiterparteien zu schmieden.

Pseudolinke werben für imperialistische Intervention

Der EU-Gipfel zeigte die wachsenden Trennungslinien nicht nur zwischen den westeuropäischen Mächten und den USA, sondern auch innerhalb Europas. Die Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats führte zu verstärkten interimperialistischen Konflikten, die vorher durch die Notwendigkeit einer antisowjetischen Einheit im Zaum gehalten wurden. Der Gipfel sollte Bedingungen ausarbeiten, um die ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas in die EU zu bringen und das organisatorische Gewicht der einzelnen imperialistischen Staaten innerhalb der EU neu zu verhandeln. Seit dem konterrevolutionären Anschluss Ostdeutschlands 1990 hat das wieder vereinigte imperialistische Deutschland eine dominantere Rolle bei der Festlegung der EU-Politik verlangt. Die herrischen Forderungen des deutschen Vierten Reichs provozierten einen Aufruhr in anderen europäischen Hauptstädten - besonders bei seinen Feinden in zwei Weltkriegen, Britannien und Frankreich - und Entscheidungen über praktisch alle wichtigen beim Gipfel anstehenden Fragen hängen weiter in der Luft.

Eine Hauptquelle für den Konflikt mit den USA war die Aufstellung einer europäischen „Schnellen Eingreiftruppe". Eine paneuropäische Militärstreitmacht als eine Alternative zum US-dominierten NATO-Bündnis wurde zum ersten Mal einen Tag nach dem Ende des Terrorkriegs der NATO gegen Serbien letztes Jahr vorgeschlagen und spiegelte eine weit verbreitete Besorgnis der europäischen Bourgeoisien über Washingtons militärische Übermacht wider. Nur wenige Tage bevor der Nizza-Gipfel begann, warnte der US-Verteidigungsminister William Cohen ganz offen ein Treffen von NATO-Ministern in Brüssel, dass alle von der EU durchgeführten Militäroperationen von der NATO geplant

und überwacht werden müssen. In einer scharfen Antwort, die er später modifizierte, bestand der französische Präsident Jacques Chirac darauf, dass die vorgeschlagene europäische Militärstreitmacht „unabhängig" von der NATO sein müsse. Die Warnung der USA erhielt bei den Medien in Europa wenig Aufmerksamkeit außer in Britannien, wo die Bourgeoisie schon lange hin und her gerissen ist zwischen der Treue zu ihren amerikanischen Vettern und dem Verfolgen ökonomischer Interessen auf dem Kontinent. Letzten Endes arbeitete Blair einen „Kompromiss" aus, der einfach eine Machtprobe vertagte.

In einer Stellungnahme zu den Nizza-Protesten auf ihrer Website erklärte die LCR, dass die vorgeschlagene Militärstreitmacht „gegen das Volk" gerichtet sein werde. Aber das wirkliche Problem für diese Sozialchauvinisten ist, dass Europa gezwungen wäre, militärisch „an der Seite und unter Aufsicht der Vereinigten Staaten" zu intervenieren. Der ideologische Kniefall der Pseudolinken vor dem Imperialismus spiegelt ihre langjährige Unterstützung für den westlichen Imperialismus gegen die Sowjetunion im Namen von „Demokratie" und „Menschenrechten" wider. Heute agiert die reformistische und zentristische Linke in Europa immer mehr als Sprecher für die Interessen ihrer eigenen imperialistischen Bourgeoisien gegen Washington.



Reuters

Demonstranten, unterwegs zum Protest in Nizza und von Frankreich am Überschreiten der Grenze gehindert, wurden von italienischen Bereitschaftsbullen angegriffen

Während der Bombardierung Serbiens war die Linie der LCR ein Echo auf das imperialistische Kriegsgeschrei über das „arme kleine Kosovo". Ihre Zeitung *Rouge (l.* April 1999) veröffentlichte einen „Aufruf von Personen der Öffentlichkeit", der vom LCR-Führer Daniel Bensaid mit unterzeichnet war und dessen zentrale Losung eine Intervention militärischer Streitkräfte unter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) forderte:

> „Die NATO war weder die einzige noch die beste Stütze für das Zustandekommen eines Abkommens. Man hätte im Rahmen der OSZE die Bedingungen für eine multinationale Polizeieinheit (vor allem zusammengesetzt aus Serben und Albanern) herstellen können, um ein Übergangsabkommen umzusetzen."

Eine ähnliche Stellungnahme wurde in Britannien unterzeichnet von Alex Callinicos von der SWP.

Jetzt fordern diese Sozialchauvinisten die EU-Imperialisten dazu auf, im Nahen Osten unter dem Deckmantel der „Unterstützung" für das unterdrückte palästinensische Volk gegen das von den USA unterstützte zionistische Regime zu intervenieren. Die SPEB - Cliff-Anhänger - unterzeichnete ein gemeinsames Flugblatt für eine Demonstration in Paris am 28. Oktober 2000, das den folgenden Aufruf enthielt:

> „Wir verlangen sinnvolle Sanktionen gegen den Staat Israel von der französischen und den europäischen Regierungen und einen vollkommenen Bruch in jeder militärischen, universitären, kulturellen, technologischen und ökonomischen Kooperation. Wir verlangen, dass die Europäische Union den Assoziationsvertrag, der sie an den Staat Israel bindet, bricht."

Dann unterschrieb die LCR eine Erklärung gemeinsam mit der KPF, den Grünen und der pseudo-trotzkistischen Gruppe Lutte Ouvri re (LO), die einen Appell richtet an „die Führer der Europäischen Union und die französischen Behörden, die deren Präsidentschaft übernehmen, ein Maximum an Druck auf die israelische Regierung auszuüben, solange sie weiter gegen internationales Recht und die UN-Resolutionen verstößt" *(Le Monde,* 5. November).

Frankreichs „Traditionen" im Nahen Osten werden veranschaulicht durch die brutale Niederschlagung des Unabhängigkeitskampfes in Syrien in den 20er-Jahren, einschließlich der Bombardierung von Damaskus aus der Luft und mit Artillerie 1925. Die SPEB und die LCR richten ihre Appelle zu intervenieren an die gleichen französischen Imperialisten, die 1956 gemeinsam mit Britannien einen Krieg im Bündnis mit dem zionistischen Israel gegen Nassers Ägypten begannen mit dem Ziel, die Nationalisierung des Suez-Kanals rückgängig zu machen. Damals stellten sich die USA gegen die Invasion von Frankreich/Britannien und bekräftigten damit ihre Rolle als imperialistische Hauptmacht im Nahen Osten (und als Herren über dessen riesige Ölreserven) gegen dessen frühere Kolonialherren. Heute, wo sich Frankreich über Washingtons vorherrschende Rolle im Nahen Osten aufregt, setzen sich die LCR und die Cliff-Anhänger für die Ambitionen der EU-Imperialisten gegen deren amerikanische Rivalen ein.

Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

Trotz eines gelegentlich linkeren Auftretens lief auch die rechtszentristische britische Gruppe Workers Power (WP) während des Kalten Krieges den konterrevolutionären Kräften von der polnischen Solidarnoœæ bis zu Russlands Jelzin hinterher und setzte sich auf dem Balkan für die Kriegsziele der NATO-Imperialisten ein. WP machte ganz offen eine Kampagne für die Niederlage der serbischen Kräfte durch die Kosovo-Befreiungsarmee - ein Werkzeug des NATO-Imperialismus -, teilte in London die Plattform mit begeisterten Anhängern def NATO-Bombardierung und bejubelte den Rückzug der serbischen Truppen aus dem Kosovo unter den Waffen der imperialistischen Mächte.

Das ist völlig im Einklang mit der unterwürfigen Treue von WP zu Labour, wobei WP auch die Amtseinführung von Blairs Regierung unterstützt hat. WP kam nach Nizza mit ihrer eigenen alternativen Charta von reformistischen Forderungen. In ihrem Aufruf für Nizza auf ihrer Website vom 20. November würzte WP ihr opportunistisches Programm mit der Straßenkämpferrhetorik des anarchistischen Milieus und erklärte, die Aufgabe sei es, „den Gipfel zu umzingeln und durch direkte Aktion davon abzuhalten, dass er seine erklärten Ziele erreicht". Ein Führer der mit WP verbundenen französischen Gruppe Pouvoir Ouvrier (PO), der wie ein chauvinistischer Veteran des Stellungskriegs und der Senfgasangriffe aus dem Ersten Weltkrieg klang, trompetete

Fortgesetzt auf Seite 28

SPD/Grüne rüsten...

Fortsetzung von Seite 1

mehr nötig. Die NATO-Streitkräfte wurden reduziert und die großen Militärbudgets für die Aufrechterhaltung der umfangreichen Truppenkontingente in Europa sind nicht länger notwendig. So hat Italien seine Armee verkleinert und Frankreich die Wehrpflicht abgeschafft. Wenn auch verringert, wird inzwischen die Präsenz der US-geführten NATO in Europa nicht nur von Deutschland zunehmend als lästig empfunden. Die dominierende Rolle der USA in Südeuropa - im Krieg gegen Serbien 1999 und zuvor im Bosnienkrieg 1995 - vertiefte diesen Groll der europäischen Imperialisten und führte zu den Diskussionen über eine *europäische* Militärtruppe.

Frauen und Bundeswehr

Als Teil der Bundeswehrreform wurde das reaktionäre erniedrigende Verbot durch das Grundgesetz, Frauen „dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten", abgeschafft und damit wurden alle Bereiche der Bundeswehr auf freiwilliger Basis für Frauen geöffnet. Anlass war die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gegen dieses Verbot. Jetzt will die Bourgeoisie ihr demokratisches Ansehen aufpolieren - nahezu alle Armeen Europas sowie auch die US-Army haben Frauen in ihren Einheiten. Außerdem kann so der Mangel an Berufssoldaten besser behoben werden. So erklärte *Der Spiegel* (11. September 2000):

> „Die Organisation [Bundeswehr] hat ihre Chance erkannt, mit der sich verändernden Gesetzeslage dramatische Personalengpässe auszugleichen, vor allem in den Bereichen Technik, Logistik und Fernmeldewesen - derzeit fehlen rund 7000 Unteroffiziere und 2000 Zeitoffiziere. Seit für die Auslandseinsätze immer mehr Freiwillige benötigt werden, mangelt es an geeigneten Bewerbern."

Wir Kommunisten sind Gegner der bürgerlichen Armee, der Wehrpflicht und jeder Verstärkung der Armee. Aber genauso wie wir gegen jede Form der Diskriminierung in der „zivilen" bürgerlichen Gesellschaft kämpfen, sind wir gegen Diskriminierung in der Armee. Das bisherige Verbot gegen Frauen, Dienst an der Waffe zu leisten, ist direkter Ausdruck der Unterdrückung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft, institutionalisiert in der bürgerlichen Familie, in der Frauen gefälligst ihren Platz am Herd einnehmen und sich um die Aufzucht der nächsten Generation Kanonenfutter kümmern sollen. Wir Kommunisten kämpfen gegen jede Art der Diskriminierung von Frauen und für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution: die Ersetzung der Funktionen der Institution Familie, z.B. durch die Vergesellschaftung der Kindererziehung und Hausarbeit, um damit die Basis für die unbegrenzte Teilnahme der Frauen am gesellschaftlichen Leben zu schaffen.

Mit der Diskriminierung von Frauen geht die Diskriminierung von Homosexuellen einher, die ebenso in der bürgerlichen Institution der Familie wurzelt. Als von einem Bundeswehroffizier bekannt wurde, dass er homosexuell ist, wurde er unverzüglich strafversetzt. Er klagte gegen diese Diskriminierung. Kriegsminister Scharping erklärte dazu: „Homosexuelle seien als Führungskräfte ungeeignet, weil ihnen der Respekt verweigert würde" *(Neues Deutschland,* 8. Juni 1999). Das ist exakt der homophobe reaktionäre Dreck, der in der Armee, als einem Mikrokosmos der bürgerlichen Gesellschaft, konzentriert zum Ausdruck kommt. Übrigens: Friedrich II. (der Große) - Idol des deutschen Militarismus, der in Scharpings Kreisen großen Respekt genießt - war offen homosexuell.

Die Aufhebung des Verbots gegen Frauen, Dienst an der Waffe zu leisten, führte zu einer Debatte in der PDS. Die Mehrheit der PDS-Bundestagsfraktion ist dagegen, mit dem Hauptargument, sie seien ja „Antimilitaristen". So hatte z.B. schon die abrüstungs- und friedenspolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Heidi Lippmann am 14. Juli 1999, als Frauen zum Wachdienst in der Bundeswehr zugelassen werden sollten, erklärt: „Die PDS lehnt den Dienst von Frauen an der Waffe generell ab." Das ist faktische Unterstützung der Diskriminierung von Frauen! Die PDS-Bundestagsabgeordnete Christine Schenk sprach sich dagegen vehement für die Abschaffung des Verbots aus: „Auch hat man festgestellt, dass Maßnahmen präventiver Diplomatie der UNO, inclus, humanitärer Blauhelm-Einsätze, von denen es durchaus einige gibt, die diese Bezeichnung verdienen, umso besser gelingen, je höher der Anteil von Frauen an ihrer Planung und Durchführung ist" *(Disput,* Oktober 1999). Angewandt auf die Bundeswehr argumentiert Schenk also, dass diese ein effizienteres Instrument für den deutschen Imperialismus sein wird, wenn Frauen den Zugang haben. Worin sich *beide* Seiten einig sind, ist die Forderung für „den sozialverträglichen Abbau der Bundeswehr auf eine vorerst 100.000-Personen-Armee" („100.000 sind genug - Konzept der PDS zur Zukunft der Bundeswehr"). Sprich: Ihr „Antimilitarismus" heißt nicht, dass sie gegen die imperialistische Armee sind, sie wollen nur eine kleinere Ausgabe davon!



Jewgeni Chaldei

Rote Fahne auf dem Reichstag, 1945. Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!

Die pseudotrotzkistische Sozialistische Alternative Voran (SAV) hat nichts gegen das Verbot gegen Frauen einzuwenden und sagt zu dessen jetziger Aufhebung: „Ist die Emanzipation dann erreicht, wenn Frauen alles das tun dürfen, was auch Männer tun? Wir kämpfen nicht um Gleichberechtigung um der Gleichberechtigung willen, sondern um ein menschenwürdiges Leben, in dem Bedürfnisse zählen. Krieg ist genauso wenig ein Bedürfnis von Männern wie von Frauen" *(Voran,* Februar 2000). Mit dem scheinheiligen Argument, Krieg sei kein Bedürfnis von „Männern wie von

Frauen", verteidigt die SAV hier die *Diskriminierung* von Frauen, die auf Schritt und Tritt in dieser kapitalistischen Gesellschaft eben nicht „das tun dürfen, was auch Männer tun". Doch der Kampf gegen jede Form von Diskriminierung, welche Schicht der Gesellschaft sie auch betreffen mag, für „Gleichberechtigung um der Gleichberechtigung willen" ist ein Schlüssel, um das Proletariat zum Sturz dieser kapitalistischen Gesellschaft zu führen.

Das Grundgesetz wurde nun dahingehend geändert, dass Frauen „auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe gezwungen werden" dürfen. Im Kriegsfall können Frauen sowieso zwangsverpflichtet werden, ob mit Waffe oder ohne. Die Wehrpflicht von Frauen ist nicht generell unvereinbar mit bürgerlicher Herrschaft, wie das Beispiel Israels zeigt. Der Bourgeoisie ist es generell egal, wen sie auf dem Schlachtfeld verbluten lässt. Aber ein Krieg, in dem auch viele Frauen in Leichensäcken nach Hause kommen, birgt für die Bourgeoisie die Gefahr einer ungeheuren Destabilisierung der gesamten Gesellschaft. Einhergehend mit unserem Kampf gegen imperialistischen Krieg kämpfen wir gegen die Wehrpflicht, mit der die Bourgeoisie die Arbeiterjugend zwingt, ihr im Militär zu dienen. So würden wir als revolutionäre Marxisten uns niemals freiwillig für die Armee der herrschenden Kapitalistenklasse melden. Wenn wir aber eingezogen werden, gehen wir gemeinsam mit unserer Klasse. Denn wir wissen: In einer revolutionären Situation ist es entscheidend, die Armee zu spalten und die Arbeiter in Uniform für die Revolution zu gewinnen.

Lenin erklärte 1916 im Ersten Weltkrieg:

> „Heute militarisiert die imperialistische - und andere - Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie meinetwegen die Frauen militarisieren. Wir antworten darauf: Desto besser! Nur immer schneller voran - je schneller, desto näher ist der bewaffnete Aufstand gegen den Kapitalismus...
>
> Es war ein bürgerlicher Beobachter der [Pariser] Kommune, der im Mai 1871 in einer englischen Zeitung schrieb: ‚Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestünde, was wäre das für eine schreckliche Nation.' Die Frauen und die Jugend vom 13. Jahr an kämpften während der Kommune neben den Männern, und es wird nicht anders sein in kommenden Kämpfen um die Niederwerfung der Bourgeoisie" („Das Militärprogramm der proletarischen Revolution", 1916).



VAAP

Als „Nachthexen" wurden sie von der Nazi-Wehrmacht gefürchtet: Lily Litvak (links), heroische jüdische Kampfpilotin der Roten Armee, mit Genossinnen

Die Armee als Mikrokosmos der rassistischen bürgerlichen Gesellschaft

Jede Art von Diskriminierung zeigt sich zugespitzt unter den sowieso zutiefst repressiven Verhältnissen der Armee, und zwar nicht nur in Bezug auf Diskriminierung gegen Frauen - eine staatliche Politik, die die in der bürgerlichen Gesellschaft (und vorhergehenden Klassengesellschaften) vorherrschende reaktionäre Meinung ausdrückt, dass Frauen biologisch und intellektuell den Männern unterlegen seien -, sondern auch in Bezug auf Rassismus, Hetze gegen Homosexuelle, überhaupt alles, was in der kapitalistischen Gesellschaft als Ganzes schwärt. Es zeigt den zutiefst rassistischen Charakter dieser Gesellschaft, dass Jugendliche der zweiten und dritten Generation, deren Eltern, Großeltern oder Urgroßeltern aus der Türkei eingewandert sind, in der Regel keinen deutschen Pass kriegen. Diese Jugendlichen werden dann in die türkische Armee eingezogen, also in ein fremdes Land, dessen Sprache sie häufig nicht einmal sprechen können!

Wir sind prinzipielle Gegner der Bundeswehr und der Wehrpflicht, aber so wie wir in der bürgerlichen Gesellschaft als Ganzes gegen Rassismus und Nationalismus kämpfen, die dazu dienen, die multiethnische Arbeiterklasse zu spalten und sie an ihre eigenen Ausbeuter zu ketten, so kämpfen wir auch gegen rassistische Diskriminierung in der Armee und beim Zugang zur Armee. Eingewanderte Arbeiter sind ein strategischer Bestandteil des Proletariats und ein Schlüssel für die Revolution in Deutschland. Die Arbeiterbewegung wird gemeinsam vorwärts gehen oder aber getrennt

Fortgesetzt auf Seite 12

Spartakist-Veranstaltungen in Berlin

Wahlen in Serbien: Made in USA and Germany!

Sonntag, 14. Januar, 13 Uhr

Seniorentreff, Gudrunstr. 8

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Dienstag, 13. März, 18 Uhr

KATO (U-Bahnhof Schlesisches Tor)

Kontakt: (030) 4 43 94 00

SPD/Grüne rüsten...

Fortsetzung von Seite 11

zurückgeschlagen werden. Sie muss kämpfen für: *Volle Staatsbürgerrechte fiir alle Immigranten!*

Aufgrund des neuen von der SPD eingeführten rassistischen Staatsbürgerschaftsgesetzes, das Immigranten und Jugendliche der zweiten und dritten Generation bestenfalls zu Bürgern zweiter Klasse macht, werden diese Jugendlichen in Zukunft in die Bundeswehr gezogen. „Nach einer Hochrechnung wird in zehn Jahren jeder Achte, der zum Grundwehrdienst herangezogen wird, ausländischer Herkunft sein-jährlich etwa 12 000 junge Männer" *(Der Spiegel,* 30. Oktober 2000). Diese Jugendlichen, die in Deutschland tagtäglicher Diskriminierung und antitürkischem und antikurdischem Rassismus ausgesetzt sind, werden in der Bundeswehr noch viel verschärfter diskriminiert werden, sollen aber gleichzeitig mit der Waffe in der Hand für die Bourgeoisie kämpfen.

Um diesen potenziellen Sprengsatz unter Kontrolle zu halten, erklärt die „Innere Führung" der Bundeswehr unter der Überschrift: „Multikultur in der Bundeswehr": „Allen Formen von Diskriminierung haben sie (die Vorgesetzten) energisch entgegenzutreten, notfalls mit Disziplinarmaßnahmen. Genauso entschieden sind Disziplinlosigkeit und Verstöße gegen die dienstliche Ordnung, die aus spezifischen Eigenheiten dieser Gruppe herrühren, zu unterbinden." Dürftig abgedeckt mit Antidiskriminierungs-Phrasen, ist das eine Anweisung, die ganzen Zwangsmaßnahmen, über die die Armee verfügt, „entschieden" gegen diese Jugendlichen einzusetzen, um sie fertig zu machen, zu gefügigem Kanonenfutter zu machen.

Der Titel des Papiers der „Inneren Führung" (3/2000) ist bezeichnenderweise „Muslime in den Streitkräften". Das ist ein Codewort, mit dem tagtäglich rassistisch gegen Immigranten aus der Türkei und ihre Kinder und Enkel gehetzt wird, sie seien „fundamentalistisch" und „terroristisch". Bürgerlicher Nationalismus wird in der Armee konzentriert aufgepeitscht, um die Arbeiterjugend auf das Abschlachten ihrer Klassenbrüder aus anderen Ländern vorzubereiten; Hand in Hand damit geht verschärfter Rassismus.

Wenn es Angriffe gegen demokratische Rechte gibt, hat die Arbeiterbewegung ein massives Interesse daran, sie zurückzuschlagen. Der Fall Dreyfus war Ende des 19. Jahrhunderts eine Testfrage der Arbeiterbewegung über die Verteidigung der demokratischen Rechte für alle Minderheiten. Dreyfus, ein jüdischer Offizier in der französischen Armee, wurde in einem abgekarteten Spiel wegen Spionage angeklagt und inmitten einer hysterischen antisemitischen Kampagne eingekerkert. Dies brachte Frankreich an den Rand eines Bürgerkriegs. Wir stehen mit dem Teil der sozialistischen Bewegung jener Zeit, der Dreyfus verteidigte.

Imperialistischer Krieg zur Unterjochung des Balkans

Der Balkankrieg, der erste Kriegseinsatz der Bundeswehr seit der Zerschlagung Nazideutschlands durch die Rote Armee, traf auf viel Unmut in der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung. Unentbehrlich für die Bourgeoisie war die bürgerliche Arbeiterpartei SPD an der kapitalistischen Regierung, die es schaffte, ihrer Arbeiterbasis den Krieg reinzuwürgen, was der CDU wahrscheinlich so nicht gelungen wäre. Dennoch gab es Proteste, und hier eilte die zweite sozialdemokratische Partei PDS der Regierung zu Hilfe, um diese Proteste in giftigen nationalistischen Antiamerikanismus zu kanalisieren. Der wesentliche Grund für ihre Opposition gegen den Balkankrieg war, dass er von der l/S-dominierten NATO geführt wurde (siehe: „PDS: keine Alternative zu SPD-Kriegstreibern", *Spartakist* Nr. 140, Sommer 2000). Das heißt die PDS versucht die Arbeiterklasse zu täuschen, dass ihr Hauptfeind der US-Imperialismus und nicht ihre „eigene" imperialistische herrschende Klasse ist. Der Antiamerikanismus der PDS soll ihre eigene Unterstützung für die Ziele des deutschen Imperialismus verschleiern. Daher erklärt sie jetzt auch: „Die PDS strebt die Auflösung der Militärbündnisse NATO und WEU an. Sie sollen ersetzt werden durch eine aufzubauende neue europäische Sicherheitsarchitektur unter dem Dach der OSZE" (PDS-Bundeswehrkonzept). Die OSZE ist eine von den europäischen Imperialisten, allen voran Deutschland, dominierte Agentur.

Der Balkankrieg war ein Test für Revolutionäre, und die überwiegende Mehrheit der Pseudolinken in diesem Land fiel mit Pauken und Trompeten durch. Sie unterstützten in der einen oder anderen Weise die Ziele ihrer eigenen Bourgeoisie nach Vorherrschaft auf dem Balkan und übernahmen deren Lüge, dass es um die Verteidigung des „armen kleinen Kosovo" gehe. Unsere internationale Partei intervenierte: „Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution - verteidigt Serbien!" Ohne der Milosevic-Regierung irgendeine politische Unterstützung zu geben, kämpften wir gegen unsere eigene Bourgeoisie, die gemeinsam mit den anderen Imperialisten ein kleines kapitalistisches Land in den Boden bomben wollte, um den Balkan für ihre Zwecke zu „stabilisieren". Heute fordern wir: *Alle NATO/Bundeswehr'/UN/'OSZE-Truppen raus aus dem Balkan!*

Für die deutsche Bourgeoisie war der Krieg auch ein Test, mit für sie demütigenden Resultaten. „Im Gefolge des Kosovo-Krieges stieß die Öffentlichkeit auch auf einen anderen Sachverhalt, mit dem bis dahin nur die Fachleute vertraut waren: Die europäischen NATO-Partner sind, was die Ausrüstung ihrer Streitkräfte mit modernen Hochtechnologie-Waffen, Führungsmitteln und Kommunikationssystemen anbelangt, weit hinter die Amerikaner zurückgefallen" (Bericht der „Weizsäcker-Kommission", 23. Mai 2000).

Unter der Oberfläche der Einheit des imperialistischen NATO-Bündnisses kam es während des Balkankrieges zu einer Verschärfung der Rivalitäten. Noch während die Bomben fielen, beschloss die Europäische Union den Aufbau einer gemeinsamen Streitmacht, sowohl um das Gewicht der europäischen Imperialisten in der NATO zu verstärken als auch um gegebenenfalls unabhängig von der NATO Krieg führen zu können. Das führte zu scharfen Spannungen zwischen der EU und den USA, die den Aufbau eines potenziell rivalisierenden Militärbündnisses verhindern möchten. So fragte die *New York Times:* „Und werden sie [EU] ihre Truppe so einsetzen, dass sie die NATO, das von den Vereinigten Staaten geführte Bündnis, auf dessen Hauptrolle

für die europäische Sicherheit Washington besteht, verstärkt und nicht unterminiert?" (21. November 2000).

Schröder behauptete, „das integrierte Europa ist die Antwort auf Faschismus, Diktatur und Krieg" *(Der Spiegel,* 4. Dezember 2000). Dies soll ideologische Rechtfertigung sein sowohl für das massive Rüstungsprogramm im europäischen Rahmen als auch für die EU selbst, die der deutsche Imperialismus als zentral für seine Pläne ansieht. Aber die Europäische Union ist ein Handelsblock zwischen rivalisierenden imperialistischen Mächten, gerichtet sowohl gegen die arbeitenden Massen Europas als auch gegen die imperialistischen Rivalen USA und Japan. Diese interimperialistischen Rivalitäten traten auch beim kürzlichen Treffen in Nizza zu Tage, als es beispielsweise zu Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Deutschland über die Stimmengewichtung innerhalb der EU kam. Dahinter stand auch die Streitfrage der Osterweiterung der EU, die den Einfluss Deutschlands massiv stärken wird, da diese Länder ökonomisch vom deutschen Imperialismus massiv abhängig sind. „Wer führt die Europäer?", fragte *Der Spiegel* (20. November 2000). Da der Kapitalismus auf der Basis einzelner Nationalstaaten organisiert ist, ist ein kapitalistisches „vereinigtes" Europa nur möglich mit der Methode von Hitlers Panzern. Wir erklären als proletarische Internationalisten: *Nieder mit Maastricht! Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!*


Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Dietz Verlag

Flugblatt des heroischen Revolutionärs Karl Liebknecht vom Mai 1915

Nieder mit bürgerlicher Armee und Wehrpflicht!

Die öffentlichen Diskussionen, ob eine Wehrpflichtigenarmee überhaupt noch „nötig" ist, wecken vielleicht Illusionen in der Jugend, dass die Welt wirklich „friedlicher" geworden sei, dass der verhasste Wehrdienst wegfällt oder es einfacher wird, darum herum zu kommen. Aber die Diskussionen gehen nur darum, dass Teile der Bourgeoisie es *zurzeit* für effizienter halten, eine qualifizierte Berufsarmee aufzubauen, die politisch zuverlässiger wäre und bei Bedarf als Kern einer wehrpflichtigen Massenarmee dienen würde. Gleichzeitig erinnern sie sich an die massiven Proteste gegen die Einführung der Wehrpflicht 1956 und fürchten, dass es schwierig sein könnte, eine einmal abgeschaffte Wehrpflicht bei Bedarf wieder einzuführen. *Wir Kommunisten erklären: Nieder mit der Wehrpflicht!*

Natürlich gehen Kommunisten nicht als Freiwillige in die bürgerliche Armee. Aber in Deutschland gibt es heute die Wehrpflicht, und wenn die Bourgeoisie, die die Staatsgewalt hat, dich zwingt, wirst du auf jeden Fall *irgendwohin gehen.* Konkret heisst das: Entweder sie zwingen dich in die Bundeswehr oder in den so genannten Zivildienst oder aber bei Totalverweigerung schmeißen sie dich in den Knast. Wenn wir also zur Bundeswehr gezogen werden, gehen wir, so wie auch die Mehrheit der proletarischen Jugend geht. Unsere Partei hat eine Perspektive dafür, die einfachen jungen Soldaten, die aus ihrem Leben herausgerissen, unterdrückt, gedemütigt und darauf abgerichtet werden sollen, im Krieg als Kanonenfutter zu enden, für unser revolutionäres Programm zu gewinnen. Wir wissen, dass in einer revolutionären Situation der Schlüssel zum proletarischen Sieg darin besteht, die Wehrpflichtigenarmée entlang der Klassenlinie zu spalten.

Wir verteidigen jeden, der vom Staat verfolgt wird, weil er sich nicht der Zwangseinberufung unterwerfen will. Aber was bedeutet Verweigerung? Erstmal: Auch Zivildienst ist Zwangsdienst. Du kriechst also zu Kreuze und erklärst dich als gewaltlos (und hast später vor Gericht Probleme, auf Notwehr zu plädieren, wenn du dich etwa gegen einen Nazi zur Wehr gesetzt hast), um den einen Zwang gegen den anderen einzutauschen. Zivildienstleistende werden zentral benutzt für Lohndrückerarbeiten, um qualifizierte gewerkschaftliche Jobs zu vernichten. Und im Kriegsfall macht es keinen Unterschied: Du wirst genauso eingezogen. Die Vorstellung: „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin", ist pure Utopie. Und was die so genannte „Totalverweigerung" betrifft: Sie ist keine Alternative. So verständlich diese Haltung auch sein mag als eine Opposition aus dem Bauch



Fortgesetzt auf Seite 14

SPD/Grüne rüsten...

Fortsetzung von Seite 13

heraus gegen diese bürgerliche Armee, sie hilft letztlich nur dem Staat. Denn diese jungen Armeegegner setzen sich buchstäblich selbst außer Gefecht, sie müssen langwierige Prozesse führen, landen im Gefängnis oder müssen das Land verlassen und geben so selbst die Gelegenheit auf, andere junge Wehrpflichtige von ihrer Opposition gegen diese Armee zu überzeugen. Im Grunde ist die politische Logik der Kriegsdienstverweigerung ganz im Sinne der Bourgeoisie, die „Unruhestifter" entfernen und eine ideologisch homogene bürgerliche Armee will.

Marxisten sind keine Pazifisten, wir sind der Ansicht, dass es viele Dinge gibt, für die es zu kämpfen lohnt: Verteidigung von Streiks, Zerschlagung von Naziaufmärschen, Verteidigung von Frauen und Immigranten gegen reaktionäre und rassistische Angriffe - und den Sturz der rassistischen kapitalistischen Ausbeuterordnung als Ganzes! Lenin polemisierte gegen den Pazifismus wie folgt: „Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, misshandelt und als Sklave behandelt zu werden." Aus diesem Grund sind wir als Kommunisten auch gegen Waffenkontrollgesetze, die den Schlägern des bürgerlichen Staats und außerstaatlichen Kriminellen das Waffenmonopol geben.

Die junge revolutionäre Komintern legte fest:

> „Die Pflicht zur Verbreitung der Kommunistischen Ideen schließt die besondere Verpflichtung zu einer nachdrücklichen systematischen Propaganda im Heere in sich. Wo diese Agitation durch Ausnahmegesetze unterbunden wird, ist sie illegal zu führen. Der Verzicht auf eine solche Arbeit würde einem Verrat an der revolutionären Pflicht gleichen und mit der Zugehörigkeit zur III. Internationale unvereinbar sein." („Leitsätze über die Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale", II. Weltkongress der Komintern, 1920)

PDS und „Antimilitarismus"

Die PDS ist einer Meinung mit der Regierung, dass eine Bundeswehrreform überfällig ist: „Die Erörterung neuer Bundeswehr-Konzepte kommt zehn Jahre zu spät. Nach dem Ende des Kalten Krieges hätte eine solche gesellschaftliche Auseinandersetzung stattfinden müssen" (PDS-Bundeswehrkonzept). Was die PDS zynisch mit „Ende des Kalten Krieges" beschreibt, markiert die konterrevolutionäre Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion. Wir Spartakisten verteidigten diese Staaten bedingungslos militärisch gegen die Imperialisten und innere Konterrevolution. Darauf basierend kämpften wir in der beginnenden proletarisch-politischen Revolution 1989/90 für ein Rotes Rätedeutschland: Sturz der stalinistischen Bürokratie in der DDR durch eine politisch-proletarische Revolution und im Westen Sturz des imperialistischen Staates durch eine soziale Revolution, d. h. Enteignung der Kapitalisten. Wir waren die einzige Partei, die gegen die Konterrevolution, die kapitalistische Wiedervereinigung, kämpfte.

Die SED/PDS-Führung dagegen fürchtete die Arbeiterklasse mehr als die Kapitalisten. Sie lösten alle Armeeeinheiten auf, die unter dem Einfluss unserer Propaganda Soldatenräte gründeten, sie entwaffneten die Betriebskampfgruppen, um zu verhindern, dass die ostdeutschen Arbeiter sich gegen den Ausverkauf ihrer Betriebe zur Wehr setzen. Die PDS entwaffnete die Arbeiterklasse nicht nur militärisch, sondern vor allem politisch: Sie predigte die Unvermeidbarkeit der Marktwirtschaft, d.h. des Kapitalismus. Nachdem die sowjetische Bürokratie unter Gorbatschow das entscheidende grüne Licht gegeben hatte, tat die SED/PDS alles, was in ihrer Macht stand, um die kapitalistische Wiedervereinigung voranzutreiben. Die Konterrevolution in der DDR stärkte den deutschen Imperialismus und lässt ihn noch gieriger nach einer Weltmachtrolle streben. Schon das allein sollte jeden angeblichen „Antimilitarismus" der PDS disqualifizieren.

Nachdem die Rote Armee 1945 das Naziregime zerschlagen hatte, wurde die Sowjetunion zunehmend mit den Feindseligkeiten der Imperialisten im ersten Kalten Krieg konfrontiert. Die sowjetischen Stalinisten führten eine Reihe von sozialen Umwandlungen in Osteuropa durch - aus ihren eigenen Gründen und mit ihren eigenen bürokratischen Methoden -, in deren Folge die DDR und die anderen deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas entstanden. Im Zweiten Weltkrieg haben wir Trotzkisten den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion bedingungslos militärisch verteidigt. Im Krieg *zwischen* den imperialistischen Staaten - unabhängig davon, ob diese von einer faschistischen oder bürgerlich-demokratischen Regierung geführt wurden - hatten wir keine Seite, sondern kämpften für deren Sturz durch Arbeiterrevolution. Wie der amerikanische Trotzkist James P. Cannon erklärte: „Verteidigung und Defätismus sind zwei grundsätzliche, das heißt unversöhnliche, Positionen. Sie werden nicht durch willkürliche Wahl, sondern durch Klasseninteressen bestimmt... Die Verteidiger des eigenen Landes waren Defätisten gegenüber Russland. Die Verteidiger Russlands waren Defätisten gegenüber ihrem eigenen Land" („Wir sind die Partei der Russischen Revolution!", 1939). Es ist daher kein Zufall, sondern logische Konsequenz, dass die PDS, die für die Konterrevolution 1990 war, heute für Vaterlandsverteidigung ist, während wir für den Sturz des Imperialismus kämpfen.

Die PDS strebt heute eifrig nach Regierungsverantwortung auf nationaler Ebene, hat sie aber noch nicht und gibt sich daher gerne regierungskritisch, auch in Bezug auf die Bundeswehr, vor allem um Jugendliche an sich zu binden, die von SPD/Grünen angeekelt sind. So sagt sie: „Die PDS lehnt den Umbau der Bundeswehr zu einer hochmobilen, weltweit einsetzbaren Interventionsarmee ab. *Der Auftrag der Streitkräfte soll strikt auf die territoriale Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland bzw. die kollektive Verteidigung im Rahmen des NATO-Bündnisses begrenzt werden"* (PDS-Bundeswehrkonzept).

Die PDS propagiert also eine Scheidelinie zwischen „territorialer Verteidigung" des kapitalistischen Staates und Auslandseinsätzen. Und das wird von der gesamten Pseudolinken wiedergegeben, die alle gegen den Umbau der Bundeswehr in eine „Interventionsarmee" lamentieren. Als ob die bisherige Bundeswehr nicht für „Interventionen" - besonders gegen DDR und Sowjetunion - da war. *Es gibt diese Scheidelinie nicht!*

Die PDS behauptet hier nicht nur, es könne eine „gute" imperialistische Armee geben, die innerhalb der jetzigen deutschen Grenzen bleibt, sondern sie belügt die Arbeiter auch über den grundlegenden Charakter des deutschen und jedes modernen Kapitalismus. In Lenins Worten ist der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus. Er ist gekennzeichnet durch- „das Streben nach Monopolen, nach Eroberungen von Gebieten für Kapitalanlagen, als Rohstoffquellen usw." *(Sozialismus und Krieg).* Zum Beispiel beutet der deutsche Imperialismus Arbeiter überall auf der Welt aus: Volkswagen hat Fabriken in Brasilien, Südafrika, Spanien, Mexiko, China und Tschechien. Die deutschen Banken saugen das Blut aus den Arbeitern in ganz Asien, wo sie als zweitgrößter „Kreditgeber" Superprofite einstreichen. Da jedes imperialistische Land in diesem Streben nach Monopolen Märkte erobern muss, die schon von einem



YIVO Institute

Trotzki (in der Mitte) 1924 mit jungen Männern und Frauen der Roten Armee, die die junge Sowjetrepublik im Bürgerkrieg gegen kapitalistische Armeen verteidigte

anderen imperialistischen Land kontrolliert und ausgeplündert werden, kommt es über kurz oder lang unweigerlich zu Kriegen zwischen den imperialistischen Mächten, wie wir im letzten Jahrhundert zweimal sehen konnten. Es sei denn, die Imperialisten werden durch Arbeiterrevolution gestürzt und Arbeiterräte organisieren die Gesellschaft auf der Basis einer internationalen Planwirtschaft.

Die PDS erklärt: „Unser Land ist gegenwärtig und auf absehbare Zeit von niemandem bedroht" (PDS-Bundeswehrkonzept). Und das ist der Schlüssel für die gesamte PDS-Politik: Die PDS steht zur „Verteidigung des Vaterlands" bereit, sobald sie denn eine „Bedrohung" sähe. In Cottbus versammelte sich die PDS geeint und geschlossen hinter dem Parteitagsslogan „dass ein gutes Deutschland blühe".

Die Parole der neuen Vorsitzenden Zimmer: „Ich liebe Deutschland", ist eine programmatische Erklärung, dass die PDS jetzt endlich reif ist, Deutschland zu regieren, und ein Angebot an die SPD, im „deutschen Interesse" mit ihr zu regieren. Petra Pau wiederum setzte dies in rassistische Realpolitik um mit ihren Thesen zur Einwanderung, die praktisch die Konsequenz haben, Immigranten abzuschieben, wenn diese nach sechs Monaten keine Arbeit gefunden haben. Die PDS ist in Lenins Worten sozialchauvinistisch; ihre manchmal linken und sozialen Phrasen dienen nur dazu, die Arbeiterklasse und Jugendliche an die Interessen ihrer eigenen Bourgeoisie zu ketten.

Trotzki erklärte das so:

> „Ein ‚Sozialist', der die nationale Verteidigung predigt, ist ein kleinbürgerlicher Reaktionär im Dienste des faulenden Kapitalismus. Während des Krieges sich nicht an den Nationalstaat ketten,, sich leiten lassen nicht von der Kriegskarte, sondern der Karte des Klassenkampfes, kann nur die Partei, welche dem Nationalstaat schon in Friedenszeiten unversöhnlichen Krieg erklärt hat. Nur wenn sie die objektive reaktionäre Rolle des imperialistischen Staates vollauf begreift, kann die proletarische Vorhut gefeit sein gegen Sozialpatriotismus aller Art. Das bedeutet: der wirkliche Bruch mit Ideologie und Politik der ‚nationalen Verteidigung' ist möglich nur vom Standpunkt der internationalen proletarischen *Revolution."* („Krieg und die Vierte Internationale", 1934)

Die Kommunistische Internationale Lenins und Trotzkis wurde gegründet gegen den Verrat und die Verbrechen der Zweiten Internationale, personifiziert in der SPD, die 1914 zu Beginn des Ersten Weltkriegs auf die Seite ihrer eigenen Bourgeoisie übergegangen war, für die Kriegskredite gestimmt hatte und die Arbeiterklasse für die Kapitalisten auf die Schlachtbank führte. Die gleiche SPD ist es, die heute wieder die Geschäfte des deutschen Imperialismus führt und den Aufbau seiner Armee verwaltet.

Staat und Armee

Für die Bourgeoisie ist es zentral, zukünftige Kriege nicht nur militärisch, sondern auch ideologisch vorzubereiten. Der Kriegsminister redet über „Frieden", um die Armee besser und effektiver aufzurüsten. Um das Ansehen des deutschen Imperialismus nach innen und außen weißzuwaschen, starteten sie ihre heuchlerische „Anti-Nazi"-Kampagne, während der Staatsterror gegen Immigranten und Flüchtlinge unter dieser Regierung *verschärft* wurde (siehe: „SPD/PDS: keine Gegner des Faschismus - SPD/Grüne betreiben rassistischen Staatsterror, Sozialraub und Krieg", *Spartakist* Nr. 141, Herbst 2000). Erinnert euch, dass diese Regierung, während sie den ersten Krieg nach der Zerschlagung des Naziregimes durch die Rote Armee führte, die Propagandalüge verbreitete, es gehe gegen den „Hitler" Milosevic! Die Bourgeoisie verbreitet seit dem Ende der DDR und der Sowjetunion ihre Jubelkampagne über den angeblichen „Tod des Kommunismus", was ein neues friedliches Zeitalter und die ewige Herrschaft der „Demokratie" einläute.

Die SPD/Grünen-Regierung ist eine *bürgerliche* Regierung. Sie verwaltet den bürgerlichen Staat, der das Privateigentum an Produktionsmitteln gegen die Arbeiterklasse schützt. Diese schafft alle Werte in dieser Gesellschaft, die sich die Kapitalisten dann privat aneignen. Auch wenn sich

Fortgesetzt auf Seite 28

IG: Noch immer auf der Suche nach ein paar guten stalinistischen Bürokraten

Der Kampf gegen die kapitalistische Konterrevolution in China ist von größter Bedeutung für jeden, der sich gegen die Verwüstungen des Weltkapitalismus stellt. Die Internationale Kommunistische Liga (IKL) kämpft für die bedingungslose militärische Verteidigung des bürokratisch deformierten Arbeiterstaats China gegen kapitalistische/imperialistische Angriffe und gegen konterrevolutionäre Bewegungen im Innern.

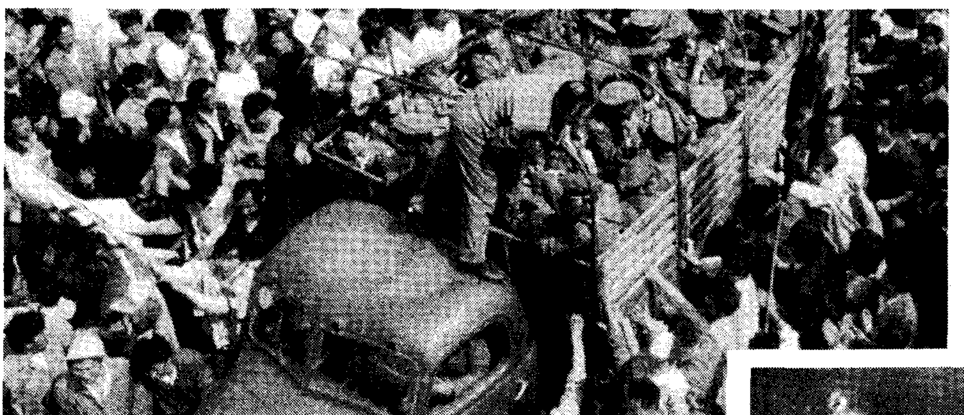
Die Revolution von 1949 stürzte die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer und befreite das Land von imperialistischer Knechtschaft - ein gewaltiger Sieg nicht nur für die chinesischen Arbeiter und Bauern, sondern auch für das internationale Proletariat. Aber die Errungenschaften dieser Revolution, die auf die Schaffung einer geplanten, kollektivierten Wirtschaft zurückgehen, sind zunehmend bedroht, da die Bürokratie der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) imperialistisches und exil-chinesisches Kapital ins Land holt und so ganze Regionen der kapitalistischen Ausbeutung öffnet. Gleichzeitig hat das Beijinger Regime Angriffe auf die „eiserne Reisschüssel" gestartet, die einst jedem Arbeiter einen Arbeitsplatz auf Lebenszeit, Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Ausbildung garantierte.

Über zwei Jahrzehnte prokapitalistischer „Marktreformen" haben die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution innerhalb und außerhalb des Landes gestärkt und ermutigt. Sie haben auch eine steigende Welle von Streiks und Protesten chinesischer Arbeiter und Bauern zur Verteidigung ihres Lebensstandards gegen die verheerenden Folgen kapitalistischer „Marktreformen" ausgelöst. Es ist der Widerstand des kämpferischen Proletariats, der dem Drang der Beijinger Bürokratie, dem Imperialismus noch größere Zugeständnisse zu machen, Einhalt gebietet.

Die Bürokratie, deren Politik der kapitalistischen Konterrevolution den Weg bahnt, bereitet gleichzeitig den Boden für eine neue revolutionäre proletarische Explosion - nicht eine *soziale* Revolution, die wie 1949 die wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft umstürzen würde, sondern eine *politische* Revolution, um die parasitäre herrschende Oligarchie zu stürzen und die Macht in die Hände von Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räten (Sowjets) zu legen. Dringend notwendig ist eine leninistisch-trotzkistische Partei, die das Proletariat zur Eroberung der politischen Macht führt und dies mit dem Kampf für sozialistische Revolutionen in Südkorea, Japan, den USA und der übrigen kapitalistischen Welt verbindet.

Diese revolutionäre Perspektive beruht auf dem Kampf des bolschewistischen Führers Leo Trotzki gegen die bürokratische Kaste, die 1924 in der Sowjetunion durch eine politische Konterrevolution die Macht usurpiert hatte. Die Oktoberrevolution wurde unter der Führung von Lenins und Trotzkis bolschewistischer Partei von einem klassenbewussten Proletariat durchgeführt, das die Machtergreifung als ersten Schritt zur sozialistischen Weltrevolution ansah. Die Isolierung der Sowjetunion, die verpasste revolutionäre Gelegenheit 1923 in Deutschland und die allgemeine Stabilisierung der imperialistischen Ordnung schufen die Voraussetzungen für die Degenerierung der Oktoberrevolution und den Aufstieg einer von Stalin geführten bürokratischen Kaste zur politischen Macht.

Die soziale Umwälzung in China wurde von oben durchgeführt - als Ergebnis des militärischen Sieges von Mao Zedongs KPCh über die schwache, korrupte bürgerlich-nationalistische Guomindang von Chiang Kai-



Peter Turnley

Arbeiter und Studenten verbrüdern sich mit Truppen, die den Tiananmen-Aufstand 1989 niederschlagen sollten, der ein Zeichen war für die beginnende politische Revolution gegen das stalinistische Regime. Nach blutiger Unterdrückung der Proteste richtete sich Beijings Repression gegen die Arbeiter



AP



Der Spiegel



AP

DDR-Ministerpräsident Modrow, sowjetischer Präsident Gorbatschow bahnten der Konterrevolution in der DDR den Weg, billigten Anschluss durch westdeutschen Imperialismus. Deutsche Nationalisten in Dresden mobilisierten mit „Deutschland, einig Vaterland" für kapitalistische Wiedervereinigung

shek, wobei die Basis der KPCh die Bauernschaft war. Die chinesische Bourgeoisie wurde nicht als Klasse zerstört, sondern floh unter anderem nach Taiwan. Maos KPCh hatte keine Perspektive einer Arbeiterrevolution - und tatsächlich spielte das atomisierte chinesische Proletariat keine direkte Rolle in der Revolution. Das Ergebnis war ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat nach dem Modell der Sowjetunion nach ihrer stalinistischen Degenerierung.

Die stalinistische Bürokratie predigte die Idiotie, dass der Sozialismus - eine klassenlose, egalitäre Gesellschaft, auf der Grundlage von materiellem Überfluss - in einem einzigen Land errichtet werden könnte. In der Praxis bedeutete „Sozialismus in einem Land" die Ablehnung der Perspektive einer internationalen Arbeiterrevolution und Konzessionen an den Weltimperialismus, der direkt auf die Zerstörung der UdSSR aus war. Dieser nationalistische Standpunkt spiegelte die beschränkten Interessen der Bürokratie wider, einer zerbrechlichen, widersprüchlichen Kaste, die als Schmarotzer auf der kollektivierten Wirtschaft lastete, zu deren Verteidigung sie sich manchmal gezwungen sah, um ihre eigene privilegierte Position zu erhalten.

Das Wachstum der Planwirtschaft schuf die Grundlage für die Entwicklung der UdSSR von einem wirtschaftlich rückständigen Land zur zweitgrößten Industrie- und Militärmacht der Welt. Gleichzeitig waren die gesteigerten Privilegien, die sich die kleinbürgerliche Bürokratie aufgrund dieses Wachstums leistete, ein Ansporn für Teile dieser Schicht, sich zunehmend mit der kapitalistischen Welt zu identifizieren. In *Verratene Revolution* (1936) erklärte Trotzki unzweideutig: „Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen? So steht jetzt die Frage, von deren Lösung das Schicksal der UdSSR abhängt."

Trotzkis Frage wurde negativ beantwortet, als die kapitalistische Konterrevolution 1991/92 die Sowjetunion zerstörte. Diese welthistorische Niederlage wurde dem Proletariat zugefügt, ohne dass es irgendeinen organisierten Widerstand der sowjetischen Arbeiterklasse gab, die atomisiert und ganz ohne revolutionäre antikapitalistische Führung war und deren Bewusstsein durch Jahrzehnte von stalinistischem Nationalismus und Lügen vergiftet war. Das Elend und die Verwüstung, die daraus folgten, kann man an der Tatsache sehen, dass drei Viertel der russischen Bevölkerung jetzt unter oder knapp über der Armutsgrenze leben, dass bei 50 bis 80 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter geistige oder körperliche Schäden festgestellt werden und dass die Lebenserwartung bei Männern stark gefallen ist. Diese Katastrophe unterstreicht nur die dringende Notwendigkeit für das chinesische Proletariat, sich und die übrige Gesellschaft gegen diese Bedrohung dadurch zu verteidigen, dass es die Beijinger Bürokratie wegfegt.

Anwälte für stalinistischen Ausverkauf

Diese trotzkistische Perspektive ist ganz weit entfernt von derjenigen, die von einem zentristischen Verein namens Internationalist Group (IG) vorgeschlagen wird, deren Kern aus dem ehemaligen *Workers Vanguard-Redakteur* Jan Norden und einer Hand voll anderer besteht, die 1996 unsere Partei verließen. Demoralisiert durch die konterrevolutionären Niederlagen in der UdSSR und Osteuropa, gaben sie in zunehmendem Maße eine proletarisch-revolutionäre Perspektive auf. Stattdessen strebten sie danach, sich fremden Klassenkräften anzupassen - zunächst den Überbleibseln der verräterischen stalinistischen Bürokratie, die den deformierten Arbeiterstaat DDR an den westdeutschen Imperialismus ausverkauft hatte. Als die IG dazu kam, die Frage Chinas in einem Artikel mit der Überschrift „Where

Fortgesetzt auf Seite 18

Spartakist

Ostberlin, Januar 1990: Spartakistin spricht vor 250000 Teilnehmern der antifaschistischen Kundgebung in Treptow, SED-PDS-Chef Gregor Gysi hinter ihr auf der Tribüne. Aus Angst vor organisiertem proletarischem Widerstand gegen kapitalistische Wiedervereinigung beschleunigten SED-Führer den Ausverkauf des Arbeiterstaats DDR



Wladimir Kibaltschitsch

9-ый год издания. — Сентябрь-октябрь 1937 г. Пролетарии всех стран, соединяйтесь!

БЮЛЛЕТЕНЬ ОППОЗИЦИИ

(БОЛЬШЕВИКОВ-ЛЕНИНЦЕВ)

Bulletin de l'Opposition (Bolcheviks-Léninistes)

№ 58-59 БЮЛЛЕТЕНЬ ОППОЗИЦИИ 23

Письмо в Ц. К. ВКП

Письмо, которое я Вам пишу сегодня, я должен был написать уже давно, в тот день, когда «шестнадцать» были убиты в подвалах Лубянки по приказу «отца народов».

Я тогда молчал, я не поднял голоса протеста и при последующих убийствах, и за это я несу большую ответственность. Велика моя вина, но я постараюсь ее загладить, быстро загладить и облегчить этим свою совесть.

Я шел вместе с вами до сих пор — ни шагу дальше. Наши дороги расходятся! Кто теперь еще молчит, становится сообщником Сталина и предателем дела рабочего класса и социализма.

«шпионов и диверсантов, агентов Гестапо и саботажников».

Чтобы Советский Союз, и вместе с ним и все международное рабочее движение не стали окончательно жертвой открытой контрреволюции и фашизма, рабочее движение должно изжить своих Сталиных и сталинизм. Эта смесь из — худшего, ибо беспринципного, — оппортунизма, с кровью и ложью грозит отравить весь мир и уничтожить остатки рабочего движения.

Самая решительная борьба со сталинизмом.

Не народный фронт, а классовая борьба; не комитеты, а вмешательство рабочих для спасения

Heroischer Sowjetspion Ignaz Reiss erklärt sich 1937 für die Vierte Internationale, abgedruckt im Bulletin der Linken Opposition; darin heißt es: „Nur unser Sieg - der Sieg der proletarischen Revolution - wird die Menschheit vom Kapitalismus und die UdSSR vom Stalinismus befreien"

IG...

Fortsetzung von Seite 17

Is China Going?" (Wohin geht China? - *Internationalist,* November/Dezember 1998) zu behandeln, war ihr Hauptpunkt, die Stalinisten von der Hauptveranrwortung für den Sieg der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion freizusprechen und auch der Beijinger Bürokratie eine ähnliche Amnestie zu gewähren.

Zu diesem Zweck enthielt der Artikel der IG eine kunstvolle Montage von Zitaten aus Trot/kis Übergangsprogramm von 1938. Dazu zitiert die IG aus dem Abschnitt über „Die UdSSR und die Aufgaben der Übergangsepoche" einen Absatz zu der Forderung nach „Freiheit der Gewerkschaften und der Fabrikkomitees" und - nach einer Auslassung - einen zu der Forderung nach einer „Revision der *Planwirtschaft* von Kopf bis Fuß im Interesse der Produzenten und Konsumenten". In einem der Absätze, die die IG verschwinden lässt, steht Trotzkis Forderung nach Sowjetdemokratie und der Aufruf, „die *Bürokratie und die neue Aristokratie aus den Sowjets zu vertreiben"*[1]. Indem die IG auf die Löschtaste drückt, lässt sie das im Übergangsprogramm ausgedrückte Verständnis verschwinden: „So bleibt die wichtigste politische Aufgabe in der UdSSR dennoch der *Sturz eben dieser Thermidorbürokratie.* Jeder neue Tag ihrer Herrschaft trägt dazu bei, .die sozialistischen Elemente der Wirtschaft auszurotten, und vergrößert die Chancen einer kapitalistischen Restauration."

Die IG postuliert, dass die stalinistische Bürokratie - oder ein Teil von ihr - von Natur aus dem vergesellschafteten Eigentum fest verbunden ist, und erklärt: „Unsere Strategie für die politische Revolution basiert auf der Mobilisierung der Arbeiterklasse für den Kommunismus. Gleichzeitig versuchen wir, wo es möglich ist, Teile der Bürokratie abzuspalten." Diese revisionistische Perspektive wurde vor beinahe 50 Jahren von der damals trotzkistischen Socialist Workers Party (SWP) zurückgewiesen, und zwar in einem Dokument von 1953 mit dem Titel „Against Pabloist Revisionism" [Gegen pabloistischen Revisionismus]:

> „Die Annahme, dass kein bedeutender Teil der Bürokratie sich gegen ihre eigenen materiellen Interessen mit den Massen verbünden wird, bedeutet nicht, dass die von einem Aufstand getroffene Bürokratie keine tiefen Spaltungen aufweisen würde... Aber die Funktion einer revolutionären Politik besteht darin, die Massen zu organisieren und zu mobilisieren und auch dazu beizutragen, sie in ihrem Kampf zu führen, nicht jedoch Ausschau nach irgendeinem tiefen Bruch innerhalb der Bürokratie zu halten oder gar darauf zu vertrauen."

Wir zitierten diese Erklärung in unserer Polemik „IG on China: Looking for a Few Good Stalinist Bureaucrats" [IG zu China: Auf der Suche nach ein paar guten stalinistischen Bürokraten] *(Workers Vanguard* Nr. 715, 11. Juni 1999).

Eine Erwiderung auf unseren Artikel, veröffentlicht auf der Website der IG im August 2000, versucht nicht einmal diese zentrale programmatische Differenz anzusprechen. Stattdessen behauptet die IG: „die IKL kann nicht begreifen, wer die Konterrevolution in Osteuropa und der UdSSR geführt hat und wer die Konterrevolution in China heute führt", und tönt:

> „Für jeden wirklichen Kommunisten ist es unerlässlich. den Unterschied zwischen den verräterischen Irreführern der Arbeiterklasse (Stalinisten, Sozialdemokraten und verschiedene reformistische und zentristische Pseudosozialisten) und dem *Klassenfeind* (die Bourgeoisie) zu verstehen. Was bedeutet das Gerede der IKL von politischer Revolution in China, wenn sie den chinesischen Arbeitern nicht erklären kann, gegen wen und wie sie ihre Schläge richten sollen?" (Hervorhebung im Original)

Die IG lehnt von Grund auf Trotzkis Verständnis ab, dass die Bürokratie den Arbeiterstaat *auffressen* wird, wenn sie nicht gestürzt wird. Stattdessen predigt sie Vertrauen darin, dass die stalinistische herrschende Kaste (oder ein Flügel von ihr) Widerstand gegen die kapitalistische Restauration leisten würde. Während die IG sich vor dem trotzkistischen Aufruf zur politischen Revolution verbeugt, *leugnet sie den ganzen Zweck der politischen Revolution:* den Sturz der stalinistischen „verräterischen Irreführer", die die Verteidigung der kollektivierten Wirtschaft gegen den Klassenfeind untergraben und die den Arbeiterstaat letztendlich auffressen würden. Gegen Trotzki und alle historischen Erfahrungen geht die IG stillschweigend davon aus, dass die Gefahr einer Konterrevolution einzig und allein von außerhalb der Bürokratie kommt und dass die chinesischen Arbeiter ihre Schläge *nicht* gegen die „verräterischen Irreführer" richten sollten. Letzten Februar erhoben sich etwa 20000 Molybdän-Bergarbeiter in der Provinz Liaoning in einem dreitägigen Protest gegen die Pläne des Regimes, Teile ihrer verstaatlichten Mine zu verkaufen und andere zu schließen, und schlugen sich dabei sogar mit Truppen der Volksbefreiungsarmee. Was hält die IG von diesem Protest und anderen, wo die Arbeiter „ihre Schläge" *gegen die stalinistischen Beamten* richten wie auch gegen die ausländischen kapitalistischen Ausbeuter in den „Sonderwirtschaftszonen" und andere Unternehmen des „freien Marktes"?

In seinen Schriften zum Spanischen Bürgerkrieg in den 30er-Jahren machte Trotzki kurzen Prozess mit jener Art von Argumenten, die jetzt von der IG vorgebracht werden, wenn sie darauf besteht, dass nur der „Klassenfeind" - und nicht die Stalinisten - „die Konterrevolution führen" könne. Als Antwort auf diejenigen, die versuchten, den Verrat der zentristischen POUM, die vor der spanischen Volksfront kapitulierte, zu entschuldigen, indem sie den Imperialisten die Schuld an Francos Sieg gaben, betonte Trotzki:

> „Es ist einfach lächerlich, die Niederlage mit Hinweisen auf die Militärintervention der italienischen Faschisten

und der deutschen Nazis und auf das niederträchtige Verhalten der französischen und britischen ,Demokratien' zu rechtfertigen. Feinde werden immer Feinde bleiben. Die Reaktion wird immer, wenn sie kann, intervenieren. Imperialistische ,Demokratie' wird immer betrügen. Das hieße also, der Sieg des Proletariats ist im allgemeinen unmöglich!" („Noch einmal über die Ursachen der Niederlage in Spanien", März 1939)

Das Machwerk der IG vom August unter der Schlagzeile „Stalinisten *führten* die Konterrevolution? IKL zwischen Shachtman und Trotzki" fabriziert eine verlogene Vermengung zwischen dem Programm der IKL für politische Revolution - deren Voraussetzung die militärische Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten ist - und der Position von Gruppen in der Tradition von Max Shachtman, der 1940 mit dem Trotzkismus brach, als er die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion preisgab. Die IG weiß, dass wir beharrlich die Notwendigkeit betonen, einen Kaderstamm von chinesischen Trotzkisten zusammenzuschweißen, und dass wir versuchen, diese Bemühungen durch die Übersetzung von Schlüsseldokumenten der IKL ins Chinesische zu unterstützen; und ihr Ziel ist es, diese Entwicklung zu vereiteln, indem sie die IKL als irgendwelche stalinophoben „Shachtman-Anhänger" brandmarkt und gleichzeitig ihre Verteidigungsschrift zugunsten der stalinistischen Verräter als „Trotzkismus" ausgibt. Würde man den Revisionismus der IG für bare Münze nehmen, könnte das linke Gegner des stalinistischen Beijing-Regimes nur verwirren und die bei vielen tief sitzenden Illusionen verstärken, man könne sich darauf verlassen, dass ein Flügel der Beijinger Bürokratie - in Gestalt derer, die auf das Mao-Regime als eine egalitäre Alternative zur gegenwärtigen Bürokratie unter Jiang Zemin und Zhu Rongji zurückblicken - gegen die Restauration des Kapitalismus Widerstand leisten würde.

Konterrevolution in Ostdeutschland

Um ihre strategische Ausrichtung auf die stalinistische Bürokratie zu verschleiern, bringt die jüngste Schmähschrift der IG zahlreiche Trotzki-Zitate. Aber kein einziges Mal erwähnt die IG den zentralen Punkt von *Verratene Revolution,* dass „auf dem Wege zum Kapitalismus eine Konterrevolution den Widerstand der Arbeiter brechen müßte; auf dem Wege zum Sozialismus die Arbeiter die Bürokratie stürzen müßten. Letzten Endes wird die Frage durch den Kampf lebendiger sozialer Kräfte in der nationalen wie der internationalen Arena entschieden werden." Genau dieses Verständnis war wegweisend für die Arbeit der IKL in Ostdeutschland und der ehemaligen Sowjetunion und dieses Verständnis wenden wir auf den Kampf gegen die Konterrevolution in den übrig gebliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Kuba, Nordkorea und Vietnam an.

Die Schlussphase in der Zerstörung der Arbeiterstaaten Osteuropas und der Sowjetunion kündigte sich an, als Michail Gorbatschow 1989 die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abzog. Damit wurden die afghanischen Frauen den von der CIA unterstützten Mudschaheddin-Mörderbanden ausgeliefert und die Imperialisten dazu ermuntert, die Entschlossenheit des Kremls zur Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas auf die Probe zu stellen. Wir sagten damals, dass es besser ist, den Imperialismus in Afghanistan zu bekämpfen, als die Konterrevolution in Moskau. Wie wir in unserer „Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms" *(Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) schrieben: „Der Kreml führte mit Unterstützung der ostdeutschen Stalinisten die Konterrevolution in der DDR und überschlug sich dabei, das Land an das Vierte Reich auszuhändigen. Mit diesem letzten und endgültigen Verrat, der unter Gorbatschow stattfand, erklärte die Kremlbürokratie, dass der Sozialismus ein zum



Spartakist

Spartakist-Arbeiterpartei demonstriert in Berlin, Juli 1992, für Verteidigung des ehemaligen DDR-Chefs Erich Honecker, der zum antikommunistischen Schauprozess des deutschen Vierten Reichs aus Russland zurückgebracht wurde. Stalinistische Verräter wurden von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt

Scheitern verurteiltes utopisches Experiment gewesen sei, und verkündete die Überlegenheit des kapitalistischen Marktsystems. Die zerfallende KPdSU brachte offen konterrevolutionäre Banden unter der Führung von Boris Jelzin hervor, der bei der Restauration des Kapitalismus als offener Agent des US-Imperialismus handelte."

Während jede andere linke Tendenz auf dem Planeten vor dem ideologischen Druck des imperialistischen Antikommunismus kapitulierte, führte die IKL einen Kampf zur Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates und der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten. Als die stalinistische Herrschaft von Berlin bis Moskau in ihr Endstadium eintrat, mobilisierten wir unsere Kräfte, um gegen die kapitalistische Konterrevolution und für eine proletarisch-politische Revolution zu kämpfen.

Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 schickte die IKL alle verfügbaren Ressourcen in die DDR, um in die sich entfaltende politische Revolution einzugreifen. Unsere deutsche Sektion initiierte ein Netzwerk von Spartakist-Gruppen in Ostdeutschland und gab die Tageszeitung *Arprekorr* (Arbeiterpressekorrespondenz) heraus mit dem Ziel, das Proletariat zu mobilisieren, um die Kampagne der westdeutschen Imperialisten für einen kapitalistischen Anschluss zu zerschlagen. Auf unsere Propaganda hin begannen sich in der ostdeutschen Armee Soldatenräte zu bilden. Während die herrschende stalinistische Sozialistische Einheitspartei (SED) zusammenbrach und ihre Partei- und Gewerkschaftsorganisationen in den Fabriken sich aufzulösen begannen, hatten die bewaffneten Betriebskampfgruppen, die zur Ausweitung der bürokratischen Kontrolle in den Betrieben eingerichtet worden waren, das überaus reale Potenzial, zum organisierten politischen und militärischen Zentrum der politischen Revolution zu werden. Angesichts dieser Bedrohung demobilisierte und entwaffnete das SED-Regime Ende Dezember die Betriebskampfgruppen und begann die Armeeeinheiten aufzulösen, in denen Soldatenräte entstanden waren.

Am 3. Januar 1990 gingen bei einer antifaschistischen, prosowjetischen Mobilisierung zum Treptower Ehrenmal in Ostberlin eine Viertelmillion Menschen auf die Straße. Diese Aktion, die von den Spartakisten initiiert und dann

Fortgesetzt auf Seite 20

IG...

Fortsetzung von Seite 19

von der SED aufgegriffen und aufgebaut wurde, war ein Protest gegen die faschistische Schändung eines Denkmals zu Ehren von Soldaten der Roten Armee, die im Kampf gegen die Nazis getötet worden waren. Bei dieser Einheitsfrontdemonstration richteten wir uns an die proletarische Basis der herrschenden SED mit unserem Programm gegen eine kapitalistische Wiedervereinigung und erhoben die Forderungen „Kein Ausverkauf der DDR! Für ein rotes Rätedeutschland! Für eine leninistisch-egalitäre Partei!"

Die IG zeigt ein Geschick für die Verbreitung von Konfusion - eine typische Unsitte zentristischer Organisationen, die revolutionär in Worten und opportunistisch in Taten sind -, wenn sie in ihrem Artikel vom August 2000 fragt: „Wenn die SED-Stalinisten die Konterrevolution geführt haben, was hatten die Spartakist-Arbeiterpartei und die Spartakist-Gruppen auf der antifaschistischen Mobilisierung vom 3. Januar 1990 zum sowjetischen Kriegsdenkmal als Sprecher dort oben zusammen mit der SED-Führung zu suchen?" Unsere Genossen taten nichts anderes, als nach dem ABC des Leninismus zu handeln. Wir beteiligten uns an einer Einheitsfrontaktion mit der SED zur Verteidigung des Arbeiterstaates DDR, und in deren Verlauf führten wir *einen politischen Kampf gegen* die SED-Irreführer mit dem Ziel, die proletarische Basis der SED abzuspalten und für die trotzkistische Partei zu gewinnen.

Treptow war der entscheidende Wendepunkt, da sich hier zum ersten Mal die Möglichkeit von organisiertem proletarischen Widerstand gegen die kapitalistische Wiedervereinigung ergab, und zwar durch die Arbeiterbasis der SED (die dazu überging, sich Partei des Demokratischen Sozialismus - PDS - zu nennen). Die Stalinisten verleugneten die Treptower Mobilisierung, als die Imperialisten und ihre westdeutschen sozialdemokratischen Handlanger (SPD) ein lautes Gezeter darüber erhoben, dass die Trotzkisten die SPD als das „Trojanische Pferd" der Konterrevolution gebrandmarkt hatten. Erschreckt durch das Gespenst der proletarisch-politischen Revolution, die durch Treptow verkörpert wurde, sprachen sich Gorbatschow und die SED-PDS-Führung offen für den kapitalistischen *Anschluss* aus. Das zusammenbrechende stalinistische Regime stimmte zu, die Wahlen in Ostdeutschland vorzuverlegen, die dann im März von den Christdemokraten des westdeutschen Kanzlers Kohl gewonnen wurden, was den entscheidenden Sieg der Konterrevolution markierte.

Wo stand Gorbatschow?

Um ihre revisionistische Behauptung zu untermauern, die Bürokratie stelle keine Kraft der inneren kapitalistischen Konterrevolution dar, wettert die IG gegen unsere angeblich „antimarxistische Behauptung, dass *die stalinistische Bürokratie die Konterrevolution in Osteuropa führte".* Der August-Artikel der IG behauptet, wir hätten „im Nachhinein die Position verschiedener stalinophober Pseudotrotzkisten übernommen, mit der sie ‚theoretisch' rechtfertigen wollen, warum sie sich an die Bourgeoisie und deren direkte Agenten annähern, die tatsächlich die Konterrevolution führten in der DDR (Kohls Christdemokraten und Brandts Sozialdemokraten), in der Sowjetunion (Bushs Mann Jelzin) und in Osteuropa (Solidarnosc, die polnische gelbe Gewerkschaft für Vatikan und CIA)".

Bemerkenswerterweise fehlen in dieser Liste Gorbatschow und die SED-PDS, und damit wird deren Verrat von der IG vollständig entschuldigt. Zehn Jahre nach der kapitalistischen Wiedervereinigung äußerte sich Gorbatschow selbst zu seiner zentralen Rolle dabei und hob die Wichtigkeit der Treptower Mobilisierung hervor, als er im November 1999 vor einem Fernsehpublikum sagte: „Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert, die sich in der DDR entwickelten. Und eine besonders kritische Situation ergab sich im Januar [1990]. Von der Natur der Dinge her lief ein Zerfall der Strukturen. Es gab eine Gefahr - eine Gefahr der Desorganisation, der großen Destabilisierung. Wenn Sie so wollen, fing das am 3. Januar an, und weiter fast jeden Tag."

Die Rolle der Sowjetbürokratie bei der Konterrevolution in der DDR war entscheidend. Um diese zentrale Tatsache zu verschleiern, fragt die IG in ihrem August-Artikel: „Wenn die Sowjetarmee die Konterrevolution anführte, warum rief die IKL dann nicht zum Abzug der sowjetischen Truppen auf?" Das ist ebenso dumm wie zynisch. Es war Gorbatschow, der in Ostdeutschland das Sagen hatte. Die sowjetischen Truppen wurden nicht zur Niederschlagung eines Arbeiteraufstandes mobilisiert, sondern wurden im Wesentlichen in den Kasernen gehalten. Als *der* Frontstaat gegen die NATO-Imperialisten hatte Ostdeutschland eine riesige Konzentration sowjetischer Truppen, die dort die beherrschende Militärmacht waren. Als das SED-Regime im Herbst 1989 zusammenbrach, war der Kreml nicht mehr dazu entschlossen, die militärische und damit politische Vorherrschaft der Sowjetunion in der DDR aufrechtzuerhalten. Da Gorbatschow die Auslieferung des ostdeutschen Arbeiterstaates an den westdeutschen Imperialismus befürwortete, befahl er den Abzug der sowjetischen Truppen.

Die IKL kämpfte dafür, sowjetische Soldaten und Offiziere in Ostdeutschland für den Kampf um eine proletarisch-politische Revolution in der DDR *und der UdSSR* zu gewinnen, indem sie russischsprachige Grüße an sie herausgab und unsere trotzkistische Propaganda in Kasernen der sowjetischen Armee verteilte. (Für einen ausführlichen Bericht über den Kampf der IKL in Deutschland siehe: „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90", *Spartakist* Nr. 139, Frühjahr 2000.)

Bei einem weiteren Versuch, den stalinistischen Ausverkäufern ein Alibi zu verschaffen, gibt der IG-Artikel eine Diskussion mit Mitgliedern der Spartacist League/U.S. wider: „Wie konnte die SED die Konterrevolution führen, wollten wir wissen, wenn das gesamte SED-Politbüro von Erich Honecker abwärts in den Gefängnissen des deutschen Vierten Reichs landete?" Wie konnte Salvador Allende, der sozialistische Präsident von Chile, 1973 während des Militärputsches von General Auguste Pinochet als Leiche enden, wo er doch Pinochet selbst ernannt hatte und Vertrauen in das „konstitutionelle" Militär predigte? Wir verteidigten diejenigen Elemente der ehemaligen ostdeutschen stalinistischen Bürokratie, die vom wieder vereinigten Vierten Reich des deutschen Imperialismus zur Zielscheibe der konterrevolutionären „Justiz" gemacht wurden, aber ohne damit ihren Klassenverrat politisch zu decken, wie die IG es tut. Einige (aber nicht alle) der stalinistischen Führungsspitzen zahlten einen Preis für ihre Illusionen in die kapitalistische „Demokratie". Wie wir deutlich machten, wurden diese Verräter von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen angeklagt.

In seiner Autobiographie *Man Without a Face* (1997) [in Deutsch überarbeitet als *Spionagechef im geheimen Krieg]* greift der ehemalige DDR-Meisterspion Markus Wolf. selbst ein ehemaliger Gorbatschow-Anhänger, Gorbatschow dafür an, dass er sich geweigert hatte, Straffreiheit für Wolf und andere DDR-Führer zu verlangen, als er mit Westdeutschlands Herrschern die Bedingungen für den Anschluss aushandelte: „Seine oberste Sorge galt nun der Aufrechterhaltung seines strahlenden Images im Westen. nachdem er passenderweise vergessen hatte, dass auch er einst Kommunist gewesen war. Die Westdeutschen waren



Reuters



Ming Bao

Links: Chinesische Beamte mit Managern von Pratt&Whitney beim Spatenstich für kapitalistische Firma in Chengdu. Rechts: Arbeiterinnen in Provinz Hubei protestieren gegen Entlassungen. „Marktreformen" unterminieren kollektivierte Grundlagen des deformierten Arbeiterstaats China, lösen Welle von Arbeiterkämpfen aus

bereit, über eine Immunität für diejenigen, die für Ostdeutschland gearbeitet hatten, mit sich reden zu lassen, aber als bei dem Treffen die Frage kurz zur Sprache kam, winkte Gorbatschow ab und gab Kohl zu verstehen, dass die Deutschen dieses Problem selbst vernünftig regeln würden. Es war der endgültige Verrat der Sowjets an ihren ostdeutschen Freunden, deren Arbeit mehr als vier Jahrzehnte lang den sowjetischen Einfluss in Europa gestärkt hatte."

Stalinismus: Avantgarde der Konterrevolution in Spanien

Das 1992 auf der II. Internationalen Konferenz der IKL angenommene Hauptdokument fasste unsere Intervention in die ostdeutschen Ereignisse zusammen und erklärte:

> „Doch wie später Treptow zeigte, standen wir von Anfang an in einem politischen Kampf mit dem abdankenden stalinistischen Regime über die Zukunft der DDR. Während wir eine Regierung von Arbeiterräten forderten, handelten die Stalinisten bewusst, um einen Arbeiteraufstand dadurch zu verhindern, dass sie alle Armee-Einheiten demobilisierten, die auf unsere frühe Propaganda hin Soldatenräte gebildet hatten. Obwohl geprägt durch das Missverhältnis von Kräften, gab es eigentlich einen Wettstreit zwischen dem IKL-Programm der politischen Revolution und dem stalinistischen Programm von Kapitulation und Konterrevolution." („Für den Kommunismus von Lenin und Trotzkü", *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 15, Frühjahr 1993)

Norden & Co. stimmten für diese Einschätzung, als sie noch Mitglieder unserer Partei waren. Aber unter dem ideologischen Druck, den die kapitalistische Restauration erzeugte, ließ sich Norden immer mehr von dem opportunistischen Appetit leiten, sich an sozialdemokratische Überbleibsel der ostdeutschen stalinistischen Bürokratie anzupassen. Diese Anpassung kam auf eklatante Weise öffentlich zum Ausdruck, als er im Januar 1995 an der Berliner Humboldt-Universität eine Rede hielt, die sich an Mitglieder der Kommunistischen Plattform (KPF) in der PDS richtete, die bei Wahlen dazugewonnen hatte.

Weil die KPF damals vom Ausschluss aus der PDS bedroht war, glaubte Norden, sie sei reif für eine „revolutionäre Umgruppierung". Um diesen abgehalfterten Stalinisten entgegenzukommen, leugnete Norden die Rolle der IKL als der bewussten Avantgarde in den deutschen Ereignissen von 1989/90 und wiederholte wie einen Refrain, „es fehlte gerade das Schlüsselelement, die revolutionäre Führung". Er bezeichnete die stalinistische Führung als „paralysiert" und behauptete, dass „eine *proletarische politische Revolution* notwendig [war], was *niemand* in der SED-Obrigkeit, und auch nicht bei den kritischen Strömungen unter den Parteikadern, sich damals auch nur vorstellen konnte". Die SED-Obrigkeit war alles andere als paralysiert, sondern tat alles, was in ihrer Macht stand, um einen proletarischen Aufstand zu verhindern - von dem sie wusste, dass er sich gegen sie richten würde. (Diese Rede wurde veröffentlicht in *Spartakist* Nr. 117, März/April 1995 und später nachgedruckt in unserem allgemein zugänglichen *Diskussionsbulletin* Nr. 25, „Nordens .Gruppe': Verschämter Abschied vom Trotzkismus", August 1996, wo der Kampf gegen Nordens revisionistischen Kurs dokumentiert ist.)

Unter Beschwörung der „antifaschistischen" Referenzen der Stalinisten erklärte Norden seiner Zuhörerschaft, dass „die Sowjetunion im Spanischen Bürgerkrieg nur begrenzt Munition [schickte], weil sie der Blockade der imperialistischen ‚Demokratien' nicht direkt entgegentreten wollte". Dies ist eine eklatante Schönfärberei von Stalins Rolle, als dieser die Spanische Revolution Ende der 30er-Jahre erdrosselte und Francos faschistischer Falangê den Sieg überließ. Der stalinistische Apparat machte international mobil, um Trotzkisten, linksgerichtete Anarchisten und militante Arbeiter in Spanien im Dienste der kapitalistischen Volksfrontregierung zu unterdrücken und zu erschießen. In seinem Artikel „Klasse, Partei und Führung" schrieb Trotzki 1940 über die Stalinisten in Spanien: „Sie waren die kämpfende Avantgarde der bürgerlich-republikanischen Konterrevolution" *(Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-39*, [1976]. Mit anderen Worten, sie waren die *Führer* der Konterrevolution (wie Norden & Co. vermutlich wissen, ist das die Bedeutung von „Avantgarde").

Der Doppelcharakter der stalinistischen Bürokratie

Als Begründung- für seine Orientierung auf die KPF sprach Norden später im gleichen Jahr auf einer Sitzung des Internationalen Sekretariats der IKL von den „Bindungen" der Stalinisten zum Arbeiterstaat und behauptete: „Gerade diese Bindungen bieten uns manche der Möglichkeiten und Widersprüche, die wir ausnutzen müssen, zum Beispiel bei der Kommunistischen Plattform". Norden sprach hier von „Bindungen" zu einem Arbeiterstaat - wie die Bindungen einer Stechmücke zu einem verlorenen Wirt -, der fünf

Fortgesetzt auf Seite 22

IG...

Fortsetzung von Seite 21

Jahre zuvor mit Hilfe der KPF-Stalinisten zerstört worden war!

Dieser Begriff von „Bindungen" ist eine völlige Revision des Trotzkismus. Trotzki erklärte, dass die stalinistische Bürokratie keine besitzende *Klasse*, sondern eine parasitäre *Kaste* ist. Während sich diese kleinbürgerliche Schicht auf die proletarischen Eigentumsformen stützte und von diesen ihre Privilegien herleitete, wirkte sie gleichzeitig als Transmissionsriemen für den Druck des vom Imperialismus dominierten Weltmarktes auf den Arbeiterstaat und war der Verteidigung der kollektivierten Wirtschaft nicht unwiderruflich verpflichtet. In *Verratene Revolution* schrieb Trotzki: „Da die Bürokratie von allen Schichten der Sowjetgesellschaft ihre eigene soziale Frage am besten gelöst hat und mit dem Bestehenden vollauf zufrieden ist, bietet sie keinerlei subjektive Garantien mehr für eine sozialistische Ausrichtung ihrer Politik. Sie verteidigt das Staatseigentum nur in dem Maße, in dem sie das Proletariat fürchtet."

Die IG stellt Trotzkis materialistisches Verständnis vom widersprüchlichen Charakter der Bürokratie auf den Kopf und behauptet, dass die stalinistischen Regime der Verteidigung der proletarischen Eigentumsformen verpflichtet seien - eine Vorstellung, die durch die Ereignisse von 1989-92 selbst eindeutig widerlegt wurde. Beim Versuch, Trotzki zur Stützung ihres antitrotzkistischen Arguments zu benutzen, zitiert die IG in ihrem Web-Artikel vom August aus dem Artikel „Der Klassencharakter des Sowjetstaats" von 1933, der feststellt: „Die Bürokratie ist untrennbar mit einer wirtschaftlich herrschenden Klasse verbunden" - d. h. mit dem Proletariat -, und fortfährt:

> „Ob wir die Variante des weiteren Fortschritts der UdSSR oder aber die Variante ihres Zusammenbruchs nehmen: die Bürokratie erweist sich in keinem Fall als selbständige Klasse, sondern als eine Wucherung am Proletariat. Ein Tumor kann enorme Ausmaße annehmen und sogar den lebendigen Organismus erdrosseln, aber aus einem Tumor kann nie ein selbständiger Organismus werden."

Aber hier widerlegt Trotzki die IG völlig: Es war der bürokratische „Tumor", der den sowjetischen Arbeiterstaat *erdrosselte* nach jahrzehntelanger Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Imperialismus.

Die IG fährt fort, Trotzkis Beschreibung der Doppelrolle des stalinistischen Apparats zu zitieren: Dieser „verteidigt ... die proletarische Diktatur mit seinen eigenen Methoden; doch diese Methoden erleichtern einen *künftigen* Sieg des Feindes. Wer diese Doppelrolle des Stalinismus in der UdSSR nicht begriffen hat, der hat nichts begriffen." Genau. Als Antwort auf den imperialistischen Kalten Krieg Ende der 40er-Jahre stürzte die Kremlbürokratie in Teilen Osteuropas, die von der Roten Armee nach dem Zweiten Weltkrieg besetzt worden waren, die kapitalistische Herrschaft von oben. In Jugoslawien und ein paar Jahre später in China kam es zu gleichartigen Umwälzungen, als einheimische von Stalinisten geführte Kräfte, die sich auf die Bauernschaft stützten, aus Bürgerkriegen als Sieger hervorgingen, die unter außergewöhnlichen historischen Bedingungen stattfanden, d. h. die Kapitalistenklasse war äußerst schwach und das Proletariat trat nicht selber als Anwärter auf die soziale Macht auf.

Die Umwälzungen in Osteuropa wurden von der Sowjetbürokratie nicht durchgeführt, um die Interessen des internationalen Proletariats durchzusetzen, sondern um die bürokratische Kastenherrschaft in der UdSSR zu verteidigen angesichts der unversöhnlichen Opposition von Seiten des Weltimperialismus. Um sein Kriegsbündnis mit den „demokratischen" Imperialisten aufrechtzuerhalten, befahl Stalin nach dem Krieg die Entwaffnung der revolutionär gesinnten Arbeiterklasse in Italien und erdrosselte die antikapitalistische Revolution in Griechenland. Noch 1952 war Stalin bereit, die DDR zu opfern, indem er die Aussicht auf ein „neutrales" wiedervereinigtes Deutschland anbot, um die von den USA geführten NATO-Mächte zu beschwichtigen. 1955 befahl der Kreml den Abzug der sowjetischen Truppen aus Österreich in dem vergeblichen Bemühen, sich bei den Imperialisten einzuschmeicheln.

Die militärische Verteidigung der degenerierten bzw. deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus, die von dem Verständnis ausgeht, dass die kollektivierten Eigentumsformen die soziale Grundlage für eine Weiterentwicklung zum Sozialismus darstellen, ist ein entscheidender Bestandteil des Programms der sozialistischen Weltrevolution. Das bedeutet nicht, den Stalinisten, deren Klassenzusammenarbeit und Versöhnlertum gegenüber dem Imperialismus zur Entwaffnung der Kräfte der Arbeiterrevolution führen, irgendeine politische Unterstützung zu geben - ganz im Gegenteil. Um es klar zu sagen, eine derartige politische Unterstützung ist ein Verrat an der proletarischen Weltrevolution. Genau diesen entscheidenden Unterschied zwischen militärischer Verteidigung und politischer Unterstützung verkleistert die IG.

Wir begrüßten den Einmarsch der sowjetischen Armee in Afghanistan 1979 und unterstützten militärisch die Unterdrückung von Solidarnos'cs konterrevolutionärem Griff zur Macht durch die polnische Bürokratie zwei Jahre später. Die sowjetischen Truppen, die nach Afghanistan gingen, waren davon überzeugt, dass sie ihre internationalistische Pflicht erfüllen. Da diese Intervention gegen den Grundgedanken vom „Sozialismus in einem Land" verstieß, stellte sie einen möglichen Hebel für eine politische Revolution zum Sturz der nationalistischen Moskauer Bürokratie dar. Gleichzeitig warnten wir von Anfang an, dass die stalinistische Bürokratie vollkommen dazu imstande sei, mit den Imperialisten einen Deal zu machen und aus Afghanistan abzuziehen. Und in Polen verurteilten wir das stalinistischc Regime scharf dafür, dass es einen Teil der Arbeiterklasse in die Arme der antisowjetischen klerikalen Reaktion getrieben hatte, und betonten so die Notwendigkeit einer proletarisch-politischen Revolution.

Marxistische Klarheit kontra zentristische Konfusion

Die Beschwörungsformel der IG, dass die Stalinisten nicht „die Konterrevolution führen" können, da sie eine Kaste darstellen und nicht eine Klasse, ist eine politische Amnestie für diese verräterischen Ausverkäufer. In Deutschland gab es eine mächtige Imperialistenklasse im Westen; im Falle Chinas existiert eine auswärtige Bourgeoisie als herrschende Klasse auf Abruf; aber in der UdSSR gab es *keine* Kapitalistenklasse. Es ist eine verlogene Schutzbehauptung zu Gunsten der Stalinisten, wenn man, wie die IG in ihrem Artikel von 1998, sagt: „Es war Washingtons Mann Jelzin gewesen, in ständigem Kontakt zu US-Präsident Bush und an der Spitze von Elementen, die sich von der stalinistischen Bürokratie abgespalten hatten, der im August 1991 die Macht ergriff und daran ging, die Sowjetunion zu zerstören." Zu sagen, dass sich Jelzin „von der Bürokratie abgespalten" habe, heißt die Tatsache zu unterschlagen, dass in dieser Periode die Bürokratie als Ganzes einen endgültigen Zusammenbruch durchging. Jelzin war noch immer ein Führer der zerfledderten Kommunistischen Partei, als er im Mai 1990 zum Chef der Russischen Föderation wurde.

Tatsächlich waren noch 1995 über 75 Prozent der Führer der nationalen Regierung und der Regionalregierungen des

kapitalistischen Russlands ehemalige Mitglieder der sowjetischen Nomenklatura (herrschende Schicht) und 61 Prozent der neuen herrschenden Klasse von Mafia-Kapitalisten kommen ursprünglich aus dieser Schicht. In mehreren osteuropäischen Ländern, insbesondere Albanien, Bulgarien und Rumänien, wurde die kapitalistische Restauration unter der Führung der verschiedenen Kommunistischen Parteien durchgeführt, ohne „Marktreformen" und ohne irgendeine unmittelbare militärische Bedrohung durch den Imperialismus.

In China führt heute die Bürokratie die Kampagne zur Restauration des Kapitalismus, soweit sie marktorientierte „Reformen", die Beschwichtigung des Imperialismus und die Unterdrückung von Arbeiterkämpfen vorantreibt. Führende Elemente der Bürokratie und ihre Nachkommen sind Partnerschaften mit amerikanischem, japanischem und europäischem Kapital eingegangen oder mit der chinesischen Bourgeoisie, die durch die Revolution von 1949 nicht als Klasse zerschlagen worden war, sondern ihren Zusammenhalt durch die Flucht vom Festland bewahren konnte. Gleichzeitig besteht ein entscheidender Unterschied zwischen der Vorbereitung der Konterrevolution und der Tat selbst. In diesem Sinn ist das Beijinger Regime nicht der Restauration des Kapitalismus verpflichtet und Teile des Regimes mögen vor den Konsequenzen zurückschrecken, besonders aus Furcht vor Verwüstungen, wie sie in der ehemaligen Industrie- und Militärmacht Sowjetunion angerichtet wurden, und in manchen Fällen auch aus echter Sorge über die gegenwärtige und zukünftige Not der Arbeiter und Bauern.

In Kuba hält das Castro-Regime unter dem unerbittlichen Druck aus Washington, einschließlich des amerikanischen Wirtschaftsembargos, zumindest verbal an einer Opposition gegen den US-Imperialismus fest. Gleichzeitig haben die kubanischen Stalinisten, denen die lebenswichtige Wirtschaftsverbindung fehlt, die früher zur Sowjetunion bestand, einige Maßnahmen der „freien Marktwirtschaft" ergriffen und bedeutende wachsende Investitionen kanadischer und westeuropäischer Unternehmen, insbesondere in der Tourismusindustrie, ermutigt. 1993 legalisierten sie auch den Gebrauch des amerikanischen Dollars und erlaubten damit im Grunde die Schaffung einer parallelen Dollarwirtschaft - eine riesige Konzession an die konterrevolutionären Kräfte. Doch in einem Bericht über einen Kubabesuch kurz nach der Einführung dieser Maßnahme prahlten Norden und seine Lebensgefährtin Stamberg: „Die Kubanische Revolution wird es schaffen." Diese alberne Behauptung nimmt derart gefährliche Maßnahmen auf die leichte Schulter und kann nur Illusionen in den „Sozialismus in einem Land" verstärken; damit wird verschleiert, dass es entscheidend darauf ankommt, die Verteidigung Kubas mit dem Kampf für die proletarische Revolution in der „Höhle des Löwen" des US-Imperialismus zu verbinden.

Die Ungarische Revolution von 1956

Bei einer der internen IKL-Diskussionen 1995 über Deutschland behauptete Norden, wir hätten in der DDR 1989/90 nach einer „Reiss-Fraktion" gesucht. Er meinte damit Leute wie Ignaz Reiss (Poretski), ein polnischer Kommunist, der einen hohen Rang im sowjetischen Geheimdienstapparat innehatte. Da sich Reiss Ende der 30er-Jahre öffentlich zu Trotzkis Kampf gegen die stalinistische Bürokratie bekannte, verkörperte er die Möglichkeit einer kommunistischen Opposition zu Stalin innerhalb der Kader des Sowjetstaates. In einem Dokument vom November 1995 mit dem Titel „Eine Antwort auf die deutsche Frage" schrieb Norden: „Ich warf die ‚Reiss-Fraktion' auf - unter Hinweis auf den von Trotzki gemachten Punkt, dass sich die Bürokratie aufgrund ihres Doppelcharakters unter der Wucht einer politischen Revolution spalten wird -, um hervorzuheben, insbesondere hinsichtlich der Kommunistischen Plattform, dass *es keinen solchen Teil der Bürokratie in der DDR gab."* Norden fuhr fort: „Aber die Frage, ob es eine ‚Reiss-Fraktion' gab, war nicht eine Art von mir erfundenes irrelevantes oder abweichlerisches Thema. Wir haben die Partei der ostdeutschen Bürokratie, die SED, nicht ignoriert und alle ihre Mitglieder in einen Topf geworfen."

Demnach jagte die IKL angeblich einer „Reiss-Fraktion" hinterher, nur um dann mit leeren Händen dazustehen. Das mag Nordens Idee in Deutschland gewesen sein, aber nicht die der IKL. Wie Genosse Joseph Seymour in einem internen Dokument vom Dezember 1995, „Über Trotzkis Konzept einer ‚Reiss-Fraktion' in der sowjetischen Bürokratie" (abgedruckt in *Spartacist,* deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000) erklärte, verkörperte Ignaz Reiss einen Teil der Sowjetbürokratie in den 30er-Jahren, der über Erfahrungen in der revolutionären Bewegung vor 1917 verfügte und sich in den 20er-Jahren an der trotzkistischen oder einer anderen Opposition zur Stalin-Fraktion beteiligt hatte. Für Trotzki bedeutete „eine Reiss-Fraktion ... eine wirkliche kommunistische Opposition, bestehend aus kampferprobten Kadern, die die Prinzipien des Bolschewismus verstanden und befolgten. In diesem Sinne konnte es das Potenzial für eine Reiss-Fraktion nur in der Sowjetunion der 30er-Jahre geben. Es ist *kein* überhistorisches Konzept, das man zu allen Zeiten und allerorts auf alle stalinistischen Bürokratien anwenden kann. Es gibt heute keinen chinesischen Ignaz Reiss in Beijing und auch keinen kubanischen Ignaz Reiss in Havanna. Es gibt konfuse linke Stalinisten, ja, aber

Fortgesetzt auf Seite 24



Der Spiegel

Militäroffizier Pal Maléter (links) stellte sich auf Seite der prosozialistischen aufständischen Arbeiter in der Ungarischen Revolution 1956. Demonstranten mit ungarischer Fahne, aus der das Symbol für Kommunismus ausgeschnitten wurde. Eine trotzkistische Führung, die gegen nationalistische und parlamentarische Illusionen kämpft, war notwendig, um Arbeiterräte an die Macht zu führen



John Sadovy

IG...

Fortsetzung von Seite 23

keine hochrangigen Funktionäre, die *unser* kommunistisches Programm teilen."

Gerade deshalb, weil die IG in solchen konfusen linken Stalinisten ein Instrument zur politischen Revolution sieht, „versuchen [sie], wo es möglich ist, Teile der Bürokratie abzuspalten". Diese Aussage in ihrem Artikel von 1998 geht dann weiter: „Dies geschah z.B. in Ungarn 1956, wo der Chef der Armee (Pal Maléter) und der Chef der Budapester Polizei (Sândor Kopâcsi) auf die Seite der Aufständischen übergingen." Die Passage schildert auch eine ähnliche Entwicklung während des Tiananmen-Aufruhrs in China 1989 - der zu einer beginnenden politischen Revolution führte -, als sich Armeeeinheiten anfangs weigerten, die Massenproteste in Beijing niederzuschlagen.

Die stalinistische Bürokratie in Ungarn brach unter der Wucht der politischen Arbeiterrevolution auseinander. Die Ereignisse in Ungarn und am Tiananmen-Platz zeigen die Heterogenität der bürokratischen Kaste, die in Krisenzeiten



New York Times

Chiles sozialistischer Präsident Salvador Allende, September 1973, als Volksfrontregierung durch Militärputsch gestürzt wird. In Allendes Regierung aufgenommene „konstitutionelle" Offiziere massakrierten danach zehntausende Arbeiter und Linke

zerbrechen kann, da sie keine Klassenbasis hat. Aber diejenigen Elemente der Bürokratie, die sich auf die Seite der Arbeiter stellten, vertraten deswegen noch lange nicht das trotzkistische Programm. Pal Maléter und Sândor Kopâcsi waren heldenhafte Personen, die als kommunistische Partisanen im Zweiten Weltkrieg gegen die Nazi-Besatzungstruppen gekämpft hatten und persönlich gegen eine kapitalistische Restauration waren. Sie blieben dennoch innerhalb des Rahmens des stalinistischen Nationalismus und der „friedlichen Koexistenz" mit der imperialistischen Weltordnung.

So diente Maléter als Verteidigungsminister in der Regierung des „liberalen" stalinistischen Reformers Imre Nagy, der durch die Revolution an die Macht katapultiert worden war und bald durch eine sowjetische Militärintervention, die die Revolution niederschlug, gestürzt wurde. Das Nagy-Regime rief zur Entwaffnung der aufständischen Arbeiter auf, forderte die Vereinten Nationen zur Intervention gegen die drohende militärische Unterdrückung durch die Sowjetunion auf und trat für Parlamentswahlen ein, die bürgerlichen Parteien offen standen. Bei einer Bauernschaft, die sich größtenteils unter dem Einfluss der katholischen Kirche befand und die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung darstellte, hätten „freie Wahlen" wahrscheinlich zu einer Regierung der kapitalistischen Restauration geführt.

Die ungarischen Arbeiter waren in ihrer Masse prosozialistisch, und die Arbeiterräte, die sich schnell herausbildeten, gingen gegen faschistische Elemente und andere reaktionäre Kräfte vor; gleichzeitig waren viele mit antisowjetischem Nationalismus infiziert und hatten Illusionen in die „westliche Demokratie". Um ein revolutionäres Regime, gestützt auf die Macht der Arbeiterräte, zu errichten, war die Führung durch eine leninistisch-trotzkistische Partei notwendig, die gegen bürgerlich-demokratische und nationalistische Illusionen unter den Arbeiten gekämpi't hätte und gegen diejenigen, die sie verbreiten, einschließlich der „linken" Stalinisten. Im Laufe eines solchen politischen Kampfes hätte man Leute wie Maléter durchaus für das trotzkistische Programm gewinnen können.

Zweiter Aufguss des Pabloismus

Die Suche der IG nach einem Flügel der stalinistischen Bürokratie, der als Ersatz für eine trotzkistische Führung fungiert, ist eine Rückkehr zum Revisionismus des Internationalen Sekretariats von Michel Pablo in den 50er-Jahren, der zur Zerstörung der trotzkistischen Vierten Internationale geführt hatte. Als Imre Nagys polnisches Gegenstück W³adys³aw Gomulka ein paar Monate später im so genannten „Polnischen Oktober" an die Macht kam und damit erfolgreich einen Arbeiteraufstand abwendete, begrüßten die Pabloisten „die Führungsrolle, die die Gomulka-Tendenz spielte ... eine zentristische Tendenz, die sich dennoch nach links bewegt" *(Quatri me Internationale.* Dezember 1956). An der Spitze der stalinistischen Regierung begann der „zentristische" Gomulka schon bald sein Programm umzusetzen und machte riesige Konzessionen an die bäuerlichen Grundbesitzer und die katholische Kirche: so setzte er diejenigen Kräfte in Gang, die drei Jahrzehnte später zur Konterrevolution von Solidarnosc führen sollten.

Pablo hatte alle Hoffnung aufgegeben, trotzkistische Parteien in einer „neuen Weltrealität" aufbauen zu können, wo die von Stalinisten geführten sozialen Umwälzungen in Osteuropa deformierte Arbeiterstaaten hervorgebracht hatten. und so erklärte er, dass die Stalinisten „sich eine annähernd revolutionäre Orientierung geben" könnten. Die Schlussfolgerung der Pabloisten war, die Notwendigkeit der unabhängigen Mobilisierung des Proletariats unter einer revolutionären Führung aufzugeben; also lösten sie ihre Kräfte in stalinistische und manchmal auch sozialdemokratische Parteien auf mit dem Ziel, diese Reformisten nach links zu drücken. Die Pabloisten fuhren fort, sich in allerlei fremde Klassenformationen aufzulösen, und wurden unausweichlich zu den „demokratischen" Kräften der kapitalistischen Konterrevolution hingezogen, wo sie das Jubelgeschrei für Solidarnocæ, Jelzin und Konsorten anführten.

Wir haben Norden & Co. zu Recht „Pabloisten des zweiten Aufgusses" genannt - mit einem wichtigen Unterschied. Während die Pabloisten wenigstens auf erfolgreiche Umstürze der kapitalistischen Ordnung reagierten, gibt die IG den stalinistischen Bürokraten eine Amnestie, die bei historischen Niederlagen der Arbeiterklasse die Führung hatten. Die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa führte weltweit zu einem historischen Rückschritt im politischen Bewusstsein des Proletariats, wenn auch nicht gleichmäßig oder einheitlich. Das zeigt sich in einem Wiederaufleben von kleinbürgerlichem Anarchismus und sogar Mystizismus, besonders bei Jugendlichen. Heutzutage halten selbst die meisten subjektiven Linken die Idee für abwegig, dass eine proletarische Revolution, wie sie von

Lenins bolschewistischer Partei 1917 in Russland erfolgreich durchgeführt wurde, der Schlüssel zur Befreiung der Menschheit ist. Dies schließt massenhafte militante Kämpfe der Arbeiter oder anderer unterdrückter Schichten überhaupt nicht aus. Der einzige Weg, wie der Rückschritt im Bewusstsein überwunden und die Arbeiterklasse zu einer Klasse *für* sich werden kann, d.h. eine Klasse, die für sozialistische Revolution weltweit kämpft, ist die Wiederschmiedung der trotzkistischen Vierten Internationale als die Führung der Arbeiterklasse, die erneut die Loyalität des Proletariats zum Banner des Marxismus gewinnt.

Wie wir in einem Dokument des Internationalen Exekutivkomitees der IKL einige Monate vor dem Abschied von Norden & Co. schrieben: „Die Nichtanerkennung der Periode, in der wir uns befinden, und der erforderlichen Beziehung unserer kleinen revolutionären Avantgarde zum Proletariat sowie das Fehlen der Sowjetunion als eines aktiven und bestimmenden Faktors in der Politik haben zur Desorientierung und zum Bedürfnis geführt, fremden politischen Programmen und Klassenkräften zu folgen" (abgedruckt in „Nordens ‚Gruppe': Verschämter Abschied vom Trotzkismus").

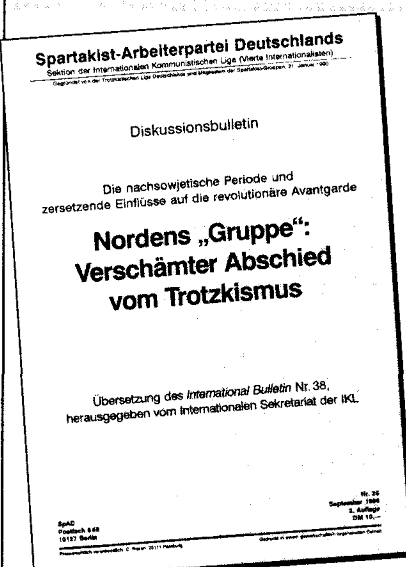
Genau das passierte den Norden-Leuten, die sich weigerten, die Lehren aus diesen Niederlagen zu ziehen, und sich auf einen opportunistischen Kurs begaben mit der Verbreitung der Illusion, dass ausgerechnet die PDS, die die DDR ausverkauft hatte, einen „Massenwiderstand" gegen die verheerenden Folgen vom Anschluss führen würde. Nordens Fantasie vom „Massenwiderstand" unmittelbar nach einer Konterrevolution leugnete den entscheidenden Faktor des *Bewusstseins*, das nur eine leninistische Avantgarde hineintragen kann. Voll unter dem Eindruck der kapitalistischen Konterrevolution, flohen diese Elemente aus der IKL und vor dem Kampf, eine weltweite trotzkistische Avantgardepartei aufzubauen.

Wieder geboren als die IG, strebten sie stattdessen einen Block mit allen möglichen antiproletarischen, antirevolutionären Kräften an, von lateinamerikanischen Nationalisten bis zu Gewerkschaftsopportunisten in Brasilien und den USA. Bei jedem Schritt haben wir ihre opportunistischen Kapitulationen entlarvt und dokumentiert (siehe zum Beispiel „Für das Recht auf Unabhängigkeit für Puerto Rico!", *Spartakist* Nr. 135, Frühjahr 1999; „Lies, Damned Lies and Anti-Union Lawsuits: IG's Brazil Fraud Exposed" [Lügen, verdammte Lügen und gewerkschaftsfeindliche Prozesse: IGs Brasilien-Schwindel aufgedeckt], *Workers Vanguard* Nr. 669, 30. Mai 1997; und „Labor Opportunism, thé Démocratie Party and thé Défense of Mumia Abu-Jamal" [Gewerkschaftsopportunismus, die Demokratische Partei und die Verteidigung von Mumia Abu-Jamal], *Workers Vanguard* Nr. 714, 28. Mai 1999).

Der Logik seines antimarxistischen Kurses folgend, wurde Michel Pablo Anfang der 60er-Jahre ein offizieller Berater des „linken" bürgerlich-nationalistischen Regimes von Ben Bella in Algerien, und in dieser Funktion diente er als Experte für die Unterordnung militanter Arbeiterkomitees unter die Regierung. Nachdem Norden und seine Clique das trotzkistische Programm und eine proletarische Orientierung aufgegeben und sich allen möglichen Opportunisten und Irreführern als inoffizielle Berater angeboten haben, wären sie zweifellos genauso bereit, einigen ziemlich widerwärtigen Typen als Vordenker zu dienen. Die Möglichkeiten sind weit offen, solange die minimale Norm, Antimarxist zu sein, erfüllt ist.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 746, 17. November 2000*

IKL-Bulletins zur Internationalist Group


Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Diskussionsbulletin

Die nachsowjetische Periode und zersetzende Einflüsse auf die revolutionäre Avantgarde

Nordens „Gruppe": Verschämter Abschied vom Trotzkismus

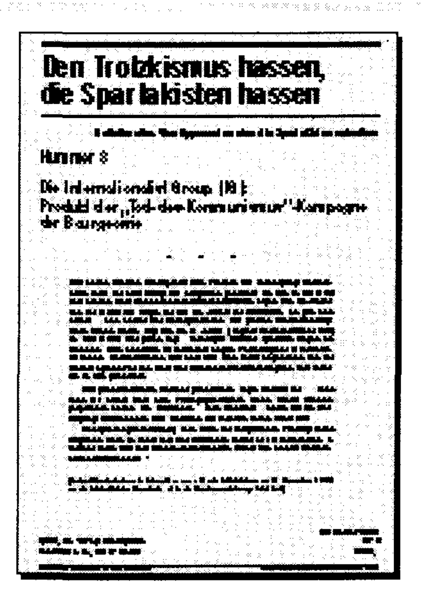
Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38, herausgegeben vom Internationalen Sekretariat der IKL

Nr. 25

SpAD-Diskussionsbulletin **Nr. 25**
Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38

Das Bulletin enthält Dokumente zu Diskussionen und Debatten, die 1996 innerhalb der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) stattgefunden haben.

DM 10,-


Den Trotzkismus hassen, die Spartakisten hassen

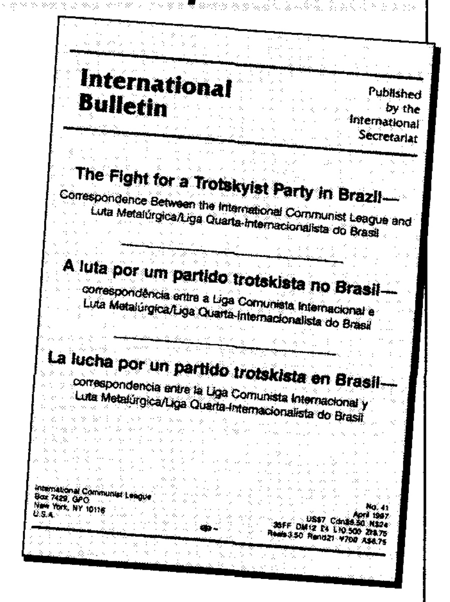
Nummer 3

Den Trotzkismus hassen, die Spartakisten hassen **Nr. 3**

Die Internationale Kommunistische Liga macht die Polemiken ihrer Opponenten in der Linken zugänglich:

„Offener Brief an die SpAD und IKL" und unsere Antwort: „Die Internationalist Group: Produkt der imperialistischen ‚Neuen Weltordnung'"

DM3,-


International Bulletin

Published by the International Secretariat

The Fight for a Trotskyist Party in Brazil—
Correspondence Between the International Communist League and Luta Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil

A luta por um partido trotskista no Brasil—
correspondência entre a Liga Comunista Internacional e Luta Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil

La lucha por un partido trotskista en Brasil—
correspondencia entre la Liga Comunista Internacional y Luta Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil

No. 41
April 1997

Der Kampf für eine trotzkistische Partei in Brasilien

Enthält die Korrespondenz zwischen der Internationalen Kommunistischen Liga und Luta Metalúrgica/ Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (auf englisch, spanisch und portugiesisch)

DM12,-

Zu beziehen über die Kontaktadresse

Britannien...

Fortsetzung von Seite 7

wagen. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts sah das noch anders aus."

Das Grundprinzip sexueller Beziehungen sollte gegenseitiges tatsächliches Einverständnis sein, nicht mehr und nicht weniger als eine beiderseitige Übereinkunft und beiderseitiges Verständnis, im Gegensatz zu Zwang. Man könnte sagen, dass ein Mädchen mit elf Jahren zu jung ist, wohingegen ein 14-jähriges Mädchen selbst in der Lage ist zu entscheiden, was sie möchte. Auf jeden Fall ist dies keine Angelegenheit, die der kapitalistische Staat zu entscheiden hat, der die von Natur aus repressive Kleinfamilie mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln aufrechterhält, einschließlich der Erzwingung sexueller Unterdrückung und Angst, mit zahllosen Beispielen wachsenden menschlichen Elends. Wir widersetzen uns vehement staatlichen Eingriffen in sexuelle Aktivitäten und das Privatleben von Menschen: *Staat raus aus dem Schlafzimmer!*

Unsere Auffassung dazu, eine Anwendung elementarer demokratischer Rechte - auch auf die verwundbarsten Teile der Bevölkerung - stammt von dem frühen sowjetischen Arbeiterstaat, der aus der Oktoberrevolution 1917 hervorging. 1923 erklärte Grigori Batkis, Direktor des Moskauer Institutes für Sozialhygiene:

> „Die Sowjet-Gesetzgebung baut auf folgenden Prinzipien auf: *Sie erklärt absolute Nichteinmischung des Staates und der Gesellschaft in geschlechtliche Beziehungen, soweit sie Niemandem Schaden bringen und Niemandes Interessen verletzen...* Gegenüber dem Homosexualismus, der Sodomie und irgendwelcher anderer Formen der sexuellen Befriedigung, die von den europäischen Gesetzgebungen als öffentliches Vergehen gegen die Sittlichkeit hingestellt werden, verhält sich die Sowjet-Gesetzgebung genau so wie zu dem sogenannten natürlichen' Verkehr. Alle Formen des Verkehrs sind Privatangelegenheit." (Dr. G. Batkis, *Die Sexualrevolution in Rußland,* 1925, Hervorhebung im Original)

Für die kapitalistischen Herrscher sind religiöser Obskurantismus, reaktionäre soziale Sitten und die Familie Waffen, um die ideologische Konformität und den Respekt für die „Autorität" der Institutionen des bürgerlichen Staates zu gewährleisten. Der herausragende Führer der Russischen Revolution Leo Trotzki erklärte 1939:

> „Die Zivilisation kann nur durch die sozialistische Revolution gerettet werden. Um diese Umwälzung zu erreichen, braucht das Proletariat seine ganze Stärke, seine ganze Entschlossenheit, seine ganze Kühnheit, Leidenschaft und Härte. Vor allem muss es vollständig frei sein von den Erfindungen wie Religion, ‚Demokratie' und überirdischer Moralität - die geistigen Ketten geschmiedet vom Feind, um es zu zähmen und zu versklaven." („Moralists and Sycophants" [Moralisten und Sykophanten])

Für Marxisten sollte es zum ABC gehören, dass die Stärkung des Unterdrückungsapparates des bürgerlichen Staates - ob nun zum vorgeblichen „Schutz der Kinder", zur „Drogenbekämpfung" oder wegen irgendwelcher anderen Vorwände - eine Bedrohung von Grundrechten aller Teile der Arbeiterklasse und der Unterdrückten darstellt. Und in der heutigen verrottenden, barbarischen kapitalistischen Gesellschaft sind periodische Anti-Sex-Hexenjagden eine Abdeckung der zermürbenden Armut und der damit einhergehenden Frustration und Gewalt - wovon sich viel in der Familie manifestiert, der zentralen Institution für die Unterdrückung von Frauen und Jugendlichen in der Klassengesellschaft - und eine Ablenkung vom Kampf dagegen. (So sind die Lebensumstände vieler Frauen und Kinder der Paulsgrove-Siedlung sicherlich miserabel, die Arbeitslosigkeit liegt bei elf Prozent.) Bei dieser Hexenjagd geht es auch darum, Jugendliche zu sexueller Enthaltsamkeit zu zwingen und ihnen Schuldgefühle über Sexualität einzuimpfen.

Gesetze über „Minderjährigkeit" sind Werkzeuge für alle Arten staatlicher Einmischung in das Leben und für die Kontrolle von Jugendlichen - das reicht vom Alkoholausschank bis zur Geburtenkontrolle. Wir trachten danach, die ökonomische und rechtliche Grundlage der Kleinfamilie zu unterminieren als Teil unseres Kampfes für die sozialistische Revolution. Wir fordern die radikale Senkung der Volljährigkeit, wobei Jugendliche, die nicht länger zu Hause wohnen wollen, kostenlos eine Wohnung, Verpflegung und ein Stipendium erhalten. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Familie *ersetzt* werden kann; wo sexuelle Beziehungen tatsächlich freiwilliger Natur sind, und zwar unter *allen* Individuen, die damit gegenseitig einverstanden sind; wo wir uns von den uns aufgezwungenen deformierenden Schuld- und Schamgefühlen befreien können; wo die Zwänge wirtschaftlicher Notwendigkeit nicht länger gelten, die Familien zum Zusammenhalt zwingen und oft zerbrechen.

Das rührende Vertrauen reformistischer Labour-Anhänger in den bürgerlichen Staat

Action for Solidarity und ihresgleichen suhlen sich in sozialdemokratischer Rückständigkeit und Bigotterie. In ihrer Ausgabe vom 4. August verurteilt diese Zeitung von der Alliance for Workers Liberty (AWL [Allianz für Arbeiterfreiheit]) die Berichterstattung in den Medien, die „ein Klima der Angst schafft und Phantasien fördert, dass Pädophile überall sind", wobei sie nicht unterscheiden zwischen „Vergewaltigen und Erwürgen" und Pädophilie. Und natürlich richtet sich die ganze Sorge dieser super-sklavischen Labour-Unterstützer über die „Herrschaft des Mobs" gegen die „unverantwortliche Haltung" der Medien; die Rolle der Labour-Regierung wird nicht erwähnt. Die rechtszentristische Gruppe Workers Power [in Deutschland Gruppe Arbeitermacht - GAM] leistete ihren eigenen Beitrag zur letzten großen Welle von Bürgerwehrterror, als sie aufrief zu „Kindertribunalen, bei denen erwachsene Fachleute (Anwälte, Kinderpsychologen usw.) eingesetzt werden können, die gebildet und kontrolliert werden durch demokratisch gewählte Vertreter von Schulen, Sozialeinrichtungen und Besserungsanstalten" *(Workers Power,* Juni 1998). Dies ist ein (hirnverbranntes) Programm, um bürgerliche „Justiz" effektiver zu machen. Es kann keine vom kapitalistischen Staat durchgeführte rationale oder gerechte Politik zu komplexen Fragen wie Sex oder Sexualität geben.

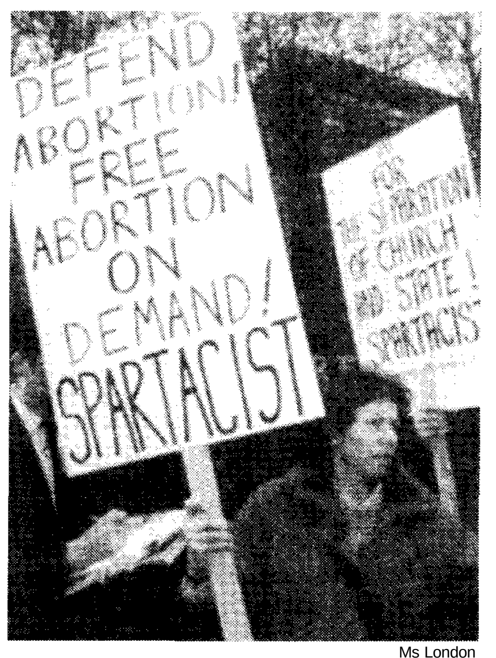
Die Socialist Workers Party (SWP [in Deutschland Linksruck]), die Labour bei den letzten Parlamentswahlen unterstützte, wie sie es ständig tut, schrieb im *Socialist Worker* (19. August):

> „Die Hexenjagd wurde in einer Zeitung begonnen von Rebekah Wade, hoch bezahlte Herausgeberin der *News of the World* und gern gesehener Gast in der Downing Street.
>
> Diese Hexenjagd folgte der Hexenjagd gegen Flüchtlinge, zu der William Hague und Ann Widdecombe von den Teesalons des Parlaments aus anstachelten, und der Hexenjagd gegen Schwule wegen Artikel 28 - unterstützt von den Bischöfen im House of Lords."

Was stimmt nicht an dieser Darstellung? Die rassistischen Angriffe auf Flüchtlinge und Immigranten *kommen in erster Linie aus den Büros der Labour-Regierung.* Das Gleiche gilt für die Hexenjagd gegen „Pädophile".

Dieser Reinwaschung der Blair-Regierung fügt Julie Watersons Artikel „The Abuse of Power" [Der Machtmiss-

brauch] *Socialist Review*, September 2000) einige Ratschläge an Labour hinzu (die angeblich der Reaktion nur „in die Hände gespielt" und „Zugeständnisse" gemacht hat). Zwar stellt Watersons Artikel fest, dass „es für die Institutionen des Kapitalismus unmöglich ist, sich den Fragen des Kindesmissbrauchs zu stellen und damit umzugehen", da die Familie im Kapitalismus eine Schlüsselrolle spielt, doch er ist randvoll mit Ratschlägen. Zum Beispiel erwähnt Waterson lobend die „erweiterte Befehlsgewalt zur Beaufsichtigung, etwas, das Richtern seit 1992 zur Verfügung steht, jedoch selten benutzt wird". Paul Foot von der SWP ging so weit, dass er sich zu einem prominenten Verteidiger einer massiven Polizeioperation gegen Kinderbetreuer machte, wobei wilde Anschuldigungen erhoben wurden, Kinderheime seien „infiltriert" worden von „organisierten Gruppen von Pädophilen", so zum Beispiel in einem Artikel in der *London Review of Books* (4. Juli 1996). Die Sozialistische Partei von Peter Taaffe [in Deutschland Sozialistische Alternative Voran - SAV] jammert über den Umstand, dass „Bewährungs- und Gefängniseinrichtungen in den vergangenen Jahren starke finanzielle Einschränkungen hinnehmen mussten", und begrüßt von ganzem Herzen die 1997 verordnete „Registrierung" *(Socialism Today,* September 2000). Sich derart sklavisch auf den Unterdrückungsapparat des kapitalistischen Staates zu verlassen ist das Wesen des Pro-Labour-Reformismus.



Ms London



Spartakist

Spartakisten kämpfen für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution und sind gegen jede Einmischung des Staates in sexuelle Aktivitäten, die auf gegenseitigem Einverständnis beruhen

Das vom britischen Staat aufrechterhaltene System von „Recht und Ordnung" - ob nun verwaltet durch eine Labour-Regierung oder nicht - ist brutal, rassistisch und richtet sich gegen Frauen, gegen Schwule, gegen Jugendliche und gegen die Arbeiterklasse. Vom Verbot von *Lady Chatterley* bis zum Prozess gegen Oscar Wilde [1895 wegen „Sodomie" verurteilt] besteht das Erbe dieses Staates aus einer tiefsitzenden Feindschaft und Unterdrückung von jeder Infragestellung des erstickenden „Sitten"kodex, der den arbeitenden Massen aufgezwungen wird (und in geringerem Maße, um es mal zu untertreiben, den Sprösslingen der herrschenden Klasse). Vor nicht all zu vielen Jahren wurden Schüler regelmäßig mit dem Stock geschlagen und Waisenkinder von den frommen Vertretern des „Herrn" auf Erden gefoltert. Heute können viele Jugendliche, auf den Misthaufen der Arbeitslosigkeit geworfen und ohne Ausbildung, langjährige Haftstrafen in heruntergekommenen Gefängnislöchern erwarten. Das ist die Realität des kapitalistischen Britanniens, die Genossen von der Spartacus Youth Group ändern wollen durch den Aufbau kommunistischer Jugendorganisationen als Transmissionsriemen einer revolutionären proletarischen Partei, die nichts weniger als der Zerstörung des gesamten Profitsystems und der Errichtung der Arbeitermacht verpflichtet ist. Zweifellos werden, wie Isaac Deutscher einmal bemerkte, die Tragödien von Sex und Tod den sozialistischen Menschen weiter verfolgen. Aber zumindest werden zukünftige Generationen im Sozialismus besser in der Lage sein mit ihnen umzugehen, ohne die Notwendigkeit, uralte Unterdrückung aufrechterhalten zu müssen. Wir behaupten nicht zu wissen, wie zukünftige Generationen uns beurteilen werden, vermutlich als Barbaren, aber wir hoffen, auch mit großem Erbarmen. Wie wir in *Women and Revolution* (Nr. 43, Winter 1993/Frühjahr 1994) schrieben, der Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.:

> „Wirklich freie und gleiche Beziehungen zwischen Menschen in allen Bereichen zu schaffen, einschließlich der Sexualität, verlangt nichts weniger als die Zerstörung dieses Klassensystems und die Schaffung einer kommunistischen Welt. In einer klassenlosen Gesellschaft werden die sozialen und ökonomischen Zwänge hinsichtlich sexueller Beziehungen nicht vorhanden sein, und in den Worten von Friedrich Engels: ‚Dann bleibt eben kein andres Motiv mehr als die gegenseitige Zuneigung.'"«



Women and Revolution

Smash Anti-Abortion Terror! ...2

Letters on "Something About Incest"...4

Children, Sex, State Witchhunters: The Uses of Abuse...5

Down with the Reactionary Anti-Porn Crusade! ...14

The Grimke Sisters: Pioneers for Abolition and Women's Rights ... 16
FBI Admits: Marxists Are Not Terrorists ... 22
God and the Pentagon ... 23
Red Avengers Expose S.F. Women's Center Thought-Police ... 24
British Miners Fight for All the Oppressed ... 32

Children, Family and State

Something About Incest

Für eine ausführlichere Behandlung der Fragen von Sex und kapitalistischer Gesellschaft, wie sie im obigen Artikel aufgeworfen werden, weisen wir unsere Leser auf die englischsprachigen Artikel „Something About Incest" und „The Uses of Abuse" in *Women and Revolution* Nr. 28 und 29, Frühjahr 1984 und Frühjahr 1985 hin.

Zu beziehen über die **Kontaktadresse**

SPD/Grüne rüsten...

Fortsetzung von Seite 15

der Staat in „demokratische" Formen hüllt, es bleibt doch immer die Diktatur der Bourgeoisie, die, wie Lenin Marx zitiert, es der Bevölkerung erlaubt, „einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll" *(Staat und Revolution).* Die Frage der Armee kann nie getrennt werden von dem Staat, dessen Bestandteil sie ist. Jeder Staat mit seinen „besonderen Formationen bewaffneter Menschen" (Engels) - Armee, Polizei, Gefängniswesen - existiert ausschließlich, um ein bestimmtes soziales System zu verteidigen, die Herrschaft einer Klasse über eine andere. Ob Berufs- oder Wehrpflichtigenarmee: Beides ist die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat - für Krieg sowohl nach außen als auch gegen das Proletariat nach innen.

Dabei gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen Bullen und den einfachen Soldaten der Armee. Bullen sind diejenigen, die als bewusst gewählten Beruf direkt auf der Straße tagtäglich die rassistische Herrschaft der Kapitalisten und ihres Staates verteidigen. Ihr Job sind tagtägliche Deportationen, Verhaftungen, Streikbruch, Arbeiter zu verprügeln. Bullen sind kein Teil der Arbeiterbewegung, sondern ihr tödlicher Feind. Trotzki erklärte: „Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter" *(Was nun?,* 1932). Wir fordern: *Bullen raus aus dem DGB!*

Der bürgerliche Staat kann nicht reformiert werden, damit er den Interessen der Arbeiterklasse dient. Er muss zerschlagen werden. Nur die Arbeiterklasse hat die soziale Macht und das Interesse, das System der Ausbeutung und damit die Basis für Kriege zu zerschlagen; sie muss in ihrem eigenen Namen unabhängig organisiert werden. Trotzki betonte: „Kampf gegen den Krieg setzt eine revolutionäre Kampfeswaffe voraus, d. h. die *Partei"* („Krieg und die Vierte Internationale"). Wir kämpfen dafür, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen als Teil unserer Internationale, deren Zweck es ist, die Arbeiterklasse durch sozialistische Revolutionen auf der ganzen Welt zum Sieg zu führen.

Die Arbeiter haben kein Vaterland: Sie haben nichts gemeinsam mit ihren „eigenen" Ausbeutern, aber alles mit ihren Klassenbrüdern und -Schwestern in den anderen Ländern der Erde. Das ist, was Karl Liebknecht meinte, als er im Schlachthaus des Ersten Weltkriegs darauf drang, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg umzuwandeln: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!" und „Burgkrieg, nicht Burgfriede!"

In dieser Tradition leisteten französische Trotzkisten während der Nazibesetzung im Zweiten Weltkrieg eine heroische Arbeit. Sie bauten in Brest eine Zelle in der Wehrmacht auf und veröffentlichten die *Zeitung Arbeiter und Soldat.* Die Ausgabe vom Juli 1944 rief dazu auf: „Im Wege von Karl Liebknecht gegen den imperialistischen Krieg".

Trotzki betonte im *Übergangsprogramm'.*

> „Die Bourgeoisie und ihre Agenten benutzen die Kriegsfrage mehr als irgendeine andere dazu, das Volk durch Abstraktionen, Gemeinplätze und pathetische Phrasen zu betrügen: .Neutralität', .kollektive Sicherheit', .Bewaffnung für die Verteidigung des Friedens', .nationale Verteidigung', ‚Kampf gegen den Faschismus' usw. Alle diese Formeln lassen sich am Ende darauf zurückführen, daß die Kriegsfrage, d. h. das Schicksal der Völker, in den Händen der Imperialisten bleiben soll, in den Händen ihrer Regierungen, ihrer Diplomaten, ihrer Generäle mit all ihren Intrigen und Verschwörungen gegen die Völker...
>
> *‚Abrüstung"?* - Aber die Frage ist hier, wer wen entwaffnen wird. Die einzige Abrüstung, die den Krieg abwenden oder beenden kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Arbeiter."»

Nizza...

Fortsetzung von Seite 9

in einem späteren Internetartikel, dass ihr Versuch, die Polizeiketten zu durchbrechen, „so war, als wenn man 1914 ‚aus dem Schützengraben klettert' - im vollen Angriff durch das Gas in ihre Linien hinein".

Im Unterschied zu LCR und LO, deren Plattform für eine gemeinsame Liste bei den Wahlen zum Europaparlament im letzten Jahr (bei denen Krivine selber einen Sitz gewann) noch nicht einmal „Sozialismus" und erst recht nicht „Revolution" erwähnte, verstreut WP in ihrer Stellungnahme vom 20. November ein paar Bemerkungen über sozialistische Revolution. Aber der allergrößte Teil der Erklärung von WP besteht aus einer langen Litanei von Reformen, die sich an die von WP unterstützten sozialdemokratischen Regierungen wendet. Wenn überhaupt, dann verteidigt WP die Idee eines europäischen kapitalistischen „Superstaats" noch deutlicher als die Reformisten. WP schreibt: „Bedeutet das, dass die Antwort für die Arbeiter Europas darin liegt, ‚ihre eigenen' Nationalstaaten zu zwingen, aus der EU als kleine kapitalistische Staaten auszutreten oder für die Auflösung der EU zu kämpfen? Nein!" Als Parodie auf parlamentarischen Kretinismus fordert WP sogar „eine souveräne europäische konstituierende Versammlung"!

Früher ein diplomatisches Anhängsel des antisowjetischen NATO-Bündnisses, ist die Europäische Union heute ein instabiles Anhängsel der ökonomischen, militärischen und politischen Prioritäten der europäischen Kapitalisten, die die Notwendigkeit für ein gewisses Maß an Zusammenarbeit anerkennen, um mit der viel größeren amerikanischen Wirtschaft konkurrieren zu können. Überall in Europa wurden seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion sozialdemokratische Parteien und Volksfrontkoalitionen aus Parteien der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie an die Regierung gebracht mit dem ausdrücklichen Ziel, den „Sozialstaat" zu zerstören.

Die Pseudolinke verbreitet die Illusion, diese Regierungen seien ein „kleineres Übel", das so unter Druck gesetzt werden kann, dass es den Interessen der Unterdrückten dient. Die Reformisten und Zentristen bieten eine Karikatur des deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky an, der predigte, das kapitalistische System könne wiederholte Wirtschaftskrisen und Kriege durch eine „ultraimperialistische" friedliche Kooperation zwischen den kapitalistischen Staaten überwinden. Zwei Weltkriege, unzählige imperialistische neokoloniale militärische Abenteuer und ein eskalierender Handelskrieg heute beweisen, dass das eine Lüge ist. In dieser Epoche des imperialistischen Verfalls ist der kapitalistische Nationalstaat ein Hindernis für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und der Menschheit als Ganzes.

Wir treten für ein grundlegend anderes Programm und eine andere Perspektive ein. Die Spartacist League/U.S. kämpft dafür, eine multirassische revolutionäre Arbeiterpartei in der Bastion des Weltimperialismus aufzubauen, um die mörderischste Macht der Erde zu besiegen. Zusammen mit unseren Genossen in Europa und international wollen wir die Vierte Internationale von Leo Trotzki wiederschmieden, die den Kampf für neue Oktoberrevolutionen auf der ganzen Welt führt.

Übersetzt aus Workers Vanguard *Nr. 748, 15. Dezember 2000*

Türkei...

Fortsetzung von Seite 32

linken politischen Gefangenen sind eine wichtige Entwicklung.

Als im Februar 1999 der Führer der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) Abdullah Öcalan von der türkischen Regierung verhaftet wurde, wurde das Land von riesigen chauvinistischen Demonstrationen überrollt, was die Grauen Wölfe ermutigte. Aber die Grauen Wölfe sind nicht nur Todfeinde des unterdrückten kurdischen Volkes, sondern auch von türkischen Arbeitern und Linken. Am 9. Dezember wurde Cafer Dereli, ein türkischer Immigrant im niederländischen Rotterdam, der an einem Solidaritätshungerstreik teilnahm, von Grauen Wölfen ermordet, die das Solidaritätszelt stürmten.

Der türkische Justi/minister Hikmet Sami Türk erklärte obszönerweise, dass die „Operationen darauf ausgerichtet sind, Menschenleben zu retten", und behauptete, dass die Gefangenen sich selbst verbrennen *(Turkish Daily News,* 20. Dezember). Er wird unterstützt von der imperialistischen Presse, die sich sehr bemühte, Türks blutige Operation als absolut notwendig und sogar als Verteidigungsmaßnahme zu beschreiben. Die *New York Times* (25. Dezember) hatte als Überschrift: „Hinter der Wut in den Gefängnissen in der Türkei: Radikale Banden", und gab „radikalen linken Organisationen", die „Kompromisse ablehnen", die Schuld an dem Massaker der Regierung. Die deutschen Imperialisten waren noch schneller dabei, die Lügen der türkischen Regierung aufzugreifen. *Die Frankfurter Rundschau* vom 5. Dezember berichtete:

> „Organisationen wie die militante DHKP/C wollten an dem bisherigen Strafvollzug festhalten, weil die Unterbringung in den Sälen die ideologische Indoktrinierung ihrer inhaftierten Genossen erleichtere und den Gruppendruck aufrecht erhalte. Ob nun aus freiem Willen oder auf Druck ihrer Organisationen, die Häftlinge scheinen entschlossen, ihren Protest bis zur letzten Konsequenz fortzuführen."

Die imperialistischen Lügen werden durch die Realität entlarvt, wie sie von Gefangenen aus dem Frauengefängnis von Bayrampasa geschildert wird: „Zum Zeitpunkt der Operation haben sich die Freundinnen im Lüftungsraum zusammengekettet, und wir sind in den Widerstand getreten. Sie haben eine Flüssigkeit über uns gegossen und

Fortgesetzt auf Seite 30

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 4

Damals war WP übrigens für die Proteste, und ratet mal, warum? Der Protest richtete sich gegen die konservative Thatcher-Regierung und nicht gegen Labour!

Das wirkliche Problem, das GAM/WP mit den Spritpreisprotesten haben, ist also, dass diese sich gegen die SPD/Grünen- bzw. Labour-Regierung richteten, Regierungen, die sie unter allen Umständen verteidigen: „Die Verantwortung für die Preissteigerungen liegen [sie!] nicht wesentlich bei den Regierungen, sondern in den Wechselkursen und den Ölmultis, haben also v.a. ökonomische Ursachen... So unterstützenswert der Kampf gegen die reformistischen Regierungen auch ist; es muß trotzdem unterschieden werden, ob er vom Proletariat geführt oder von der CDU und der FDP vorgetragen wird." Hier entlarvt sich die GAM, Schröder ist für sie das kleinere Übel und sie verteidigen ihn gegen die CDU - in Wirklichkeit aber gegen die überwältigende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, die zu Recht die Spritpreisproteste unterstützte. Die GAM betrachtet die Proteste mit Angst und Verachtung, weil es außerparlamentarische Aktionen sind, die aus dem Rahmen von Petitionen und Lobbyismus fallen. Es sind plebejische Aktionen, die über das bürgerliche Prinzip von „Recht und Ordnung" hinausgehen und andere, weitergehende, Möglichkeiten eröffnen, wenn sie von der Arbeiterklasse aufgegriffen werden. Die Politik der GAM ist tatsächlich parlamentarischer Kretinismus, das heißt Proteste sind nützlich, wenn man die Regierung damit nach „links" drücken kann, aber nur solange sie unter der Kontrolle der Sozialdemokratie bleiben. Ihre Unterstützung für die Sozialdemokratie konnte die GAM nicht klarer darstellen, als sie bei den Bundestagswahlen 1998 forderte: „Für eine SPD-Regierung!" Ihr Zusatz: „Aber organisiert den Kampf für eure Interessen!" *(Arbeitermacht,* September 1998), erweist sich im Lichte der heute stattfindenden Proteste ja wohl als hohle Rhetorik. Dagegen warnten wir Spartakisten bei den letzten Wahlen klipp und klar: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer!", und wir riefen dazu auf: „Keine Stimme für SPD, PDS! Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!" *(Spartakist* Nr. 133, Herbst 1998).

Die GAM muss die Wirklichkeit bis zur Unkenntlichkeit verdrehen, um die kapitalistischen Regierungen aus der Verantwortung für die Zerschlagung des „Sozialstaates" zu nehmen: „Für die rebellierenden Kleinbürger und noch viel mehr für die Kapitalistenverbände, die sich rasch an die Spitze dieser Bewegung stellten, ist die Forderung nach Abschaffung indirekter Steuern nur Teil ihres Rufes nach Reduktion der Steuerlast' und Zerschlagung des Sozialstaates!" *(Arbeitermacht,* November/Dezember 2000). Aber es ist die kapitalistische Regierung von Schröder & Co., die das Sozialsystem, die Errungenschaften der Arbeiterklasse zerschlägt! SPD und Grüne drücken im Auftrag der Kapitalisten Löhne, Renten, Gesundheitsversorgung, den gesamten Lebensstandard in den Keller. In der jetzigen Periode bevorzugt die Bourgeoisie die bürgerliche Arbeiterpartei SPD - deren Führung ein durch und durch bürgerliches Programm hat, deren Basis aber die Arbeiterklasse ist -, um die Arbeiterklasse niederzuhalten. Wenn die GAM die jetzigen Regierungen in Westeuropa als „reformistisch" bezeichnet, bringt sie damit ihre Haltung zum Ausdruck, dass diese Regierungen irgendwie neutral oder ein kleineres Übel sind, da sie von Sozialdemokraten geführt werden. Aber der kapitalistische Staat stützt sich, ob von Sozialdemokraten verwaltet oder nicht, auf „besondere Formationen bewaffneter Menschen" (Lenin), also Polizei und Armee, um das Privateigentum der Kapitalisten zu schützen. Drastisch klar wurde das in Britannien, als der durch die Spritproteste und Blockaden in Bedrängnis geratene Blair mit dem Einsatz der Armee drohte! Es kam allerdings nicht zum Truppeneinsatz, weil die Gewerkschaftsbürokratie, genau wie in Deutschland, der Regierung zu Hilfe eilte, intervenierte, um den Protesten die Spitze zu nehmen, und so Blair den Hintern rettete. Die GAM hat ihr Scherflein dazu beigetragen und Gewerkschaftsführung und Sozialdemokratie unterstützt, indem sie sich gegen die Proteste wandte. Wir Spartakisten kämpfen stattdessen dafür, entstehende Risse in der kapitalistischen Gesellschaft wie zum Beispiel bei den Spritpreisprotesten auszunutzen, um Arbeiter und Jugendliche von der Sozialdemokratie - ob SPD oder PDS - zu brechen und für ein revolutionäres Programm zu gewinnen. *Für den Aufbau einer revolutionären multiethnischen Arbeiterpartei, die die Kämpfe der Arbeiter zum Sieg führt!*



Spartakist

Hamburg, 9. Dezember: Spartakisten auf der Protestdemonstration zur Verteidigung der linken Gefangenen in der Türkei fordern: Weg mit dem Verbot von DHKP-C,THKP-C und PKK!

Türkei...

Fortsetzung von Seite 29

wollten uns alle zusammen verbrennen."' Eine andere Gefangene berichtete: „Wir hatten uns noch nicht ganz angezogen, als die Soldaten anfingen zu schießen. Wir haben uns daraufhin auf den Boden geworfen. Danach versuchten die Soldaten, Löcher in die Dächer zu reißen. Währenddessen beschimpften sie uns ununterbrochen. Sie sagten: .Wir sind gekommen, um euch totzuprügeln.'" Seit dem Angriff wurden über 600 Gefangene mit Gewalt in Isolationsgefängnisse transportiert, wo die Folterungen weitergehen. Jetzt sind 350 Gefangene beim Todesfasten, unterstützt von 1600 weiteren Hungerstreikenden.

In Paris, Mailand, Berlin, Hamburg und London wurden von türkischen linken Parteien, der guevaristischen DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei/Front) und der maoistischen TKIP (Türkische Kommunistische Arbeiterpartei) und TKP/ML (Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten), und von der kleinbürgerlich-nationalistischen PKK sofortige Proteste organisiert, an denen sich die europäischen Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga beteiligten. Wütende Demonstranten versammelten sich vor Botschaften, Konsulaten und in türkischen und kurdischen Wohnvierteln. Sie trugen Bilder ihrer Märtyrer. Auf einer Demonstration am 23. Dezember in Berlin sangen kurdische und türkische Linke gemeinsam die Internationale und andere Arbeiterlieder.

Unsere Genossen betonten die Notwendigkeit, gegen den blutigen Staatsterror des türkischen Regimes gegen die Linke das multiethnische Proletariat Westeuropas zu machtvollen Protestaktionen zu mobilisieren, als Teil des Kampfes gegen Abschiebungen, faschistische Provokationen und die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse. Besonders in Deutschland sind hunderttausende Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft ein strategisch wichtiger Bestandteil der Arbeiterklasse und gehören in Schlüsselbereichcn der Industrie den Gewerkschaften an. Die IKL fordert: *Weg mit den Isolationsknästen! Weg mit dem Antiterrorgesetz! Freiheit für alle linken politischen Gefangenen! Freiheit für alle Opfer des Terrors des türkischen Regimes! Freiheit für Abdullah Ocalan!*

Keine Illusionen in „Menschenrechts"imperialismus!

Die Türkei hat sich um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) beworben, ihr wird aber bisher der Beitritt verwehrt unter dem Vorwand, dass sie nicht die „Menschenrechts"kriterien der Imperialisten erfüllt. Also demonstrieren jetzt europäische sozialdemokratische Parteien wie die exstalinistische Rifondazione Comunista (RC) in Italien und die PDS in Deutschland ihre Loyalität zu ihrer eigenen Bourgeoisie, indem sie auf eine Intervention der imperialistischen Bündnispartner der Türkei drängen. In einer sozialpatriotischen Erklärung rief RC die italienische Regierung dazu auf, „sofort auf eine internationale Aktion in der Türkei zu drängen und den Prozess des Beitritts der Türkei zur Europäischen Union zu stoppen" (II Manifesto, 21. Dezember 2000). Auf ähnliche Weise erklärte der PDS-Bundestagsabgeordnete Garsten Hübner in einer Presseerklärung vom 19. Dezember: „Deshalb sollte die EU der Türkei unmissverständlich deutlich machen, dass dieses Vorgehen den EU-Kandidatenstatus zur Disposition stellt". und betonte: „Eine Reform des Justizwesens ist zur Grundbedingung für die Aufnahme in die EU gemacht worden."

In Wirklichkeit ist aber die Einführung von Isolationsknästen durch die türkische Regierung *ein Ergebnis* des Drucks der imperialistischen Europäischen Union. Die ,.F-Typ"-Gefängnisse sind eine Kopie des berüchtigten Stammheim-Isolationsknast, das von Deutschlands sozialliberaler Koalitionsregierung in den 70er-Jahren gebaut wurde und hauptsächlich gegen die Guerilla-Organisation Rote Armee Fraktion (RAF) gerichtet war. Die beiden wichtigsten Führer der RAF, Ulrike Meinhof und Andreas Baader, haben der Regierung zufolge 1976 bzw. 1977 angeblich Selbstmord begangen, als sie in Stammheim in Isolationshaft saßen.

Im Namen von „Menschenrechten" befürworten RC und PDS eine Politik der imperialistischen Unterjochung der Türkei unter den Willen ihrer eigenen verbrecherischen Bourgeoisien. Der bösartige und brutale türkische Polizeistaat, der Kurden massakriert und zehntausende politische Gefangene hat, dient den Imperialisten als die strategische NATO-Basis in der Region, wie z. B. beim Krieg gegen Irak 1991, und er wird von Deutschland und den USA voll und ganz unterstützt. Gleichzeitig werden Menschen türkischer und kurdischer Abstammung in Deutschland - den meisten von ihnen wird die Staatsbürgerschaft verweigert, auch wenn sie ihr ganzes Leben hier verbrachten - täglich diskriminiert, rassistischem Staatsterror, Abschiebungen und faschistischen Brandanschlägen ausgesetzt. Die PDS ist selbst ein direkter Komplize bei Abschiebungen von Immigranten: In Mecklenburg-Vorpommern, wo die PDS in einer Koalition mit der SPD regiert, wurden 741 Flüchtlinge seit Oktober 1998 abgeschoben. Wir kämpfen für *volle Staatsbürgerrechtefür alle Immigranten! Nieder mit der rassistischen „Festung Europa"!*

Kurdische Proteste gegen Öcalans Verhaftung stießen vor zwei Jahren in Westeuropa auf eine mörderische Repression, mehrere Menschen wurden ermordet und dutzende verletzt. In Deutschland sind die PKK, die DHKP-C und eine weitere türkische linke Gruppe, die THKP-C (Türkische Volksbefreiungsfront), verboten und werden als „terroristische" Organisationen kriminalisiert. Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), deutsche Sektion der IKL, verteidigt diese Organisationen gegen die Unterdrückung des kapitalistischen Staats - ob hier oder in der Türkei. Die Kriminalisierung türkischer und kurdischer Aktivisten in Deutschland zielt darauf ab. die Arbeiterklasse

entlang ethnischer und nationaler Linien zu spalten. Wir fordern: *Weg mit dem Verbot von PKK, DHKP-C und THKP-C! Freiheit für alle linken politischen Gefangenen!*

Die linken türkischen und nationalistischen kurdischen Organisationen hegen ebenfalls Illusionen in die imperialistische Europäische Union und auch in die sozialdemokratischen Parteien, die heute in den meisten Ländern Europas an der Regierung sind und verantwortlich sind für rassistischen Staatsterror und drastische Lohn- und Sozialraubmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse. Das Komitee gegen Isolationshaft (IKM), das von DHKP-C, TKIP und TKP/ML unterstützt wird, brachte am 20. Dezember 2000 einen Appell heraus: „Wir fordern die Regierungen der EU, die Menschenrechtsorganisationen sowie alle Parteien, die diese grausamen Morde nicht teilen wollen, auf, unverzüglich Protest einzulegen und Beobachterdelegationen in die Türkei zu schicken." Das mit der PKK verbundene Kurdische Informationszentrum in Italien veröffentlichte eine Erklärung für die Demonstration in Rom am 22. Dezember, in der es heißt:

> „Die internationale Gemeinschaft sollte sofort etwas unternehmen, um einerseits das Massaker in den Gefängnissen zu stoppen und eine allgemeine Amnestie durchzusetzen und andererseits die militärische Aggression der Türkei gegen Irakisch-Kurdistan zu stoppen."

Wir sind gegen solche Aufrufe an die Imperialisten. Die imperialistischen Mächte Europas und Amerikas sind keine Freunde der Unterdrückten! Erinnert euch an den imperialistischen Krieg gegen Serbien 1999. Im Namen der „Menschenrechte" und der „Selbstbestimmung von Kosovo" haben die USA, Britannien, Frankreich, Deutschland und Italien Serbien bombardiert. Jetzt ist Kosovo von NATO-Truppen besetzt und es gibt Pogrome gegen Roma und Serben. *Alle imperialistischen Truppen raus aus dem Balkan, sofort!*

Für permanente Revolution!

Zwar verteidigen wir DHKP-C, TKIP und TKP/ML und die PKK gegen Staatsterror, wir sind aber gegen die politischen Programme dieser Organisationen. Sie verfolgen eine kleinbürgerliche Guerilla-Strategie, die im Fall der maoistischen und guevaristischen Gruppen verbunden ist mit dem stalinistischen/menschewistischen Dogma der „Zwei-Etappen-Revolution" (zuerst eine „demokratische" Revolution und später - das heißt nie - eine sozialistische). Dieses Konzept hat immer wieder zu schrecklichen Niederlagen des Proletariats geführt, wie z. B. in Indonesien 1965 oder Chile 1973. Diesem Konzept liegt die Vorstellung zugrunde, man könne die Türkei „demokratisieren" und gleichzeitig die Herrschaft der türkischen Bourgeoisie unangetastet lassen. Das ist eine gefährliche Illusion in einem rückständigen Land wie der Türkei, das sehr stark vom Imperialismus abhängig ist. Die türkischen stalinistischen Organisationen haben kein revolutionäres Programm, mit dem die multinationale Arbeiterklasse der Türkei mobilisiert werden kann, die einzige Klasse, die die Macht hat, die türkische Bourgeoisie zu stürzen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, in der diejenigen, die arbeiten, auch herrschen. Solche Gruppen können zwar mutige Aktionen durchführen, aber um zu siegen, ist die Schmiedung einer revolutionären Führung der Arbeiterklasse notwendig.

Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zeigte sich am 1. Dezember, als die Türkei durch einen massiven landesweiten Streik im öffentlichen Dienst erschüttert wurde, ausgelöst durch Pläne der Regierung, die vom Internationalen Währungsfond (IWF) diktierten Lohn- und Sozialraubmaßnahmen einzuführen. Tausende Arbeiter demonstrierten in der Hauptstadt Ankara und im ganzen Land. Am 7. Dezember traten Bergarbeiter der Kupfer- und Zinkminen von Inmet in der nordosttürkischen Stadt Çayeli in den Streik. Zuvor gingen am 11. November hunderttausende Arbeiter des öffentlichen Diensts auf die Straße, um gegen den IWF zu demonstrieren, und forderten auch eine Generalamnestie für alle Gefangenen. Das zeigt das Potenzial, die Kämpfe zur Verteidigung des Lebensstandards der Arbeiter mit dem Kampf gegen rechte Unterdrückung und rechten Terror zu verbinden.

Unsere kommunistische Perspektive für die Türkei, für Kurdistan - aufgeteilt zwischen und unterdrückt von vier kapitalistischen Ländern - und für den Nahen Osten beruht auf Trotzkis Programm der permanenten Revolution. In Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung (wie die heutige Türkei oder das zaristische Russland) können die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution - wie Agrarrevolution, nationale Unabhängigkeit für die Kurden oder Grundrechte für Frauen - nur durch die Diktatur des Proletariats, gestützt durch die Bauernmassen, gelöst werden. Die Bourgeoisien in der Türkei und im Nahen Osten sind völlig abhängig vom Imperialismus und fürchten jede Herausforderung ihrer Macht durch die Arbeiterklasse. Die permanente Revolution haben Lenins und Trotzkis Bolschewiki 1917 mit Leben erfüllt, als sie die multinationale Arbeiterklasse in Russland führten, um den Kapitalismus zu zerschlagen, das zaristische Völkergefängnis niederzureißen und die Grundlage zu schaffen für die Beseitigung jeder Form von Unterdrückung. *Wir kämpfen dafür, leninistisch-trotzkistische Parteien in der Türkei und im Nahen Osten aufzubauen als Sektionen einer wiedergeschmiedeten trotzkistischen Vierten Internationale, die ein Volkstribun aller Unterdrückten sind! Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!*

Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft sind ein kämpferischer und entscheidender Bestandteil von Deutschlands Arbeiterklasse, da sie in der strategisch wichtigen Metall- und Chemieindustrie arbeiten. Diese Arbeiter können eine lebendige Brücke sein, um den Kampf für die kurdische Unabhängigkeit und die sozialistische Revolution in der Türkei und im Nahen Osten mit dem Kampf für die Arbeiterherrschaft im industrialisierten Westen zu verbinden. In Europa kämpft die IKL dafür, multiethnische revolutionäre Arbeiterparteien in der Tradition der Bolschewiki aufzubauen, die das Proletariat zum Sturz des Imperialismus führen werden. Für *Arbeiterrevolutionen von Berlin und London bis Ankara und ganz Nahost! Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!* ■



SPARTAKIST

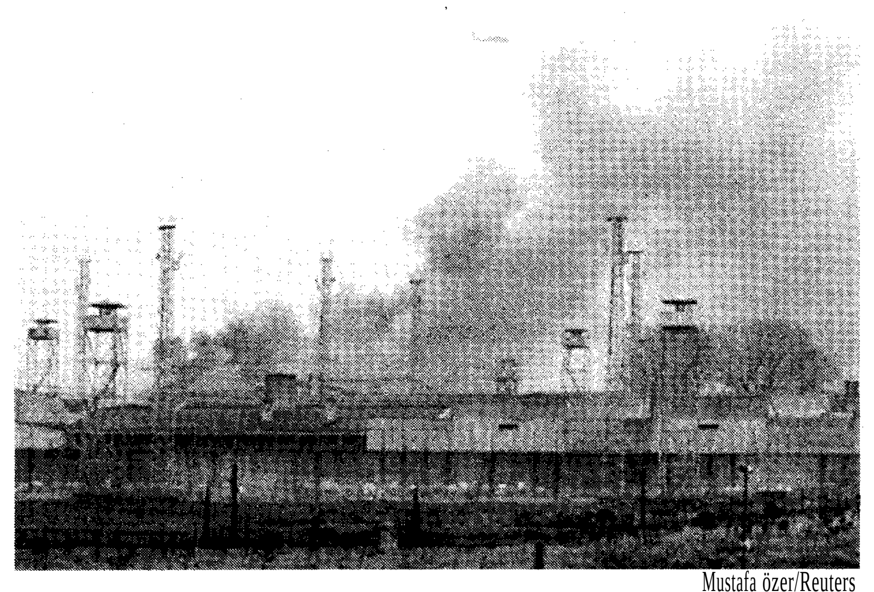
Für internationale Protestaktionen!

Massaker an linken Gefangenen in der Türkei

Am 19. Dezember 2000 entfesselten türkische Armee- und Polizeieinheiten einen blutigen Angriff auf 28 Gefängnisse, in denen mehr als eintausend türkische und kurdische Linke im Hungerstreik waren. Sie ermordeten dutzende Gefangene und verwundeten noch viel mehr. Der Hungerstreik begann am 20. Oktober aus Protest gegen Pläne der Regierung, Gefangene aus den alten Gefängnissen mit ihren Schlafsälen - wo linke Gefangene etwas Gruppensolidarität und Schutz hatten - in neue Isolationsknäste vom „F-Typ" zu verlegen, wo sie sehr wahrscheinlich von Knastwärtern grausam gefoltert und ungestraft ermordet werden und im Wesentlichen lebendig begraben sind. Obwohl die Regierung vor kurzem ein Amnestiegesetz ankündigte, um die wachsende Gefängnisbevölkerung der Türkei zu reduzieren, betrifft dieses Gesetz nicht die linken politischen Gefangenen. Die Gefangenen forderten die Abschaffung des türkischen Anti-Terror-Gesetzes und die Schließung der Hochsicherheitsknäste. Am 19. November entschlossen sich 100 Gefangene zu einem Todesfasten und weigerten sich sogar, irgendwelche Flüssigkeit außer Wasser zu sich zu nehmen.



AP



Mustafa özer/Reuters

Demonstranten in Solidarität mit Hungerstreikenden zeigen Fotos ermordeter Gefangener. Unten: Mörderischer Angriff der türkischen Gendarmerie auf Istanbuls Bayrampasa-Gefängnis

Bei ihrem mörderischen Angriff, der zynischerweise „Rückkehr zum Leben" genannt wurde, setzte die Regierung Hubschrauber, Panzer und Bulldozer gegen die Zellenblöcke der linken Gefangenen ein. Beim Angriff auf das Gefängnis Bayrampa°a in Istanbul wurde so viel Tränengas abgefeuert, dass Journalisten in drei Kilometer Entfernung noch etwas abkriegten! Das Militär schoss mit Maschinengewehren auf die Gefangenen und feuerte Tränengas, Rauchbomben und Gasgranaten in die Zellen.

In verschiedenen Städten in der Türkei demonstrierten Tausende, um ihre Solidarität mit den Gefangenen zu bekunden. Die Polizei griff diese Proteste brutal an und verhaftete viele Menschen. Familienangehörige der Gefangenen, die wissen wollten, was mit ihren Verwandten passiert, wurden verhaftet und brutal zusammengeschlagen. Die türkische Polizei ist berüchtigt dafür, dass sie mit faschistischen, terroristischen Grauen Wölfen verseucht ist, einer Gruppe, die offen verbunden ist mit der regierenden Partei MHP (Partei der Nationalen Bewegung) hat. Diese Proteste gegen den rechten Polizeistaat und in offener Solidarität mit den

Fortgesetzt auf Seite 29